



Mario Hesselbarth

# DIE ARBEITER- REGIERUNG

IN THÜRINGEN 1923



**Mario Hesselbarth**  
**DIE ARBEITER-**  
**REGIERUNG**  
IN THÜRINGEN 1923

# INHALT

<b>Einleitung</b> .....	10
<b>Voraussetzungen der Arbeiterregierung in Thüringen 1923</b> .....	19
Kommunistische Einheitsfrontpolitik: Ihre Chancen, Grenzen und Widersprüche .....	19
Die Einheitsfrontpolitik der Thüringer KPD 1921/22 .....	31
Die Rathenau-Kampagne: Möglichkeiten und Grenzen kommunistischer Einheitsfrontpolitik .....	49
Der republikanische Gestaltungs- und Durchsetzungsanspruch der Thüringer Sozialdemokratie .....	63
<b>Die Konfrontation zwischen sozialistischer Arbeiterschaft und »antisozialistischer Bürger- und Bauernallianz«</b> .....	83
<b>Die Motive für die Bildung der Thüringer Arbeiterregierung</b> .....	127
Arbeiterpolitik statt Burgfrieden. Die Thüringer vSPD im Krisenjahr 1923 .....	132
Der proletarische Selbstschutz .....	140
Das Koalitionsangebot der vSPD Thüringen an die KPD vom 16. Mai 1923 .....	153
Arbeiterregierung oder Diktatur des Proletariats? Die Thüringer KPD zwischen revolutionärer Realpolitik und bewaffnetem Aufstand .....	164
Antifaschistentag, Schlageter-Kurs und Cuno-Streik: Die Thüringer KPD im Sommer 1923 .....	175
Proletarische oder parlamentarische Lösung der Thüringer Regierungskrise? Das Agieren der Thüringer KPD im Spätsommer/Herbst 1923 .....	189
Der Eintritt der KPD in die Thüringer Landesregierung als Vorbereitung für den bewaffneten Aufstand .....	202

**Das Scheitern der Arbeiterregierung  
im Herbst 1923 und der indirekte  
Staatsstreich der Reichswehr gegen  
die Thüringer Landesregierung** ..... 222

Das Scheitern der Thüringer Arbeiterregierung  
an ihren inneren Konflikten ..... 228

Ruf nach der Reichsgewalt: Die antisozialistische  
Bürger- und Bauernallianz und ihr Agieren gegen  
die sozialdemokratische Landesregierung ..... 262

Der indirekte Staatsstreich der Reichswehr gegen  
die Thüringer sozialdemokratische Landesregierung  
im Herbst/Winter 1923/24 ..... 279

**Schlussbetrachtungen** ..... 314



**Wenn in Thüringen Aufruhr  
und Anarchie herrschen,  
so nur in dem Sinne, dass  
heute diejenigen Kreise  
die Regierungsgewalt  
haben, die früher Knecht  
waren. Das Wort: »Wer  
Knecht ist, soll Knecht  
bleiben« ist in Thüringen  
nicht mehr an der Tages-  
ordnung.**

**August Frölich** am 12. Februar 1923  
im Deutschen Reichstag



Wenngleich es aufgrund der Digitalisierung inzwischen eine Reihe von Quellenbeständen gibt, die online abrufbar sind und damit das historische Arbeiten erleichtern, war es für die Skizzierung der Geschichte der Arbeiterregierung in Thüringen 1923 unerlässlich, dass in den Archiven liegende Quellenmaterial zumindest teilweise zu erschließen. Deshalb möchte ich mich ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesarchivs in Berlin, dem Thüringer Hauptstaatsarchiv Weimar sowie der Thüringer Staatsarchive Altenburg und Greiz und nicht zuletzt bei der Landes- und Universitätsbibliothek Jena für die stets hilfsbereite und freundliche Unterstützung bedanken.

*Mario Hesselbarth*

## EINLEITUNG

Am 16. Oktober 1923 kamen die Abgeordneten des 11. Thüringer Landtags nach einer vierwöchigen Sitzungspause zu ihrer 192. Tagung zusammen. Der Verlauf dieser Landtagssitzung gibt zunächst nur wenige Hinweise auf die Außergewöhnlichkeit jenes Vorgangs, der unter dem ersten Tagesordnungspunkt »Neubildung der Regierung« verhandelt wurde. Die an diesem Tag von den Abgeordneten der Fraktionen der *Vereinigten Sozialdemokratie* (VSPD) und der *Kommunistischen Partei* (KPD) gewählte Thüringer Arbeiterregierung hat aufgrund ihrer Vorgeschichte – den dramatischen Vorgängen während ihrer kurzzeitigen Existenz im Oktober/November 1923 und den Konsequenzen ihres Scheiterns in den nachfolgenden Jahrzehnten – sowohl geschichtswissenschaftliches als auch geschichtspolitisches und politisches Interesse hervorgerufen. Sie beflügelt bis in die Gegenwart linkes Nachdenken über sozial gerechtes Regieren im Rahmen der parlamentarischen Demokratie,<sup>1</sup> dies ist indirekt als Instrumentalisierung kritisiert worden,<sup>2</sup> und scheint zumindest für einen Teil der Thüringer Konservativen ihren Schrecken noch immer nicht verloren zu haben.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Weißbecker, Manfred (Hrsg.): *Rot-Rote Gespenster in Thüringen. Demokratisch-sozialistische Reformpolitik einst und heute*. Jena 2004. Wolf, Harald: (Nicht)Regieren ist auch keine Lösung. Chancen, Risiken und Nebenwirkungen, wenn Linke sich beteiligen. Hamburg 2021. S. 58–64.

<sup>2</sup> Gerber, Stefan: *Geschichte als Argument oder fortgesetzter Bürgerkrieg? Die „Linksregierungen“ in Thüringen 1921–1923 in Geschichtspolitik und Autobiographie*. In: Gibas, Monika; Stutz, Rüdiger; Ulbricht, Justus H. (Hrsg.): *Couragierte Wissenschaft. Eine Festschrift für Jürgen John zum 65. Geburtstag*. Jena 2007. S. 149. (S. 142–157.)

<sup>3</sup> »Wiederholt sich Geschichte unter rot-roten Vorzeichen? – Unter dieser ebenso provokanten wie griffigen Überschrift ließen sich die vielfach gezogenen, gleichwohl problematischen Vergleiche zwischen der thüringischen »Arbeiterregierung« 1923 und der bundesweit ersten Linke-geführten Landesregierung 2014 fassen. Neben Historikern und Journalisten wurde diese Parallele am prominentesten vom Chef der Thüringer Staatskanzlei und Kultusminister, Prof. Benjamin-Immanuel Hoff, selbst gezogen. Dieser äußerte Anfang 2015 gegenüber der Thüringer Allgemeinen auf die Frage, welches Ereignis in Thüringens Geschichte er gern miterlebt hätte, dass er gerne Zeuge gewesen wäre, wie die zwei Wochen der SPD-KPD-Regierung verliefen, bevor diese demokratisch gewählte Regierung 1923 durch die sogenannte Reichsexekution aus dem Amt vertrieben wurde. Diese scheinbar harmlose Äußerung historischer Neugier alarmierte jedoch sogleich die Opposition, die in Hoffs Äußerung eine positiv aufgeschlossene Haltung gegenüber der Regierung Frölich erkannte. Folglich erkundigte sich eine Kleine Anfrage der CDU im Landtag am 5. Februar 2015 bei der Landesregierung, inwiefern diese in der Regierung Frölich positive und beispielgebende Ansatzpunkte für die politisch-historische Erziehung zur Demokratie erkenne und diese in den Lehrplänen an Thüringer Schulen zu berücksichtigen gedenke. Zugleich beehrte der Anfragersteller die Landesregierung über den Zusammenhang der KPD-Regierungsbeteiligung mit den Putschvorbereitungen des – vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in Moskau angewiesenen – sog. »Deutschen Oktober« und forderte daher eine eindeutige historische Positionierung der Thüringer Staatskanzlei gegenüber diesem herausragenden Abschnitt thüringischer Geschichte ein (alle Zitate aus: Thüringer Landtag, Drucksache 6/460 vom 30. März 2015).« Leimbach, Timo: Rezension über: Michael Eckardt (Hrsg.): *Ausnahmestand in Thüringen – das Krisenjahr 1923*, Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, 2017, in: *Zeitschrift für Thüringische Geschichte*. Bd. 71 (2017). S. 406/407 (S. 406–411).

Im Unterschied zu den heftigen Auseinandersetzungen, die der II. Thüringer Landtag bis zu jenem 16. Oktober 1923 bereits erlebt hatte und noch erleben sollte, verlief seine 192. Sitzung geradezu unspektakulär. Nach ihrer Eröffnung durch Landtagspräsident Hermann Leber (VSPD)<sup>4</sup> informierte dessen Stellvertreter Erwin Baum vom *Thüringer Landbund* (TLB)<sup>5</sup> über die insgesamt 19 verschiedenen parlamentarischen Vorlagen, Anträge und Anfragen sowie Gesuche und Eingaben einzelner Bürger und Interessengruppen. Danach erhielt der Abgeordnete der *Demokratischen Partei* (DDP), Eduard Rosenthal,<sup>6</sup> das Wort. Ihn hatte der Landtagsvorstand als Vertrauensmann für die Regierungsbildung eingesetzt, die nach dem Rücktritt der sozialdemokratischen Landesregierung am 11. September 1923 notwendig geworden war.<sup>7</sup> Nach Rosenthals Darstellung hatte die Sozialdemokratie als stärkste Fraktion im II. Thüringer Landtag keine Verhandlungsbereitschaft mit den bürgerlichen Parteien erkennen lassen, deshalb müsse er die Erklärung abgeben, »dass ich eigentlich gar nicht in die Lage versetzt worden bin, den mir gewordenen Auftrag in Vollzug zu bringen.«<sup>8</sup> Im weiteren Verlauf der Debatte erklärte Rosenthal, nach allen bisherigen Erfahrungen habe er es nicht für möglich gehalten, dass die VSPD zuerst mit der KPD verhandeln würde.<sup>9</sup> Die bürgerlich-agrarischen Landtagsfraktionen ließen durch den Abgeordneten Prof. Dr. Arno Neumann<sup>10</sup> von der *Deutschen Volkspartei* (DVP) lapidar mitteilen, der »einseitige Partei- und Klassencharakter wird in der neuen Regierung fraglos noch schroffer zutage treten als zuvor, da die bisher die Verfassung und Parlamentarismus verneinende KPD, wie im Nachbarland Sachsen, in sie eintritt. Wir lehnen daher diese neue Regierung noch entschiedener ab als die vorhergehende.«<sup>11</sup>

Der für die angesprochene kommunistische Partei das Wort ergreifende Abgeordnete Richard Zimmermann<sup>12</sup> war seinerseits sichtlich bemüht, die parlamentarische Routine der Regierungsbildung zu durchbrechen. Er hob hervor, die zu bildende Arbeiterregierung sei das Ergebnis der

<sup>4</sup> Lengemann, Jochen: *Thüringische Landesparlamente 1919–1952. Biographisches Handbuch.* Köln Weimar Wien 2014. S. 435/436.

<sup>5</sup> Ebenda. S. 157 – 159.

<sup>6</sup> Ebenda. S. 557 – 560.

<sup>7</sup> Leimbach, Timo: *Landtag von Thüringen.* Düsseldorf 2016. S. 174.

<sup>8</sup> *Stenographische Berichte über die Sitzungen des II. Landtags von Thüringen (nachfolgend II. ThLT).* Weimar o. J. S. 5470.

<sup>9</sup> II. ThLT. S. 5472.

<sup>10</sup> Lengemann: *Handbuch.* S. 500/501.

<sup>11</sup> II. ThLT. S. 5473.

<sup>12</sup> Lengemann: *Handbuch.* S. 701–703.

Einheitsfrontpolitik. Initiiert vom Thüringer Betriebsrätekongress stütze sie sich auf die proletarischen Abwehrorgane. Die »Regierung, die jetzt in Thüringen geschaffen wird, ist eine Abwehrmaßnahme zum Schutz der Arbeiter gegen die wirtschaftliche Unterdrückung der Unternehmer und gegen die bewaffneten Banden der Faschisten«. <sup>13</sup> Zimmermann stellte klar, dass sich mit dem Eintritt in die Landesregierung keine Anerkennung der parlamentarischen Demokratie durch seine Partei verbinde. Diesbezüglich war es konsequent, dass er in seinem Beitrag jeglichen Bezug auf das parlamentarische Verfahren vermied. Die KPD werde weiterhin für Verhältnisse in Deutschland kämpfen, so Zimmermann, »die dann den Parlamentarismus überflüssig machen«. <sup>14</sup> In diesem Zusammenhang sprach er von der Arbeiterregierung als einer revolutionären Regierung, die auch die Aufgabe habe, die Bildung proletarischer Abwehrorganisationen zu unterstützen.

Ministerpräsident August Frölich <sup>15</sup> machte anschließend an Zimmermanns Ausführungen für die Thüringer vSPD deutlich, dass ihm nach den bisherigen Erfahrungen das Wagnis einer gemeinsamen Regierung mit der KPD durchaus bewusst war. Sein verhaltener Optimismus resultierte jedoch aus dem Umstand, dass er und seine Partei sich hinsichtlich der Lösung der beiden drängendsten Herausforderungen, die Verteidigung der Republik vor der aus Bayern drohenden rechtsextremistischen/faschistischen Gefahr und die soziale Sicherung der von der Hyperinflation am meisten Betroffenen – Arbeitende wie Arbeitslose und Kurzarbeitende – <sup>16</sup> mit der kommunistischen Partei in Thüringen einig zu sein schien.

Zimmermann und Frölich hatten mit ihren Ausführungen in Umrissen jene politisch-gesellschaftliche Krisensituation des Herbstes 1923 kenntlich gemacht, in der die Arbeiterregierungen in Thüringen und wenige Tage zuvor in Sachsen gebildet worden waren. Im Ergebnis der Niederlage Deutschlands im Ruhrkonflikt mit Frankreich und Belgien sowie der hierauf folgenden nationalistisch/faschistischen Mobilisierung gegen die Republik, befand sich die Weimarer Demokratie erneut in einer existenziellen Bedrohungslage. Insbesondere aus Bayern, seit dem Scheitern des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches im März 1920 Sammelpunkt der

<sup>13</sup> II. ThLT. S. 5476.

<sup>14</sup> II. ThLT. S. 5476.

<sup>15</sup> Lengemann: Handbuch. S. 262–267.

<sup>16</sup> II. ThLT. S. 5479.

**Die »Regierung, die jetzt  
in Thüringen geschaffen  
wird, ist eine Abwehrmaß-  
nahme zum Schutz der  
Arbeiter gegen die wirt-  
schaftliche Unterdrückung  
der Unternehmer und  
gegen die bewaffneten  
Banden der Faschisten«.**

**Richard Zimmermann**  
Landtagsabgeordneter der KPD

extremen Rechten, drohte nach dem Vorbild des italienischen Faschismus ein »Marsch auf Berlin« und damit die Beseitigung der Republik. Das sozialdemokratisch regierte Thüringen geriet schon aufgrund seiner geografischen Lage mit in den Brennpunkt der damit verbundenen dramatischen innenpolitischen Auseinandersetzungen.

Es war die sich seit dem Sommer 1923 abzeichnende Zuspitzung der Krisensituation in Deutschland, die die Führung der *Kommunistischen Internationale* (KOMINTERN oder auch *Dritte Internationale*), dem Zusammenschluss der einzelnen nationalen kommunistischen Parteien,<sup>17</sup> veranlasst hatte, Kurs auf einen revolutionären Aufstand in Deutschland zu nehmen. Er sollte, so die illusorischen Hoffnungen, der Anfang 1919 stecken gebliebenen proletarischen Weltrevolution einen neuen Anstoß geben. Unter dem Stichwort »Deutscher Oktober« waren ab August 1923 unter maßgebendem sowjetischen Einfluss konkrete Planungen für einen bewaffneten Aufstand in Deutschland in Angriff genommen worden. Den im Oktober 1923 von VSPD und KPD gebildeten Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen kam in diesen Überlegungen eine zentrale Rolle zu. Dementsprechend hatte die KOMINTERN-Führung die KPD-Zentrale und ihren Vorsitzenden Heinrich Brandler gegen deren anfänglichen Widerstand<sup>18</sup> Anfang Oktober 1923 veranlasst, in beide Landesregierungen einzutreten. Es ist dieser Aspekt, der maßgebend auch ihre spätere Darstellung durch die Geschichtsschreibung prägte und offenkundig weiterhin bestimmt,<sup>19</sup> wobei den Geschehnissen in Sachsen aufgrund des gewaltsamen Eingriffs der Reichsregierung gegen die VSPD-KPD-Landesregierung im Gesamtkomplex des Krisenjahres 1923 stets die größere Aufmerksamkeit zukommt als der Entwicklung in Thüringen. Sie erscheint auf den ersten Blick weit weniger spektakulär, blieb dem Land doch ein offener gewaltsamer Eingriff des Reiches erspart. Eine genauere Betrachtung zeigt indes: Die Art und Weise des Abbruchs der republikanischen Entwicklung in Thüringen im Ergebnis des Reichswehreinsatzes vom November 1923 bis Frühjahr 1924 hatte für die Weimarer Republik mindestens ebenso schwerwiegende Konsequenzen wie die bis in die Gegenwart umstrittene Reichsexekution gegen Sachsen.

<sup>17</sup> Vatlin, Alexander: *Die Komintern. Gründung, Programmatik, Akteure*. Berlin 2009.

<sup>18</sup> Becker, Jens: *Heinrich Brandler. Eine politische Biographie*. Hamburg 2001. S. 225/226.

<sup>19</sup> Ullrich, Volker: *Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund*. München 2022. S. 139–170.

Wenngleich die Bildung der Thüringer Arbeiterregierung am 16. Oktober 1923 insofern tatsächlich auf eine Entscheidung der KOMINTERN zurückzuführen ist,<sup>20</sup> lässt sie sich hierauf jedoch nicht reduzieren. Ihr Zustandekommen hatte bestimmte Voraussetzungen, ihrer Bildung lagen unterschiedliche und gegensätzliche Motive der beiden Arbeiterparteien zugrunde, die letztlich zu ihrem schnellen Ende führten. Gescheitert war jedoch Anfang November 1923 zunächst nur der Versuch der Thüringer Sozialdemokratie, die KPD in Verantwortung für die republikanische Reformpolitik zu nehmen und damit in das parlamentarische System zu integrieren. Entscheidend für den Abbruch der auf die Demokratisierung der Gesellschaft zielenden republikanischen Entwicklung des Landes war die Beseitigung der sozialdemokratischen Landesregierung durch einen indirekten Staatsstreich der Reichswehr, der in enger Verbindung mit dem antisozialistischen, bürgerlich-agrarischen Lager Thüringens erfolgte, das sich der Reformpolitik seit 1920/21 massiv entgegengestellt hatte. In diesem politisch-gesellschaftlichen Grundkonflikt ging es um widerstrebende soziale und politische Interessen, das Verhältnis der beteiligten Akteurinnen und Akteure sowie der verschiedenen Parteien und Interessengruppen zu sozialer Gerechtigkeit und parlamentarischer Demokratie, um deren Akzeptanz bzw. grundsätzliche Gegnerschaft. Die damit verbundenen Konfliktlinien verliefen dabei nicht nur entlang der politisch-sozialen Klassen- bzw. Lagergrenzen, sondern wurden innerhalb der jeweiligen Gruppierungen mit unterschiedlichen Ergebnissen und weitreichenden Konsequenzen ausgetragen. Insofern soll nachfolgend nicht nur geklärt werden, weshalb die Arbeiterregierung trotz der grundsätzlichen Unterschiede zwischen den beiden Arbeiterparteien in ihrer Haltung zur parlamentarischen Demokratie überhaupt gebildet wurde. Untersucht wird ebenso, warum sich diese Regierung trotz ihrer unbestrittenen Verfassungsmäßigkeit<sup>21</sup> mit Beginn ihrer Existenz der Gefahr eines gewaltsamen Eingriffs durch die Reichsregierung ausgesetzt sah. Hierfür reicht die landespolitische Perspektive nicht aus, es sind zugleich auch die nach-revolutionären Verhältnisse und gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, wenngleich sie innerhalb dieser Darstellung nur skizziert werden können.

<sup>20</sup> Rudolph, Karsten: *Die Thüringer Arbeiterbewegung vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik*. Erfurt 2018. S.105.

<sup>21</sup> Dieser Aspekt wird in der Literatur stets betont, so u. a. in: Büttner, Ursula: *Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistungen und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur*. Bonn 2008. S. 202.

Die mit der Arbeiterregierung von 1923 und dem von der Thüringer Sozialdemokratie mit kommunistischer Unterstützung maßgeblich vorangetriebenen republikanischen Reformprojekt von 1921 bis 1923 verbundenen Fragen und Problemstellungen, sind bereits mehrfach Gegenstand verschiedener Untersuchungen und Darstellungen gewesen. Auf sie wird an anderer Stelle eingegangen. Deren unterschiedliche Antworten und Sichtweisen reflektierten oftmals die zeitgenössischen Interpretationen, zugleich wurden und werden spätere, unter dem Eindruck nachfolgender Entwicklungen gewonnene Erkenntnisse und Einsichten, aber auch Rechtfertigungen für das jeweilige Agieren der verschiedenen Beteiligten kenntlich. Neuere Interpretationen versuchen, jenseits der von den damaligen Akteuren geprägten und der Geschichtsschreibung mehr oder weniger kritisch aufgenommenen Sichtweisen einen eigenen Blick auf die Ereignisse des Herbstes 1923 in Thüringen zu gewinnen. Sie kommen dabei zu wichtigen Erkenntnissen und stellen damit bisherige Sichtweisen produktiv in Frage. So ist gut begründet darauf verwiesen worden, dass das linksliberale Bürgertum inhaltlich und personell zunächst Teil des republikanischen Reformprojekts war.<sup>22</sup>

Insofern knüpft die nachfolgende Darstellung an neuere Sichtweisen an, ohne dabei jedoch auf eine eigene Interpretation zu verzichten. Das Thüringer republikanische Reformprojekt von 1921 bis 1923 ist nicht – wenn gleich oft der Anschein erweckt wird – zwischen den politischen Rändern von links und rechts zerrieben worden, obwohl im Ergebnis dieser Arbeit eine Mitverantwortung der KPD für sein Scheitern zu konstatieren ist. Es waren auch jene, die die thüringischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu ihren eigentlichen Verbündeten im Kampf für Republik und parlamentarische Demokratie gezählt hatten, die ihr – bewusst und/oder unbewusst – in den entscheidenden Momenten die Unterstützung versagten. Der sozialdemokratische Reichspräsident, die VSPD-Parteiführung einschließlich ihrer Minister in der Großen Koalition unter Reichskanzler Gustav Stresemann, das demokratische Bürgertum. Ob ohne die sich hieraus ergebenden Konflikte die Thüringer Sozialdemokratie den, je nach Standpunkt, revolutionären oder putschistischen Ambitionen der KPD und ihren zunehmenden Einfluss auf Teile der Thüringer Arbeiterschaft

<sup>22</sup> Rudolph, Karsten: Die Aufgabe der Staatsbildung. Die Thüringer Sozialdemokratie zwischen Revolution und Gegenrevolution 1918–1930. In Gerber, Stefan; Greiling, Werner; Swiniartzki, Marco (Hrsg.): Thüringen im Industriezeitalter. Konzepte, Fallbeispiele und regionale Verläufe vom 18. bis zum 20. Jahrhundert. Wien Köln Weimar 2019. S. 278 (S. 277–289).

**Die Gegner des Experiments  
der Arbeiterregierung in  
allen Lagern – die KPD-  
Ultralinken, die SPD-Spitzen  
und die politische Rechte –  
aber wussten genau, was  
sie verhindern wollten, und  
entsprechend initiativreich  
handelten sie.**

**Mario Kessler** in seinem Buch  
über Ruth Fischer

hätte wirkungsvoller begegnen und sie für das republikanische Reformprojekt gewinnen können, bleibt indes eine offene und wohl nicht mehr zu beantwortende Frage. Es ist darauf verwiesen worden, dass die politische Mitte am Beginn der Weimarer Republik die radikale Linke immer dann besonders aktiv ausgegrenzt hat, wenn sich deren Agieren an den tatsächlichen gesellschaftlichen Realitäten orientierte. Diese Ausgrenzungspolitik musste die parlamentarische Demokratie in Deutschland in letzter Konsequenz dauerhaft und entscheidend schwächen,<sup>23</sup> denn es kann davon ausgegangen werden, dass infolge einer tatsächlichen Einbindung der KPD in das parlamentarische System und auch durch ihre Mitwirkung in einer Landesregierung die republikanische Abwehrkraft in Thüringen gegen jenen bürgerlich-agrarischen Bevölkerungsblock gestärkt worden wäre, der zwischen 1920 bis 1923 erfolglos gegen die sozialdemokratische Reformpolitik Sturm gelaufen war. Die entscheidende Voraussetzung für eine solche Stärkung des republikanischen Lagers wäre indes eine Loslösung der Protagonistinnen und Protagonisten der kommunistischen Einheitsfrontpolitik von ihrem auf Wladimir Iljitsch Lenin zurückgehendes avantgardistisches Parteiverständnis gewesen, einem Verständnis, »das den Zweck der Partei nur darin sah, die bürgerliche Staatsmaschine rundweg zu zerbrechen«. <sup>24</sup> Das gemeinsame Band, das Sozialdemokratie und Kommunismus über alle grundsätzlichen Differenzen hinweg vereinte, war die Vorstellung, die bürgerliche Eigentumsordnung zugunsten einer sozialistischen aufzuheben, in der »eine weitgehende ökonomische Gleichheit zur Grundlage demokratischer Teilhabe der Politik wird«. Dabei war innerhalb der Sozialdemokratie umstritten, ob überhaupt und wenn ja, wie eine linksozialistische Politik unter Einbeziehung der Kommunistinnen und Kommunisten funktionieren könnte. Der praktische Versuch 1923, der auch gemeinsame Lernprozesse in Gang hätte setzen können, blieb im Ansatz stecken. »Die Gegner des Experiments der Arbeiterregierung in allen Lagern – die KPD-Ultralinken, die SPD-Spitzen und die politische Rechte – aber wussten genau, was sie verhindern wollten, und entsprechend initiativreich handelten sie.«<sup>25</sup>

<sup>23</sup> Bramke, Werner: Kommentar zu den Beiträgen von Eberhard Kolb und Andreas Wirsching. In: Winkler, Heinrich August (Hrsg.): *Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland*. München 2002. S. 135/136 (S. 131–139).

<sup>24</sup> Keßler, Mario: *Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895–1961)*. Köln Weimar Wien. 2013. S. 153.

<sup>25</sup> Ebenda.

# VORAUSSETZUNGEN DER ARBEITER-REGIERUNG IN THÜRINGEN 1923

## Kommunistische Einheitsfrontpolitik: Ihre Chancen, Grenzen und Widersprüche

Die 1922 vom IV. Weltkongress der KOMINTERN für die nationalen kommunistischen Parteien als verbindlich erklärte Einheitsfronttaktik resultierte aus den Konsequenzen, die die revolutionäre Weltpartei im Sommer 1921 aus der Stabilisierung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften und, damit verbunden, dem Ende der revolutionären Epoche 1918/19 zu ziehen begonnen hatte. Positiv definiert bedeutete kommunistische Einheitsfrontpolitik das Angebot zum gemeinsamen Kampf aller Arbeiterinnen und Arbeiter, unabhängig von ihrer parteipolitischen Orientierung oder ihrer Organisationszugehörigkeit bzw. -nichtzugehörigkeit für die »Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen« der arbeitenden Bevölkerung gegenüber der Offensive bzw. den Angriffen der Bourgeoisie auf die revolutionären Errungenschaften Anfang der 1920er-Jahre.<sup>26</sup>

Theoretisch stellte die Einheitsfrontpolitik zunächst die Anerkennung von drei Tatsachen durch die KOMINTERN dar. Erstens: Die politisch-organisatorische Spaltung der Arbeiterbewegung in einen revolutionären und einen reformistischen Flügel war das nicht mehr rückgängig zu machende Ergebnis des Ersten Weltkriegs und der revolutionären sowie nach-revolutionären Entwicklung seit 1918. Die kommunistischen und sozialdemokratischen Vorstellungen über das sozialistische Endziel und die Wege zu ihm hatten sich als unvereinbar erwiesen. Zweitens: Über diese grundlegenden Unterschiede hinweg gab es gemeinsame Klasseninteressen der arbeitenden Bevölkerung in den kapitalistischen Staaten. Dies betraf auf sozialem Gebiet die Frage der Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Verteidigung sozialer und gewerkschaftlicher Rechte, im politischen Bereich ging es um den Kampf gegen die Reaktion und den aufkommenden Faschismus, Militarismus und Krieg sowie die Sicherung demokratischer Errungenschaften. Drittens: Die große Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung stand ideologisch und organisatorisch auf Seiten des sozialdemokratischen Reformismus.<sup>27</sup> »Zentrales Element der kommunistischen

<sup>26</sup> Bergmann, Theodor: Einheitsfront. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Bd. 3. Hamburg 1997. S. 194. (S. 194 – 199.)

<sup>27</sup> Ebenda. S. 194/195.

Einheitsfrontvorstellungen war die radikalisierende Dynamik von außerparlamentarischen Kämpfen und Streiks. Nicht die Radikalität einer Forderung an sich galt als wesentliches Kennzeichen. Viel wichtiger war es, Forderungen aufzustellen, die nur in gemeinsamen Aktivitäten gegen den Staat und das Bürgertum durchsetzbar waren. [...] Auch wenn sich die Einheitsfrontangebote formal an die Spitze der SPD richteten, zielten sie vor allem darauf ab, in gemeinsamen Kämpfen die Selbstaktivität an der Basis zu entfachen.«<sup>28</sup> Damit wollte die KPD die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung für sich gewinnen, was nach Auffassung w. I. Lenins, der zum Zeitpunkt der Ausformulierung der Einheitsfronttaktik unbestrittenen Führungspersönlichkeit des Weltkommunismus und der bolschewistischen Revolution in Russland, die unabdingbare Voraussetzung für einen erneuten Revolutionsversuch, d. h. den Umsturz der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und die Errichtung der »Diktatur des Proletariats«<sup>29</sup>, bildete.<sup>30</sup> Insofern verband die KOMINTERN mit der Einheitsfrontpolitik, d. h. mit dem gemeinsamen Kampf für die unmittelbaren Tagesinteressen der Arbeiterinnen und Arbeiter, das Ziel, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überbrücken und ihre Wiederherstellung auf kommunistischer Grundlage als einer klassenkämpferischen Einheit zu erreichen.<sup>31</sup>

Die sich hieraus ergebende Problematik für die sozialdemokratischen Adressaten der kommunistischen Einheitsfrontpolitik ist offenkundig. Sie sollten der Einladung zum gemeinsamen Kampf folgen, um sich in dessen Verlauf selbst überflüssig zu machen. Dementsprechend ist die kommunistische Einheitsfrontpolitik aus sozialdemokratischer Sicht stets problematisch wahrgenommen und beschrieben worden. Aus dieser Perspektive

<sup>28</sup> Bois, Marcel: *Kommunisten gegen Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung.* Essen 2014. S. 129.

<sup>29</sup> Die Diktatur des Proletariats meinte ursprünglich bei Marx und Engels »die revolutionär gestaltete Übergangsperiode zwischen kapitalistischer und klassenloser Gesellschaft, in der das Proletariat als Klasse die eigene Herrschaft aufrichten, somit die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in sozialistische umwandeln und dabei gegebenenfalls den Widerstand der zu enteignenden Bourgeoisie brechen« sollte. Während die von Eduard Bernstein inspirierte revisionistische Strömung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung den Begriff der Diktatur des Proletariats ablehnte, bildeten sich im Verlauf der weiteren Diskussion Anfang des 20. Jahrhunderts zwei befürwortende Interpretationslinien heraus. In Anlehnung an Friedrich Engels meinte Diktatur des Proletariats die demokratische Republik, Lenin hingegen definierte sie, verkürzt formuliert, als Diktatur der kommunistischen Avantgarde-Partei. Schmeitzner, Mike: *Die Räterepublik als Diktatur des Proletariats. Linksparteien und Regionalentwicklungen in Bremen, München, Leipzig und Gotha im Vergleich.* In: Schöler, Uli; Scholle, Thilo (Hrsg.): *Weltkrieg Spaltung Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922.* Bonn 2018. S. 166–168 (S. 166–179). Die von Lenin konzipierte Form der Diktatur des Proletariats charakterisierte maßgebend den Sozialismus sowjetischen Typs, der letztlich 1989/91 gescheitert ist. Zur Entwicklung des Begriffs: Bergmann, Theodor: *Diktatur des Proletariats.* In: Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus.* Bd. 2. Hamburg 1995. S. 720–727.

<sup>30</sup> Zwar könnten die Kommunisten infolge der zugespitzten Situation in Europa kurzzeitige Siege erringen, um diese jedoch dauerhaft zu sichern, brauchten sie die Unterstützung der Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. *Lenin-Werke Ergänzungsband Oktober 1917 – März 1923.* Berlin 1977. S. 327.

<sup>31</sup> Bergmann: *Einheitsfront.* S. 196.

lagen alle Vorteile der Einheitsfront auf kommunistischer Seite. Gingen die nichtkommunistischen Organisationen auf deren Angebote ein, dann galten sie mit gutem Grund als die Initiatoren der Aktionseinheit, die zudem die sozialdemokratische Führung dahin gebracht hätte, mit ihrer bisherigen reformistischen Politik zu brechen. Da dies undenkbar war, würden die Arbeiterinnen und Arbeiter, enttäuscht vom Verrat ihrer sozialdemokratischen Führer, »sich in großer Zahl der Führung der einzig konsequent revolutionären Partei unterstellen. Auf diese Weise versprach die ›Einheitsfront von oben‹ die ›Einheitsfront von unten‹ hervorzubringen und schließlich die Diktatur des Proletariats«<sup>32</sup> herbeizuführen. Diese Wahrnehmung kommunistischer Einheitsfrontpolitik musste ein nahezu unüberwindliches Hindernis für ihre erfolgreiche Umsetzung darstellen, zumal die Sozialdemokratie schon aufgrund ihrer Mehrheitsposition selbst keinen Zweifel an ihrem Führungsanspruch innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung ließ. Wenngleich revisionistisch orientiert, aber dennoch in marxischer Programmtradition, wollte auch die *Mehrheitssozialdemokratie* (MSPD) mit ihrem Görlitzer Programm 1921 als Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land »weiterhin gegen das Großkapital ›am Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats‹ festhalten und die Forderung bekräftigen, ›das kapitalistische System zu überwinden«.<sup>33</sup>

Der auf eine reformerische Strategie zugeschnittene detaillierte Forderungskatalog des zweiten Programmteils war die Konsequenz aus der Überzeugung, dass die MSPD den mit der Novemberrevolution 1918 erreichten verfassungspolitischen Rahmen zu respektieren und aktiv zu verteidigen hatte: »Sie betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform, jeden Angriff auf sie als ein Attentat auf die Lebensrechte des Volkes.«<sup>34</sup> Die politische und soziale Realität dieser Republik bereitete jedoch auch in jenen Kreisen der Arbeiterschaft bis hin zu Teilen der sozialdemokratischen Mitgliedschaft, die dem von der KPD angestrebten revolutionären Weg zum Sozialismus über die »Diktatur des Proletariats« grundsätzlich ablehnend gegenüberstanden, einen Resonanzboden für die kommunistischen Einheitsfrontangebote.

<sup>32</sup> Winkler, Heinrich August: *Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Von der Revolution zur Stabilisierung: 1918–1924*. Bonn 1984. S. 509.

<sup>33</sup> Brandt, Peter; Lehnert, Detlef: »Mehr Demokratie wagen«. *Geschichte der Sozialdemokratie 1830–2010*. Berlin 2013. S. 125.

<sup>34</sup> Miller, Susanne; Potthoff, Heinrich: *Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–1990*. Bonn 1991. S. 357 (S. 356–360. Dok. 14).

Mit ihrer Einheitsfrontpolitik und deren Konzentration auf die unmittelbaren Interessen der arbeitenden Bevölkerung eröffnete sich die KPD im Zeitraum 1921/22 einerseits politische Handlungsspielräume im Rahmen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie. Andererseits war im revolutionären Selbstverständnis des Kommunismus die Einheitsfronttaktik stets mit der Gefahr verbunden, die Bahnen des sozialdemokratischen Kampfes um Reformen und Partizipation zu betreten<sup>35</sup> und damit die eigentliche Zielstellung, die »Diktatur des Proletariats«, aufzugeben. Die hieraus resultierenden Schwierigkeiten und Konflikte zeigten sich nicht zuletzt in der Art und Weise, wie die Einheitsfrontpolitik innerhalb der KPD letztlich durchgesetzt wurde, den innerparteilichen Kontroversen und Positionswechseln, die sie auslöste, und den Zwiespälten, die ihre praktische Umsetzung begleiteten. Kommunistische Einheitsfrontpolitik als Versuch, revolutionäre Politik in nicht-revolutionären Zeiten zu konzipieren und zu praktizieren, bedeutete für die KPD, sich auf die Bedingungen der Weimarer Republik einlassen zu müssen, anstatt sie zu stürzen, die parlamentarische Demokratie zumindest formal zu akzeptieren und damit zunächst auf die proletarische Diktatur zu verzichten, um Parlamentssitze zu ringen, sich auf die Durchsetzung unmittelbarer sozialer Forderungen zu konzentrieren und hierfür die Zusammenarbeit und Kooperationen mit jenen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu suchen, die es eigentlich im Interesse einer revolutionären klassenkämpferischen Einheit zu beseitigen galt. Schon die Anerkennung der Tatsache, dass sich die bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften in Mittel- und Westeuropa Anfang der 1920er-Jahre relativ stabilisiert hatten, berührte das Grundverständnis kommunistischer Politik. Die dauerhafte Akzeptanz der ersten deutschen Republik als den nach sozialistischen Grundsätzen weiter auszugestaltenden politischen Handlungsrahmen stellte für das Selbstverständnis des deutschen Kommunismus faktisch eine Unmöglichkeit dar. Aus seiner Sicht war die Weimarer Demokratie »mit dem Makel behaftet, aus einer Mesalliance von rechter Sozialdemokratie und alten Eliten hervorgegangen zu sein«. <sup>36</sup> Dass sich die Weimarer Republik auch aus der Zerschlagung der radikalen Linken in den Januarkämpfen in Berlin sowie der Bremer und Münchner Räterepubliken durch konterrevolutionäre Truppen gründete, erschwerte es der kommunistischen Arbeiterbewegung unsäglich,

<sup>35</sup> Mallmann, Klaus Michael: Die Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung. Darmstadt 1996. S. 19.

<sup>36</sup> Kinner, Klaus: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 1: Die Weimarer Zeit. Berlin 1999. S. 33.

»das Ergebnis der deutschen Revolution von 1918/19 als das anzunehmen, was es war: ein bedeutender Sieg der Arbeiterbewegung, ein enormer Modernisierungsschub in der deutschen Gesellschaft«.37

Hatte die Gegnerschaft zu parlamentarischer Demokratie und bürgerlicher Republik die in sich heterogene, äußerst radikale Linke der deutschen Arbeiterbewegung zunächst mit der Gründung der KPD zur Jahreswende 1918/19 zusammengeführt, so konstituierten die grundlegenden Differenzen zwischen der revolutionär-marxistischen Spartakusführung um Rosa Luxemburg<sup>38</sup> und der von Paul Frölich<sup>39</sup> und Otto Rühle<sup>40</sup> repräsentierten linksradikalen Strömung in der Frage des Umgangs mit dem neuen Staat und seinen demokratischen Institutionen jene innerparteilichen Konflikte, die auch die Debatten um die Einheitsfrontpolitik begleiten sollten.<sup>41</sup> Wenngleich selbst nicht frei von revolutionärer Ungeduld, hatten Rosa Luxemburg und die Spartakusführung die Entscheidung des Gründungsparteitages zum Boykott der Wahl der Nationalversammlung und die mehrheitliche Haltung der Delegierten in der Gewerkschaftsfrage nicht als Mehrheitsvoten betrachtet, »denen es Rechnung zu tragen galt, sondern als Ausdruck eines getrübbten Verständnisses der gegenwärtigen Verhältnisse und politischen Erfordernisse«<sup>42</sup>. Die hieraus resultierenden »Fehler« des Gründungsparteitages sollten »durch eine umfassende politische Schulung der jungen Partei korrigiert« werden, ein Vorgehen, das »in der Tradition des Bildungsdenkens der kaiserzeitlichen Sozialdemokratie« stand und »abweichende Positionen innerhalb der Parteimitgliedschaft häufig auf fehlende theoretische Schulung zurückführte«.43

Radikalismus und Putschismus waren jedoch kein Ausdruck politischer Unreife, »sondern Ausfluß von sozialen und mentalen Problemlagen nicht unbeträchtlicher Schichten des Proletariats«<sup>44</sup>. Der hierauf basierende linke Radikalismus ist von Lenin treffend beschrieben worden. »So habe sich der Radikalismus erstens in politischer Ungeduld und einer Neigung zum

<sup>37</sup> Ebenda.

<sup>38</sup> Laschitza, Annelies: *Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie*. Berlin 1996.

<sup>39</sup> Weber, Hermann; Herbst, Andreas: *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*. Berlin 2004. S. 223–225.

<sup>40</sup> Ebenda. S. 636–638.

<sup>41</sup> Weber, Hermann: *Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. Mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED*. Berlin 1993. S. 9–48.

<sup>42</sup> Schönewald, Marcus: *Demokratische Anfänge? Die frühe KPD und die falsche Prämisse der Stalinisierungsthese*. In: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (JHK)* 2018. S. 169 (S. 163–180).

<sup>43</sup> Ebenda.

<sup>44</sup> Kinner: *Kommunismus*. S. 45.

putschismus geäußert. Nach Ansicht der Linken sei ›die Sache abgemacht‹ und ›übermorgen‹ der Kommunismus eingeführt. Ohne Berücksichtigung der realen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wollten sie lieber heute als morgen den Aufstand proben. Zweitens würden die Linksradi-kalen außer-gewöhnlich stark der eigenen Führung misstrauen. Es mache sich ein ›unüberlegter, zusammenhangloser Gebrauch der jetzt in Mode‹ gekom-menen Schlagwörter ›Führer‹ und ›Masse‹ bemerkbar. Drittens kennzeichne-te die Linkskommunisten, den bürgerlichen Parlamentarismus als ›politisch erledigt‹ anzusehen. Daher würden sie es ablehnen, sich an Parla-ments-wahlen zu beteiligen und in den Volksvertretungen mitzuarbeiten. Außer-dem würden sie viertens nicht in jenen Gewerkschaften mitarbeiten, die sie als ›gelb, sozialchauvinistisch, paktiererisch, ›reaktionär‹ und ›konterrevo-lutionär‹ bezeichneten. Meist waren die großen Gewerkschaften gemeint, also in Deutschland etwa die des [Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbun-des] ADGB. Stattdessen seien die Linksradi-kalen der Ansicht, man müsse eigene Arbeitnehmervvertretungen schaffen. Fünftens seien sie gegen jegli-che Zusammenarbeit mit nichtrevolutionären Kräften. ›Jeder Kompromiss mit anderen Parteien‹ sei, so schrieben sie selbst, ›mit aller Entschiedenheit abzulehnen‹, ebenso ›jede Politik des Lavierens und Paktierens‹. Für die drei letztgenannten Punkte gelte, so Lenin, dass die Linken diese Positi-onen nicht aus einer bestimmten historischen Situation heraus entwickeln. Es seien für sie also keine taktischen, sondern grundsätzliche Positionen.<sup>45</sup>

Hieraus ergab sich letztlich für Paul Levi<sup>46</sup> – dem Nachfolger der von der Konterrevolution ermordeten Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht<sup>47</sup> und Leo Jogisches<sup>48</sup> in der Führung der KPD – die Notwendigkeit, die junge Partei dem linksradikalen Einfluss zu entziehen. Wenngleich nicht unumstrit-ten,<sup>49</sup> schuf er damit eine wesentliche Voraussetzung für ihre Vereinigung mit dem linken Flügel der *Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei* (USPD), jener linkssozialdemokratischen Strömung, die 1917 infolge ihrer Kritik an der Politik der SPD während des Ersten Weltkrieges von der Parteimehrheit ausgeschlossen worden war.<sup>50</sup> Nachdem sich die USPD an der Frage ihrer Haltung zur KOMINTERN auf ihrem Partei in Halle im

<sup>45</sup> Bois: *Kommunisten gegen Stalin*. S. 104.

<sup>46</sup> Weber, Herbst: *Deutsche Kommunisten*. S. 452/453.

<sup>47</sup> Laschitzka, Annelies: *Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie*. Berlin 2007.

<sup>48</sup> Weber, Herbst: *Deutsche Kommunisten*. S. 346–348.

<sup>49</sup> Bois, Marcel; Wilde, Florian: »Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion«? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919. In: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiter-bewegung*. Bd. 6 (2007) S. 33–46.

<sup>50</sup> Krause, Hartfried: *Die USPD 1917–1931. Spaltungen und Einheit*. Münster 2021.

Oktober 1920 gespalten hatte, bildeten die Befürworter eines bedingungslosen Anschlusses der USPD an die KOMINTERN gemeinsam mit der KPD die *Vereinigte Kommunistische Partei* (VKPD), die als revolutionäre Massenpartei zumindest das Potenzial für eine »linkssozialistisch intendierte Realpolitik im Kapitalismus mit dem Ziel, diesen zu überwinden«<sup>51</sup> besaß.

Der »Offene Brief der Zentrale der VKPD vom 8. Januar 1921«<sup>52</sup> bildete mit seinem Vorschlag »zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Kapitaloffensive« den Auftakt zur Einheitsfrontpolitik, der jedoch zugleich von zwei Problemen belastet war. Die nur wenige Woche nach der Spaltung der USPD unterbreitete Offerte zur Zusammenarbeit musste bei den Angesprochenen, insbesondere der Unabhängigen Sozialdemokratie, auf Skepsis und Ablehnung stoßen. Vor allem jedoch war der »Offene Brief« bei genauerer Betrachtung kein Angebot zur Festlegung eines gemeinsamen, auf die unmittelbaren sozialen, ökonomischen und politischen Interessen der Arbeiterschaft begrenzten Aktionsprogramms und dessen Durchsetzung. Er stellte faktisch ein Ultimatum an die angesprochenen Parteien dar, sich den Vorschlägen der VKPD anzuschließen. Der »Offene Brief« hatte eine Frist für eine zustimmende Antwort gesetzt, anderenfalls werde die VKPD den Kampf allein führen, wobei sich die Zentrale überzeugt zeigte, dass ihr die Arbeitermassen folgen würden.<sup>53</sup> An diesem Punkt kam die Offensivkonzeption des Deutschlandexperten der KOMINTERN, Karl Radek<sup>54</sup>, zum Vorschein,<sup>55</sup> dem zweiten Autor des »Offenen Briefes«. Er repräsentierte jene Gruppierung innerhalb der VKPD und dem Exekutivkomitee der *Kommunistischen Internationale* (EKKI), der Führung der KOMINTERN, die »fundamentalistisch am Konzept der Weltrevolution und dem Glauben von der Machtbarkeit dieser Revolution«<sup>56</sup> festhielt und deshalb der Politik der Levi-Zentrale misstrauisch bis ablehnend gegenüberstand. Der Vereinigungsparteitag von KPD und USPD hatte in seinem »Manifest an das deutsche und internationale Proletariat« verkündet, die VKPD besäße jetzt genug Kraft um, wenn »die Ereignisse es erlauben oder erfordern, auf eigene Faust in Aktion zu treten«<sup>57</sup>.

<sup>51</sup> Kinner: Kommunismus. S. 38.

<sup>52</sup> Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung. Bd. VII/1. (Februar 1919 – Dezember 1921.) Berlin 1966. S. 410–412. Dok. 178.

<sup>53</sup> Dokumente und Materialien. Bd. VII/1. S. 412.

<sup>54</sup> Vatlin: Die Komintern. S. 223–247.

<sup>55</sup> Weber, Stefan: Ein kommunistischer Putsch? Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland. Berlin 1991. S. 67.

<sup>56</sup> Kinner: Kommunismus. S. 38.

<sup>57</sup> Dokumente und Materialien. Bd. VII/1. S. 368 (S. 356–372. Dok. 168). Tatsächlich berief sich der VKPD-Zentralausschuss in seinen Leitsätzen über die gescheiterte Märzaktion 1921 auf diesen Punkt im Gründungsmanifest. Dokumente und Materialien. Ebenda. S. 452 (S. 451–456. Dok. 193).

Hier nahm jene linksradikale »Offensivtheorie« erste Gestalt an, die nach dem Scheitern der Märzaktion 1921<sup>58</sup> ihre Ausformulierung durch die VKPD-Zentrale erfuhr und von ihr bis zum III. Weltkongress der KOMINTERN im Sommer 1921 zäh verteidigt wurde. Zu diesem Zeitpunkt gehörte Paul Levi der Kommunistischen Partei schon nicht mehr an. Er war am 15. April 1921 von der Parteiführung aus der VKPD ausgeschlossen worden, weil er die Märzaktion, die sie begünstigenden strukturellen Bedingungen in der KOMINTERN und die persönlich Verantwortlichen in der VKPD-Zentrale und im ЕККИ-Apparat grundsätzlich kritisiert hatte.<sup>59</sup> Im Gegensatz zu den vom III. Weltkongress der KOMINTERN beschlossenen Thesen über die Taktik der KOMINTERN,<sup>60</sup> die die Märzaktion als eine fehlerhaft vorgenommene Defensivaktion charakterisiert hatten, war sie aus Levis Sicht ein übereilter und durch das Handeln der preußischen Sicherheitsbehörden provoziertes »bakunistischer Putschversuch« gewesen. Deshalb forderten seine Unterstützer und Unterstützerinnen wie Clara Zetkin<sup>61</sup> im Vorfeld des III. Weltkongresses auch gegenüber Lenin unmissverständlich, dieser müsse eine »unzweideutige grundsätzliche Ablehnung der Märzaktion aussprechen, und das sowohl wegen ihres putschistischen Charakters, wie wegen ihrer verderblichen Folgen. [...] Die grundsätzliche Ablehnung selbst ist unerlässlich, damit es keine Fortsetzung und Wiederholung gibt.«<sup>62</sup>

<sup>58</sup> Der mitteldeutsche Raum Halle-Merseburg, seit dem Übertritt der hier dominierenden linken USPD zur KOMINTERN eine Hochburg der VKPD, war aus der Perspektive des preußischen MSPD-Innenministers Carl Severing ein Unruheherd, der beseitigt werden musste. Die hierfür geplante Aktion der paramilitärischen preußischen Schutzpolizei sollte deshalb für »Ruhe und Ordnung« sorgen, die Staatsautorität stärken und sowohl das lokale/regionale Bürgertum einschließlich der Unternehmer als auch die Sozialdemokratie gegen die VKPD stärken. Zudem war eine Entwaffnung der radikalen Arbeiterschaft geplant. »Da es üblich war, wirtschaftliche und politische Bewegungen mit einer Verschwörungstheorie zu erklären, der zufolge vor allem die Agitation kommunistischer Rädelsführer und die Anwendung terroristischer Mittel und nicht die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen für den Ausbruch von Streiks u. ä. verantwortlich waren, beinhaltete jede »Befriedungsmaßnahme« immer auch ein Vorgehen gegen die Kommunistischen Parteien.« Koch-Baumgarten, Sigrid: Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921. Frankfurt a. M./New York. 1986. S. 142. Der aus VKPD-Sicht unvermeidlich erscheinende »Abwehrkampf der Arbeiter gegen die paramilitärische Besetzung des mitteldeutschen Raumes sollte innerhalb kürzester Zeit, unterstützt durch einen Generalstreik in ganz Deutschland, zu einem bewaffneten Aufstand mit dem Ziel weitergeführt werden, die Reichsregierung zu stürzen und die politische Macht im gesamten Reich zu übernehmen, zumindest aber die bestehende Ordnung in ihren Grundfesten zu erschüttern«. Friedmann, Ronald: Märzkämpfe 1921. In: Zeitschrift für Marxistische Erneuerung. März 1921. S. 145. (S. 143–150.) Tatsächlich erschüttert wurde jedoch die VKPD selbst. Die Märzaktion stürzte sie »in die schwerste Krise seit ihrer Gründung. Die Partei hatte sich nicht nur in den Augen großer Teile der deutschen Arbeiterschaft durch die Aktion und die dabei angewandten Methoden diskreditiert – die sie in die gleiche Isolation wie 1919 drängte –, es fand auch ein regelrechter Mitglieder-Exodus statt«. Die Organisationen und die Parteiarbeit lagen zum Teil für Monate am Boden. Die VKPD war faktisch zunächst handlungsunfähig, durch innere massive Konflikte gelähmt und massiver staatlicher Repression ausgesetzt. Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde. S. 315.

<sup>59</sup> Levi, Paul: Unser Weg. Wider dem Putschismus. In: Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe. Herausgegeben und eingeleitet von Charlotte Beradt. Frankfurt a. M. 1969. S. 44–94.

<sup>60</sup> Weber: Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland. S. 318–320. Dok. 24.

<sup>61</sup> Badia, Gilbert: Clara Zetkin. Eine neue Biographie. Berlin 1994.

<sup>62</sup> Weber, Hermann; Drabkin, Jakob; Bayerlein, Bernhard H., Galkin, Aleksander (Hrsg.): Deutschland, Russland, Komintern. II. Dokumente (1918–1943). Berlin Boston 2014. S. 177. Dok. 48.

Die Offensivtheorie hatte auch Lenin strikt abgelehnt und als »politisch grundfalsch« sowie als »Phrasen und linksradikale Spielerei«<sup>63</sup> kritisiert. In seinem Verständnis war die Märzaktion ein taktischer Fehler, jedoch im Unterschied zu Clara Zetkin und Paul Levi kein prinzipiell zu verurteilender Putschversuch. »Die vorzeitige Aufnahme des allgemeinen Kampfes – das ist das Wesen der Märzaktion. Kein Putsch, sondern ein Fehler, gemildert durch die Defensive Hunderttausender.«<sup>64</sup> Lenin plädierte in der konkreten Situation des Frühjahrs/Sommer 1921 aus taktischen Erwägungen und nicht aufgrund prinzipieller Übereinstimmung für die von Levi mit dem »Offenen Brief« entwickelte Einheitsfrontpolitik. Vor dem Hintergrund der sich stabilisierenden kapitalistischen Gesellschaften in Westeuropa ging es dem führenden Kopf der Bolschewiki um die Verbanung der Offensivtheorie aus VKPD und KOMINTERN, nicht jedoch um das ihr zugrunde liegende Avantgardeverständnis. Dass die Kommunistische Partei die politische und organisatorische Führungsrolle vor, während und nach der proletarischen Revolution innehaben musste, lag für ihn außerhalb der Diskussion. Vorerst brauchten die Bolschewiki nach erfolgreich bestandem Bürgerkrieg und abgewehrter ausländischer Intervention jedoch eine Atempause, um ihre eigene Macht politisch und ökonomisch stabilisieren zu können. Die hierzu erforderliche wirtschaftliche Unterstützung konnte nur aus den kapitalistischen Staaten kommen, so dass putschistische Tendenzen aus dem Arsenal der kommunistischen Parteien verbannt werden mussten. »Das war allerdings mit dem Selbstverständnis großer Teile der Mitgliedschaft der häufig soeben erst entstandenen kommunistischen Parteien nur schwer vereinbar.«<sup>65</sup>

Tatsächlich drohte im Frühjahr/Sommer 1921, wie die Entwicklung der VKPD vor, während und nach der Märzaktion gezeigt hatte, die Kinderkrankheit im Kommunismus – der linke Radikalismus – »die KOMINTERN zu ersticken«<sup>66</sup>. Zur machtpolitischen Absicherung seiner »Neuen Ökonomischen Politik« hatte Lenin auf dem x. Parteitag der *Kommunistischen Partei Russlands* im März 1921 drastische Maßnahmen zur Formierung der Partei zu einem politischen Machtinstrument durchgesetzt, dass durch ideologische Einheit und organisatorische Geschlossenheit gekennzeichnet sein sollte. Jener von Rosa Luxemburg kritisierte Ultrazentralismus<sup>67</sup>, der

<sup>63</sup> Lenin-Werke Ergänzungsband: S. 327.

<sup>64</sup> Ebenda. S. 331.

<sup>65</sup> Kinner: Kommunismus. S. 39.

<sup>66</sup> Vatlin, Alexander: Die Komintern. Gründung Programmatik Akteure. Berlin 2009. S. 69.

<sup>67</sup> Luba, Ottokar: Rosa Luxemburgs Kritik an Lenins ultrazentralistischem Parteikonzept und an der

die Bolschewiki mit Beginn ihrer Existenz gekennzeichnet hatte, erfuhr so eine weitere Verschärfung und machte es der Parteiführung – zumindest theoretisch, und wie die Geschichte der bolschewisierten bzw. stalinierten kommunistischen Parteien zeigt, oft auch praktisch – möglich, radikale Kurswechsel gegenüber der Mitgliedschaft und deren abweichenden Auffassungen durchzusetzen.<sup>68</sup>

Hatte sich die mit der Haltung Paul Levis in Übereinstimmung befindliche »rechte Opposition« in der VKPD nach dem III. Weltkongress und dessen Absage an die Offensivtheorie zunächst optimistisch hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Partei gezeigt,<sup>69</sup> musste sie spätestens im Ergebnis des Jenaer Parteitages Ende August 1921 zur Kenntnis nehmen, dass die KPD den Kurswechsel hin zur Einheitsfrontpolitik nur widerwillig und entsprechend ihrer eigenen Interpretation akzeptierte. Hier zeigte sich, was Clara Zetkin gegenüber Paul Levi bereits vor dem III. Weltkongress mitgeteilt hatte: »Nicht politische Einsicht und Überzeugung vieler werden die Entscheidung [gegen die Offensivtheorie und zugunsten der Einheitsfrontpolitik, m. H.] fällen, sondern die grundsätzliche Klarheit und Festigkeit, die Einsicht und politische Klugheit Tr[otzkis] und L[enin]s, zumal des einzigen L. Wahrhaftig: Mit all ihren unsäglichen Gemeinheiten im Kampfe gegen uns sind mir die Thalheimer und Co. nie so verächtlich gewesen wie mit ihrem Ducken.«<sup>70</sup>

Als konsequente Gegnerin der Einheitsfrontpolitik tat sich Ruth Fischer hervor. »Sie bezeichnete die Idee, dass sozialdemokratische »Gewerkschaften und Parteien als Ganzes vor dem Beginn eines Kampfes gewonnen werden können«, als »Illusion«. Unmittelbar nach dem Jenaer Parteitag betonte sie: »Breite Massen gewinnen«, »Kredit gewinnen«, das darf nie so weit gehen, um auch nur für einen Augenblick Grundsätzliches zu verweisen. »Sonst verlieren wir auf der einen Seite das, was wir auf der anderen Seite etwa gewinnen würden.«<sup>71</sup>

Wenngleich der linksradikale bis ultralinke Flügel die Beschlüsse des Jenaer Parteitages in seine Richtung hatte verschieben können, war es ihm

bolschewistischen Revolutionstaktik in Russland. In: Luba, Ottokar: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919. Leipzig 2008. S. 26–42.

<sup>68</sup> Hierzu umfassend: Brie, Michael: Lenin neu entdecken. Hamburg 2017.

<sup>69</sup> Lorenz, Gerlinde: »Leitstern« Sozialismus. Die politische Biographie des Remscheider Arbeiterführers Otto Braß (1875–1950) und seines Sohnes Otto (1900–1972). Essen 2010. S. 218.

<sup>70</sup> Weber: Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland. S. 316/317 (S. 313–318. Dok. 23).

<sup>71</sup> Keßler: Ruth Fischer. S. 102/103.

nicht gelungen, sich gänzlich durchzusetzen. Der Parteitag zog aus der Märzaktion die Konsequenz, erstens alle zukünftigen Kämpfe konkret in enger Verbindung mit den Massen vorzubereiten, die jeweilige Situation dabei genau zu analysieren und nur solche Ziele in den zu entfesselnden Aktionen zu verfolgen, »die für jeden Arbeiter verständlich sind«<sup>72</sup>. Zweitens müsse die Partei entsprechend dem bolschewistischen Vorbild zukünftig umfassend organisiert, von einem einheitlichen Kampfgeist und einer eisernen Kampfdisziplin durchdrungen sein. Drittens schließlich sollten alle Reste opportunistischer und zu Passivität neigender Tendenzen ebenso wie die Politik der revolutionären Ungeduld und wortradikalen Phrasen überwunden werden. Damit zeigt sich: Die von Lenin auf dem III. Weltkongress durchgesetzte Zurückweisung der linksradikalen Offensivtheorie ohne Verurteilung der Märzaktion hatte es der großen Mehrheit der deutschen Kommunistinnen und Kommunisten ermöglicht, zum einen das von ihm und Trotzki verkündete faktische Ende der revolutionären Epoche, zum anderen auch gesichtswahrend die Fehler der März-kämpfe 1921 anzuerkennen. Dieser Kompromiss bildete die Grundlage für den Übergang zu der von der KPD 1921/22 praktizierten Einheitsfronttaktik. »Die politischen Beschlüsse des Jenaer Parteitages knüpften an den Offenen Brief vom 8. Januar 1921 an und entsprachen der Parole des Dritten Weltkongresses ›Heran an die Massen‹. Indem sie konkrete Tagesforderungen erhob, die teilweise auch von den anderen Arbeiterparteien und den Freien Gewerkschaften aufgestellt wurden, schickte die KPD sich an, ihre Isolation zu überwinden und wieder zu einem ernstzunehmenden politischen Faktor zu werden.«<sup>73</sup> Zugleich aber betonte sie, wie auch schon im »Offenen Brief«, dass die KPD<sup>74</sup> notfalls auch eigenständige Aktionen unternehmen müsse, falls die »zurückgebliebenen Massen« sich nicht aufrütteln ließen.<sup>75</sup> Sie nahm für sich in Anspruch, für die notwendigen Kämpfe zur Erfüllung der unmittelbaren sozialen Forderungen der Arbeiterschaft die Initiative zu ergreifen. Weiterhin wollte sie zukünftig in den Fällen, in denen die Bewegung eine rückläufige Entwicklung nahm, die Massen möglichst geordnet und geschlossen aus dem Kampf führen, betonte aber zugleich, dass sie sich nicht auf diese defensive Haltung beschränken dürfe. »Die Hauptsache ist, dass die KPD von dem Geist der Kampfbereitschaft erfüllt ist und jegliche Passivität überwindet«, denn in

<sup>72</sup> Dokumente und Materialien. Bd. VII/1. S. 534 (S. 533–535. Dok. 211).

<sup>73</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 530.

<sup>74</sup> Seit dem Jenaer Parteitag nannte sich die Partei wieder KPD. Kinner: Kommunismus. S. 40.

<sup>75</sup> Dokumente und Materialien. Bd. VII/1. S. 534.

der Periode der Weltrevolution sei sie in ihrem Wesen eine Partei des Angriffs und des Ansturms auf die kapitalistische Gesellschaft.<sup>76</sup> Insofern sollten nicht die konsequentesten Befürworter der Einheitsfrontpolitik die Politik der KPD in Richtung einer wirklichen Aktionseinheit der gesamten Arbeiterschaft vorantreiben, sondern ihre linksradikalen bis ultralinken Gegnerinnen und Gegner sie letztlich immer wieder ausbremsen. Entscheidend für diese Konstellation war, dass es außerhalb des Selbstverständnisses des deutschen Parteikommunismus lag, jene Konsequenzen zu ziehen, die Paul Levi und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter mit der Gründung der *Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft* (KAG) am 20. November 1921 gezogen hatten.

Vor dem Hintergrund der Niederlage des linksradikalen Flügels auf der Novembertagung des KPD-Zentralausschusses<sup>77</sup>, auf die noch kurz einzugehen sein wird, erklärten die aus der KPD ausgeschlossenen Unterstützerinnen und Unterstützer Paul Levis, keine eigene Partei bilden zu wollen, sondern vielmehr die Gründung einer revolutionären Massenpartei anzustreben. Die KPD könne zu ihrem Kern werden, wenn sie eine Reihe von Voraussetzungen schaffe, »die ihr das nötige Ansehen und Vertrauen in den Massen wiedergeben würden«<sup>78</sup>. Hierzu zählte die KAG die völlige materielle Unabhängigkeit von der KOMINTERN, die Mitkontrolle der von den auswärtigen kommunistischen Organisationen in Deutschland publizierten Literatur durch die deutsche Parteileitung, die Sicherung der KPD gegenüber jeglichen organisatorischen Eingriffen seitens des EKKI, den ausdrücklichen Verzicht auf alle putschistischen Bestrebungen im Sinne der Märzaktion und stattdessen eine Politik der Zusammenarbeit der revolutionären Arbeiterschaft, d. h. die konsequente Einheitsfrontpolitik und hierin eingeschlossen eine Gewerkschaftspolitik, die ohne Aufgabe der revolutionären Ziele »die organisatorische Einheitlichkeit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften aufrechterhält«<sup>79</sup>.

Hier waren jene Voraussetzungen für eine Einheitsfrontpolitik formuliert, die dem Offenen Brief und den in seiner Kontinuität stehenden weiteren kommunistischen Einheitsfrontangeboten fehlten. Wenn die Einheitsfront-

<sup>76</sup> Dokumente und Materialien. Bd. VII/1. S. 535.

<sup>77</sup> Reisberg, Arnold: An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921–1922. Ein Beitrag zur Erforschung der Hilfe W. I. Lenins und der Komintern für die KPD. Berlin 1971. S. 271.

<sup>78</sup> Weber, Hermann: Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915–1945. Köln 1973 (3. Auflage) S. 277 (S. 277/278. Dok. 87).

<sup>79</sup> Weber, Hermann: Der deutsche Kommunismus. S. 277.

taktik tatsächlich eine Antwort auf die Frage sein wollte, wie revolutionäre Politik in nichtrevolutionärer Zeit bewerkstelligt werden konnte, dann bedurfte es hierzu zunächst der Anerkennung der Tatsache, dass die revolutionäre Periode zumindest auf längere Sicht vorüber war. Ein sichtbarer Ausdruck hierfür konnte die Aufgabe des Konzepts der revolutionären Weltpartei und die Neubegründung der KOMINTERN als eine demokratische, linkssozialistisch-kommunistische Organisation auf internationaler Ebene sein. Die damit verbundene Herstellung der materiellen und politischen Unabhängigkeit der deutschen Partei von KOMINTERN und Bolschewiki war zudem nicht nur geeignet, die Glaubwürdigkeit der kommunistischen Einheitsfrontangebote bei ihren sozialdemokratischen Adressatinnen und Adressaten zu erhöhen, indem der Verdacht ausgeräumt wurde, die KPD sei von außen fremdgesteuert und verfolge ganz andere Interessen. Wenn die deutsche Partei wieder die Souveränität ihrer eigenen Beschlüsse zurückerlangen würde, musste sich zwangsläufig der Realitätsgehalt ihrer Einheitsfrontangebote erhöhen, wenn diese tatsächlich ernst im Sinne des Anknüpfens an die unmittelbaren Interessen der Arbeiterschaft gemeint waren. Mit den fünf von der KAG verlangten Voraussetzungen war aus Sicht der KPD-Zentrale unter Führung Ernst Meyers jedoch jene Grenze überschritten, die zwischen legitimer Opposition innerhalb der Partei und parteierstörerischer und verbotener fraktioneller Tätigkeit lag. »Für Meyer und die von ihm geleitete Zentrale durfte die Notwendigkeit der KOMINTERN als einer zentralisierten Weltpartei nicht in Frage gestellt werden. Die Anerkennung dieser Notwendigkeit steckte den Rahmen ab, innerhalb dessen Kritik an der Komintern als tolerierbar, gar als notwendig empfunden wurde.«<sup>80</sup>

### Die Einheitsfrontpolitik der Thüringer KPD 1921/22

Die Thüringer KPD gilt im Verhältnis zur Gesamtpartei als relativ gemäßigt und wird infolgedessen auf ihrem rechten Flügel verortet. »Zwar war auch diese Richtung der ›Weltrevolution‹ verpflichtet und sah in der Sozialdemokratie eine gegnerische Partei, die der Erreichung dieses Zieles im Wege stand. Aber ihre Vertreter gingen von der Aufgabe aus, stetig an einer Verbreitung der Basis für eine nach ihrem Verständnis konsequent proletarische Politik zu arbeiten. Dazu war es notwendig, mit der SPD um

<sup>80</sup> Wilde, Florian: *Revolution als Realpolitik. Ernst Meyer (1887–1930). Biographie eines KPD-Vorsitzenden.* Konstanz 2018. S. 180.

die bessere Interessenvertretung für die Arbeiter zu konkurrieren, auf bestimmten Feldern auch mit ihr zu kooperieren, um die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren und das Vertrauen der sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu erringen.«<sup>81</sup> Sowohl die Einheitsfrontpolitik Anfang der 1920er-Jahre, als auch ihre Entwicklung seit Mitte dieses Jahrzehnts bis hin zum Anschluss der Mehrheit der kommunistischen Landtagsfraktion an die *Kommunistische Partei Opposition* (KPO)<sup>82</sup> 1929 belegen diese Einschätzung.<sup>83</sup>

Eine genauere Betrachtung der Reaktionen der Thüringer Kommunistinnen und Kommunisten auf die gescheiterte Märzaktion und die hierauf folgenden Beschlüsse des III. Weltkongresses sowie des Jenaer Parteitages 1921 zeigt jedoch, dass auch im thüringischen Bezirksverband nicht nur das gesamte Meinungsspektrum des Für und Wider der Einheitsfrontpolitik existierte, sondern zumindest nach außen zunächst die Offensivtaktik mehrheitlich vertreten wurde. Entsprechend der von der KPD-Zentrale vorgegebenen Linie hieß es in der Gothaer VKPD-Mitgliederversammlung am 11. April 1921: »Haben wir auch infolge der Feigheit und Verrätereier der USP-Revolutionssphrasadeure und der Noskesozialdemokraten eine Niederlage erlitten, so werden wir die Revolution doch nicht abschnüren, denn sie ist ein naturnotwendiges geschichtliches Ereignis von auf die Dauer unhaltsamer Wucht.«<sup>84</sup> Wenige Tage später verteidigte der erweiterte Bezirksausschuss der Thüringer VKPD sowohl die Märzaktion als auch die von den innerparteilichen Kritikerinnen und Kritikern heftig angegriffene Partei-Zentrale. Die Partei habe den Kampf gegen die Hörsing-Provokation aufnehmen müssen, »um dem deutschen Proletariat zum Bewusstsein zu bringen, dass nicht durch radikale Phrasen, sondern durch revolutionäre Taten dem Verelendungsprozess [...] Einhalt geboten und die proletarische Bewegung vorwärts getrieben werden muss«<sup>85</sup>. In der mit 16 gegen zwei Stimmen angenommenen Resolution wurden einleitend die »objektiven und politischen Voraussetzungen revolutionärer Aktionen für den proletarischen Befreiungskampf« hervorgehoben. Deshalb verurteilte das Gremium auf das »schärfste den von Paul Levi in seiner Broschüre gemachten Versuch, die mitteldeutsche Aktion als eine bakunistisch-putschistische

<sup>81</sup> Kachel, Steffen: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949. Köln Weimar Wien 2011. S. 188.

<sup>82</sup> Kinner: Kommunismus. S. 122–134.

<sup>83</sup> Ebenda. S. 188–201. Leimbach, Timo: Parlamentarische Integration versus Stalinisierung? Die KPD-Fraktion im Landtag von Thüringen 1920–1932. In: JHK 2018. S. 43–60.

<sup>84</sup> Gothaer Volksblatt, 12.04.1921.

<sup>85</sup> Neue Zeitung, 18.04.1921.

Aktion hinzustellen und billigt[e] den Ausschluss Levis« aus der vKPD. Der Bezirksausschuss forderte von der Zentrale, »allen Versuchen, die Aktionsfähigkeit der Partei zu lähmen, von vorherein auf das allerschärfste zu begegnen«<sup>86</sup>.

Vor diesem Hintergrund spricht einiges dafür, dass in der Unterstützung der Thüringer Delegation für den ultralinken Berliner Bezirksverband auf dem Jenaer Parteitag<sup>87</sup> eine der Gesamtentwicklung der Partei entsprechende, nur zögernde und zunächst widerwillige Akzeptanz des aktiven Kerns des Bezirksverbands mit dem Kurswechsel des III. Weltkongresses hin zur Einheitsfrontpolitik zum Ausdruck kam. Nach Abschluss des Jenaer Parteitages erschien im Jenaer KPD-Parteiblatt ein kritischer Kommentar, der ausdrücklich vor der schroffen Zurückweisung der Offensivtheorie durch den III. Weltkongress warnte. Der im Widerspruch zum Verlauf des Parteitages gestärkte rechte Flügel in der Parteiführung<sup>88</sup> werde dies nicht nur zum Vorwand nehmen, »um die ganze Parteitätigkeit auf bloße propagandistische Großsprecherei einzustellen«<sup>89</sup>. Es bestehe die Gefahr, dass die KPD infolgedessen versuche, den bevorstehenden wirtschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen auszuweichen, die ihrer inneren Logik nach zu einer Zuspitzung der politischen Situation und damit zu Konflikten mit der Staatsmacht führen müssten und gerade deshalb die Existenz der kommunistischen Partei zu einer geschichtlichen Notwendigkeit machten. Damit sei jedoch die weitere Entwicklung der sozialen Revolution gefährdet.<sup>90</sup>

Wie hoch der Anteil von Thüringer Kommunistinnen und Kommunisten war, die die hier zum Ausdruck kommende Skepsis hinsichtlich der vorläufigen Zurückstellung der revolutionären Perspektive und im Zusammenhang damit dem faktischen Infragestellen des eigenen kommunistischen Selbstverständnisses teilten, muss aufgrund der Quellenbasis offenbleiben. Ganz im Sinne der Offensivtheorie hatte der Gothaer vKPD-Landtagsabge-

<sup>86</sup> Neue Zeitung, 18.04.1921.

<sup>87</sup> Die Thüringer Delegierten hatten sich einer Erklärung des Berliner Bezirksverbandes angeschlossen, der sich in scharfer Form gegen die Kritik des EKKI an dessen linksradikalen Kurs wandte. Gothaer Volksblatt, 06.09.1921. Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 527.

<sup>88</sup> »Die Wahlen zur Zentrale brachten einen gewissen Ruck nach rechts.« An die Stelle des nach der Märzaktion verhafteten und verurteilten Heinrich Brandler trat Ernst Meyer als faktischer Vorsitzender. Zudem waren führende »Rechte« wie Clara Zetkin, Paul Böttcher und Jacob Walcher vertreten. Ebenda. S. 529.

<sup>89</sup> Neue Zeitung, 31.08.1921.

<sup>90</sup> Neue Zeitung, 31.08.1921.

ordnete Otto Geithner<sup>91</sup> in einer Mitgliederversammlung seiner Ortsgruppe Anfang Mai 1921 betont: »Bei der Beurteilung der Frage der Taktik der Partei müssen wir vor allem in Betracht ziehen, dass wir mit einer schnellen Katastrophe des Kapitalismus zu rechnen haben, vielleicht schneller, als es sich zur Stunde übersehen lässt.«<sup>92</sup> Deshalb könne sich die Partei »nicht auf eine langsame Entwicklung einstellen, denn wir haben erkannt, dass wir nicht so sukzessive in den sozialistischen Staat hineinwachsen«. Das in der VKPD zusammengeschlossene revolutionäre Proletariat müsse sich »auf diese Katastrophe einstellen« und könne »daher aber nicht defensiv« agieren. Es dürfe »dieser nicht auszuweichen suchen, sondern [muss] aktiv in den Gang des politischen Geschehens« eingreifen. Die Defensivkämpfe der letzten Jahre hätten nichts genützt, deshalb müsse die VKPD das Proletariat auf den Offensivkampf vorbereiten.<sup>93</sup> Unmittelbar im Vorfeld des III. Weltkongresses der KOMINTERN schloss das Gothaer Parteiblatt aus dem Verlauf des Thüringer Bezirksparteitages am 18./19. Juni 1921: »Die VKPD in Thüringen steht und kämpft. Wenn's sein muss, mit der Waffe in der Hand. Es kam auch auf dieser Parteikonferenz stark zum Ausdruck: In der Märzaktion sind Fehler gemacht worden, doch die Aktion selbst, sie war kein Fehler.«<sup>94</sup>

Das war der Ausgangspunkt, von dem aus die von der Partei-Zentrale neu installierte Thüringer Bezirksleitung unter dem jungen Walter Ulbricht<sup>95</sup> zu agieren begann. Die Thüringer KPD verstand unter der Einheitsfronttaktik – wie große Teile der Gesamtpartei – weniger den Bruch mit der Offensivtheorie, sondern mehr die Fortsetzung der auf die Revolution orientierten Politik unter Berücksichtigung der Lehren des gescheiterten mitteldeutschen Aufstands, die sie vor allem organisatorisch zog. Unmittelbar vor dem Bezirksparteitag der KPD Thüringen am 18./19. Juni 1921

<sup>91</sup> Raschke, Helga: »In contumaciam« aus der KPD geworfen. Ernst (Otto) Geithner (1876–1948). in: Hesselbarth, Mario; Schulz, Eberhart, Weißbecker Manfred (Hrsg.): Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen. Biographische Skizzen. Jena 2006. S. 177–183.

<sup>92</sup> Gothaer Volksblatt, 08.05.1921.

<sup>93</sup> Gothaer Volksblatt, 08.05.1921.

<sup>94</sup> Gothaer Volksblatt, 20.06.1921.

<sup>95</sup> Frank, Mario: Walter Ulbricht. Eine deutsche Biographie. Berlin 2003. Aus SED-/DDR-Perspektive hätten in der Bezirksleitung der Thüringer VKPD zunächst »rechtsopportunistische Kräfte« dominiert. Sie seien nach der Märzaktion entfernt worden. Ihr Versuch, auf dem Bezirksparteitag die Wahl Walter Ulbrichts als Bezirkssekretär zu verhindern, sei an der Mehrheit der Delegierten gescheitert. Kiefner, Martin; Maur, Hans; Siwon, Heinz: Das Ringen der Bezirksleitung Großthüringen der KPD um die Durchsetzung der Leninschen Losung »Heran an die Massen!« (1921/22). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. XI. Jg. (1963). S. 1306 (S. 1305–1318). Tatsächlich war dem Vorschlag des KPD-Mitbegründers Hermann Lindemann, »die Genossen Polenz und Creutzburg zu Bezirkssekretären zu wählen [...], heftig widersprochen« worden, »worauf Zurücknahme des Vorschlags erfolgte«. Neue Zeitung, 22.06.1921. zur Person Hermann Lindemann: Weber: Die Gründung der KPD. S. 333.

erklärte das Jenaer kommunistische Parteiblatt, die Tagung werde »in erster Linie die Aufgabe haben, die Erfahrungen des ersten großen Offensivkampfes des deutschen Proletariats klar umrissen festzustellen, damit sie für spätere Kämpfe nutzbringend verwertet werden können. Es wird weiter Aufgabe des Parteitages sein, die Fehler und Schwächen, die sich während der Märzkämpfe in organisatorischer Beziehung ergeben haben, abzustellen und die Organisation auf neuer Grundlage so aufzubauen, dass sie immer schlagfertiger und fähiger wird, den Anstürmen der Reaktion standzuhalten und darüber hinaus den großen Offensivkampf um die Eroberung der Macht einzuleiten.«<sup>96</sup>

Die Basis dieses organisatorischen Neuaufbaus der KPD bildete ihre straffe Zentralisierung. Alle Parteigliederungen wurden der Zentrale unterstellt und ein einseitiges Verhältnis von Autorität der Führung und Unterwerfung der Basis etabliert. Die Frauen-, Jugend- sowie Gewerkschaftsorganisationen hatten ebenso wie die Parteizeitungen und die Parlamentsfraktionen ausschließlich die Parteilinie nach außen zu vertreten und die Beschlüsse der Zentrale durchzuführen. Ihr war von nun an nicht nur die Parteipresse unterstellt, sie entschied auch über die Einstellung oder Umsetzung der hauptamtlichen Parteisekretäre. Zugleich wurde die Partei in der Art umstrukturiert, dass »die Weisungen der Zentrale bzw. ihre Mobilisierungsversuche über verschiedene Stufen bis zum letzten Parteimitglied gelangen konnten, von dem unter dem Disziplinpostulat strikte Unterwerfung und Ausführung verlangt wurde«<sup>97</sup>. Im Kern zielte der organisatorische Umbau der Partei auf die zu diesem Zeitpunkt in der deutschen Arbeiterschaft noch tief verwurzelten sozialdemokratischen Traditionen. »Der organisierte Umbau der Partei dient dem Zweck«, erklärte der Organisationssekretär der Thüringer Bezirksleitung Zipfel auf dem Bezirksparteitag am 18. Juni 1921, sie »auf größere Aktivität einzustellen. Die Arbeiterschaft und auch unsere Mitglieder hängen noch an den alten Traditionen der alten sozialdemokratischen Parteien. Wir aber haben uns jetzt aus der Zeit der Nur-Propaganda und Wahlarbeit zu lösen und alle Arbeit auf die Aktivität einzustellen. [...] Für eine proletarische Revolution müssen nicht nur die politischen, sondern auch die organisatorischen Vorbereitungen getroffen werden.«<sup>98</sup> Wenngleich die Neuformierung der Parteiorganisation insofern auf die proletarische Revolution ausgerichtet war, musste die Thüringer KPD zu-

<sup>96</sup> Neue Zeitung, 18.06.1921.

<sup>97</sup> Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde. S. 399.

<sup>98</sup> Neue Zeitung, 21.06.1921.

nächst im Rahmen der politisch-gesellschaftlichen Realitäten der Weimarer Republik agieren. Der Landtagswahlkampf im August/September 1921 legte aus Sicht der Bezirksleitung sowohl Stärken als auch Defizite der Parteiorganisation offen. Das eigene Wahlergebnis wurde als Resultat der erfolgreichen Arbeit der Parteimitgliedschaft vor Ort interpretiert und dem Wirken der kommunistischen Presse zugeschrieben. Mit dem »zum Teil mangelhaften Ausbau unserer Organisation, die infolge der Auseinandersetzungen in der Partei über die Märzaktion nicht mit der Sorgfalt ausgebaut werden konnte, wie es für eine derart junge Partei durchaus notwendig war«,<sup>99</sup> erklärte sich die KPD indes den großen sozialdemokratischen Stimmenanteil. Dennoch werde das Massenbekenntnis der Thüringer Arbeiterschaft zur kommunistischen revolutionären Tat bei der Landtagswahl am 11. September 1921, den ersten Wahlen nach der Märzaktion, auf die gesamte (kommunistische) Internationale befruchtend wirken, kommentierte das Jenaer KPD-Parteiblatt. Darin liege »die größte Bedeutung dieses Wahlergebnisses, soweit es für uns als Kommunistische Partei in Frage kommt«<sup>100</sup>. Es sei durch den Ausgang dieser Wahl bewiesen worden, dass die KPD nicht tot ist, »sondern dass sie lebt und rüstig vorwärts schreitet«<sup>101</sup>.

Obwohl die Thüringer KPD ihr Wahlergebnis zunächst noch im revolutionären Offensivgeist interpretierte, war die Landtagswahl am 11. September 1921 von maßgebender Bedeutung für die Durchsetzung der Einheitsfrontpolitik im thüringischen Bezirksverband bis 1923, die zudem nicht voraussetzungslos erfolgte. Die konkrete parlamentarische Arbeit der vier KPD-Landtagsabgeordneten, die nach der Spaltung der USPD aus deren Landtagsfraktion ausgetreten waren, hatte im Zeitraum 1920/21 landespolitische Grundlagen für den Versuch einer revolutionären Realpolitik geschaffen. Es sei charakteristisch, dass sich die Reformsozialisten aller Schattierungen mit Eifer und Begeisterung auf den Aufbau des neuen Landes Thüringen gestürzt hätten, »hatten sie doch hier Gelegenheit, einen Staat in ihrem Sinne aufzubauen und mit geringer Mühe einen kapitalistischen Staat »zu erobern«, die Schule und die Justiz, die Polizei und die Gesetzgebung, die Regierung und den Verwaltungsapparat im »sozialistischen Sinne einzurichten oder umzugestalten««,<sup>102</sup> bilanzierte das Gothaer KPD-Parteiblatt

<sup>99</sup> Neue Zeitung, 15.09.1921.

<sup>100</sup> Neue Zeitung, 12.09.1921.

<sup>101</sup> Neue Zeitung, 12.09.1921.

<sup>102</sup> Gothaer Volksblatt, 27.08.1921.

die erste Legislaturperiode des Thüringer Landtages. Die KPD sei von solchen »gegenrevolutionären, kleinbürgerlichen Illusionen frei« und wüsste, dass sich die Institutionen des bürgerlichen Staates nicht erobern ließen. Denn »erobern lässt sich nur die politische Macht und nach der Eroberung der politischen Macht muss das Proletariat die kapitalistischen Herrschaftsapparate beseitigen und ersetzen durch Verwaltungsorgane der proletarischen kommunistischen Gesellschaft«. Dennoch wäre es ein bequemer und selbstgefälliger Scheinradikalismus, würde auf den Kampf um Einfluss im kapitalistischen Staat und seine Institutionen verzichtet. Das Ringen um parlamentarischen Einfluss und Gesetzgebung, die Ausgestaltung der Schulen und der Kampf gegen die Klassenjustiz erfolge auch deshalb, um der »bürgerlichen Gesellschaft die Maske von der brutalen Fratze zu reißen« und die Sozialdemokratie als Sozialverräterin zu entlarven. Die KPD dürfe dem Bürgertum die kapitalistischen Staatsinstitutionen »nicht allein zum bequemen und erfolgreichen Gebrauch in die Hände spielen [...]«. Durch unsere Tätigkeit müssen wir diese Institutionen bürgerlicher Klassenherrschaft zersetzen und für ihren eigentlichen Zweck, die Unterdrückung der Arbeiterklasse, die Ausbeutung der Proletarier, mehr oder weniger unbrauchbar, müssen wir diese Waffen der kapitalistischen Diktatur stumpf und schartig machen«. Seien sie für den proletarischen Befreiungskampf auch wertlos, so müsse doch der Kampf innerhalb dieser Institutionen geführt werden, »um die Machtentfaltung des Bürgertums zu hemmen, um den Aufmarsch der Gegenrevolution zu stören« Deshalb hätten auch Kommunistinnen und Kommunisten für Reformen im kapitalistischen Staat einzutreten, aber im Unterschied zur Sozialdemokratie nicht aus reformistischen Beweggründen, um ihn schrittweise in den Sozialismus zu überführen oder im bürgerlichen Sinn die kapitalistischen Auswüchse zu bekämpfen um seine Lebensfähigkeit zu verlängern. Beim Eintreten für Reformen gehe es aus kommunistischer Sicht darum, die Widersprüche und Gegensätze im Kapitalismus zuzuspitzen und die bürgerlichen Machtpositionen zu unterminieren.<sup>103</sup>

Neben solchen theoretisch-taktischen Überlegungen war es indes hauptsächlich die Zuspitzung der innenpolitischen sowie sozialen und wirtschaftlichen Situation, die die Hinwendung der Thüringer KPD zur Einheitsfrontpolitik wesentlich mit bewirkte. Ohne Zweifel stellte dabei die Ermordung des Zentrums politiklers Matthias Erzbergers am 26. August

<sup>103</sup> Gothaer Volksblatt, 27.08.1921.

1921<sup>104</sup> durch Angehörige der rechtsextremen Terrorgruppe *Organisation Consul* (OC)<sup>105</sup> das dramatischste Ereignis dar. Zwar kam es im Unterschied zum neun Monate später ebenfalls von Mitgliedern der OC begangenen Mord an Reichsaußenminister Walter Rathenau im August/September 1921 zu keinem gemeinsamen Vorgehen der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften mit der KPD auf Landes- und Reichsebene. Dennoch beteiligte sich die kommunistische Partei mit eigenen Aufrufen und Aktivitäten an der Bildung einer gemeinsamen Einheitsfront und deren Protestaktionen.<sup>106</sup> Bemerkenswert ist, dass die Thüringer KPD-Bezirksleitung in diesem Zusammenhang ihre Unterbezirke und Ortsgruppen am 30. August 1921 ausdrücklich angewiesen hatte, »im Interesse der Bildung der proletarischen Kampffront keineswegs die Kritik an der bisherigen, [aus KPD-Sicht] konterrevolutionären Politik«<sup>107</sup> der sozialdemokratischen Parteien in den Vordergrund zu stellen, denn ihre Anhängerschaft würde »nun die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Reaktion erkennen«<sup>108</sup>. Deshalb sollten die kommunistischen Ortsgruppen auf die sozialdemokratischen Vorstände und die Gewerkschaftskartelle zugehen, gemeinsam mit ihnen Protestaktionen organisieren und konkrete Forderungen im Kampf gegen die Konterrevolution formulieren. In ihrem eigenen Aufruf hob die Bezirksleitung hervor, die gesamte Arbeiterschaft müsse jetzt in den gemeinsamen Massenkundgebungen ihren Willen zum gesteigerten Kampf gegen die Reaktion zum Ausdruck bringen.<sup>109</sup>

<sup>104</sup> Sabrow, Martin: Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution. Frankfurt a.M. 1999. S. 66–80. Der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger war der Reaktion als Initiator der Friedensresolution des Deutschen Reichstages vom Juli 1917, als Leiter der Waffenstillstandskommission im November 1918 und Befürworter der Unterzeichnung des Versailler Vertrages sowie als Reichsfinanzminister besonders verhasst und massiven persönlichen Angriffen ausgesetzt. Deshalb hatte er am 12. März 1920 sein Amt in der Regierung aufgegeben. Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik. München 2002. S. 39.

<sup>105</sup> Die Geheimorganisation Consul (OC) war eine aus der Marinebrigade Ehrhardt und dem Verein ehemaliger Ehrhardt-Offiziere hervorgegangene geheime Terror- und Femeorganisation, deren Ziel im gewaltsamen Umsturz der Weimarer Republik bestand. Infolge der Auflösung der Marinebrigade Ehrhardt, der Haupttruppe des Kapp-Putsches vom März 1920, hatten sich Offiziere dieser Freikorpsseinheit im Verein ehemaliger Ehrhardt-Offiziere zusammengeschlossen, um weiterhin aktiv gegen den demokratischen Staat zu kämpfen. Diese Bestrebungen waren Ende 1920 in der Bildung des OC gemündet. Sitz der Zentrale der OC war München, von hier aus wurde die reichsweit agierende Geheimorganisation geleitet und umfangreiche Kontakte zu den anderen rechtsextremistischen/faschistischen Vereinen und Verbänden gepflegt. Mahlke, Bernhard: Organisation Consul. In: Fricke, Dieter (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945) in vier Bänden. Bd. 3. Leipzig 1985. S. 449–554.

<sup>106</sup> Winkler, Heinrich August: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. Frankfurt a. M. 1994. S. 161.

<sup>107</sup> Bundesarchiv Berlin (nachfolgend BAArch) RY 1/2379 Bl. 6.

<sup>108</sup> BAArch RY 1/2379 Bl. 6.

<sup>109</sup> Neue Zeitung, 31.08.1921.

Die infolge der Ermordung Erzbergers radikalisierte Stimmung bei einem Teil der Arbeiterschaft kam exemplarisch in Weimar zum Ausdruck. Hier war es nach Darstellung der bürgerlichen Presse zu einer regelrechten Bilderstürmerei gekommen. Öffentliche Gebäude und Schulen seien von Demonstrierenden aufgesucht worden, die »Bilder und Büsten des ehemaligen Kaisers oder des Großherzogs, Hindenburgs und anderer hervorragender Persönlichkeiten aus der Zeit vor der Revolution«<sup>110</sup> entfernt hätten. Durch den Einsatz von städtischer und Landespolizei sei die öffentliche Ordnung jedoch schnell wiederhergestellt worden. Aus kommunistischer Sicht hatte das Agieren eines Teils der Demonstrierenden seine Ursache in der Weigerung der städtischen Behörden gehabt, entsprechend einer Forderung der Arbeiterparteien »alle Wahrzeichen zur Verherrlichung der Monarchie aus den Schulen und allen öffentlichen Gebäuden«<sup>111</sup> zu entfernen. Während der mehrheitssozialdemokratische Versammlungsredner hierüber die Kundgebungsteilnehmerinnen und -teilnehmer informiert hatte, habe sich unter ihnen eine Stimmung verbreitet, diesbezüglich »zur Selbsthilfe« greifen zu wollen. So »geschah es, dass in den Straßen von Demonstranten Wappen der Hoflieferanten, Kaiserbilder und Büsten aus den Schulen und verschiedenen Verkehrslökalen entfernt wurden«<sup>112</sup>.

Das Stattfinden lokaler Einheitsfrontaktionen im Spätsommer 1921 in Thüringen war insofern bemerkenswert, weil sie in die heiße Phase des Landtagswahlkampfes fielen, in dem die Arbeiterparteien hart um die Stimmen im proletarischen Milieu konkurrierten. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die im Zuge dieser Aktionen offenkundig gewordene Massenstimmung der Arbeiterschaft gegen die monarchistische und rechtsgerichtete Reaktion letztlich den drei sozialistischen Parteien insgesamt bei der Mobilisierung der proletarischen Wählerinnen und Wähler am 11. September 1921 zugutekam. Maßgebend hierfür war auch, dass der Schutz der Republik vor dem zunehmenden Terror von rechts zwar einen wichtigen, jedoch nicht den einzigen Mobilisierungsgrund der Arbeiterschaft darstellte. Mindestens ebenso, wenn nicht noch stärker, spielte offenkundig die Verdoppelung der Brotpreise eine wichtige Rolle. Mit der Annahme des »Londoner Ultimatums« hatte im Juni 1921 eine Geldentwertung eingesetzt,<sup>113</sup> die sich unmittelbar auf die Lebenslage der breiten

<sup>110</sup> Jenaer Volksblatt, 03.09.1921.

<sup>111</sup> Neue Zeitung, 02.09.1921.

<sup>112</sup> Neue Zeitung, 02.09.1921.

<sup>113</sup> Büttner: Weimar. S.170. Am 5. Mai 1921 hatte die britische Regierung dem deutschen Botschafter in London ein Ultimatum überreicht, in dem die Siegerstaaten des Ersten Weltkrieges mit der Besetzung

Masse der Bevölkerung negativ auswirkte. Sie werde, konstatierte das Jenaer sozialdemokratische Parteiblatt, erneut »auf Gnade und Ungnade den gewissenlosen Wucherern und Schiebern ausgeliefert«<sup>114</sup>. Trotz aller Mahnungen und Drohungen der Behörden scheine das Unheil seinen Lauf zu nehmen. »Schon kommen aus allen Teilen des Reiches die beunruhigendsten Nachrichten über einsetzende wilde Getreidespekulationen, die in keiner Weise wirksam unterbunden werden, obgleich der größte Teil des Volkes in seiner Notlage weder ein noch aus weiß! Aus dieser Stimmung heraus erwächst in der Bevölkerung eine Erbitterung sondergleichen, die sich nicht nur in erneuten Lohnbewegungen Luft machen wird. [...]«<sup>115</sup>

Am 25. August 1921 waren in Gera Tausende Arbeiterinnen und Arbeitern einem Aufruf des ADGB-Ortsausschusses, des *Allgemeinen freien Angestelltenbundes* (AfA-Bund) und der drei sozialistischen Parteien gefolgt, die zu einer Protestdemonstration gegen die ungeheuer anschwellende Teuerung aufgerufen hatten. In einer einstimmig angenommenen Resolution brachten sie ihren »festen Willen zum Ausdruck, allen Versuchen der Unternehmer und der bürgerlichen Parteien, den Zerfall der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise auf Kosten der Klasse der Kopf- und Handarbeiter aufzuhalten, mit allen Mitteln des organisierten proletarischen revolutionären Klassenkampfes in geschlossener Front entgegenzuwirken«<sup>116</sup>. Die Verweigerung von Lohn- und Gehaltszulagen als Ausgleich für die gesteigerten Preise auf alle Bedarfsgüter sei eine Herausforderung der Arbeiterschaft »zum verstärkten Kampf von Klasse gegen Klasse. Dieser Kampf kann nur dann mit Erfolg für die Arbeiter durchgeführt werden, wenn sich diese ungeachtet aller politischen Meinungsverschiedenheiten geschlossen auf die Forderungen der freien Gewerkschaften stützen.«

Mit ihrer Kundgebung protestierte die Geraer Arbeiterschaft »gegen die einseitige Belastung des Volkes durch neue indirekte Steuern« und forder- te die stärkste Belastung des Kapitals. Ausdrücklich wies sie darauf hin, dass ihre Forderungen nur durchzusetzen seien, »wenn das Proletariat in

des Ruhrgebietes ab dem 12. Mai drohten. Sie werde erfolgen, wenn Deutschland sich bis zu diesem Zeitpunkt nicht dazu verpflichtete, die Entwaffnung der Einwohnerwehren durchzuführen, die Kriegsverbrecher abzuurteilen und einen beigefügten Reparationsplan zu erfüllen. Während die Rechtsparteien und die KPD für eine Ablehnung des »Londoner Ultimatums« eintraten und die Demokratische Partei in dieser Frage gespalten war, plädierten die beiden sozialdemokratischen Parteien und das Zentrum angesichts der drohenden Sanktionen für dessen Annahme. Winkler: Weimar 1918–1933. S. 156.

<sup>114</sup> Das Volk, 18.08.1921

<sup>115</sup> Das Volk, 18.08.1921

<sup>116</sup> Das Volk, 25.08.1921

den Besitz der politischen Macht gelangt«. Deshalb müsse für eine sozialistische Mehrheit bei der anstehenden Landtagswahl am 11. September 1921 gesorgt werden.<sup>117</sup>

Tatsächlich verfügten die drei proletarischen Parteien im Ergebnis dieser Wahl im 11. Thüringer Landtag über eine Mehrheit von zwei Mandaten gegenüber dem antisozialistischen bürgerlich-agrarischen Lager.<sup>118</sup> Für die Thüringer KPD stellte sich damit unmittelbar nach dem Jenaer Parteitag die Frage der Einheitsfrontpolitik auch auf parlamentarischer Ebene praktisch in Form des Problems der anstehenden Regierungsbildung. Zwar lehnte die Thüringer kommunistische Parteipresse von vornherein die von sozialdemokratischer Seite vorgeschlagene Beteiligung der KPD an einer sozialistischen Regierung ab, weil sie damit »alle Grundsätze des revolutionären Klassenkampfes aufgeben«<sup>119</sup> würde. Zugleich signalisierte sie jedoch die Bereitschaft, eine »reinsozialistische« Regierung zu unterstützen, »sofern sie die Interessen der Arbeiterschaft gegen das Bürgertum zu vertreten sucht«. Eine »reinsozialistische« Regierung müsse die Reaktion niederhalten und eine einwandfreie republikanische Politik betreiben, sozialpolitische Maßnahmen insbesondere zugunsten der Erwerbslosen ergreifen und das Kinderelend in Thüringen wirksam bekämpfen, dann würde eine solche Regierung von der KPD rückhaltlos unterstützt werden.<sup>120</sup> Insbesondere Walter Ulbricht, dessen Rolle in der Thüringer KPD-Bezirksleitung von April 1921 bis Anfang 1923 nicht selten auf den organisatorischen Aspekt seiner Tätigkeit reduziert wird,<sup>121</sup> profilierte sich insbesondere in der Frage der Regierungsbildung 1921 und den damit zusammenhängenden grundsätzlichen Problemen der Einheitsfrontpolitik tatsächlich als politischer Sekretär der Bezirksleitung auf der Linie einer revolutionären Realpolitik unter strikter Beachtung und Einhaltung kommunistischer Prinzipien. »Wir werden nur unter Berücksichtigung der politischen Verhältnisse im Reich bei einer Regierungsbildung in Thüringen mitwirken, wenn im Verlauf revolutionärer Bewegungen große Teile der proletarischen Massen das fordern. Das heißt, stellt sich die Mehrheit der Arbeitermassen hinter die Forderungen der Kommunisten, ohne jedoch von der unumgänglichen Notwendigkeit der proletarischen Diktatur überzeugt zu sein,

<sup>117</sup> Das Volk, 25.08.1921.

<sup>118</sup> Häupel, Beate: Die Gründung des Landes Thüringen. Staatsbildung und Reformpolitik 1918–1923. Weimar Köln Wien 1995. S. 119/120.

<sup>119</sup> Neue Zeitung, 16.09.1921.

<sup>120</sup> Neue Zeitung, 16.09.1921.

<sup>121</sup> Frank: Walter Ulbricht. S. 65.

dann können Kommunisten in Regierungen [ein]treten, um die proletarischen Forderungen durchzuführen. Dabei werden die Arbeiter erfahren, dass das im Rahmen der bürgerlichen Demokratie unmöglich ist. Sie werden ihre letzten demokratischen Illusionen abstreifen und im Kampf zur Sicherung ihrer Lebensexistenz notwendig den Rahmen der bürgerlichen Staatsverfassung sprengen müssen.«<sup>122</sup> Dass Ulbricht im Herbst 1921 den Eintritt seiner Partei in eine parlamentarische Regierung erwog, stieß in den kommunistischen Reihen sowohl auf Zustimmung<sup>123</sup> als auch auf heftigen Widerspruch. Es sei mit revolutionärer Politik unvereinbar, wenn er erkläre, »dass auch Kommunisten Vertrauensstellen in der Regierung annehmen, wenn es die Massen wünschen«<sup>124</sup>, meinte ein Gothaer Kommunist in der Mitgliederversammlung am 18. Oktober 1921. Ein weiterer Diskussionsredner sah in der von Ulbricht skizzierten<sup>125</sup> »Taktik der Nurunterstützung der sozialistischen Regierung Thüringens ein Abweichen von der grundsätzlichen revolutionären Linie und ein Abschwenken zum Opportunismus«<sup>126</sup>. Ebenso warnte Otto Geithner, die Losung »Heran an die Massen« dürfe nicht dazu führen, »dass unsere Bewegung versandet. [...] Immer haben wir darauf zu achten, im reinen kommunistischen Geist zu arbeiten, reine grundsätzliche Politik zu treiben, niemals dürfen wir unsere kommunistischen Grundsätze verwischen«.<sup>127</sup> Sehr nachdenklich warb die neugewählte Landtagsabgeordnete Käte Duncker<sup>128</sup> für eine sachlich orientierte und zielgerichtete Diskussion der mit der Einheitsfrontpolitik verbundenen inhaltlichen Fragen. Am Beispiel der in der KPD umstrittenen Grundsteuerpolitik plädierte sie dafür, sich über die möglichen negativen und/oder positiven Folgen einer Zustimmung oder Ablehnung klar zu werden und dann zu Entscheidungen zu kommen. »Die ganze Frage bietet uns einen lehrreichen Anschauungsunterricht, und es handelt sich in der Diskussion darum, die Streitfrage zu klären.«<sup>129</sup>

<sup>122</sup> Neue Zeitung, 04.10.1921. Es bliebe weiter zu klären, ob dieser Artikel in den 1953 publizierten Reden und Aufsätzen Walter Ulbrichts zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aufgrund seiner Nähe zu dem noch zu zeigenden Einheitsfrontkonzept Heinrich Brandlers nicht erschien. Ulbricht, Walter: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Bd. 1: 1918–1933. Berlin 1953.

<sup>123</sup> Ulbricht habe mit seinem Referat über die politische Lage und die Regierungsbildung in Thüringen eine lebhafteste Diskussion hervorgerufen, die »ein völliges Konformgehen mit den Ausführungen des Redners erkennen« ließ, hieß es in einem Bericht über eine KPD-Mitgliederversammlung in Gera Anfang Oktober 1921. Neue Zeitung, 08.10.1923.

<sup>124</sup> Gothaer Volksblatt, 20.10.1921.

<sup>125</sup> Gothaer Volksblatt, 19.10.1921.

<sup>126</sup> Gothaer Volksblatt, 20.10.1921.

<sup>127</sup> Gothaer Volksblatt, 20.10.1921.

<sup>128</sup> Deutschland, Heinz: Käte Duncker. Lehrerin und Abgeordnete. In: Hesselbarth, Schulz, Weißbecker: Gelebte Ideen. S. 123–133.

<sup>129</sup> Gothaer Volksblatt, 20.10.1921.

Tatsächlich war die parlamentarische Unterstützung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung durch die kommunistische Landtagsfraktion<sup>130</sup> zunächst auf erheblichen Widerstand im Thüringer Bezirksverband gestoßen, hatte der Bezirksausschuss auf seiner Tagung am 25. September 1921 die diesbezüglich zwischen Bezirksleitung und Parteiführung abgestimmte Linie abgelehnt.<sup>131</sup> Wenngleich aus Sicht der Bezirksleitung die Unterstützung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung zumindest bei einem Teil der Mitgliedschaft in den Ortsgruppen eine viel positivere Resonanz erfahren hätte als dies durch ihre Delegierten auf den verschiedenen Konferenzen zum Ausdruck gekommen sei,<sup>132</sup> bleibt fraglich, in welchem Maß die Tolerierungspolitik von der kommunistischen Partebasis in Thüringen tatsächlich mitgetragen oder durch die Zentrale, die Bezirks- und die unteren Leitungen durchgesetzt wurde.<sup>133</sup> Der Vorsitzende der kommunistischen Landtagsfraktion Albin Tenner<sup>134</sup> ließ in der Mitgliederversammlung der Gothaer KPD am 18. Oktober 1921 jedenfalls keinen Zweifel an der Einheitsfrontpolitik gelten. »Die Frage unserer Thüringer Politik ist entschieden. Wir befinden uns im vollsten Einverständnis mit der Zentrale und mit den Leitsätzen des dritten Weltkongresses. [...] Die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist, das Proletariat zusammenzuschweißen.«<sup>135</sup>

Tenner hatte damit auf einen wichtigen Aspekt der Stimmungslage der organisierten Arbeiterschaft nicht nur in Thüringen hingewiesen, der zugleich ein weiteres Feld kommunistischer Einheitsfrontpolitik markierte. Um die grundlegenden wirtschaftlichen Interessen der Lohnabhängigen zu verteidigen, reichten im Herbst 1921 Lohnbewegungen allein nicht mehr aus. Notwendig schien »auch das gewerkschaftliche Eingreifen in die staatliche Politik und eine Veränderung der politischen Machtverhältnisse selbst. Wenn die Inflations- und Reparationslasten nicht auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden sollten, mussten für die drängende Sanierung der Reichsfinanzen der Kapital- und Sachwertbesitz belastet und die

<sup>130</sup> Zur Regierungsbildung: Häupel: Gründung des Landes Thüringen. S. 120–122. Wörfel, Erhard: Die Arbeiterregierung Thüringen im Jahre 1923. Erfurt 1974. S. 20–22.

<sup>131</sup> Reisberg: Einheitsfrontpolitik. S. 239.

<sup>132</sup> BArch RY 1/2375 Bl. 4.

<sup>133</sup> Im Bericht über die bereits erwähnte Mitgliederversammlung der KPD Gotha am 18. Oktober 1921 hieß es: »Nicht ohne Widerspruch stellte der Vorsitzende die Frage zur Abstimmung: Ob die versammelten Genossen und Genossinnen mit der Taktik der Zentrale in bezug auf Thüringer Politik einverstanden sind. Nur vierzehn Stimmen von der sehr gut besuchten Versammlung stimmten dagegen.« Gothaer Volksblatt, 20.10.1921

<sup>134</sup> Schulz, Eberhart: Gegen Willkür und Reaktion. Albin Tenner (1885–1967). in: Hesselbarth, Schulz, Weißbecker: Gelebte Ideen. S. 422–427.

<sup>135</sup> Gothaer Volksblatt, 20.10.1921.

kriegs- und Inflationsgewinne herangezogen werden.«<sup>136</sup> Hinzu kam, dass sich innerhalb der Unternehmerschaft Hugo Stinnes, »Deutschlands mächtigster Konzernherr«,<sup>137</sup> mit seinen Forderungen durchgesetzt hatte. Die Reichsregierung unter Reichskanzler Joseph Wirth sollte von der Unternehmerschaft bei der Erfüllung des Londoner Zahlungsplanes nur dann unterstützt werden, wenn sie die Eisenbahnen und andere Reichsbetriebe privatisieren würde. Dieses Ansinnen »lief auf eine Erpressung des demokratischen Staates hinaus«<sup>138</sup>.

Als Antwort auf diese Herausforderung hatten die Vorstände von ADGB und AfA-Bund am 15. November 1921 ihre »Zehn Forderungen an die Reichsregierung und den Reichstag zur Neuordnung der Steuerpolitik« formuliert.<sup>139</sup> Mit dem Aufruf der Gewerkschaftsvorstände an die organisierte Arbeiter- und Angestelltenschaft sowie den zentralen und örtlichen Organen der freien Gewerkschaften, mit allem Nachdruck für diese »Zehn Forderungen« einzutreten, konnten sie durchaus zum Ausgangspunkt einer breiten gewerkschaftlichen Mobilisierung werden.<sup>140</sup> Genau dies erkannte die KPD-Führung, die unmittelbar nach der Veröffentlichung der »Zehn Forderungen« ihre Unterstützung erklärte und zugleich auf der Tagung des Zentralausschusses am 16./17. November 1921 den Jenaer Parteitagbeschluss zur Steuerfrage gegen den Widerstand des linksradikalen Parteiflügels revidierte. Die Erfassung der Sachwerte, auf dem Parteitag von linksradikaler Seite noch heftig als reformistisch kritisiert, wurde nun aufgegriffen und die eigenen weitergehenden Forderungen zugunsten einer geschlossenen Kampffront zurückgestellt.<sup>141</sup>

Die Thüringer KPD hatte vier Wochen zuvor erklärt: »Die Reichsregierung Wirth-Rathenau, die Regierung der Wiedergutmachung, d. h. der Schadloshaltung der Kapitalisten auf Kosten der Arbeiter, will hintenherum die Arbeiter zur Mehrarbeit für die Kapitalisten zwingen. Das gleiche will sie den Kleinbauern gegenüber erreichen durch Belastung ihrer Anwesen und Hypotheken. Steuerfragen sind Lohnfragen. Lohnfragen aber gehören vor das Forum der Arbeiter, müssen auf Betriebsrätekonferenzen besprochen

<sup>136</sup> Harrer, Jürgen; Roßmann, Witich: Gewerkschaften in der Weimarer Republik. In: Deppe, Frank; Fülberth, Georg; Harrer, Jürgen (Hrsg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Köln 1978. S. 214 (S. 178–342).

<sup>137</sup> Winkler: Weimar 1918–1933. S. 165.

<sup>138</sup> Ebenda.

<sup>139</sup> Dokumente und Materialien. Bd. VII/1. S. 613/614 Dok. 236.

<sup>140</sup> Harrer, Roßmann: Gewerkschaften. S. 215.

<sup>141</sup> Reisberg: Einheitsfrontpolitik. S. 268.

werden.«<sup>142</sup> Deshalb plädierte sie für die Einberufung einer Thüringer Betriebsrätekonferenz, auf der alle Arbeiterfragen besprochen und in deren Folge alle Aktionen gemeinsam durchgeführt werden müssten. Der Betriebsrätekongress stellte im Verständnis der kommunistischen Einheitsfrontpolitik ein »proletarisches Klassenkampforgan« zur Durchsetzung der unmittelbaren sozialen Interessen der Arbeiterschaft dar, obwohl das Betriebsrätegesetz vom Januar 1920 die Aufgaben der Betriebsräte auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt und damit die Hoffnungen großer Teile der Arbeiterschaft auf ein politisches und wirtschaftliches Räte-system enttäuscht hatte. Wenngleich die Gegensätze zwischen jenem Teil der Arbeiterschaft, der eine Unterordnung und Integration der Betriebsräte und deren Führung durch die Gewerkschaften anstrebte, und jenen gewerkschaftskritischen bis -feindlich Eingestellten, die eine Zusammenfassung aller Betriebsräte zur einer gewerkschaftsunabhängigen Kampforganisation verlangten, weiterhin bestehen blieben,<sup>143</sup> lassen sich die Auseinandersetzungen in Thüringen um die Frage der Einberufung einer Betriebsrätekonferenz und deren Funktion nicht auf diesen Grundsatzkonflikt reduzieren. Die Forderungen nach einer stärkeren Aktivierung der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Arbeiterschaft gingen im Sommer/Herbst 1921 über das kommunistische Spektrum hinaus, wenngleich die Thüringer KPD infolge des abwartenden Agierens der Gewerkschaftsleitungen<sup>144</sup> zur Repräsentantin einer breiter werdenden Bewegung innerhalb der Gewerkschaften wurde.

Ausgangspunkt der Forderungen nach einer Thüringer Betriebsrätekonferenz waren die sozialen Protestaktionen des Sommers 1921. Am 25. August 1921 hatten in Weimar streikende Arbeiter auf zwei »stark besuchten Versammlungen« zu einer allgemeinen Aktion aufgerufen, um »die Unternehmer zur Verhandlung zu zwingen und eine Teuerungszulage auf alle bestehenden Tarife zu verlangen«. Zugleich riefen sie nicht nur »die Ortsausschüsse Großthüringens einschließlich der preussischen Gebietsteile auf, dieselbe Aktion einzuleiten, um zur Gesamtktion zu kommen.«<sup>145</sup>

<sup>142</sup> Neue Zeitung, 18.10.1921.

<sup>143</sup> Wirsching, Andreas: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich. München 1999. S. 208.

<sup>144</sup> »Der Ortsausschuss Gera, als provisorisches Sekretariat für die Kartelle und Ortsausschüsse des ADGB in Thüringen, hat auf wiederholte Anfrage die Einberufung eines Betriebsrätekongresses abgelehnt mit der Begründung, dass die Zeit für die Einberufung eines solchen Kongresses nicht geeignet sei. Inzwischen haben die Kartelle in Jena und Suhl die die Einberufung einer Betriebsrätekonferenz verlangt. Neuerdings, erst vor wenigen Tagen, hat auch das Kartell in Weimar einen dahingehenden Beschluss gefasst. [...]« Neue Zeitung, 18.10.1921.

<sup>145</sup> Neue Zeitung, 30.08.1921.

Mit der Forderung nach einem Betriebsrätekongress wurde darüber hinaus auch eine Kritik an den Gewerkschaften artikuliert, stärker als bisher für ihre eigenen Forderungen einzutreten. Eine ähnliche Stimmungslage zeigte sich Ende August 1921 auf einer gemeinsamen Beratung des Sonneberger Gewerkschaftskartells, der drei sozialistischen Parteien sowie den lokalen/regionalen Betriebsräten. Auch hier wurde eine deutlich kritische Stimmung gegenüber der ADGB-Führung kenntlich. »Sollte der ADGB es ablehnen, wirklich ernsthafte Maßnahmen gegen die Teuerung zu treffen, so sieht sich die Arbeiterschaft gezwungen, selbst die nötigen Maßnahmen zur Einleitung eines einheitlichen Kampfes zu treffen, um so die Arbeiterschaft vor der völligen Verelendung zu schützen.«<sup>146</sup>

Es kann davon ausgegangen werden, dass die hier zitierten Weimarer und Sonneberger Stellungnahmen repräsentativ für die Stimmungslage der organisierten Thüringer Arbeiterschaft im Sommer 1921 waren, denn die Delegierten der am 27./28. August 1921 in Weimar tagenden Konferenz der Ortsausschüsse des thüringischen ADGB beschlossen, innerhalb der nächsten zwei Wochen ihre Versammlungstätigkeit zu forcieren, um sowohl gegen die Lebensmittelteuerung als auch die Steuerpolitik der Reichsregierung Stellung zu nehmen. Die Konferenz erklärte, mit Lohnkämpfen allein würde die soziale Not nicht überwunden werden, da sie »in der kapitalistischen Wirtschaftsweise begründet ist«. Deshalb müsse der Kampf zu ihrer Beseitigung, bei dem »die Gewerkschaftsbewegung nicht politisch neutral sein« könne, entschlossen geführt werden. Vor diesem Hintergrund forderte die Konferenz die Zentralvorstände des ADGB und der AfA auf, »die von ihnen begonnene Aktion in ganz Deutschland weiter zu führen und ev. in eine direkte Bewegung umzusetzen, zum Kampf gegen die herrschende Klasse«<sup>147</sup>.

Wenngleich die Konferenz der Thüringer ADGB-Ortsausschüsse den Betriebsräten in diesem Zusammenhang keine Funktion zugesprochen hatte, kam ihnen jedoch im Verständnis der Gewerkschaftsfunktionäre eine wichtige Rolle bei der als langfristig angesehenen Aufgabe der Sozialisierung zu. Diesbezüglich forderte sie u. a. die Bildung eines Thüringer Bezirkswirtschaftsrates, zu dem sich jedoch zunächst eine Betriebsrätekonferenz verständigen sollte.<sup>148</sup> Obwohl der Beschluss zur Einberufung einer Thü-

<sup>146</sup> Das Volk, 29.08.1921.

<sup>147</sup> Das Volk, 29.08.1921.

<sup>148</sup> »Die am 28. August 1921 tagende Konferenz der Ortsausschüsse beschließt, eine Betriebsrätekonferenz einzuberufen zwecks Stellungnahme zum Bezirkswirtschaftsrat.« Das Volk, 01.09.1921.

ringer Betriebsrätekonferenz damit ursprünglich einen anderen Zweck verfolgt hatte, machte ihn die Thüringer KPD-Bezirksleitung im Herbst 1921 zum Hebel ihrer Einheitsfrontpolitik, die mit der Veröffentlichung der »Zehn Forderungen der Gewerkschaften« weiter an Dynamik gewann. Zu deren Unterstützung waren die Ortsausschüsse des ADGB und des AfA-Bundes von ihrem gemeinsamen Bezirkssekretariat aufgerufen worden, am 30. November öffentliche Gewerkschaftsversammlungen einzuberufen. »Die Forderungen des ADGB müssen allgemein Wiederhall [sic!] finden in der breiten Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft.«<sup>149</sup>

Gleichzeitig hatte das Sekretariat beschlossen, einen Betriebsrätekongress für Thüringen einzuberufen, die Konferenz sollte jedoch »ausschließlich der Bildung des Bezirkswirtschaftsrates und der Bestimmung der Grenze des Bezirkswirtschaftsgebietes dienen«<sup>150</sup>. Zwei Anträge, die gefordert hatten, außer den angeführten Fragen auch die Durchführung der »Zehn Forderungen« zu diskutieren, waren vom Bezirkssekretariat abgelehnt worden. Es berühre eigentümlich, kommentierte das Jenaer KPD-Blatt, »dass die Kartellvertreter zu einem derartigen Beschluss kamen, nachdem in zahlreichen Großbetrieben Thüringens und in Betriebsrätevollversammlungen gefordert wurden, die Maßnahmen zur Sicherung der Lebensexistenz der Arbeiter auf dem Kongress zu besprechen. Das wäre insbesondere notwendig, weil die Ergebnisse der Lohnkämpfe, die in den letzten Wochen stattfanden, längst nicht den Erwartungen der Arbeiter entsprechen.«<sup>151</sup>

Tatsächlich hatten sich die Führungen von ADGB und AfA zur Durchsetzung ihrer »Zehn Forderungen« auf die Bildung einer gemeinsamen Kommission mit den beiden sozialdemokratischen Parteien beschränkt, an eine Verbindung von parlamentarischen und gewerkschaftlichen bzw. außerparlamentarischen Aktionsformen hingegen nicht gedacht.<sup>152</sup> Jene Gewerkschafter, die genau dies forderten, konnten sich diesbezüglich nicht durchsetzen. »Gewiss waren die Gewerkschaften durch die wirtschaftliche Entwicklung und den politischen Druck auch schon zu dieser Zeit in die Defensive gedrängt. Gleichwohl war die Situation angesichts der durchaus vorhandenen und bei entsprechender Führungspolitik auch noch entwick-

<sup>149</sup> Das Volk, 28.11.1921.

<sup>150</sup> Neue Zeitung, 30.11.1921.

<sup>151</sup> Neue Zeitung, 30.11.1921.

<sup>152</sup> Harrer, Roßmann: Gewerkschaften. S. 215.

lungsfähigen Mobilisierbarkeit breiter Massen der Gewerkschaftsmitglieder nicht ausweglos. Das traf allenfalls dann zu, wenn man die Selbstbeschränkung der ADGB-Führung bei der Wahl ihrer Mittel als unabdingbar voraussetzt, unabhängig davon, wie es um die außerparlamentarischen Kampfmöglichkeiten stand.«<sup>153</sup> Robert Dißmann<sup>154</sup>, einer der Kritiker dieses zurückhaltenden Kurses der Gewerkschaftsführung, warf ihr deshalb vor, dass sie trotz der in der Arbeiterschaft vorhandenen tiefen Sehnsucht zu einem solchen entschlossenen Kampf, der ohne Zweifel ein Machtkampf zwischen dem Proletariat und der herrschenden Gesellschaft sein würde, zu diesem nicht bereit sei und damit ihre »Zehn Forderungen« vorab preisgebe.<sup>155</sup> Damit war infolge der Defensivhaltung der Gewerkschaftsführung jener Spielraum geöffnet, den auch die Thüringer KPD für ihre Einheitsfrontpolitik wahrnahm, indem sie einerseits für die Gewerkschaftsversammlungen am 30. November 1921 mobilisierte, diese aber andererseits zur Aktivierung der Gewerkschaftsbasis für ihre eigenen Forderungen zu nutzen gedachte. Hierzu gab die Bezirksleitung in einem Rundschreiben an die Unterbezirke eine klare Richtlinie. »Wenn die kommunistischen Redner in der Diskussion sachlich die Lehren aus den früheren Bewegungen besprechen [...], werden sie die Mehrheit der Arbeiter hinter sich haben. Wo örtlich die Voraussetzungen gegeben sind, empfiehlt es sich, das Gewerkschaftskartell aufzufordern, gemeinsam mit den 3 Arbeiterparteien die Kundgebungen zu veranstalten. Dadurch wird die Wirkung der Veranstaltungen wesentlich erhöht, da das Unternehmertum und die Regierung die Gewerkschaftskundgebungen auf Grund der bisherigen Erfahrungen nur wenig ernst nehmen. In allen diesen Versammlungen müssen Resolutionen angenommen werden, in denen die Meinung der Arbeiter Ausdruck findet. Um auch den letzten Arbeiter zu beeinflussen, ist es notwendig, daß neben den Gewerkschaftsversammlungen öfter Betriebsversammlungen stattfinden. Unter Anknüpfung an die besonderen Verhältnisse im Betrieb sind die genannten Wirtschaftsfragen sachlich zu besprechen.«<sup>156</sup>

<sup>153</sup> Ebenda. S. 216.

<sup>154</sup> Trossdorf, Reiner: Robert Dißmann – Opposition zwischen Partei und Metallarbeiterverband. In: Schöler, Scholle (Hrsg.): Weltkrieg Spaltung Revolution. S. 130–141.

<sup>155</sup> Harrer, Roßmann: Gewerkschaften. S. 217.

<sup>156</sup> BArch RY 1/2379 Bl. 15.

Bis zum Zusammentritt der Betriebsrätekonferenz am 11. Dezember 1921 in Erfurt legte die Thüringer KPD den Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit auf deren umfassende Vorbereitung, wobei sie insbesondere versuchte, die »Zehn Forderungen« der Gewerkschaften auf der Konferenz zu thematisieren. Mit Erfolg gelang dies offenkundig in Arnstadt<sup>157</sup> und Jena. Hier beschloss die Betriebsrätevollversammlung auf Antrag eines kommunistischen Betriebsrates, die »Zehn Forderungen« des ADGB auf die Tagesordnung der Thüringer Betriebsrätekonferenz zu setzen. Für einen solchen Tagesordnungspunkt schlug er zugleich eine Resolution vor, die sich für die Bildung einer Einheitsfront der Arbeiterschaft zur Durchsetzung der »Zehn Forderungen« aussprach. Als geeignetes Mittel zu deren Schaffung sollte »die Einberufung eines Betriebsrätekongresses für ganz Deutschland« vorgeschlagen werden.<sup>158</sup> Tatsächlich zeigte die Auseinandersetzung um die Tagesordnung am Beginn der Thüringer Betriebsrätekonferenz am 11. Dezember 1921 in Erfurt, dass, wie die KPD-Bezirksleitung in ihrem Bericht an den Bezirksparteitag am 28./29. Januar 1922 rückblickend konstatierte, der Einfluss der revolutionären Arbeiterschaft in den Betrieben und den Gewerkschaftsorganisationen nicht ausgereicht habe, die Bewegung zu steigern und wenigstens Teilerfolge durchzusetzen. »Nicht nur die Zentrale des ADGB, sondern auch die Bezirksleitung der Gewerkschaftskartelle Thüringens hemmten [aus kommunistischer Sicht] die Bewegung.«<sup>159</sup>

### **Die Rathenau-Kampagne: Möglichkeiten und Grenzen kommunistischer Einheitsfrontpolitik**

Am 24. Juni 1922 ermordeten Angehörige der rechtsextremistischen Geheimorganisation Consul den Außenminister der Weimarer Republik, Walther Rathenau. Diese Mordtat »löste ein politisches Erdbeben aus, das in der Republik kaum seinesgleichen hatte«<sup>160</sup>. Der gewaltsame Tod Rathenaus rüttelte die deutsche Gesellschaft bis tief ins konservative Bürgertum auf. Der Ruf des Reichskanzlers Wirth in der Reichstags Sitzung am 25. Juni 1922 war deutlich, »dieser Feind steht rechts«. Dies machte kenntlich: Die Empörung in allen Schichten der Bevölkerung hatte das

<sup>157</sup> Neue Zeitung, 07.12.1921.

<sup>158</sup> Das Volk, 09.12.1921.

<sup>159</sup> Neue Zeitung, 28.01.1922. Aus SED/DDR-Perspektive. Kiefner, Maur, Siwon: Das Ringen der Bezirksleitung Großthüringen der KPD um die Durchsetzung der Leninschen Lösung »Heran an die Massen!«. S. 1309–1312.

<sup>160</sup> Sabrow: Die verdrängte Verschwörung. S. 92.

antirepublikfeindliche Lager auf Wochen in die Defensive gedrängt.<sup>161</sup> Er wolle keine Ausnahmegesetze gegen die Deutschnationalen, erklärte der demokratische Abgeordnete Herman Anders Krüger<sup>162</sup> unter dem unmittelbaren Eindruck der Ermordung Rathenaus im Thüringer Landtag. Es müsse jedoch Schluss mit der Nachsicht und Duldung antirepublikanischer Hetzpropaganda sein, die die Mordatmosphäre erst geschaffen habe. Verantwortlich hierfür seien sowohl die Führung der Deutschnationalen Volkspartei als auch die Rechtspresse.<sup>163</sup> »Sie wissen nicht oder haben es bisher nicht geachtet, was Sie der Mäßigung der Demokratie verdanken. Die Freiheit, die Sie nun so missbraucht haben, hatten Sie den gemäßigten Republikanern zu verdanken, den deutschen Demokraten und der s.p.d zu verdanken. Sie (nach rechts) mögen es sich selbst zuschreiben, ihrer Takt- und Maßlosigkeit in Wort und Schrift, wenn die Regierung der Republikaner Ihnen jetzt die Kandare anzieht und erklärt: Nun ist's genug!«<sup>164</sup>

August Frölich, nach eigener Aussage selbst Adressat von Morddrohungen und Hassbriefen mit teils antisemitischem Inhalt, sah die Republik in einer existenziellen Bedrohungslage, in der einfach wie bisher weiterzumachen sich verbot. »Wir waren, das muss offen gesagt werden, zu sehr Demokraten, und das scheint den Organen und Parteien der Rechten nicht zu gefallen. Wir werden nicht mehr dulden können, dass Lehrer an den Schulen lehren, die gegen die Republik arbeiten. Wir werden es nicht mehr dulden können, dass Schüler sich erlauben, gegen die Republik zu demonstrieren. Wir werden genau so verfahren wie das frühere Regime. Sie mögen sich bei denen bedanken, die Schuld sind, dass sie eine solche Erziehung genossen haben. Wir werden jetzt Exempel statuieren, darum kommen wir nicht herum. Es geht um Sein oder Nichtsein. Wenn Sie es anders wollen, bitte halten Sie Einkehr, sorgen Sie mit dafür, dass eine andere Atmosphäre geschaffen wird. Unter dieser Atmosphäre können wir nicht mehr leben.«<sup>165</sup>

Es war insbesondere die organisierte Arbeiterschaft, die sich mit ihren Kundgebungen und Demonstrationen an die Spitze der außerparlamentarischen Protestbewegung gegen den Terror von rechts stellte. Massenhaft, teilweise auch militant, zeigte sie ihre Bereitschaft zur Verteidigung der

<sup>161</sup> Ebenda. S. 93.

<sup>162</sup> Lengemann: Handbuch. S. 415–417.

<sup>163</sup> II. ThLT. S. 2656.

<sup>164</sup> II. ThLT. S. 2657.

<sup>165</sup> II. ThLT. S. 2673.

Republik und fand für einen kurzen Moment tatsächlich zur Aktionseinheit. Der unbedingte Wille hierzu hatte sich bereits am Tag der Ermordung Rathenaus auf dem in Leipzig tagenden Kongress des ADGB gezeigt. Die Nachricht über die Mordtat löste hier einen Proteststurm aus.<sup>166</sup> Einstimmig forderten die Kongressdelegierten von der Reichsregierung »wirklich durchgreifende Maßnahmen gegen die mit solch verbrecherischen Mitteln arbeitenden Feinde der Republik«<sup>167</sup>. Aus gewerkschaftlicher Sicht war die Tat nicht nur ein Angriff auf die Weimarer Demokratie, sondern auch auf die politischen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft und somit eine Kampfansage an die gesamte deutsche Arbeiterbewegung. Sie wurde deshalb aufgefordert, »von ihrer Selbsterfleischung im politischen Meinungsstreit jetzt abzulassen« und »alle Kräfte zum Kampf gegen die Reaktion zusammenzufassen«<sup>168</sup>. Um diesen gemeinsamen Willen zum Ausdruck zu bringen, rief der Kongress für den 27. Juni 1922, dem Tag der Beisetzung Rathenaus, zu einer halbtägigen Arbeitsniederlegung und machtvollen öffentlichen Kundgebungen auf. Sie gestalteten sich »besonders in den größeren Städten Deutschlands zu einer einzigartigen Demonstration für die Republik«<sup>169</sup>. Diese Situation bildete »die erste wirkliche Bewährungsprobe, der sich die kommunistische Einheitsfrontpolitik in Deutschland unterziehen musste«<sup>170</sup>. Sie eröffnete der KPD einerseits die Chance zur tatsächlichen Herstellung der angestrebten Aktionseinheit, begrenzte jedoch andererseits die immer auch gegen die Sozialdemokratie sowie die Gewerkschaften gerichteten Ambitionen ihrer Einheitsfronttaktik und stellte die Partei schließlich in ihrer Haltung zur demokratischen Republik auf eine entscheidende Probe.

Inhaltlicher Ausdruck der auf den Massenkundgebungen und Protestzügen demonstrierten Aktionseinheit war das »Berliner Abkommen« vom 27. Juni 1922. Obwohl dessen Forderungen, auf die sich die Zentralleitungen der drei Arbeiterparteien, des ADGB und des AfA-Bundes geeinigt hatten,<sup>171</sup> weit hinter denen der KPD vom 24. Juni 1922 zurückgeblieben waren, unterschrieben deren Vertreter im Ergebnis der Verhandlungen das Papier, »um eine geschlossene Front herzustellen«<sup>172</sup>. Wenige Stunden

<sup>166</sup> Harrer, Roßmann: Gewerkschaften. S. 218.

<sup>167</sup> Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung. Bd. VII/2. (Januar 1922 – Dezember 1923.) Berlin 1966. S. 99 (S. 99/100. Dok. 277).

<sup>168</sup> Dokumente und Materialien zur Geschichte Bd. VII/2. S. 99 (S. 99/100. Dok. 277).

<sup>169</sup> Sabrow: Die verdrängte Verschwörung. S. 94.

<sup>170</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 543.

<sup>171</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 103–105. Dok. 280.

<sup>172</sup> Gothaer Volksblatt, 30.06.1922.

**Wir waren, das muss offen gesagt werden, zu sehr Demokraten, und das scheint den Organen und Parteien der Rechten nicht zu gefallen. Wir werden nicht mehr dulden können, dass Lehrer an den Schulen lehren, die gegen die Republik arbeiten. Wir werden es nicht mehr dulden können, dass Schüler sich erlauben, gegen die Republik zu demonstrieren. Wir werden genau so verfahren wie das frühere Regime.**

**Sie mögen sich bei denen bedanken, die Schuld sind, dass sie eine solche Erziehung genossen haben. Wir werden jetzt Exempel statuieren, darum kommen wir nicht herum. Es geht um Sein oder Nichtsein. Wenn Sie es anders wollen, bitte halten Sie Einkehr, sorgen Sie mit dafür, dass eine andere Atmosphäre geschaffen wird. Unter dieser Atmosphäre können wir nicht mehr leben.**

**August Frölich**  
Staatsminister der SPD

nach Bekanntwerden des Verbrechens an Rathenau hatte die KPD-Zentrale die Parteileitungen von SPD und USPD zu einer gemeinsamen Beratung aufgefordert und hierfür einen Elf-Punkte-Katalog vorgeschlagen, zu dessen Durchsetzung der Generalstreik proklamiert werden sollte.<sup>173</sup> Noch am Abend des 24. Juni waren die drei Parteileitungen zusammengekommen und konnten sich zunächst auf einen gemeinsamen Aufruf für eine Protestkundgebung in Berlin am darauffolgenden Tag einigen. Der in Leipzig auf dem Gewerkschaftskongress weilende Bundesvorstand des ADGB wurde zur Fortsetzung der gemeinsamen Beratungen für den Abend des 25. Juni 1922 in den Berliner Reichstag eingeladen.<sup>174</sup>

Indem die KPD auch nach Herstellung der proletarischen Einheitsfront nicht auf die Propagierung ihrer Positionen verzichtete und ihre Presse insbesondere die MSPD für das aus ihrer Sicht ungenügende Eintreten für die Forderungen des Berliner Abkommens kritisierte, war der Konflikt in der soeben geschaffenen Einheitsfront faktisch vorprogrammiert. Die KPD sah sich jedoch in ihrer Haltung nicht zuletzt durch die auf den Massenkundgebungen deutlich gewordene Stimmung und Aktionsbereitschaft großer Teile der Arbeiterschaft bestätigt. Vielfach seien hier Befürchtungen geäußert worden, »dass auch diesmal wie nach dem Kapp-Putsch, [und] nach der Erzbergerermordung die monarchistische Reaktion nicht getroffen wird«<sup>175</sup>, weil über die bisher angewandten Mittel – Protestdemonstrationen und -kundgebungen – kein tatsächlich wirksamer Druck auf die Regierung und die bürgerlichen Parteien ausgeübt würde, um die Forderungen des Berliner Abkommens durchzusetzen. Verantwortlich für diese Situation machte die KPD-Zentrale die beiden sozialdemokratischen Parteien, die sich mit ihrer Koalitionspolitik an das Bürgertum gebunden hätten und den Republikschutz als rein parlamentarische Frage betrachteten. Die ADGB-Führung habe ebenso nach Bekanntwerden des Regierungsentwurfs für das Republikschutzgesetz – entgegen der vereinbarten Verabredung – nicht zu einer Beratung der am »Berliner Abkommen« beteiligten Organisationen eingeladen, um sich auf Grundlage einer gemeinsamen Bewertung zum weiteren Vorgehen zu verständigen. Aufgrund dieses defensiven Agierens würde auch die sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft an vielen Orten zur Selbsthilfe greifen. In einigen

<sup>173</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S.100/101. Dok. 278.

<sup>174</sup> Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Ist eine Einheitsfront mit den Kommunisten möglich? Denkschrift über die Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Arbeiterparteien über den Schutz der Republik. Berlin 1922. S. 3.

<sup>175</sup> Ebenda. S. 13/14.

»Bezirken haben sämtliche Arbeiterorganisationen die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen unter der Losung: Arbeiterregierung gefordert. In anderen wieder ist von allen proletarischen Organisationen gemeinsam ein Ultimatum an die Regierung unter Androhung des Generalstreiks bis zur Durchführung des Berliner Abkommens gestellt worden.«<sup>176</sup> Mit ihrem Vorschlag, den außerparlamentarischen Druck auf die Reichsregierung durch ultimative Forderungen wie den Austritt der MSPD aus der Regierung und Neuwahl des Reichstages oder aber mit der Ausrufung des Generalstreiks zur Umsetzung des Berliner Abkommens zu zwingen, machte sich die KPD-Zentrale zum Fürsprecher dieser Basisaktivitäten.<sup>177</sup>

Aus sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Sicht durchbrach die kommunistische Führung damit jedoch den Konsens der Aktionseinheit vom 27. Juni 1922, einen wirksamen Republikschutz hauptsächlich auf parlamentarischem Weg zu erreichen. Insofern drehte sich der Konflikt zwischen beiden Seiten um die Frage, ob und mit welchen Mitteln die außerparlamentarische Bewegung weitergeführt werden konnte bzw. sollte. Nach dem massenhaft erklärten Willen großer Kreise der Arbeiterschaft durften die Massendemonstrationen vom 27. Juni 1922 nicht das Ende, sondern erst der Auftakt für einen wirksamen Republikschutz gegen rechts und ein konsequentes Vorgehen gegen die Reaktion sein. Deshalb verfolgten insbesondere die Gewerkschaften mit einer weiteren Massenaktion am 4. Juli das Ziel, »die weiterhin herrschende Empörung in der Arbeiterschaft aufzufangen und der kommunistischen Agitation den Wind aus den Segeln zu nehmen«<sup>178</sup>. Gegenüber der Reichsregierung begründete der Sozialdemokrat Rudolf Wissell als ADGB-Vorstandsmitglied »in eindringlicher Weise die Notwendigkeit der Demonstration« und erklärte, »dass die Regierung ihnen [den Gewerkschaften, м. н.] Dank statt Vorwürfe schulde, dass sie sich an die Spitze der Bewegung gestellt hätten. Sie würden die Dinge meistern und jegliche Störung verhindern. Hätten sie die Demonstration abgelehnt, dann würde sie über ihren Kopf hinweg doch erfolgt sein. Die Arbeiterschaft sei bis ins Innerste erregt und wolle endgültig mit der Reaktion aufräumen«<sup>179</sup>.

<sup>176</sup> Ebenda. S. 14.

<sup>177</sup> Ebenda. »Aus allen Teilen Deutschlands kommen die Forderungen gerade sozialdemokratischer Organisationen, die eine sofortige Auflösung des Reichstages und alsbaldige Neuwahlen unter der Parole ›Schutz der Republik‹, ›Nieder mit der monarchistischen Mordpropaganda‹ verlangen.« Vorwärts, 29.06.1922.

<sup>178</sup> Sabrow: Die verdrängte Verschwörung. S. 101.

<sup>179</sup> Schulze-Bidlingmaier, Ingrid (Hrsg.): Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Wirth I und II. Boppard. 1973. S. 929 (S. 926–930. Dok. 307).

Der stellvertretende ADGB-Vorsitzende Peter Graßmann erklärte, die Gewerkschaften wären entschlossen, »die Demonstration nicht mit einem bloßen Spaziergang beenden zu lassen. Sie wollten nicht nur die Regierung unterstützen, sondern auf sie und das Parlament einen Druck ausüben; es müsse endlich das nachgeholt werden, was 1920 versäumt« wurde. Das Anliegen der Gewerkschaftsführung sei es, »die Bewegung in der Hand zu behalten [...]. Deshalb wollten sie mit den Kommunisten gehen. Denn wenn sie dies nicht getan und sie dadurch nicht an die Kette gelegt hätten, würde vermutlich noch Schlimmeres passiert sein«<sup>180</sup>.

Nach dem Bruch der Einheitsfront wies die KPD aus ihrer Sicht durchaus zutreffend darauf hin, dass entgegen der Vereinbarung der gemeinsamen Durchsetzung des Berliner Abkommens »SPD, USPD und ADGB mit bürgerlichen Parteien über den Eintritt der USPD in die Koalitionsregierung verhandelt«<sup>181</sup> hatten. Insbesondere die MSPD hatte mit ihrer letztlich erfolgten Rücksichtnahme auf ihre bürgerlichen Koalitionspartner einen großen Anteil daran, dass die proletarische Einheitsfront gesprengt und auf eine sozialdemokratische reduziert wurde. Deren Wirksamkeit zur Durchsetzung eines tatsächlichen Republiksschutzes war jedoch erheblich eingeschränkt, sodass die Rathenau-Kampagne aus republikanischer Sicht keinen Erfolg haben konnte.<sup>182</sup>

Das schnelle Ende der proletarischen Einheitsfront Anfang Juli 1922 resultierte jedoch ebenso maßgebend aus den Widersprüchen kommunistischer Einheitsfronttaktik einerseits und den innerparteilichen Konflikten über deren Anwendung während der Rathenau-Kampagne andererseits. Tatsächlich hatten die KPD-Vertreter durch die Zurückstellung ihrer am 24. Juni formulierten radikalen Republiksschutzforderungen einschließlich ihres Aufrufs zum Generalstreik das »Berliner Abkommen« vom 27. Juni 1922 überhaupt erst möglich gemacht. Damit verband sich jedoch ein Kernproblem kommunistischer Einheitsfrontpolitik, das sich seit dem Offenen Brief vom 8. Januar 1921 wie ein roter Faden durch ihre Geschichte zog.

<sup>180</sup> Schulze-Bidlingmaier: Die Kabinette Wirth. S. 928.

<sup>181</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 113 (S. 111–114. Dok. 283).

<sup>182</sup> Das vom Deutschen Reichstag beschlossene Republiksschutzgesetz war infolge der parlamentarischen Verhandlungen in seiner Substanz »völlig ausgehöhlt worden. Materiell verlagerte sich das Schwerkraft des Gesetzes vom weitergehenden Schutz der Republik auf den bloßen Schutz der Verfassung, die auch republikfeindlichen Bestrebungen Raum ließ, soweit sie auf gesetzlichem Wege verfolgt wurden [...]. Tatsächlich erwies es sich in den Jahren bis zu seiner Aufhebung 1929 in den Händen einer konservativen Justiz weit mehr als scharfe Waffe gegen kommunistische als gegen reaktionäre und nationalsozialistische Bestrebungen«. Sabrow: Die verdrängte Verschwörung. S. 106.

Der von Ernst Meyer unmittelbar nach Unterzeichnung des Berliner »Abkommens« artikuliert Vorbehalt, notfalls allein zu agieren, wenn die Erwartungen der KPD im Rahmen der Einheitsfront unerfüllt blieben,<sup>183</sup> stellte von vornherein ein erhebliches Hindernis für eine thematisch wie zeitlich begrenzte Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften dar. Dass der Verzicht der KPD-Zentrale am 27. Juni 1922 auf ihr Maximalprogramm taktisch motiviert war, hatte sie noch während der Beratungen mit den anderen proletarischen Organisationen öffentlich erklärt. Die Verhandlungen »dürfen nicht zu Fesseln des Handelns werden. Sie können und dürfen nur die Vorbereitung und Mobilisierung der gesamten Macht des arbeitenden Volkes sein zu entscheidenden Massenaktionen gegen die Konterrevolution«<sup>184</sup>. Die Weiterpropagierung ihrer Forderungen nach außerparlamentarischen Massenaktionen bis hin zum Aufbau von gemeinsamen Klassenkampforganen wie bewaffneten Hundertschaften und Kontrollausschüssen, die Aufforderungen an die MSPD zur Aufgabe ihrer Koalitionspolitik und schließlich das öffentliche Eintreten für die Auflösung des Reichstages und Bildung einer außerparlamentarisch gestützten Arbeiterregierung stellten jedoch weit mehr als die Inanspruchnahme von Agitations- und Diskussionsfreiheit im Rahmen der proletarischen Einheitsfront dar. Sie waren Ausdruck des zweiten Motivs der kommunistischen Einheitsfronttaktik, die Demaskierung der anderen Arbeiterorganisationen, um dadurch deren Mehrheitsposition innerhalb der Arbeiterbewegung zu erschüttern und zu beseitigen. Dieser zweite Aspekt trug stets das Potenzial in sich, die gerade erst geschaffene Einheitsfront zu sprengen. Erst durch die Verhandlungen mit den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Spitzenverbänden, so der KPD-Vorsitzende Ernst Meyer, sei der KPD auch auf den unteren Ebenen die Möglichkeit eröffnet worden, »an die Mitglieder der anderen Arbeiterparteien und der Gewerkschaften heranzukommen, vor ihnen zu reden und mit ihnen gemeinsam in Aktion zu treten. Dadurch würde die Loslösung dieser Arbeiter von der reformistischen Bürokratie erleichtert, was der einzige Zweck solcher Verhandlungen«<sup>185</sup> und damit der kommunistischen Einheitsfronttaktik sei.

Tatsache ist, dass die KPD mit ihrem Agieren insbesondere im Umfeld der Massendemonstrationen am 4. Juli 1922, der verweigerten Unterschrift unter einen gemeinsamen Aufruf gegen Gewalt und Provokationen sowie

<sup>183</sup> Gothaer Volksblatt, 30.06.1922.

<sup>184</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 102/103 (S. 101-103 Dok. 279).

<sup>185</sup> Wilde: Ernst Meyer. S. 171.

dem Verteilen eines gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien gerichteten Flugblattes selbst alle Vorwände für ihren Ausschluss aus der proletarischen Einheitsfront geliefert hatte, der am 7. Juli 1922 durch die Führungen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien erfolgte.<sup>186</sup>

Nach Auffassung von Ernst Meyer hätten für seine Partei während der Verhandlungen mit den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Spitzengremien zwei Gefahren bestanden. »Einerseits musste sie vermeiden, den anderen Organisationen durch Unsicherheit, übertriebene Forderungen oder zu scharfer Kritik das Argument in die Hände zu spielen, die KPD würde nicht ernsthaft eine Einheitsfront anstreben. Dies hätte dann einen Vorwand für einen vorzeitigen Abbruch der Verhandlungen geliefert«<sup>187</sup> und die KPD wäre erneut isoliert gewesen. »Andererseits musste sich die Partei vor der noch größeren Gefahr hüten, aus dem Wunsch nach Fühlungnahme mit den übrigen Organisationen heraus auf die Darstellung des eigenen kommunistischen Standpunktes auch nur teilweise zu verzichten.«<sup>188</sup> Kennlich wird mit dieser Aussage, dass die Einheitsfrontpolitik aus kommunistischer Perspektive mit ihrer zeitweisen Beschränkung auf Teilziele bzw. Teilforderungen stets die Gefahr des Opportunismus, des Abweichens nach rechts bzw. Aufgabe der prinzipiellen revolutionären Haltung in sich barg. Der ultraradikale Parteiflügel um Ruth Fischer und Arkadi Maslow<sup>189</sup> vergaß zu keinem Zeitpunkt, hieraus die Konsequenzen zu ziehen, die Einheitsfront grundsätzlich zu verwerfen, sie zu hintertreiben und ihre Befürworter zu attackieren. Aus ihrer Sicht waren Verhandlungen mit Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialisten abzulehnen, da sie sich bereits des Verrats an den Interessen der Arbeiterklasse schuldig gemacht hätten.<sup>190</sup>

An diesem Maßstab gemessen war die Einheitsfrontpolitik der Thüringer KPD während der Rathenau-Kampagne zutiefst opportunistisch. Abgesehen von ihrer Kritik an dem unmittelbar nach dem Mord an Rathenau von der Landesregierung am 24. Juni 1922 zunächst erlassenen allgemeinen Versammlungsverbot<sup>191</sup> unterstützte sie deren Republikschutzmaßnahmen.

<sup>186</sup> Winkler: Weimar 1918–1933. S. 174.

<sup>187</sup> Wilde: Ernst Meyer. S. 172.

<sup>188</sup> Ebenda.

<sup>189</sup> Weber, Herbst: Deutsche Kommunisten. S. 484–486.

<sup>190</sup> Keßler: Ruth Fischer. S. 109. Unter Hinweis auf die Rote Fahne vom 9. Juli 1922.

<sup>191</sup> »Eine Regierung, die den Massen-Aufmarsch und somit die Durchführung« der Forderungen der Arbeiterparteien »hemmen will, werden die Kommunisten wie die Massen keinen Augenblick mehr

Anfang Juli 1922 hatte die kommunistische Bezirksleitung ausdrücklich erklärt, sie erkenne in den Maßnahmen der Landesregierung »geeignete Schritte, um die monarchistische Reaktion zu unterdrücken«<sup>192</sup>. Unmittelbar nach dem Attentat auf Rathenau war sie ebenso wie die Bezirksleitungen der beiden sozialdemokratischen Parteien von der Landesregierung über deren Schritte zum Schutz der Republik informiert worden.<sup>193</sup> Im Thüringer Landtag stellte sich die kommunistische Fraktion ebenso hinter das Kabinett wie die beiden sozialdemokratischen.<sup>194</sup> Zuvor hatten bereits die Bezirksleitungen der drei Arbeiterparteien und der gewerkschaftlichen Organisationen unmittelbar nach der Ermordung Rathenaus die Tat in einem gemeinsamen Aufruf »An die werktätige Bevölkerung« verurteilt und die »Auflösung aller konterrevolutionären und monarchistischen Organisationen«, die Entlassung »aller reaktionären Offiziere aus der Reichswehr, Schupo und allen Polizeiorganisationen«, des Reichswehrministers Otto Geßler (DDP) sowie des Chefs der Heeresleitung General Hans von Seeckt gefordert. Bemerkenswert war das gemeinsame Verlangen nach Gründung eines »Arbeiterselbstschutzes durch Arbeiter, Angestellte und Beamte«<sup>195</sup>.

Gegen die Mobilmachung der Reaktion riefen die thüringischen proletarischen Organisationen zu gemeinsamen Protestaktionen auf. Tatsächlich wiesen die am 27. Juni 1922 auch in Thüringen stattgefundenen Massenkundgebungen nach Auffassung der KPD-Bezirksleitung in Erfurt, Gotha, Weimar, Jena, Eisenach Apolda, Gera und den anderen größeren Orten »die Höchstbesucherzahl aller bisherigen Veranstaltungen der Arbeiterparteien« auf.<sup>196</sup> Bemerkenswert ist, dass die Thüringer KPD, soweit erkennbar, zumindest auf der Ebene des Landes Ende Juni/Anfang Juli 1922 keine Forderungen vertrat, die die Aktionseinheit mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften hätte gefährden können. Es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die KPD bei der Konstituierung »proletarischer Klassenkampforgane« initiativ und führend beteiligt war; die Kontroll-Ausschuss-Bewegung insbesondere in Westthüringen wäre jedoch ohne

unterstützen. Entweder ändert die Thüringer sozialdemokratische Regierung ihre Verordnung in dem Sinne, dass wohl die monarchistischen, nicht aber die Arbeiter-Demonstrationen verboten werden, oder die Arbeiterschaft wird sie zum Teufel jagen und eine Regierung unterstützen, die die Arbeiterinteressen unzweideutig vertritt.« Gothaer Volksblatt, 25.06.1922.

<sup>192</sup> Gothaer Volksblatt, 03.07.1922.

<sup>193</sup> BArch RY 1/2375 Bl. 22/23.

<sup>194</sup> II. ThLT. S. 2722.

<sup>195</sup> Reußische Volkszeitung, 28.06.1922.

<sup>196</sup> BArch RY 1/2375 Bl. 24.

die aktive Mitwirkung der nichtkommunistischen Mehrheit der Protestbewegung gegen die Ermordung Rathenaus nicht möglich gewesen. »Unter dem Eindrucke der scheußlichen Mordtat der Reaktion und angesichts der großen Gefahr, die den Hand- und Kopfarbeitern wie dem freiheitlich denkenden Bürgertum durch die reaktionären Mordbanden droht, wurden am 26. Juni von den unterzeichnenden Parteien«<sup>197</sup> Gothas – das waren neben den drei Arbeiterparteien und den Gewerkschaften auch die DDP und der *Republikanische Reichsbund* –<sup>198</sup> nicht nur entsprechende Forderungen zum Schutz der Republik formuliert. »Um die Regierungsorgane in der raschen Durchführung dieser Forderungen zu unterstützen, um ihnen den nötigen Rückhalt zu geben, um die tatsächliche Durchführung der [...] Forderungen zu betreiben, zu überwachen und zu kontrollieren, wurde ein Kontroll-Ausschuss von der Vollversammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftskartell-Delegierten gewählt«,<sup>199</sup> in den die vier Parteien jeweils zwei Vertreter delegierten. Es bliebe weiter zu untersuchen, ob die regionale Stärke der Kontrollausschussbewegung in Gotha/Westthüringen aus der Tatsache resultierte, dass hier seit Mai 1921 eine bürgerlich-reaktionäre Gebietsregierung amtierte.<sup>200</sup>

Dass die Thüringer KPD-Bezirksleitung mit ihrem Vorschlag vom 3. Juli 1922 an die anderen proletarischen Organisationen zur Bildung eines Landeskontrollausschusses faktisch nicht über das Anliegen der Unterstützung der Regierungsmaßnahmen hinausgegangen war, sollte ihr innerparteilich nach Abschluss der Rathenau-Kampagne die Kritik einbringen, sie habe die Kontrollausschüsse lediglich »als eine Hilfsregierung, als eine Hilfspolizei« aufgefasst.<sup>201</sup> Ebenso schien es aus dieser Perspektive inakzeptabel, dass sich die Thüringer KPD Mitte Juli 1922 zunächst an die Absprachen mit den beiden sozialdemokratischen Parteien gehalten hatte, die

<sup>197</sup> Gothaer Volksblatt, 28.06.1922.

<sup>198</sup> Der Republikanische Reichsbund war ein Zusammenschluss sozialdemokratischer und bürgerlich-demokratischer Politiker, die den Anfang der 1920er-Jahre zunehmenden Einfluss antidemokratischer Kräfte insbesondere in der Verwaltung zurückdrängen wollten. Von 1921 bis 1923 hatte Carl Freiherr von Brandenstein, auf dessen Rolle in der thüringischen Landespolitik noch eingegangen werden wird, den Vorsitz dieser Vereinigung. Fritsch, Werner: *Republikanischer Reichsbund (RRB) 1921–1933* (ab 1922 Deutscher Republikanischer Reichsbund). In: Fricke, Dieter (Hrsg.): *Lexikon zur Parteigeschichte*. Bd. 4. Leipzig 1986. S. 97–101.

<sup>199</sup> Gothaer Volksblatt, 28.06.1922.

<sup>200</sup> Nach der Reichsexekution gegen die Republik Gotha am 12. April 1920 wurde der kleinstaatliche Gothaer Landtag infolge der von der bürgerlichen Opposition betriebenen Obstruktion aufgelöst. Bei der Neuwahl am 10. Mai 1920 errang der »Ordnungsblock«, eine Listenverbindung aus DVP, DNVP und Bauernbund, die Mehrheit und löste die bis dahin allein regierende USPD aus der Regierung ab. Matthies, Helge: *Bürgertum und Nationalsozialismus in Thüringen. Das bürgerliche Gotha von 1918 bis 1930*. Jena 1994. S. 99–102.

<sup>201</sup> Reisberg: *Einheitsfrontpolitik*. S. 548.

Kontrollausschussbewegung öffentlich nicht weiter zu forcieren. Ohne dieses Zugeständnis wäre jedoch der Fortbestand der Einheitsfront in Thüringen nicht möglich gewesen, nachdem sie bereits auf zentraler Ebene zerbrochen war. »Die Bezirksleitungen des ADGB, der SPD, USP und KPD für den Bezirk Großthüringen«, so der gemeinsame Aufruf im Ergebnis ihrer Verhandlungen am 12. Juli 1922, »sind auf Grund der politischen Lage im Reich, wie in den einzelnen Ländern der Auffassung, dass das gemeinschaftliche Arbeiten der Spitzenorganisationen nach wie vor eine dringende Notwendigkeit ist. Wir ersuchen deshalb die Spitzenorganisationen in Beratungen einzutreten und die Wiederherstellung der gemeinsamen Front vorzunehmen«. Appelliert wurde zudem an die gesamte Thüringer Arbeiterpresse, sich in ihren Auseinandersetzungen »von der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes leiten zu lassen. Es soll deshalb alles unterbleiben, was geeignet ist, die Einheitsfront in Thüringen zu gefährden«<sup>202</sup>.

Aus Sicht der Thüringer KPD hatte dieses Ergebnis der Beratungen vom 12. Juli 1922 nicht nur für das Land selbst, sondern reichsweite Bedeutung. Um den ungenügenden Ausgang der parlamentarischen Manöver im Reichstag zur Verabschiedung eines Republikenschutzgesetzes, das sich vorrangig gegen links richten werde, zu verschleiern, sei der Bruch mit der KPD von den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen inszeniert, in Thüringen indes das Auseinanderfallen der Einheitsfront verhindert worden. Die gemeinsam beschlossenen Maßnahmen, erklärte die Thüringer KPD, »haben vor allem die Bedeutung, dass die Reaktion bei ihrem Vorstoß gegen Thüringen auf eine geschlossene Abwehrfront stoßen wird, die nicht gewillt ist, zu Kreuze zu kriechen. Der unerhörte Lügenfeldzug«, auf den noch einzugehen ist, »der im Reichstag von den Deutschnationalen inszeniert wurde, wird von den drei Arbeiterparteien Thüringens gemeinsam abgewehrt werden«<sup>203</sup>.

Die Verteidigung der demokratischen Republik als der eigentlichen Handlungsebene einer tatsächlichen Einheitsfrontpolitik, verstanden als kommunistische Realpolitik in nichtrevolutionärer Zeit, bedeutete für die KPD in letzter Konsequenz zunächst die vorübergehende Aufgabe ihres revolutionären Ziels. In diesem Kontext ist auf den Zusammenstoß zwischen Ernst Meyer und Arkadi Maslow in der KPD-Zentralausschusssitzung vom 23. Juli 1922 hingewiesen worden. Auf Maslows Behauptung, »es gäbe nie

<sup>202</sup> Neue Zeitung, 13.07.1922.

<sup>203</sup> Neue Zeitung, 13.07.1922.

eine Situation, wo wir für eine Forderung der sogenannten Demokratie auftreten werden«,<sup>204</sup> antwortete der КРД-Vorsitzende Meyer, er hoffe, dass es in Deutschland nicht zu einer Diktatur wie in Ungarn komme. »Aber wenn wir ein Horthy-Deutschland haben, dann würden wir für viel näherliegende und für viel weniger kommunistische Forderungen alle Kraft und alle Aktionsfähigkeit der Arbeiter einsetzen.«<sup>205</sup> Wenngleich Meyer einräumte, aus kommunistischer Sicht könne es kein Interesse an dieser Republik geben und die Arbeiterschaft sei nach dem Rathenau-Mord nicht für die bürgerliche Demokratie, sondern gegen die monarchistische Konterrevolution auf die Straße gegangen, dass mit Beginn der Rathenau-Kampagne klar gewesen sei, der Kampf für die Republik könne nur gegen alle bürgerlichen Republikaner geführt werden und jede wirkliche Sicherung der Republik erfordere selbstständige Maßnahmen der Arbeiterschaft, so könne es jedoch keinen Zweifel am Unterschied zwischen einer demokratischen und einer diktatorischen Form bürgerlicher Herrschaft geben. Daher hätte die КРД die Aufgabe, »die Demokratie unbedingt gegen rechts zu verteidigen«<sup>206</sup>.

Demgegenüber erhielt die linksradikal-ultralinke Kritik an der Politik der Parteizentrale infolge der Unterstützung durch das ЕККК und vor allem dessen Vorsitzenden Grigori Sinowjew in den innerparteilichen Auseinandersetzungen an Gewicht. Sinowjew hatte in einem vertraulichen Schreiben der Führung der КРД mitgeteilt, dass er ihre Politik in den ersten Tagen nach der Ermordung Rathenaus für schwächlich gehalten habe. Es wäre vielmehr Aufgabe der Partei gewesen, den Arbeitern zu zeigen, »dass das gegenwärtige Deutschland eine Republik ohne Republikaner ist«<sup>207</sup>. Sie hätten den Arbeitern zudem sagen müssen, »dass die bürgerliche Republik nicht nur keine Garantie für die Klasseninteressen des Proletariats ist, sondern umgekehrt in der gegebenen Lage die beste Form der Unterdrückung der Arbeitermassen. Man sollte nicht mit den Sozialdemokraten und der USP zusammen in ein Horn blasen, die Einheitsfront soll nie, nie, nie die Selbstständigkeit unserer Agitation ausschließen. Das ist für sie eine *conditio sine qua non*, eine notwendige Bedingung«<sup>208</sup>.

<sup>204</sup> zitiert nach Kinner: Kommunismus. S. 49.

<sup>205</sup> Ebenda.

<sup>206</sup> Wilde: Ernst Meyer. S. 171/172.

<sup>207</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 544.

<sup>208</sup> Ebenda.

## Der republikanische Gestaltungs- und Durchsetzungsanspruch der Thüringer Sozialdemokratie

Wenngleich höchst unterschiedlich interpretiert<sup>209</sup> und gelegentlich auch infrage gestellt,<sup>210</sup> gilt die Linksorientierung der Thüringer Sozialdemokratie als ausschlaggebend für ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der KPD, die im Herbst 1923 durch die Bildung der Arbeiterregierung ohne Zweifel ihren Höhepunkt erfuhr. Hierin unterschied sie sich ebenso wie die sächsische Parteiorganisation wesentlich von der sozialdemokratischen Parteiführung auf Reichsebene. Sie und zumindest Teile der sozialdemokratischen Basis sahen in der Kommunistischen Partei ein künstliches Produkt Moskaus, das sich zudem auf unsolide Klassenelemente stützte. Anstelle einer Einheitsfront mit der KPD sollten nach der dominierenden sozialdemokratischen Auffassung deren Mitglieder unter Ausschluss ihrer »unbelehrbaren Teile« für die Sozialdemokratie gewonnen werden.<sup>211</sup>

Als Kennzeichen der Linksorientierung der Thüringer Sozialdemokratie gelten erstens ihr Bemühen, die materiellen Lasten der Nachkriegskrise hauptsächlich den besitzenden Schichten aufzubürden bzw. die Belastungen für die Arbeiterschaft und die Angestellten abzumindern. Zweitens versuchte sie, die landespolitischen Spielräume in der Kultur- und Bildungspolitik sowie Personal- und Innenpolitik für eine konsequente linksrepublikanische Politik, die auf die Ablösung der Vormachtstellung der bürgerlich-konservativen Eliten in diesen Bereichen zielte, zu nutzen. Zur Durchsetzung dieses republikanischen Gestaltungsanspruches suchte sie drittens parlamentarische Mehrheiten unter Ausschluss der bürgerlichen Parteien und opponierte auf Reichsebene in der Konsequenz dessen viertens gegen die Koalitionspolitik der Parteiführung. Linksoptionelle

<sup>209</sup> So habe die Thüringer sozialdemokratische Landesregierung, die auf die parlamentarische Duldung der KPD angewiesen war, mit ihrer kompromisslosen radikalen sozialistischen Reformpolitik die Verhältnisse der Vorkriegszeit lediglich umgedreht, sodass sich das Bürgertum »vergewaltigt« fühlte. Matthiesen, Helge: Das Gothaer Bürgertum und der Nationalsozialismus 1918–1930. In: Heiden, Detlev; Mai, Gunther (Hrsg.): Nationalsozialismus in Thüringen. Weimar Köln Wien 1995. S. 104 (S. 97–118). Demgegenüber: »Perspektivisch schien die linksrepublikanische Reformpolitik der sozialdemokratischen Minderheitsregierung trotz mancher ideologischer Überspitzung tragfähig zu sein. Sie eröffnete neue Dimensionen der Konfliktregelung, was anpassungsfähig und nach vorn hin offen.« Häupel, Beate: Gründung des Landes Thüringen. Staatsbildung und Reformpolitik 1918–1923. Weimar Köln Wien 1995. S. 173.

<sup>210</sup> Entgegen der »fortlebenden Annahme, es hätte in Thüringen eine radikale Arbeiterbewegung gegeben, schon weil dort eine starke linksorientierte SPD entweder zu machtbewusst oder koalitionsunwillig agiert hätte«, zeige die durchaus vorhandene teilweise bürgerliche Unterstützung für einzelne Reformprojekte der sozialdemokratischen Landesregierung, dass die Thüringer Sozialdemokratie keinesfalls radikal agiert habe. Rudolph: Die Aufgabe der Staatsbildung. S. 279/280.

<sup>211</sup> Brandt, Peter: Einheitsfront und Volksfront in Deutschland. Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Bd. 7. Nr. 26 (1977) S. 44 (S. 35–74).

Reichstagsabgeordnete konnten sich in Thüringen der Aufstellung und Wiederwahl sicher sein. Schließlich orientierte die Thüringer Sozialdemokratie fünftens auf die Erlangung einer kulturellen gesellschaftlichen Hegemonie durch umfassende sozialdemokratische Kultur- und Bildungsarbeit, in der schließlich sechstens ein ausgeprägtes sozialistisches Selbstbewusstsein, dem die Hoffnungen und das Vertrauen des eigenen Milieus wichtiger war als staatsmännische Ausstrahlung auf die anderen Bevölkerungsschichten, gedeihen konnte.<sup>212</sup>

In diesem letzten Merkmal der Linksorientierung der thüringischen Sozialdemokratie wird jener Entwicklungsprozess kenntlich, in dessen Ergebnis sie sich bis Anfang der 1920er-Jahre zur maßgebenden politischen Kraft in Thüringen hatte etablieren können. Die regionale ökonomische und sozialstrukturelle Entwicklung im 19. Jahrhundert war ebenso wie die spezifischen kleinstaatlichen politischen Verhältnisse für die Herausbildung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung von Vorteil gewesen. Auf dieser Grundlage hatte sie systematisch ihren organisatorischen und politisch-weltanschaulichen Einfluss auf große Teile der Arbeiterschaft bis ins Kleinbürgertum vor dem Ersten Weltkrieg ausbauen und stabilisieren können. In dem hierauf basierenden sozialistischen Milieu entwickelte sich – je nach verfassungsrechtlichen Voraussetzungen in den thüringischen Kleinstaaten – eine politische Praxis, die die Emanzipation der arbeitenden Bevölkerung nicht nur theoretisch und agitatorisch einforderte, sondern praktisch durchzusetzen versuchte. Die Bürger- und Wahlrechtsbewegungen auf kommunaler und kleinstaatlicher Ebene zeigen dies ebenso wie die partielle parlamentarische Zusammenarbeit mit dem Liberalismus in den kleinstaatlichen Landtagen.

Wenngleich in einem solchen Umfeld reformistische Überlegungen und Bestrebungen zweifellos ein günstiges Terrain fanden, hatten sowohl die sich zuspitzenden innenpolitischen Verhältnisse im Deutschen Kaiserreich vor dem Ersten Weltkrieg als auch der Widerstand des lokalen/regionalen Bürgertums und nicht zuletzt das gegen die Sozialdemokratie gerichtete Vorgehen der kleinstaatlichen Regierungen bewirkt, dass sich das herausbildende und ständig im Wachstum begriffene sozialdemokratische Milieu auch in Thüringen bei allen zu berücksichtigenden Differenzierungen gegen seine bürgerliche Umwelt abschloss. Trotz gelegentlicher reformis-

<sup>212</sup> Kachel: Ein rot-roter Sonderweg? S. 171/172.

tisch-revisionistischer Ausbruchversuche unterstützte die Thüringer Sozialdemokratie mehrheitlich die marxistisch orientierte Parteiführung um August Bebel in ihrem Kampf gegen den Revisionismus Eduard Bernsteins<sup>213</sup> und den Praktizismus der Gewerkschaftsführung.<sup>214</sup> Zudem entsprach die Praxis der Thüringer Sozialdemokratie dem unausgesprochenen Ziel des Erfurter Programms, auf Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts an die Stelle des kaiserlichen Obrigkeitsstaates und der bürgerlichen Gesellschaft eine soziale Republik zu setzen und bis dahin innerhalb des bestehenden Systems für die politischen und sozialen Rechte der arbeitenden Bevölkerung einzutreten.<sup>215</sup> Diese Orientierung behielt auch jener Teil der Thüringer Sozialdemokratie bei, der während des Ersten Weltkrieges die Burgfriedenspolitik der Parteiführung unterstützt hatte. Burgfriedenspolitik meinte die Vorstellung, angesichts der Bedrohung durch einen äußeren Feind die innenpolitischen und wirtschaftlichen Konflikte zurückstellen zu müssen. In der Konsequenz dessen hatte sich die deutsche Sozialdemokratie in die nationale Kriegsfront des Deutschen Kaiserreiches eingereiht und damit faktisch nicht nur ihre politische Eigenständigkeit, sondern zugleich sowohl ihren revolutionären als auch reformerischen Anspruch aufgegeben. Das Resultat dieser (Nicht-)Politik war die Spaltung der SPD während des Ersten Weltkrieges in die Mehrheits- (MSPD) und die Unabhängige Sozialdemokratie (USPD),<sup>216</sup> wenngleich im Thüringer Bezirksverband, letztlich vergeblich, über einen langen Zeitraum Bestrebungen vorhanden waren, das Auseinanderbrechen der Partei zu verhindern.<sup>217</sup>

<sup>213</sup> Trotz Aufrechterhaltung ihrer revolutionären Prinzipien hatte die SPD im Deutschen Kaiserreich tatsächlich zunehmend als parlamentarisch-demokratische Oppositionspartei agiert. Den damit verbundenen Widerspruch zwischen revolutionärer Theorie und reformerischer Praxis durch eine Revision des Marxismus aufzuheben und das praktische Handeln wieder in Übereinstimmung mit der Theorie zu bringen, war das Anliegen der Forderung Eduard Bernsteins, die SPD müsse sich zu dem bekennen, was sie sei, »eine demokratisch-sozialistische Reformpartei«. Bernstein, Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Eingeleitet von Horst Heilmann. Bonn 1984. (8. Auflage). S. 196.

<sup>214</sup> Brandt, Lehnert: »Mehr Demokratie wagen«. S. 94.

<sup>215</sup> hierzu umfassend: Hess, Ulrich: Geschichte Thüringens 1866–1914. Aus dem Nachlass herausgegeben von Volker Wahl. Weimar 1991.

<sup>216</sup> Kruse, Wolfgang: Integration versus Opposition. Fünf Thesen zur Spaltung der deutschen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg. In: Braune, Andreas; Hesselbarth, Mario; Müller, Stefan (Hrsg.): Die USPD zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus 1917–1922. Neue Wege zu Frieden, Demokratie und Sozialismus? Stuttgart 2017. S. 25–42.

<sup>217</sup> Hesselbarth, Mario: Zur Spaltung der Sozialdemokratie in Thüringen im Frühjahr 1917. In: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2008/II. S. 92–101.

Für beide sozialdemokratische Richtungen lässt sich konstatieren, dass sie in Thüringen während und nach der Novemberrevolution 1918 in ihrer großen Mehrheit republikanisch und parlamentarisch orientiert waren, der Rätebewegung jedoch nicht feindlich gegenüberstanden, obwohl zumindest Teile der MSPD sie kritisch sahen. Langfristig strebten beide sozialdemokratische Parteien eine sozialistische Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse an und verlangten als unmittelbare Aufgabe die Demokratisierung der Verwaltung einschließlich des Militärs.<sup>218</sup> Nachdem die von ihnen geforderte demokratische Einheitsrepublik angesichts der reichsweit parteiübergreifenden partikularistischen Bestrebungen nicht zu verwirklichen war, schufen sie gemeinsam mit dem demokratisch orientierten Teil des Bürgertums in Überwindung der kleinstaatlichen Verhältnisse das neue Land Thüringen. Dessen von einer »linksrepublikanischen Mehrheit aus MSPD, DDP und USPD«<sup>219</sup> erarbeitete und gemeinsam getragene Verfassung sollte die Grundlage für einen freiheitlich-demokratischen und zugleich modernen Rechtsstaat bilden und das Tor zur »sozialen Demokratie« öffnen.<sup>220</sup> Insofern war es im Zeitraum 1920 bis 1923 tatsächlich weniger die Linksorientierung, sondern stärker der republikanische Gestaltungsanspruch, der die Thüringer Sozialdemokratie prägte. Dem widerspricht nicht, dass sich die führenden Gremien der thüringischen MSPD 1921 gegen das auf dem Görlitzer Parteitag beschlossene neue Parteiprogramm ausgesprochen<sup>221</sup> und mit der Bildung einer von der KPD tolerierten gemeinsamen Regierung mit der USPD einen Kontrapunkt zum Beschluss des Görlitzer Parteitages gesetzt hatten, der eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei grundsätzlich billigte.<sup>222</sup>

Maßgebend für die Landespolitik der Thüringer Sozialdemokratie wurden nicht die Parteitagsreden des Jenaer Landtagsabgeordneten Paul Kieß<sup>223</sup>, der in Kassel 1920 und Görlitz 1921 mit seinen kritischen Bemerkungen

<sup>218</sup> Hesselbarth, Mario: Gegen das Hissen der roten Flagge auf dem Rathaus erheben wir keinen Einspruch. Novemberrevolution 1918 in Thüringen. Jena 2018.

<sup>219</sup> Rudolph: Thüringer Arbeiterbewegung. S. 81.

<sup>220</sup> Ebenda.

<sup>221</sup> Nach Auffassung des Vorstandes und des Beirats des MSPD-Bezirksverbandes Thüringen entsprach der Programmentwurf »nicht voll und ganz den sozialdemokratischen Grundsätzen und der sozialistischen Auffassung, von denen die Arbeiter und Angestellten durchdrungen sind«. Sie forderten deshalb in einem Antrag an den Görlitzer Parteitag die Zurücküberweisung des Entwurfes an die Programmkommission, die »eventuell anders zusammengesetzt« sein müsse, »damit bei neuen Beratungen den Auffassungen der Massen mehr Rechnung getragen wird«. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Görlitz vom 18. bis 24. September 1921. Berlin 1921. S. 374. Antrag 244.

<sup>222</sup> Winkler: Weimar 1918–1933. S. 163.

<sup>223</sup> Lengemann: Handbuch. S. 386/387.

zur Politik des Parteivorstandes auf dem linken MSPD-Flügel verortet werden kann und vehement für die Bildung einer sozialistischen Regierung in Thüringen eingetreten war. Prägend für die sozialdemokratische Regierungspolitik wurde das praktische Agieren des leitenden Staatsministers August Frölich. Anders als vielfach dargestellt, war Frölich zum Zeitpunkt seiner Regierungstätigkeit kein Parteilinker<sup>224</sup>, obwohl er die Zusammenarbeit mit der KPD befürwortet hatte und sie auch nach dem Scheitern der Arbeiterregierung im November 1923 gegenüber seinen politischen Gegnern verteidigte. »Diese Verbindung der Sozialdemokraten mit den Kommunisten sei ein Versuch gewesen, der einmal habe gemacht werden müssen.«<sup>225</sup> Maßgebend für die Einschätzung Frölichs ist dabei weniger die zeitgenössische kommunistische Sicht, die in ihm den »Wortführer des rechten Flügels der Thüringer Sozialdemokratie«<sup>226</sup> sah. Im Unterschied zu Erich Zeigner<sup>227</sup>, der während seiner nur acht Monate währenden Zeit als Ministerpräsident der linkssozialdemokratischen sächsischen Landesregierung von März bis Oktober 1923 »zum Hoffnungsträger linksrepublikanischer Politik in Deutschland«<sup>228</sup> aufstieg und dem es gelang, mit »in geschliffener Rhetorik vorgetragenen Attacken gegen die Gegner der Republik« die resignierende Linke in Deutschland vorübergehend aufzurichten,<sup>229</sup> war Frölichs Politik pragmatisch, jedoch nicht grundsatzlos, sondern sozialdemokratisch.<sup>230</sup> Sein Einsatz für die gesellschaftlich, vor allem sozial und ökonomisch benachteiligten Teile der Bevölkerung erfolgte dabei stets auf der Grundlage der gegebenen politischen Verhältnisse und gesetzlichen wie verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen. Deshalb könne seine Regierung keine reine Arbeiterpolitik nach kommunistischen Maßstäben betreiben, wie er selbst im Thüringer Landtag erklärt

<sup>224</sup> Es soll an dieser Stelle offenbleiben, ob die Darstellung der DDR-Geschichtsschreibung, die Bereitschaft der sozialdemokratischen Minister Frölich, Hermann und Greil habe ihrer Verortung auf dem linken Parteiflügel entsprochen, der Ursprung für diese Einschätzung ist. »Die linken Sozialdemokraten August Frölich, Max Greil und Karl Hermann vertraten außerhalb der Regierung mehr oder weniger konsequent ihre im proletarischen Klassenkampf erworbenen politischen Erfahrungen, mit denen sie sich verschiedentlich den Positionen der Kommunisten annäherten.« Wörfel: Arbeiterregierung, S. 65.

<sup>225</sup> Landesarchiv Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar (nachfolgend: HStAW): Thüringisches Staatsministerium Präsidialabteilung Nr. 87. Bl. 212.

<sup>226</sup> Neue Zeitung, 16.04.1923.

<sup>227</sup> Michael Rudloff (Hrsg.): Erich Zeigner – Bildungsbürger und Sozialdemokrat. Leipzig 1999.

<sup>228</sup> Rudolph, Karsten: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik 1871–1923. Weimar Köln Wien 1995. S. 346.

<sup>229</sup> Ebenda. S. 347.

<sup>230</sup> Dementsprechend hatte Frölich im September 1923 den Versuch einer Vermittlung zwischen der sächsischen Landesregierung und der Reichsregierung unternommen, deren Verhältnis immer angespannter geworden war. Hierfür bat er Reichspräsident Ebert um Vermittlung und regte ein Treffen jener Länderchefs an, »die sich bislang für die deutsche Republik besonders eingesetzt hatten«. Mühlhausen, Walter: Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik. Bonn 2007. S. 647/648.

hatte. Doch zugleich nahm er für sein Kabinett in Anspruch, dasjenige in Deutschland zu sein, das sich am stärksten für die Interessen der sozial am schlechtesten gestellten Menschen einsetzte.<sup>231</sup> Im April 1920, als die thüringische MSPD vor dem Hintergrund der konkreten Erfahrungen der geschlossenen proletarisch-bürgerlich-demokratischen Abwehr des Kapp-Putsches einerseits und des Rachefeldzuges der Reichswehr in Westthüringen andererseits einen erkennbaren Linksschwenk vollzog,<sup>232</sup> hatte Frölich auf dem Bezirksparteitag der Thüringer MSPD am 26. April 1920 in Weimar dennoch die unabhängige Sozialdemokratie aufgrund ihrer grundsätzlichen Oppositionshaltung und absolut vertretenen sozialistischen Positionen kritisiert, seine eigene Partei hingegen aufgefordert, um demokratische Mehrheiten und damit politischen Einfluss zu kämpfen. Dort, wo sie in der Mehrheit sei, müsse diese auch genutzt werden, anstatt Bürgerliche weiterhin in verantwortlichen Spitzenpositionen zu belassen. Dass die Sozialdemokratie in Regierungsverantwortung jedoch nicht auf die Mitarbeit bürgerlicher Beamter verzichten konnte, war ihm offenbar ebenso bewusst, sodass er zugleich für den Erhalt ihrer »wohlerworbenen Rechte«<sup>233</sup> plädierte. »Wir müssen hinausgehen vor das Volk und unseren Standpunkt vertreten, müssen den Willen haben uns durchzusetzen«,<sup>234</sup> hatte Frölich den Delegierten des MSPD-Bezirksparteitags zugerufen. Insofern verband sich sein Pragmatismus mit einem Durchsetzungswillen, der den republikanischen Gestaltungsanspruch der Thüringer Sozialdemokratie zusätzlich kennzeichnete.

Nachdem im Ergebnis der Wahl zum 11. Thüringer Landtag am 11. September 1921 eine knappe proletarische Mehrheit im neuen Landesparlament feststand, war damit auch aus mehrheitssozialdemokratischer Sicht deutlich geworden, dass das Thüringer Volk »eine sozialistische Regierung

<sup>231</sup> II. ThLT. S. 3991.

<sup>232</sup> Hesselbarth, Mario: Der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch in Thüringen. März 1920. Jena 2022. Konsens auf dem Bezirksparteitag am 24. April 1920 war, dass mit der Politik, wie sie durch die Sozialdemokratische Partei in der Weimarer Koalition bis zum 13. März 1920, dem Tag des Putsches, betrieben wurde, gebrochen werden müsse. Das Volk, 27.04.1920.

<sup>233</sup> Das Volk, 26.04.1920. Frölich beließ, hierfür heftig von der kommunistischen Presse kritisiert, einen Großagrariar als führenden Beamten in seinem Ministerium. »Die Tätigkeit des Wirtschaftsministeriums Weimar dürfte nach der Außenseite der Öffentlichkeit zur Genüge bekannt sein. [...] Die inneren Zustände kennen aber wohl nur die, welche unter ihnen am eigenen Leibe zu leiden haben. Kurz wollen wir ein Bild darüber geben, wie der alleinige Herrscher und Gebieter, der Rechtssozialist Frölich, seinem sozialistischen Empfinden und Ansichten Ausdruck gibt. Schon die Auswahl seiner nächsten Umgebung ist sehr bezeichnend. [...] Der Großagrariar von Eichel, Vertreter des Staatsministers Frölich, der auf Verlangen der Arbeiterschaft von Weimar in den Kapp-Tagen im März 1920 entfernt wurde, genießt heute, nachdem die Reaktion sich wieder sicherer wie zuvor fühlt, das größte Vertrauen des Herrn Ministers, weil er den Vertrauensmann der Landwirtschaft darstellt. Deshalb ist er unersetzlich und unbedingt als »höherer« Beamter erforderlich.« Neue Zeitung, 08.09.1921.

<sup>234</sup> Das Volk, 26.04.1920.

will«. <sup>235</sup> Es müsse nun der Versuch zu ihrer Bildung gemacht werden, wobei alles von der Haltung der KPD abhinge. »Aber was im benachbarten Sachsen möglich ist, muss auch in Thüringen möglich sein. Allerdings kann der Eintritt der Kommunisten in die Regierung oder in die Koalition der die Regierung stützenden Parteien nicht nur dekorativ sein, sondern muss praktischen Wert haben und müssen die Kommunisten reale Garantien für eine Zusammenarbeit mit den übrigen sozialistischen Parteien geben.« <sup>236</sup> Wenngleich der entscheidende Impuls für das Zustandekommen der Thüringer sozialdemokratischen Landesregierung unter August Frölich von der USPD mit ihrem Programm vom 20. September 1921 ausgegangen war, <sup>237</sup> bildeten der republikanische Gestaltungswille der beiden sozialdemokratischen Arbeiterparteien einerseits und die kommunistische Einheitsfrontpolitik andererseits deren Voraussetzung.

Ausdruck des republikanischen Gestaltungsanspruchs der Thüringer Sozialdemokratie beider Richtungen war das »Regierungsprogramm vom 20. September 1921« <sup>238</sup>, in dem sie sich auf eine »yentschiedene Einwirkung auf die Reichsregierung für die Sicherung der Republik« <sup>239</sup> und ein umfassendes Programm zur sozialen und demokratischen Ausgestaltung des neu geschaffenen Landes Thüringen verständigt hatten. In seinem ersten Teil beinhaltete es jene Punkte, die sie im Interesse der »Sicherung der Republik« auf Reichsebene durchzusetzen gedachten. An erster Stelle stand die Forderung nach sofortiger Aufhebung des Ausnahmezustandes und einer »Amnestie aller Revolutionskämpfer«. Das Militär und die Verwaltung sollten demokratisiert, die Unabsetzbarkeit der Richter beseitigt, die ehemaligen »regierenden Häuser« enteignet und des Landes verwiesen

<sup>235</sup> Das Volk, 16.09.1921.

<sup>236</sup> Das Volk, 16.09.1921. Im östlichen Nachbarland Thüringens war am 14. Dezember 1920 eine sozialdemokratische Landesregierung mit Unterstützung der KPD gebildet worden. Die maßgeblichen Protagonisten dieses »linksrepublikanischen Projekts in Sachsen [...] wollten der Linken in Deutschland, die sich mittlerweile in der gesellschaftspolitischen Defensive befand, ein Signal zu einem neuen Aufbruch geben. Über Sachsen – so die Überlegung – könne eine geeinte Arbeiterbewegung die politische Initiative zurückgewinnen.« Die hierfür erforderliche Herstellung einer stabilen sozialistischen Koalition war jedoch nur möglich, »wenn sich die linksradikale KPD in das parlamentarische System einbinden ließ«. Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie. S. 281.

<sup>237</sup> Hesselbarth, Mario: Zur Geschichte der USPD in Thüringen. Jena 2017. S. 63/64. »Unsere Partei hat also auch in Thüringen die Plattform für die Einigung der drei sozialistischen Parteien in der überaus wichtigen Frage der Regierungsbildung mit Erfolg geschaffen.« Tribüne, 07.10.1921. In einem am 21. September 1921 veröffentlichten Aufruf des USPD-Bezirksvorstandes Großthüringen hatte die Partei erklärt, dass die im Ergebnis der Landtagswahl bestehende sozialistische Mehrheit durch die Bildung einer entsprechenden Regierung zum Ausdruck kommen müsse. »Das ist umso notwendiger, als die Reaktion erstarkt und die Republik bedroht ist.« Als Verhandlungsangebot legte der USPD-Bezirksvorstand ein »Minimalprogramm« vor, auf das sich die drei Arbeiterparteien im Wesentlichen einigten. Tribüne, 21.09.1921.

<sup>238</sup> Weißbecker: Rot-Rote Gespenster in Thüringen. S. 165–167. Dok. 1.

<sup>239</sup> Ebenda. S. 165.

werden. Darüber hinaus verlangte die USPD von der Reichsregierung ein Sozialisierungsgesetz zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Handels sowie vor allem der Bodenschätze und der Energieerzeugung. Die Steuergesetzgebung sollte durch Erfassung der Sachwerte ebenso ausgebaut werden wie die Sozialgesetzgebung.<sup>240</sup> Landespolitisch ging es beiden sozialdemokratischen Parteien zunächst um die Beseitigung der Reste der Kleinstaaterei. Priorität hatte für sie der Aufbau einer demokratischen Landesverwaltung, wobei die oberen Verwaltungs- und wichtigsten Justizbeamten sowie die Leitungen der Schulen nur mit Personen besetzt werden sollten, die »zweifelsfrei auf dem Boden der Republik stehen«. Die Neueinteilung der Kreise wollten sie ausschließlich unter wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Aspekten vornehmen und dabei keine Rücksicht auf das »historisch Gewordene« nehmen. Freieste kommunale Selbstverwaltung versprachen sie mit einer einheitlichen Städte-, Kreis- und Landgemeindeordnung zu schaffen. Die Thüringer Landespolizei wollten sie »gegen alle gegenrevolutionären Einflüsse« sichern. Der Bergbau, die Energieerzeugung, der Wohnungsbau und die Bewirtschaftung der staatlichen Domänen und Wälder sollten »gemeinwirtschaftlich« umgestellt werden. Insbesondere die Domänen wollten die sozialdemokratischen Parteien zu landwirtschaftlichen Musterbetrieben ausbauen, in denen die Arbeiterschaft zur Mitwirkung an der Organisation der Produktion und der Verwaltung herangezogen würde. Im Rahmen der Reichsgesetzgebung sollte eine soziale Arbeitspolitik betrieben und hierfür ein Landesarbeitsamt geschaffen werden, das sich insbesondere um die Erwerbslosen zu kümmern hätte. Es war vorgesehen, die gesamte soziale Fürsorge und das Gesundheitswesen neu zu regeln. Dabei ging es auch um die »Anerkennung des Rechts auf Hilfe für alle Bedürftigen«. Die Steuergesetzgebung sollte unter sozialen Gesichtspunkten ausgebaut und vor allem der Grundbesitz sowie das Gewerbe unter Schonung der kleineren Existenzen zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben herangezogen werden. Im Rahmen der Reichsgesetzgebung würde die Trennung der Kirche vom Staat erfolgen. Vor allem ging es der sozialdemokratischen Landesregierung um den schnellen Auf- und Ausbau der Einheitsschule und Berufsfortbildungsschule. Für die Betriebsräte wollte sie eine Volkswirtschaftsschule schaffen. Die auf diesem Programm basierende sozialdemokratische Reformpolitik 1921/22 ist aus unterschiedlichsten Perspektiven dargestellt und je nach

<sup>240</sup> Ebenda. S. 166.

Sichtweise und Standpunkt gewürdigt<sup>241</sup>, kritisiert<sup>242</sup> oder verdammt worden. »Die Einseitigkeit der kommunistisch orientierten Parteiregierung hatte, trotz mancher aner kennenswerter Leistungen, durch ihren Totalitätsanspruch in allen bürgerlichen Kreisen eine wachsende Erbitterung erzeugt«,<sup>243</sup> resümierte mit dem Abstand von 35 Jahren Georg Witzmann<sup>244</sup>, einer ihrer entschiedensten Gegner. Seiner Einschätzung folgend hatte die sozialistische Regierung Frölich-Hermann nach Ansicht der westdeutschen Thüringer Landesgeschichtsschreibung der 1970er-Jahre von Beginn an »einen scharfen Linkskurs« eingeschlagen, um »so sozialistisch wie nur möglich zu regieren«<sup>245</sup>. Hierzu sei sie aufgrund ihrer parlamentarischen Abhängigkeit von der KPD geradezu verpflichtet gewesen. Ohne Rücksicht auf das Bürgertum nehmen zu müssen, habe sie einerseits den großen Rückstand, der hinsichtlich der Gesetzgebung für die Vereinheitlichung Thüringens entstanden war, abarbeiten können. Wenngleich die neue Kreiseinteilung dem lebensnotwendigen Landesaufbau gedient habe, die bisherigen kleinstaatlichen Strukturen auf den Gebieten des Gerichtswesens, dem Handwerk und dem Bankensektor durch die sozialdemokratische Landesregierung beseitigt und die vermögensrechtlichen Fragen mit den früheren Freistaaten durch sie geregelt wurden, hätten insbesondere die Kreis- und Gemeindeordnung und die Greil'sche Schulreform infolge ihrer unverhüllten sozialistischen Tendenzen den Widerstand des Bürgertums herausgefordert. Die Regelungen für den Kirchenaustritt seien kirchenfeindlich gewesen und die Neuregelung der Lehrerausbildung habe zum Konflikt mit der Landesuniversität Jena geführt. Der Grundstückverkehr sei so scharfen Bedingungen unterworfen worden,<sup>246</sup> dass in ihm eine verfassungswidrige Vorbereitung einer sozialistischen Bodenreform

<sup>241</sup> Indem die sozialdemokratische Landesregierung den inneren Aufbau des Landes Thüringen mit einer konsequenten Demokratisierung verband, entwickelte es sich »zu einem regionalen Reformzentrum der frühen Weimarer Republik, zu einem Hoffnungsträger der Reformgruppen wie zu einem Schreckgespenst ihrer Gegner«. John, Jürgen (Hrsg.): Quellen zur Geschichte Thüringens 1918–1945. Erfurt 1995. Einführung. S. 29 (S. 17–53).

<sup>242</sup> Die DDR-Geschichtsschreibung hat sich mit ihr nur wenig auseinandergesetzt. Sie interessierte sich vorrangig für die kommunistische Einheitsfrontpolitik. Eine Ausnahme bildete die Greil'sche Schulreform, die einerseits als Fortschritt gewürdigt, andererseits aus kommunistischer Sicht als unzureichend kritisiert wurde. Mitzenheim, Paul: Die Greil'sche Schulreform in Thüringen. Jena 1965.

<sup>243</sup> Witzmann, Georg: Thüringen 1918–1933. Erinnerungen eines Politikers, Meissenheim am Glan. S. 88/89.

<sup>244</sup> Lengemann: Handbuch. S. 693–695.

<sup>245</sup> Facius, Friedrich: Geschichte Thüringens. Köln Wien 1978. S. 456.

<sup>246</sup> Das am 16. Mai 1923 verkündete »Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken«, von seinen Gegnern als »Bodensperrgesetz« bezeichnet, sollte den Spekulationen mit Grund und Boden entgegenwirken. »Gemäß diesem Gesetz war nun die Mehrzahl der privaten Grundstücksverkäufe genehmigungspflichtig, und bei allen solchen Bodenverkäufen wurde den Kommunen bzw. dem Land Thüringen das Vorkaufsrecht eingeräumt. Das Gesetz zielte darauf hin, ein wesentliches Hindernis für den Wohnungsbau zugunsten der unteren sozialen Schichten zu beseitigen.« Remer, Gertrud: Das »Bodensperrgesetz« – ein Ansatz zur Linderung der Wohnungsnot in Thüringen. In: Weißbecker: Rot-Rote Gespenster in Thüringen. S. 135 (S. 135–139).

vermutet werden musste. Vom reichsgesetzlich vorgeschriebenen Beamtenabbau seien vor allem jene betroffen gewesen, die »nicht in das parteipolitische Schema der Regierung«<sup>247</sup> gepasst hätten. Die Landesfinanzen seien ungeordnet geblieben. »Einem Angriff auf das staatsbürgerliche Rechtsempfinden gleich kam die gesetzlich unbeschränkte Ermächtigung des Justizministers zur Amnestie wegen politischer und angeblich aus der Not begangener Straftaten.«<sup>248</sup> Dieser Sicht ist inzwischen entgegengehalten worden, dass die Inhalte der sozialdemokratischen Reformpolitik in Thüringen mit den Schwerpunkten Bildungs-, Kultur-, Verwaltungs- und Kommunalreform sowie der Republikanisierung von Landesverwaltung und Polizei »gleichermaßen einer linksliberalen wie sozialdemokratischen Programmatik« entsprachen. Sie war entgegen den Behauptungen der zeitgenössischen Rechtsopposition »mitnichten kommunistisch geprägt«.<sup>249</sup> Tatsächlich legte die Regierung Frölich innerhalb von nur zwei Jahren wichtige Grundlagen für den inneren Aufbau des neugebildeten Landes.<sup>250</sup> Hinsichtlich der Verwaltungsreform orientierte sie sich am »Gedanken der kommunalen Selbstverwaltung« und der direkten Demokratie. Mit dem Modell »der kollegialen Selbstverwaltung« sollten die anstehenden Aufgaben auf kommunaler Ebene wesentlich flexibler und schneller bearbeitet werden. »Zentrale und dezentrale Entscheidungsbefugnisse waren innerhalb der Thüringer Verwaltung so verteilt worden, dass einerseits die Autorität der obersten Verwaltung gewahrt blieb, andererseits die Atomisierung der Gemeinden verhindert wurde. Die Neuverteilung der Kompetenzen beließ den Kommunen zudem genügend eigenen Spielraum.«<sup>251</sup>

Der Gestaltungsanspruch der Thüringer Sozialdemokratie kam insbesondere im Bereich der Schul- und Bildungspolitik zum Ausdruck und zeigte sich schon nach wenigen Tagen mit der Schaffung eines eigenständigen Volksbildungsministeriums und der Wahl Max Greils<sup>252</sup> zum Volksbildungsminister. Aus Anlass der Herausgabe des Amtsblattes des neuen Ministeriums hatte Greil die Ziele seiner Bildungspolitik formuliert. Sie bestanden in der »Neugestaltung des gesamten Thüringer Schul- und Bildungswesens vom Kindergarten bis zur Universität im Sinne der Einheits-

<sup>247</sup> Facius, Friedrich: Geschichte Thüringens. Köln Wien 1978. S. 459.

<sup>248</sup> Ebenda.

<sup>249</sup> Rudolph: Thüringer Arbeiterbewegung. S. 92.

<sup>250</sup> Häupel: Gründung des Landes Thüringen. S. 128–142.

<sup>251</sup> Ebenda. S. 140/141.

<sup>252</sup> Mitzenheim, Paul: Entschieden für eine neue Schule. Max Greil (1877–1939). In Hesselbarth, Schulz, Weißbecker: Gelebte Ideen. S. 187–196.

Gemeinschafts- und Arbeitsschule«<sup>253</sup>. Den Kern der Schulpolitik Greils bildete das zur Ausführung des Artikels 146 der Weimarer Verfassung erlassene Schulaufbaugesetz bzw. Einheitsschulgesetz vom 24. Februar 1922, mit dem die Volksschulen und die höheren Schulen in einem einheitlich gestaffelten System zusammengefasst wurden. In der Konsequenz dessen schrieb das Lehrerbildungsgesetz vom 8. Juli 1922 für alle Lehrerinnen und Lehrer an den öffentlichen Schulen Thüringens die Universitätsausbildung vor. »Beide Gesetze bewegten sich im Rahmen der Schulartikel der Weimarer Reichsverfassung und der Gesetzentwürfe des Reichsinnenministeriums, schöpften aber im Unterschied zu den meisten anderen Ländern den damit verbundenen Handlungsspielraum entschieden aus.«<sup>254</sup> Für Greil stellten sie Zwischenstufen auf dem Weg zur völligen, alle Standesunterschiede überwindenden »Einheitsschule« dar.

»Den Befürwortern von Bildungsreformen erschienen diese Gesetze als vorbildlich und wegweisend, ihren Gegnern als Teufelswerk«, vor dem sich das ganze bürgerliche Deutschland bekreuzigt habe.<sup>255</sup> Den ersten Anlass hierzu bot die Kirchen- und Feiertagspolitik, einem der umstrittensten Kapitel sozialdemokratischer Regierungspolitik in Thüringen zwischen 1921 bis 1923. Knapp drei Wochen nach ihrer Wahl durch die Mehrheit des Thüringer Landtages beschloss die neue Landesregierung ein Notgesetz, mit dem das Reformationsfest mit sofortiger Wirkung nicht mehr als staatlich anerkannter allgemeiner Feiertag galt. Gleichzeitig wurde, ebenfalls per Notgesetz, mit dem 9. November der revolutionäre Geburtstag der Weimarer Republik zum gesetzlichen Feiertag erklärt.<sup>256</sup> Die Landesregierung begründete ihre Maßnahme bezüglich des Reformationstages zunächst mit den wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft und berief sich dabei auf einen Arbeitsauftrag, den sie noch vom 1. Thüringer Landtag erhalten hatte. Auf Antrag der kommunistischen Abgeordneten<sup>257</sup> war von

<sup>253</sup> Ebenda. S. 192.

<sup>254</sup> John, Jürgen: »Land im Aufbruch«. Thüringer Demokratie- und Gestaltungspotenziale nach 1918. In: Ulbricht, Justus H. (Hrsg.): Weimar 1919. Chancen einer Republik. Köln Weimar Wien 2009. S. 39/40 (S. 17–46).

<sup>255</sup> Ebenda. S. 40.

<sup>256</sup> »Das Reformationsfest gilt nicht mehr als staatlich anerkannter allgemeiner Feiertag. Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft. Weimar, den 22. Oktober 1921. Frölich, Hartmann. Gesetzesammlung für Thüringen 1921. Zweiter Jahrgang. Weimar o. J. Nr. 34. S. 273. »Der 9. November ist ein gesetzlicher Feiertag. Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft. Weimar, den 25. Oktober 1921. Frölich, Hartmann. Hermann.« Gesetzesammlung für Thüringen 1921. Nr. 34. S. 274.

<sup>257</sup> »[...] die Regierung wird beauftragt, dem Landtag ein Gesetz vorzulegen, das die Unternehmer verpflichtet, den Arbeitern die gesetzlich festgelegten kirchlichen Feiertage als Arbeitstage zu bezahlen. Tenner, Leps, Geithner, Zimmermann. Weimar, den 20. November 1920. Drucksachen des I. Landtags von Thüringen. 1920–1921. Weimar o. J. S. 42. Nr. 59.

ihm beschlossen worden, die Landesregierung sollte auf Reichsebene mit einer Gesetzesinitiative aktiv werden, um zu erreichen, dass die Unternehmen ihren Belegschaften die gesetzlich festgelegten kirchlichen Wochenfeiertage zu bezahlen hätten. Da die Landesregierung diesbezüglich erfolglos geblieben war und vor dem Hintergrund der zugespitzten wirtschaftlichen Auseinandersetzungen auch kein Entgegenkommen der Unternehmerschaft erwartete, habe sie sich zu ihrem Schritt veranlasst gesehen, so August Frölich am 7. November 1921 im Thüringer Landtag.<sup>258</sup> Zudem war der Reformationstag bisher lediglich in den Gebieten Altenburg und in Reuß gesetzlicher Feiertag, weshalb es aus Sicht der Landesregierung galt, im neu geschaffenen Land Thüringen eine einheitliche Regelung zu treffen. Bei ihrer Entscheidung sei sie davon ausgegangen, so Volksbildungsminister Greil, was bisher im größeren Teil des neu gebildeten Landes gegolten hatte. »Die Vereinheitlichung hat stattgefunden auf der Grundlage, wie sie in Meiningen und wie sie in Gotha bereits bestand.«<sup>259</sup> Weiterhin begründete die Landesregierung die Etablierung eines Feiertages am 9. November damit, dass auf Reichsebene noch kein Nationalfeiertag eingeführt worden sei. Der Revolutionstag bedeute für jene, die im Kaiserreich zur unterdrückten Klasse gehört hatten, eine Befreiung, »und Befreiungsmomente werden in der Geschichte stets gefeiert«<sup>260</sup>. Dieser Tag sollte künftig in Thüringen für all jene ein Feiertag sein »die nicht am Alten kleben, die nicht so konservativ sind, dass sie der Entwicklung nicht folgen können«<sup>261</sup>.

Den Ansatzpunkt für die Kritik der bürgerlich-agrarischen Landtagsopposition hatte zunächst das Verfahren der Landesregierung gebildet, die Feiertagsneuregelung über den Weg eines Notgesetzes vorzunehmen.<sup>262</sup> Neben dem parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren sah die Thüringer Landesverfassung vor, dass die Landesregierung in dringenden Fällen, in denen der Landtag nicht tagte, Notgesetze erlassen konnte. Eine Einschrän-

<sup>258</sup> II. ThLT. S. 217.

<sup>259</sup> II. ThLT. S. 231.

<sup>260</sup> II. ThLT. S. 218.

<sup>261</sup> II. ThLT. S. 218.

<sup>262</sup> »Das alte Regiment achtete die Rechte des Volkes und seiner Vertretung, sie war konstitutionell und nicht absolutistisch, sie erließ Gesetze erst nach Zustimmung des Landtages. Jeder achtete darum die Gesetze und wir lebten in einem Staat, einem Rechts- und Ordnungsstaat, worin ohne weiteres auch Achtung vor dem Gesetz die Grundlage war. Durch das Überverordnungsweisen der Kriegszeit hat das Ansehen der Gesetze schon stark gelitten, durch die Gesetz- und Verordnungsmacherei der Revolutionsregierungen ist das Ansehen weiter gesunken und der letzte Rest geht dadurch verloren, dass die Thüringer Regierung den Begriff der Notgesetze für Dinge benutzt, wofür er nicht gegeben ist.« Jenaische Zeitung, 31.10.1921. Hierzu auch die Ausführung Eduard Rosenthals in der Landtagsdebatte am 7. November 1921. II. ThLT. S. 220/221.

kung erfuhr dieses Recht dadurch, dass Notgesetze der Landesverfassung nicht widersprechen durften, dem Landtag sofort nach dessen Zusammentritt zur Bestätigung vorgelegt werden mussten und bei dessen Ablehnung umgehend aufzuheben waren. Notgesetze stellten damit »Regierungsverordnungen mit vorübergehender Gesetzeskraft«<sup>263</sup> dar, deren Anwendung durch die jeweiligen Landesregierungen jedoch umstritten blieb. Wenngleich der Feiertagsneuregelung durch die sozialdemokratische Regierung Frölich ohne Zweifel politische Motive zugrunde lagen, war ihre diesbezügliche Notgesetzgebung formal nicht zu beanstanden.<sup>264</sup>

Nicht das Notgesetz vom 27. Oktober 1921, sondern die Reaktionen aus dem bürgerlich-agrarischen Lager auf diese Maßnahme der sozialdemokratischen Landesregierung markierten den Auftakt zu einem Kulturkampf in Thüringen, der erst mit dem Einmarsch der Reichswehr Anfang November 1923 zugunsten der Rechtsopposition entschieden werden sollte. »Bis zum Widerstand in Gestalt von Schulboykott und demonstrativen Gegenveranstaltungen wurden Eltern und Schulklassen in zahlreichen Orten gereizt, als das Reformationsfest und der Buß- und Betttag als gesetzliche Feiertage abgeschafft wurden«,<sup>265</sup> konstatierte diesbezüglich die westdeutsche Landesgeschichtsschreibung. Mit dem Erlass des Notgesetzes habe der »Kulturkampf in Thüringen [...] mit voller Schärfe«<sup>266</sup> eingesetzt, erklärte die in Weimar erscheinende *Thüringische Tageszeitung* des rechtsextremen Verlegers Bernhard von Stegmann und Stein.<sup>267</sup> Der am 31. Oktober in Jena tagende Landesparteitag der Thüringer Deutschnationalen erhob Einspruch »gegen die Aufhebung kirchlicher Feiertage« und erwartete von der christlich denkenden Beamten-, Angestellten- und Arbeiterschaft, »diese Tage so zu begehen, wie es ihr Gewissen verlangt und wie es den andersdenkenden für ihre Ansichten auch erlaubt wird«<sup>268</sup>. Ebenso forderte der Landesverband der *Deutschen Volkspartei* (DVP), die Zurücknahme des Notgesetzes, da es nach seiner Auffassung einen Bruch der Thüringer Verfassung darstelle.<sup>269</sup> Einige Tage zuvor hatte der Jenaer Frauenausschuss der DVP »mit Entrüstung Kenntnis von dem durch die Thüringer Regierung beabsichtigten

<sup>263</sup> Leimbach: Landtag, S. 225.

<sup>264</sup> Ebenda, S. 230.

<sup>265</sup> Facius: Geschichte Thüringens, S. 458.

<sup>266</sup> Thüringer Tageszeitung, 01.11.1921.

<sup>267</sup> Bartuschka, Marc; Faludi, Christian: Einleitung. In: Faludi, Christian; Bartuschka, Marc (Hrsg.): »Engere Heimat«. Die Gründung des Landes Thüringen. Wiesbaden 2020, S. 16 (S. 13–27).

<sup>268</sup> Thüringer Tageblatt Der Deutsche. Sondershäuser Anzeiger, 02.11.1921.

<sup>269</sup> Jenaische Zeitung, 01.11.1921.

Erlass eines Notgesetzes«<sup>270</sup> genommen. Mit einer solchen Maßnahme würden »die christliche Religion und die sittlichen Anschauungen unseres Volkes immer weiter dem vollständigen Zerfall entgegengeführt werden«. Der 9. November als gesetzlicher Feiertag könne den christlichen Bevölkerungskreisen keinen Ersatz für den wegfallenden Bußtag bieten. »Im Interesse der Erhaltung unserer christlichen Anschauungen und damit auch im Interesse des ganzen Volkes« wurde die DVP-Landtagsfraktion gebeten, den Erlass eines solchen Notgesetzes zu verhindern.<sup>271</sup> Der *Thüringer Bauernbund Weimar* nahm die Entscheidung der Landesregierung ebenfalls »mit Entrüstung zur Kenntnis«<sup>272</sup> und wollte keinesfalls akzeptieren, dass »in Thüringen, wo die Wiege der Reformation gestanden hat, durch ein Notgesetz das Reformationsfest als staatlich anerkannter Feiertag abgeschafft und dafür der 9. November als gesetzlicher Feiertag der Bevölkerung aufgezwungen« werde. Deshalb sollte die Landbundfraktion für die Zurücknahme des Notgesetzes sorgen.<sup>273</sup>

Aus sozialdemokratischer Perspektive war dieser *furor protestanicus* entfacht worden, um »der neuen sozialistischen Thüringer Landesregierung Schwierigkeiten bereiten zu können«<sup>274</sup>. Mit ihm würde zugleich ein großes Maß von »Verlogenheit und Heuchelei« kenntlich, wenn vor allem jene, »die ihrem ganzen Wesen nach ernsthaften religiösen Interessen und Empfindungen vielfach völlig fernstehen, Kreise, für die in allererster Linie wirklich nur materielle und geschäftliche Interessen bzw. wirtschaftliche und machtpolitische Ziele leitend sind«, nun »ein Heulen und Wehklagen« über die angeblich kulturkämpferischen Maßnahmen der Thüringer Landesregierung anstimmten. Diese Kreise müssten sich dafür schämen, mit ihren Aktionen die Feier der großen und befreienden, wenngleich lange zurückliegenden Reformation auf das Niveau eines mit wenig vornehmen Waffen geführten Kampfes zur Befriedigung propagandistischer Bedürfnisse herabgedrückt zu haben. Tatsächlich sei die Reformation eine der größten Revolutionen der Weltgeschichte gewesen, doch dies halte die gegnerischen Kreise nicht davon ab, sich voller Entrüstung gegen den 9. November als Feiertag zu wenden und auch ihn in den Kulturkampf miteinzubeziehen. Obwohl sie ihre Verfassungstreue immer wieder beteuern würden, zeigen sie damit, dass sie »im Herzen für die Republik und

<sup>270</sup> Jenaische Zeitung, 27.10.1921.

<sup>271</sup> Jenaische Zeitung, 27.10.1921.

<sup>272</sup> Jenaische Zeitung, 01.11.1921.

<sup>273</sup> Jenaische Zeitung, 01.11.1921.

<sup>274</sup> Das Volk, 07.11.1921.

republikanische Staatsgestaltung nichts übrig haben, dagegen alles republikanische Wesen fanatisch hassen«<sup>275</sup>. Damit war aus sozialdemokratischer Sicht die Stoßrichtung des bürgerlich-agrarischen Kulturkampfes geklärt.

Sowohl zeitgenössisch als auch rückblickend ist der sozialdemokratischen Landesregierung vorgeworfen worden, ihr Motiv bei der Abschaffung der kirchlichen Feiertage sei Kirchen- und Religionsfeindlichkeit gewesen.<sup>276</sup> Unbestritten gab es in der deutschen Arbeiterbewegung nicht nur religionskritische, sondern gegenüber der Kirche wie auch der Religion feindliche Tendenzen, obwohl schon das sozialdemokratische Erfurter Parteiprogramm von 1891 die Religion zur Privatsache erklärt hatte.<sup>277</sup> Würde dieser Grundsatz ernst genommen, erklärte der Weimarer Sozialdemokrat Fritz Behr<sup>278</sup> auf dem Thüringer MSPD-Bezirksparteitag am 28. Mai 1921 als Referent zum Tagesordnungspunkt »Die Kulturaufgaben der Partei«, müsste »jede Agitation für und gegen eine Weltanschauung« strikt unterbleiben. Sehr zum Nachteil der sozialistischen Bewegung werde dies jedoch nicht beachtet, und das sei der einzige Grund, weshalb sich »sehr viele Leute [...] nicht entschließen können, zu uns zu kommen«<sup>279</sup>.

Handlungsleitend für die Thüringer sozialdemokratische Landespolitik war indes die zweite Konsequenz der programmatischen Erklärung der Religion zur Privatsache, die Trennung der Kirche vom Staat. Es müsse die Tatsache zur Kenntnis genommen werden, erklärte der soeben ins Amt gekommene Volksbildungsminister Max Greil in der Landtagsdebatte am 7. November 1921, »es gibt keinen evangelischen Staat mehr, rechtlich nicht und auch tatsächlich nicht«<sup>280</sup>. Aufgrund des Vorhandenseins anderer religiöser Richtungen, Katholiken, Juden und weitere Religionsgemeinschaften und vor allem infolge der Kirchengaustrittsbewegung, die in einigen Regionen Thüringens ein großes Ausmaß angenommen hätte, könne von einem evangelischen Charakter dieser Gebiete nicht mehr gesprochen werden. Hieraus ergebe sich in der Konsequenz »die Aufhebung der evangelischen kirchlichen Zwangsfeiertage« als ein Gebot der Herstellung von staatlicher Gerechtigkeit, was auch der Forderung nach Gewissensfreiheit entspreche.

<sup>275</sup> Das Volk, 07.11.1921.

<sup>276</sup> Witzmann: Thüringen. S. 65.

<sup>277</sup> Miller, Potthoff: Kleine Geschichte der SPD. S. 336 (S. 334–336. Dok. 5).

<sup>278</sup> Kachel: Ein rot-roter Sonderweg? S. 540.

<sup>279</sup> Das Volk, 31.05.1921.

<sup>280</sup> II. ThLT. S. 229.

Mit Religionsfeindschaft habe dies nichts zu tun. »Dass diese Feiertage als kirchliche Feiertage an sich bestehen bleiben können, unterliegt gar keinem Zweifel. Niemand wird die Kirche hindern, so viele Feiertage zu feiern, wie sie für gut befindet. Es ist selbstverständlich, dass die Festlegung der kirchlichen Feiertage ein ausschließliches Recht der Kirche ist.«<sup>281</sup>

Wird dieses nicht nur von Greil vorgebrachte Argument ernst genommen, dann war nicht Religionsfeindlichkeit das handlungsleitende Motiv der Thüringer sozialdemokratischen Landesregierung, sondern ihre Überzeugung, Instrument des »sozial und räumlich sehr viel umfassenderen Prozesses der Entkirchlichung des protestantischen Deutschlands [...]«<sup>282</sup> zu sein. Regional stark differenziert, war sie eine Folge sowohl der Industrialisierung als auch der Urbanisierung im 19. Jahrhundert. Veränderte Verkehrs- und Geselligkeitsformen, rationales Wirtschaftsverhalten, ein neuer Bildungs- und Erziehungsstil hatten in den Städten früher als in den ländlichen Regionen zur Lockerung und Lösung religiöser Bindungen geführt.<sup>283</sup> Jahrzehntlang habe das tägliche Leben den Reformationstag weitgehend unbeachtet gelassen und die Kirche seiner zu anderer Zeit gedacht,<sup>284</sup> gab auch ein zeitgenössischer kulturkämpferischer Kommentar offenherzig zu, um dann indirekt das tatsächliche Motiv des *furor protestanicus* kenntlich zu machen. Nicht die Abschaffung des Feiertages an sich, sondern die Verordnung des Volksbildungsministeriums, den Reformationstag nicht mehr in der Schule zu feiern, wurde als Angriff auf die letzte Bastion zur Vermittlung des evangelischen Glaubens außerhalb der Kirche verstanden.<sup>285</sup>

Der aus sozialistischer Perspektive negative Erfolg der Feiertagspolitik der Thüringer sozialdemokratischen Landesregierung im Herbst 1921 war indes »ein leidenschaftlicher Widerstand großer Teile der Bevölkerung«,<sup>286</sup> kritisierte Emil Fuchs<sup>287</sup>, Pfarrer in Eisenach und selbst Mitglied der MSPD. Am Reformationsfest sei es in vielen Schulen zu schülerstreikähnlichen

<sup>281</sup> II. ThLT. S. 229.

<sup>282</sup> Hölscher, Lucian: Weltgericht oder Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im deutschen Kaiserreich. Stuttgart 1989. S. 140.

<sup>283</sup> Ebenda. S. 147.

<sup>284</sup> Jenaische Zeitung, 04.11.1921.

<sup>285</sup> Jenaische Zeitung, 04.11.1921

<sup>286</sup> Fuchs, Emil: Der Kulturkampf in Thüringen. In: Die Christliche Welt. Wochenschrift für Gegenwartskristentum Jg. 35 (1921). Nr. 52 (29.12.1921). S. 938 (S. 938–941).

<sup>287</sup> Kellner, Stefanie: Aus christlicher Verantwortung. Emil Fuchs (1874–1971). In: Hesselbarth, Mario; Schulz, Eberhart, Weißbecker Manfred (Hrsg.): Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen. Biographische Skizzen. Jena 2006. S. 167–176.

Erscheinungen gekommen. »Am Bußtag blieben in vielen Städten alle oder fast alle Geschäfte geschlossen und die Kirchen waren überfüllt.«<sup>288</sup> Auch Fuchs vermutete hinter dem Agieren der Landesregierung religionsfeindliche Kreise innerhalb der sozialistischen Parteien, was mit marxistischem Denken jedoch nichts zu tun hätte. Marx habe der Kirche und der Religion nach Fuchs' Darstellung gewiss nicht freundlicher gegenübergestanden als die von ihm kritisierten religionsfeindlichen Gruppen. Er habe es aber abgelehnt, »gegen ›Ideologien‹ zu kämpfen«, die in seinem Verständnis jeweils nur der Ausdruck bestimmter Lebensverhältnisse seien. »Gegen sie kämpfen, ehe sie von selbst sterben, heißt ihnen mehr Wichtigkeit und mehr Leben zu verleihen, als sie sonst haben.« Genau dies sei der Erfolg der Feiertagspolitik der Thüringer Regierung, denn sie habe wie eine »Gesetzgebung aus Gehässigkeit« gewirkt und dementsprechend den Widerstand sowohl der kirchlichen Organisationen als auch die Rechtsparteien gestärkt, was staatsmännisch betrachtet eine »Unklugheit ersten Ranges« gewesen sei.<sup>289</sup> Fuchs' Appell an die sozialdemokratische Regierung, sich in ihrer Kultur- und Bildungspolitik auf ein positiv-aufbauendes Programm zu konzentrieren, das etwas Neues und Stärkeres hervorbringen müsse, um an die Stelle der alten bürgerlichen Kulturwerte treten zu können, anstatt diese einfach nur zu ignorieren, blendete die bestehenden bürgerlich-agrarischen Vorurteile und Widerstände zwar weitgehend aus. Dennoch traf seine Kritik im Kern ein wesentliches Problem des republikanischen Reformprogramms der Thüringer Sozialdemokratie. »Sozialismus ist entweder Gerechtigkeit oder er ist es nicht. Sozialismus als Rache für Gehässigkeiten der Vergangenheit bleibt ein Stück dieser Vergangenheit und schafft nichts Neues, Besseres.«<sup>290</sup>

Nicht nur aus dieser Perspektive war das Agieren der Thüringer Sozialdemokratie beim Versuch der Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse gegenüber der Kirche und ihre Einstellung zu religiösen Fragen in der Tat ein großer Fehler. »Gerecht und klug wäre es gewesen, in eine gründliche Prüfung aller für das Verhältnis von Staat und Kirche in Betracht kommenden Fragen einzutreten, dazu Sachverständige hinzuzuziehen, Verhandlungen mit der Kirchenregierung zu beginnen. Dann hätte man deutlich und

<sup>288</sup> Fuchs: Der Kulturkampf in Thüringen. S. 938. Aus Weimar berichtete das Jenaer kommunistische Parteiblatt, die Schüler eines Gymnasiums seien geschlossen dem Unterricht ferngeblieben, »um gegen die Aufhebung des Reformationsfestes als Schulfreier und schulfreier Tag zu demonstrieren. In der vorher abgehaltenen Morgenandacht soll von Seiten der Lehrerschaft dazu aufgefordert worden sein«. Neue Zeitung, 02.11.1921.

<sup>289</sup> Fuchs: Der Kulturkampf in Thüringen. S. 939.

<sup>290</sup> Ebenda.

klar den Eindruck erweckt, dass man zwar ganz konsequent die Trennung von Staat und Kirche wolle, aber nicht eine Kränkung und Verletzung der religiösen Gefühle und der kirchlichen Gemeinschaft beabsichtige.«<sup>291</sup>

Was Fuchs als Verständnislosigkeit kritisierte, stellte indes keine Ignoranz oder Überheblichkeit dar, sondern muss vielmehr als Ausdruck der tiefen politisch-gesellschaftlichen Spaltung der deutschen nachkaiserlichen Gesellschaft im Ergebnis der gegenseitigen Milieuabgrenzung verstanden werden, die sowohl Folge der gesellschaftlichen Entwicklung einschließlich des Entkirchlichungsprozesses als auch der herrschenden Ausgrenzungspolitik im Kaiserreich gegenüber der organisierten Arbeiterbewegung war. Sie hatte in Reaktion auf staatliche Verfolgung und gesellschaftliche Ausgrenzung die Vorstellung entwickelt, »dass der Sozialismus von der Geschichte zum religiösen Erben und Nachfolger des Christentums berufen sei«<sup>292</sup>. Das Bekenntnis zu ihm galt vielen Sozialistinnen und Sozialisten als Ausdruck der geistigen Emanzipation vom religiösen Aberglauben. Dabei ging es nicht nur um die Auflösung und Abkehr vom Christentum, »sondern dessen Überwindung auf eine neue religiöse Form hin, die zugleich keine Religion mehr in der traditionellen Bedeutung des Wortes« sein würde. Auf Fragen wie die nach dem Ursprung und dem Ende der Welt, dem Sinn des Lebens, der Geltung sozialer Normen und moralischer Gebote sollten anstelle der christlichen Dogmen neue Antworten durch wissenschaftliche Erkenntnisse und gesellschaftlichen Dialog gegeben werden. Wenngleich auch die Idee der »wissenschaftlich-kulturellen Überwindung des Christentums«<sup>293</sup> ursprünglich von der bildungsbürgerlichen Religionskritik entwickelt worden war, hatten sie die theoretischen Begründer der Sozialdemokratie aufgenommen und weiterentwickelt. Die geschichtsphilosophischen Deutungen eines Lassalles, Marx' historischer Materialismus und Darwins Entwicklungslehre – von der Sozialdemokratie in Broschüren und Versammlungen verbreitet – boten der sozialdemokratischen Mitgliedschaft entweder die Auflösung eigener religiöser Zweifel angesichts der bitteren alltäglichen Erfahrungen oder erschütterten das bisherige christliche Weltbild. »In beiden Fällen wurde der Übergang vom Christentum zum Sozialismus jedoch subjektiv als Lernprozess erfahren, der gewissermaßen auf der Linie des weltgeschichtlichen Fortschritts

<sup>291</sup> Ebenda.

<sup>292</sup> Hölscher: *Weltgericht oder Revolution*. S. 195.

<sup>293</sup> Ebenda.

lag.«<sup>294</sup> In ihrem Selbstverständnis als aufgeklärte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wurde die christliche Jenseitsvorstellung abgelehnt, »weil sie mit dem naturwissenschaftlich-materialistischen Weltbild in Widerspruch stand«<sup>295</sup>.

Niemand werde es einem reuigen Sünder verwehren, wenn er am Bußtag Buße tun wolle, erklärte August Frölich im November 1923 im Thüringer Landtag. Mit Blick auf die Frage des Feiertags könne ja darüber gestritten werden, ob es nicht ausreichend sei, dass die Kinder dies auch am Nachmittag tun, wenngleich sie in der Regel noch nicht so viele Sünden angehäuft hätten wie die Erwachsenen. Dass unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes im Herbst 1923 die Kirche jedoch die Reichswehr bemüht habe, den Bußtag teilweise wieder schulfrei zu stellen,<sup>296</sup> blieb Frölich unverständlich.<sup>297</sup>

Es muss für den religiösen Sozialisten Emil Fuchs eine bittere Erfahrung gewesen sein, dass er im Herbst 1921 neben jenen, »die wie jedes Jahr am Bußtag zur Kirche kamen, um Gottes Hilfe gegen all die menschliche Schuld zu erbitten, durch die wir unser und unser Volkes Leben belasten – dass neben diesen nun all die satten Bürger und Parteifanatiker und Sozialistenfresser zur Kirche gingen, um sich gegen ihre Feinde zu ereifern – das war dem religiösen Leben kein Vorteil [...]«<sup>298</sup>. Trotz seiner Kritik verstand Fuchs das Motiv des anti-kirchlichen Agierens der sozialistischen Parteien und ihrer Landesregierung. Ist »dieser Ansturm gegen die Kirche fanatischer als die Tatsache, dass wir Angehörige der besseren Stände bis heute – ich sage bei vollem Bewusstsein trotz aller Not – bis heute – in behaglichen Wohnungen leben, geistige weite Möglichkeiten für uns und unsere Kinder haben – und zusehen, dass es Millionen gibt, die das nicht haben?«<sup>299</sup>. Das gesamte protestantische Deutschland müsse sich fragen: »Wie ist das möglich, dass unser Glaube, unsere Kirche so gehasst werden?«. Er plädierte dafür, endlich die grenzenlose seelische Not zu sehen, in der Millionen aus den sozial benachteiligten Schichten zugrunde gingen. Wer sich diesen Tatsachen stelle, würde aufhören zu verurteilen und zu der Überzeugung kommen, dass etwas Neues geschaffen werden

<sup>294</sup> Ebenda. S. 173.

<sup>295</sup> Ebenda. S. 175.

<sup>296</sup> Hürten, Heinz: Das Krisenjahr 1923. Militär- und Innenpolitik 1922–1924. Düsseldorf 1980. S. 147. Dok. 91.

<sup>297</sup> II. ThLT. S. 5799.

<sup>298</sup> Fuchs: Christliche Welt. S. 940.

<sup>299</sup> Ebenda.

müsse, in der Schule, auch in der religiösen Gemeinschaft, im Zusammenleben der Menschen und vor allem im Wirtschaftsleben, »wirkliche Arbeitsgemeinschaft, statt Arbeitsknechtschaft«. Sinnlos sei es aber, »solche Symptome wie dies Verhalten der Thüringer Regierung leidenschaftlich zu bekämpfen und gleichzeitig die seelischen Notstände zu lassen, ja zu verstärken«<sup>300</sup>.

<sup>300</sup> Ebenda. S. 941.

## DIE KONFRONTATION ZWISCHEN SOZIALISTISCHER ARBEITER- SCHAFT UND »ANTISOZIALISTISCHER BÜRGER- UND BAUERNALLIANZ«

Fünf Tage nach der ersten Thüringer Landtagswahl am 20. Juni 1920 erschien in der bürgerlichen Presse des Landes ein deutschnationales<sup>301</sup> bzw. »von rechtsstehender Seite«<sup>302</sup> zugesandtes Schreiben. Unter Verweis auf die knappe bürgerliche Mehrheit im neuen thüringischen Landesparlament hieß es, die Bildung einer Landesregierung aus USPD, MSPD und DDP würde »nicht mehr und nicht weniger bedeuten als eine völlige Entrechtung des gesamten nationalen Bürger- und Bauertums«. Deshalb müsse »die nationale Wählerschaft« mit Entschiedenheit den Zusammenschluss der Abgeordneten des *Thüringer Landbundes* (TLB), der Deutschen Volkspartei (DVP) und der *Deutschnationalen Volkspartei* (DNVP) »zu einer geschlossenen Fraktion« fordern. Diese Rechtsfraktion solle ihre Bereitschaft erklären, auf dem Boden der Reichs- und Landesverfassung an der Regierungsbildung mitzuwirken und dabei eine Koalition mit MSPD sowie DDP anstreben. Für den Fall, dass dies nicht gelinge und die Sozialdemokratie tatsächlich versuchen würde, eine »einseitige Linksregierung« mit Hilfe der Demokraten zu bilden, »muss die Rechtsfraktion vom Zusammentritt des Landtages an scharfen Widerstand leisten und die Regierungsbildung verhindern, bis die Linksparteien einsehen, dass sich die Thüringer Bürger und Bauern nicht rechtlos machen lassen«<sup>303</sup>. In diesen Zeilen kündigte sich die Fundamentalopposition<sup>304</sup> der Thüringer »antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz«<sup>305</sup> gegen die demokratisch gewählten Landesregierungen an, die bis Ende 1923 die republikanischen Reformbestrebungen der Sozialdemokratie zu blockieren bzw. rückgängig zu machen suchte.

Thüringer »antisozialistische Bürger- und Bauernallianz« meint zunächst das antirepublikanisch ausgerichtete Bündnis der im Thüringer Landbund weitgehend integrierten nichtsozialistischen ländlichen Bevölkerung mit den städtischen konservativen bis hin zu den alldeutsch-antisemitischen

<sup>301</sup> Thüringer Tageszeitung, 26.06.1920.

<sup>302</sup> Jenaische Zeitung, 25.06.1920.

<sup>303</sup> Jenaische Zeitung, 25.06.1920.

<sup>304</sup> John: »Land im Aufbruch«, S. 37.

<sup>305</sup> Rudolph: Thüringer Arbeiterbewegung. S. 100.

Bevölkerungskreisen und dem sich infolge der innen- und außenpolitischen Entwicklung im Zeitraum 1919/20<sup>306</sup> schnell von Demokratie und Republik wieder abwendenden Großteil des liberalen Bürgertums, das seine politische Interessenvertretung weniger in den beiden Rechtsparteien DNVP und DVP, sondern zunehmend in den lokalen wirtschaftlichen und kommunalpolitischen Vereinigungen sah.<sup>307</sup> Dieses Bündnis basierte nicht auf vertraglichen Grundlagen und bis Ende 1923 nur zu einem geringen Maß auf festen Absprachen. Es besaß keine organisatorischen Strukturen und verfügte auch über kein gemeinsames Programm, mit dem es hätte Thüringen zukunftsweisend gestalten können. Sein einziges verbindendes, jedoch über alle inneren Differenzen und Widersprüche hinweghelfendes Band bildete die gemeinsame Gegnerschaft zur sozialistischen Arbeiterbewegung, der parlamentarischen Demokratie und der Republik. Ideologisch einte sowohl die Führung als auch die soziale Basis der »antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz« der aus der Zeit des Kaiserreiches stammende Radikal-Nationalismus, der völkische und antisemitische Anschauungen weitgehend akzeptierte und in sich aufnahm.<sup>308</sup>

Die Thüringer »antisozialistische Bürger- und Bauernallianz« muss zugleich als Bestandteil und regionaler Ausdruck des reichsweit vom Bürgertum und den Agrariern geführten Kampfes gegen die Weimarer Republik verstanden werden,<sup>309</sup> wobei das enge Zusammenwirken der beiden Rechtsparteien DVP und DNVP auf gemeinsamer monarchistischer Grundlage – trotz gelegentlicher reichspolitischer Differenzen – in Thüringen besonders ausgeprägt war.<sup>310</sup> Insofern »lauerten die Gefahren für die Weimarer Demokratie keineswegs nur – wie oft angenommen oder wie die wohlfeile »Extremismus«-Forschung gern glauben machen möchte – im Rechts- und Linksextremismus, in entsprechenden Ideologien, im antidemokratischen Denken von rechts und links und an den »kranken« Rändern der Gesellschaft. Die Gefahren lagen auch in der vermeintlich »gesunden«

<sup>306</sup> Die Gründe für den Stimmungsumschwung im bürgerlichen Lager, der sich in der Wählerwanderung des Jahres 1920 von der republikanischen DDP zur anfangs monarchistischen DVP Gustav Stresemanns zeigte, hatte der demokratische Reichstagsabgeordnete Anton Erkelenz auf eine plastische Formel gebracht. »1919, schrieb er, habe eine Mitgliedkarte der DDP als »Lebensversicherung bei der befürchteten Bartholomäusnacht« gegolten; 1920 hätten viele Leute in der Mitgliedkarte der DVP einen »Versicherungsschein gegen die Aufteilung des Vermögens« gesehen.« Winkler: Weimar 1918–1933. S. 139.

<sup>307</sup> am Beispiel Gotha: Matthiesen: Bürgertum und Nationalsozialismus. S. 103–106.

<sup>308</sup> Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte Dritter Band. Von der »Deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914. München 1995. S. 1067.

<sup>309</sup> Büttner: Weimar. S. 95–103.

<sup>310</sup> Noak, Ronny; Eisbach, Sebastian: Ein gespaltenes »enges« Vaterland. In: Faludi, Bartuschka: »Engere Heimat«. S. 263 (S. 253–269).

gesellschaftlichen Mitte und dort im verbreiteten antidemokratischen – ontologischen, völkischen, nationalistischen, kulturchauvinistischen, fremdenfeindlichen, elitären oder autoritären Denken. Selbst die NS-Bewegung war keineswegs nur ein – wie man sich lange Zeit einzureden suchte – Phänomen entwurzelter Randexistenzen. Die Gefahren für die Weimarer Demokratie gingen in erheblichem Maße vom – wenn man denn bei dem problematischen ›Extremismus‹-Bild bleiben will – ›Extremismus der Mitte‹ aus. Das hatte sehr viel mit der Demokratieunfähigkeit damaliger gesellschaftlicher Eliten zu tun [...]«<sup>311</sup>.

Die faktische Konstituierung der »antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz« im Ergebnis der ersten Thüringer Landtagswahl vom 20. Juni 1920 stellte indes, wenn auch unter völlig veränderten gesellschaftlich-politischen Bedingungen, eine Neuauflage jener bürgerlich-agrarischen Sammlungsbewegungen dar, die während der Zeit des Kaiserreiches gegen die zunehmend an politischer und organisatorischer Stärke gewinnende Sozialdemokratie agiert hatten, um deren Wahlchancen sowohl bei den Reichstagswahlen als auch auf der kleinstaatlichen und kommunalen Ebene zu minimieren. Die thüringische Kleinstaatenwelt war zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht nur eine sozialdemokratische Hochburg, sondern zugleich ein Hort des Antisozialismus gewesen.<sup>312</sup> Große Teile der bürgerlich-agrarischen Bevölkerung lehnten nach der Novemberrevolution 1918 die republikanischen Farben, Symbole und Feiertage, die Trennung von Kirche und Staat und damit auch von Religion und Schule nicht nur ab, sondern setzten ihnen, wie exemplarisch am Thüringer Kulturkampf Anfang der 1920er-Jahre bereits angedeutet, passiven und aktiven Widerstand entgegen. In den Reichsgründungs-, Sedan-, Bismarck- und verschiedenen Regimentsfeiern, den deutsch-nationalen Kyffhäuser- und Thüringer Bauerntagen lebte das zusammengebrochene Kaiserreich faktisch fort. Dessen maßgebender Gründer Otto von Bismarck war in der Erinnerung an die vermeintlich besseren kaiserlichen Zeiten und als Vorbild für den angestrebten deutschen Wiederaufstieg allgegenwärtig.<sup>313</sup> Die monarchistischen und militaristischen Veranstaltungen stellten insofern keine nostalgischen Erinnerungsrituale dar, hier ging es um die politisch-ideologische und organisatorische Schaffung einer Massenbasis für die Wiedererrich-

<sup>311</sup> John: »Land im Aufbruch«, S. 22/23.

<sup>312</sup> Kachel: Ein rot-roter Sonderweg? S. 136. Rudolph, Karsten: Untergang auf Raten. Die Auflösung und Zerstörung der demokratischen Kultur in Thüringen im regionalen Vergleich. In: Ehrlich, Lothar; John, Jürgen (Hrsg.): Politik und Kultur im Vorfeld der NS-Diktatur. Köln Weimar Wien. 1998. S. 19–22 (S. 15–29).

<sup>313</sup> Gerwarth, Robert: Der Bismarck-Mythos. Die Deutschen und der Eisene Kanzler. München 2007.

tion der Monarchie. Ohne eine solche Grundlage, das hatte der gescheiterte Kapp-Putsch im März 1920 gezeigt, schien eine Beseitigung der Republik unmöglich.

Infolge der Ergebnisse der Wahlen zu den kleinstaatlichen thüringischen Landtagen 1919<sup>314</sup> war die Schaffung der landespolitischen Rahmenbedingungen des neuen Landes durch den Thüringer Volksrat<sup>315</sup> unter einem maßgeblichen sozialdemokratischen Einfluss auf einer ausgeprägt republikanischen Grundlage erfolgt. Nachdem MSPD und DDP bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 eine dramatische Niederlage<sup>316</sup> hatten hinnehmen müssen und demgegenüber die Rechtsparteien auch im Thüringer Reichstagswahlkreis gestärkt worden waren, schien aus bürgerlich-agrarischer Sicht nun eine Chance zu bestehen, Einfluss auf die weitere politische Entwicklung des neu gebildeten Landes zu bekommen und seinen weiteren republikanischen Aufbau zu verhindern. Dementsprechend gab sich Rittergutsbesitzer Friedrich von Eichel-Streiber<sup>317</sup>, Spitzenkandidat der Thüringer DNVP im Landtagswahlkreis Weimar, optimistisch. Das wichtigste Ergebnis der Reichstagswahl, erklärte er am 9. Juni 1920 in einer Wahlkampfrede, sei der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen zugunsten der bürgerlichen. Nun könne und müsse auch in der engeren Thüringer Heimat aufgeräumt und die Ergebnisse der unter dem Eindruck der Revolution stattgefundenen Wahlen des Jahres 1919 korrigiert werden. »Die Vernichtung der sozialdemokratischen Mehrheit im neuen Thüringer Parlament, das ist das taktische Ziel der Landtagswahlen am 20. Juni.«<sup>318</sup> Zugleich kam in seinen weiteren Ausführungen jedoch zum Ausdruck, dass insbesondere die bürgerlichen Rechtsparteien DVP und DNVP fürchteten, ihre Wählerinnen und Wähler nicht ausreichend für die Landtagswahl mobilisieren zu können. Vor diesem Hintergrund entwickelte Eichel-Strei-

<sup>314</sup> Dressel, Guido: Quellen zur Geschichte Thüringens. Wahlen und Abstimmungsergebnisse 1920–1995. Erfurt 1995. S. 14/15.

<sup>315</sup> Leimbach, Timo: Unter dem »Leitstern« der Gemeinschaft. Der Volksrat 1919/20 als erste gesamtthüringische Volksvertretung. In: Faludi, Bartuschka: »Engere Heimat«, S. 271–280.

<sup>316</sup> »Die Quintessenz dessen, was die erste Reichstagswahl sichtbar machte, war ein Linksruck bei den Arbeitern und ein Rechtsruck im Bürgertum. Politisch belohnt wurden die Kräfte, die den Klassenkompromiss, auf dem Weimar beruhte, bisher nicht mitgetragen hatten. Die Gemäßigten beiderseits der Mitte dagegen wurden für das bestraft, was sie seit Anfang 1919 geleistet oder nicht geleistet hatten. Links verübelte man den Regierungen der Weimarer Koalition, dass sie die Kräfte der Reaktion wieder hatten erstarken lassen, von rechts wurde der bisherigen Mehrheit alles angelastet, was die nationale Ehre verletzt und die Besitzinteressen beeinträchtigt hatte. Nicht nur die Märzkämpfe, sondern auch Versailles und die Steuerreform gingen in die Wahlentscheidung ein. Angesichts der Polarisierung der Wählerschaft war nach dem 6. Juni 1920 nun klar, dass so wie bisher nicht mehr weiterregiert werden konnte. Aber eine neue Mehrheit, die an die Stelle der Weimarer Koalition hätte treten können, war nicht in Sicht.« Winkler: Weimar 1918–1933. S. 139.

<sup>317</sup> Lengemann: Handbuch. S. 228–230.

<sup>318</sup> Thüringer Tageszeitung, 10.06.1920.

ber das Szenario des drohenden Sozialismus in Thüringen, dem Bürgertum und Bauernschaft bei einer Wahlniederlage zum Opfer fallen würden. Gefährdet sei dann die staatsbürgerliche Gleichheit, da innerhalb der sozialistischen Mehrheit die Unabhängige Sozialdemokratie, die das Rätssystem befürwortete, zweifellos dominieren würde. Ebenso sah er die Unabhängigkeit der Rechtspflege bedroht und belegte dies mit einem Gesetzentwurf im Thüringer Volksrat, der die Aburteilung der am Kapp-Putsch beteiligten Beamten ermöglichen solle, was aus seiner Sicht »einen ersten Versuch zur Schaffung von Revolutionstribunalen bedeutet«. Gefährdet schien ihm auch der Beamtenstand, da es bei der Besetzung der Ämter unter einer sozialistischen Mehrheit nicht mehr um die Befähigung, sondern nach der Parteizugehörigkeit ginge. »Bedroht ist unsere christliche Kirche, gegen die sich die Feindschaft der Sozialisten in erschreckendem Maße richtet.«<sup>319</sup> In großer Gefahr sah er das Erziehungswesen. Wie bereits die Versuche im Volksrat gezeigt hätten, würde eine sozialistische Mehrheit die ohnehin schwachen Garantien der Reichsverfassung hinsichtlich der Gewissensfreiheit der Eltern auszuhebeln versuchen.<sup>320</sup> Bedroht wäre auch die Landwirtschaft, da eine sozialistische Mehrheit für sie kein Verständnis hätte.<sup>321</sup>

Dieses Bedrohungsszenario durchzog den bürgerlich-agrarischen Landtagswahlkampf im Juni 1920. In Wahlkampfreden, Zeitungsartikeln, Zuschriften von Leserinnen und Lesern, Kommentaren, Wahlaufrufen der Kandidaten und vereinzelt Kandidatinnen (dass nur wenige Frauen auf den Listen für die Landtagswahlen antraten traf jedoch auch auf die Arbeiterparteien zu<sup>322</sup>), wurde die sozialistische Gefahr heraufbeschworen, um insbesondere die bürgerliche Wählerschaft an ihre »Wahlpflicht« zu erinnern. Einen Tag vor der Wahl wartete die DVP-nahe *Jenaische Zeitung* mit einer Aufschlüsselung des Ergebnisses vom 6. Juni 1920 im Thüringer

<sup>319</sup> Thüringer Tageszeitung, 10.06.1920. »Tiefe Gräben zwischen Arbeiterbewegung und Bürgertum, die auch das Regierungslager durchzogen, offenbarte etwa die Kulturpolitik: Dort drängten USPD und MSPD auf eine schnellstmögliche Entflechtung von Staat und Kirche und gewährten den Religionsgemeinschaften – anstelle der üblichen inflationsbedingten Beamtenzulagen – lediglich Vorschüsse auf noch auszuhandelnde Abfindungen. Nicht nur die Oppositionsparteien, auch die DDP kritisierte diese »Religionsfeindlichkeit der linksstehenden Kreise«.« Leimbach: Unter dem »Leitstern« der Gemeinschaft, S. 276.

<sup>320</sup> Ähnlich war die Konfliktlage im Volksrat beim sogenannten Schulnotgesetz. Das Ziel der sozialdemokratischen Parteien war die Anbahnung der Vereinheitlichung des Volksschulwesens. »Auch hier wollte die USPD bereits ihre weitergehenden Reformbestrebungen in die Tat umsetzen und Weichenstellungen in Richtung Einheitsschule sowie Abbau des Religionsunterrichts und Bekenntnisschulen vorbereiten.« Ebenda. S. 157–159.

<sup>321</sup> Thüringer Tageszeitung, 10.06.1920.

<sup>322</sup> Stange, Heike: Die parlamentarische Arbeit von Frauen in Thüringen und ihre politischen Biographien. In: Schriftenreihe zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen: »Jetzt endlich können die Frauen Abgeordnete werden.« Thüringer Parlamentarierinnen und ihre Politik. Erfurt 2003. S. 47–75.

Reichstagswahlkreis ohne die preußischen Gebietsteile auf und sah im zukünftigen Thüringer Landtag 31 sozialistische Abgeordnete (19 USPD, 11 MSPD, 1 KPD) gegenüber 30 nichtsozialistischen (11 Landbund, 9 DVP, 5 DNVP und 5 Demokraten). »Es ist also der Sozialdemokratie nicht nur gelungen, das Land Thüringen zu einem bisher sozialdemokratisch regierten zu machen, sondern es wird ihr vielleicht auch gelingen, es so zu erhalten. Da kann es jetzt nur eine Lehre geben! Alle Kräfte müssen angespannt werden, um dem drohenden Ergebnis vorzubeugen.«<sup>323</sup>

Im Gegensatz zu den Warnungen und Horrorszenarien vor dem drohenden Sozialismus in Thüringen finden sich in den Wahlaufufen der bürgerlich-agrarischen Parteien indes kaum Aussagen über die weitere Ausgestaltung des neu gegründeten Landes. Ihre Vorschläge liefen auf die Wiederherstellung des Obrigkeitsstaates und Bewahrung der bisherigen sozialen, ökonomischen und kulturellen Strukturen hinaus.<sup>324</sup> »Meine Absicht und die meiner Freunde zielt darauf ab, das politische Leben, namentlich in Thüringen, zum Segen des Landes etwas zu entpolitisieren«,<sup>325</sup> erklärte der Vorsitzende des Thüringer Landbundes Ernst Höfer<sup>326</sup> in der Debatte des Thüringer Landtages vor der letztlich gescheiterten Regierungsbildung am 31. Juli 1920.<sup>327</sup> Damit war für die Zeitgenossinnen und Zeitgenossen ausgesprochen, welches längerfristige Ziel die am 21. Juli 1920 konstituierte Vereinigte Rechtsfraktion als parlamentarischer Arm der »antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz« anstrebte.

Obwohl die Debatten im Thüringer Volksrat im Winter 1919/Frühjahr 1920 durch eine »lagerübergreifende, teils konsensuelle Einigkeit, die der thüringische Einigungsprozess hervorbrachte«, gekennzeichnet schienen, waren auch in diesem Vorparlament »nichtsdestotrotz tiefe Gräben zwi-

<sup>323</sup> Jenaische Zeitung, 19.06.1920.

<sup>324</sup> »[...] Besetzung der Regierung mit Fachministern aus allen Parteien unter Auswahl der Tüchtigsten, Abschaffung der gegen jeden parlamentarischen Brauch verstoßende Ernennung von Staatsräten aus parteipolitischen Rücksichten, Entpolitisierung des Beamtentums und Unterbindung niedriger Gesinnungsschnüffelei wie Angeberei, Unantastbarkeit der unparteiischen Rechtspflege und keinerlei Ausnahme Gesetze (Revolutionstribunale), Erhaltung der Universität Jena und ihrer bedrohten Lehrfreiheit, wie aller Kulturstätten Thüringens. Wahrung des Rechts der Kirche vor und bei der Auseinandersetzung mit dem Staate. Erhaltung des Religionsunterrichts in der Schule. Volksversöhnung und Milderung der Klassengegensätze. Stärkung und Erhaltung des bedrohten Mittelstandes, Abbau der Zwangswirtschaft. Bekämpfung aller schädlichen und Sozialisierungs- und Kommunalisierungsbestrebungen [...]« Inserat Wahlaufuf der DVP. Jenaische Zeitung, 17.06.1920.

<sup>325</sup> Stenographische Berichte über die Sitzungen des I. Landtags von Thüringen (nachfolgend I.ThLT). Weimar o.J. S. 73.

<sup>326</sup> Lengemann: Handbuch. S. 346/347.

<sup>327</sup> Häuvel: Gründung des Landes Thüringen. S. 107–111.

schen Arbeiterbewegung und Vertretern des alten Regimes«<sup>328</sup> deutlich geworden. Es werde »viel politisiert werden«, hatte der DNVP-Abgeordnete Alfred Reichardt<sup>329</sup> in der Debatte am 12. Mai 1920 im Thüringer Volksrat den von Eduard Rosenthal vorgeschlagenen Verfassungstext<sup>330</sup> kritisiert und bezweifelt, ob dies für die weitere Entwicklung des neu zu schaffenden Landes gut sei. »Denn die Hauptsache ist doch, dass der Bürger ruhig seiner Berufsarbeit nachgehen kann, dass er Werte schaffen kann. Dies wird das Wichtigste sein, wenn wir wieder aufkommen sollen.«<sup>331</sup> Sich gegen die im Verfassungsentwurf Rosenthals verankerte Volkssouveränität wendend, hatte der DVP-Abgeordnete Wilhelm Thümmel<sup>332</sup> erklärt: »Wir wollen nicht eine demokratische Republik, sondern eine aristokratische Republik, natürlich nicht Aristokratie in dem Sinne von ehemals, einer Aristokratie der Geburt oder des Standes«<sup>333</sup>, sondern in dem Sinne, dass die Besten und Gebildeten regieren sollen.

Die nachfolgenden massiven Angriffe der antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz auf die Greil'sche Bildungspolitik hatten ihre Ursache nicht zuletzt darin, dass sie das bürgerliche Bildungsprivileg nicht nur infrage stellte, sondern aktiv auf dessen Beseitigung hinzuarbeiten versuchte. Verletzte die Feiertagspolitik der sozialdemokratischen Landesregierung und deren Agieren gegenüber der evangelischen Kirche die religiösen Gefühle des Großteils der bürgerlich-agrarischen Bevölkerung, beleidigten die fortgesetzten Angriffe auf sozialdemokratische Beamte und Minister aufgrund ihrer Herkunft und dem damit verbundenen Bildungsweg die Arbeiter-ehre. »Ich muss daran erinnern«, bemerkte August Frölich im Thüringer Landtag am 31. Juli 1920, »wie man uns in der Vergangenheit behandelt hat. Bis zur Wahl waren wir Sozialdemokraten, die wir irgendwo durch die Revolution einen Posten bekleideten, allgemein ganz unfähige Leute, wurden bei jeder Gelegenheit heruntergerissen, als wenn wir, die wir nun nicht die Schulbänke so drücken konnten, weil wir in der Wahl unserer Eltern nicht vorsichtig genug waren, gar nichts leisteten.«<sup>334</sup>

<sup>328</sup> Leimbach: Unter dem »Leitstern« der Gemeinschaft. S. 277.

<sup>329</sup> Lengemann: Handbuch. S. 538/539.

<sup>330</sup> Lingelbach, Gerhard: Die Verfassung des Freistaats Thüringen von 1920/21. Eduard Rosenthals Leistung. In: Faludi, Bartuschka: »Engere Heimat«. S. 325–338.

<sup>331</sup> Verhandlungen des Volksrates von Thüringen. Stenographische Berichte. (nachfolgend ThVR.). S. 569.

<sup>332</sup> Lengemann: Handbuch. S. 643–645.

<sup>333</sup> ThVR. S. 511.

<sup>334</sup> I. ThLT. S. 90. In einer Aussprache mit der Leitung der Jenaer Universität am 26.10.1923 erklärte Volksbildungsminister Greil auf eine entsprechende Bemerkung des Rektors äußerst energisch, »er müsse es sich verbitten, dass ihm seine nichtakademische Bildung vorgeworfen werde«. Zitiert nach: John »Land im Aufbruch«. S. 42.

Nicht die Demokratisierung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern eine starke Regierung, die nötigenfalls unabhängig von parlamentarischen Mehrheiten im Sinne konservativer Wert- und Ordnungsvorstellungen agieren könne, das war das von den Vertretern der Rechtsparteien angestrebte Verfassungsideal. Niemals solle die Regierung »aus Furcht vor der Majorität etwas mit zu beschließen, gutzuheißen und auszuführen gehalten sein«, hatte der DVP-Vertreter Thümmel am 3. Mai 1920 ebenfalls im Thüringer Volksrat verkündet, »sondern dass sie aus Achtung vor dem Recht auch gegen die Majorität sich behaupten kann. Nicht Furcht vor der Majorität, sondern Achtung vor dem Recht soll das Motiv der Handlungsweise der Regierung sein«<sup>335</sup>. Die Demokratie habe sich nach seiner Überzeugung »durch ihre Verfassungsgrundsätze selbst«<sup>336</sup> zugrunde gerichtet, schrieb der ehemalige DVP-Landtagsabgeordnete Witzmann in seinen, den eigenen Anteil an der Zurückdrängung der republikanischen Entwicklung in Thüringen nur andeutenden, Erinnerungen. »Viel zu stark war nach der Verfassung der Einfluss der urteilslosen Masse, insbesondere durch die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Zwanzigjährigen. Das Listenwahlrecht führte zur Parteienbürokratie, die Möglichkeit, jederzeit die Landtagsauflösung, und die weitere Möglichkeit, jederzeit dem Gesamtministerium oder einem seiner Mitglieder das Misstrauen auszusprechen, führte zu einer Unruhe und Unsicherheit in Gesetzgebung und Verwaltung, die den Tod des Systems in sich trug.«<sup>337</sup>

Obwohl das Ergebnis der ersten Thüringer Landtagswahl am 20. Juni 1920 die zunehmende Rechtsorientierung sowohl des Bürgertums als auch der ländlichen Bevölkerung bestätigte und die Rechtsparteien stärkte, wollte im antisozialistischen Lager keine rechte Freude aufkommen. »Jetzt, nach geschlagener Wahlschlacht, können wir ja einmal offen sagen: Wir hatten von den Wahlen, sowohl zum Reichstag wie zu unserem Großthüringer Landtag, erheblich mehr erhofft«, resümierte der Thüringer Landbund das Wahlergebnis.<sup>338</sup> Tatsächlich war das neu gegründete Land im Ergebnis der Landtagswahl 1920 im Vergleich zu 1919 »keine linksliberale Hochburg mehr«<sup>339</sup>, verfügten die bürgerlichen Parteien unter Einschluss der DDP über ein Mandat mehr im 1. Thüringer Landtag als die beiden sozialdemokratischen Fraktionen. Dennoch besaßen mit USPD, MSPD und DDP jene

<sup>335</sup> ThVR. S. 511.

<sup>336</sup> Witzmann: Thüringen. S. 40.

<sup>337</sup> Ebenda.

<sup>338</sup> Thüringer Tageszeitung, 30.06.1920.

<sup>339</sup> Rudolph: Die Aufgabe der Staatsbildung. S. 285.

Parteien, die den Thüringer Vereinigungsprozess maßgebend gestaltet und im März 1920 das im Werden begriffene Land und die Republik gegen den Kapp-Putsch gemeinsam mit der generalstreikenden Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft verteidigt hatten, eine, wenn auch knappe Mehrheit. Über die zu diesem Zeitpunkt bestehenden grundsätzlichen politischen und programmatischen Unterschiede hinweg einte die beiden sozialdemokratischen Parteien ihre Ablehnung der reaktionären Bestrebungen der »antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz«, während die in sich gespaltene Thüringer DDP zwischen beiden Lagern schwankte.<sup>340</sup>

Die Konstituierung der Vereinigten Rechtsfraktion im 1. Thüringer Landtag am 21. Juli 1920 war jedoch keine Antwort auf die Bildung der mehrheitssozialdemokratisch-demokratischen Minderheitsregierung, die erst im November 1920 erfolgen sollte. Sie stellte vielmehr den Versuch dar, mehrere Binnenkonflikte im antisozialistischen Lager, die hier nur angedeutet werden können, unter deutschnational-konservativer Dominanz zu überbrücken. »Sie wissen«, erklärte der zum Vorsitzenden der Rechtsfraktion bestimmte Landbundvorsitzende Ernst Höfer im Thüringer Landtag, »dass durch die Kriegswirtschaft und die Zwangswirtschaft leider ein starker Riss entstanden ist zwischen der Stadt- und der Landbevölkerung, zwischen den Erzeugern und den Verbrauchern. Hier haben Sie im Kreise unserer Fraktion eine gesunde Mischung von Land und Stadt, und wir glauben, dass es bei diesem engen Zusammenschluss möglich sein wird, diese Gegensätzlichkeiten, die sonst in der parlamentarischen Arbeit immer wieder hervortreten würden, schon im Fraktionszimmer so ausgleichen zu können.«<sup>341</sup>

Bereits die Frage, ob das neu zu schaffende Land Thüringen mit seiner sozialdemokratischen Dominanz überhaupt als Grundlage des eigenen politischen Agierens anzusehen und damit anzuerkennen sei, hatten insbesondere die deutschnational eingestellten Bevölkerungskreise nicht nur am Beginn des Landesgründungsprozesses unterschiedlich beantwortet.<sup>342</sup> Die insbesondere von Meiningen und Südthüringen ausgehende Bewegung »Los von Thüringen« stellte mit ihren Abspaltungstendenzen in Richtung Bayern und Preußen den Bestand des Landes vermeintlich

<sup>340</sup> Die Demokraten müssten sich demnach entscheiden, ob sie eine Linksregierung ermöglichen wollen oder einer Rechtsregierung beitreten. »Dieser klaren Entscheidung scheinen sie noch aus dem Wege gehen zu wollen.« Jenaische Zeitung, 31.07.1920.

<sup>341</sup> I. ThLT. S. 74.

<sup>342</sup> Bartuschka, Faludi: Einleitung. »Engere Heimat«. S. 16/17.

infrage. Unmittelbar vor der Bildung der Arbeiterregierung am 16. Oktober 1923 befürchtete das Jenaer DDP-Parteiblatt, nun werde »in ganz Thüringen die Anschlussbewegung nach Nord und Süd wieder mächtig« erwachen.<sup>343</sup> Die Bewegung »Los von Thüringen« muss jedoch vor allem als eine Absage an dessen republikanische Ausgestaltung durch die Sozialdemokratie verstanden werden, der als Alternative die »bayrischen Verhältnisse«<sup>344</sup> entgegengehalten wurden. Dass sich auch die bürgerlichen Parteien mehrheitlich gegen die »Los von Thüringen«-Bewegung wandten, entsprang deren Eigeninteresse und Anspruch auf politische Vertretung des Bürgertums. »Leider müsse er zu seinem Bedauern feststellen, dass die Landtagswahlen kein Bild des allgemeinen Fortschritts für die Deutschnationale Volkspartei gezeigt habe, da Stadt und Land getrennt marschierten. Er hat das Empfinden, dass die Absonderung des Landbundes in Thüringen durch eine innerliche Abneigung gegen alles politische Parteiwesen hervorgerufen worden ist«,<sup>345</sup> konstatierte Eichel-Streiber auf dem Thüringer DNVP-Landesparteitag am 24. November 1920 in Erfurt.

Die Abneigung gegen die politischen Parteien, ebenfalls ein Erbe des Deutschen Kaiserreichs, war in der Weimarer Republik und nicht zuletzt in Thüringen stark ausgeprägt. Vielfach »schwangen negative Vorstellungen, die schon im 18. und 19. Jahrhundert verbreitet waren, auch noch im politischen Diskurs der Weimarer Republik mit. Entsprechendes Gedankengut manifestierte sich etwa in den Behauptungen, Parteien stünden im Gegensatz zum Volk als Ganzen, sie seien nur Teile beziehungsweise Abspaltungen des Volkes, in ihnen käme die ›Zersplitterung‹ der Nation zum Ausdruck«<sup>346</sup>. Die Parteikritik enthielt zudem die Unterstellung, »Parteien seien undeutsch und das westliche liberal-parlamentarische

<sup>343</sup> Jenaer Volksblatt, 16.10.1923.

<sup>344</sup> Unmittelbar nach der gescheiterten Regierungsbildung im Sommer 1920 waren ersten Anzeichen für Loslösungsbestrebungen in Südthüringen zu vernehmen, die »gleich Coburg den Anschluss nach Bayern wünschten. Man hat sich damals aus politischer Disziplin gefügt, vielleicht auch, weil man denen glaubte, die in ehrlichem Optimismus eine glatte Entwicklung des neuen Staates voraussagten«. Im Raum Sonneberg würden sich viele Menschen ihre eigenen Gedanken über die Finanzverhältnisse der übrigen thüringischen Staaten machen, würde zugleich registriert, »dass Bayern mit fester und ziemlich glücklicher Hand die verschlungenen Fäden seiner Volkswirtschaft entwirrt, um diese wieder in gesunde, von Experimenten freie Bahnen zu lenken. All das hat natürlich Folgen, und wir halten es für unsere Pflicht, die zuständigen Stellen auf deren Auswirkungen aufmerksam zu machen. – Andere Bezirke werden folgen!«. Thüringer Tageszeitung, 07.08.1920. »Der Gesundungsprozess Bayerns besteht darin, dass dort die Reaktion mehr und mehr erstarbt und die monarchistischen Bestrebungen unter Duldung oder unter Zustimmung Frankreichs an Boden gewinnen.« Das Volk, 09.10.1920.

<sup>345</sup> Thüringer Tageszeitung, 26.11.1920.

<sup>346</sup> Retterath, Jörn: »Parteihader« versus »Volksgemeinschaft«. Kritik an Parteien und Parlamentarismus seitens der politischen Mitte in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. In: Elsbach, Sebastian; Noak, Ronny; Braune, Andreas (Hrsg.): Konsens und Konflikt. Demokratische Transformation in der Weimarer und Bonner Republik. S. 135 (S. 133–151).

System sei den Deutschen nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg übergestülpt worden«<sup>347</sup>. Insbesondere in der Frühphase der Weimarer Republik wurden die Parteien häufig in einen Gegensatz zum »Volk« gestellt. Die Kritik an ihnen war vielfach mit dem Wunsch nach »Überparteilichkeit« und Forderungen nach »Einheit« und starker Führung verbunden.<sup>348</sup> Äußerst kritisch hatte der Thüringer Landbund vermerkt, dass Bürgertum und Mittelstand bei der Landtagswahl am 20. Juni 1920 seinem Beispiel nach berufsständischer Geschlossenheit<sup>349</sup> nicht gefolgt waren und es ebenso wenig geschafft hätten, sich »zu einer restlosen Wahlbeteiligung«<sup>350</sup> aufzuraffen. Stattdessen habe sich das Bürgertum erneut parteipolitisch zerreißen lassen, statt endlich zu erkennen, »dass erstens nur feste Geschlossenheit innerhalb der eigenen Reihen und zweitens unerschütterbares Zielbewusstsein den wahren Interessen des Mittelstandes« zur Geltung verhelfen kann.<sup>351</sup> Als berufsständische und politische Organisation war der Thüringer Landbund Ausdruck der Gegnerschaft der nichtsozialistischen Thüringer Landbevölkerung gegenüber Republik und parlamentarischer Demokratie, zu dessen christlich-nationaler Ausrichtung unter monarchistischen Reminiszenzen sich auch »völkische« Komponenten gesellten.<sup>352</sup>

An jenem 25. Juni 1920, an dem in der bürgerlichen Presse Thüringens zur Bildung der gemeinsamen Rechtsfraktion im Thüringer Landtag aufgerufen worden war, wurde von Seiten des Landbundes an den Vorschlag des führenden deutschnationalen Politikers von Eichel-Streiber erinnert, der in seiner bereits erwähnten Rede vom 9. Juni 1920 für eine Regierung der Konzentration, »gebildet von rechts und links, das, was unser schwer daniederliegendes Wirtschaftsleben gebieterisch erfordert«,<sup>353</sup> plädiert hatte. Unter Einschluss der MSPD sollte demnach eine vermeintlich gleichberechtigte Vertretung aller Wirtschaftsgruppen, von Arbeiterschaft, Unter-

<sup>347</sup> Ebenda. S. 137.

<sup>348</sup> Ebenda. S. 139.

<sup>349</sup> »Der Thüringer Landbund erstrebt den Zusammenschluss aller an der Erhaltung und Förderung der Landwirtschaft interessierten Personen (des Landvolkes) in Thüringen ohne Rücksicht auf politische Parteistellung auf nationaler und christlicher Grundlage. Sein Zweck ist, zum Wohle der deutschen und Thüringer Volkswirtschaft die wirtschaftspolitischen Interessen des Landvolkes zur Sicherung seiner vollen Gleichberechtigung auf allen Gebieten und zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu wahren, insbesondere aber der Thüringer Landwirtschaft eine ihre Bedeutung entsprechende Vertretung in allen aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Körperschaften zu verschaffen.« Dressel, Guido: Der Thüringer Landbund – Agrarischer Berufsverband als politische Partei in Thüringen 1919–1933. Erfurt 1998. S. 29.

<sup>350</sup> Thüringer Tageszeitung, 30.06.1920.

<sup>351</sup> Thüringer Tageszeitung, 30.06.1920.

<sup>352</sup> Dressel: Der Thüringer Landbund. S. 30.

<sup>353</sup> Thüringer Tageszeitung, 25.06.1920.

nehmertum und Landwirtschaft in der neu zu bildenden Landesregierung Ruhe und gedeihliche Entwicklung »für unsere Thüringer Heimat im Zeichen des Wirtschaftsfriedens«<sup>354</sup> verbürgen. Dieses Angebot an die Mehrheitssozialdemokratie erklärt sich zunächst als eine Konzession an die Stärke der regionalen Arbeiterbewegung. Wird die schwierige außenpolitische Situation der Weimarer Republik im Sommer 1920 vor dem Hintergrund der Verhandlungen in Spa<sup>355</sup> mitberücksichtigt, dann bedeutete Regierung der Konzentration letztlich den Versuch des Wiederanknüpfens an die Burgfriedenspolitik vom August 1914.

Wenngleich die Thüringer Mehrheitssozialdemokratie nach außen hin auf die bis in den Herbst 1920 anhaltenden bürgerlichen Avancen für eine gemeinsame Regierungsbildung ablehnend reagierte,<sup>356</sup> gab es in ihren Reihen durchaus Auffassungen, die einer »Großen Koalition« mit DVP und TLB positiv gegenüberstanden. Sowohl in der Landtagsdebatte am 10. November 1920<sup>357</sup> als auch nachfolgend<sup>358</sup> machten einzelne mehrheitssozialdemokratische Vertreter die bürgerlichen Parteien für das Nichtzustandekommen einer gemeinsamen Regierung verantwortlich. Es soll an dieser Stelle offenbleiben, ob die führenden Landbundvertreter im Verein mit der DNVP-Spitze tatsächlich an die Bildung einer »Regierung der Konzentration« geglaubt haben oder es ihnen lediglich um ein formales Lippenbekenntnis ging, um »im Falle der erwarteten Ablehnung seitens der (M)SPD, die linksliberale DDP für eine Koalition mit dem rechtsbürgerlichen Lager zu gewinnen«<sup>359</sup>. Wenn dem so gewesen ist, dann verfolgten sowohl der Thüringer Landbund als auch DNVP von vornherein das Ziel, die Sozialdemokratie aus der Landesregierung herauszuhalten. Demgegenüber unternahm die Thüringer DVP offenbar einen ernsthaften Versuch, eine Große Koalition von MSPD, Landbund, DVP und DDP zu bilden.<sup>360</sup> Zumin-

<sup>354</sup> Thüringer Tageszeitung, 25.06.1920.

<sup>355</sup> Auf der internationalen Konferenz von Spa im Juli 1920 wurde über die Umsetzung des Versailler Vertrages durch Deutschland verhandelt. Dabei ging es zunächst um die weitere deutsche Abrüstung und die Kohlenlieferungen vor allem nach Frankreich. Winkler: Weimar 1918–1933. S. 146.

<sup>356</sup> »Die Rechte will die SPD zum Aushängeschild ihrer dunklen Pläne machen.« Das Volk, 06.11.1920.

<sup>357</sup> Hermann Leber erklärte: »Sie können es uns von unserem Standpunkt aus nicht verdenken, wenn wir unter diesen Umständen keine Regierung bilden oder nicht in eine Regierung eintreten, wo diese Herren, die unter der Fuchtel [...] der Deutschnationalen Volkspartei stehen, ihre Politik mitmachen.« I. ThLT. S. 148.

<sup>358</sup> Am 30. Juli 1921 erklärte MSPD-Finanzminister Hartmann: »Wir haben auch damals erklärt: Wir sind genau so gut bereit, zusammenzuarbeiten mit Mitgliedern weiter rechtsstehender Gruppen, wenn dieselben sich restlos auf den Boden der Republik stellen, wenn sie restlos die bestehende Verfassung anerkennen und alle Bestrebungen unterlassen, die darauf hinausgehen, das alte System, das in einer Unterdrückung der nichtbesitzenden Klassen gipfelte, weiter zu fördern und wieder einzuführen.« I. ThLT. S. 2073.

<sup>359</sup> Dressel: Der Thüringer Landbund. S. 36.

<sup>360</sup> »Ich habe sehr bald gemeinsam mit anderen Herren, und zwar zuerst, das betone ich, mit den

dest einem Teil ihrer Mitgliedschaft muss bewusst gewesen sein, dass die Mehrheitssozialdemokratie eine Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen vor dem Hintergrund des gescheiterten Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches ablehnen, der Zusammenschluss der bürgerlichen Abgeordneten eine Gegenreaktion auf der Linken auslösen und damit die MSPD zwangsläufig stärker an die USPD binden würde.<sup>361</sup> Deshalb hatte die DVP der Konstituierung einer gemeinsamen Rechtsfraktion im Thüringer Landtag zunächst zögernd gegenübergestanden.<sup>362</sup> Nach der gescheiterten Regierungsbildung im Sommer 1920 gab sich die DVP weiterhin fest entschlossen, die Bildung einer Landesregierung unter Einschluss der MSPD zu bewerkstelligen. Dafür war sie bereit, die Rechtsfraktion wieder zu verlassen. Ihr am 23. September 1923 in Erfurt tagender Vertretertag erklärte »einmütig [...], dass die der Deutschen Volkspartei angehörenden Mitglieder des Thüringer Landtages eine Auflösung der ›Vereinigten Fraktion des Landbundes, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei‹ dann bewirken werden, wenn hierdurch die Schwierigkeiten der Regierungsbildung vermindert werden.«<sup>363</sup>

Damit schienen aus Sicht der beiden anderen Parteien die Tage der Rechtsfraktion bereits gezählt. Aus der Perspektive der Deutschnationalen hatte hierdurch jene Richtung in der Volkspartei die Oberhand gewonnen, die anstelle »einer möglichst weitgehenden Zusammenfassung des Bürgertums einschließlich der Landwirtschaft«<sup>364</sup> parteipolitische Interessen in den Vordergrund rücken würde. Der von der Rechtsfraktion bitter kommentierte Erfolg der Demokratie<sup>365</sup>, den die Entschließung des Thüringer DVP-Vertretertages ermöglicht habe, veranlasste den führenden Thüringer DNVP-Politiker von Eichel-Streiber nicht nur zu einer massiven Warnung an die bisherigen Bündnispartner, sondern zeigte zugleich den deutschnationalen Hegemonieanspruch innerhalb der Thüringer antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz. Die bisherige Zusammenarbeit von Deutschnationaler

Vertretern der Linken verhandelt. Das war kein Gegensatz gegen die Rechte, sondern einfach eine Frage des praktischen Weges. Ich habe zuerst verhandelt vor allen Dingen mit Herrn Minister Paulssen und Herr Minister Baudert«, erklärte der DVP-Abgeordnete Neumann am 31. Juli 1920 im Thüringer Landtag. I. ThLT, S. 119.

<sup>361</sup> Witzmann: Thüringen. S. 41/42. »Es war vorauszusehen, dass der Zusammenschluss bei den übrigen Parteien, insbesondere den Mehrheitssozialisten und Demokraten, nicht gerade angenehme Gefühle auslösen würde, aber schließlich dürfen doch bei solchen parlamentarischen Bildungen nur eigene Anschauungen darüber maßgebend sein, welche Folgen für sie selbst und für das Allgemeinwohl ein Zusammenschluss hat, und nicht, wie Gegner sich dazu stellen.« Jenaische Zeitung, 22.07.1920.

<sup>362</sup> Jenaer Volksblatt, 16.08.1920.

<sup>363</sup> Jenaische Zeitung, 24.09.1920.

<sup>364</sup> Thüringer Tageszeitung, 01.10.1920.

<sup>365</sup> Thüringer Tageszeitung, 01.10.1920.

und Deutscher Volkspartei insbesondere in Thüringen sei ein erster Schritt zur Überwindung der parteipolitischen Spaltung des national gesinnten Bürgertums. Leider aber scheint es symptomatisch, »dass nicht nur einige Sonderlinge, sondern weite Kreise der Deutschen Volkspartei [...] das Gebot der Zeit an das gesamte ›nationale‹ Bürgertum verkennen, – und dass sie die Zeit für gekommen erachten, gegen die naturnotwendige Annäherung seiner beiden Parteiorganisationen Minen zu legen.«<sup>366</sup> Jenen innerhalb der DVP, die vor dem Hintergrund der veränderten politischen Situation auf der Reichsebene<sup>367</sup> eine Abwendung von den Deutschnationalen und die Hinwendung zu den Demokraten befürworteten, hielt von Eichel-Streiber entgegen, es gehe nicht um den Gegensatz konservativ oder liberal, sondern um den Zusammenhalt der »national Gleichgesinnten«.<sup>368</sup> Diesen auseinanderreißen zu wollen sei kein Ausdruck von politischem Weitblick, sondern von Unfähigkeit. Wer gegenwärtig die Gegensätzlichkeiten vertiefe oder gar neue konstruiere, versündige sich »an der Zukunft des deutschen Volkes und treibt eine Politik des nationalen Selbstmordes«.<sup>369</sup>

Fraglich ist, ob die von Ende September bis Anfang November 1920 geführten Gespräche, Sondierungen oder gar Verhandlungen zwischen den Thüringer Landtagsparteien mit Ausnahme von DNVP und USPD tatsächlich an der Personalie des Freiherrn von Brandenstein gescheitert sind.<sup>370</sup> Während unmittelbar vor dem Wiederezusammentritt des Thüringer Landtages Anfang November 1920 im Jenaer DVP-nahen Blatt verkündet wurde, zwischen DVP, Landbund, DDP und MSPD würden Verhandlungen zur Regierungsbildung stattfinden, wobei sich auf allen Seiten der gute Wille zur Einigung zeige,<sup>371</sup> ließ die MSPD solche Meldungen in ihrer Parteipresse als Spekulationen zurückweisen. Der »Vertreter der SPD hat von den Vorschlägen der bürgerlichen Parteien, wie bereits im Juli schon, so auch jetzt lediglich Kenntnis genommen. Eine Stellungnahme zu den Vorschlägen wird nur von der gesamten Fraktion der SPD getroffen werden« und die letztliche Entscheidung bliebe den Vertretern der Unterbezirke vorbehalten.<sup>372</sup> Im Unterschied zum gescheiterten Versuch einer Regie-

<sup>366</sup> Jenaische Zeitung, 02.10.1920.

<sup>367</sup> Im Ergebnis der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 war eine bürgerliche Reichsregierung ohne die DNVP gebildet worden. Dem Kabinett unter Reichskanzler Fehrenbach gehörten Mitglieder der Zentrums- partei, der DDP und DVP an. Winkler: Weimar 1918–1933. S. 140.

<sup>368</sup> Jenaische Zeitung, 02.10.1920.

<sup>369</sup> Jenaische Zeitung, 02.10.1920.

<sup>370</sup> Leimbach: Landtag. S. 168.

<sup>371</sup> Jenaische Zeitung, 02.11.1920.

<sup>372</sup> Das Volk, 01.11.1920.

rungsbildung im Sommer 1920 war es der MSPD Anfang November jedoch gelungen, USPD und DDP zu gemeinsamen Verhandlungen zu bewegen. In deren Ergebnis konnte die Mehrheitssozialdemokratie die DDP davon überzeugen, dass die nach dem Parteitag von Halle in zwei Richtungen gespaltene USPD im Thüringer Landtag einer Minderheitsregierung keine Schwierigkeiten bereiten werde.<sup>373</sup> Die Demokratische Partei hingegen konstatierte, dass ihr die Sozialdemokratie bei der Regierungsbildung sowohl inhaltlich als auch personell weit entgegengekommen war, während die Rechtsfraktion trotz wochenlanger Bemühungen der DDP eine Zusammenarbeit mit von Brandenstein weiterhin abgelehnt habe. Dennoch hielt die DDP an ihrer Überzeugung fest, dass die Thüringer Landesregierung nach rechts erweitert werden müsse.<sup>374</sup>

Die am 10. November 1920 vom Thüringer Landtag gewählte DDP-MSPD-Minderheitsregierung war aus Sicht der antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz »eine Enttäuschung«<sup>375</sup>. Die bürgerlichen Kreise im Land hatten nach der bereits erwähnten Bildung der rechtsbürgerlichen Gebietsregierung in Gotha »die Wahl einer rein bürgerlichen Regierung erwartet«<sup>376</sup>. Es sei »eine Zumutung sondergleichen, die neu gebildete Regierung für eine »gemäßigte Linksregierung« auszugeben. Wenn sich das »gemäßigte« auf die Verwaltungseigenschaften der neuen Männer bezieht, so würde dagegen wohl kaum von irgendeiner Seite Widerspruch erhoben werden«<sup>377</sup>. Die Demokraten hätten mit ihrem Verhalten in der Frage der Regierungsbildung gezeigt, dass sie keine »halbbürgerliche, sondern eine halbsozialistische Partei sind«<sup>378</sup>. Viele Unterstützerinnen und Unterstützer der Demokratischen Partei würden »freilich schäumen vor Wut über diese Schwenkung«. Einer habe gemeint: »Unsere 4 Herren [Der Mann übersah, dass die DDP-Fraktion aus einer Frau und drei Herren bestand, m. H.] auf ihren Sesseln im Parlament mögen sich freuen, dass fürs nächste keine Neuwahlen vorgenommen werden, sonst könnten sie ihr blaues Wunder erleben.«<sup>379</sup> In den folgenden Monaten wanderte die DDP dann »immer stärker in der unbegründeten Hoffnung nach rechts ab, so wieder stärkeren Rückhalt im thüringischen Bürgertum zu finden«<sup>380</sup>.

<sup>373</sup> Das Volk, 06.11.1920.

<sup>374</sup> Jenaer Volksblatt, 12.11.1920.

<sup>375</sup> Witzmann: Thüringen. S. 42.

<sup>376</sup> Ebenda.

<sup>377</sup> Jenaische Zeitung, 12.11.1920.

<sup>378</sup> Thüringer Tageszeitung, 18.11.1920.

<sup>379</sup> Thüringer Tageszeitung, 18.11.1920.

<sup>380</sup> Rudolph: Untergang auf Raten. S. 24.

Die Palette der Reaktionen der bürgerlich-agrarischen Landtagsparteien auf die Regierungsbildung reichte von der Ankündigung einer konstruktiven Opposition (DVP), wachsamem Misstrauen (DNVP) bis hin zur Mobilisierung des außerparlamentarischen Widerstands in der Kampagne »Los von Thüringen« durch den Landbund. Aus dessen Umfeld hieß es: »Wenn das wirtschaftliche Moment vor alle Politik gestellt wird, dann war es ein Kapitalfehler ersten Ranges, wenn der parteipolitische Kuhhandel bei der Bildung der Thüringer Regierung die schaffenden Stände der Landwirtschaft und des handwerklichen und gewerblichen Mittelstandes ausschloss, die die Vereinigte Rechtsfraktion in sich vereint. Ein Fehler war es, der sich bitter rächen wird! Versucht man die Tendenz, unter der die neue Regierung zustande kam, noch zu verstärken«, könnten die Linksparteien sicher sein, »dass sie ihr Siebenmonatskind Groß-Thüringen nicht weit über das zarte Säuglingsalter hinwegbringen werden«<sup>381</sup>.

Hauptgewinner der Regierungsbildung war aus antisozialistischer Sicht die Unabhängige Sozialdemokratie. Zwar befand sich kein eingeschriebenes Parteimitglied in der neuen Regierung, »dafür aber sitzt Herr von Brandenstein im Regimente [...]. Unter Blinden ist der Einäugige bekanntlich König. B[randenstein] war der einzige Verwaltungsbeamte im reußischen Staatsrat. Alle übrigen Staatsräte sind, bis auf einen früheren Rechtsanwalt, Männer, die der Meinung sind, den ›Befähigungsnachweis‹ für dieses Amt durch langjährige Zugehörigkeit zur unabhängigen Partei erbracht zu haben. Dadurch war es ihm möglich, der reußischen Regierung so ganz den Stempel aufzudrücken. Bei seinem Eintritt in die Thüringische Regierung folgen ihm seine ›Werke‹ nach, die im Verein mit seiner politischen Persönlichkeit die ablehnende Haltung der Rechtsparteien ihm gegenüber rechtfertigen«<sup>382</sup>.

Aus sozialdemokratischer Sicht handelte es sich in der Frage Brandenstein »um weit mehr als nur die Person des Ministers«<sup>383</sup>. Seit dem Scheitern des Kapp-Putsches »sind die bekannten und unbekanntenen Drahtzieher und Förderer der Gegenrevolution, der gesamte monarchische Heerbann eifrig bemüht, alle diejenigen direkt und indirekt zu bestrafen, die in den Märztagen treu zur Republik gestanden haben«. Sein entschiedenes Auftreten gegen die Reaktion im Allgemeinen und die Kappisten im Besonde-

<sup>381</sup> Thüringer Tageszeitung, 18.11.1920.

<sup>382</sup> Jenaische Zeitung, 19.11.1920.

<sup>383</sup> Das Volk, 08.11.1920.

ren habe den Minister von Brandenstein in konservativen und großkapitalistischen Kreisen in umso höherem Grad verhasst gemacht, weil sie in ihm einen gefährlichen Renegaten sehen. Sie wüssten, dass »er der hohen, allweißen Bürokratie, die wir aus dem lebenden Inventar des alten Obrigkeitsstaates in den werdenden Volksstaat übernommen haben, unbefangener und mit mehr kundiger Skepsis gegenübersteht als der und jener Arbeiterführer«. Mit der Ausschaltung der Person von Brandensteins würde nicht nur die Politik, die von der bisherigen Thüringer Mehrheit gemacht worden ist, beseitigt. Jenen Beamten, »die etwa republikanische Neigungen haben«, würde mit einem solchen Schritt »die drohende Fuchtel der Reaktion« vor Augen geführt. »Darum bedeutet das Festhalten an Minister von Brandenstein seitens aller wirklichen Republikaner in Thüringen nicht etwa eine eigensinnige Versteifung auf eine Person, sondern ein Versuch zu wirksamem Widerstand gegen das Fortschreiten der kappistischen Rachewalze und die Vorbereitungen zur Restauration.«<sup>384</sup>

Während die bürgerlich-agrarische Rechtsopposition die ohne sie erfolgte Regierungsbildung als bewusste Ausgrenzung durch die beiden sozialdemokratischen und die Demokratische Partei darstellte, machte einer der Beteiligten, der DVP-Abgeordnete Witzmann, fünfunddreißig Jahre später kenntlich, worum es wirklich gegangen ist. »Dass die Regierung die meisten leitenden Stellen mit Persönlichkeiten besetzt hatte, die den Regierungsparteien angehörten oder ihnen nahe standen, hatte allerdings Tatsachen geschaffen, deren Wirkungen angesichts des Schutzes der Beamtenrechte durch die Reichsverfassung später nur schwer zu beseitigen waren. Besonders bedenklich war dabei der einseitige Aufbau der Landespolizei.«<sup>385</sup>

#### FALLBEISPIEL I – DIE THÜRINGER LANDESPOLIZEI

Am Beispiel der neu gebildeten Thüringer Landespolizei und den bei ihrer Aufstellung aufgetretenen Problemen bis hin zu individuellen Fehlern der handelnden Personen lässt sich das Agieren der antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz gegenüber der DDP-MSPD-Landesregierung exemplarisch charakterisieren. Es gehört zu den wesentlichen Aufgaben der parlamentarischen Opposition, die Unzulänglichkeiten einer Regierung offen-

<sup>384</sup> Das Volk, 08.11.1920.

<sup>385</sup> »Es muss aber festgestellt werden, dass gerade sie später ihren Aufgaben gegenüber doch nicht so versagt hat, wie es damals nicht nur Pessimisten mit Grund fürchteten und fürchten zu müssen glaubten.« Witzmann: Thüringen. S. 53.

zulegen, Missstände zu kritisieren und Alternativen aufzuzeigen.<sup>386</sup> Der Vereinigten Rechtsfraktion im Thüringer Landtag und mit ihr der anti-sozialistischen Bürger- und Bauernallianz ging es jedoch kaum um diesen entscheidenden Aspekt der Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie. Sowohl im Landtag und mehr noch außerhalb des Parlaments versuchten sie den Nachweis zu führen, dass die von ihnen kritisierten und – so viel sei vorweggenommen – dramatisierten Zustände in der Thüringer Landespolizei letztlich ihre Ursache in der republikanischen, von ihnen als einseitige Parteipolitik denunzierten Orientierung des Minderheitskabinetts Paulsen/Frölich hatten.<sup>387</sup> Die im Herbst 1920 gebildete Thüringer Landespolizei war aus rechtsoppositioneller Sicht eine links-politisierte und auf die Regierung ausgerichtete Truppe, deren führende Beamte ihre Stellen der »Krippenwirtschaft«<sup>388</sup> der Landesregierung verdankten. Da die Minderheitsregierung vom Wohlwollen sowohl der USPD als auch der vier KPD-Abgeordneten abhing, konnten aus dieser Perspektive Linksradikale und Kommunisten nicht nur in die Landespolizei eintreten, sondern auch bestimmend in ihr agieren.

Einer so orientierten Polizeitruppe wollten große Teile des Bürgertums und der Landbevölkerung kein Vertrauen entgegenbringen. Jedes Vorkommnis, bei dem Landespolizeibeamte tatsächlich individuell versagten oder aber – und dies war nicht selten der Fall – über ihr Agieren ein unzutreffendes Bild in der Öffentlichkeit kursierte, galt der Rechtsopposition als symptomatisch für das Gesamtversagen der Landespolizei. Auf dem vorläufigen Höhepunkt der diesbezüglichen öffentlichen und parlamentarischen Auseinandersetzungen im Sommer 1921 kam dies deutlich zum Ausdruck. »Wir werden durch eine Reihe beliebig herausgegriffener Fälle dartun, dass die Gesamtzucht im Korps den an eine Polizeitruppe zu stellenden Anforderungen in keiner Weise genügt, [...], weithin als typisch angesehen werden müssen«,<sup>389</sup> begründete der deutsch-nationale Abgeordnete von Eichel-Streiber in der Landtagsdebatte am 24. Juni 1921 die große Anfrage der Rechtsfraktion zu den Verhältnissen in der Landespolizei.<sup>390</sup>

<sup>386</sup> Oberreuter, Heinrich: Opposition. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. Bonn 1998. S. 483 (S. 482–486).

<sup>387</sup> »Dieser einseitige schroffe Parteistandpunkt des Herrn v. Brandenstein ist unserer Ansicht nach hervorragend mit Schuld an den Missständen, die in der Thüringer Polizei hervorgetreten sind und von keiner Seite mehr abgeleugnet werden können.« I. ThLT. S. 1532.

<sup>388</sup> Thüringer Tageszeitung, 22.09.1920.

<sup>389</sup> I. ThLT. S. 1529.

<sup>390</sup> »Ist die Staatsregierung bereit, über die Vorgänge Auskunft zu geben, die sich seit Beginn dieses

Schon der erste von von Eichel-Streiber vorgetragene Fall erweist sich jedoch bei genauer Prüfung als nicht haltbar. Konkret lautete der Vorwurf an das Landespolizeikommando Wilhelmsthal bei Eisenach, es habe trotz Anweisung eine Verbrecherbande nach Eisenach entkommen lassen und wäre damit für die schwere Verletzung eines städtischen Polizeibeamten mitverantwortlich, der in eine Schießerei mit den Entkommenen verwickelt worden sei.<sup>391</sup> Im Ergebnis der Ermittlungen des Innenministeriums zeigte sich jedoch, dass das Landespolizeikommando gar nicht informiert und somit auch nicht um Unterstützung gebeten worden war. »Es ist eine irri- gere Auffassung des Herrn von Eichel, dass bei der Eisenacher Polizei- behörde schon seit langem bekannt sei, das in Wilhelmsthal stationierte Kommando habe ein Einschreiten abgelehnt«,<sup>392</sup> gab der Eisenacher Poli- zeinspektor zu Protokoll. Ihm sei auch nichts über ein diesbezügliches in Eisenach kursierendes Gerücht bekannt. Hiervon habe er erst aus der Zeitung erfahren, »nachdem die Anfrage durch Hr. von Eichel gestellt war«. <sup>393</sup>

An diesem Beispiel wird kenntlich: Vielfach dominierte die vorverurtei- lende Sicht auf die Landespolizei deren Wahrnehmung durch die Rechts- opposition und darüber hinaus großer Teile des Bürgertums und auch der Bauernschaft. Die Angriffe der Rechtsfraktion auf die Landespolizei waren indes ein wesentlicher Bestandteil ihrer Fundamentalopposition gegenüber der Landesregierung. Dementsprechend verknüpfte sie – letztlich erfolg- reich – ihr Vorgehen gegen die Landespolizei mit ihrem Ziel, die demokrati- sche-mehrheitssozialdemokratische Landesregierung über Innenminister von Brandenstein zu Fall zu bringen. Wenngleich deren vorzeitiges Ende vordergründig infolge der Ablehnung des Grundsteuergesetzes<sup>394</sup> durch eine bürgerlich-agrarisch-kommunistische Landtagsmehrheit herbeige- führt wurde, zerbrach sie an ihren grundsätzlichen Differenzen, die am Beispiel der Landespolizei offenkundig wurden.

Die Bildung einer kasernierten Thüringer Landespolizei ab dem Spät- sommer 1920 war Teil der Umgestaltung des deutschen Polizeiwesens aufgrund der Forderungen und des Drucks der Siegerstaaten des Ersten

Jahres in der Landespolizei abgespielt haben, und wie gedenkt sie die Tatsache zu rechtfertigen, dass sie trotz wiederholter Warnungen bei der Landespolizei Misstände hat einreißen lassen, wie sie nunmehr offenkundig geworden sind?« I. ThLT. Drs. 368. Interpellation. Drs. S. 364.

<sup>391</sup> I. ThLT. S. 1529.

<sup>392</sup> HStAW: Landtag von Thüringen Nr. 185. Bl. 10.

<sup>393</sup> HStAW: Landtag von Thüringen Nr. 185. Bl. 10 RS.

<sup>394</sup> Häupel: Gründung des Landes Thüringen. S. 116.

Weltkrieges.<sup>395</sup> Sie hatten Deutschland insgesamt 150 000 Mann Polizei zugestanden, wobei diese nicht zentralisiert werden durfte und sich die Beamten für eine längere Dienstdauer verpflichten mussten.<sup>396</sup> Dementsprechend war vom Thüringer Staatsrat, der nach der gescheiterten Regierungsbildung im Sommer 1920 als kommissarische Landesregierung agierte, unter der Verantwortung von Brandensteins mit der Einrichtung der Landespolizei begonnen worden. Dass er dabei den Landtag in die vorbereitenden Arbeiten nicht miteinbezogen und die Hintergründe des Aufbaus der Landespolizei nur ungenügend öffentlich dargestellt hatte, rief zunächst parteiübergreifende Kritik hervor. Für die MSPD-Fraktion mahnte ihr Abgeordneter Leber, die Bildung einer Landespolizei sei »so außerordentlich wichtig«<sup>397</sup>, dass sie ohne die Zustimmung des Landtages nicht erfolgen dürfe. Letztlich akzeptierte er jedoch den Handlungsdruck, unter dem der Staatsrat gestanden hatte, da »das Reich auch den Staat Thüringen ermahnt hat, in geeigneter Weise für Schutz und Sicherheit im Lande zu sorgen«<sup>398</sup>.

Formal mochte von Brandenstein im Recht sein, wenn er darauf verwies, dass sich der Landtag nach dem Scheitern der Regierungsbildung für eine längere Zeit vertagt habe und dies dem Staatsrat nicht angelastet werden konnte.<sup>399</sup> Offenkundig hatten die Fraktionen keine Verfahrensweisen festgelegt, wie mit Situationen umgegangen werden sollte, in denen schnell gehandelt werden musste. Dennoch boten die Intransparenz bei den vorbereitenden Maßnahmen und die ersten personellen Entscheidungen der Rechtsopposition willkommene Angriffspunkte. Hinzu kam von Brandensteins Umgang mit den existierenden bisherigen kleinstaatlichen und kommunalen Polizeistrukturen.

Leber bemängelte in der Landtagsdebatte am 19. November 1920, dass vor allem in den Städten die Polizeichefs und zuständigen Dezernenten bisher nicht in die vorbereitenden Diskussionen zur Bildung und zu den Aufgaben der Landespolizei miteinbezogen worden waren, obwohl die Einheit zu deren Unterstützung gebildet werden sollte.<sup>400</sup>

<sup>395</sup> Leimbach: Landtag von Thüringen. S. 169.

<sup>396</sup> Münzel, Sascha (Hrsg.): Die Thüringer Polizei 1918 bis 1933. Quellen zur Geschichte Thüringens. Erfurt 2012. S. 24.

<sup>397</sup> I. ThLT. S. 339.

<sup>398</sup> I. ThLT. S. 400.

<sup>399</sup> I. ThLT. S. 329.

<sup>400</sup> I. ThLT. S. 341.

Es war jedoch zunächst die Entscheidung von Brandensteins, den Chef der Mecklenburg-Strelitzer Landespolizei Hermann Müller-Brandenburg<sup>401</sup> zum Leiter der Thüringer Landespolizei zu berufen, die der Rechtsopposition Anlass zu ihren Angriffen gab.<sup>402</sup> Dass er nichts von einem kaiserlichen Verwaltungsbeamten mitbrachte – ein solcher hätte idealerweise aus bürgerlich-agrarischer Sicht auf den Posten des Chefs der Landespolizei gehört –, war bereits während seines Auftritts im Thüringer Landtag am 18. November 1920 kenntlich geworden. Er formulierte hier einen ausdrücklich republikanischen Auftrag für die neue Landespolizei, deren Aufgabe es sei, »die am 9. November 1918 errichtete Republik zu schützen und Helfer des Volkes am Aufbau der Republik zu sein. Sie soll sein ein Teil des Volkes, soll sich fühlen als Teil des Volkes und wirkt für das Volk. Sie hat nur zwei Feinde. Der eine Feind, das sind diejenigen, die versuchen, die Errungenschaften der Revolution wieder aus dem Sattel zu heben, der andere Feind, das sind die Lumpen, gleichgültig welchen Rock sie anhaben und welche Titel sie tragen«<sup>403</sup>. Dementsprechend waren auch die Einstellungsbedingungen, die Müller-Brandenburg den Abgeordneten skizzierte. Die Bewerber mussten zivilrechtlich ohne Vorstrafen sein und durften militärrechtlich keine Strafen aufweisen, »die ihre moralische Qualität als schlecht kennzeichnen«<sup>404</sup>. Ihre Aufnahme in den Landespolizeidienst war an die unterschriftliche Verpflichtung geknüpft, die notwendige Disziplin im Dienst einzuhalten und sich mit ihrem Leben für die republikanische Staatsform einzusetzen. Ehemalige Angehörige des kaiserlichen Heeres bzw. der Marine sowie der Reichswehr konnten bei Erfüllung dieser Voraussetzungen in die neue Landespolizei eintreten. »Die Behauptung, die [von bürgerlich-agrarischen Kreisen m. H.] im Lande verbreitet wurde, dass in die Staatspolizei nur Aufnahme findet, wer einer sozialistischen Partei angehört oder gewerkschaftlich organisiert ist, ist unwahr.«<sup>405</sup>

<sup>401</sup> Dessen politische Biographie weist eine große Spannweite auf. Am Beginn der Weimarer Demokratie aktives republikanisches Engagement einschließlich Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie, von der er sich Anfang 1924 abwandte, ab Mitte der 1920er-Jahre führende Positionen in der Thüringer rechts-extremen Szene und während der NS-Zeit wichtige Funktionen im Umfeld der Reichsleitung des Reichsarbeitsdienstes.

<sup>402</sup> Der USPD-Abgeordnete Hermann Brill verteidigte die Entscheidung für Müller-Brandenburgs Berufung. »Wenn dann gesagt wird, der Herr Müller kennt ja die Verhältnisse in Thüringen nicht so genau, da ist ein ganz genaues Studium von Land und Leuten notwendig, so erinnert mich das doch ein bisschen sehr an den ganzen Geist, der auch bei anderen Vorlagen hier die Abgeordneten beherrscht, wo die einen Herren auftreten und sagen: »wir in Reußen«, und die anderen auftreten und sagen: »bei uns in Meinungen« und die dritten auftreten und sagen, »ja, bei uns in Gotha«. Ich fürchte sehr, hätte man einen Herrn etwa aus Gera berufen, so würde es heißen: »Der kommt aus dem roten Volksstaate Reuß und kennt die Verhältnisse in Meinungen nicht.« I. ThLT. S. 351.

<sup>403</sup> I. ThLT. S. 335/336.

<sup>404</sup> I. ThLT. S. 336.

<sup>405</sup> I. ThLT. S. 336.

Wahr sei vielmehr, dass auch politisch und/oder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter eingestellt würden, wenn sie die Einstellungsbedingungen erfüllten.

Einen zweiten Angriffspunkt bildete für die antisozialistische Opposition das grundsätzlich vom obrigkeitstaatlichen Polizeiverständnis unterschiedene Selbstverständnis der neuen Polizeieinheit. Aus bürgerlich-agrarischer Sicht hatte sie deshalb auch bei ihrer ersten Bewährungsprobe, der kommunistischen Märzaktion Ostern 1921 und hierin eingeschlossen dem kommunistischen Generalstreikversuch in Gotha, zwangsläufig versagen müssen. Noch während des Stattfindens des Streiks hieß es im sozialdemokratischen Parteiblatt Jenas: »Gewisse interessierte Kreise in Gotha verbreiten die unglaublichsten Nachrichten über das Versagen der Landespolizei, über die Ausdehnung des Streiks und Störungen des Bahnbetriebes, die meist völlig unwahr, teils stark übertrieben sind.«<sup>406</sup>

Tatsächlich war die Lage in Thüringen jedoch im Unterschied zur mitteldeutschen Industrieregion nicht eskaliert und es ist kein einziger Schuss gefallen. Aus Sicht der Landesregierung war dies vor allem auf die Besonnenheit der übergroßen Mehrheit der sozialistischen Arbeiterschaft zurückzuführen, die den kommunistischen Streikaufrufen nicht gefolgt war. Hierzu hatte ebenso die Zurückhaltung der Staatsmacht nicht nur in Gotha beigetragen. Einem mit den Verhältnissen in Nordthüringen vertrauten sozialistischen Regierungsvertreter sei es gemeinsam mit den Ortskartellen der Gewerkschaften gelungen, entsprechende Vereinbarungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zu treffen. »Die Ortsausschüsse erklärten, gegenüber allen Provokationen, woher sie auch

<sup>406</sup> Das Volk, 29.03.1921. Das Gothaer Landespolizeikommando hatte sich deshalb veranlasst gesehen, öffentlich gegen die Vorwürfe Stellung zu nehmen: »Infolge der in Gotha verbreiteten Gerüchte hat am Sonnabend die [Landes-, M. H.]Polizeiabteilung Gotha eine Beamtenversammlung gehabt, die zu dem Ergebnis führte, dass heute, Montag, eine Kommission bei der Gebietsvertretung erschienen ist, die folgende Erklärung abgegeben hat: »Die Gerüchte, dass die Landespolizei mit den Kommunisten im Bündnis stehe oder in unzulässiger Verbindung, sind erfunden, wie auch die Behauptung erfunden ist, dass eine Versammlung stattgefunden hat, die sich mit 96 oder 98 Prozent Stimmenmehrheit für die Kommunisten ausgesprochen habe. Eine solche Versammlung hat überhaupt nicht stattgefunden. Die Kommission erklärt im Namen der gesamten Beamtenschaft, dass die Polizeiabteilung Gotha getreu ihrem Eide auf dem Boden der Verfassung steht und es ablehnt, einen Umsturz zu begünstigen, vielmehr bereit ist, jedem Umsturzversuch, mag er kommen von welcher Seite er will, getreu ihrem Eide mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten. Im Verfolg der Ereignisse haben von 110 Beamten der Landespolizeiabteilung Gotha (die erst seit sieben Wochen überhaupt existiert) nur 5 Beamte Anlass zur Klage gegeben. Die Untersuchung gegen diese Beamten ist eingeleitet. Der Befehlshaber der Landespolizei hat sie bis zum Abschluss der Untersuchung zur Disposition gestellt, was beweist, dass einerseits gegen etwaige Verfehlungen gebührend eingeschritten wird, andererseits, dass die überwiegende Masse der Beamten ehrlich ihre Pflicht getan hat.« Thüringer Tageszeitung, 04.04.1921.

kommen würden, diesen kalt entgegenzutreten.«<sup>407</sup> Sie baten jedoch zunächst, von einem Einsatz der Landespolizei abzusehen, was der Regierungsvertreter zusagte und den Arbeitervertretern deren republikanische Zuverlässigkeit versicherte.<sup>408</sup>

Dass es im Zusammenhang mit den Gothaer Ereignissen Ostern 1921 gegen den Befehlshaber der Thüringer Landespolizei Müller-Brandenburg nachfolgend zu einer Untersuchung des Reichsinnenministeriums kam, hatte seine Ursache in der Verkettung vorangegangener Fehlentscheidungen in seiner Personalpolitik, dem hieraus entstandenen individuellen Missmut eines oder mehrerer tatsächlich oder vermeintlich Benachteiligter und deren Verleumdungen gegen die Führung der Landespolizei. Begleitet wurde diese Untersuchung von einer umfassenden Kampagne der Rechtspresse nicht nur gegen Müller-Brandenburg, sondern letztlich gegen den Innenminister und die Landesregierung.<sup>409</sup> In der Landespolizei hätten sich kommunistische Umtriebe bemerkbar gemacht, sei offen der Anschluss an Moskau, die »Diktatur des Proletariats« und für die Aufrichtung der Räterepublik propagiert worden. »Während der Unruhen in Mitteldeutschland hat die Thüringische Landespolizei vollkommen versagt.«<sup>410</sup> Es sei unverständlich, dass der Innenminister gegen den bisherigen Leiter der Landespolizei lediglich ein Disziplinarverfahren eingeleitet habe. »Es handelt sich um Straftaten, die vor die ordentlichen Gerichte, und um die Anklage des Hochverrats, die vor das Reichsgericht gehört.«<sup>411</sup>

Mit allen Mitteln sei von der Reaktion bisher ergebnislos versucht worden, den Innenminister zu Fall zu bringen, nun werde sich an den Chef der Landespolizei gehalten,<sup>412</sup> konstatierte demgegenüber das Jenaer sozialdemokratische Parteiblatt. Die Frage sei nicht, was Müller-Brandenburg sich habe zu Schulden kommen lassen, sondern vielmehr, was er nicht getan hat. »Er hat die Landespolizei nicht zu einem Instrument der Konterrevolutionäre werden lassen. (Soweit das in seiner Macht stand.) Er hat nicht auf die Erwerbslosen bei ihrer Demonstration in Weimar schießen lassen und ließ den von der Rechten durch das Aufziehen des Bürgerblocks

<sup>407</sup> Das Volk, 24.03.1921.

<sup>408</sup> Das Volk, 24.03.1921.

<sup>409</sup> »Dem schwebenden Verfahren wollen wir natürlich nicht vorgreifen, nur das wollen wir heute schon betonen, dass mit dem Brandenburger auch der Brandensteiner steht und fällt.« Jenaische Zeitung, 23.04.1921.

<sup>410</sup> Jenaische Zeitung, 27.04.1921.

<sup>411</sup> Jenaische Zeitung, 27.04.1921.

<sup>412</sup> Das Volk, 22.04.1921.

am gleichen Tage inszenierten Zusammenstoß zwischen Bürgerbund und Erwerbslosen nicht zu blutigem Ausgang kommen.<sup>413</sup> Müller-Brandenburg hat in Thüringen während der letzten Putschtage keinen Schuss auf streikende Arbeiter abgeben lassen. Er hat nicht provoziert, nicht provozieren lassen. Müller-Brandenburg ist nach dem, was er nicht getan hat, reif, längst überreif, von der Reaktion geschasst zu werden. Denn er hat auch nicht mit Kapp, sondern wider ihn gekämpft. Müller-Brandenburg ist der Freund der werktätigen Thüringer Bevölkerung, der Arbeiter, der Angestellten und der Beamten (nicht der höheren allerdings!). Er ist der Polizemann der Republik.« Die Ruhe und Ordnung, die in Thüringen herrschen, seien sowohl der Reaktion als auch der Reichsregierung »unendlich verdächtig. Sollten sich die Arbeiter in Thüringen selbst regieren?«<sup>414</sup>.

Es muss an dieser Stelle offenbleiben, inwieweit es für die Landesregierung tatsächlich jene sachlichen Gründe waren, auf die August Frölich in seiner Rede auf dem MSPD-Bezirksparteitag am 28. Mai 1921 verwies,<sup>415</sup> die sie zur Trennung von Müller-Brandenburg veranlassten. Tatsache ist, dass der im September 1921 ins Amt des Innenministers gekommene Karl Hermann<sup>416</sup> Müller-Brandenburg Mitte 1923 wieder in seine Funktion als Leiter der Landespolizei einsetzte, nachdem sich die Hochverratsvorwürfe als unhaltbar erwiesen und alle weiteren Anklagen gegen ihn infolge der nach der Ermordung Walter Rathenaus erlassenen Amnestie fallen gelassen worden waren. »Man wollte den Republikaner und Sozialisten beseitigen und damit den ersten Stein aus dem sozialistisch-demokratischen Regierungsgemäuer herausreißen. Das ist gelungen.«<sup>417</sup> Die Erklärungen auf dem Thüringer demokratischen Parteitag, unter allen Umständen den Rücktritt Müller-Brandenburgs zu erzwingen, hätten die Machtverhältnisse zugunsten der Reaktion verschoben, sodass der Leiter der Landespolizei nicht mehr zu halten war, hieß es im Jenaer sozialdemokratischen Parteiblatt. Müller-

<sup>413</sup> Am 15. März 1921 war es in Weimar zu einer landesweiten Massendemonstration von Erwerbslosen gekommen. Die Situation auf dem Weimarer Markplatz spitzte sich am späten Nachmittag zu, als der lokale Bürgerbund sich zu einer Protestversammlung gegen den Versailler Vertrag versammelte. Da die herbeigerufene Polizei zahlenmäßig zu schwach war, hätte sie den Platz nur unter Einsatz von Waffengewalt räumen können, was sie jedoch unterließ. Dass es nicht zu einer Eskalation zwischen den beiden Gruppierungen kam, war letztlich dem Eingreifen des unabhängigen Sozialdemokraten Adam Bennowitz, der zugleich Beamter im Thüringer Innenministerium war, zu verdanken. Ihm gelang es mit einer Ansprache, alle Beteiligten zum Verlassen des Markplatzes zu bewegen. Das Volk, 16.03.1921.

<sup>414</sup> Das Volk, 22.04.1921.

<sup>415</sup> Das Volk, 31.05.1921

<sup>416</sup> Kellner, Michael: Im Ringen um kommunale Selbstverwaltung. Karl Hermann (1885–1973). In: Hesselbarth, Schulz, Weißbecker: Gelebte Ideen. S. 203–210.

<sup>417</sup> Das Volk, 06.06.1921.

Brandenburg erklärte hierzu, er habe am 29. Mai 1921 der sozialdemokratischen Landtagsfraktion versichert, er werde selbstverständlich zurücktreten, wenn durch seinen Fall der Fortbestand der Thüringer DDP-MSPD-Regierung gefährdet würde. Nachdem er von dem Ansinnen der Demokraten erfahren hatte, habe er sich gegenüber August Frölich und Innenminister von Brandenstein mit der auszusprechenden Kündigung einverstanden erklärt. »Ich falle als Sozialdemokrat aus politischen Gründen, etwaige andere Motive, die das Staatsministerium etwa verlauten sollte, sind nur verschleierte Gründe, die vor der Tatsache, dass ich als Sozialist erledigt werden soll, nicht Stich halten.«<sup>418</sup>

Infolge des Rücktritts Müller-Brandenburgs geriet die DDP-MSPD-Landesregierung in Person des Innenministers von Brandenstein jedoch weiter unter Druck. Dessen Versuch, die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen der gegen die Landespolizei gerichteten Vorwürfe zu erschüttern,<sup>419</sup> führte zum faktischen Bruch in der Regierungskoalition. »In sichtlicher sittlicher Empörung erklärte Ministerpräsident [Arnold] Paulssen<sup>420</sup> (DDP), dass das Gesamtministerium von der ganzen Sache keine Ahnung gehabt habe«<sup>421</sup> und er die Beantwortung der Anfrage des USPD-Abgeordneten Hermann durch den Minister missbillige und ablehne.<sup>422</sup> Infolge dessen erklärte von Brandenstein am 22. Juli 1922 seinen Rücktritt als Innenminister zum 5. Oktober 1921. Die Meinungsverschiedenheiten über die Enthüllungen und die Art der Entlarvung des für die Kampagne gegen die Landespolizei verantwortlichen Spitzels und Denunzianten waren zwischen von Brandenstein und den demokratischen Mitgliedern des Kabinetts nicht mehr zu überbrücken, hieß es im Jenaer MSPD-Blatt. »Herr v. Brandenstein hat sich angesichts der Alternative: Ausscheiden der demokratischen Kabinettsmitglieder oder Rücktritt v. Brandenstein dazu entschlossen, selbst die Konsequenzen zu ziehen.«<sup>423</sup>

<sup>418</sup> Das Volk, 06.06.1921.

<sup>419</sup> Von Brandenstein ließ in Beantwortung einer kleinen Anfrage des USPD-Abgeordneten Karl Hermann im Landtag ein medizinisches Gutachten über den ehemaligen Angehörigen der Landespolizei Lampl, den späteren Dramatiker Peter Martin Lampl (Leimbach: Landtag von Thüringen. S.170 FN36.), verlesen. I. ThLT. S.1851.

<sup>420</sup> Post, Bernhard; Wahl, Volker; Marek, Dieter (Hrsg.): Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995. S. 616/617.

<sup>421</sup> Jenaische Zeitung, 07.07.1921.

<sup>422</sup> »Es ging wie ein befreiendes Aufatmen bei dieser Erklärung des Herrn Paulssen durch den Saal, und nicht nur bei den Demokraten, sondern auch rechts hörte man Ausdrücke offener Zustimmung. Man darf gespannt sein, wie sich die Angelegenheit weiter entwickeln wird. Unter allen besonnenen Mitgliedern des Hauses herrschte nur die eine Meinung, dass es so nicht weiter gehen kann.« Jenaische Zeitung, 07.07.1921.

<sup>423</sup> Das Volk, 22.07.1921.

Aus rechtsoppositioneller Sicht war damit der Bruch innerhalb der Regierung jedoch kaum noch überbrückbar. Mit dem Verschwinden von Brandensteins werde noch keine Besserung der Verhältnisse eintreten, kommentierte die in Weimar erscheinende Rechtspresse. Für das Ziel, »eine Volksregierung auf breitester Grundlage zu schaffen, muss weiter gekämpft werden, denn nur dann ist eine wenigstens einigermaßen gedeihliche Entwicklung Thüringens möglich. In diesem Sinne werden wir unseren Kampf, in dem die Beseitigung Müller-Brandenburgs und Brandensteins Vorpostengefechte waren, fortsetzen«<sup>424</sup>.

Mit dieser Ankündigung wird kenntlich: Die bürgerlichen Zeitungen und vor allem die dezidierte Rechtspresse waren keine neutralen Beobachter, sondern müssen als Teil der antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz mit eigenen Interessen und Ambitionen ernst genommen werden, wie umgekehrt auch die sozialdemokratischen und kommunistischen Blätter als Teil und Akteure im sozialistischen Milieu zu betrachten sind. Insofern wäre die Rolle, die die Rechtspresse im Kampf der Rechtsopposition gegen die Thüringer MSPD-DDP-Landesregierung und ab Oktober 1921 gegen die sozialdemokratische Regierung unter August Frölich spielte, ein eigenes Kapitel wert.

Zwei Aspekte sollen hier lediglich angedeutet werden. Nicht nur bürgerlich-agrarische Zeitungsredaktionen und Journalisten – ob parteigebunden oder nicht –, sondern auch privat betriebene Korrespondenzen wie die des *Bürgerbundes Weimar* mischten im Meinungs- und Mobilisierungskampf mit. Anfang September 1921 zitierte das Jena sozialdemokratische Parteiblatt aus einem Schreiben des Leiters der sogenannten BB-Korrespondenz, eines außer Dienst gestellten ehemaligen Reichswehroffiziers, der sich am 14. März 1920 aktiv am Putsch gegen die Landesregierung in Sachsen-Altenburg beteiligt hatte.<sup>425</sup> »Die BB-Korrespondenz wurde von interessierter Seite seiner Zeit ins Leben gerufen, als es notwendig wurde, den Kampf gegen das System Brandenstein auf breitere Grundlage zu stellen. Der Erfolg unserer Tätigkeit, die stets im engsten Einvernehmen mit den parlamentarischen Vertretern des Bürger- und Bauernbundes erfolgte, ist Ihnen bekannt. Auch jetzt, während des Wahlkampfes, sind wir auf Wunsch und mit Unterstützung derselben Kreise bereit, unser reiches Material(!) auch wieder völlig kostenlos in Form von kleinen Aufsätzen und Mitteilungen

<sup>424</sup> Thüringer Tageszeitung, 24.07.1921.

<sup>425</sup> Das Volk, 03.09.1921.

der bürgerlichen Presse zur Verfügung zu stellen, und bitten Sie, davon recht ausgiebig Gebrauch machen zu wollen.«<sup>426</sup>

Bürgerlich-agrarische Abgeordnete unterstützten solche Korrespondenzen nicht nur, sie beteiligten sich offenkundig aktiv an deren Tätigkeit, nutzten so diese Form für die Verbreitung ihrer eigenen Sichten auf bestimmte Sachverhalte und bedienten sich damit der Presse auch zum Anheizen der politisch-gesellschaftlichen Atmosphäre. Am 8. April 1921 bat der MSPD-Abgeordnete Paul Kieß zu Beginn der Nachmittagssitzung des Thüringer Landtages um das Wort zur Geschäftsordnung, um ein von ihm im Plenarsaal aufgefundenes Blatt Papier seinem rechtmäßigen Besitzer zurückzugeben. Dass es sich bei dem Besitzer um einen Kollegen der Rechtsfraktion handeln musste, schien für Kieß keine Frage zu sein. Das Blatt enthielt eine Pressenotiz, die mit dem Kürzel PP überschrieben war. Unter diesem Zeichen erschienen in der Thüringer Rechtspresse eine Vielzahl von landespolitischen Artikeln und Kommentaren der Agentur *Pons Pressezentrale*<sup>427</sup>, die es aus sozialdemokratischer Sicht, diplomatisch formuliert, mit den Tatsachen nicht so genau nahmen. »Wir stehen«, hieß es in der Notiz, »unmittelbar, wenn nicht alle Zeichen unser sternenunkundiges Auge trügen, vor dem Sturz der sozialistisch-demokratischen Regierung des Landes Thüringen. In der heutigen Landtagssitzung brachte nämlich Abgeordneter Dr. Witzmann mit seinen übrigen nationalen Kollegen aus Gotha eine Interpellation ein, in der unzweideutig klare Worte für das Verhalten der Landesregierung zu den unerhörten Vorgängen der Kommunisten-Tage in Gotha gesprochen werden. Da das Vertrauen zur jetzigen Landesregierung, wie sattsam bekannt ist, eben kein Vertrauen ist, so steht zu erwarten, dass nunmehr die Bombe platzt.«<sup>428</sup> Bemerkenswert ist, dass aus den Reihen der Rechtsfraktion jeglicher Hinweis auf die ebenso theoretisch denkbare Möglichkeit der Urheberchaft der Notiz durch einen Pressevertreter unterblieb. Diese hatten bis 1932 freien Zugang zum Plenarsaal, in dem sich auch ihre Arbeitsmöglichkeiten befanden.<sup>429</sup> Stattdessen berichtete das Jenaer sozialdemokratische Parteiblatt von betretenen Gesichtern in den Reihen der Rechtsfraktion, während ihr Abgeordneter Dr. Witzmann »einen glühend roten Kopf bekam, sodass jede Bogenlampe neidisch auf ihn gewesen sein mag«<sup>430</sup>.

<sup>426</sup> Das Volk, 03.09.1921.

<sup>427</sup> Leimbach: Landtag von Thüringen. S. 448.

<sup>428</sup> I. ThLT. S. 1380.

<sup>429</sup> Leimbach: Landtag von Thüringen. S. 447/448.

<sup>430</sup> Das Volk, 09.04.1921.

Tatsächlich war mit dem angekündigten Rücktritt von Brandensteins das Ende der demokratisch-mehrheitssozialdemokratischen Minderheitsregierung absehbar geworden, da die vier kommunistischen Landtagsabgeordneten ihre Tolerierung beendeten. Auf dem außerordentlichen KPD-Bezirksparteitag am 18. Juni 1921 in Jena erklärte Albin Tenner in seinem Referat zur Landespolitik, dass »formal gegen Müller-Brandenburg nichts einzuwenden ist, alle Beschuldigungen fielen in sich zusammen«<sup>431</sup>. Er müsse fallen, weil er auch »radikale« Arbeiter in die Landespolizei aufgenommen habe. »Die bisherige Thüringer Regierung hat die Maske, eine liberale Regierung zu sein, abgeworfen und die Frage steht, ob wir Kommunisten eine solche Regierung noch weiter gewähren lassen und wie stellen wir uns zu Neuwahlen in Thüringen.«<sup>432</sup>

Rückblickend auf die Ereignisse im Sommer 1921 erklärte Tenner in der konstituierenden Sitzung des 11. Thüringer Landtages, es sei die »dauernd steigende reaktionäre Haltung besonders der Demokraten«<sup>433</sup> gewesen, die die KPD-Abgeordneten veranlasst hätten, gegen das Grundsteuergesetz zu stimmen und damit das Ende der DDP-MSPD-Landesregierung herbeizuführen. »Denn gerade durch diesen erzwungenen Rücktritt Brandensteins haben die Demokraten gezeigt, dass sie der Rechten, der Reaktion zuliebe jede Konzession machen werden und dass sie die arbeitende Bevölkerung dauernd provozieren werden, nur um der Rechten gefällig zu sein. Eine solche Politik konnten wir selbstverständlich durch Neutralität nicht mehr unterstützen.«<sup>434</sup> Im Herbst 1922 bemerkte er, Thüringen wäre zugrunde gegangen, wenn die kommunistischen Abgeordneten nicht dafür gesorgt hätten, dass die damalige unfähige Landesregierung gestützt wurde. »Das hat uns Thüringen zu danken, dass wir in dem Augenblicke, den wir für den günstigen hielten, die unfähige bürgerliche Landtagsmehrheit beseitigt und eine arbeitsfähige sozialistische an die Stelle gesetzt haben.«<sup>435</sup>

<sup>431</sup> Neue Zeitung, 21.06.1921.

<sup>432</sup> Neue Zeitung, 21.06.1921.

<sup>433</sup> II. ThLT. S. 20.

<sup>434</sup> II. ThLT. S. 20.

<sup>435</sup> II. ThLT. S. 3086. Rückblickend bestätigte auch Karl Hermann die zunehmend »reaktionäre« Politik der MSPD-DDP-Minderheitsregierung. »Die politischen Gegensätze, die sich in dieser Regierung vorfinden, ließen ihre Arbeiten nicht recht von statten gehen. Die Demokraten betätigten sich recht energisch nach der Richtung, ja keine Maßnahmen treffen zu lassen, durch die das thüringische Volk »dem Sozialismus entgegen« geführt werden könnte. Sie übersahen völlig, dass die für den Aufbau des Landes Thüringen von den Sozialdemokraten aufgestellten Forderungen der Waffenkammer der bürgerlichen demokratischen Revolutionäre alter Schule entstammten. Für die Sozialdemokraten war es bei der Entscheidung über prinzipielle Fragen oftmals widerlich, mit anhören zu müssen, wie die Demokraten erklärten, dass sie die Angelegenheit eben mit den bürgerlichen Rechtsparteien des Landtages erledigen müssten, wenn die Sozialdemokraten auf ihren Forderungen bestehen bleiben sollten. Diese nach rückwärts orientierte Politik der Demokraten machte nicht nur ein erfolgreiches

**FALLBEISPIEL 2 – REPUBLIKSCHUTZ**

Am 19. Dezember 1922 brachten die drei Rechtsfraktionen im 11. Thüringer Landtag einen Misstrauensantrag gegen die beiden Minister Karl Hermann und Max Greil ein.<sup>436</sup> Konkret lautete der Vorwurf an die sozialdemokratische Landesregierung in Person ihrer beiden Kabinettsmitglieder, sie habe nach der Ermordung des Reichsaußenministers Walter Rathenau am 24. Juni 1922 durch Angehörige der od das Anliegen des Schutzes der Republik zur Absicherung ihrer eigenen Parteiherrschaft missbraucht. Ihre Maßnahmen seien weit über das hinausgegangen, »was in anderen deutschen Ländern, selbst solchen mit sozialdemokratischer Mehrheit, geschehen ist«<sup>437</sup>. Die von ihr verhängten Verbote vaterländischer Organisationen und rechtsgerichteter Zeitungen wären ebenso unzulässig gewesen wie ihre Versuche, die Beamten- und insbesondere die Lehrerschaft »einzuschüchtern«. Einen Anlass für diese Maßnahmen habe es in Thüringen nicht gegeben. Im Gegenteil, Unruhen und Ausschreitungen seien im Sommer 1922 von der Linken ausgegangen.

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Attentats auf Walter Rathenau war von der Thüringer Landesregierung der Ausnahmezustand verhängt und damit die verfassungsmäßigen Rechte weitgehend außer Kraft gesetzt worden.<sup>438</sup> Sie verbot mehrere rechtsextremistische Organisationen, so u. a. den *Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund*<sup>439</sup>, den *Jungdeutschen Orden*<sup>440</sup> und schließlich auch die NSDAP.<sup>441</sup> Die Landesregierung war bei ihren Maßnahmen zunächst davon ausgegangen, dass es sich bei der Ermordung Rathenaus um den Auftakt zu einer gezielt vorbereiteten Aktion gegen die Republik handeln könnte, die sie in Zusammenhang mit den für den 28. Juni 1922, dem dritten Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, geplanten Massenkundgebungen rechtsgerichteter und monarchistischer Verbände brachte.<sup>442</sup> Am 4. Juni 1922 war ein Attentat auf den

parlamentarisches Arbeiten unmöglich, sie ließ selbst im Kabinett ursprünglich als richtig erkannte Grundsätze im Verlaufe der Verhandlungen aufgeben und fallen.« Das Volk, 07.07.1923.

<sup>436</sup> II. ThLT. Drucksachen (nachfolgend Drs.) Nr. 845. S. 1113.

<sup>437</sup> II. ThLT. S. 3981. Demgegenüber hat die historische Forschung konstatiert: »Bis Anfang August [1922, M.H.] waren insgesamt 43 Rechtsorganisationen aufgrund der Bestimmungen der Republiksschutzverordnung in mindestens einem Land aufgelöst worden; die meisten Aufhebungen sprachen Hamburg und Sachsen aus.« Sabrow: Die verdrängte Verschwörung. S. 98.

<sup>438</sup> Gesetzssammlung für Thüringen 1922. Dritter Jahrgang. Weimar o. J. S. 191. Nr. 20.

<sup>439</sup> Krebs, Willi: *Deutsch-Völkischer Schutz- und Trutzbund (DSTB) 1919–1922 (1924)*. In: Fricke, Dieter (Hrsg.): *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945) in vier Bänden. Bd. 2*. Leipzig 1984. S. 550–558.

<sup>440</sup> Gesetzssammlung 1922. S. 191. Nr. 20.

<sup>441</sup> Zu den Anfängen der Hitler-Partei in Thüringen. Tracy, Donald R.: *Der Aufstieg der NSDAP bis 1930*. In: Heiden, Mai (Hrsg.): *Nationalsozialismus in Thüringen*. S. 49–58 (S. 49–72).

<sup>442</sup> Der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 beendete formal den Ersten Weltkrieg und besiegelte damit

führenden Sozialdemokraten Philipp Scheidemann<sup>443</sup> erfolgt. Deshalb hatte sie unmittelbar nach der Mordtat umfassende Republikschutzmaßnahmen eingeleitet.<sup>444</sup>

Die hierauf folgende bürgerlich-agrarische Kritik, die von der sozialdemokratischen Thüringer Landesregierung ergriffenen Maßnahmen zum Schutz der Republik seien einseitig parteipolitisch motiviert,<sup>445</sup> erklärt sich in ihrem Kern nur dann, wenn das ihr zugrundeliegende Verfassungsverständnis offengelegt wird. Verfassungstreue interpretierten große Teile des Bürgertums und der Bauernschaft als Treue zum Staat, nicht zu der in der Weimarer Verfassung festgelegten republikanischen Staatsform. Sehr deutlich geht das aus einem Zwiegespräch zwischen August Frölich und dem deutschnationalen Abgeordneten Emil Herfurth<sup>446</sup> während der Landtagsdebatte am 27. November 1923 hervor. Er vertrete den Standpunkt, erklärte der Ministerpräsident, dass, »wenn man nicht die besten Deutschen, wenn man nicht Erzberger und Rathenau ermordet hätte, dann wäre es besser um das Deutsche Reich bestellt als heute«<sup>447</sup>. Nachdem nun die Rechte wieder hochgekommen sei und glaube, aufgrund der wirtschaftlichen Notlage die Republik unterkriegen zu können, meine sie auch erzählen zu müssen, »was alles Böses wir verbrochen haben nach dem Rathenau-morde. Wir haben damals unsere Pflicht getan und auch in der Vergangenheit unsere Dienste an der Republik so geleistet, wie es der Republik gegenüber notwendig war.« Die Republikaner könnten indes darauf verzichten, dass sich die Rechte jetzt als Schützer der Verfassung, als Schützer der Republik aufspielen wolle. Auf den Zwischenruf des Abgeordneten

die Niederlage Deutschlands. Kolb: Die Weimarer Republik. S. 23–37. Er bedeutete zugleich das Ende der in Deutschland bis zum Frühjahr 1919 weit verbreiteten Illusionen auf einen erträglichen Frieden, für den die bis dahin treu zu Wilhelm II. stehenden bürgerlichen, kleinstädtischen und bäuerlichen Bevölkerungsteile im Herbst 1918 nicht nur ihren Kaiser geopfert, sondern auch der Novemberrevolution, die die Monarchie durch die Republik ersetzte, keinen Widerstand geleistet hatten. Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 31/32. Der Vertrag beinhaltete für Deutschland große territoriale, materielle und finanzielle Verluste und legte seinem Militär harte Beschränkungen auf. Die politische Rechte entfaltete ab dem Frühjahr 1919 eine umfassende publizistische Offensive und Versammlungstätigkeit gegen den sogenannten »Schmachfrieden«, die sich mit antisozialistischer und antisemitischer Hetze verband. Exemplarisch hierzu auch die Situation in Weimar. Faludi, Christian: 1920 in Weimar. Das Ringen um Normalität. Wiesbaden 2021. S. 42–57.

<sup>443</sup> Schmersal, Helmut: Philipp Scheidemann (1865–1939). Ein vergessener Sozialdemokrat. Frankfurt a. M. 1999.

<sup>444</sup> II. ThLT. S. 2645/2646.

<sup>445</sup> »Bedauerlich aber war, dass die tiefgehende und echte Empörung über die unselige Tat von den Linksparteien für ihre politischen Zwecke ausgenutzt wurde. Das gab dem Glauben an die Echtheit der moralischen Entrüstung bei ihnen einen schlimmen Stoß. [...] Das Verbot der vaterländischen Verbände musste aber in Thüringen deshalb besonders empören, weil diese Verbände die Sicherheit und Ordnung im Staate nicht störten, sondern ganz im Gegenteil sie stützten.« Witzmann: Thüringen. S. 84/85.

<sup>446</sup> Lengemann: Handbuch. S. 328–330.

<sup>447</sup> II. ThLT. S. 5828.

Herfurth: »Ihrer Republik!«, warf Frölich, der ihn offenkundig nicht richtig verstanden hatte, Heuchelei vor, denn Herfurth habe sich bisher stets »als Gegner der Republik aufgespielt«. Darauf antwortete der Angesprochene: »Aber doch nicht als Gegner der Verfassung [...]. Das ist doch etwas wesentlich Verschiedenes, Republik und Verfassung.«<sup>448</sup>

In der Ablehnung der Republik waren sich weite Teile des Bürgertums bis hin zur extremen Rechten einig, gestritten wurde über den Weg zu ihrer Beseitigung, ob legal<sup>449</sup> oder mit dem Mittel der Gewalt. Dass bürgerliche Politiker wie der DVP-Landtagsabgeordnete Georg Witzmann Gewalttaten im Allgemeinen und die Ermordung Rathenaus im Besonderen abgelehnt und als verabscheuungswürdig verurteilt<sup>450</sup> haben, war durchaus aufrichtig und als ehrlich gemeint. Ihre Mitverantwortung für jene politische Atmosphäre, in der politischer Mord zu einem Kampfmittel gegen die Republik wurde, blendeten sie – ob bewusst oder unbewusst – indes aus. Es sei seitens der Linken nicht nur unsinnig, sondern »verbrecherisch«, dem »politischen Gegner die Schuld an diesem Bubenstück in die Schuhe schieben zu wollen«, <sup>451</sup> hieß es dementsprechend in der Weimarer Rechtspresse unmittelbar nach der Ermordung des Reichsaußenministers. Die Sturm- szenen im Reichstag gegen die DNVP<sup>452</sup> hätten einen ruhigen Beobachter in ihrer Echtheit kaum überzeugen können. Alle Republikgegnerinnen und -gegner zu Opfern einer Kampagne von links stilisierend, meinte das Blatt, als »vogelfrei soll fortan jeder gelten, der nicht die geheiligte Hoffnung der republikanischen Parteien des Reichstages vertritt, die vorgeben sich auf die Mehrheit des deutschen Volkes zu stützen und die doch wissen, dass diese Mehrheit mit jedem Tage geringer wird und vielleicht an diesem Tage, da der tödliche Schuss auf Rathenau fiel, schon gar nicht mehr bestand«<sup>453</sup>.

Jetzt, nach dem Mord an Rathenau, schrieb Emil Fuchs ebenfalls unter dem unmittelbaren Eindruck der Tat, »erleben wir es, dass uns von allen Seiten versichert wird: ›Wir haben das nicht gewollt! Wir sind unschuldig

<sup>448</sup> II. ThLT. S. 5828.

<sup>449</sup> »Wir halten in Treue an dem monarchistischen Gedanken fest, erachten aber die Wiederaufrichtung der Monarchie nur auf der festen Grundlage eines geeinten Volkes für durchführbar.« Entschließung des Thüringer DNVP-Landesparteitages vom 24.11.1920. Thüringer Tageszeitung, 26.11.1920.

<sup>450</sup> Witzmann: Thüringen. S. 83.

<sup>451</sup> Thüringer Tageszeitung, 27.06.1922.

<sup>452</sup> Sabrow: Die verdrängte Verschwörung. S. 92/93.

<sup>453</sup> Thüringer Tageszeitung, 27.06.1922. Absichtsvoll verschwieg dieser Kommentar die zunehmende antisemitische Hetze deutschnationaler und völkischer Kreise gegen Rathenau seit Anfang der 1920er-Jahre, die ihn »von Monat zu Monat stärker zur Inkarnation einer internationalen jüdisch-kapitalistischen Verschwörung gegen Deutschland« gemacht hatte. Sabrow: Die verdrängte Verschwörung. S. 22.

**[...] Herfurth habe sich bisher stets »als Gegner der Republik aufgespielt«. Darauf antwortete der Angesprochene: »Aber doch nicht als Gegner der Verfassung [...]. Das ist doch etwas wesentlich Verschiedenes, Republik und Verfassung«.**

an diesem Morde. Schlimm ist es, dass diese verantwortungslose Hetze von links einsetzt. – Das zeigt, dass man überall noch nicht einsieht, was man getan hat, also bereit ist, es weiter zu tun!«<sup>454</sup>. Indem sich jedoch die »sogenannte gebildete Schicht« ihren gehässigen antirepublikanischen/antidemokratischen Stimmungen und Leidenschaften immer weiter hingeebe, so Fuchs, sei in ihrer Mitte eine Gedanken- und Gefühlswelt entstanden, »die sachliches Urteil, gerechtes Abwägen auch der Rechte des Gegners, Verstehen für seine Gründe und Ziele, Achtung vor der tüchtigen und ehrlichen Persönlichkeit im anderen Lager immer weniger möglich macht«. Infolgedessen existiere in Teilen des Bürgertums eine »un glaubliche Rohheit der Gesinnung, des Wortes und der Tat«, die als solche jedoch überhaupt nicht empfunden werde. Von einigen Ausnahmen abgesehen, habe die große Mehrheit der »sogenannten ›Gebildeten‹« daran mitgewirkt, eine »Stimmungswelt und selbstverständliche Rohheit zu züchten, aus der der Verschwörergeist und der Meuchelmord seinen inneren Ansporn, das Gefühl der Berechtigung und dadurch die Ermunterung nimmt und in der er dann wieder seinen Schutz findet«. Gespräche zu belanglosen Dingen seien oft »gespickt mit Bemerkungen über die ›nette Regierung‹, die ›Roten‹, das ›glänzende Verdienen der Arbeiter‹, die ›Juden‹ und ›Judenherrschaft‹«. Wenn dann einem andersdenkenden Demokraten oder Sozialisten »die Geduld reißt und der politische Krach da ist«, dann sind »der Demokrat oder der Sozialist, der sich zur Wehr setzte, der Störer der Gemütlichkeit«. In weiten Kreisen des Bürgertums, konstatierte Fuchs weiter, habe sich die Einstellung entwickelt: »Was gegen die Linke, gegen die Juden geht, das ist recht, wer mit ihnen geht, ist ein schlechter Kerl. Dann lächelt man über die antisemitischen Rohheiten der Jugend, und betrachtet ihr renommistisches Verschwörertum als vaterländische Begeisterung. – Wie weit ist noch der Weg zum Meuchelmord?« Wenn Universitätsprofessoren, Pfarrer, Richter, Lehrer und Oberlehrer zu einer sachlichen Urteilsbildung in den entscheidenden Zeitfragen nicht mehr fähig sind, seien sie, so abschließend Fuchs, »höchst zwecklose«, aber »durch ihre ererbte Autorität höchst gefährliche – Persönlichkeiten«. Ihr Verhängnis sei, dass sie immer noch nach dem Ideal »Gott, König, Vaterland!« lebten. Es handle sich bei jenen, die dies tatsächlich und wirklich empfänden, meistens um sehr tüchtige Menschen, denen jedoch ein Ziel vorschwebte, das durch die geschichtliche Entwicklung weit überholt sei. »Man kann nicht mehr im alten Planwagen zur Messe fahren und dabei im 20. Jahrhundert Großkaufmann sein.«<sup>455</sup>

<sup>454</sup> Das Volk, 05.07.1922.

<sup>455</sup> Das Volk, 05.07.1922.

Die enge geistige und organisatorische Verbindung zwischen dem Bürgertum und der extremen Rechten lässt sich exemplarisch am Jungdeutschen Orden (Jungdo) zeigen. Er »war ein aus einer Zeitfreiwilligeneinheit hervorgegangener, von der nationalistisch-völkischen Jugendbewegung beeinflusster militaristischer Verband, der die Arbeiterbewegung bekämpfte und sich in seinen äußeren Formen stark an die Traditionen des mittelalterlichen *Deutschen Ordens* anlehnte«. <sup>456</sup> Ihren Ausgangspunkt hatte die Organisation in Kassel. Hier war vom ehemaligen kaiserlichen Offizier Artur Mahraun Anfang 1919 ein Zeitfreiwilligenverband mit dem Ziel der Niederschlagung der revolutionären Rätebewegung gegründet worden. Mitte März 1920 wurde der Verband zu einer zivilen politischen Organisation umgebildet. Zu ihren führenden Köpfen zählte in ihrer Anfangszeit der Marineoffizier von Selchow, dessen Einheit für die Ermordung von fünfzehn Arbeitern während des Rachefeldzuges der Reichswehr gegen die westthüringische Arbeiterschaft nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches im März 1920 verantwortlich war. <sup>457</sup> »Mit dem Attribut ›jungdeutsch‹ hofften die Gründer, fortschrittliche Traditionen des 19. Jh. zur Verschleierung des reaktionären Charakters ihrer Vereinigung ausnutzen zu können.« Programmatisch verkündete der Jungdo, den Wiederaufstieg Deutschlands erkämpfen und schützen sowie für Ruhe und Ordnung sorgen zu wollen. Die heranwachsende Jugend wollte der Orden »im Geist des Frontsoldatentums erziehen« <sup>458</sup>.

Anfang 1922 existierten in Thüringen 29 Ortsverbände bzw. »Bruderschaften«, die Gothaer Gruppe war mit ca. 500 aktiven und schätzungsweise bis zu 2000 zahlenden Mitgliedern die stärkste. <sup>459</sup> »Ausgangspunkt der organisatorischen Entwicklung des Jungdo in Gotha war die ›Sturmkompanie‹ der Bürgerkriegsphase.« <sup>460</sup> Die Männer der Märzkämpfe 1920 galten nach dem Kapp-Putsch im lokalen Bürgertum als Helden, deren Vorgehen gegen die Arbeiter weder infrage gestellt, noch kritisch diskutiert wurde. »Im Gegenteil, man war den Männern dankbar und nahm sie gegen den Hass und die Vorwürfe der Arbeiter in Schutz.« <sup>461</sup> In Gotha war

<sup>456</sup> Finker, Kurt: Jungdeutscher Orden (Jungdo) 1920–1933. In: Fricke, Dieter (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945) in vier Bänden. Bd. 3. Leipzig 1985. S. 138 (S. 138–148).

<sup>457</sup> Heitner, Dietrich; Schulze, Adelheid: Die Morde von Mechterstädt 1920. Zur Geschichte rechtsradikaler Gewalt in Deutschland. Berlin 2015.

<sup>458</sup> Finker: Jungdeutscher Orden. S. 138/139.

<sup>459</sup> Matthiesen: Bürgertum und Nationalsozialismus. S. 113.

<sup>460</sup> Ebenda. S. 114.

<sup>461</sup> Ebenda.

es dem Jungdo gelungen, das gesamte bürgerliche Bevölkerungsspektrum bis hin zur extremen Rechten anzusprechen. »Nahezu keine bürgerliche Versammlung, selbst von überwiegend unpolitischen Vereinen, kam nach 1921 ohne die jungdeutsche Volksgemeinschaftsrhetorik mit ihren völkischen Gedanken aus.«<sup>462</sup>

Wenngleich der Jungdo nicht offen antisemitisch auftrat, hatte die Verknüpfung seiner Ideologie mit völkischen Gedanken eine entsprechende Konsequenz. Der Wiederaufstieg Deutschlands »sollte aus dem ›Volkstum‹ kommen, daran konnten somit nur Deutsche mitwirken und dieser Begriff war nach rassischen, biologistischen Gesichtspunkten definiert. Juden war eine Mitgliedschaft daher verboten«. Für jene Landwirte im Raum Gotha, die dem Antisemitismus anhingen und sich nach der Revolution verstärkt dem Antisozialismus zugewandt hatten, war der Jungdo ebenso anziehend wie für große Teile der Kirche. Besonders »die konservativen Pastoren des Umlandes aber auch die der Stadt wandten sich ihm zu und verstärkten über ihr eigenes Ansehen, ihre hohe Glaubwürdigkeit und ihre Vertrauensstellung in weiten Teilen der Bevölkerung die Bedeutung des Ordens«. <sup>463</sup> Wenngleich sich mit dem Jungdo unterschiedliche Motive verbanden – für spätere Nationalsozialisten wie Paul Hennicke<sup>464</sup> war es der Kampf gegen die Linke, für Liberale wie den Gothaer Oberbürgermeister Liebetrau, den Abgeordneten Witzmann und andere das idealistische Streben nach dem Wiederaufstieg Deutschlands oder auch die nationalistisch überhöhte Idee der bürgerlichen Vorherrschaft: »Sie alle standen jedoch ein- und derselben Organisation nahe oder gehörten ihr an, sie alle wurden vom Nationalismus des Jungdo angesprochen, er überwand die Partei- und Milieugrenzen. Der Wehrverband integrierte Schichten, politische Richtungen und Ideenströmungen, die bis dahin noch nie in einer Organisation aufgetreten waren, er nivellierte Gegensätze ohne Mühe und verwirklichte fast ideal die Idee von der Sammlung des Bürgertums, der starken nationalistischen und parteiübergreifenden Kraft gegen die Arbeiterparteien. Der Orden bildete das außerparlamentarische Pendant zum Bürgerbund auf kommunaler Ebene und zu den Bündnissen von DVP, DNVP und Landbund auf Landesebene.«<sup>465</sup>

<sup>462</sup> Ebenda.

<sup>463</sup> Ebenda. S. 116.

<sup>464</sup> Lengemann: Handbuch. S. 321–324.

<sup>465</sup> Matthiesen: Bürgertum und Nationalsozialismus. S. 117.

Der erste Leiter »des Gothaer und des Thüringer Jungdo war der Postdirektor Otto Zangemeister, somit ein Reichsbeamter. Er hatte sich in führender Stellung in der ›Sturmkompanie‹ betätigt und war in der Stadt als ehemaliger Alldeutscher, Antisemit und radikaler Nationalist bekannt«<sup>466</sup>. Zangemeister gehörte Anfang Mai 1922 zu den Gründern und Führern einer ersten NSDAP-Ortsgruppe, die sich aus Mitgliedern des Jungdo zusammensetzte. »Die NSDAP verbarg sich [in Gotha] bis 1924 unter dem Dach des Jungdo, erst dann trat sie selbstständig auf.«<sup>467</sup> Zangemeisters Agieren Ende Juni/Anfang Juli 1922 bildete den Ausgangspunkt einer massiven Kampagne gegen die sozialdemokratische Thüringer Landesregierung, die die antisozialistische Bürger- und Bauernallianz im weiteren Verlauf der Entwicklung letztlich bis zum Herbst 1923 fortsetzte. Am 29. Juni 1922 hatte er an das Reichsinnenministerium telegraphiert, die Landesregierung »geht in Thüringen gegen auf dem Boden der Verfassung stehende Verbände in rigoroster Weise vor. Haussuchungen, Verhaftungen, Aufpeitschungen des Volkes durch wahrheitswidrige Darstellungen im Landtag und Presse, wüste Schlägereien in Saalfeld, Gräfenthal, Rudolstadt, bevorstehend in Gotha. Überall Terror, Vogelfreiheit der bewussten vaterländischen Deutschen. Ich trage als ein Führer des Jungdeutschen Ordens in Thüringen große Verantwortung für die Mitglieder. Bitte dringend einzugreifen. Berichte über angeblichen Waffenfund bei mir brechen vollständig zusammen. Stimmungsmache. Beantrage sofortiges Einrücken von Militär nach Gotha, weil Behandlung der Staatsbürger nur einseitig, parteipolitisch, also Anarchie«<sup>468</sup>.

Vier Tage später schrieb er an den Reichskanzler, nachdem seine Alarmierung des Reichsinnenministers und ein am 2. Juli an den Reichskommissar für öffentliche Ordnung gesandtes Telegramm offenkundig ohne Wirkung geblieben waren. »Nach Auffassung der verfassungstreuen Bevölkerung in Thüringen werden die verfassungswidrigen Handlungen in Thüringen von der höchsten Stelle des Reiches offenbar aus Unkenntnis oder Verkennung der wirklichen Sachlage geduldet. Die Folgen dieses Zusehens können unabsehbare für das ganze Reich sein.«<sup>469</sup> Die Thüringer Regie-

<sup>466</sup> In einer DNVP-Versammlung hatte Zangemeister Anfang März 1920 vor Judentum und Bolschewismus gewarnt, die untrennbar miteinander verbunden seien. Anfang August 1923 wurde er aus politischen Gründen an das Finanzamt Würzburg versetzt, kehrte jedoch vier Monate später an das Arnstädter Finanzamt zurück. Ebenda. S. 113. FN 215.

<sup>467</sup> Ebenda. S. 114.

<sup>468</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 95. Bl. 190. Hierzu auch Innenminister Hermann am 13. Dezember 1922 im Thüringer Landtag. II. ThLT. S. 3572/3573.

<sup>469</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 95. Bl. 191.

nung habe bekanntlich, so Zangemeister weiter, »als einzige Landesregierung den Ausnahmezustand dazu benutzt, um gegen die nationalen Verbände in rücksichtslosester Weise vorzugehen«. In Gotha agiere ein Regierungskommissar »mit geradezu diktatorischer Gewalt«. Während die zuständigen Behörden ausgeschaltet seien, wären 500 Gewehre an die Arbeiterschaft verteilt worden. Diese würde nun die Straßen beherrschen und in roten Hundertschaften organisiert. Die vaterländische Bevölkerung, das heißt die Mitglieder des aufgelösten Jungdeutschen Ordens, mussten einige Orte des Gothaer Gebiets »fluchtartig verlassen«, um tätlichen Angriffen zu entgehen. An einen Schutz durch die Polizei sei nicht zu denken. »Schutz der Republik« ist nur ein Vorwand zur Aufrichtung der Räterepublik, die wir praktisch in Gotha schon haben. In Jena sind sogar schon schwarze anarchistische Armbinden gesehen worden.« Die Presse werde einseitig zensiert, die Dörfer schwebten in ständiger Gefahr, »vom aufgehetzten Pöbel gewissermaßen unter dem Schutz der Landespolizei angegriffen zu werden«.

Für den 4. Juli 1922 sei nach zuverlässigen Meldungen die Ausrufung der Räterepublik vorgesehen. »Ein schwerer Bürgerkrieg würde die unvermeidliche Folge sein. Rückt in die Hauptbrandherde Thüringens sofort Militär ein, vor allem in Weimar und Gotha, und wird Landtag und Regierung in Thüringen aufgelöst, so wird das Verhängnis abgewendet.«<sup>470</sup> Das war die Aufforderung zur Reichsexekution gegen die verfassungsgemäße sozialdemokratische Landesregierung, die von der deutschnationalen Reichstagsfraktion mit ihrer Anfrage vom 7. Juli 1922 an die Reichsregierung faktisch aufgenommen wurde. In Thüringen seien von der Landesregierung ungerechtfertigt und gesetzeswidrig Vereine und Verbände verboten worden, die keine antirepublikanischen Ziele verfolgen würden. In einigen Städten hätten bewaffnete organisierte Arbeiter landespolizeiliche Befugnisse erhalten. »Ruhige, friedliche Bürger werden von ihnen verfolgt und in gesetzwidriger Weise in Haft festgehalten, ohne vor den zuständigen Richter gestellt zu werden. [...] Die Freiheit der Person und die Rechtssicherheit sind nicht mehr gewährleistet [...]. Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft werden an der Ausübung ihrer Tätigkeit behindert; insbesondere die bevorstehende Ernte [sei] schwer gefährdet. Die Zustände Thüringens treiben in kürzester Zeit zum Bürgerkrieg, schon jetzt herrschen Gewalt und Terror.«<sup>471</sup>

<sup>470</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 95. Bl. 192.

<sup>471</sup> Deutscher Reichstag. Aktenstücke Interpellation (der DNVP-Reichstagsfraktion) Nr. 4682. S. 5156.

Tatsächlich war es nach einem Bericht des Thüringer Innenministeriums, in dem es zur Anfrage der DNVP-Reichstagsfraktion nach Rückfrage des Reichsinnenministeriums Stellung nahm, während der Demonstrationen am 27. Juni 1922 in einigen wenigen Orten des Landes zu Ausschreitungen durch Demonstrierende gekommen. In der Hauptsache machten dabei die Thüringer Behörden Angehörige des Jungdeutschen Ordens für die teilweise gewaltsamen Zusammenstöße verantwortlich, da sie in Gräfenenthal, Saalfeld, Frankenhausen, Hildburghausen und Eisenberg mit ihren Handlungen die republikanische Bevölkerung provoziert hätten.<sup>472</sup> »Wenn man sich vor Augen hält, in welcher riesiger Erregung die Thüringische Bevölkerung durch die Ermordung Rathenaus geriet«, hieß es abschließend in dem Bericht des Innenministeriums, »wenn man schließlich daran erinnert, dass ungeheure Menschenmassen bei den Demonstrationen zum Schutze der Republik beteiligt waren, muss man zu dem Schlusse kommen, dass die Zwischenfälle ausserordentlich geringfügig gewesen sind und zu ernstesten Maßnahmen keinerlei Anlass boten. Es ist [ein] Zeichen großer Besonnenheit breiter Bevölkerungsschichten Thüringens, dass trotz der außerordentlich verhetzenden Kampagne, den die monarchistischen, nationalistischen Kreise Thüringens seit Jahr und Tag gegen die republikanische Staatsform wie auch gegen die Thüringische Staatsregierung führen, nur diese unbedeutenden Zwischenfälle in den Tagen nach der Ermordung Rathenaus sich ereignet haben. Die monarchistischen Kreise haben allerdings außerhalb Thüringens verbreitet, dass ganz Thüringen »in Anarchie und Aufruhr« sich befindet, dass man im Begriff sei, die »Rätediktatur« auszurufen und dergleichen Unwahrheiten mehr. Es genügt hier festzustellen, dass an diesen ganzen Behauptungen nicht ein wahres Wort ist.«<sup>473</sup>

Werden die thüringischen Ereignisse ins Verhältnis mit einigen Vorfällen in anderen Gegenden in Deutschland während der Rathenau-Kampagne gesetzt, die zeigten, »wie explosiv die Lage angesichts der in Bewegung geratenen Massen geworden war«,<sup>474</sup> wird offenkundig, dass das Thüringer Innenministerium, obwohl es zweifellos seine eigene politische Sicht auf das Geschehen hatte, mit seiner Einschätzung richtig lag. »In Karlsruhe zerstörten am 27. Juni umherziehende Trupps die Geschäftsstelle der DNVP. In Darmstadt waren drei Tote und 25 Verletzte zu beklagen, nachdem bei schweren Ausschreitungen Geschäftsinhaber misshandelt, die Woh-

<sup>472</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P545. Bl. 91-94.

<sup>473</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P545. Bl. 93/94.

<sup>474</sup> Sabrow: Die verdrängte Verschwörung. S. 95.

nungen zweier Abgeordneter der DVP verwüstet und zwei Zeitungsredaktionen völlig demoliert worden waren, woraufhin die Polizei ungezielt in die Menge feuerte, um ein weiteres Ausgreifen der Unruhen zu verhindern. Auch in Frankfurt am Main konnte die Ordnung nur durch ein massives Polizeiaufgebot wiederhergestellt werden. In Braunschweig versuchten einige hundert KPD-Anhänger, das Landeszentralgefängnis zu stürmen. In Halle warf bei Zusammenstößen eine tausendköpfige Menge die Polizeimannschaft, die gegen sie vorging, zu Boden und erzwang durch eine förmliche Belagerung der Hauptwache die Freilassung eines festgenommenen Arbeiters. Schwere Zwischenfälle ereigneten sich am 27. Juni auch in Dresden, bei Bautzen, in Zwickau und in Hamburg, wo ein in die Enge getriebener Polizeitrupp mehrere Gewehrsalven auf die zurückflutende Menge feuerte und ein Blutbad anrichtete. Selbst in Berlin, wo blutige Zwischenfälle nicht zu verzeichnen waren, aber auch in München hatten Beobachter wie der englische Botschafter Lord d'Abernon den Eindruck, am Vorabend einer zweiten Revolution zu stehen.«<sup>475</sup>

Postdirektor Otto Zangemeister war indes nicht nur der Initiator »wilde[r], unwahre[r] Gerüchte«<sup>476</sup>, wie Innenminister Karl Hermann am 13. Dezember 1922 im Thüringer Landtag rückblickend konstatierte. Er stand auch in Verbindung mit dem Gothaer Stützpunkt der Organisation Consul.<sup>477</sup> Infolge der unmittelbar nach Verhängung des Ausnahmezustandes am 24. Juni 1922 eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen war von den Thüringer Sicherheitsbehörden bei einer Reihe von rechtsgerichteten Organisationen umfangreiches Material sichergestellt worden, das deren, auf den Sturz der Republik gerichteten Bestrebungen nachwies.<sup>478</sup> Die daraufhin erfolgten Verbote hatten im Fall des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes Bestand, hinsichtlich des Jungdeutschen Ordens indes nicht. Bei Mitgliedern dieser Organisationen waren Waffen gefunden worden,<sup>479</sup> die zumindest teilweise aus Beständen der Reichswehr stammten, wie das Geständnis eines aktiven Offiziers im August 1922 zeigte.<sup>480</sup> Insbesondere der Umstand, dass die beschlagnahmten Mitgliederlisten der verbotenen Organisationen die Namen von 590 Landes- und Reichsbeamten, darunter 137 Postbeamte, enthielten, dass 203 dieser Personen zum Bereich des Volks-

<sup>475</sup> Ebenda.

<sup>476</sup> II. ThLT. S. 3572.

<sup>477</sup> II. ThLT. S. 3576/3577.

<sup>478</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P547. Bl. 17–24. Hierzu auch Innenminister Hermann am 13. Dezember 1922 im Thüringer Landtag. II. ThLT. S. 3574–3576.

<sup>479</sup> II. ThLT. S. 3578.

<sup>480</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P548. Bl. 184 /185.

bildungsministeriums – »es handelt sich hier fast ausschließlich um Lehrer«<sup>481</sup> – gehörten, musste aus Sicht der Landesregierung ihre von der Rechtsopposition massiv kritisierten Maßnahmen gegenüber den Beamten rechtfertigen.<sup>482</sup>

Die sozialdemokratische Landesregierung ging indes nicht nur repressiv gegen die Republikgegner von rechts vor. Sie versuchte insbesondere, die bürgerliche Jugend mit dem Mittel der Aufklärung republikanisch zu beeinflussen. Insofern war es nicht nur die Tatsache, dass sich Jenaer Studenten an der Beerdigung der während eines Feuergefächts mit der Polizei umgekommenen Rathenau-Mörder beteiligt hatten,<sup>483</sup> die das Volksbildungsministerium zur Herausgabe der von der Rechtsopposition heftig attackierten Schriftenreihe »Republik und Jugend« bewog. Zu ihrem Anliegen hatte das Thüringer Presseamt anlässlich des Erscheinens der ersten Ausgabe Anfang August 1922 sinngemäß erklärt, dass der skrupellosen antirepublikanischen Verhetzung, insbesondere der akademischen Jugend, durch unkontrollierte völkische, monarchistische und militaristische Einflüsse mit staatlichen Repressalien allein nicht begegnet werden könne. Deshalb wende sich die Regierung mit der Schriftenreihe gleichermaßen an die Jugend und deren Lehrerschaft, um ihr den republikanischen Geist, »der den neuen staatsbürgerlichen Unterricht beseelen soll«, nahezubringen. »Dem System der Lüge« müsse systematisch die Wahrheit entgegengestellt werden. Es solle »vorsichtig den verbreiteten Lügen und Vorurteilen nachgegangen und so die historische Wahrheit und politische Wirklichkeit der Jugend nahegebracht werden«. Zugleich gelte es, dem jugendlichen Idealismus eine republikanische Perspektive und damit die Möglichkeit einer positiven Betätigung im neuen Staatswesen zu eröffnen. Die Liebe zum Volk müsse die Vaterlandsliebe ersetzen.<sup>484</sup> Tatsächlich hatte die Schriftenreihe »Republik und Jugend« eine konsequente Umsetzung der vom Reichsinnenminister und der Konferenz der Kultusminister am

<sup>481</sup> II. ThLT. S. 3577. Innenminister Hermann ging jedoch davon aus, dass seine Behörde nur die Hälfte der fraglichen Mitgliederlisten habe beschlagnahmen können. II. ThLT. S. 3577.

<sup>482</sup> Die Thüringer Landesregierung hatte nach dem Mord an Rathenau die Landesbeamten verpflichtet, schriftlich zu erklären, ob sie nach Inkrafttreten der Weimarer Verfassung einer der inzwischen in Thüringen verbotenen rechtsextremistischen Vereinigungen angehört hatten bzw. noch angehörten. Eckardt, Michael (Hrsg.): Ausnahmezustand in Thüringen – das Krisenjahr 1923. Quellen zur Geschichte Thüringens. Erfurt 2017. S. 37 (S. 29–42, Dok. 3).

<sup>483</sup> Faludi, Christian: Der »neue« gegen den »alten Geist«. Reformwille und Widerstände an der Universität Jena 1921–24. In: Braue, Andreas; Dreyer, Michael (Hrsg.): Republikanischer Alltag. Die Weimarer Demokratie und die Suche nach Normalität. Stuttgart 2017. S. 291 (S. 285–306).

<sup>484</sup> Eckardt, Michael (Hrsg.): Staatsbürgerliche Erziehung in Thüringen. Die Schriftenreihe »Republik und Jugend« (1922–1923) des Thüringischen Ministeriums für Volksbildung. Quellen zur Geschichte Thüringens. Erfurt 2015. S. 13/14.

19. Juli 1922 herausgegebenen »Richtlinien für die Mitwirkung der Schulen und Hochschulen zum Schutz der Republik« dargestellt.

Die antisozialistische Bürger- und Bauernallianz reagierte auf die Republikenschutzmaßnahmen im Besonderen und die Politik der sozialdemokratischen Landesregierung im Allgemeinen auf ihre Weise. Sie nutzte die anstehende Kommunalwahl im September 1922, um sie zu einer Volksabstimmung gegen die sozialdemokratische Landesregierung zu machen. »Die Wahlen am 10. September sind, als Ganzes genommen, ein Volksentscheid über die Frage: Seid ihr mit den Grundsätzen und Anordnungen der Thüringer Regierung einverstanden und wollt ihr, dass diese Grundsätze nun auch auf die Verwaltung der Kreise und Gemeinden übertragen werden, oder wollt ihr das nicht?«,<sup>485</sup> erklärte der deutschnationale Landtagsabgeordnete Herfurth. Der Aufruf des bürgerlichen Wahlausschusses in Jena zeigt exemplarisch den Charakter der bürgerlich-agrarischen Wahlkampagne. »Sozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten setzen alles daran, auf dem Jenaer Rathause eine sozialistische Herrschaft aufzurichten. Ein furchtbares Schicksal droht unserer Stadt und seinen Bürgern. Die wirtschaftliche Not aller schaffenden Stände ist riesengroß. Die städtische Finanzwirtschaft droht unter den Auswirkungen sozialistischer Forderungen und Maßnahmen zusammenzubrechen. Nur bürgerliche Sparsamkeit, bürgerlicher Fleiß und bürgerliche Gewissenhaftigkeit können uns retten. Wähler und Wählerinnen. Bekämpft die sozialistische Parteiwirtschaft. Verhelft den alten Bürgertugenden, unter denen unser Jena ein blühendes Gemeinwesen war, zum Siege! Einsicht, Vernunft und Erfahrung, Sparsamkeit und Ordnung müssen auf dem Rathause walten, nur dann kann unser Gemeinwesen gedeihen.«<sup>486</sup>

Offenkundig reichte aus Sicht der maßgebenden Akteure der antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz jedoch das aus den vorangegangenen Landtagswahlkämpfen der beiden Vorjahre bekannte sozialistische Bedrohungsszenario für die Mobilisierung der eigenen Wählerschaft nicht aus. Durchaus geschickt an die Erfahrung des Kulturkampfes des Vorjahres anknüpfend, hieß es in der Rechtspresse Anfang September 1922 unter der Überschrift »Die verpönten Kinderlieder in Thüringen«<sup>487</sup>, christliches Kulturgut solle aus den Volksschulen des Landes verbannt werden. In

<sup>485</sup> Mitteldeutsche Zeitung, 30.08.1922.

<sup>486</sup> Jenaische Zeitung, 04.09.1922.

<sup>487</sup> Mitteldeutsche Zeitung, 01.09.1922.

seinem Bestreben, in Thüringen eine Gemeinschaftsschule zu etablieren, in der weder Religion noch Weltanschauung in die eine oder andere Richtung betrieben, sondern »den Kindern die Entwicklung der einzelnen Religionen und Weltanschauungen« dargestellt werden solle, »sodass sie dann selbst sich entscheiden können«, sei das Volksbildungsministerium nun so weit gegangen, »aus dem Gesangunterricht jedes Lied, das nur eine schwache Andeutung von Gottesbewusstsein hat«, zu streichen. Nach der Aufzählung von 27 Liedern, die diesem Verdikt des Thüringer Volksbildungsministeriums angeblich zum Opfer gefallen waren, hieß es: »Christliche, evangelische Eltern, wacht auf! Nur ihr selbst könnt euren Kindern die evangelische Schule erhalten. Schließt eure Reihen zur Kampffront. Beweist euren Willen schon bei der Wahl der Kreis- und Gemeindevertretungen, indem ihr nur solche Männer und Frauen wählt, die euren Kindern das hohe Gut der evangelischen Schule erhalten.«<sup>488</sup>

Max Greil, der rückblickend der Liederbuchfrage eine gewisse Bedeutung für den Ausgang der Kommunalwahl am 10. September 1922 beimaß, hatte im Thüringer Landtag am 24. Oktober 1922 angedeutet, dass die ganze Angelegenheit infolge einer gezielten Indiskretion aus seinem Ministerium in die Öffentlichkeit gelangt war.<sup>489</sup> Es würde an dieser Stelle zu weit führen, seine umfassende Darstellung des Sachverhaltes wiederzugeben. Tatsächlich war die Frage der Herausgabe eines neuen Gesangbuches Gegenstand eines im Herbst 1922 noch keineswegs abgeschlossenen Diskussionsprozesses, der seit 1920 unter Einbeziehung einer aus Lehrerinnen und Lehrern sowie wissenschaftlichen Sachverständigen bestehenden Kommission stattfand. Die Auswahl der Lieder in dem zunächst für die Grundschule gedachten Buch war vor dem Hintergrund der begrenzten Ressourcen unter künstlerischen und pädagogischen Aspekten erfolgt, wobei Greil betonte, dass sie keine Begrenzung für den Unterricht bedeute. Vielmehr stellte er richtig, dass von einer völligen Ausschaltung des religiösen Kulturgutes gar nicht gesprochen werden könne. Seine Vermittlung sei in einer Gemeinschaftsschule unverzichtbar und müsse Bestandteil der Allgemeinbildung auch jener sein, die nicht der Kirche angehören.<sup>490</sup>

<sup>488</sup> Mitteldeutsche Zeitung, 01.09.1922.

<sup>489</sup> II. ThLT. S. 3102.

<sup>490</sup> Das Volk, 21.10.1922.

Inwieweit die Liederbuchfrage auch im sozialistischen Milieu während des Wahlkampfes eine Rolle gespielt hat, bliebe weiter zu untersuchen, im Jenaer sozialdemokratischen Parteiblatt war sofort eine Gegendarstellung zu den bürgerlichen Berichten erfolgt.<sup>491</sup> Greil hatte sich offenkundig veranlasst gesehen, in seinem Referat zur Reorganisation des Volksbildungswesens vor den Ortsausschüssen des Thüringer ADGB am 18. September 1922 ebenfalls auf die Angelegenheit einzugehen. »Im Ministerium denke kein Mensch daran, die Weihnachtslieder und harmlose Kinderlieder zu streichen. Seit Monaten schweben Verhandlungen. Man hat provisorisch verschiedene Lieder, Soldaten- und Nationalistische Lieder und solche, die überhaupt keinen künstlerischen noch literarischen und ethischen Wert in sich bergen, vorläufig gestrichen.«<sup>492</sup>

Für die Mobilisierung der bürgerlich-agrarischen Wählerschaft am 10. September 1922 haben jedoch nicht nur die Liederbuchfrage, die Republik-schutzmaßnahmen der Thüringer Landesregierung, ihre Eingemeindungspolitik und ihre konsequent republikanische Kultur- und Bildungspolitik eine Rolle gespielt. Kennzeichnend wurde mit dieser Wahl vielmehr erneut die Ablehnung der Weimarer Demokratie einschließlich der bürgerlichen Parteien durch das bürgerlich-agrarische Bevölkerungsspektrum. Die Sozialdemokratie und ebenso die bürgerlichen Parteien mussten teilweise erhebliche Verluste hinnehmen, während sich der Thüringer Landbund weitgehend behauptete. »Die großen Gewinner der Wahlen waren die wirtschaftlichen Vereinigungen und Listen mit einer berufsständischen, mittelstandsorientierten Ausrichtung. Das Wahlergebnis belegte nicht nur, dass der Liberalismus seine lokalen Wurzeln verloren hatte, sondern auch, dass die Bildung bürgerlicher Parteien weitgehend fehlgeschlagen war.«<sup>493</sup> Insofern unterstrich die Kommunalwahl am 10. September 1922 die verfestigte politische Lagerbildung in Thüringen, standen sich antisozialistische Bürger- und Bauernallianz und organisierte Arbeiterbewegung über alle Binnendifferenzen hinweg geschlossen gegenüber. Sich gegen die Unterstellung Albin Tenners wendend, in Thüringen existiere faktisch bereits eine große Koalition, erklärte August Frölich am 24. Oktober 1922

<sup>491</sup> Das Volk, 05.09.1922. Insbesondere die Glas- und Spielzeugindustrie im Thüringer Wald, die hier noch den vorwiegenden Charakter von Heimindustrie besaß und deren Beschäftigte damit in der übergroßen Mehrheit nicht in den Städten, sondern in Industriedörfern wohnten, bekannte sich gleichermaßen zu den Arbeiterparteien wie zu ihren bisherigen kirchlichen Bindungen. Heimann, Siegfried; Walter Franz: Religiöse Sozialisten und Freidenker in der Weimarer Republik. Solidargemeinschaft und Milieu. Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik. Bd. 4. Bonn 1993. S.148.

<sup>492</sup> Das Volk, 19.09.1922.

<sup>493</sup> Rudolph: Thüringer Arbeiterbewegung. S. 99.

im Thüringer Landtag, es bestehe seitens der sozialdemokratischen Landesregierung diesbezüglich kein Bedürfnis. Es sei unmöglich »mit einem Deutschnationalen an der Spitze an eine Koalition zu denken. Die Kommunisten sind uns in dieser Frage noch lieber [...]«<sup>494</sup>.

<sup>494</sup> II. ThLT. S. 3110.

# DIE MOTIVE FÜR DIE BILDUNG DER THÜRINGER ARBEITERREGIERUNG

Die Weimarer Verfassung bildete die Grundlage und den Rahmen sozialdemokratischer Politik in der ersten deutschen Demokratie. Das war Konsens in der vspd, der seit dem Herbst 1922 wiedervereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit als verbindlicher Rahmen der politischen Willensbildung galten über die Parteiflügel hinweg als unverrückbar. Den entscheidenden Dissens zwischen der Parteilinken und insbesondere der Parteiführung bildete die Frage der Koalitionspolitik. Wenn die Sozialdemokratie im Interesse der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien »den materiell schlechtgestellten Schichten das Gefühl vermittelte, von keiner verfassungstreuen Partei mehr vertreten zu sein«,<sup>495</sup> so die Parteilinke, würden sich diese den antirepublikanischen Parteien zuwenden. Eine Regierungspolitik, die den kapitalistischen Klassencharakter hinter der Fassade formal-demokratischer Legitimität verberge, müsse dazu führen, dass große Bevölkerungskreise die Staatsform mit kapitalistischer Politik identifizierten. Deshalb sollte aus Sicht der sozialdemokratischen Parteilinken der demokratischen Staatsform ein soziales und geistiges Fundament gegeben werden. Nicht die Instabilität der Regierungsverhältnisse, wie von der Parteiführung argumentiert, sondern die Unfähigkeit der Sozialdemokratie, »als republikanische Systempartei eine überzeugende prorepublikanische Alternative zum Status quo der herrschenden Regierungsverhältnisse anzubieten«<sup>496</sup>, brachte aus Sicht der Parteilinken das parlamentarische System und die Republik bei einem Teil der proletarischen Massen in Misskredit. Anstatt die Widersprüche in der Gesellschaft lediglich zu verdecken, müsse ein »funktionstüchtiger Parlamentarismus dadurch gekennzeichnet sein, dass er die sozialökonomischen und kulturellen Frontstellungen möglichst ungebrochen zur Geltung brachte«. Deshalb müsse die Sozialdemokratie angesichts der schweren sozialen Belastungen und Spannungen in der Gesellschaft vor dem koalitionspolitischen Ausgleich ihre Konfliktbereitschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung unter Beweis stellen.<sup>497</sup>

<sup>495</sup> Klenke, Dietmar: Die SPD-Linke in der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zu den regionalen und organisatorischen Grundlagen und zur politischen Praxis und Theoriebildung des linken Flügels der SPD in den Jahren 1922–1932. Münster 1989. S. 51.

<sup>496</sup> Ebenda. S. 52.

<sup>497</sup> Ebenda. S. 51.

Das schloss die Überwindung sozialer, ökonomischer, politischer und kultureller Privilegien in der Gesellschaft unbedingt ein.

Im Unterschied zur KPD ging es der SPD-Linken jedoch nicht um die Beseitigung der demokratischen Staatsform, sondern um die Stärkung der parlamentarischen Demokratie. Spätestens seit der Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien hatten rätedemokratische Modelle oder die »Diktatur des Proletariats« als Alternative zur Weimarer Republik in den sozialdemokratischen Debatten kaum noch eine Rolle gespielt.

Im innersozialdemokratischen Konflikt des Für oder Wider der Koalitionspolitik hatte sich die Thüringer MSPD, wie bereits gezeigt, mit ihrem praktischen Agieren gegen die Koalitionspolitik positioniert. Das schloss die Unterstützung der im Frühjahr 1921 gebildeten Minderheitsregierung Wirth ein. Vor dem Hintergrund der durch das Londoner Ultimatum ausgelösten innenpolitischen Auseinandersetzungen erklärte ihr Bezirksparteitag am 28. Mai 1921, die Annahmen der Forderungen der Siegerstaaten sei im Interesse der Einheit der deutschen Republik und der Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung erforderlich gewesen. »Um das Ultimatum zu erfüllen und der Arbeiterschaft der alliierten Länder den festen Willen der deutschen arbeitenden Bevölkerung zum Wiederaufbau der verwüsteten Weltwirtschaft zu dokumentieren, war der Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung zwingende Notwendigkeit.«<sup>498</sup> Infolge der Wiedervereinigung mit der Unabhängigen Sozialdemokratie im Herbst 1922 wurde diese Position weiter gestärkt.

Der Gründungsparteitag des thüringischen vSPD-Bezirksverbandes am 16. und 17. Dezember 1922 in Erfurt verneinte prinzipiell die Perspektive einer Großen Koalition als Alternative zu der kurz zuvor ins Amt gekommenen bürgerlichen Regierung unter dem politisch rechtsstehenden Wirtschaftsexperten Wilhelm Cuno. Entgegen dem positiven Plädoyer des Saalfelder Reichstagsabgeordneten Arthur Hofmann<sup>499</sup> als Referent zum Tagesordnungspunkt »Die politische Lage im Reich« hatten sich die Delegierten die Position des Parteilinken Kurt Rosenfelds<sup>500</sup> zu eigen gemacht, der als Ko-Referent aufgetreten war. Unter den gegebenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen sei »eine Koalition auf breiterer Grundlage mit

<sup>498</sup> Das Volk, 30.05.1921.

<sup>499</sup> Lengemann: Handbuch. S. 354–357.

<sup>500</sup> Krause: Die USPD 1917–1931. S. 565.

der Deutschen Volkspartei unmöglich«. <sup>501</sup> Dementsprechend kritisierte die Thüringer vspd die Tolerierung der Regierung Cuno durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. <sup>502</sup>

Die mit der Ernennung Cunos zum Reichskanzler von Reichspräsident Friedrich Ebert erhofften Zugeständnisse der Siegerstaaten in der Reparationsfrage sollten sich jedoch sehr schnell als Illusion erweisen. <sup>503</sup> Dieses rechtste aller bisherigen Kabinette <sup>504</sup> manövrierte die Weimarer Republik in einem rasanten Tempo in eine umfassende politisch-gesellschaftliche Krise, die den Bestand der jungen Demokratie infrage stellte. Ursache dieser Krise war zunächst das weiterhin ungelöste Reparationsproblem, seine außenpolitischen Folgen und die damit zusammenhängenden innenpolitischen Konsequenzen einschließlich ihrer Instrumentalisierung durch die Schwerindustriellen. <sup>505</sup>

Die von der Cuno-Regierung Ende 1922 zu verantwortenden Rückstände bei den vertraglich festgelegten Reparationslieferungen lieferten der Regierung Frankreichs einen Vorwand für die seit längerem angedrohte Besetzung des Ruhrgebietes, die schließlich ab dem 11. Januar 1923 mit dem Einmarsch französischer und belgischer Truppen erfolgte. Die deutsche Öffentlichkeit »reagierte mit einem Aufschrei der Empörung. Reichspräsident und Reichsregierung sprachen in einem Aufruf an das deutsche Volk von einer Tat der Verblendung, die zu verhindern Deutschland die Macht fehle« <sup>506</sup>. Der deshalb von der Regierung Cuno ausgerufene »passive Widerstand« hatte anfänglich zwar »der Stimmung in weiten Kreisen der deutschen Gesellschaft« entsprochen, die sich ähnlich wie im August 1914 erneut im leidenschaftlichen Abwehrkampf wähnte. <sup>507</sup> Seine Verfechter ignorierten jedoch, dass Deutschland zu einer solchen »Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln« <sup>508</sup> letztlich nicht in der Lage war. Die für

<sup>501</sup> Das Volk, 20.12.1922.

<sup>502</sup> Das Volk, 20.12.1922.

<sup>503</sup> Brandt, Lehnert: »Mehr Demokratie wagen«. S. 186.

<sup>504</sup> Winkler: Weimar 1918–1933. S. 186.

<sup>505</sup> Hierfür exemplarisch das »Stinnesprogramm«. Hugo Stinnes hatte am 9. November 1922 eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit auf zehn Stunden und ein Streikverbot in den lebenswichtigen Betrieben gefordert, dessen Nichtbefolgung strafrechtliche Konsequenzen haben sollte. Schönhoven, Klaus: Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat. München 1989. S. 91.

<sup>506</sup> Winkler: Weimar 1918–1933. S. 188.

<sup>507</sup> Büttner: Weimar. S. 164.

<sup>508</sup> Ebenda. Rückblickend betrachtet kann die Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich und Belgien tatsächlich als Schlusspunkt des Ersten Weltkrieges gesehen werden. Insofern stand das teilweise brutale Vorgehen der beiden Besatzungsmächte in einem engen Zusammenhang mit den jeweils eigenen Erfahrungen des zerstörerischen Agierens der deutschen Truppen in Belgien und Nordfrank-

nahezu jede und jeden spürbare Folge des »passiven Widerstandes« war der völlige Ruin der ohnehin zerrütteten deutschen Währung.

Die Inflation in Deutschland resultierte zunächst aus der Finanzierung des Ersten Weltkrieges durch die inländischen Anleihen des Staates bei seinen Bürgerinnen und Bürgern sowie einer massiv erhöhten Staatsverschuldung. Am Ende des Krieges war sie so hoch, dass »das Volkseinkommen dreier Vorkriegsjahre zur Tilgung nötig gewesen wäre«<sup>509</sup>. Die nach-revolutionären Regierungen hatten angesichts der miteinander verflochtenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme bei der Neugestaltung der verfassungsrechtlichen Ausgestaltung der Republik und ihren industriellen Beziehungen, der Umgestaltung der Kriegswirtschaft auf Friedensproduktion und nicht zuletzt der Lösung des Reparationsproblems keine Maßnahmen zur Währungsstabilisierung ergriffen. Da sie es ebenso unterließen, »die Kriegsgewinne und großen Vermögen durch entsprechende Besteuerung zur Sicherung der Reichsfinanzen heranzuziehen, wurde das chronische Haushaltsdefizit weiterhin mit Hilfe der Notenpresse und eines erhöhten Geldumlaufes geschlossen«<sup>510</sup>. Da auch das Cuno-Kabinett seinen »passiven Widerstand« nicht über eine höhere finanzielle Belastung der einkommensstärkeren Bevölkerungsschichten, sondern schlicht durch die Ausgabe von immer mehr Geld finanzierte, verstärkte sie die anhaltende Inflation zu einer Hyperinflation.<sup>511</sup>

Inflationsgewinner waren jene Spekulanten, die ein riesiges Sachkapital mit Reichsbankdarlehen angehäuft hatten, die sie dann in wertloser Mark zurückzahlten.<sup>512</sup> Durch die inflationsbedingten Lohnkostensenkungen konnte das Großkapital seine Konkurrenz auf den Weltmärkten mit Dumpingpreisen unterbieten und so verloren gegangenes Terrain zurücker-

reich zwischen 1914 bis 1918. Dies zu konstatieren bedeutet, weder die Gewalt des französischen und belgischen Militärs gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung zu rechtfertigen noch diese zu relativieren. Vielmehr geht es um die Problematik, dass die übergroße Mehrheit der deutschen Bevölkerung im Vorgehen seiner westlichen Nachbarn ausschließlich Willkür und brutale Machtpolitik sah. Dass die französische Regierung bei ihrem Vorgehen auch imperialistische Interessen verfolgte, steht außer Zweifel. Dennoch ist die Möglichkeit, »dass Frankreich gezwungen sein könnte, die Mittel zum Wiederaufbau der im Krieg und beim Rückzug der deutschen Truppen 1918 zerstörten Gebiete notfalls mit Gewalt zu holen, [...] in der deutschen Öffentlichkeit nicht diskutiert worden. Allein einige wenige Sozialisten und Pazifisten wiesen gelegentlich auf diesen Zusammenhang hin. Es gelang ihnen aber nicht, eine öffentliche Diskussion dieses Themas zu erreichen. Gemeinhin wurden solche Vergleiche niedergeschrien«. Krumeich, Gerd: Der »Ruhrkampf« als Krieg: Überlegungen zu einem verdrängten deutsch-französischen Konflikt. In: Krumeich, Gerd; Schröder Joachim: Der Schatten des Weltkrieges: Die Ruhrbesetzung 1923. Essen 2004. S. 10 (S. 9–24).

<sup>509</sup> Büttner: Weimar. S. 166.

<sup>510</sup> Harrer, Roßmann: Gewerkschaften. S. 205.

<sup>511</sup> Büttner: Weimar. S. 166–170.

<sup>512</sup> Ebenda, S. 168.

ubern. Dadurch kompensierte es die »Ergebnisse seines verlorenen Krieges zumindest teilweise« und hielt sich »auf Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung schadlos«<sup>513</sup>. Die verschuldeten Landwirte wurden ihre Verpflichtungen und Hypotheken billig los. Inflationsgewinner war schließlich auch der Staat, der seine Kriegsschulden mit entwertetem Geld beglich. »Hauptleitragende hiervon waren jene kleinbürgerlichen Schichten, die im Vertrauen auf den Kaiser und seine Generale für ihre Ersparnisse staatliche Krieganleihen gezeichnet hatten.«<sup>514</sup> Dementsprechend ist die systematische Enteignung des deutschen Mittelstandes durch einen bürgerlichen Staat, der den Schutz des Privateigentums auf seine Banner geschrieben hatte, von Arthur Rosenberg<sup>515</sup>, einem frühen Historiker der Weimarer Republik, »als ›eine der größten Räubereien der Weltgeschichte‹ bezeichnet« worden.<sup>516</sup>

Für die breite Masse der Bevölkerung bedeutete der katastrophale Absturz der Mark im Verlauf des Jahres 1923 einen sprunghaften Anstieg der Preise für Industrieprodukte, Nahrungsmittel und Massenkonsumartikel, während die Lohnbezüge weit hinter der jeweiligen Teuerungsrate zurückblieben. Neunzig Prozent der deutschen Bevölkerung könne sich ebenso wenig ausreichend ernähren noch anständig kleiden, während der übrige Teil gar nicht die Absicht habe, die Krisenursache zu beheben, weil er »unter dem jetzigen Zustand ein glänzendes Geschäft«<sup>517</sup> mache, konstatierte das sozialdemokratische Parteiblatt in Altenburg. Stundenlang müsse die Bevölkerung vor den Verkaufsstellen anstehen, »um etwas Fleisch oder Fett für teures Geld zu erhalten«<sup>518</sup>, vermerkte eine bürgerliche Zeitung in Sondershausen. Das Altenburger sozialdemokratische Parteiblatt konstatierte weiter: »Es brennt. Der Hunger schleicht durch die Gassen. Geschlossene und ausverkaufte Lebensmittelgeschäfte sind Zeugen davon. Um kleine Bestände von Kartoffeln und Fetten streiten sich Frauen verzweifelt. Den Kindern fehlt Milch, den Erwachsenen wird klotziges, miserables Brot gereicht, und dazu noch in ungenügender Menge; denn markenfrees Brot können sich bei den geringen Löhnen nur wenige leisten, Fleisch und Fette sind für viele Luxusartikel geworden. Die Lohnsummen reichen bei weitem nicht mehr aus. Die katastrophale Geldentwertung hat jede Norm

<sup>513</sup> Harrer, Roßmann: Gewerkschaften. S. 206.

<sup>514</sup> Ebenda, S. 208.

<sup>515</sup> Keßler, Mario: Arthur Rosenberg: Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889–1943). Köln Weimar Wien 2003.

<sup>516</sup> Harrer, Roßmann: Gewerkschaften. S. 208.

<sup>517</sup> Ostthüringer Volkszeitung, 07.08.1923.

<sup>518</sup> Thüringer Tageblatt Der Deutsche. Sondershäuser Anzeiger, 10.08.1923.

beiseitegeschoben. Fast täglich müssen Lohnzahlungen erfolgen. Die freie Wirtschaft ist der ordinäre Kampf des Zahlungsfähigen gegen den Zahlungsschwachen. Empörung und Verzweiflung ergreift die arbeitenden Massen, sie wollen leben, und wenn das Leben auch noch so anspruchslos ist; aber sie wollen leben.«<sup>519</sup>

## **Arbeiterpolitik statt Burgfrieden. Die Thüringer VSPD im Krisenjahr 1923**

Am 4. August 1923, dem 9. Jahrestag des für die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie entscheidenden Wendepunkts zur Burgfriedenspolitik, erinnerte die Jenaer vspD-Parteizeitung an die hieraus resultierende Parteispaltung während des Ersten Weltkrieges.<sup>520</sup> Dass die Redaktion ein knappes Jahr nach der sozialdemokratischen Wiedervereinigung meinte, auf diese schmerzliche Erfahrung hinweisen zu müssen, gibt einen Hinweis auf die kritische Lage, in der sich die vspD im Sommer 1923 befand. Es solle nicht untersucht werden, bemerkte das Jenaer Parteiblatt, ob seinerzeit die mehrheitssozialdemokratische oder die unabhängige Politik richtig gewesen war, doch unter Hinweis auf die Situation des Sommers 1923 müssten alle in der Partei die entscheidende Lehre berücksichtigen, »dass die Parteispaltung die Stoßkraft der Arbeiterklasse ungeheuer geschwächt hat«<sup>521</sup>.

Tatsächlich sah sich die Führung der vereinigten Sozialdemokratie aufgrund der zugespitzten gesellschaftlichen Krisensituation des Sommers 1923 zunehmend in einem Dilemma. Das aus den eigenen Reihen immer stärker geforderte Ende ihrer Tolerierung der Cuno-Regierung musste entweder zu einem konsequenten Oppositionskurs mit der Perspektive einer wie auch immer gearteten Annäherung an die KPD führen, oder die vspD erklärte sich zu einer Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien bereit. In ihrer Wahrnehmung und entgegen ihrer Warnungen schien die sächsische Sozialdemokratie mit der Bildung der von der KPD tolerierten linkssozialdemokratischen Landesregierung unter Erich Zeigner im März 1923 den Weg der Linksorientierung bereits zu beschreiten.<sup>522</sup> Die Alter-

<sup>519</sup> Ostthüringer Volkszeitung, 11.08.1923.

<sup>520</sup> Das Volk, 04.08.1923.

<sup>521</sup> Das Volk, 04.08.1923.

<sup>522</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 570/571.

native, ein gemeinsames Regieren mit den bürgerlichen Parteien, bedeutete nach Auffassung des vSPD-Vorsitzenden Hermann Müller<sup>523</sup> letztlich die Bildung einer Großen Koalition mit der Deutschen Volkspartei. »Die parlamentarischen Verhältnisse haben sich nicht vereinfacht, seit als Folge der Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft [im Reichstag] gebildet wurde«,<sup>524</sup> konstatierte Müller in einem in der sozialdemokratischen Parteipresse Ende Juli 1923 verbreiteten Artikel zur Verteidigung der Tolerierungspolitik. Hatten bis dahin Sozialdemokratie und Zentrum in vielen Fragen leicht zu einer Mehrheitsbildung kommen können, müsse sich das Zentrum nun mit den anderen Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft erst verständigen. »Ich verkenne nicht, dass auch die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft unter dem parlamentarischen Regime für die Führung der Politik ihre Vorteile hat. Wenn die Deutsche Volkspartei unter Führung von Stresemann heute zum bestehenden Staat, das heißt zur Republik, eine andere Einstellung hat, als das noch zur Zeit der Nationalversammlung der Fall war, so ist das ein Vorteil.«<sup>525</sup>

Als Kanzler Cuno am 13. Januar 1923 im Deutschen Reichstag gegen den französisch-belgischen Truppeneinmarsch in das Ruhrgebiet protestiert hatte, war mit dem Beifall der übergroßen Mehrheit der Abgeordneten die sich zeitweilig einstellende »Burgfriedensstimmung«<sup>526</sup> kenntlich geworden. Eine von der Zentrumspartei eingebrachte Resolution, »die der Regierung volle parlamentarische Unterstützung bei der entschlossenen Abwehr des französisch-belgischen Gewaltaktes versprach«, erhielt die übergroße Mehrheit der abgegebenen Stimmen.<sup>527</sup> Diese Geschlossenheit nach außen hatte indes die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Befürworterinnen und Befürworter sowie Gegnerinnen und Gegner eines Zusammengehens mit den bürgerlichen Parteien zur Abwehr der Ruhrbesetzung nicht verdecken können. »Während aber die Parteiführung bereit war, um der nationalen Geschlossenheit willen vorübergehend die innenpolitischen Konflikte auf Eis zu legen«,<sup>528</sup> der sozialdemokratische preußische Innenminister Severing offensiv für einen Eintritt in die Cuno-

<sup>523</sup> Reichel, Peter: Der tragische Kanzler. Hermann Müller und die SPD in der Weimarer Republik. München 2018.

<sup>524</sup> Das Volk, 31.07.1923.

<sup>525</sup> Das Volk, 31.07.1923.

<sup>526</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 556.

<sup>527</sup> Ebenda.

<sup>528</sup> Klenke: SPD-Linke in der Weimarer Republik. S. 61.

Regierung warb<sup>529</sup> und insgeheim am Aufbau der *Schwarzen Reichswehr* mitwirkte<sup>530</sup>, wurde innerhalb der vspD zunächst lediglich Kritik an dieser modifizierten Neuauflage der Burgfriedenspolitik geäußert.<sup>531</sup> Zwischen nationaler und proletarisch-internationalistischer Solidarität schwankend, hatte sich die deutsche Sozialdemokratie im Frühjahr/Sommer 1923 auf einem wenig überzeugenden Schlingerkurs bewegt,<sup>532</sup> der allmählich die Herausbildung einer vielschichtigen innerparteilichen Opposition geradezu provozierte. Bereits vier Wochen nach Beginn des Ruhrkampfes war von einer Funktionärskonferenz des Großthüringer vspD-Bezirksverbandes mit übergroßer Mehrheit die Rückkehr zur Erfüllungspolitik<sup>533</sup> und damit die faktische Beendigung des »passiven Widerstands« gefordert worden. Die Thüringer vspD verband dieses Ansinnen mit dem Aufruf an die eigene Partei, aktiv für die als notwendig erachteten Maßnahmen zur Linderung der aus der Ruhrbesetzung resultierenden sozialen Not einzutreten. Indirekt war dies zugleich die Forderung nach dem Ende der faktischen Burgfriedenspolitik gegenüber der Regierung Cuno. Für die Sozial-, Wirtschafts- und Innenpolitik »der vspD hat das materielle Interesse der Arbeiterklasse ausschlaggebend und bestimmend zu sein«<sup>534</sup>.

Bis Ende Juli 1923 spitzte sich der bis dahin latent schwelende innerparteiliche Konflikt über die Fortsetzung der Tolerierung der Regierung Cuno dramatisch zu. »Ursache dafür war die soziale Verelendung großer Schichten der Arbeiterschaft, der Stillstand in der Außenpolitik und die immer deutlicher sichtbar werdende Vorbereitung der rechten Wehrverbände auf einen Putsch.«<sup>535</sup> In einem leidenschaftlichen Appell forderte der zur Sozialdemokratie zurückgekehrte Paul Levi mit seinem Artikel »Eine Frage des Schicksals« in der von ihm herausgegebene Zeitschrift *Sozialistische Politik und Wirtschaft* »den sofortigen Sturz der Regierung Cuno«. Anderenfalls drohe der Sozialdemokratie »der Verlust eines Großteils ihrer Anhänger

<sup>529</sup> Niemann, Heinz: *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917–1945*. Berlin 1982. S. 113.

<sup>530</sup> Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung*. S. 557.

<sup>531</sup> Wolowicz, Ernst: *Linksopposition in der SPD. Von der Vereinigung mit der USPD 1922 bis zur Abspaltung der SAPD 1931*. Bd. 1. München 1983. S. 110–114.

<sup>532</sup> Klenke: *SPD-Linke in der Weimarer Republik*. S. 61.

<sup>533</sup> Im Kern zielte die von der Reichsregierung Wirth praktizierte Erfüllungspolitik darauf ab, durch äußerste Anstrengungen zur Erfüllung der Reparationsforderungen des Versailler Vertrages deren Undurchführbarkeit nachzuweisen, um auf diese Weise im Konsens mit der Entente eine Revision zu erreichen. Während ihre Umsetzung im Zeitraum 1921/22 die Inflation in Deutschland erneut angefacht hatte, scheiterte sie letztlich an der bereits gezeigten Haltung der deutschen Industrie zur Realisierung des Londoner Zahlungsplanes. Büttner: *Weimar*. S. 157.

<sup>534</sup> *Das Volk*, 13.02.1923.

<sup>535</sup> Wolowicz: *Linksopposition in der SPD*. S. 136.

an die KPD«<sup>536</sup>. Ob die KPD im Sommer 1923 tatsächlich »die Majorität des deutschen Proletariats hinter sich«<sup>537</sup> hatte, muss hier nicht diskutiert werden. Ihre politischen und organisatorischen Erfolge im Sommer 1923<sup>538</sup> signalisierten indes, dass sie sich zunehmend als Repräsentantin des sozialen Protests gegen die Auswirkungen des »passiven Widerstands« profilierte. Trotz der immer dramatischer werdenden politischen und sozialen Situation versuchte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Anfang August 1923, ihre Tolerierung der Cuno-Regierung fortzusetzen<sup>539</sup>, während auch in der Thüringer Sozialdemokratie die Forderungen nach deren sofortigen Rücktritt zunahmen.

Am 30. Juli 1923 erklärten die Greizer vSPD-Funktionäre, »dass die bisherige Inaktivität und Tatenlosigkeit der Gesamtpartei gegenüber der Regierung Cuno unstreitig zum Ruin der Partei führt, wenn nicht sofort energisch Rückkehr und Einkehr gehalten wird«<sup>540</sup>. Das meinte »eine klare proletarische Politik«, mit der die Macht der Arbeiterschaft, die in ihrer Geschlossenheit liege, erkämpft und befestigt werden müsse. Die Tolerierung der Cuno-Regierung war aus Sicht der Greizer Parteifunktionäre hierzu ungeeignet, weshalb sie eine sofortige und energische Änderung der Politik des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion forderten. Konkret verlangten sie die Beseitigung der Regierung Cuno und »eine klare Klassenkampfpolitik«, das Ende des Ruhrabenteuers »mit dem man Deutschland in den Abgrund getrieben hat« durch Verhandlungen mit Frankreich und Belgien. Mit großer Mehrheit stellten die Greizer Parteifunktionäre fest: »Die große Koalition ist in der gegenwärtigen Situation unter allen Umständen abzulehnen und im klaren Kampf gegen die bürgerlichen Parteien ein für das Proletariat günstiger Kampfboden zu erringen.«<sup>541</sup>

Während die Greizer Funktionäre damit jedoch die Frage, was nach der Regierung Cuno kommen müsste, unbeantwortet ließen, erklärte eine Jenaer vSPD-Funktionärsversammlung, die Partei solle sich zur Regierungsübernahme auf »Grundlage ihres Finanzprogramms zur Gesundung der deutschen Wirtschaft durch Erfassung der Sachwerte, Erhebung von Goldsteuern und Ausgabe wertbeständiger Anleihen« bereit erklären. Das von

<sup>536</sup> Ebenda.

<sup>537</sup> Rosenberg, Arthur: *Geschichte der Weimarer Republik*. Herausgegeben von Kurt Kesten. Frankfurt a. M. 1991. S. 136.

<sup>538</sup> Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung*. S. 593.

<sup>539</sup> Ebenda. S. 587/588.

<sup>540</sup> *Reußische Volkszeitung*, 02.08.1923.

<sup>541</sup> *Reußische Volkszeitung*, 02.08.1923.

der vSPD gebildete Kabinett müsse eine Linksregierung mit Unterstützung der republikanischen und demokratischen Mittelparteien sein, »eine große Koalition mit der Deutschen Volkspartei ist unbedingt abzulehnen«<sup>542</sup>. Die am 6. August 1923 in Weimar tagende Funktionärskonferenz der Thüringer vSPD stellte sich schließlich nahezu geschlossen gegen den anwesenden Parteivorsitzenden Hermann Müller, der einleitend »die Passivität der Partei im Reichstag aus der Einstellung zur Regierung Cuno«<sup>543</sup> zu erklären versucht hatte. Die Partei habe derzeit kein Interesse am Sturz dieser Regierung, »da wir dann als ihr Nachfolger das Ruhrabenteuer zu liquidieren hätten, und zwar unter den gegebenen parlamentarischen Verhältnissen bestimmt in der großen Koalition«<sup>544</sup>.

Wenn die Informationen des Jenaer kommunistischen Parteiblattes an diesem Punkt zutrafen, dann war die Weimarer Funktionärsversammlung am 6. August 1923 eine Reaktion auf die am gleichen Ort wenige Tage zuvor stattgefundene vSPD-Oppositionskonferenz, die »von Gera aus inszeniert worden [sei], ohne dass der Bezirksvorstand unterrichtet worden ist«. Er habe deshalb zu dieser Konferenz eingeladen, »die sich mit der Haltung der Opposition beschäftigten soll«<sup>545</sup>.

Am 29. Juli 1923 waren etwa 30 linke Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Weimar zusammengekommen, um die Opposition zunächst innerhalb der vSPD-Reichstagsfraktion<sup>546</sup> und letztlich auch der Partei zu konstituieren. Den Anlass der Konferenz bildete die aus Sicht ihrer Teilnehmenden immer deutlicher erkennbare Bereitschaft der Parteiführung zum Eintritt in eine große Koalition. Inspiriert durch Paul Levi hatten offenbar einige linke vSPD-Reichstagsabgeordnete und weitere Funktionäre die Notwendigkeit gesehen, »auf einem eigenen Treffen die programmatischen Ziele der vSPD-Linken in dieser Situation zu artikulieren«<sup>547</sup>. Diese bestanden zunächst in der Forderung an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, den Rücktritt der Cuno-Regierung und den Zusammentritt des Reichstags zu verlangen. Die vSPD sollte sich gegen die rechtsextremistisch motivierten Sabotageakte im besetzten Gebiet und für Verhandlung mit Frankreich und Belgien aussprechen. Deutschland müsse im Gegen-

<sup>542</sup> Das Volk, 04.08.1923.

<sup>543</sup> Das Volk, 07.08.1923.

<sup>544</sup> Das Volk, 07.08.1923.

<sup>545</sup> Neue Zeitung, 02.08.1923.

<sup>546</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 586.

<sup>547</sup> Wolowicz: Linksoption in der SPD. S. 138.

zug für die Räumung des Ruhrgebiets die Höhe der zu zahlenden Reparationen vorschlagen, die dann durch eine Vermögensabgabe aufgebracht werden sollten. Vor allem lehnte die Opposition jede Koalition mit bürgerlichen Parteien ab, »solange nicht die Partei durch eine klare, selbstständige proletarische Politik sich die Macht sichergestellt hat, die ihr das Übergewicht« in einer solchen Konstellation garantierte. Stattdessen sollte nach Möglichkeit »unter vollster Wahrung unserer Anschauungen, Ziele und Selbständigkeit« zum Erreichen der nächsten proletarischen Ziele mit der KPD zusammengearbeitet und gleichzeitig in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften alle parlamentarischen und außerparlamentarischen Machtmittel eingesetzt werden. Schließlich schlug die Opposition eine engere Zusammenarbeit zwischen den vspd-regierten Ländern, der Parlamentsfraktionen auf Reichs- und Länderebene sowie den Aufbau eines einheitlichen Parteiselbstschutzes vor. Abschließend forderte sie die »sofortige Einberufung eines Parteitages«<sup>548</sup>.

Obwohl fast alle Forderungen der Weimarer Sonderkonferenz von der Thüringer vspd-Funktionärskonferenz am 6. August 1923 tatsächlich geteilt worden waren,<sup>549</sup> lässt sich hieraus jedoch nicht schließen, dass die Konstituierung der linken Opposition im thüringischen Bezirksverband grundsätzlich begrüßt und er sich hinter die Parteilinke um Paul Levi gestellt hätte. Im Jenaer Parteiblatt war eine Notiz des sozialdemokratischen Zentralorgans erschienen, in der es hieß: »Aus der ›Rote Fahne‹, dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei, können unsere Parteigenossen erfahren, dass am letzten Sonntag in Weimar eine Konferenz der Linken in der Sozialdemokratie stattgefunden hat.« In dieser Notiz wurde hervorgehoben, dass die Parteisplaltung während des Ersten Weltkrieges mit Sonderkonferenzen der Opposition eingeleitet worden sei. In seiner eigenen Stellungnahme kritisierte das Jenaer Parteiblatt, die Weimarer Oppositionskonferenz habe keine glaubwürdige Alternative zur Cuno-Regierung angeboten, denn »wer in der Opposition den Sturz der Regierung fordert, muss selbst zur Übernahme der Regierung bereit sein«<sup>550</sup>.

Heinrich Knauf<sup>551</sup>, der führende Kopf der Geraer Sozialdemokratie und ohne Zweifel einer der maßgebenden Vertreter der linken vspd-Opposition,

<sup>548</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 378 (S. 377/378. Dok. 355).

<sup>549</sup> Wolowicz: Linksopposition in der SPD. S. 145.

<sup>550</sup> Das Volk, 03.08.1923.

<sup>551</sup> Krause: Die USPD 1917–1931. S. 557.

war während der Funktionärskonferenz am 6. August 1923 in Weimar als maßgebender Widerpart zum Parteivorsitzenden Hermann Müller aufgetreten und bemängelt dessen geringe Initiative. »Während der ungeheure Druck der wirtschaftlichen Not die Massen der arbeitenden Bevölkerung in zunehmendem Maße in einen Erregungszustand bringt, der zum Ausbruch drängt, bemächtigt sich der Parteigenossen im Lande immer mehr das Gefühl, mit einer zu weit gehenden Passivität die Dinge treiben zu lassen. Die Sorge, dass die Werbekraft der Partei unter diesem Zustand immer mehr erlahmt, sprach in ernsten Worten aus den Ausführungen des Geraer Genossen Knauff.«<sup>552</sup> Gegen die passive Haltung des Parteivorsitzenden gerichtet hatte er gefordert, »aus dem Nurparlamentarismus herauszukommen [und] zur außerparlamentarischen Aktion« überzugehen.

Die Haltung der Thüringer vspD zur sozialdemokratischen Reichspolitik wurde jedoch auch an diesem Punkt der Entwicklung nicht von ihrer Linksorientierung, sondern stärker von ihrem republikanischen Gestaltungsanspruch bestimmt. Den hieraus über alle weiteren Unterschiede hinweg bestehenden Konsens hatte die Weimarer Funktionärskonferenz in zwei Punkten zusammengefasst: Sofortiger Rücktritt der Cuno-Regierung und Ablehnung einer Koalitions politik, die »nur die Unterordnung der Sozialdemokratie unter ein tatsächlich bourgeoises Herrschaftssystem bedeutet«<sup>553</sup>.

Rückblickend erklärte August Frölich zu einem Zeitpunkt, an dem die vspD auf Reichsebene tatsächlich in die Große Koalition eingetreten war: »Die Einstellung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Regierung Cuno gegenüber hätte von vornherein eine oppositionelle sein müssen, zumindest musste eine Regierungsänderung viel früher verlangt werden und durfte nicht erst die Bankrotterklärung der Regierung Cuno durch das Zentrumsorgan, die ›Germania‹<sup>554</sup> abgewartet werden. [...] Die Frage, ob der Eintritt in eine Koalitionsregierung im Reich abgänglich war, muss als Zweckmäßigskeitsfrage gelten. Seit der Revolution haben wir zu verzeichnen, dass die rein bürgerlichen Regierungen das deutsche Volk – von einer kleinen Schicht abgesehen – in immer größeres Elend gebracht

<sup>552</sup> Das Volk, 07.08.1923.

<sup>553</sup> Das Volk, 07.08.1923.

<sup>554</sup> Am 27. Juli 1923 war Reichskanzler Cuno vom maßgebenden Blatt der Zentrumspartei, der Germania, scharf angegriffen worden, »was allgemein als Anzeichen einer nahenden Regierungskrise verstanden wurde«. Winkler: Weimar 1918–1933. S. 203.

haben. Die Sozialdemokratie als größte Partei hatte die Pflicht, als die Regierung Cuno, die nicht einmal für die notwendigen Lebensmittel gesorgt hatte, festgefahren war, in die Bresche zu springen, wollte sie nicht den Dingen ihren verhängnisvollen Lauf nehmen lassen.« Wenn sie in der Großen Koalition ihre Forderungen jedoch nicht umsetzen könne, »dann ist die Regierung anderen zu überlassen und in Oppositionsstellung zu treten, alsdann mit allen verfassungsmäßigen Mitteln, z. B. durch Volksentscheid«, für sie zu kämpfen.<sup>555</sup>

Am 21. August 1923 positionierten sich die Gremien des Thüringer vSPD-Bezirksverbandes zur Bildung der ersten Großen Koalition unter dem DVP-Politiker Gustav Stresemann. Er war nach dem Rücktritt Cunos am 12. August 1923 von Reichspräsident Ebert zum Reichskanzler ernannt worden und präsentierte zwei Tage später sein Kabinett, dem mit Robert Schmidt<sup>556</sup> als Vizekanzler und Wiederaufbauminister, Wilhelm Sollmann<sup>557</sup> als Innenminister, Rudolf Hilferding<sup>558</sup> als Finanzminister und Gustav Radbruch<sup>559</sup> als Justizminister vier Sozialdemokraten angehörten.<sup>560</sup> Zunächst kritisierte die Thüringer Sozialdemokratie, dass die in der Partei umstrittene Frage einer gemeinsamen Regierung mit der DVP, infolge der Nichteinberufung eines Parteitages durch den Parteivorstand, weiterhin ungeklärt sei. Infolgedessen sahen die führenden Thüringer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die vSPD »in die schwierigste Lage gebracht«<sup>561</sup>. Die Partei könne nur dann ihr politisches Gewicht voll zur Geltung bringen, wenn ihre Politik vom Mehrheitswillen ihrer Mitgliedschaft getragen werde. Diesen festzustellen, hätten sich die Parteinstanzen nicht bemüht. Nachdem nun jedoch durch den Parteivorstand und die Fraktionsmehrheit Tatsachen geschaffen worden seien, müsse die Sozialdemokratie in der Reichsregierung erstens für sofortige und energische Maßnahmen zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung der arbeitenden Bevölkerung eintreten. Zudem sei zweitens eine den Besitz rücksichtslos belastende Steuerpolitik durchzusetzen. Drittens müsse energisch gegen die Stilllegung der Betriebe durch die Unternehmer vorgegangen

<sup>555</sup> Das Volk, 11.09.1923.

<sup>556</sup> Hansen, Eckhard; Tennstedt, Florian: Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1871 bis 1945. Bd. 1. Kassel 2010. S. 138/139.

<sup>557</sup> Ebert, Simon: Wilhelm Sollmann. Sozialist – Demokrat – Weltbürger (1881–1951). Bonn 2014.

<sup>558</sup> Hillger, Stefan: Rudolf Hilferding – Mittler zwischen USPD und SPD? In: Schöler, Scholle (Hrsg.): Weltkrieg Spaltung Revolution. S. 219–229.

<sup>559</sup> Spindel, Günter: Gustav Radbruchs politischer Weg. In: Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): Gustav Radbruch als Reichsjustizminister (1921–1923). Bonn 2004. S. 23–34.

<sup>560</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 602.

<sup>561</sup> Das Volk, 24.08.1923.

werden. Weiterhin sei viertens die Reichswehr konsequent von allen Geheimorganisationen zu trennen und letztere energisch zu bekämpfen. Und in einem fünften Postulat müsse Reichswehrminister Geßler zurücktreten. Diese und die bereits formulierten politischen und sozialen Forderungen der Sozialdemokratie müssten nun gemeinsam mit den Gewerkschaften durchgesetzt werden. Die Mitgliedschaft im Bezirksverband forderte der Bezirksvorstand auf, »unter voller Wahrung der Einheit der Partei die [weitere] Diskussion zu führen«<sup>562</sup>.

### Der proletarische Selbstschutz

Eine dramatische Folge des »passiven Widerstands« als Reaktion auf die Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen war das Anwachsen der faschistischen Gefahr in Deutschland. Die von der Reichswehr betriebene und der Cuno-Regierung gedeckte Aufrüstung illegaler paramilitärischer Formationen der extremen Rechten schuf ein Potenzial, das sich nicht nur gegen vermeintliche oder tatsächliche äußere Bedrohungen<sup>563</sup>, sondern vor allem gegen die organisierte Arbeiterbewegung und letztlich gegen den Bestand der Republik selbst richtete. Es gibt Anhaltspunkte, dass der am 1. Oktober 1923 sehr schnell von regierungstreuen Truppenteilen niedergeschlagene Kührtriner Putsch der Schwarzen Reichswehr Teil einer umfassenden rechtsextremen Verschwörung war, in die neben dem Putschistenführer Bruno Ernst Buchrucker, einem aktiven Reichswehroffizier, auch der Mitbeteiligte am Kapp-Putsch vom 13. März 1920, General Ludendorff<sup>564</sup>, und Adolf Hitler involviert gewesen sein sollen.<sup>565</sup>

Die extreme Rechte hatte sich im Januar 1923 nicht geschlossen in die »nationale Einheitsfront gegen die Ruhrbesetzung« eingereiht.<sup>566</sup> Auf einer Massenversammlung am 11. Januar 1923 erklärte Hitler in München, nicht die Franzosen, sondern das seit 1918 herrschende »jüdisch-marxistische Regime« trage die Hauptschuld an der gegenwärtigen Misere Deutsch-

<sup>562</sup> Das Volk, 24.08.1923. Eine Funktionärskonferenz der Weimarer VSPD erklärte am 24. August, sie finde »sich mit der Tatsache der großen Koalition ab«, verlange aber, »dass unsere Genossen im Kabinett eine entschiedene Klassenpolitik treiben«. Das Volk, 28.08.1923.

<sup>563</sup> Winkler: Weimar 1918–1933. S. 189.

<sup>564</sup> Nebelin, Manfred: Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg. München 2010.

<sup>565</sup> Sauer, Bernd: Schwarze Reichswehr und Fememorde. Eine Milieustudie zum Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik. Berlin 2004. S. 14.

<sup>566</sup> Winkler: Weimar 1918–1933. S. 189.

lands.<sup>567</sup> Er nutzte die Ruhrbesetzung für die Verfolgung seiner bereits zuvor vertretenen Linie, dass »erst in Deutschland mit den »Novemberverbrechern« [den für die Novemberrevolution 1918 verantwortlich gemachten Politikern] abzurechnen sei, bevor an eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Frankreich gedacht werden könne«<sup>568</sup>. Wie sein Vorbild Mussolini beabsichtigte Hitler, mit einem Marsch auf Berlin die Republik zu stürzen. Zunächst jedoch ließ er es zu Beginn des Jahres 1923 auf eine Machtprobe mit der bayerischen Regierung ankommen, indem er in München den ersten NS-Reichsparteitag mit mehreren öffentlichen Großveranstaltungen inszenierte.<sup>569</sup> Während die Regierung Bayerns trotz ihrer Sympathien für Hitlers Bewegung hierin eine drohende Putschgefahr sah, am 26. Januar 1923 den Ausnahmezustand verhängte und auf einer Halbierung der NS-Versammlungen bestand, wurde die NSDAP durch die Gegenmanöver der bayerischen Reichswehrführung und des oberbayerischen Regierungspräsidiums unterstützt. Sie erwirkten »beim Ministerpräsidenten eine massive Lockerung der Auflagen. Schließlich fanden sogar sämtliche zwölf Parteiversammlungen statt. Der propagandistische Effekt wurde perfekt, als Hitler die Fahnenweihe der SA-Standartenweihen im Freien abnahm und [damit] einmal mehr demonstrierte, was er von den Verordnungen einer schwächelnden Landesregierung hielt«<sup>570</sup>.

Im Vorfeld dieser Ereignisse in der bayerischen Landeshauptstadt hatte die NSDAP offenkundig ihre Anhänger im ganzen Reich zur Teilnahme an den geplanten Aktionen mobilisiert. Die Reichsregierung wies daraufhin die Länderbehörden an, die Anreise von NSDAP-Anhängern nach München zu unterbinden. Dementsprechend war die Thüringer Landespolizei am Abend des 26. Januar 1923 in Gera gegen etwa vierhundert zum Teil bewaffnete Rechtsextremisten vorgegangen, die sich in einen Sonderzug von Leipzig kommend in Richtung Bayern befanden. Unter ihnen hatte sich eine große Anzahl ehemaliger Offiziere und ein aktiver Reichswehroffizier befunden.<sup>571</sup>

Im Frühjahr 1923 registrierte die Thüringer Landesregierung, »dass seit der Ruhrbesetzung die rechtsradikale Bewegung in Deutschland ganz

<sup>567</sup> Hille, Martin: Revolutionen und Weltkriege. Bayern 1914 bis 1945. Köln Weimar Wien 2018. S. 112.

<sup>568</sup> Pätzold, Kurt; Weißbecker, Manfred: Adolf Hitler. Eine politische Biographie. Leipzig 1995. S. 90.

<sup>569</sup> Hille: Bayern 1914 bis 1945. S. 115.

<sup>570</sup> Ebenda. S. 116.

<sup>571</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 28.01.1923. Hierzu auch die Ausführungen August Frölichs im Deutschen Reichstag am 12. Februar 1923. Verhandlungen des Deutschen Reichstags (nachfolgend DtRT). 1. Wahlperiode 1920. Stenographische Berichte. Berlin 1924. S. 9645/9646.

außerordentlich erstarkt ist«<sup>572</sup> und auch im Land selbst wieder verstärkte Aktivitäten zu verzeichnen seien. Anfang März 1923 waren in Weida und Gera mehrere Personen verhaftet worden, die im Verdacht standen, den Aufbau einer »nationalsozialistische[n] Hundertschaft« aktiv zu betreiben. Es seien bereits militärische Übungen abgehalten worden, außerdem hatten sich Waffen im Besitz der Verdächtigen befunden. Gelenkt wurden diese Aktivitäten aus der nordbayerischen Stadt Hof. Aus den Aussagen der Verhafteten und den beschlagnahmten Dokumenten schloss das Thüringer Innenministerium, dass die thüringischen NSDAP-Anhänger den Auftrag hatten, möglichst viele der im Land noch versteckten Waffen nach Bayern zu schaffen.<sup>573</sup> Wenn von der SA-Führung in München ein entsprechender Befehl ergehen sollte, hätten sie »Thüringen sofort zu verlassen und sich bei ihren Organisationen in Nordbayern zu melden«<sup>574</sup>.

Im Zuge dieses Rechtsrucks hatte auch der Jungdeutsche Orden nach der Aufhebung seines Verbotes durch den Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik, das »allen Rechtsradikalen in Thüringen Wasser auf ihre Mühlen geleitet«<sup>575</sup> habe, seine Tätigkeit verstärkt aufgenommen. In Meiningen war unter dem Namen *Heimatbund* auf Anregung und unter der Anleitung eines Reichswehroffiziers eine rechte paramilitärische Gruppe gebildet worden, die ebenfalls militärische Übungen abhielt. In Sonneberg hatte die Thüringer Polizei eine Ersatzorganisation der NSDAP ausgehoben, in Ilmenau war eine unter dem Deckmantel der *Deutsch-Völkischen Freiheitspartei* (DVFP)<sup>576</sup> versuchte Gründung einer SA-Abteilung unterbunden worden. Auch hier belegten die aufgefundenen Dokumente die enge Verbindung zur »Hauptleitung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei«<sup>577</sup>. Aus dem Inhalt eines Schreibens ging nach Angaben des Thüringer Innenministeriums hervor, »dass die Organisation ganz ausgesprochen auf den Bürger-

<sup>572</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P261. Bl.199.

<sup>573</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P261. Bl. 203.

<sup>574</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P261. Bl. 204.

<sup>575</sup> »Man sagt sich mit vollem Recht, wenn eine Organisation, die sich so betätigt, wie der Jungdeutsche Orden es in Thüringen getan hat, vom Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik als berechtigt anerkannt wird, dann kann uns nichts passieren.« HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P261. Bl. 204.

<sup>576</sup> Die Deutsch-Völkische Freiheitspartei (DVFP) war am 16. Dezember 1922 maßgeblich von einigen aus der Reichstagsfraktion der DNVP ausgeschlossenen Abgeordneten gegründet worden. Anlass des Ausschlusses war deren offene Unterstützung der Ermordung Walter Rathenaus. »Die DVFP stand in unmittelbarer Nachbarschaft zur NSDAP. Die engen Beziehungen zwischen beiden Parteien fanden im März 1923 ihren Ausdruck in der Vereinbarung, die Mitglieder der in Preußen und anderen norddeutschen Ländern verbotenen Hitlerpartei in die DVFP aufzunehmen.« Weißbecker, Manfred: *Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) 1920–1933*. In: Fricke, Dieter (Hrsg.): *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945)* in vier Bänden. Bd. 2. Leipzig 1984. S. 553 (S. 550–558).

<sup>577</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P261. Bl. 204.

krieg eingestellt ist«<sup>578</sup>. Mitte März 1923 waren auch in Thüringen im Zusammenhang mit Vorgehen der preußischen Polizei gegen die DVFP<sup>579</sup> weitere Beweise für deren Umsturzvorbereitung offengelegt worden.<sup>580</sup>

Auf diese Entwicklung reagierte die organisierte Thüringer Arbeiterschaft mit der Bildung proletarischer Selbstschutzformationen, die rückblickend oft auf die kommunistischen Hundertschaften und deren Rolle im Herbst 1923 reduziert worden sind.<sup>581</sup> Zunächst ist festzuhalten, dass es sich beim proletarischen Selbstschutz des Frühjahrs 1923 in Thüringen um eine spontane Basisbewegung der organisierten Arbeiterschaft handelte, die nicht wegen der noch zu zeigenden Rolle der kommunistischen Hundertschaften im Herbst 1923, sondern allein aufgrund der Tatsache ihrer Existenz die misstrauisch/feindliche Aufmerksamkeit der antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz einschließlich ihrer Presse und der Reichsbehörden auf sich zog. »Die völkischen und überdeutschen Herrschaften regen sich zur Zeit nicht wenig darüber auf, dass zunächst in Thüringen und Sachsen die Arbeiterschaft sich anschickt, einen republikanischen Ordner- und Selbstschutzdienst einzurichten. Man schreit wieder einmal nach der Reichsregierung und ihrem starken Arm wider dieses Beginnen. Es ist ja auch vom Standpunkt der von der Republik arg verwöhnten Rechtskreise aus gesehen »anmaßend« von jenen republikanischen Arbeitermassen, dass sie nicht gewillt sind, sich und die junge Republik durch die Bandentätigkeit angeblich »nationaler« in Wahrheit feudalen und dynastischen Bestrebungen dienstbaren Kondottieris [sic!] vergewaltigen zu lassen«,<sup>582</sup> kommentierte das Jenaer sozialdemokratische Parteiblatt. Immer wenn die Arbeiter das Gleiche tun wie die Bürgerlichen, schrieb ein vSPD-Mitglied aus Schlotheim an das Thüringer Innenministerium, würden dieselben brüllen und toben sowie Schutz bei der Regierung suchen.

Bereits nach dem Mord an Reichsminister Rathenau hätten die in der Gegend ansässigen Mitglieder des Jungdeutschen Ordens sehr provozierend agiert, sodass nur mit Mühe und Not ernsthafte Zusammenstöße verhindert werden konnten. »Nach dem Aufheben des Verbotes durch den

<sup>578</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P261. Bl. 204.

<sup>579</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 570.

<sup>580</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 24.03.1923.

<sup>581</sup> Wenzel, Otto: 1923. Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution. Münster 2003. S.199/200. Wahl, Volker: Das Scheitern der »Deutschen Oktoberrevolution« im Herbst 1923 zwischen Steinbach-Hallenberg und Zella-Mehlis. In Jahrbuch des Hennebergisch-Fränkischen Geschichtsvereins. S. 226 (S. 225–254).

<sup>582</sup> Das Volk, 22.03.1923.

Staatsgerichtshof entwickelte der Jungdo eine fieberhafte Tätigkeit. [...] Von den umliegenden Dörfern kommen sie in Kolonnen durch den Ort. Die Fabrikanten fordern von ihren Angestellten den Beitritt zum Jungdo.«<sup>583</sup> Die ebenfalls zunehmenden Aktivitäten der lokalen Jungdo-Führer hätten die Arbeiterschaft sehr beunruhigt.

Nachdem nun Genosse Kahnt und die Genossen Minister Hermann und Frölich im Landtag die Notwendigkeit einer proletarischen Selbstschutzorganisation gegenüber diesem Treiben und der aus Bayern drohenden faschistischen Gefahr betont hätten, »bildete sich in den einzelnen Betrieben eine Selbstschutzorganisation«. In Schlotheim sei diese »nach militärischen Gesichtspunkten in Zehner- und Hundertschaften aufgebaut«. Die Leitung liege in den Händen zweier parteiloser, mit der vSPD sympathisierender und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, die militärische Erfahrung besäßen. Ihr guter Ruf garantiere, dass der Selbstschutz geschlossen und streng diszipliniert agieren werde. Zu dessen Leitung würden die einzelnen Hundertschaftsführer und aus jedem Betrieb ein Vertrauensmann gehören. Auch sie seien größtenteils parteilos. »Die ganze Leitung steht unter der Kontrolle des Gewerkschaftskartells.« Mitglied könne jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter im Alter von 18 bis 45 Jahren werden. Er müsse sich zu strenger Disziplin und unbedingtem Gehorsam gegenüber der Zehner-, Hundertschafts- und der Organisationsführung verpflichten. Hiergegen zu verstoßen, bedeute den Ausschluss aus dem proletarischen Selbstschutz, der die gesamte Arbeiterschaft und ihre Veranstaltungen vor Überfällen der Hakenkreuzler, Jungdo- und Faschistenbanden sichern »und vor allem Dingen den Schutz der Republik gegen die monarchistische Reaktion« übernehmen solle. Der proletarische Selbstschutz in Schlotheim habe »keine Angriffsabsichten, ist nur Abwehrorganisation«<sup>584</sup>.

Die aus Bayern drohende faschistische Gefahr abzuwenden sei nicht zuerst die Sache der sozialdemokratischen Landesregierung, sondern in erster Linie »zunächst eine Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft«,<sup>585</sup> hatte der vSPD-Abgeordnete Richard Kahnt<sup>586</sup> in der Landtagsdebatte am 9. Februar 1923 erklärt und damit eine diesbezügliche Kritik der KPD-Landtags-

<sup>583</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P261. Bl. 7.

<sup>584</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P261. Bl. 7.

<sup>585</sup> II. ThLT. S. 3996

<sup>586</sup> Lengemann: Handbuch. S. 375/376.

fraktion zurückgewiesen. In Ostthüringen versteckte sich die Arbeiterschaft nicht hinter der Regierung, sondern helfe sich selbst, indem sie den proletarischen Selbstschutz eigenständig in die Hand nehme.<sup>587</sup> Obwohl die Thüringer Landesregierung an der Aufstellung des proletarischen Selbstschutzes nicht unmittelbar beteiligt war, nahm sie zu ihm sowohl in der Öffentlichkeit als auch gegenüber den Reichsbehörden keine neutrale, sondern eine unterstützende Haltung<sup>588</sup> ein. »Wenn wir heute zur Frage des Selbstschutzes Stellung nehmen«, bemerkte Ministerpräsident August Frölich ebenfalls am 9. Februar im Thüringer Landtag, und »uns als Regierung nicht ablehnend verhalten haben, so deshalb, weil dem Proletariat gedroht worden ist, dass die Hitlergarden nach Thüringen kommen werden [...], um die Novemberlinge zu vernichten.«<sup>589</sup> Deshalb sei er »mit den Kommunisten einig, dass wir Seite an Seite den Kampf führen müssen, um dieses Gesindel aus Thüringen herauszubekommen«<sup>590</sup>. Dem sächsischen Landespolizeipräsidium erklärte das Thüringer Innenministerium: »Der proletarische Selbstschutz in Thüringen ist nicht auf Grund einer Maßnahme des Thüringer Ministeriums des Innern bzw. der Landesregierung organisiert worden, vielmehr ist diese Bewegung spontan aus den breiten Massen emporgewachsen im Anschluss an die Vorgänge in Bayern und die sehr wichtigen Aufdeckungen über nationalsozialistische Umtriebe in Thüringen selbst.«<sup>591</sup> Es seien durch das Thüringer Innenministerium auch keine Richtlinien erlassen worden. »Der Selbstschutz in Gera ist von der v. s. p. d. organisiert. In Altenburg ist die Organisierung des Selbstschutzes durch die v. s. p. d. im Gange, ebenso in Jena. In Weimar haben die Gewerkschaften die Sache in die Hand genommen. In Gotha und Zella-Mehlis sind es in erster Linie kommunistische Kreise, die die Organisation betreiben. In Südthüringen liegt die Organisation in den Händen der v. s. p. d.«<sup>592</sup> Öffentlich erklärte Innenminister Hermann am 18. April 1923 im Landtag: »Gegen die unbewaffneten Selbstschutzorganisationen der

<sup>587</sup> II. ThLT. S. 3996

<sup>588</sup> Diese Haltung behielt die Thüringer Landesregierung auch nach dem Verbot der kommunistischen proletarischen Hundertschaften durch den Militärbefehlshaber am 6. Oktober 1923 bei. Am Beginn einer Besprechung im Thüringer Innenministerium zu Maßnahmen zur Durchsetzung des Verbots hieß es: »Von der Auflösung ausgenommen sind die Selbstschutzorganisationen, d. h. alle Organisationen, die sich auf die Mitglieder einer Partei oder eines wirtschaftlichen Verbandes beschränken und lediglich den Zweck haben, Eigentum, Einrichtungen und Veranstaltungen der Partei oder Verbände zu schützen, also die Vorbereitung einer Notwehr im Sinne des Strafgesetzbuches bedeuten.« HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 234. Thüringisches Staatsministerium. (Hrsg.): 1. Denkschrift: Der militärische Ausnahmezustand in Thüringen. Bl. 217–235.

<sup>589</sup> II. ThLT. S. 4054.

<sup>590</sup> II. ThLT. S. 4055.

<sup>591</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P261. Bl. 234.

<sup>592</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P261. Bl. 234 RS.

republikanischen Bevölkerung vorzugehen, liegt seitens der Landesregierung umso weniger Veranlassung vor, als diese Organisationen unbewaffnet auftreten und in benachbarten Ländern bewaffnete Kampforganisationen des Rechtsradikalismus weiter bestehen.«<sup>593</sup>

Nahezu folgerichtig geriet die Thüringer Landesregierung mit dieser Haltung in Konflikt mit dem Cuno-Kabinett. Eine Notiz im kommunistischen Zentralorgan vom 6. März 1923 zum Anlass nehmend<sup>594</sup> hatte sich Reichsinnenminister Rudolf Oeser (DDP) am darauffolgenden Tag an das Thüringer Innenministerium mit dem Anliegen gewandt, ihn über den Wahrheitsgehalt besagter Meldung zu unterrichten. Zugleich betonte er vorab, dass, wenn die Notiz der *Roten Fahne* den Tatsachen entspreche, Vereinigungen, »deren Zweck im Widerspruch zu den Bestimmungen der Artikel 177, 178 des Friedensvertrages stehen«, nach § 1 des Gesetzes vom 22. März 1921 (*Reichsgesetzblatt* S. 235) aufzulösen seien. In diesem Verständnis hätten sich die beteiligten Personen aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten über das Verbot militärischer Verbände vom 24. Mai 1921 strafbar gemacht.<sup>595</sup>

Innenminister Hermann nahm das Schreiben des Reichsinnenministers zum Anlass, ihn umfassend über die verstärkten Aktivitäten der rechts-extremistischen Bewegungen in Thüringen, Sachsen und Bayern zu unterrichten. Diese Tatsache habe »in den republikanischen Kreisen Thüringens, vor allem in der organisierten Arbeiterschaft eine große Beunruhigung hervorgerufen. Wiederholt hörte man die Bemerkung: [...] ›Wir haben lange genug zugesehen, jetzt ist es genug.«<sup>596</sup> Da der Arbeiterbevölkerung bekannt sei, dass massenhaft rechtsradikale Freikorps, Selbstschutzverbände, Sturmabteilungen, Stoßtrupps usw. gebildet wurden, »wobei vielfach der Nachweis erbracht wurde, dass Dienststellen und Offiziere der Reichswehr, Dienststellen und Beamte gewisser Schutzpolizeien« sie direkt und indirekt gefördert hätten und es feststehe, dass diese militä-

<sup>593</sup> II. ThLT. S. 4600.

<sup>594</sup> »Am gestrigen Sonntag trat hier erstmals eine Arbeiterwehr, die den Namen ›proletarischer Ordnungsdienst‹ führt, in einer Stärke von fünf Hundertschaften zu einem Appell zusammen. Diese Formationen sind in den Bezirken Gera-West, Gera-Süd und Gera-Zwötzen von der VSPD aufgestellt worden. Hundertschaften der übrigen Bezirke sollen noch im Laufe dieser Woche gebildet werden. Am 11. März sollen sie alle zu einem Generalappell zusammentreten. Von sozialistischer Seite wird die Aufstellung dieser Arbeiterwehr damit begründet, dass der Jungdeutsche Orden vom Reichsgericht als rechtmäßige Organisation anerkannt worden ist, und dass das Proletariat sich dagegen Schutz schaffen müsse.« HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P318. Bl. 2.

<sup>595</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P318. Bl. 1.

<sup>596</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P318. Bl. 13.

rischen Verbände »ausgesprochen republikfeindlich und geistig durchaus darauf eingestellt [sind], die bestehende Staatsform zu zertrümmern«,<sup>597</sup> würde sie immer stärker fordern, »die notwendigen Massnahmen dagegen zu ergreifen. Der Ruf ›Wir lassen uns nicht mehr abschlachten‹, ›Wir wollen die Republik nicht über den Haufen gerannt sehen‹ hat vorerst vielerorts zur Bildung sogenannten Selbstschutzes Veranlassung gegeben«<sup>598</sup>. Hermann betonte zugleich: »Waffen sind nicht im Besitz der Selbstschutzorganisationen der v. s. p. d. und, wie auch die Polizeiamter im Lande melden, haben sich bei den Kommunisten Waffen bisher nicht gezeigt.«<sup>599</sup> Deshalb sehe die Thüringer Landesregierung »rechtlich zunächst keine Möglichkeit, gegen die Selbstschutzorganisationen einzuschreiten. Angesichts der politischen Gesamtlage aber dürfte ihr auch jeder moralische Erfolg versagt bleiben, wenn sie versuchen wollte, durch ihre parlamentarischen Träger eine Einstellung der Abwehrschutzverbindungen erreichen zu wollen, solange im Reich die rechtsradikalen Organisationen« bestünden. »Die Thüringer Landesregierung glaubt versichern zu können, dass in dem Augenblick, wo die rechtsradikalen Umsturzorganisationen verschwinden und die Gewissheit einer loyalen Einstellung des Reichsheeres vorhanden ist, es ihrem Einfluss gelingen wird, die Arbeiterschaft zu bewegen, ihre Selbstschutzorganisationen wieder abzubauen. Die Landesregierung kann sich zu diesem Schritt aber erst entschließen, wenn die große, den Staat bedrohende Gefahr, die aus der rechtsradikalen Bewegung erwachsen ist, tatsächlich beseitigt ist.«<sup>600</sup>

Diese Haltung hatten Ministerpräsident Frölich und Innenminister Hermann während ihrer Unterredung am 13. März 1923 im Reichsinnenministerium betont, auf deren Anlass noch zurückzukommen sein wird. In Beantwortung einer Anfrage des kommunistischen Abgeordneten Theodor Neubauer<sup>601</sup> erklärte Frölich am 27. März 1923 im Thüringer Landtag, entgegen verbreiteter Pressemeldungen sei es trotz der kollegialen Atmosphäre des Gesprächs mit dem Reichsinnenminister nicht zu einer Einigung in der Frage des proletarischen Selbstschutzes gekommen. Gerade vor dem Hintergrund der bereits erwähnten Aufdeckung der Umsturzpläne der DVFP insbesondere in Preußen sei deutlich geworden,

<sup>597</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P318. Bl.13 RS.

<sup>598</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P318. Bl.14.

<sup>599</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P318. Bl.14RS.

<sup>600</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P318. Bl.14RS/15.

<sup>601</sup> Raschke, Helga: Der »rote Doktor« Theodor Neubauer (1890–1945). In: Hesselbarth, Schulz, Weißbecker: Gelebte Ideen. S.309–315.

»dass die Träger der Republik nicht schlafen dürfen«<sup>602</sup>. Deshalb hätten die beiden Landesminister dem Reichsinnenminister nicht versprechen können, den proletarischen Selbstschutz als Form des Republiksschutzes zu unterdrücken.

Mit dieser Auffassung gab sich das Reichsinnenministerium jedoch nicht zufrieden, denn ihm lagen »Nachrichten von zuverlässiger Seite vor, dass die proletarischen Hundertschaften in Gotha und Gera bewaffnet sind. Der Durchzug von solchen Hundertschaften, die Gewehre und Karabiner mit sich führten, durch die Straßen von Gotha ist nach Mitteilung des Gewährsmanns beobachtet worden«,<sup>603</sup> schrieb der Reichskommissar zur Überwachung der öffentlichen Ordnung Kuenzer im Auftrag des Reichsinnenministers am 7. Mai 1923 an das Thüringische Staatsministerium. Hierauf reagierte das Thüringer Innenministerium nun ungehalten. Es müsse die besagten Mitteilungen als eine unerhörte Verleumdung betrachten, zu der es erst Stellung nehmen könne, wenn ihm konkret mitgeteilt würde, »wo und wann sind Hundertschaften bewaffnet mit Gewehren und Karabinern in den Straßen von Gotha und Gera gesehen worden [und] welches ist die zuverlässige Seite, die diese Mitteilungen an die Reichsregierung gab?«<sup>604</sup>.

Am 24. August 1923 erhielt das Thüringer Innenministerium ein Schreiben des inzwischen ins Amt gekommenen sozialdemokratischen Reichsinnenministers Sollmann. Er bat seinen thüringischen Kollegen, den beiliegenden Brief des Reichskommissars Kuenzer vom 7. August 1923 zur Kenntnis zu nehmen, und teilte mit, er habe diesen gebeten, »bei der Verwertung derartiger Nachrichten in Zukunft größte Vorsicht obwalten zu lassen, und bedauere auf das lebhafteste, dass auf Grund so unzuverlässiger Informationen an das dortige Ministerium überhaupt herangetreten wurde«<sup>605</sup>. Der Reichskommissar hatte seinem Vorgesetzten mitgeteilt, dass sein Bericht über die bewaffneten Hundertschaften in Gotha und Gera vom 26. April 1923 auf den »Angaben eines meiner Beamten« beruhte, »dem nach einem wissenschaftlichen Vortrag von einem höheren Beamten erzählt wurde, dass er wenige Tage zuvor von einer Reise aus Thüringen zurückgekehrt sei und in Gotha den Aufzug der proletarischen

<sup>602</sup> II. ThLT. S. 4494.

<sup>603</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P318. Bl. 86.

<sup>604</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P318. Bl. 87.

<sup>605</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P318. Bl. 89.

Hundertschaften selbst beobachtet habe [...], ohne dass die Polizei eingeschritten sei. Auch sei ihm auf Grund persönlicher Wahrnehmung aus Thüringen bekannt, dass auch die Hundertschaften in Gera bewaffnet seien«<sup>606</sup>. Nachdem das Thüringer Innenministerium diese Angaben bezweifelt hatte, habe er seinen Beamten beauftragt, sich den Bericht von seinem Gewährsmann bestätigen zu lassen. Hierzu aufgefordert, beschrieb der Gewährsmann zunächst umfassend seinen infolge des Krieges angegriffenen Gesundheitszustand. In Verbindung mit privaten Problemen und der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Lage wäre sein Nervenzustand völlig untergraben worden. »Es ist erklärlich, wenn ich unter diesen Umständen durch aufregende Zeitungslektüre während meines Aufenthalts in Thüringen im Frühjahr, während dessen die Frage der proletarischen Hundertschaften in den Zeitungen vielfach erörtert und durch viele Menschen besprochen wurde, Befürchtungen dieser Art gesprächsweise erörtert habe. [...] Eine Meldung an das Reichskommissariat der öffentlichen Ordnung habe ich selbstverständlich mangels eigener Beobachtungen nicht gemacht. Wenn nun aufgrund eines privaten Gesprächs von wenigen Minuten, an dessen genauen Inhalt ich mich nicht mehr zu erinnern vermag, so schwerwiegende Regierungsmaßnahmen vorgenommen worden sind, wie ich sie aus Ihrem Schreiben zu meiner tiefen Erregung entnehme, so hätte ich erwartet, dass zunächst vorher mir Gelegenheit geboten worden wäre, dazu schriftlich Stellung zu nehmen, oder das vorher noch eine ruhige, längerer Aussprache mit mir in meiner Privatwohnung stattgefunden hätte. Dann hätte ich Gelegenheit gehabt, Irrtümer zu korrigieren und die ganze Angelegenheit wäre einfach unterblieben [...].« An den Beamten des Reichskommissariats gerichtet, formulierte der Gewährsmann abschließend: »Wir tragen beide Schuld an der jetzigen Lage, ich infolge meiner nervösen Unruhe und Aufregung, die mich damals heimsuchte, und Sie infolge Ihres dienstlichen Übereifers, der Sie veranlasste, ohne nochmalige eingehende Besprechung derart weitgehende Berichte zu verfassen. Mir ist die Angelegenheit um so peinlicher, als ich stets von allen politischen Parteiwesen mich ferngehalten habe, keiner Partei offiziell angehöre und mein Leben lang bestrebt war, auch dem einfachen Mann gerecht zu werden.«<sup>607</sup>

<sup>606</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P318. Bl. 90.

<sup>607</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P318. Bl. 90 RS. Hierzu auch die Ausführungen Karl Hermanns im Thüringer Landtag am 24. November 1923. II. ThLT, S. 5772.

Wenngleich sich aus diesem Einzelbeispiel keine Rückschlüsse auf die generelle Verlässlichkeit der Berichte des Reichskommissars für öffentliche Ordnung über den proletarischen Selbstschutz in Thüringen im Frühjahr 1923 schließen lassen, stellt sich dennoch die Frage, wie groß der Anteil von unzuverlässigen Angaben, ungeprüften Fehlwahrnehmungen, Mutmaßungen und Gerüchten war, die nachrichtendienstlich verarbeitet, letztlich auf die Rechtspresse und deren bereits gezeigte interessengesteuerte Quellen zurückzuführen sind.

Dass die KPD in der angespannten politischen Situation des Frühjahrs 1923 versuchte, den im Entstehen begriffenen proletarischen Selbstschutz im Rahmen ihrer Einheitsfronttaktik unter ihren Einfluss zu bringen, war für den Thüringer sozialdemokratischen Innenminister nicht überraschend<sup>608</sup> und wurde von seiner Partei aufmerksam registriert. »Von den Kommunisten wird seit kurzer Zeit lebhaft Propaganda entfaltet für einen ›Proletarischen Selbstschutz‹. Dieser soll angeblich als reine Klassenorganisation der Arbeiterschaft, unabhängig von den politischen Parteien seine Tätigkeit entfalten und der Abwehr eines etwaigen Angriffs der Faschisten dienen. Unter diesem Vorwand wird versucht, auch nichtkommunistische Arbeiter und selbst solche, die der VSPD angehören, für den Selbstschutz einzufangen.«<sup>609</sup> Tatsächlich hatte die Thüringer KPD seit der Veröffentlichung des gemeinsamen Aufrufs der drei Arbeiterparteien aus Anlass der Ermordung Rathenaus, der die Forderung nach Gründung eines »Arbeiterselbstschutzes« beinhalten, für diesen geworben. Mitte November 1922 war die Bezirksleitung angesichts der zunehmenden Aktivitäten sowohl der Bewegung »Los von Thüringen« als auch der Nationalsozialisten in Südthüringen mit einem erneuten Einheitsfrontangebot an August Frölich und die Spitzengremien der Arbeiterparteien und gewerkschaftlichen Organisationen herangetreten.<sup>610</sup> Nachdem ihre Initiativen unbeantwortet blieben, versuchte die KPD den gemeinsamen proletarischen Selbstschutz von unten aufzubauen. Ende 1922 forderte die Bezirksleitung ihre Untergliederungen in einem Rundschreiben auf, zunächst »eine intensive Propaganda«<sup>611</sup> zur »Schaffung von Abwehrorganisationen gegen den Faschismus in den Betrieben und Gewerkschaften« zu entfalten. Dabei sollte nicht nur die eigene Anhängerschaft, sondern die breite Masse der Arbeiterschaft ein-

<sup>608</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P318. Bl. 14.

<sup>609</sup> Das Volk, 01.03.1923.

<sup>610</sup> Neue Zeitung, 17.11.1922.

<sup>611</sup> BArch RY 1/2379. Bl. 49.

schließlich der vspd-Mitglieder gewonnen werden. Für die Formierung der Abwehrorganisationen, deren Aufgaben zunächst im Schutz der Arbeiterversammlungen und nach Möglichkeit im Verhindern nationalsozialistischer Kundgebungen gesehen wurden, empfahl die Bezirksleitung die Bildung von Unterkommissionen bei den lokalen Kontrollausschüssen.<sup>612</sup> Anfang Februar 1923 versuchte die Thüringer KPD, »zur Gründung von Abwehrorganisationen überzugehen«<sup>613</sup>. Die Bezirksleitung musste Ende März 1923 jedoch intern eingestehen, dass ihre Kampagne zunächst ohne nennenswerte Resonanz geblieben war. Obwohl sie hierfür das von den bayerischen Faschisten als besonders bedroht geltende Südthüringen als Ausgangspunkt gewählt hatte, sei es nicht zur Gründung von Selbstschutzzorganisationen gekommen. Diese erfolgten erst, nachdem in anderen thüringischen Orten entsprechende Formationen entstanden waren.

Das am 29. Januar 1923 veröffentlichte und an die Thüringer Landesregierung gerichtete Schreiben Walter Ulbrichts reihte sich in die bis zu diesem Zeitpunkt erfolglosen Einheitsfrontbemühungen der KPD bezüglich der Bildung des proletarischen Selbstschutzes ein, nahm aber zugleich vor dem Hintergrund der Ereignisse in München und Gera die Stimmung unter der Arbeiterschaft auf. Ulbricht forderte im Auftrag der kommunistischen Bezirksleitung, die sozialdemokratische Landesregierung solle »im Interesse der werktätigen Massen Thüringens gemeinsam mit der KPD und den anderen Arbeiterorganisationen sofort geeignete Schutzmaßnahmen«<sup>614</sup> gegen den Faschismus ergreifen. Zu diesem Zweck schlug er die Bildung von Arbeiterwehren und die Bewaffnung der organisierten Arbeiter vor. Außerdem forderte er das Verbot aller monarchistischen, nationalistischen, deutschvölkischen sowie konterrevolutionären Versammlungen, die Unterdrückung aller nationalsozialistisch-konterrevolutionären Vereinigungen und Druckschriften, die Verhaftung der konterrevolutionären Führer und Leiter der Geheimbünde sowie die Einrichtung von Kontrollausschüssen aus Angehörigen der Arbeiterorganisationen, die alle Behörden zu beaufsichtigen hätten, die mit der Durchführung der KPD-Forderungen betraut werden sollten. »Insbesondere ist die Leitung der Landespolizei Beauftragten der Arbeiterparteien zu übertragen.«<sup>615</sup>

<sup>612</sup> BArch RY 1/2379. Bl. 49.

<sup>613</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 38.

<sup>614</sup> Neue Zeitung, 29.01.1923.

<sup>615</sup> Neue Zeitung, 29.01.1923.

Einerseits war die Haltung der Thüringer vSPD, die sich diesem und weiteren kommunistischen Einheitsfrontangeboten bzw. -forderungen entzog und stattdessen den proletarischen Selbstschutz als Angelegenheit der Parteien betrachtete, aus ihrer Sicht gut begründet. »Die Kommunisten verfolgen nur den Zweck, Verwirrung in den Reihen der vSPD anzurichten, um auf diese Weise getreu der Parole ihres [Leipziger] Parteitages auf die Zertrümmerung der Partei hinzuarbeiten. Denn dass der von den Kommunisten ins Leben gerufene Selbstschutz nichts mit der kommunistischen Partei zu tun habe, glaubt doch kein Mensch.«<sup>616</sup> Zudem sah sich die Thüringer Sozialdemokratie umso mehr zu einem eigenständigen Selbstschutz veranlasst, nachdem am 17. Februar 1923 in Jena eine Versammlung mit Paul Levi von KPD-Mitgliedern massiv gestört und schließlich unmöglich gemacht worden war, wobei die lokale vSPD schwere Vorwürfe auch gegen die führenden Kommunisten Karl Korsch<sup>617</sup>, den Zeiss-Betriebsrat Hans Beck<sup>618</sup> und den Redakteur des Jenaer kommunistischen Parteiblattes Otto Thomas<sup>619</sup> erhob.<sup>620</sup> Andererseits eröffnete die ablehnende sozialdemokratische Haltung den kommunistischen Einheitsfrontbestrebungen ein weiteres Feld. Sich an die Arbeiter Gothas und Thüringens wendend, erklärte die KPD Anfang Februar 1923: »Die Führer der vSPD sabotieren die proletarische Einheitsfront zum Kampf gegen die faschistische Gefahr [...]. Ihre Presse beantwortet die Bemühungen der KPD, die Einheitsfont herzustellen, mit einer gemeinen Hetze gegen die KPD. Die unterzeichnenden Organisationen richten an die Arbeiterschaft die Aufforderung, ungeachtet der Haltung der vSPD die proletarische Einheitsfront ohne Unterschied der Partei herzustellen.«<sup>621</sup> In allen Betrieben müsse sofort der proletarische Selbstschutz weiter ausgebaut und in den Orten, in denen er noch nicht bestand, sofort gebildet werden.

Wenige Tage später warb die Thüringer KPD für eine landesweite Zusammenfassung des proletarischen Selbstschutzes. »Nachdem bereits in den größeren Orten Thüringens proletarische Selbstschutzorganisationen gebildet worden sind, erachten wir es als erforderlich, dass in aller Kürze eine gemeinsame Besprechung von Vertretern der einzelnen Organisationen stattfindet, um gemeinsame Richtlinien für den weiteren Ausbau und

<sup>616</sup> Das Volk, 01.03.1923.

<sup>617</sup> Keßler, Mario: Politischer Denker und revolutionärer Akteur. Karl Korsch (1886–1961). In: Hesselbarth, Schulz, Weißbecker (Hrsg.): Gelebte Ideen. 2006. S. 268–277.

<sup>618</sup> Weber, Herbst: Deutsche Kommunisten. S. 79/80.

<sup>619</sup> Ebenda. S. 790/791.

<sup>620</sup> Das Volk, 19.02.1923.

<sup>621</sup> Gothaer Volksblatt, 02.02.1923.

für die innere Festigung zu beraten. Die Äußerungen der sozialdemokratischen Minister im Thüringer Landtag werden hoffentlich auch den letzten sozialdemokratischen Arbeiter die Augen über die Größe der bevorstehenden Gefahren geöffnet haben.«<sup>622</sup> Diese Konferenz fand am 11. März 1923 tatsächlich in Erfurt statt,<sup>623</sup> wobei die KPD jedoch nahezu unter sich blieb. Unter den 53 anwesenden Delegierten aus 23 Orten befanden sich lediglich zwei Sozialdemokraten und vier Parteilose.<sup>624</sup>

### Das Koalitionsangebot der vSPD Thüringen an die KPD vom 16. Mai 1923

Die Kommunalwahl am 10. September 1922 war für die Thüringer Sozialdemokratie eine Niederlage, die sie sich zunächst nicht eingestand. Auf dem Augsburgener MSPD-Parteitag wollte Paul Kieß sie keinesfalls als Ausdruck der politischen Stimmung in Thüringen sehen, sondern machte stattdessen die kommunistischen Stimmenverluste in Gotha für die Verschlechterung der proletarischen Position gegenüber der Reaktion im Land verantwortlich.<sup>625</sup> Während die antisozialistische Bürger- und Bauernallianz – wie gezeigt – mit ihrer gegen die Landesregierung und deren republikanische Reformpolitik gerichteten Kampagne eine große Zahl von Wählerinnen und Wählern hatte mobilisieren können, sah die Sozialdemokratie vordergründig die »Gleichgültigkeit in den eigenen Reihen«<sup>626</sup>, die in vielen Orten geringe Wahlbeteiligung der Arbeiterschaft als Ursache ihres eigenen Ergebnisses<sup>627</sup>, ohne dabei nach den Gründen der Wahlenthaltung wirklich zu fragen. Wenngleich auch Karl Knauer<sup>628</sup> in seinem Referat zur Landespolitik auf der Thüringer sozialdemokratischen Landeskonferenz am 11. Dezember 1922 in Erfurt die eigene Niederlage bei den Kommunalwahlen zu relativieren versuchte und darauf verwies, es müsse in Zukunft mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden, deuteten zwei Stichpunkte die tatsächlichen Ursachen der Niederlage vom 10. September 1922 an. »Die Eingemeindungen haben auch Unzufriedenheit hervorgerufen [...]. Die

<sup>622</sup> Gothaer Volksblatt, 12.02.1923.

<sup>623</sup> Würfel: Arbeiterregierung. S. 36.

<sup>624</sup> BAArch RY 1/2397. Bl. 1.

<sup>625</sup> Protokoll der Sozialdemokratischen Parteitage in Augsburg, Gera und Nürnberg 1922. Berlin o. J. S. 27.

<sup>626</sup> Das Volk, 11.09.1922.

<sup>627</sup> Das Weimarer Gewerkschaftskartell hatte durch eine eigene Erhebung (»Es wurden seitens der Vorstände Kontrollscheine an die Mitglieder ausgegeben, die beim Wahlakt dann wieder eingezogen wurden.«) ermittelt, dass sich lediglich 44 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder an der Kommunalwahl beteiligt hatten. Das Volk, 12.10.1922.

<sup>628</sup> Lengemann: Handbuch. S. 390/391.

Brennholzversorgung [als soziales Problem, м. н.] ist ein besonderes Kapitel.«<sup>629</sup> Ganz offenkundig waren der Thüringer Sozialdemokratie bei den Kommunalwahlen die Grenzen landespolitischer Reformpolitik aufgezeigt worden. Dem von ihr zwar nicht ursächlich, aber maßgeblich mit hervorgerufenen bürgerlich-agrarischen Widerstand hätte sie angesichts der fortbestehenden antisozialistischen Dominanz in den Verwaltungen bis hin zur Ministerialbürokratie und nicht zuletzt in der Presse letztlich nur durch eine die eigene Anhängerschaft überzeugende Umsetzung ihrer Reformpolitik und eine hierdurch ausgelöste Mobilisierung der sozialistischen Anhängerschaft begegnen können.

Dies schien, so deutet es die Wiedergabe der Diskussionsbeiträge und die Entgegnungen der sozialdemokratischen Minister im Bericht über die sozialdemokratische Landeskonferenz am 11. Dezember 1922 zumindest an, aus Sicht der Parteibasis nur unzureichend gelungen. Obwohl die Delegierten die Politik ihrer Minister billigten, sprachen sie in »voller Anerkennung ihrer Leistungen« und »voller Würdigung aller Schwierigkeiten«, denen sie sich gegenüber sahen, dennoch die Erwartung aus, »dass die Genossen in der Regierung nicht nur wie bisher weiterarbeiten, sondern mit noch verstärkterem Nachdruck ihre Arbeit im sozialistischen Sinne fortsetzen«<sup>630</sup>. Ein Grundproblem sozialdemokratischer Reformpolitik in Thüringen bestand in der Tatsache, dass die entscheidenden wirtschafts- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen nicht auf der landespolitischen, sondern auf der Reichsebene entschieden wurden. Mit ihren kommunal- und bildungspolitischen sowie Verwaltungsreformen und einer landespolitisch begrenzten Wohlfahrtspolitik ließen sich die zunehmenden sozialen Probleme der breiten Bevölkerungsmassen offenkundig nicht lösen.

Die Thüringer KPD hatte bei den Kommunalwahlen am 10. September 1922 ihren Stimmenanteil zwar nur leicht erhöhen können, dennoch stellte dieses Ergebnis aus Sicht ihrer Bezirksleitung einen Wahlsieg dar.<sup>631</sup> »Die Wahlbewegung und vor allem die Erfolge der Versammlungstätigkeit« hätten gezeigt, dass »ein großer Teil der Arbeiter wohl den kommunistischen Rednern Beifall zollten und mit der KPD sympathisieren, jedoch infolge traditioneller Gebundenheit vorläufig noch sozialdemokratisch wählten oder sich gar der Stimme enthielten«. Maßgebend hierfür sei die von der

<sup>629</sup> Das Volk, 18.12.1922.

<sup>630</sup> Das Volk, 18.12.1922.

<sup>631</sup> Gothaer Volksblatt, 15.09.1922.

Thüringer Sozialdemokratie verbreitete Hoffnung gewesen, dass die Vereinigung von MSPD und USPD »eine Linksschwenkung sozialdemokratischer Politik zur Folge habe[n]« werde. Demgegenüber würde die sozialdemokratische Arbeiterschaft bald erkennen, dass die »Vereinigte Sozialdemokratische Partei Arm in Arm mit dem ADGB in der Koalitionsregierung mit der Deutschen Volkspartei landet«. Es gelte zu verhindern, dass »die ehrlichen revolutionären Elemente in den sozialdemokratischen Parteien« infolge dieses »Verrat[s] ihrer Führer« der Arbeiterbewegung den Rücken kehren oder gar zur Konterrevolution überliefen. Deshalb forderte die Bezirksleitung noch größere organisatorische Aktivitäten, um den kommunistischen Einfluss sowohl innerhalb der Arbeiterschaft als auch unter den in der Landwirtschaft Beschäftigten sowie den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zu stärken. Aus der Tatsache des bürgerlichen Wahlerfolges schlussfolgerte die KPD-Bezirksleitung zutreffend einen verschärften Kampf des Bürgertums gegen die sozialdemokratische Landesregierung. Dem müsse mit einem verstärkten Gegendruck »der Arbeitermassen mit Hilfe der Kommunistischen Partei auf die Regierung, damit diese Arbeiterpolitik treibt und nicht noch mehr als bisher vor dem Bürgertum und der Reichsregierung zu Kreuze kriecht«, begegnet werden. Mehr als bisher werde die Thüringer KPD die Sozialdemokratie vor die Frage stellen: »Entweder Arbeiterpolitik zu treiben, gestützt auf den Willen der Arbeiter« oder gegen deren Interessen »mit Hilfe der bürgerlichen Parteien bürgerlich-demokratische Illusionspolitik« zu praktizieren. Deshalb müsse die Thüringer Arbeiterschaft »jetzt der Landespolitik besondere Aufmerksamkeit widmen«<sup>632</sup>. Damit wurde kenntlich, dass sich infolge der sozialdemokratischen Niederlage bei der Kommunalwahl am 10. September 1922 auch das Verhältnis der beiden Arbeiterparteien zueinander zu verändern begann.

»Die Haltung der Arbeiterschaft selbst ist die Ursache unseres Verhaltens«, hatte Felix Schmidt<sup>633</sup> als Vertreter der Zentrale auf der Funktionärskonferenz der Thüringer KPD am 23. Oktober 1921 in Jena in seinem Referat zur politischen Lage erklärt und damit die Unterstützung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung durch die kommunistische Landtagsfraktion verteidigt. »Wenn wir heute die reinsozialistische Koalition sprengen würden, so würde die Arbeiterschaft das nicht verstehen und Herr Scheidemann und seine Gesellen würden mit Vergnügen die Koalition mit Stinnes schließen und den Kommunisten die Schuld aufladen. Er würde sagen,

<sup>632</sup> Gothaer Volksblatt, 15.09.1922.

<sup>633</sup> Weber, Herbst: Deutsche Kommunisten. S. 674/675.

wir möchten die reinsozialistische Regierung, aber die Kommunisten zwingen uns, mit der Deutschen Volkspartei zu gehen. Das wäre zwar nicht richtig, es wäre sogar ein großer demagogischer Betrug, aber bei den Arbeitern hätte er heute noch damit Erfolg.«<sup>634</sup> Insofern stellte sich aus der Perspektive der KPD – zumindest solange sie eine tatsächliche Einheitsfrontpolitik zu praktizieren versuchte – die landespolitische Abhängigkeit der Thüringer Sozialdemokratie von der kommunistischen Landtagsfraktion keineswegs so einseitig dar, wie sie nachfolgend oft beschrieben worden ist. Ohne Zweifel war die sozialdemokratische Reformpolitik auf die Unterstützung der KPD angewiesen. Eine erfolgreiche kommunistische Einheitsfrontpolitik setzte jedoch unter den konkreten landespolitischen Bedingungen Thüringens, der hier nach wie vor bestehenden tiefen Verwurzelung der vspd im proletarischen Milieu sowie der daraus resultierenden traditionellen Bindung der Arbeiterschaft an die Sozialdemokratie die Unterstützung der Minderheitsregierung unter August Frölich durch die KPD voraus. Mitte November 1921 hielt deren Bezirksleitung fest, die sozialdemokratische Landesregierung sei aufgrund ihrer ersten Maßnahmen, insbesondere ihrer Feiertagspolitik, »bei der Arbeiterschaft sehr populär«<sup>635</sup>. Das Jenaer kommunistische Parteiblatt resümierte Ende Dezember 1921: »Der Auftakt der sozialistischen Regierung in Thüringen war gut [...]. Hie[r] Einheitsfront der Arbeiterparteien – dort Einheitsfront der Reaktion! Klarer konnten die Klassengegensätze nicht herausgestellt werden. Und diese klare Lage hat sich seitdem wiederholt, so oft die Thüringer Regierung Maßnahmen treffen oder Gesetze schaffen wollte, durch die proletarische Interessen wahrgenommen werden sollten. [...] Daraus mag der Proletarier erkennen: Überall wo seine Vertreter wirklich seine proletarischen Lebensinteressen wahrnehmen, werden sie im erbitterten Klassenkampf stehen. Wo dagegen dieser Kampf ruht, in ein Scheingefecht übergegangen oder ganz und gar eingeschlafen ist, da werden proletarische Interessen verraten.«<sup>636</sup>

Insofern steckte die Thüringer KPD in einer Zwangslage, einem Tolerierungsdilemma. Sie musste die sozialdemokratische Minderheitsregierung im Amt halten, wenn sie ihren Einfluss innerhalb der Arbeiterschaft und auch einem Teil ihrer eigenen Anhängerschaft nicht verlieren wollte. Trotz ihrer Kritik an der Landesregierung, die gegen streikende Landarbeiter

<sup>634</sup> Neue Zeitung, 25.10.1921.

<sup>635</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 3.

<sup>636</sup> Neue Zeitung, 27.12.1921.

und Eisenbahner sowie kommunistische Gegendemonstranten gegen den Jungdo-Aufmarsch in Gotha im März 1922 Landespolizei eingesetzt und im Herbst/Winter 1922 die kommunistischen Einheitsfrontangebote abgelehnt hatte,<sup>637</sup> konnte die KPD zunächst die letzten Konsequenzen nicht ziehen. Die Arbeiterschaft »würde uns jedoch für die weitere Rechtsschwenkung der Regierung verantwortlich gemacht haben«,<sup>638</sup> begründete die Bezirksleitung bereits im Frühjahr 1922 die Enthaltung der kommunistischen Landtagsfraktion bei der Abstimmung zur innerparteilich umstrittenen Grundsteuer.<sup>639</sup>

Die Reaktion halte nach den Kommunalwahlen vom 10. September 1922 ihre Stunde für gekommen, um die Landesregierung nach rechts zu erweitern und so die republikanische Reformpolitik abzubrechen, hatte der KPD-Fraktionsvorsitzende Tenner am 24. Oktober 1922 im Thüringer Landtag erklärt.<sup>640</sup> In dieser Situation rechnete es sich die KPD-Bezirksleitung selbst hoch an, dass die unter massivem bürgerlich-agrarischen Druck stehende vSPD ihr nicht nachsagen könne, durch allzu scharfe Angriffe auf die sozialdemokratische Landesregierung die Bildung einer Koalitionsregierung provoziert zu haben.<sup>641</sup> Tenner hatte sich in seinen Ausführungen im Landtag am 24. Oktober 1922 ausdrücklich hinter die gesamte Aufbauarbeit der sozialdemokratischen Landesregierung gestellt, die er auch für seine Partei in Anspruch nahm. »So viel positiv praktische Arbeit, wie der Thüringer Landtag im letzten Jahre geleistet hat, hat noch kein Landesparlament zu irgendeiner Zeit geleistet. Die großen Verwaltungsgesetze, die Kreiseinteilung, die Gemeindeordnung, Abbau der alten Regierungen, Aufbau des Kultusministeriums, die ganze Reformarbeit auf dem Gebiet der Schule, die Arbeit im Justizwesen sind Beweise dafür. Überall wurde gearbeitet, während in dem Jahre, in dem die Demokraten in der Regierung gesessen haben, nichts geleistet wurde.«<sup>642</sup>

Zugleich warnte Walter Ulbricht auf einer Tagung kommunistischer Gewerkschaftsfunktionäre Anfang Oktober 1922 die thüringische Sozial-

<sup>637</sup> Koalitionspolitik oder Arbeiterregierung in Thüringen. Hrsg. von der Komm.[unistischen] Partei Deutschlands, Bezirk Großthüringen. Jena 1923. Mit dieser Broschüre fasste die KPD ihre Kritik an der sozialdemokratischen Landesregierung zusammen, wengleich ein Teil der hier erhobenen Anklagen einer näheren Prüfung nicht standhält, so z.B. die Behauptung, die Frölich-Regierung habe das Jungdo-Verbot wieder aufgehoben.

<sup>638</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 5.

<sup>639</sup> Reisberg: Einheitsfrontpolitik. S. 243–247.

<sup>640</sup> II. ThLT. S. 3077.

<sup>641</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 31.

<sup>642</sup> II. ThLT. S. 3086.

demokratie indirekt vor einer Zusammenarbeit mit der bürgerlich-agrarischen Landtagsopposition. »Die Thüringer Regierung wird zeigen müssen, ob sie gewillt ist, mit den Arbeitern proletarische – oder mit dem Bürgertum Koalitionspolitik zu treiben.«<sup>643</sup> Vor dem Hintergrund der Aufschiebung der eigentlich anstehenden Reichspräsidentenwahl und der damit verbundenen reichspolitischen Entwicklung<sup>644</sup> hatte Tenner im Thüringer Landtag unterstellt, eine solche große Koalition würde faktisch im Land bereits existieren. Sie sei aufgrund der spezifischen thüringischen Parteienkonstellation nur noch nicht gebildet.<sup>645</sup>

Vorerst jedoch stimmte die KPD-Landtagsfraktion am 27. Oktober 1922 gemeinsam mit den sozialdemokratischen Abgeordneten den bürgerlich-agrarischen Antrag auf Auflösung des Landtages nieder<sup>646</sup> und unterstützte am 20. Dezember 1922 die Wahl Roman Rittwegers<sup>647</sup> zum Nachfolger des zurückgetretenen Justizministers von Brandenstein.<sup>648</sup> Auch bei diesem Anlass hatte Tenner die Zustimmung seiner Fraktion für den neuen Minister eingeschränkt, indem er unter Verweis auf die kommunistischen Kritikpunkte an der Landesregierung erklärte, es sei der KPD-Fraktion unmöglich, dem neuen Justizminister, dem er vorwarf, auf dem äußersten rechten Flügel seiner Partei zu stehen, »durch unsere Wahl eine Blankovollmacht zu erteilen«<sup>649</sup>. Damit war von kommunistischer Seite deutlich gemacht worden, dass sie zukünftig ihre Tolerierung der sozialdemokratischen Landesregierung wenn nicht aufgeben, so doch zumindest relativieren würde.<sup>650</sup>

<sup>643</sup> Neue Zeitung, 03.10.1922.

<sup>644</sup> Vor dem Hintergrund der innenpolitischen Spannungen wollten sowohl die Regierungsparteien als auch die DVP die im Herbst 1922 anstehende Neuwahl des Reichspräsidenten vermeiden. Deshalb verlängerten sie die Amtszeit Friedrich Eberts mit ihrer verfassungsändernden Mehrheit im Reichstag. Dennoch scheiterte die daraufhin erwartete Bildung der Großen Koalition an der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Kolb: Weimarer Republik. S. 50/51.

<sup>645</sup> II. ThLT. S. 3084/3085.

<sup>646</sup> II. ThLT. S. 3298.

<sup>647</sup> Post, Wahl, Marek (Hrsg.): Thüringen-Handbuch. S. 621/622.

<sup>648</sup> II. ThLT. S. 3652. Über das Motiv und die Gründe seines Rücktritts ist in den eingesehenen zeitgenössischen Quellen nichts mitgeteilt worden. Offenbleiben muss daher, ob sein Schritt tatsächlich ein »Bauernopfer« im Nachgang der Kommunalwahl vom September 1922 war. Häupel: Gründung des Landes Thüringen. S. 159.

<sup>649</sup> II. ThLT. S. 3651.

<sup>650</sup> Anfang Januar berichtete die KPD-Bezirksleitung Thüringen: Die Angriffe auf die Landesregierung, die die kommunistische Landtagsfraktion in der Dezembersitzung des Thüringer Landtages bezüglich der faschistischen Gefahr und der Situation der Erwerbslosen vorgetragen hatte, hätten dazu geführt, »dass die VSPD-Leute sehr nervös wurden und dass der Innenminister Hermann, der mit im Mittelpunkt dieser Angriffe stand, zu unserer Fraktion kam«. Auf seine Frage, ob die Angriffe seiner Person gegolten hätten, sei ihm geantwortet worden, »dass die Haltung der Gesamtregierung Angriffsobjekt sei«. BArch. RY 1/ 2375. Bl. 36/37.

Dennoch enthielt sich die KPD-Landtagsfraktion am 9. Februar 1923 beim bürgerlichen Misstrauensantrag gegen die Minister Hermann und Greil, »weil zum Zeitpunkt der Verhandlungen außerparlamentarisch die Situation durchaus nicht dem Sturz der Regierung günstig war«<sup>651</sup>. Gleichzeitig hatte Tenner der Sozialdemokratie erneut signalisiert, sie müsse seiner Partei entgegenkommen, sonst könne sie mit der Tolerierung der kommunistischen Landtagsfraktion nicht mehr rechnen. Dabei ging es nun schon um das Terrain, auf dem die Streitpunkte ausgetragen werden sollten. »Die Fragen, die wir mit der Thüringer Regierung auszumachen haben, sind für uns keine Fragen des Parlamentarismus. Die Thüringer Regierung ist durch das Votum der Arbeiterschaft zustande gekommen. Die Thüringer Arbeiterschaft soll über die Thüringer Regierung entscheiden. Deshalb werden wir diese Frage nicht im Parlament austragen, sondern vor der Arbeiterschaft. Wir fordern euch von der sozialdemokratischen Fraktion auf, mit uns zu einem Betriebsrätekongress zu kommen und diese Frage zu erledigen. Die Thüringer Arbeiterschaft mag entscheiden, ob die Thüringer Regierung ihre Pflicht getan hat oder nicht.«<sup>652</sup>

Nachdem die Sozialdemokratie in den nachfolgenden Wochen den kommunistischen Vorschlägen bezüglich der gemeinsamen proletarischen Hundertschaften, der Anerkennung der Kontrollausschüsse und des Betriebsrätekongresses nicht entgegengekommen war,<sup>653</sup> erklärte Tenner im Ergebnis seiner Generalabrechnung mit der Landesregierung in der Etat-Debatte am 28. März 1923 nun im Thüringer Landtag: »Wir lehnen eine Politik, die nichts anderes ist, als eine verschleierte Koalitionspolitik, ab. Es wird von der sozialdemokratischen Regierung in Thüringen eine Politik getrieben, die die Bürgerlichen gut mitmachen können, ihre Opposition ist nur eine Scheinopposition, bei den wichtigsten Gesetzen ist die Opposition nicht schlimm gestimmt. [...] Für diese verschleierte Koalitionspolitik sollen wir Kommunisten den Deckmantel hergeben, wir sollen uns als Feigenblatt missbrauchen lassen. Wir sind uns aber zu gut dazu, wir machen das nicht mehr mit. Der Etat gibt uns Gelegenheit, unserer Stellungnahme Ausdruck zu verleihen. Wir werden zu dem Etat Stellung nehmen, wie sie die Regierung verdient, wir werden ihm nicht zustimmen, ohne wirkliche Garantien.«<sup>654</sup>

<sup>651</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 41.

<sup>652</sup> II. ThLT. S. 3991.

<sup>653</sup> Neue Zeitung, 17.02.1923.

<sup>654</sup> II. ThLT. S. 4561.

Offenkundig war die Thüringer vspD über einen langen Zeitraum davon ausgegangen, dass sich die KPD an ihr während der Verhandlungen zur Regierungsbildung im Oktober 1921 gegebenes Tolerierungsversprechen halten würde, weshalb sie die zunehmende kommunistische Kritik rückblickend als Profilierungsversuche abzutun versuchte. »Es mag verständlich erscheinen, dass die thüringischen Regierungskommunisten, die zwanzig Monate lang in der Einheitsfront mit der Sozialdemokratie gegen sämtliche bürgerliche Parteien des Landtags die gesetzgeberische und verwaltungsorganisatorische Arbeit der Regierung bedingungslos unterstützten, das Bedürfnis haben, ihren plötzlichen Abmarsch in die Opposition besonders zu begründen. Unverständlich aber bleibt es, dass sie sich davon ein Sammelsurium von politischen Ladenhütern und selbstfabrizierten Lügenartikeln zusammenschmieren mußten.«<sup>655</sup> Noch während der Koalitionsverhandlungen zwischen den beiden Arbeiterparteien am 30. Mai 1923 hätten die sozialdemokratischen Verhandlungsführer nach Darstellung der KPD-Bezirksleitung nicht daran geglaubt, »dass wir es mit unseren Forderungen ernst meinten«, weshalb die kommunistische Verhandlungsdelegation erklärt habe, »vor einem Sturz der Thüringer Regierung nicht zurück[zu] schrecken«<sup>656</sup>.

Für die Thüringer vspD ergab sich aus der Tatsache, dass die KPD die sozialdemokratische Reformpolitik mitgetragen hatte, auch eine kommunistische Mitverantwortung für deren weiteres Schicksal, der sie im Frühjahr 1923 nicht mehr gerecht wurde. Im Gegenteil: »[...] Gibt es auch nur einen Arbeiter, der glaubt, dass die Herfurth, Bauer, Witzmann und Konsorten den Staatsaufbau, wie ihn die Sozialdemokratie in einer rastlosen Arbeit in einundeinhalb Jahren geleistet hat, unberührt lassen werden? Sie werden ihn, Stein für Stein, abtragen, wie Deutschland im Weltkriege, so Thüringen, zugrunde richten; unfähig, wie es die erste Bourgeoisie-Regierung Deutschlands, das Kabinett Cuno, zeigt, die Nation vorwärts und aufwärts zu führen. Und die Kommunisten sind die Kärner, die das Werkzeug zu diesem edlen Werk heranschleppen.«<sup>657</sup>

<sup>655</sup> Sozialdemokratie und Regierung in Thüringen. September 1921 bis Juni 1923. Hrsg. von der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Bezirksverband Großthüringen. Jena 1923. S. 2. Diese Broschüre war eine Antwort auf die von der KPD zuvor herausgegebene Schrift. Koalitionspolitik oder Arbeiterregierung in Thüringen.

<sup>656</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 47.

<sup>657</sup> Das Volk, 29.05.1923.

Vor dem Hintergrund der Abkehr der KPD von ihrer Tolerierungspolitik und der sich zuspitzenden innenpolitischen Situation infolge des »passiven Widerstands« hatte die Thüringer Sozialdemokratie den Vorschlag der KPD-Landtagsfraktion vom 25. April 1923 für Verhandlungen auf der Ebene der Parteien aufgenommen<sup>658</sup> und am 16. Mai 1923 die von einer gemeinsamen Konferenz der leitenden Parteigremien und der Landtagsfraktion als Grundlage für Koalitionsverhandlungen mit der kommunistischen Partei beschlossene Richtlinien »Zur Fortsetzung der Arbeiterpolitik in Thüringen«<sup>659</sup> veröffentlicht. Selbst wenn es zu keiner Einigung in der Frage des Regierungseintritts der KPD kommen sollte, wollte die vSPD die Fortsetzung ihrer Reformpolitik und damit der weiteren republikanischen Ausgestaltung des Landes erreichen. Im »Interesse einer tatsächlichen Einheitsfront der Arbeiterschaft« sei es notwendig, dass die »sozialdemokratische Minderheitsregierung in Thüringen auch weiterhin ihre parlamentarische Unterstützung durch die KPD erhält«<sup>660</sup>. Rückblickend erklärte der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Hermann Brill<sup>661</sup> diesbezüglich am 20. November 1923 im Thüringer Landtag, die Bemühungen seiner Partei zur Zusammenarbeit mit der KPD seien davon ausgegangen, dass »die Arbeit, die von den beiden Fraktionen der Sozialdemokraten und Kommunisten bisher gemeinschaftlich im Parlament geleistet worden ist, um die Gesetzgebung und Organisation der Verwaltung in Thüringen zu vereineheitlichen, nun auch in einer gemeinsamen Regierungsarbeit ihre Fortsetzung und Krönung finden sollte. Wir haben vor allen Dingen gehofft, dass wir damit endlich aus dem Zustand der Minderheitsregierung in Thüringen herauskommen und geglaubt, dass es gelänge, eine feste parlamentarische Mehrheitsregierung zu schaffen [...]«<sup>662</sup>.

Nachdem die Bildung der Arbeiterregierung am 16. Oktober 1923 tatsächlich erfolgt war, sei die Thüringer Sozialdemokratie davon ausgegangen, dass dies ein »Wendepunkt der Geschichte des deutschen Parlamentarismus in den Ländern überhaupt bedeuten« könnte.<sup>663</sup> Zugleich verband die Thüringer vSPD mit einem Eintritt der KPD in die Landesregierung ein zweites, längerfristiges Motiv. August Frölich erklärte am 16. Oktober 1923, er hoffe, die KPD würde ähnlich wie die Sozialdemokratie zuvor infolge

<sup>658</sup> Gothaer Volksblatt, 23.05.1923.

<sup>659</sup> Das Volk, 16.05.1923.

<sup>660</sup> Das Volk, 08.06.1923.

<sup>661</sup> Overesch, Manfred: Hermann Brill in Thüringen 1895–1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht. Bonn 1992.

<sup>662</sup> II. ThLT. S. 5685.

<sup>663</sup> II. ThLT. S. 5685.

konkreter Regierungsverantwortung lernen, ein realistischeres Verhältnis zwischen den eigenen Zukunftsvorstellungen und den angesichts der gegebenen Realitäten möglichen Zeiträumen ihrer Durchsetzung zu entwickeln.<sup>664</sup>

Damit verband sich auf sozialdemokratischer Seite zugleich die Hoffnung auf eine Einbeziehung zumindest der Mehrheit der Kommunistinnen und Kommunisten in eine geeinte sozialistische Arbeiterschaft im Kampf gegen die Reaktion. Die diesbezüglichen Erwartungen kommentierte das Jenaer vspD-Parteiblatt nach dem Zustandekommen der Arbeiterregierung, »es ist nicht zu leugnen, dass sich der gesamten Arbeiterschaft eine allgemeine freudige Erregung bemächtigte. Wenn wir auch keine übertriebenen Hoffnungen auf dieses Ereignis setzen und etwa glauben, dass nunmehr alles in Butter schwimmen, dass nunmehr das goldene Zeitalter hereinbrechen würde oder auch der hässliche Bruderkampf nun mit einem Male verstumme, so glauben wir doch, dass es nicht ohne Einfluss auf das gegenseitige Verhältnis der beiden Arbeiterparteien bleiben kann.«<sup>665</sup>.

Aus sozialdemokratischer Sicht war eine solche längerfristige Perspektive jedoch mit der Absage der KPD an jegliche putschistische und antiparlamentarische Ambitionen einschließlich der »Diktatur des Proletariats« verbunden, wie die Äußerungen Paul Kieß auf dem Vereinigungsparteitag der Thüringer vspD im Dezember 1922 kenntlich machen: »Aber die Mitarbeit mit den Kommunisten ist doch ernsthaft zu prüfen. Wir in Thüringen müssen an ihnen Erziehungsarbeit verrichten, wenn wir sie zur Mitverantwortung heranziehen, so leisten wir Arbeit für ganz Deutschland.«<sup>666</sup>

Rückblickend hatte Hermann Brill nach dem Scheitern der Arbeiterregierung für seine Partei erklärt, in den Tagen der Regierungsbildung im Oktober 1923 habe sie geglaubt, dass die KPD »doch in der Lage sein würde, unter dem Eindruck der katastrophalen Gestaltung der sozialen Verhältnisse der deutschen Arbeiterschaft ihre bolschewistische Putschtaktik aufzugeben, und sich zu einer positiven Arbeit bereit zu finden«<sup>667</sup>. Denn trotz

<sup>664</sup> II. ThLT. S. 5473.

<sup>665</sup> Das Volk, 17.10.1923.

<sup>666</sup> Das Volk, 18.12.1922.

<sup>667</sup> II. ThLT. S. 5685. »Wir hoffen«, schrieb das Jenaer sozialdemokratische Parteiblatt nach Veröffentlichung des Programms der Arbeiterregierung, »dass, nachdem die Kommunisten sich von einstigen Gegnern jeden Parlamentarismus über die parlamentarische Mitarbeit zu Trägern parlamentarischer Verantwortlichkeiten unter Anerkennung der Verfassung entwickelt haben, nunmehr auch der Austrag der Gegensätze der beiden Parteien auf ein erträgliches Minimum beschränkt wird.« Das Volk, 13.10.1923.

ihrer grundsätzlichen politischen Differenzen waren es nach Auffassung von Paul Kieß zwei wesentliche Gemeinsamkeiten, die die Sozialdemokratie mit der KPD verband: Die gegen die Monarchie gerichtete republikanische Staatsauffassung, »denn die Kommunisten wollen wenigstens die Räte-Republik«, und die Idee von der »Emanzipation des arbeitenden Menschen«<sup>668</sup>.

Die sozialdemokratischen Richtlinien »Zur Fortsetzung der Arbeiterpolitik in Thüringen« vom 16. Mai 1923 umfassten vier inhaltliche Punkte, mit denen die vSPD auf die von der KPD seit Anfang 1923 mehrfach gestellten Forderungen reagierte. Erstens ging es um konkrete »Abwehrmaßnahmen gegen den Faschismus«<sup>669</sup>. Jede Partei sollte republikanische Notwehren aufstellen, die als Selbstschutzorganisationen der Arbeiterschaft deren Versammlungen, Demonstrationen und ihr Eigentum schützen und der Landesregierung als Ergänzung der »vorhandenen staatlichen Machtmittel zur Verfügung« stehen müssten. Diesbezüglich bildete die »vorbehaltlose Anerkennung der Reichs- und Landesverfassung« durch diese Formationen die entscheidende Voraussetzung. Zweitens schlug die vSPD zur »Bekämpfung des Wuchers« die Bildung von Preisprüfungsstellen vor. Deren Mitglieder sollten mit umfassenden Kontrollrechten gegenüber den Handel-treibenden ausgestattet werden, um im Interesse der Arbeiterschaft die Preistreiberei energisch zu bekämpfen. Hierin eingeschlossen waren Maßnahmen für eine verstärkte juristische Verfolgung des Wuchers. Drittens bot die vSPD die Einrichtung einer Arbeitskammer an, die als Körperschaft des öffentlichen Rechts Initiativ- und Beschwerderechte gegenüber der Landesregierung und -behörden haben sollte. Deren Mitglieder würden auf der Grundlage eines noch zu beschließenden Gesetzes gewählt werden. Viertens beabsichtigte die vSPD, die beschlossene Amnestie fortzuführen. Als personelle und organisatorische Garantien für die Fortsetzung der bisherigen Politik schlug die vSPD den Eintritt der KPD in die Landesregierung und die Bildung eines »parlamentarisch-paritätischen Arbeitsausschuss« vor, in dem alle parlamentarischen und gesetzgeberischen Initiativen vor Einbringung in den Landtag besprochen werden sollten.<sup>670</sup> Im Kern ging es der vSPD darum, Thüringen als ein sozialistisches Bollwerk gegen die von ihr nach dem Ende des Ruhrkonfliktes erwartete nationalistische Mobilisierung gegen die Republik zu erhalten, indem die gemeinsam

<sup>668</sup> II. ThLT. S. 4034.

<sup>669</sup> Das Volk, 16.05.1923.

<sup>670</sup> Das Volk, 16.05.1923.

mit der KPD zu bildende Landesregierung die bisherige, auf den Schutz der Republik orientierte Politik konsequent fortsetzen und zugleich die Voraussetzungen für eine sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft schaffen müsse. Hierfür musste aus ihrer Sicht die Legislaturperiode des Landtages regulär beendet werden,<sup>671</sup> wobei sicher auch der Gedanke eine Rolle spielte, dass die eingeleiteten Reformen dann Wirkung zeigen und die eigene Wählerschaft mobilisieren würden. Diese Richtlinien werden, erklärte die vSPD-Verhandlungskommission den KPD-Vertretern während der Verhandlungen am 6. Juni 1923, die Grundlage für die Weiterarbeit der Regierung bilden.<sup>672</sup> Zu diesem Zeitpunkt stand das Scheitern der Koalitionsverhandlungen der beiden Arbeiterparteien<sup>673</sup> jedoch bereits fest.

### **Arbeiterregierung oder Diktatur des Proletariats? Die Thüringer KPD zwischen revolutionärer Realpolitik und bewaffnetem Aufstand**

Die zu Beginn der 1920er-Jahre in Deutschland diskutierte Idee der Arbeiterregierung war ursprünglich keine kommunistische, sondern eine gewerkschaftliche. Am 17. März 1920, unmittelbar nach der Niederschlagung des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches, hatte der Vorsitzende des ADGB Carl Legien<sup>674</sup> der USPD vorgeschlagen, in eine gemeinsame Arbeiterregierung mit der MSPD einzutreten. Seitdem war insbesondere auch in der KPD, wie am Beispiel ihres Thüringer Bezirksverbandes bereits angedeutet, darüber debattiert worden, was eine Arbeiterregierung sein könnte, in welchem Verhältnis sie zur proletarischen Revolution und der mit ihr angestrebten »Diktatur des Proletariats« stehen würde, wie also die Ziele aussehen müssten, die sich mit ihr erreichen ließen und ob Kommunistinnen und Kommunisten in eine solche Regierung eintreten sollten.<sup>675</sup>

Auf ihrem Leipziger Parteitag im Januar 1923 beantwortete die KPD diese Fragen, indem sie die Arbeiterregierung weder als »Diktatur des Proleta-

<sup>671</sup> Das Volk, 08.06.1923.

<sup>672</sup> Das Volk, 07.06.1923.

<sup>673</sup> Zum Verlauf der Verhandlungen: Overesch: Hermann Brill in Thüringen. S.104–111.

<sup>674</sup> Führer, Christian Karl: Carl Legien (1861–1922.). In: Schöler, Scholle (Hrsg.): Weltkrieg Spaltung Revolution. S.142–152.

<sup>675</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S.314–317. Reisberg: Einheitsfrontpolitik. S.257–271./S.293–307. Zum Begriff Arbeiterregierung. Mackenbach, Werner: Arbeiterregierung. Bergmann, Theodor: Einheitsfront. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Bd.1. Hamburg 1994. S.482–486.

riats« noch als friedlichen parlamentarischen Weg zu diesem Ziel definierte. Die Arbeiterregierung sollte vielmehr ein Versuch der Arbeiterklasse sein, »im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu treiben, während die proletarische Diktatur bewusst den Rahmen der Demokratie sprengt, den demokratischen Staatsapparat zerschlägt, um ihn völlig durch proletarische Klassenorgane zu ersetzen«<sup>676</sup>. Eine solche Arbeiterregierung könne nur dann proletarische Politik treiben, »wenn sie sich auf die breiten Massen der Arbeiterschaft und ihre Organe stützt, die aus der Einheitsfrontbewegung entstehen (Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Arbeiterräte usw.)«<sup>677</sup>. Gegen dieses Verständnis einer Arbeiterregierung hatte der Vorsitzende der KOMINTERN Sinowjew sofort Widerspruch angemeldet.<sup>678</sup>

Wenngleich der IV. Weltkongress der Kommunistischen Internationale wenige Wochen zuvor im Dezember 1922 dessen Formel von der Arbeiterregierung als Synonym für die »Diktatur des Proletariats« zurückgewiesen hatte, signalisierte insbesondere die Kritik an der Rathenau-Kampagne der KPD eine erneute, wenn auch zunächst kaum merkliche Kurskorrektur der KOMINTERN. Zumindest Teilen der bolschewistischen Parteiführung und hierbei insbesondere Sinowjew ging es nun wieder stärker um den Kampf gegen die Sozialdemokratie.<sup>679</sup> Trotz gravierender politischer Unterschiede verband diese grundsätzliche Kritik an der KPD-Einheitsfrontpolitik den KOMINTERN-Vorsitzenden mit den KPD-Ultralinken um Ruth Fischer und Arkadi Maslow. Aus deren Sicht bedeutete die mit der Einheitsfrontpolitik und dem Konzept der Arbeiterregierung verbundene Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie den Anfang vom Ende der KPD überhaupt. Generell sei es sinnlos, erklärte Ruth Fischer auf dem Leipziger KPD-Parteitag Ende Januar 1923, »auf dem Boden der Demokratie Arbeiterpolitik zu betreiben«<sup>680</sup>. Zwar war sich die Partei darin einig, dass die Cuno-Regierung »leicht zu einer Etappe auf dem Weg in die offene Diktatur des Großbürgertums, in ein System nach Art des faschistischen Italien, werden konnte«<sup>681</sup>. Während jedoch die Mehrheit der Zentrale um den neuen Parteivorsitzenden Heinrich Brandler eine gemeinsam mit der Sozialdemokratie zu bil-

<sup>676</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 251/252 (S. 246–255. Dok. 312).

<sup>677</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 252.

<sup>678</sup> Reisberg: Einheitsfrontpolitik. S. 687/688.

<sup>679</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 545.

<sup>680</sup> Keßler: Ruth Fischer. S. 122.

<sup>681</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 562.

dende Arbeiterregierung »für das einzig erfolgversprechende Mittel hielt, um diese Entwicklung aufzuhalten«<sup>682</sup>, widersetzten sich die Ultralinken um Ruth Fischer und Arkadi Maslow prinzipiell einer Zusammenarbeit mit der vspd. Sie kritisierten Brandlers taktische Ausrichtung, die davon ausging, dass die Cuno-Regierung abwirtschaften und eine Arbeiterregierung unter Beteiligung der kpd an ihre Stelle treten würde,<sup>683</sup> als »sozialdemokratische Illusionen«<sup>684</sup>, die darauf hinausliefen, mittels parlamentarischer Mehrheiten den demokratischen Staat zu revolutionieren. Namentlich Brandler und der Vorsitzende der sächsischen kpd-Landtagsfraktion Paul Böttcher<sup>685</sup>, hieß es in einem Beschwerdebrief an Sinowjew, »wollten in Sachsen bedingungslos dem sozialdemokratischen Kabinett beitreten. Das faktische Liquidatorentum der Zentrale würde durch Nebenfragen, zu denen die Diskussion über Einheitsfront und Arbeiterregierung gehörten, verdeckt«<sup>686</sup>.

Zunächst wurden die aus diesen Gegensätzen resultierenden innerparteilichen Auseinandersetzungen nach einem Vermittlungsversuch des еккк, der inhaltlich einen Erfolg der Zentrale, personell hingegen einen Punktsieg der Ultralinken bedeutet hatte,<sup>687</sup> vorübergehend beigelegt. Die Mai-Tagung des Zentralausschusses bestätigte die Einigung und erklärte, die unmittelbare Aufgabe der kpd bestehe »vorerst in der scharfen, energischen Hervorkehrung unserer kommunistischen Grundsätze. Wir sind heute nicht imstande, die Diktatur des Proletariats aufzurichten, weil dazu die Vorbedingung, der revolutionäre Wille bei der Mehrheit des Proletariats, fehlt«. Die gesamte Entwicklung zeige jedoch, »wenn das Proletariat die Diktatur der arbeitenden Massen in Stadt und Land mit Hand- und Kopfarbeitern nicht aufrichtet, es zum Opfer der rücksichtslosen Diktatur der Bourgeoisie wird«<sup>688</sup>. Deshalb könne nur eine Arbeiterregierung Deutschland im Ruhrkonflikt vor der Kapitulation retten. »Wenn das Zustandekommen einer revolutionären Arbeiterregierung in Deutschland noch nicht die revolutionären Kräfte in Frankreich und England gegen den Entente-

<sup>682</sup> Ebenda.

<sup>683</sup> Becker: Brandler. S. 198.

<sup>684</sup> Ebenda. S. 199.

<sup>685</sup> Weber, Herbst: Deutsche Kommunisten. S. 108/109.

<sup>686</sup> Becker: Brandler. S. 199.

<sup>687</sup> »Die Einheitsfrontpolitik sei prinzipiell richtig und über den Verdacht, sich an das Bürgertum anlehnen zu wollen, sei die Zentrale erhaben. Sie habe jedoch einige taktische Fehler gemacht und dadurch das Misstrauen von Parteikreisen genährt, die zu linken Abweichungen neigten. Um die Krise zu entschärfen, sollte die linke Opposition einerseits künftig darauf verzichten, außerhalb der eigenen Bezirke zu agieren, dafür aber andererseits vier Vertreter in die Zentrale delegieren.« Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 564.

<sup>688</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 320 (S. 315–324. Dok. 338).

imperialismus entfesselt, so wird eine Arbeiterregierung in Deutschland unbarmherzig die Bourgeoisie zwingen, zu zahlen, solange die Imperialisten Zahlungen erpressen. Nur die Arbeiterregierung wird alle Machtmittel einsetzen für: Schutz des Achtstundentages, Erhöhung des Lohnes auf das Niveau der industriellen Länder, da die Preise zum Weltmarktpreis steigen, Erfassung der Sachwerte. 50 Prozent des Wertes des industriellen, des Handels- und agrarischen Großkapitals sind dem Reiche auszuliefern und unter die Kontrolle der organisierten Arbeiterschaft zu stellen, damit nicht die Armen, nicht den Arbeitenden das letzte Stück Brot genommen wird.«<sup>689</sup>

Trotz dieser Einigung sollte der Grundsatzkonflikt zwischen der Brandler-Thalheimer-Zentrale und den Ultralinken um Fischer und Maslow, maßgeblich von Sinowjew unterstützt, die Kommunistische Partei Deutschlands bis in die entscheidenden Tage und Wochen des Herbstes 1923 nicht nur lähmen. Der aus ihm resultierende innerparteiliche Machtkampf barg die Gefahr der Spaltung der Partei in sich.<sup>690</sup> Aus dieser Konfliktlage, die durch den Ruhrkonflikt und den aus ihm resultierenden außenpolitischen sowjetischen Interessen<sup>691</sup> noch verkompliziert wurde, erklären sich letztlich auch die Schwankungen in der Politik Brandlers und der KPD-Zentrale im Jahr 1923. An die Stelle des anfänglichen Zweifrontenkampfes sowohl gegen die deutsche als auch französische Regierung setzte sie im weiteren Verlauf der Entwicklung eine national orientierte Ausrichtung, verbunden mit dem unter dem Stichwort »Schlagerkurs« berühmt-berüchtigt gewordenen Versuch des Anknüpfens an die sozialen und vor allem nationalistischen Bedürfnisse der Anhängerschaft der sich formierenden faschistischen Bewegung in Deutschland.<sup>692</sup>

Unter dem Eindruck der ersten politischen Erfolge ihrer Einheitsfrontpolitik, die jedoch nicht zuletzt aus der Verschärfung der sozialen und politisch-gesellschaftlichen Krise resultierten, und dem maßgebenden sowjetischen Einfluss schwenkte die KPD im Spätsommer 1923 von der Einheitsfrontpolitik zur Offensivtaktik und deren Kern, dem bewaffneten Aufstand, zurück. Damit erhielt die Arbeiterregierung eine völlig andere Funktion. Dass diese Abkehr von der Einheitsfrontpolitik von der großen Mehrheit

<sup>689</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 322.

<sup>690</sup> Becker: Brandler. S. 197.

<sup>691</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 579/580.

<sup>692</sup> Schröder, Joachim: Deutsche und französische Kommunisten und das Problem eines gemeinsamen Widerstands gegen die Ruhrbesetzung. In: Krumeich, Schröder: Die Ruhrbesetzung. S. 169-186.

jener Kommunistinnen und Kommunisten mitgetragen wurde, die sie 1921/22 nicht nur unterstützt, sondern selbst praktiziert hatten, verweist erneut auf deren Grundwiderspruch. Eine konsequente revolutionäre Realpolitik setzte die Akzeptanz voraus, tatsächlich in einer nichtrevolutionären Zeit zu agieren und, hieraus folgend, das eigene kommunistische Selbstverständnis kritisch zu hinterfragen. Stattdessen hatten sich nicht nur die Ultralinken vor der rechten Gefahr als Folge der Einheitsfrontpolitik gefürchtet, sondern auch die Mehrzahl jener kommunistischen Funktionsträgerinnen und Funktionsträger, die 1922/23 für die Einheitsfronttaktik und das Konzept der Arbeiterregierung eintraten. Es sei erklärlich, resümierte Walter Ulbricht die viertägige Debatte des IV. Weltkongresses Ende 1922, an dem er als KPD-Delegierter teilgenommen hatte, dass sich im Rahmen der Einheitsfrontpolitik »rechte Abweichungen zeigten. Verschiedene Genossen, Anhänger eines gewissen formalen Einheitsfetischismus, stellen nicht in den Vordergrund ihrer Tätigkeit die Wahrung der proletarischen Interessen und die Schaffung einer wirklichen kämpfenden Einheitsfront«. Vielmehr meinten sie, den gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Führern im Interesse der Einheit politisch entgegenkommen zu müssen. Dagegen habe sich die Partei »mit aller Schärfe zu wenden«<sup>693</sup>.

Wenngleich Ulbricht damit den innerparteilichen Konflikt vordergründig auf die Frage des Ausmaßes und der Beherrschbarkeit der mit der Einheitsfrontpolitik verbundenen »opportunistischen Gefahren« reduzierte, warf das Problem der Arbeiterregierung in Verbindung mit der zwischenzeitlichen Zurückstellung der revolutionären Perspektive durch den III. Weltkongress das grundsätzliche Problem der Aufgabe des revolutionären kommunistischen Grundverständnisses durch die Einheitsfrontpolitik auf. Der eigentliche »Grundkonflikt drehte sich letztlich um die Frage, ob eine revolutionäre Partei nicht über kurz oder lang in das bestehende [parlamentarische] System integriert wird, wenn sie sich auf dessen Mechanismen einlässt«<sup>694</sup>. Insofern unterstrich die Definition der Arbeiterregierung durch den Leipziger Parteitag einerseits das vorübergehende Abrücken der KPD von der Offensivtheorie zwischen 1921 bis 1923, andererseits bedeutete sie mit ihrem außerparlamentarischen Vorbehalt letztlich auch ein Zugeständnis an den Kampf gegen die sogenannte opportunistische Gefahr.

<sup>693</sup> Ulbricht: *Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, S. 71.

<sup>694</sup> Becker: *Brandler*, S. 199.

In einem solchen Umfeld war für das Arbeiterregierungs-konzept, das Heinrich Brandler in der Dezembertagung des KPD-Zentralausschusses 1922 entworfen hatte,<sup>695</sup> kein Raum. Dieses Konzept ist als Versuch eines Machtaneignungsprozesses beschrieben worden. »Die Arbeiterregierung, verstanden als eine Regierung der Arbeiterparteien KPD und SPD, sollte nach Brandlers Verständnis schrittweise den demokratischen Verfassungsstaat samt Apparat übernehmen, zum anderen konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der notleidenden Bevölkerung vornehmen. Ein erster Schritt wäre die Abwälzung aller Lasten, welche die verheerende Wirtschafts- und Finanzpolitik der bürgerlichen Regierungen noch potenzierte, auf die besitzenden Klassen. Am Ende dieses Machtaneignungsprozesses durch das Proletariat stand für Brandler die Aufhebung der bürgerlichen Demokratie durch eine proletarische Diktatur. Auf eine dialektische Formel gebracht: »Wir sind für die Taktik der Einheitsfront und für die Arbeiterregierung, um, wenn man ihre tatsächliche Argumentationen konsequent zu Ende denkt, zu einer Verneinung der Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung zu kommen.«<sup>696</sup>

Brandler ging es insofern ebenso wenig wie seinen Parteikolleginnen und -kollegen zu diesem Zeitpunkt um eine langfristige Kooperation mit der Sozialdemokratie, vielmehr wollte er die proletarischen Massen zu Lasten der vSPD für den Kommunismus gewinnen. Doch im Unterschied zur großen Mehrheit seiner Mitstreiterinnen und Mitstreiter war Brandler zu einer bemerkenswert realistischen Einschätzung der politischen Situation und den äußerst begrenzten organisatorischen Möglichkeiten seiner Partei in der Lage. Obwohl er sie im Vergleich zur Situation nach der gescheiterten Märzaktion 1921 im Ergebnis der Einheitsfrontpolitik durchaus gestärkt sah, war die KPD nach seiner Einschätzung schon aufgrund ihrer Mitgliederzahl gegenüber der Sozialdemokratie organisatorisch schwach und infolge ihres hieraus resultierenden tatsächlich geringen Einflusses innerhalb der Arbeiterschaft politisch nur bedingt handlungsfähig. Aufgrund dieser Tatsachen könne sie keinesfalls »von den Sozialdemokraten und den von ihnen geführten Massen [eine] kommunistische Politik verlangen«. Das Problem der Arbeiterregierung so gestellt, würde – anstatt einer Klärung – lediglich zur »Irreführung unserer eigenen Arbeitermassen« beitragen. Brandler sah mit einer Arbeiterregierung jedoch die Möglichkeit, die Sozialdemokratie zu veranlassen, ihre Wahlversprechen »in ihrer praktischen Politik in die

<sup>695</sup> Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie. S. 333-335.

<sup>696</sup> Becker: Brandler. S. 187/188.

Wirklichkeit umzusetzen, und das wäre, wenn wir sie dazu zwingen könnten, den Einsatz und die Teilnahme von Kommunisten an der Regierung wert«<sup>697</sup>.

Wie bereits angedeutet, hatte sich das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kommunistischer Partei in Thüringen seit dem Herbst 1922 zunehmend verschlechtert. Neben den hierfür schon benannten Ursachen war es vor allem die reichspolitische Entwicklung und deren Rückwirkungen auf die Thüringer Landespolitik, die die Spannungen zwischen beiden Parteien zunehmen ließen. Die Tolerierungspolitik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber der Regierung Cuno und die Unterstützung der Reparationsnote der Reichsregierung Wirth vom 13. November 1922<sup>698</sup> durch die Thüringer Landesregierung hatten hierzu ebenso beigetragen wie die Ablehnung der kommunistischen Einheitsfrontangebote zur Abwehr der faschistischen Gefahr und anlässlich der Ruhrbesetzung.<sup>699</sup> Den Mit-Aufruf der Frölich-Regierung zur nationalen Trauer<sup>700</sup> kritisierte der KPD-Bezirksparteitag im Januar 1923 als Wiederaufnahme der Burgfriedenspolitik.<sup>701</sup> Wenn die sozialdemokratische Landesregierung ihren »Cuno-Kurs« fortsetze, so der Parteitag, müsse sie durch eine wirkliche »Arbeiterregierung, die proletarische Klassenpolitik treibt und sich auf die Arbeiterorgane stützt«<sup>702</sup>, ersetzt werden.

Diese Kampfansage an das Frölich-Kabinett ist der Schlüssel zum Verständnis für die Landespolitik der Thüringer KPD bis Ende September 1923: Kein Eintritt in die sozialdemokratische Landesregierung unter August Frölich, wie von der vSPD gefordert, sondern deren Ablösung durch eine wirkliche Arbeiterregierung nach kommunistischen Vorstellungen, zumindest jedoch ihre Ersetzung durch ein linkssozialdemokratisches Kabinett

<sup>697</sup> BArch RY 1/ 171. Bl.170.

<sup>698</sup> Inhalt dieser Note waren die Vorschläge einer parteiübergreifenden Kommission zur Lösung der Reparationsfrage. Sie konzentrierten sich wesentlich auf Maßnahmen für einen ausgeglichenen Reichshaushalt und die Steigerung der Produktion. Ein entscheidender Knackpunkt war hierbei eine partielle Infragestellung des durch die Novemberrevolution 1918 erkämpften Acht-Stunden-Tages. Winkler: Weimar 1918–1933. S. 183/184.

<sup>699</sup> Neue Zeitung, 13.01.1923.

<sup>700</sup> »Um den Gefühlen, die die gesamte Bevölkerung [angesichts der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen] bewegen, auch nach außen hin in würdiger Weise Ausdruck zu verleihen, haben Reichs- und Thüringer Landesregierung beschlossen, den kommenden Sonntag, den 14. Januar 1923, zu einem allgemeinen nationalen Trauertag zu gestalten.« Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 12.01.1923.

<sup>701</sup> »Ihre bisherige arbeiterfeindliche Politik krönte« die Thüringer Landesregierung »durch den Aufruf zur nationalen Trauer. Während die Kohlenkönige das Vaterland um Milliarden betrügen, proklamiert die sozialdemokratische Regierung den nationalen Burgfrieden mit den Ausbeutern und Steuerbetrügern.« Gothaer Volksblatt, 24.01.1923.

<sup>702</sup> Gothaer Volksblatt, 24.01.1923.

nach dem Vorbild Sachsens<sup>703</sup>: Damit war die Zielstellung der Thüringer KPD klar formuliert. Sie würde, schrieb Theodor Neubauer am 1. Juni 1923 zum Stand der zu diesem Zeitpunkt stattfindenden Koalitionsverhandlungen mit der VSPD, in eine gemeinsame Regierung eintreten, wenn diese bereit sei, die Koalitionspolitiker in ihren eigenen Reihen zu bekämpfen. Zu diesen zählte er neben dem Reichstagsabgeordneten Hofmann und Landtagspräsidenten Leber auch die Minister Frölich, Hartmann<sup>704</sup> und Rittweger<sup>705</sup>.

Der Aufruf des kommunistischen Bezirksparteitages an die sozialdemokratische Arbeiterschaft, unter dem Verweis auf die gemeinsame Einheitsfront während der Rathenau-Kampagne nun auch den gemeinschaftlichen Kampf gegen die Cuno-Regierung, die Tolerierungspolitik der eigenen Partei und hierin eingeschlossen die Frölich-Regierung aufzunehmen, unterstreicht zumindest an diesem Punkt den aus kommunistischer Perspektive realistischen Ansatz ihrer Einheitsfronttaktik. Der Thüringer KPD war zu Beginn des Jahres 1923 angesichts der tatsächlichen Kräfteverhältnisse im sozialistischen Milieu durchaus bewusst, dass ohne die sozialdemokratische Basis die von ihr angestrebte Arbeiterregierung nicht gebildet werden könne. Dieses Verhältnis zugunsten der KPD zu verändern, bildete bis Ende September 1923 den eigentlichen Kern ihrer politischen Manöver innerhalb und außerhalb des Landtages, ihrer Mobilisierungsversuche der betrieblichen und gewerkschaftlichen Basis unter dem Stichwort »Entwicklung der Betriebszellen«<sup>706</sup> und letztlich auch ihrer umfassenden Bemühungen, die eigene Partei organisatorisch weiter zu stärken und zu zentralisieren.<sup>707</sup>

Vor diesem Hintergrund sah sich die Thüringer KPD dem sozialdemokratischen Koalitionsangebot vom 16. Mai 1923 letztlich unvorbereitet gegen-

<sup>703</sup> Nachdem die kommunistische Landtagsfraktion Anfang Januar 1923 in Sachsen einen Misstrauensantrag gegen den sozialdemokratischen Innenminister eingebracht und dieser aufgrund der Zustimmung der bürgerlichen Opposition eine Mehrheit erhalten hatte, war die VSPD-Minderheitsregierung Buck/Lipinski zurückgetreten. Im Ergebnis langwieriger Verhandlungen wurde am 21. März 1923 eine ausschließlich aus Mitgliedern des linken sozialdemokratischen Parteifügels bestehende Landesregierung auf der Grundlage eines zuvor mit der KPD ausgehandelten Tolerierungsabkommens gebildet. Rudolph: Sächsische Sozialdemokratie. S. 336–343.

<sup>704</sup> Schilling, Willy: »Den Alten zur Ehr' ...« – in der Tradition von Bebel, Liebknecht und Ebert. Emil Hartmann (1868–1942). In: Hesselbarth, Schulz, Weißbecker (Hrsg.): Gelebte Ideen. S. 197–202.

<sup>705</sup> Neue Zeitung, 01.06.1923.

<sup>706</sup> Unter der Überschrift »Jede Fabrik, jeder Betrieb muss unsere Burg sein«, wurde im Jenaer kommunistischen Parteiblatt ab Mitte Juni 1923 regelmäßig aus KPD-Sicht über die Herstellung der proletarischen Einheitsfront in den Betrieben berichtet. Wörfel: Arbeiterregierung. S. 37.

<sup>707</sup> Ebenda.

über. Ende April 1923 hatte die Bezirksleitung beschlossen, erneut mit der vspd zunächst über den gemeinsamen proletarischen Selbstschutz zur Abwehr der faschistischen Gefahr zu verhandeln, um dann generell die Frage der Bildung einer Arbeiterregierung in die Diskussion zu bringen. Es sei die Absicht ihres Verhandlungsangebots gewesen, hieß es in einem Bericht an die Zentrale vom 2. Mai 1923, die seit einiger Zeit auf der parlamentarischen Ebene laufenden Verhandlungen »im großen Maße außerparlamentarisch« aufzuziehen »und dann vor der Arbeiterschaft alle Fragen aufzurollen«<sup>708</sup>. Da jedoch die kommunistische Landtagsfraktion mit ihrem bereits erwähnten Schreiben vom 25. April 1923 der Sozialdemokratie Verhandlungen zur Frage der weiteren parlamentarischen Zusammenarbeit auf der Ebene der Parteien angeboten hatte,<sup>709</sup> war der offenkundig mit der Parteizentrale abgestimmte Aktionsplan der Bezirksleitung nicht nur durchkreuzt.<sup>710</sup> Vielmehr scheint es, dass das sozialdemokratische Koalitionsangebot für die Thüringer KPD zu einem ungünstigen Zeitpunkt kam.

Aufgrund ihres nach wie vor begrenzten Einflusses innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung war die KPD zu einer offensiven Kampagne für die Bildung einer Arbeiterregierung noch nicht in der Lage. Dies hatte sie auf der Konferenz der Ortsausschüsse des Thüringer ADGB am 29. April 1923 erneut zu spüren bekommen, in deren Ergebnis die KPD öffentlich ihre erlittene Niederlage eingestehen musste. Die Konferenz habe, so das Gothaer KPD-Parteiblatt, »im Zeichen des Kampfes der reformistischen [Gewerkschafts-]Bürokratie gegen die Forderungen des revolutionären Proletariats«<sup>711</sup> gestanden und wenig Positives gebracht. Der Antrag der KPD-Bezirksleitung, »einen thüringischen Betriebsrätekongress einzuberufen,

<sup>708</sup> BArch RY 1/ 2375 Bl. 43.

<sup>709</sup> Gothaer Volksblatt, 23.05.1923. Die Veröffentlichung des Briefwechsels hatte die außerparlamentarische Kampagne der KPD eigentlich einleiten sollen, dies war jedoch an organisatorischen Problemen gescheitert. BArch. RY 1/ 2375 Bl. 43.

<sup>710</sup> »Wir haben mit Ausnahme des einen Punktes, nämlich, den Brief [der Landtagsfraktion] an die sozialdemokratische Partei betr. gemeinsamer Verhandlungen durch die Parteien, die Linie eingehalten, die die letzte Bezirksleitungssitzung, an der der Genosse Kleine und Ulbricht teilnahmen, beschlossen hat.« BArch. RY 1/ 2375 Bl. 43. Es soll an dieser Stelle offenbleiben, ob das Schreiben vom 25. April tatsächlich als Ausdruck des Eigenwillens der kommunistischen Landtagsfraktion zu interpretieren ist. Leimbach, Timo: Parlamentarische Integration versus Stalinisierung? Die KPD-Fraktion im Landtag von Thüringen 1920–1932. In JHK 2018. S. 50 (S. 43–60). Mitte Juni 1923 konstatierte die Bezirksleitung: »Es ist tatsächlich in letzter Zeit ein Nebeneinanderarbeiten zwischen Fraktion und Bezirksleitung zu verzeichnen [...]« BArch. RY 1/2371 Bl. 8.

<sup>711</sup> Gothaer Volksblatt, 05.05.1923. Das Jenaer SPD-Parteiblatt verwies in seinem umfassenden Bericht von der ADGB-Tagung auf die Versuche der kommunistisch eingestellten Beratungsteilnehmer, mit lautstarken Missfallensbekundungen sowohl den Referenten vom ADGB-Bundesvorstand Wissel als auch Wirtschaftsminister Frölich am Reden zu hindern. Dabei habe es sich nicht um Tribünenbesucher, sondern um die »auserwählten Vertreter der kommunistischen Gewerkschaftler« gehandelt. Das Volk, 04.05.1923.

der sich mit der Schaffung einheitlicher proletarischer Selbstschutzorganisationen befasst und über die Bildung einer Arbeiterregierung in Thüringen berät«, war von der Konferenzmehrheit abgelehnt worden.<sup>712</sup> Zudem hatte offenkundig die kommunistische Parteibasis den Kurswechsel hin zu einer verschärften Konfrontation gegenüber der sozialdemokratischen Landesregierung Anfang Mai 1923 noch nicht nachvollzogen. »Da die Angriffe unserer Presse gegen die Regierung nicht das genügende Echo in der Parteimitgliedschaft und in den Arbeitermassen fand«,<sup>713</sup> habe die Bezirksleitung ihre Ortsgruppen zunächst beauftragen müssen, Funktionärssitzungen einzuberufen, auf denen offenkundig die landespolitische Neuausrichtung vermittelt werden sollte.

Nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen Anfang Juni 1923 kam die Bezirksleitung zu der Auffassung, dass die Lösung der Regierungsfrage, also die Ablösung des Frölich-Kabinetts durch eine Arbeiterregierung, erst im Herbst möglich sei. »Es kommt jetzt darauf an, den Boden in der Masse vorzubereiten, auf dem die Aktion gegen die Regierung weitergeführt werden kann [...]. Es ist allerdings im Ganzen in den Reihen unserer Genossen nicht die Aktivität vorhanden, die nötig sein müsste. Es sind verschiedene organisatorische Mängel vorhanden, die zu beheben Aufgabe der Bezirksleitung sein wird.«<sup>714</sup>

Trotz ihrer ungünstigen Ausgangslage hatte die KPD-Bezirksleitung Anfang Mai 1923 beschlossen, dennoch in die Offensive zu gehen und »die ganze Kampagne [für die Bildung einer Arbeiterregierung] außerparlamentarisch aufzuziehen«<sup>715</sup>. Die Parteiorganisation ist darauf einzustellen, hieß es im Beschluss der Bezirksleitung, dass sich die Arbeiterschaft gegen die Offensive des Kapitals, den Lohnabbau, den Versailler Vertrag und die Ruhrbesetzung, den Faschismus, die Verlegung von preußischer Schutzpolizei nach Suhl und Thüringer Landespolizei nach Zella-Mehlis sowie gegen die sozialdemokratische Koalitionspolitik im Reich und in Thüringen ausspricht und für Kontrollausschüsse, Sachwerterfassung, gemeinsame Selbstschutzorganisationen, einen Betriebsrätekongress, »der Stellung zu nehmen hat zur Schaffung einer Arbeiterregierung in Thüringen«, eintritt. Hierzu sollten bei den verschiedensten Gelegenheiten entsprechende Reso-

<sup>712</sup> Gothaer Volksblatt, 05.05.1923.

<sup>713</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 43.

<sup>714</sup> BArch RY 1/2371 Bl. 8.

<sup>715</sup> BArch RY 1/2371 Bl. 4.

lutionen beschlossen werden. Die Landtagsfraktion wurde beauftragt, bei der Behandlung ihrer Interpellation gegen die Besetzung Zella-Mehlis' durch Landespolizei am 31. Mai 1923<sup>716</sup> »das gesamte Ministerium und die Sozialdemokratie anzugreifen, ohne Rücksicht darauf, dass einzelne Führer der vSPD angeblich linke Politik machen«<sup>717</sup>.

Wenngleich die Thüringer KPD-Bezirksleitung in den nachfolgenden Tagen und Wochen versuchte, die Arbeiterschaft für ihre Forderungen zu mobilisieren,<sup>718</sup> war sie offenkundig davon ausgegangen, dass sie dieses Programm nicht würde umsetzen können. In der Pol-Büro-Sitzung am 30. April 1923 hieß es zur politischen Situation in Thüringen, die Lage sei nach dem Scheitern der Etatverhandlungen sehr ernst. Die KPD-Landtagsfraktion habe den Verhandlungsvorschlag der Regierung abgelehnt und ihrerseits schriftliche Garantien vorgeschlagen. Es sei beschlossen worden, mit »Verhandlungen zu beginnen. Auch hier müssen die sächsischen Forderungen: Arbeiterregierung, Betriebsrätekongress, gemeinsame Hundertschaften als Einheitsfront in den Betrieben gestellt werden. Die Thüringer SPD-Arbeiter sind gegen eine große Koalition. Das Ergebnis dürfte im günstigsten Falle ein linkes Arbeiterkabinett mit Vertretern der Kleinbauern sein. Aber auch dies wäre ein Schritt vorwärts [...]«<sup>719</sup>.

Da sich dieses Ziel während der Verhandlungen mit der vSPD offenkundig nicht durchsetzen ließ, brach die KPD am 6. Juni 1923 die Koalitionsgespräche ab. Aus sozialdemokratischer Sicht hätten die dreistündigen Verhandlungen an diesem Tag zu keinem Ergebnis geführt, weil die KPD keine Einigung gewollt habe. Noch bevor das Scheitern der Gespräche festgestanden hatte, war von einem KPD-Vertreter eine vorbereitete Erklärung

<sup>716</sup> II. ThLT. S. 4934–5014. Ostern 1923 hatte Innenminister Hermann ein Kommando der Landespolizei nach Zella-Mehlis entsandt. Parallel dazu war vom preußischen Innenminister Severing Schutzpolizei nach Suhl verlegt worden. Die KPD sah beide Aktionen gegen den proletarischen Selbstschutz gerichtet, wengleich dieser nur in Preußen am 12.05.1923 verboten wurde. Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 570. II. ThLT. S. 4699/4700. Unabhängig davon, welche weiteren Motive Hermann zu seiner Maßnahme bewegen hatten, lieferten die seit Anfang März 1923 von der lokalen KPD initiierten Vorfälle und Provokationen einschließlich ihres Vorgehens gegen den Gemeinderat am 13. März 1923 dem Innenministerium einen entsprechenden Anlass zum Agieren. Hierzu ein umfassender, wengleich keineswegs neutraler Bericht des Leiters der Polizei in Zella-Mehlis. HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P261. Bl.173–176. Auf ihm basierten die Ausführungen Hermanns am 29. März 1923 im Thüringer Landtag unmittelbar vor dem Polizeieinsatz. Die Landesregierung könne nicht zusehen, »dass Mitglieder jener Partei [KPD. M.H.] in die Amtsgebäude eindringen, Beamtennötigungen und vielleicht Landfriedensbruch sich zuschulden kommen lassen. Wir haben alle Ursache, das zu unterbinden. Wenn die Herren [von der KPD] glauben, mir deshalb ihre Missbilligung aussprechen zu sollen, so tun Sie es ruhig«. II. ThLT. S. 4566.

<sup>717</sup> BArch RY 1/2371 Bl. 4.

<sup>718</sup> Neue Zeitung, 04.05.1923.

<sup>719</sup> BArch RY 1/303. Bl.135.

abgegeben worden, die die VSPD für die Nichteinigung verantwortlich machte und erneut die Forderung nach einen Betriebsrätekongress erhob.<sup>720</sup> Die KPD rief nun zum verstärkten Kampf gegen die Frölich-Regierung auf. Sie werde ihre ganze Kraft dafür einsetzen, »diese Regierung durch eine Arbeiterregierung zu ersetzen«<sup>721</sup>, hieß es in der Stellungnahme des Bezirksausschusses zum Scheitern der Koalitionsverhandlungen. Alle Mitglieder der Partei sollten nun ihren Beitrag leisten, die Arbeitermassen hierfür zu mobilisieren. Die Thüringer VSPD müsse gezwungen werden, sich vor dem Betriebsrätekongress, dem Forum der Arbeiterschaft, zu verantworten. Die KPD forderte von der Arbeiterschaft, sich mit dem Betriebsrätekongress selbst das Organ, »das die Richtlinien der zukünftigen Politik in Thüringen aufstellt«, und damit die Voraussetzungen für die Arbeiterregierung zu schaffen. Dadurch werde Thüringen zu einem Bollwerk im Abwehrkampf gegen das Kapital und gegen die Faschisten.<sup>722</sup>

### Antifaschistentag, Schlageter-Kurs und Cuno-Streik: Die Thüringer KPD im Sommer 1923

Am 11. Juli 1923 veröffentlichte die Zentrale der KPD einen Aufruf »An die Partei«, der sie zum verstärkten Kampf gegen den Faschismus mobilisieren und auf bevorstehende schwere Auseinandersetzungen vorbereiten sollte.<sup>723</sup> Mit einem Antifaschistentag in Form von Demonstrationen und Kundgebungen wollte die KPD zeigen, dass sie größere Massen mobilisieren könne als die extreme Rechte.<sup>724</sup> Ziel der Aktion war es, die Partei in die Lage zu versetzen, »einen bewaffneten faschistischen Putsch mit bewaff-

<sup>720</sup> »Die VSPD hat die Aufforderung der KPD Thüringens zur Mobilisierung der Arbeiterschaft für den Abwehrkampf gegen das Angebot der Industrie abgelehnt. Dieses kann nur eine Sabotage der Abwehr der Arbeiterschaft gegen die Angriffe der Industrie bedeuten und mit größter Empörung von der Arbeiterschaft aufgefasst werden. Die KPD weist darauf hin, dass sie bereits offiziell in ihren Erklärungen, wie auch im Landtag, der bisherigen sozialdemokratischen Regierung ihr Misstrauen ausgesprochen hat. Trotzdem zieht die Regierung nicht die Konsequenzen, sondern versteckt sich hinter der stillschweigenden Duldung der bürgerlichen Parteien und existiert nur durch deren Unterstützung. Die Behauptung der VSPD, dass die KPD sozialdemokratische Regierungen nicht unterstützt und damit der Koalition diene, sind Verleumdungen; sie werden durch den Hinweis auf Sachsen erledigt, wo die KPD eine linkssozialdemokratische Regierung stütze. Die schroffen Gegensätze in den Auffassungen zwischen der KPD und der VSPD Thüringen erfordern ein Organ der Arbeiterschaft, dass über diese Differenzen entscheidet und Richtlinien für die zukünftige Thüringer Regierung festlegt. Als solches Organ betrachten wir den Betriebsrätekongress.« Das Volk, 07.06.1923. Intern kritisierte Walter Ulbricht das Agieren der Verhandlungskommission. Anstatt eine bereits vor der Verhandlung ausgearbeitete Erklärung vorzulesen und die Verhandlungen abzubrechen hätte sie auf die sozialdemokratischen Positionen antworten müssen. BArch RY 1/2370. Bl. 4.

<sup>721</sup> Neue Zeitung, 11.06.1923.

<sup>722</sup> Neue Zeitung, 11.06.1923.

<sup>723</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 364–367 Dok. 351.

<sup>724</sup> Winkler: Weimar 1918–1933. S. 200.

neten Gewalt niederschlagen zu können«<sup>725</sup>. Doch insbesondere die rabiate Sprache des Aufrufes vom 11. Juli<sup>726</sup> bewirkte, dass die für den 29. Juli 1923 geplanten Kundgebungen mit Ausnahme von Thüringen und Sachsen reichsweit verboten wurden.<sup>727</sup>

Nicht nur die KPD, auch die Sozialdemokratie warnte vor der »Vorbereitung des Rechtsputsches«<sup>728</sup>. Aus allen Gegenden des Reiches kämen Nachrichten, »dass die rechtsradikalen Verbände mit Hochdruck am Ausbau ihrer Organisationen arbeiteten, um, wie Hitler immer wieder predigt, bald Abrechnung mit den »Novemberebrechern« zu halten und dann zum Befreiungskampf überzugehen«. Die Organisatoren der Kriegsspielerei und -hetzerei seien fast immer frühere Offiziere, die die Mühe ihrer ansehnlichen Pensionen nutzen würden, »um den Kampf gegen die ihnen verhasste Republik vorzubereiten«. Unterstützt würden sie dabei von der Reichswehr und insbesondere in Bayern von der Schutzpolizei.<sup>729</sup> Insofern hatte die KPD mit ihrem Aufruf zum Antifaschistentag auch die in der Sozialdemokratie wachsende Besorgnis vor den zunehmenden faschistischen/rechts-extremistischen Aktivitäten angesprochen und verstand ihn deshalb zugleich als Angebot zur Aktionseinheit. Dementsprechend wurde der Antifaschistentag von der Thüringer KPD sowohl mit einer intensiven Pressearbeit als auch gezielten Versuchen zur Herstellung lokaler und betrieblicher Einheitsfrontbündnisse insbesondere in Betriebsrätevoll- und Gewerkschaftskartellversammlungen vorbereitet.<sup>730</sup> Dabei verbanden die kommunistischen Betriebsräte ihre Forderungen nach unmittelbaren Abwehrmaßnahmen vor der faschistischen Gefahr mit dem Kampf gegen die sich immer weiter steigernde wirtschaftliche und soziale Not der Arbeiterschaft. Die Rudolstädter Betriebsrätevollversammlung erklärte, nur »durch Beschlagnahme der Sachwerte des Privatbesitzes und durch

<sup>725</sup> Kinner: Kommunismus. S. 54.

<sup>726</sup> »Der Faschistenaufruf kann nur niedergeworfen werden, wenn dem weißen Terror der rote Terror entgegengestellt wird. Erschlagen die Faschisten, die bis an die Zähne bewaffnet sind, die proletarischen Kämpfer, so müssen diese erbarmungslos alle Faschisten vernichten. Stellen die Faschisten jeden zehnten Streikenden an die Wand, so müssen die revolutionären Arbeiter jeden fünften Angehörigen der Faschistenorganisationen an die Wand stellen.« Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 366.

<sup>727</sup> Winkler: Weimar 1918–1933. S. 200.

<sup>728</sup> Das Volk, 06.07.1923.

<sup>729</sup> Das Volk, 06.07.1923. Im Sommer 1923 waren in Münchner Rechtskreisen Pläne für ein bayerisches Direktorium geschmiedet worden, »dem der Regierungspräsident von Oberbayern, Gustav Ritter von Kahr, der Münchner Polizeipräsident Ernst Pöhner und Adolf Hitler angehören sollten«. Winkler: Weimar 1918–1933. S. 200.

<sup>730</sup> »In einer Sitzung des Ortsausschusses des ADGB Gotha wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft aufgefordert wird, sich bis auf den letzten Mann an dem Aufmarsch gegen den Faschismus am 29. Juli zu beteiligen. Die Ortsausschüsse sämtlicher Orte werden aufgefordert, alle Arbeiterorganisationen zur Teilnahme am Antifaschistentag aufzurufen.« Neue Zeitung, 21.07.1923.

Kampf gegen den Faschismus, den die industrielle Bourgeoisie in ihrem Totenkampf gegen die aufstrebende Arbeiterklasse benutzt, um sie völlig niederzuschlagen«, könne sich die Arbeiterschaft aus ihrer »elenden Lage« befreien.<sup>731</sup> Ebenso rief die Jenaer Betriebsrätevollversammlung zur Teilnahme am Antifaschistentag auf.<sup>732</sup> In jenen Großbetrieben, in denen die KPD über einen starken Rückhalt verfügte, gelang es ihr ebenfalls im Vorfeld des Antifaschistentages, Aufrufe zur Demonstrationsteilnahme zu organisieren. Die Belegschaft der Gothaer Waggonfabrik beschloss auf einer Betriebsversammlung einstimmig, sich zu beteiligen und in die Betriebshundertschaften einzureihen. Von der Landesregierung forderte sie, gegen faschistische Aufmärsche vorzugehen und sich an die Spitze des antifaschistischen Abwehrkampfes zu stellen.<sup>733</sup>

Dennoch blieb eine breite Unterstützung aus dem sozialdemokratischen Milieu für den Antifaschistentag aus. Beschlüsse, insbesondere in den Betriebsrätevollversammlungen wie in Jena, waren häufig ausschließlich von den kommunistischen Mehrheiten gefasst worden.<sup>734</sup> Mit Blick auf die Rudolstädter Betriebsrätevollversammlung resümierte das Jenaer KPD-Blatt: »Auch die sozialdemokratischen Betriebsräte sollten erkennen, dass das Gesamtinteresse des Proletariats über das Interesse einer Partei steht und deshalb solchen Entschließungen, denen sie innerlich zustimmen, auch äußerlich ihre Zustimmung geben. Nur dann, wenn wir über die Parteien hinweg offen unsere Ansichten vertreten, werden wir uns als Klasse zusammenfinden, bereit den Kampf gegen unsere Peiniger aufzunehmen und bis zum endgültigen Sieg durchzuführen.«<sup>735</sup>

Vor diesem Hintergrund gestaltete sich der kommunistische Antifaschistentag am 29. Juli 1923 durchaus »zu einer überzeugenden Kundgebung gegen den Faschismus«<sup>736</sup>, doch blieb er sowohl nach sozialdemokratischen als auch amtlichen Darstellungen zumindest in Thüringen weitgehend auf das Spektrum der KPD beschränkt. Die von ihr bekannt gegebenen Zahlen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den einzelnen Aufmärschen und Kundgebungen waren daher mit Sicherheit weit übertrieben.<sup>737</sup> Amtlich

<sup>731</sup> Neue Zeitung, 20.07.1923.

<sup>732</sup> Neue Zeitung, 19.07.1923.

<sup>733</sup> Neue Zeitung, 21.07.1923.

<sup>734</sup> Das Volk, 19.07.1923.

<sup>735</sup> Neue Zeitung, 20.07.1923.

<sup>736</sup> Kinner: Kommunismus. S. 54.

<sup>737</sup> Gotha 30.000, Meiningen 11–12.000, Ilmenau 10.000, Gera 8.000, Jena 7–8.000, Saalfeld 6.000, Sondershausen 1.400. Neue Zeitung, 30.07.1923.

wurde mitgeteilt, der kommunistische Antifaschistentag sei »bei meist nicht gerade starker Beteiligung ruhig verlaufen«. Angesichts des großen propagandistischen Aufwands, den die KPD in dessen Vorfeld betrieben habe, müsse die Teilnahme als durchaus gering bewertet werden.<sup>738</sup>

Es ist gut möglich, dass die amtlichen Angaben die tatsächliche Zahl der Teilnehmerschaft zu gering veranschlagt haben. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass das Thüringer Presseamt mit seiner Einschätzung, die mit dem Antifaschistentag verbundene Absicht, »die Massen des Proletariats auf die Beine zu bringen, darf somit als gescheitert angesehen werden«<sup>739</sup>, nicht gänzlich falsch lag. Ebenso ist anzunehmen, dass der Kommentar des Jenaer sozialdemokratischen Parteiblatts der Realität entsprach, wonach die geringe Beteiligung der Arbeiterschaft an der kommunistischen Kundgebung gegen den Faschismus, die nicht nur in Thüringen, sondern überall in Erscheinung getreten sei, »selbstverständlich nicht einer Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft gegenüber dem Faschismus und einer Verkennung der Gefahr« entsprungen war. Vielmehr würde aus dieser Tatsache der klare Wille erkennbar, »sich nicht für kommunistische Parteizwecke missbrauchen zu lassen«<sup>740</sup>.

Wenngleich vSPD und ADGB den kommunistischen Mobilisierungsbestrebungen mit Aufrufen zur Nichtteilnahme am Antifaschistentag entgegengetreten waren<sup>741</sup> und dies bei ihrer Anhängerschaft offenkundig Wirkung erzielte, hatte die KPD nicht nur mit ihrem antifaschistischen Alleinvertretungs- und Absolutheitsanspruch<sup>742</sup>, sondern auch mit ihrer wider-

<sup>738</sup> »So nahmen in Gotha nur 6.000, Meiningen (unter Einschluss von Zella-Mehlis, Suhl, Schmalkalden und Hildburghausen) nur etwa 5.000, Jena 2.500, Sonneberg 2.000 und Ilmenau 5.000, Gera 1.500 und in Saalfeld 1.100 Personen teil, darunter an den meisten Orten viele Frauen, Mädchen und Kinder.« Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 30.07.1923.

<sup>739</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 30.07.1923.

<sup>740</sup> Das Volk, 30.07.1923.

<sup>741</sup> Das Volk, 27.07.1923. »Entsprechend der Stellungnahme des Parteivorstandes zu dem Antifaschistentag der Kommunistischen Partei Deutschlands, fordert der Vorstand des Unterbezirks Gera alle Parteimitglieder auf, sich von den von der KPD für Sonntag den 29. Juli veranstalteten Demonstrationen fernzuhalten. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat diese Aktion ohne jede Fühlungnahme mit dem Vorstand unserer Partei und dem ADGB beschlossen und vorbereitet. Auf diese Weise lassen sich gemeinsame Aktionen nicht mit Erfolg durchführen. Diese Art der Vorbereitung verhindert alle gemeinsamen proletarischen Aktionen, die nicht lokal, sondern zentral beraten und durchgeführt werden müssen. Durch das Fernbleiben aller Genossen und Genossinnen von der kommunistischen Demonstration wird zum Ausdruck gebracht, dass wir für alle zukünftigen gemeinsamen Aktionen gegen alle dem Proletariat drohenden Gefahren zentrale Verhandlungen und Durchführung fordern. Solange diese Verhandlungen durch die Taktik und Politik der Kommunisten dauernd erschwert werden, sind alle Versuche zu örtlichen Annäherungen nur als darauf gerichtet zu beurteilen, immer wieder Zwietracht in die organisierten Arbeitermassen zu tragen. Dieser kommunistischen Taktik gegenüber gilt es, strengste Parteidisziplin zu üben, und dazu fordern wir alle Mitglieder unserer Partei hierdurch auf. Der Vorstand des Unterbezirks Gera.« Reußische Volkszeitung, 29.07.1923.

<sup>742</sup> »Für oder gegen den Faschismus, das ist die Entscheidung am Antifaschistentag, dem Mobilmachungs-

sprüchlichen Politik selbst dafür gesorgt, dass sie am Antifaschistentag die nichtkommunistischen proletarischen Massen nicht erreichte. Sicher sei es der KPD wirklich ernst mit der Bekämpfung des Faschismus, meinte der Jenaer Sozialdemokrat Karl Semmler unmittelbar vor dem Antifaschistentag, »weil ja der Faschismus der Todfeind aller Arbeiterorganisationen ist«<sup>743</sup>. Doch vor dem Hintergrund der gegen die Sozialdemokratie gerichteten Intention, nicht zuletzt des Aufrufs der KPD-Zentrale vom 11. Juli 1923, bedeute der Antifaschistentag letztlich eine gegen die Republik und die VSPD gerichtete Aktion, die der faschistischen Bewegung sehr gelegen komme.<sup>744</sup>

Der Antifaschismus der KPD im Sommer 1923 war nicht nur von der Militanz des Aufrufs vom 11. Juli 1923 gekennzeichnet. Vor dem Hintergrund der Errichtung der faschistischen Diktatur in Italien im Herbst 1922, des Sturzes der demokratischen Regierung durch einen militärfaschistischen Putsch in Bulgarien und angesichts des immensen Zulaufs zu den Faschisten in Deutschland seit der Ruhrbesetzung hatten KPD und KOMINTERN im Frühjahr/Sommer 1923 ihre Beschäftigung und Auseinandersetzung mit dieser neuen Gefahr für die Arbeiterbewegung und den Sozialismus intensiviert.<sup>745</sup> Clara Zetkins Referat auf der III. Tagung des EKKI im Juni 1923 »war ein bemerkenswerter Versuch, das weltgeschichtlich Neuartige des Faschismus zu erfassen und Schlussfolgerungen für die Spezifik des antifaschistischen Kampfes abzuleiten«<sup>746</sup>. Ihre differenzierte Analyse »nahm den Faschismus als Massenphänomen ernst« und erkannte auch die bestehenden Widersprüche seiner Massenbasis gegenüber den Interessen der herrschenden Klasse im Kapitalismus.<sup>747</sup> Dementsprechend war der Aufruf der Zentrale vom 11. Juli 1923 vom KPD-Vertreter im EKKI, Edwin Hoernle<sup>748</sup>, zwar wegen seiner »offenen und kühnen« Kampfansage begrüßt worden. Doch zugleich äußerte Hoernle erheblichen Zweifel, »ob der Kampf gegen den Faschismus bloß als ›Kampf von Gewalt gegen Gewalt‹ geführt werden kann«. Vielmehr forderte er, die Partei müsse den

tag der Arbeiterklasse! Aus Stadt und Land, aus Betrieb und Kontor muss restlos die Arbeiterschaft am 29. Juli ihren Willen und ihre Macht im Kampf gegen den Faschismus zum Ausdruck bringen. Keine Gewerkschaft, kein Sport-, kein Gesangs-, kein Arbeiterverein darf fehlen. Arbeiterorganisationen, die sich neutral erklären, Arbeiter, die abseits stehen, fallen der Arbeiterklasse in ihrem schweren Ringen mit den Faschismus in den Rücken [...].« Neue Zeitung, 24.07.1923.

<sup>743</sup> Das Volk, 28.07.1923.

<sup>744</sup> Das Volk, 28.07.1923.

<sup>745</sup> Kinner: Kommunismus. S. 53.

<sup>746</sup> Ebenda.

<sup>747</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 582.

<sup>748</sup> Weber, Herbst: Deutsche Kommunisten. S. 320–322.

primitiven Standpunkt aufgeben, die faschistische Bewegung sei eine von der Großbourgeoisie finanzierte und organisierte Geheimorganisation. Vielmehr gelte es, zum Kern des Referats Clara Zetkins vorzustoßen und zu erkennen, dass der Faschismus nicht nur von außen, sondern auch von innen bekämpft werden müsse.<sup>749</sup>

So richtig der Versuch war, dem Faschismus durch eine wirkungsvolle politische Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit über die tatsächlichen Ursachen der politisch-gesellschaftlichen Krise seine Massenbasis in den nichtsozialistischen Schichten des Proletariats, der ländlichen Bevölkerung sowie des kleinen und mittleren Bürgertums zu entziehen, so problematisch erscheinen nicht nur aus heutiger Sicht die mit dem von Karl Radek initiierten »Schlageter-Kurs« verbundenen Zugeständnisse an Nationalismus und Antisemitismus.<sup>750</sup> Im kommunistischen Verständnis stand dieser Kurs jedoch nicht im Widerspruch zum Aufruf vom 11. Juli für den Antifaschistentag. Vielmehr verbanden sich, zumindest in Thüringen, antifaschistische Mobilisierungsbestrebungen und offene Gewalt- und Terrordrohungen gegen Anhänger faschistischer/rechtsextremer Organisationen mit politischen Aufklärungsversuchen, die ihrerseits auf antisemitische und nationalistische Schlagworte zurückgriffen.<sup>751</sup> Ohne an dieser Stelle die inhaltliche Kritik am »Schlageter-Kurs« zu relativieren, bedarf es hinsichtlich der diesbezüglichen Aktivitäten der Thüringer KPD jedoch einer Präzisierung. Anders als von der sozialdemokratischen Presse dargestellt, hatte es sich bei der »Dinter-Versammlung« am 9. Juli 1923 in Jena nicht um eine gemeinsame Veranstaltung von Kommunisten und Faschisten gehandelt.<sup>752</sup> Eine solche war angesichts des Verbots von NSDAP und DVFP in Thüringen auch gar nicht möglich. »Die Versammlung war als eine private angekündigt. Der Referent selbst aber bekannte sich im Laufe

<sup>749</sup> Kinner: Kommunismus. S. 55.

<sup>750</sup> Im Anschluss an das Referat Clara Zetkins hatte Karl Radek in einer Rede den von den französischen Besatzungsgruppen hingerichteten Faschisten Schlageter als einen mutigen Soldaten der Konterrevolution gewürdigt. Diese Rede ist als Versuch interpretiert worden, »auch nach rechts hin eine ›Einheitsfront von unten‹ aufzubauen. Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 580/581. Zur Kritik innerhalb der KPD: Hoffrogge, Ralf: Der Sommer des Nationalbolschewismus? Die Stellung der KPD-Linke zum Ruhrkampf und ihre Kritik am »Schlageter-Kurs« von 1923. In: Sozial.Geschichte Online 20 (2017). S. 99–146. (<https://sozialgeschichteonline.wordpress.com> – Abruf: 03.02.2022). Die Rede Radeks ist u. a. auch im Jenaer KPD-Blatt veröffentlicht worden. Neue Zeitung, 27.06.1923.

<sup>751</sup> Der Faschist sei »entweder ein bewusster Gauner, ausgehalten vom jüdischen und christlichen Schwerkapi- tal, womöglich bezahlt von den Franzosen oder Polen«. Oder bei ihm handle es sich um einen Verzweifelten, der letztlich die Wucherer, Schwerverdiener oder dem französischen Imperialismus diene. Ebenso wie die erste Kategorie gehöre auch er »an den Galgen«, wenn er sich gegen das kämpfende Proletariat richten sollte. »Zeigt am Anti-Faschistentage, dass ihr die Kraft habt, alle Faschisten, die gegen euch kämpfen, niederzuschlagen.« Neue Zeitung, 17.07.1923.

<sup>752</sup> Das Volk, 23.07.2923. Hierzu auch Wenzel: Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution. S. 120.

seiner Rede als Anhänger der Deutschvölkischen Freiheitspartei und der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Es war also eine verkappte faschistische Versammlung«,<sup>753</sup> hieß es im Jenaer KPD-Blatt.

Bezeichnend war aus kommunistischer Sicht, dass Artur Dinter, dessen faschistische Haltung der Thüringer Regierung bekannt gewesen sein muss, überhaupt derartige Veranstaltungen habe abhalten können. Die Kritik des Innenministers Hermann bezüglich des Auftretens von kommunistischen Funktionären in der »Dinter-Versammlung« zurückweisend, nahm die KPD für sich in Anspruch: »Die Kommunisten haben nunmehr in dieser Versammlung den ideologischen Kampf gegen den reaktionären Faschismus aufgenommen und, wie wir wohl sagen können, mit einigem Erfolg.«<sup>754</sup> Demgegenüber wurde aus völkischen Kreisen berichtet, es sei bemerkenswert gewesen, dass »insbesondere die Führungspersönlichkeiten Thomas und Dr. Korsch« in ihrer Erwiderung auf die Ausführungen Dinters »geradezu nationale Töne anschlugen«. Ebenso wäre der Eindruck entstanden, dass sie »die judenfeindliche Einstellung der Völkischen nicht als ein wesentliches Hindernis für ein zeitweiliges gemeinsames Handeln zu empfinden schienen«<sup>755</sup>.

Die Thüringer KPD hat dieser Darstellung, soweit die Quellenlage überblickt wird, nicht widersprochen. Im Bericht des Jenaer KPD-Blattes unmittelbar nach der »Dinter-Versammlung« wurde lediglich mitgeteilt, die kommunistischen Funktionäre Thomas, Tittel, Klose und Korsch seien Dinter entgegengetreten und hätten ihn so gründlich widerlegt, dass auch seine Anhänger beeindruckt waren. Zu Dinters Ausführungen bemerkte der Bericht: »Selten haben wir einen so demagogisch unwahrhaftigen politischen Ignoranten sprechen hören. Der Eindruck der Niederlage war so stark, dass man die Wirkung selbst bei seinen engeren Anhängern feststellen konnte. Es ist schade um die zweifellos ehrlichen und suchenden Elemente, die von solchen Rednern in die Irre geführt [...] und dadurch in den Gegensatz zu dem größten und tätigsten Teil des deutschen Volkes,

<sup>753</sup> Neue Zeitung, 09.07.1923. Eingeladen zum »Vortrag des Dichters und Naturwissenschaftlers Dr. Artur Dinter: »Was fordert die Zeit« hatte die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Jena. Jenaische Zeitung, 09.07.1923. Ihre Ankündigung, »der Vortragende wird auch zur Rede Radeks Stellung nehmen und die Annäherungsmöglichkeiten zwischen Volksdeutschtum und Kommunismus erörtern. Nach dem Vortrag freie Aussprache« (Jenaische Zeitung, 07.07.1923), hatte offenkundig das Interesse der Jenaer KPD hervorgerufen. Artur Dinter spielte eine zentrale Rolle in der antisemitisch-völkischen Bewegung und war einer der führenden Männer der Thüringer NSDAP Mitte der 1920er-Jahre. Lengemann: Handbuch, S. 208–211.

<sup>754</sup> Neue Zeitung, 11.07.1923.

<sup>755</sup> Jenaische Zeitung, 09.07.1923.

der Arbeiterschaft, gebracht werden. Es ist unsere Aufgabe, auch in diesen Schichten des Kleinbürgertums zu werben, um alle wirklich wollenden Kräfte für die revolutionäre Arbeitersache zu gewinnen.«<sup>756</sup> Tatsächlich jedoch blieb der »Schlageter-Kurs« »ein kurzlebiges Experiment«, das die KPD »nach wenigen Wochen zugunsten revolutionärer Aufstandspläne im Herbst 1923«<sup>757</sup> fallenließ.

Glaubte die Thüringer vSPD, aufgrund der Tatsache, dass die organisierte Arbeiterschaft im Vertrauen auf die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften den kommunistischen Demonstrationsaufrufen zum Antifaschistentag kaum Folge geleistet hatte, resümieren zu können, »die Massen stehen nicht hinter dem Kommunismus, sondern hinter der Vereinigten Sozialdemokratie«<sup>758</sup>, so ist diese Einschätzung für den Zeitraum Mitte August 1923 zu relativieren. Ausgelöst durch einen Streikbeschluss des Berliner Buchdruckerverbands<sup>759</sup> offenbarten die als Cuno-Streik in die Geschichte der Weimarer Republik eingegangenen Protestaktionen, dass die sozialen Belastungen infolge der Hyperinflation für die Masse der Bevölkerung unerträglich geworden waren und große Teile der Arbeiterschaft den kommunistischen Generalstreikaufrufen folgten. Obwohl deren Hauptadressat, Reichskanzler Wilhelm Cuno, sich bei Ausbruch des Generalstreiks in Thüringen am 14. August schon nicht mehr im Amt befand, entfaltete er dennoch eine große Wirkung. In seinem Verlauf schienen sich die Kräfteverhältnisse innerhalb der organisierten Arbeiterschaft nun tatsächlich zugunsten der KPD zu verschieben, während die Sozialdemokratie zunächst in die Defensive geriet. Hierfür war weniger die verworrene Zeit verantwortlich, die aus sozialdemokratischer Sicht »das Denken breiter Massen verwirrt«<sup>760</sup> habe, sondern vielmehr die Passivität der vSPD und der Gewerkschaften gegenüber dem immer stärker werdenden sozialen Protest.<sup>761</sup>

Wenngleich wie gezeigt die Thüringer vSPD im Sommer 1923 unmittelbar vor Ausbruch des Cuno-Streiks von den führenden Parteinstanzen eine aktivere Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung eingefordert hatte, blieb sie trotz der dramatischen Zuspitzung der sozialen Situation

<sup>756</sup> Neue Zeitung, 09.07.1923.

<sup>757</sup> Hoffrogge: Der Sommer des Nationalbolschewismus? S. 101.

<sup>758</sup> Das Volk, 30.07.1923.

<sup>759</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 599.

<sup>760</sup> Das Volk, 20.08.1923.

<sup>761</sup> Klenke: SPD-Linke in der Weimarer Republik. S. 67.

weitgehend inaktiv. Nachdem in Altenburg infolge der Lebensmittelknappheit und Behördenuntätigkeit am 10. August 1923 spontane Proteste und Streiks eingesetzt hatten, wusste das sozialdemokratische Parteiblatt neben seiner Kritik am Agieren einzelner Kommunisten lediglich Zweifel anzu-melden, ob die Forderung nach dem Rücktritt der Cuno-Regierung die richtige Streikparole sei. »Zunächst handelt es sich noch um eine Lohnbewegung, sie mit politischen Zielen zu verquicken, ist falsch. Das ist Aufgabe der politischen Partei, wenn sie ruft, ist der richtige Zeitpunkt. Uns will scheinen, er ist nicht mehr fern.«<sup>762</sup>

In Gera hatten sozialdemokratische Funktionäre, unter ihnen Heinrich Knauf und Otto Jenssen<sup>763</sup>, erfolglos versucht, den Ausbruch des Ausstandes zu verhindern. »Die Generalstreikparole der KPD, die [...] in Berlin beschlossen wurde, ist noch im Laufe der Nacht zum Montag hier ausgegeben worden.«<sup>764</sup> In mehreren Betrieben habe sich der kommunistische Einfluss deutlich gezeigt. »Der erfolgreiche Auftakt wurde in der Lieb-schwitzer Kammgarnspinnerei gemacht.« Von dort aus setzte sich ein Demonstrationszug in Richtung Gera in Bewegung, der – von Fabrik zu Fabrik ziehend – weitere Arbeiterinnen und Arbeiter zum Verlassen des Arbeitsplatzes veranlasste. »Angesichts der furchtbaren wirtschaftlichen Not, die in den proletarischen Massen eine starke seelische Depression zur Folge hat, sind diese Ereignisse zu verstehen. Die Lebensmittelknappheit und der fast völlige Mangel an Kartoffeln haben die Situation ungemein verschärft. [...] Betont werden muss, dass keinerlei Ausschreitungen vor-kamen, und wir dürfen wohl erwarten, dass sich die vorbildlich diszipli-nierte Geraer Arbeiterschaft auch künftig nicht zu Unbesonnenheiten verleiten lässt.«

Während auf dem Marktplatz eine Massenkundgebung stattfand, tagte am späten Vormittag die Betriebsrätevollversammlung, die mit großer Mehr-heit beschloss, mit Ausnahme der Versorgungsbetriebe die Arbeit für zwei Tage niederzulegen, mit den Unternehmern zur Regelung der Löhne zu verhandeln und einen Kontrollausschuss zur Überwachung der Lebens-mittelversorgung zu bilden, der in Verbindung mit den Behörden arbeiten und unter der Leitung des sozialdemokratischen Kreisdirektors Hermann

<sup>762</sup> Ostthüringer Volkszeitung, 11.08.1923.

<sup>763</sup> Bauke, Dieter; Hauthal, Günter: Ein blinder Seher. Otto Jenssen. In: Hesselbarth, Schulz, Weißbecker Manfred (Hrsg.): Gelebte Ideen. S. 243–251.

<sup>764</sup> Das Volk, 14.08.1923.

Drechsler<sup>765</sup> stehen sollte.<sup>766</sup> Die vspD-Betriebsräte Jenas erklärten, sie seien gegen den Streik, hätten sich aber dem Basisvotum der Belegschaften gefügt und solidarisch mitgestreikt. In der Betriebsrätevollversammlung am frühen Abend des 15. August überließen sie es den kommunistischen Betriebsräten, darüber zu entscheiden, ob der Ausstand fortgesetzt werden sollte. Dies sei erfolgt, weil sie der KPD keinen Vorwand liefern wollten, die Sozialdemokraten hätten den Streik abgewürgt.<sup>767</sup>

»Der Abwehrkampf der Hungernden«<sup>768</sup> habe im ganzen Reich spontan eingesetzt, resümierte das Jenaer kommunistische Parteiblatt. Auch in Thüringen gehe die Arbeiterschaft in zahlreichen Orten auf die Straße, um gegen die Ausbeuter und ihre Regierung zu demonstrieren. »In Gotha und Saalfeld Teilstreiks. In Apolda, Eisenberg, Weimar, Greiz, Nordhausen und in vielen anderen Orten bekundeten die notleidenden Massen ihre Entschlossenheit zum Kampf.« Die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiterinnen und Arbeiter ständen dabei in einer Front mit ihren kommunistischen Kolleginnen und Kollegen. »Sie leiden die gleiche Not. Sie erkennen den gemeinsamen Klassenfeind und die Notwendigkeit einer aktiven proletarischen Klassenpolitik.«<sup>769</sup>

Obwohl August Frölich die Thüringer KPD rückblickend für ihren Generalstreikaufruf vom 13. August 1923<sup>770</sup> massiv attackierte, übersah auch er die wirtschaftlichen, sozialen und letztlich auch politischen Ursachen der Protestbewegungen keinesfalls. »Gewiss wurde mir in Meuselwitz von meinen Freunden erklärt, es hätte kommen können wer wollte, wer auch den Funken in das Pulverfass geworfen hätte, das Pulverfass hätte explodieren müssen angesichts der Situation, in der die Arbeiterschaft im Kohlengebiet sich befand.« Es sei geradezu ein Skandal gewesen, »wie damals die Bergarbeiter im Meuselwitzer Gebiet bezahlt wurden«<sup>771</sup>. Sowohl im Meuselwitzer Braunkohlerevier<sup>772</sup> als auch in den Jenaer Betrieben der Zeiss-

<sup>765</sup> Kachel: Ein rot-roter Sonderweg? S. 545.

<sup>766</sup> Das Volk, 14.08.1923.

<sup>767</sup> Wobei zu vermuten ist, dass die sozialdemokratischen Belegschaftsvertreter um die Stimmung ihrer Kolleginnen und Kollegen insbesondere in den Jenaer Großbetrieben wussten. Denn in den Verhandlungen mit den Stiftungsunternehmen Zeiss und Schott war unter direkter Vermittlung des Thüringer Wirtschaftsministeriums die Forderung nach wertbeständigen Löhnen durchgesetzt worden. Hier standen die Zeichen auf Streikabbruch, der dann mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Das Volk, 16.08.1923.

<sup>768</sup> Neue Zeitung, 13.08.1923.

<sup>769</sup> Neue Zeitung, 13.08.1923.

<sup>770</sup> II. ThLT. S. 5448.

<sup>771</sup> II. ThLT. S. 5448.

<sup>772</sup> Ersil, Wilhelm: Aktionseinheit stürzt Cuno. Zur Geschichte des Massenkampfes gegen die Cuno-

Stiftung<sup>773</sup> war es bereits vor Ausbruch des Generalstreiks zu Protestaktionen der Arbeiterschaft gekommen.

In einem am 10. August 1923 verbreiteten Aufruf hatte sich auch der Thüringer ADGB angesichts der zugespitzten politischen und sozialen Situation den Forderungen nach Rücktritt der Cuno-Regierung angeschlossen. Sein Aufruf an die Gesamtarbeiterschaft, für die sozialdemokratischen finanz- und wirtschaftspolitischen Forderungen sowie die überfällige Durchsetzung des Räteartikels 165 der Weimarer Verfassung<sup>774</sup> geschlossen zu demonstrieren, war offenkundig ein Versuch, den sozialen Protest zu kanalisieren, um den aus seiner Sicht drohenden Kampf »Aller gegen alle« noch zu verhindern.<sup>775</sup> Er stellte zugleich eine Reaktion auf das Einheitsfrontangebot der Thüringer KPD-Bezirksleitung vom 9. August 1923 an den ADGB und die vspd dar, angesichts der katastrophalen sozialen und wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung gemeinsam für den 11. August zu landesweiten Demonstrationen mit dem Ziel, Cuno zu stürzen, aufzurufen. Dieses Aktionsangebot verknüpfte die KPD mit ihrer Forderung nach Einberufung eines Thüringer Betriebsrätekongresses.<sup>776</sup> Der Bezirksvorstand der vspd erklärte am gleichen Tag, er könne sowohl aus terminlichen Gründen, vor allem jedoch aufgrund des »Schlageter-Kurs«<sup>777</sup> der KPD deren Einladung nicht nachkommen.

Nach dem Beschluss der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 11. August 1923, der Regierung Cuno das Vertrauen zu entziehen,<sup>778</sup> sprach das Jenaer vspd-Blatt eine eindeutige Warnung in Richtung KPD »und die bedauernswerten Arbeiter, die ihren Verwirrungsparolen folgen«,<sup>779</sup> aus.

Regierung 1923 in Mitteldeutschland. Berlin 1963. S. 216.

<sup>773</sup> Schumann, Wolfgang: Carl Zeiss Jena – Einst und jetzt. Berlin 1962. S. 293–296.

<sup>774</sup> Der Räteartikel 165 der Weimarer Verfassung war zunächst ein Zugeständnis an die Massenstreikbewegung des Frühjahrs 1919 für die Durchsetzung des betrieblichen Räteystems. Auf seiner Grundlage sollten die Belegschaften eigene Räte bilden, die gleichberechtigt mit den Unternehmern in paritätisch zusammengesetzten Wirtschaftskammern ihre Interessen zu vertreten hätten. In die politische Willensbildung durften diese Räte indes nicht eingreifen. Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 236/237.

<sup>775</sup> Hierfür sei es jedoch notwendig, »sofort die Ursachen der Verzweiflungsausbrüche« zu beseitigen. Das Volk, 10.08.1923.

<sup>776</sup> Neue Zeitung, 10.08.1923. Inhaltlich sollten sich die gemeinsamen Demonstrationen für eine Erfassung der Sachwerte, Beschlagnahmung der vorhandenen Lebensmittel und deren gerechte Verteilung durch Kontrollausschüsse und eine Anpassung der Löhne an die gestiegenen Preise einsetzen. Wörfel: Arbeiterregierung. S. 39.

<sup>777</sup> »Zur Leitung der KPD haben wir nicht das Vertrauen, dass sie es ehrlich meint mit der Vertretung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Wer den Faschismus bekämpfen will, darf sich nicht mit ihm verbunden.« Das Volk, 10.08.1923.

<sup>778</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 403. Dok. 363.

<sup>779</sup> Das Volk, 13.08.1923.

Die »erdrückende Masse des Volkes, und insbesondere auch die Arbeiterschaft« wollen, dass sich die auf Initiative der Sozialdemokratie eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage auswirken können.<sup>780</sup>

Bereits am 10. August hatte die Reichsregierung umfangreiche Lebensmittelimporte angekündigt und der Reichstag auch mit den Stimmen der kommunistischen Fraktion eine Erhöhung der Einkommens- und Körperschaftssteuer beschlossen. Daraufhin war von der Berliner Gewerkschaftskommission der Antrag Ruth Fischers auf Ausrufung eines dreitägigen Generalstreiks abgelehnt worden.<sup>781</sup> Die KPD würde, so das Jenaer vspD-Parteiblatt weiter, mit ihren Generalstreikparolen eine Verbesserung der Lage der Bevölkerung zu verhindern suchen. »Aber sie sollen darauf gefasst sein, dass sich die Arbeiterschaft, soweit sie nicht Selbstmord begehen will, dagegen zur Wehr setzen wird. Die Kommunisten spielen ein hohes Spiel. Je höher ihre Einsätze werden, desto sicherer werden sie es verlieren. Und ihre eigenen Anhänger von heute werden sie zur Verantwortung ziehen.«<sup>782</sup>

Aus kommunistischer Sicht erhielt die Sozialdemokratie mit dem Cuno-Streik indes »von den Arbeitermassen die Quittung für [ihren] Verrat. Die Massen erkennen, dass ein Bekenntnis zur kämpfenden Einheitsfront des Proletariats heute ein Bekenntnis gegen die Politik der vspD-Führer ist. Die Massenflucht aus [der] vspD hat eingesetzt. Zu Hunderten strömen die Arbeiter in [die] Reihen der Kommunistischen Partei, die mit klarer Kampffreudigkeit und mit entschlossenem Opfermut an der Spitze der kämpfenden Massen stand. Zu Hunderten strömen die sozialdemokratischen Arbeiter in Gera, in Jena und in allen Orten, wo der Generalstreik herrschte und die vspD noch stärkeren Anhang hatte, aus der Sozialdemokratischen Partei. Eine Welle der Empörung geht durch die betrogenen Arbeitermassen – aber eine Empörung, die zu neuen Kämpfen um die Fahnen des revolutionären Klassenkampfes bereit ist«<sup>783</sup>.

Zugleich schien die Situation, in der die Arbeiterschaft massenhaft in Bewegung gekommen war, günstig für die konkrete Umsetzung der Forderung zur Bildung einer Arbeiterregierung in Thüringen mit entsprechender

<sup>780</sup> Das Volk, 13.08.1923.

<sup>781</sup> Winkler: Weimar 1918–1933. S. 201/202.

<sup>782</sup> Das Volk, 18.08.1923.

<sup>783</sup> Neue Zeitung, 16.08.1923.

außerparlamentarischer Abstützung. »Wir haben schon immer betont«, kommentierte das Jenaer KPD-Blatt am Beginn des Generalstreiks, »dass wir auch zu einem Eintritt in die Thüringer Regierung bereit sind, wenn diese rücksichtslose proletarische Klassenpolitik durchzuführen gewillt ist.«<sup>784</sup>. Umgehend müsse ein Betriebsrätekongress für Großthüringen zusammentreten, der die dringenden Fragen des gegenwärtigen proletarischen Klassenkampfes beraten sollte. »Er muss zur Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung die notwendigen Beschlüsse fassen und dieser die Stützpunkte in den Organen der Arbeiterklasse schaffen. Die Arbeiter- und Bauernregierung ist eine Regierung, die rücksichtslos die Interessen der hungernden Proletariermassen, des ausgeplünderten Mittelstandes und der Kleinbauern vertritt und getragen wird durch die Mobilisierung aller Ausgebeuteten. Die Forderungen der Berliner Betriebsräte müssen Kampfziele der gesamten deutschen Arbeiterklasse werden! Der Berliner Generalstreik ist der Alarm zu sofortigem Generalstreik im ganzen Reiche!«<sup>785</sup>

Stattdessen war am 14. August 1923 – wie bereits gezeigt – eine Regierung der Großen Koalition unter Reichskanzler Gustav Stresemann gebildet worden. Zwar sei Cuno durch den Druck der Massen hinweggefegt und damit sein Sturz »das erste Ergebnis des Generalstreiks«<sup>786</sup>. Aber die Massen wüssten, meinte das Jenaer KPD-Blatt: Die Regierung Stresemanns »bedeutet ungeschmälernte Ausbeuterschaft, niederträchtigste Ausplünderung für die Zukunft und schlimmstes Elend für die Arbeiterfamilien«. Auch diese Regierung werde sehr schnell vor dem Bankrott stehen. Die Toten in einigen Städten zeigten, dass Reichswehr und Faschisten ihre Machtinstrumente seien, während die Gewerkschafts- und vspd-Führer mit ihrer Sabotage des Generalstreiks die neue Regierung unterstützen. »Der Kampf gegen die neue Ausbeuterdiktatur, die sich durch das sozialdemokratische Feigenblatt einführen will, muss mit aller Macht geführt werden. Die Auflösung des Reichstages muss durch die Wucht des allgemeinen Generalstreiks erzwungen werden. Der Kampf geht für die Forde-

<sup>784</sup> Neue Zeitung, 13.08.1923.

<sup>785</sup> Neue Zeitung, 13.08.1923. Forderungen der Berliner Betriebsräte: »1. Sofortiger Rücktritt Cunos. 2. Beschlagnahme der Lebensmittel zur Sicherung der Ernährung. 3. Sofortige Anerkennung der proletarischen Kontrollausschüsse. 4. Sofortige Aufhebung des Verbots der proletarischen Hundertschaften. 5. Sofortige Festsetzung eines Minimalstundenlohns von 60 Friedenspfennigen für alle Arbeiter und Angestellten. 6. Wiedereinstellung aller Arbeitslosen und die Beschäftigung der Kriegserntner zum vollen Lohn. 7. Aufhebung des Demonstrationsverbots und der Ausnahmeverordnung. 8. Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen. Zugleich wendet sich die Berliner Arbeiterschaft an alle Arbeiterorganisationen mit der Aufforderung, sofort eine gemeinsame Aktion zur Bildung einer Arbeiterregierung einzuleiten.« Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 402 (S. 402/403. Dok. 362).

<sup>786</sup> Neue Zeitung, 14.08.1923.

rungen, die die Berliner Betriebsräte als primitivste Lebensforderungen des Proletariats aufstellte[n]«<sup>787</sup>.

Wenngleich das Jenaer kommunistische Parteiblatt eine zunehmende Beteiligung an den Streiks konstatierte,<sup>788</sup> hatte die Parteizentrale feststellen müssen, dass nach dem Sturz der Regierung Cuno die Welle der Wut und Empörung in breiten Arbeiterschichten vorübergehend abgeebbt sei. »Die Auszahlung von Wirtschaftsbeihilfen und das Versprechen, der Lebensmittelbeschaffung mehr Aufmerksamkeit zu schenken, löste bei Teilen der Arbeiterschaft in lebenswichtigen Betrieben etwas die Spannung. So dann haben die Versprechungen der neuen Koalitionsregierung in Massen der Bevölkerung wieder einmal neue Illusionen erzeugt. Hinzu kam, dass die Politik der Sozialdemokratie und [der] Gewerkschaftsführer, kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen, vielfach Verwirrung und Mutlosigkeit erzeugt.«<sup>789</sup>

Während in weiten Teilen des Reiches und auch Mitteldeutschlands der Streik relativ schnell abgebrochen wurde, war er in Weimar bis zum 17. August fortgesetzt worden. Hier schienen aus bürgerlicher Perspektive die Gewerkschaftsführer gegenüber dem kommunistischen Terror machtlos zu sein,<sup>790</sup> während die KPD in der Weigerung der Unternehmer, mit der Arbeiterschaft über deren Forderungen zu verhandeln, die Ursache des Ausstandes sah.<sup>791</sup> Deshalb hatte eine Betriebsräteversammlung die Verschärfung des Generalstreiks beschlossen.<sup>792</sup> In der zuvor stattgefundenen Diskussion hätten sich alle Beteiligten hierfür ausgesprochen. »Eine Kollegin forderte die anwesenden Frauen unter großem Beifall [...] auf, an der Seite ihrer Männer für den Streik, für ein weiteres Aushalten einzutreten.«<sup>793</sup> Dieses bestand nach sozialdemokratischer Darstellung darin, dass am darauffolgenden Tag die Streikenden »unter Führung des kommunistischen Selbstschutzes«<sup>794</sup> die Arbeiterschaft aus jenen Betrieben herausholten, in denen noch gearbeitet worden war. Gleichzeitig fanden vor den größeren Cafés in der Innenstadt Aufzüge statt, um deren Schließung zu

<sup>787</sup> Neue Zeitung, 14.08.1923.

<sup>788</sup> Neue Zeitung, 14. u. 17.08.1923.

<sup>789</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 407. S. 407 – 409. Dok. 366.

<sup>790</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 18.08.1923.

<sup>791</sup> »Wir verhandeln nicht unter dem Druck der Massen. Erst Arbeit aufnehmen, dann Verhandlungen« war die Haltung der Unternehmer. Neue Zeitung, 17.08.1923.

<sup>792</sup> Das Volk, 16.08.1923.

<sup>793</sup> Neue Zeitung, 17.08.1923.

<sup>794</sup> Das Volk, 17.08.1923.

erzwingen. Zudem wurde die Druckerei der Tageszeitung *Deutschland* stillgelegt, die deshalb zwischen dem 16. und 18. August nicht erscheinen konnte. Nachdem bereits am Nachmittag des 16. Augusts erste Informationen über ein mögliches Versammlungs- und Demonstrationsverbot bekannt geworden waren, wurde am Vormittag des 17. Augusts tatsächlich ein solches erlassen.<sup>795</sup> Da die Streikenden offenbar eine Ausweitung des Generalstreiks auch auf die Versorgungsbetriebe beabsichtigten, verhängte die Landesregierung den kleinen Belagerungszustand über die Landeshauptstadt.<sup>796</sup>

### **Proletarische oder parlamentarische Lösung der Thüringer Regierungskrise? Das Agieren der Thüringer KPD im Spätsommer/Herbst 1923**

Hatte sich die Thüringer KPD bereits im Ergebnis ihrer Mobilisierung der kampfentschlossenen Teile des thüringischen Proletariats am Antifaschistentag in ihrem Kurs bestätigt gesehen, der auf das Ende des Frölich-Kabinetts und die Bildung einer linkssozialdemokratischen Regierung zielte,<sup>797</sup> musste sie der Verlauf des Cuno-Streiks diesbezüglich weiter bestärken. Nach dessen Abbruch ging die KPD-Bezirksleitung dazu über, ihre Ziele nicht mit, sondern gegen die Sozialdemokratie durchsetzen zu wollen. »Angesichts der schändlichen Haltung der thüringischen vSPD-Führer und ihrer Regierung, sowie der fortdauernden Sabotage des ADGB-Sekretärs Hartmann, müssen die arbeitenden Massen Thüringens die Initiative von unten ergreifen. Sie müssen Stellung zu nehmen zu den Kampfmaßnahmen gegen die Teuerung und die allgemeine Not, zu den Aufgaben und der Organisation der Kontrollausschüsse, zur Bildung der gemeinsamen Hundertschaften gegen den Faschismus, zur Frage der kommenden Regierungspolitik und einer Arbeiter- und Bauernregierung in Thüringen«,<sup>798</sup> hieß es in einem Aufruf der Bezirksleitung unmittelbar nach Abbruch des Cuno-Streiks am 21. August 1923.

In Auswertung des Antifaschistentages war von ihr die Orientierung an die Unterbezirke ergangen, diese Aktion als Auftakt zu einer planmäßigen

<sup>795</sup> Das Volk, 17.08.1923.

<sup>796</sup> Neue Zeitung, 18.08.1923.

<sup>797</sup> Neue Zeitung, 01.08.1923.

<sup>798</sup> Neue Zeitung, 21.08.1923.

Kampagne aufzufassen, »die jetzt die Partei für die Stärkung unserer Organisation und für die Weit[er]befestigung der proletarischen Einheitsfront durchführen muss«<sup>799</sup>. Neben einer planmäßigen Werbearbeit für die Kommunistische Partei und ihre Presse sollten die Parteimitglieder vor allem in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen die politische, wirtschaftliche und soziale Situation ansprechen und verstärkt für die Forderungen nach Bildung von Kontrollausschüssen, gemeinsamen Betriebs-hundertschaften und ein abgestimmtes Vorgehen der sächsischen und thüringischen Regierungen gegen den Faschismus eintreten. Die Argumentationsgrundlage hierfür bildete die von der KPD-Landtagsfraktion für die August-Sitzung des Landesparlaments eingebrachte große Anfrage zur politischen Situation.<sup>800</sup>

Anfang August 1923 hatte sich der Landtag erneut vertagt, ohne den eingegangenen bürgerlichen Misstrauensantrag vom 4. August 1923 und den Missbilligungsantrag der KPD-Landtagsfraktion<sup>801</sup> vom gleichen Tag zu behandeln. Mit ihm nehme die KPD ihre Forderung nach Einberufung eines Betriebsrätekongresses, »der den Willen der gesamten Arbeiterschaft zum Ausdruck bringt, die Grundlage für eine wirkliche Arbeiterpolitik in Thüringen zu schaffen, [...] wieder auf«.<sup>802</sup> Die gegenwärtige sozialdemokratische Landesregierung tue nichts gegen die weitere Verelendung der werktätigen Massen und der aus Bayern drohenden faschistischen Gefahr. Stattdessen agiere sie gegen die Kontrollausschüsse und den proletarischen Selbstschutz, hieß es im Missbilligungsantrag der KPD-Landtagsfraktion.<sup>803</sup>

Mit der erneuten Landtagsvertagung, schien es aus kommunistischer Sicht, wollte die vspD noch vor dessen Wiederzusammentritt einen »Kuhhandel mit den bürgerlichen Parteien«<sup>804</sup> abschließen. Das Thüringer Proletariat dürfe sich aber nicht vor vollendete Tatsachen stellen lassen. »Die Entscheidung über die Linie der zukünftigen Politik liegt daher in den Händen der Arbeiterschaft. Ihre Aufgabe ist es, in den Betrieben und Gewerkschaften auf breitester Basis zu den Fragen der Thüringer Politik Stellung zu nehmen und die Voraussetzungen für eine wirkliche Arbeiterpolitik zu schaffen.« In diesem Augenblick des Bankrotts der bisherigen

<sup>799</sup> BArch RY 1/2379. Bl. 63.

<sup>800</sup> II. ThLT. Drs. 1319. S. 1715–1717.

<sup>801</sup> Häupel: Gründung des Landes Thüringen. S. 165.

<sup>802</sup> Neue Zeitung, 06.08.1923.

<sup>803</sup> II. ThLT. Drs. 1324. S. 1720/1721.

<sup>804</sup> Neue Zeitung, 06.08.1923.

vSPD-Führung müssten »die breitesten Arbeitermassen die Entscheidung den reformistischen Führern aus den Händen nehmen. Wenn nicht alles trägt, ist ein Gefühl für diese Notwendigkeit auch bei vielen vSPD-Arbeitern vorhanden. Die Auseinandersetzungen innerhalb der vSPD legen Zeugnis davon ab, dass sie den Willen zur endlichen Schaffung einer politischen Klassenpolitik haben.«<sup>805</sup>

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, setzte die KPD ab Mitte August 1923 auf eine verstärkte außerparlamentarische Mobilisierung. »Wir müssen sofort die Kontrollausschüsse zentral zusammenfassen und eine Konferenz abhalten«, <sup>806</sup> hatte der neue Politische Sekretär der Bezirksleitung Hans Tittel<sup>807</sup> am 18. August 1923 in der Bezirksleitungssitzung gefordert. In seinem Referat zur politischen Situation nach dem Generalstreik umriss er zugleich das weitere landespolitische Vorgehen seiner Partei. Es brauche eine Beratung mit den Hundertschafts-Führern und eine verstärkte Propaganda unter den bürgerlichen Mittelschichten. Vor allem jedoch sollte die ganze Kraft der Partei »auf die Einberufung eines Betriebsrätekongresses konzentriert werden. Es ist die Frage aufzuwerfen, ob wir jetzt einen Betriebsrätekongress ohne den ADGB abhalten können.« Terminlich sollte der Kongress mit dem Zusammentritt des Landtages zusammenfallen, »damit unsere parlamentarische Aktion tatkräftig unterstützt wird«<sup>808</sup>.

Am gleichen Tag hatte der Thüringer ADGB-Vorsitzende Karl Hartmann<sup>809</sup> erklärt, er werde dem Ansinnen der KPD nach einem Thüringer Betriebsrätekongress, der sich mit der Haltung der Landesregierung beschäftigen solle, nicht zustimmen. »Die Haltung der Thür.[inger] Regierung zu kritisieren ist Aufgabe der politischen Parteien. Die Aufgaben der Betriebsräte liegen auf wirtschaftlichem Gebiet.«<sup>810</sup>

Wenngleich nicht zu belegen, erscheint es dennoch naheliegend, dass Tittels Vorschlag, den Betriebsrätekongress ohne den ADGB vorzubereiten und durchzuführen, aus taktischen Gründen vom Weimarer Gewerkschaftskartell in die Öffentlichkeit gebracht wurde. In diesem Gremium

<sup>805</sup> Neue Zeitung, 06.08.1923.

<sup>806</sup> BArch RY 1/2371. Bl. 12.

<sup>807</sup> Bergmann, Theodor: Ein »rechter« Kommunist: Hans Tittel. In: Hesselbarth, Schulz, Weißbecker: Gelebte Ideen. S. 438–443.

<sup>808</sup> BArch RY 1/2371. Bl. 12.

<sup>809</sup> Lengemann: Handbuch. S. 310/311.

<sup>810</sup> Das Volk, 18.08.1923.

hatte die KPD im Ergebnis des Cuno-Streiks nach heftigen Auseinandersetzungen die Leitung übernehmen können.<sup>811</sup> Der für den 9. September 1923 vorgeschlagene Thüringer Betriebsrätekongress sollte sich mit den zu ergreifenden Kampfmaßnahmen gegen die Teuerung und die allgemeine Not, den Aufgaben und der Organisation der Kontrollausschüsse, der Bildung proletarischer Hundertschaften und dem Kampf gegen den Faschismus beschäftigen.<sup>812</sup>

Obwohl die KPD im Zeitraum Ende August/Anfang September umfassend für diesen Betriebsrätekongress warb, wurde er am 5. September 1923 durch den Landesausschuss der Betriebsräte abgesagt,<sup>813</sup> weil die Mobilisierungskampagne offenkundig die sozialdemokratische Arbeiterschaft nicht erreicht hatte. »Kläglicher ist noch keine kommunistische Aktion verlaufen«, kommentierte die Jenaer vsPD-Parteizeitung, »klarer hat sich die Thüringer Arbeiterschaft noch nicht von diesen Zersplittern abgewandt. Die Kommunisten rühmen sich in Wort und Schrift als die Vollstrecker des Massenwillens. Auch der Thüringer Betriebsrätekongress sollte den Massenwillen verkörpern und die Drahtzieher fühlten sich schon als Thüringer Nebenregierung [...]«<sup>814</sup>. Maßgebend für diese Absage sei gewesen, erklärte der Landesausschuss der kommunistischen Betriebsrätewebung, dass der Kongress »unter allen Umständen unmittelbar zu der neugeschaffenen Situation, die die Thüringer Regierungsfrage mit sich«<sup>815</sup> bringe, Stellung nehmen sollte und auch jene »Arbeiter, die bisher noch nicht von der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes durchdrungen sind, auf ihm vertreten sein müssen«. Der Landesausschuss erwartete, dass nach der Landtagsentscheidung die beiden Arbeiterparteien und der ADGB die Notwendigkeit zur Einberufung des Betriebsrätekongresses erkennen würden. Gleichzeitig richtete er einen Appell an die Thüringer Arbeiterschaft, stärker als bisher »für die Beschickung des Betriebsrätekongresses zu werben und einen so starken Druck auf den ADGB, der heute noch den Kampf der Arbeiter sabotieren will, auszuüben, damit eine einig und geschlossene Kampfführung ermöglicht wird«<sup>816</sup>.

<sup>811</sup> Das Volk, 15./16.08.1923.

<sup>812</sup> Neue Zeitung, 20.08.1923.

<sup>813</sup> Neue Zeitung, 06.09.1923.

<sup>814</sup> Das Volk, 08.09.1923.

<sup>815</sup> Neue Zeitung, 06.09.1923.

<sup>816</sup> Neue Zeitung, 06.09.1923.

Was in der öffentlichen Absage des Betriebsrätekongresses indirekt zugegeben wurde, räumte die kommunistische Bezirksleitung am 9. September gegenüber der Parteizentrale freimütig ein. Die mit der Kongressabsage verbundene »jetzige Taktik die, und das sehen wir ohne weiteres ein, aus einer Schwäche der Partei resultiert«<sup>817</sup>, sei die einzige Möglichkeit, um innerhalb der Thüringer vSPD überhaupt eine Bewegung zugunsten der Bildung einer Arbeiterregierung zustande zu bringen. »Die SPD war bisher vollkommen gegen uns unzulänglich. Wir kamen aus der Isolierung nicht heraus.« Indem die Regierungsfrage nun unmittelbar aufgeworfen sei, müsse sich auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft konkret mit ihr beschäftigen. »Nach den Landtagsentscheidungen wird das Echo unter der Arbeiterschaft zu einem Betriebsrätekongress ein viel stärkeres sein, als bisher.«<sup>818</sup>

Vor dem Hintergrund dieser intern eingestandenen und öffentlich indirekt zugegebenen Schwäche unterstrich Hans Tittel unmittelbar vor der Landtagssitzung am 11. September 1923 die Bereitschaft seiner Partei zur Bildung einer gemeinsamen Regierung mit der vSPD. Eine solche Regierung dürfe sich indes nicht auf einen »parlamentarischen Kuhhandel«<sup>819</sup>, sondern »auf den organisierten Willen der Arbeiter, Beamten und Angestellten und der kleinen werktätigen Bauernschaft« stützen. Dieser Wille käme nicht im Landtag, wohl aber auf einem Betriebsrätekongress zum Ausdruck, der von den beiden Arbeiterparteien und dem ADGB [! M. H.] einberufen werden müsse. Zugleich appellierte er erneut an die sozialdemokratische Arbeiterschaft, es gehe bei der Entscheidung am 11. September nicht um einzelne Personen, wenngleich Innenminister Hermann und Wirtschaftsminister Frölich »durch ihre Regierungsmaßnahmen wiederholt ihre brutale und reaktionäre Politik gegen die Arbeiter zu erkennen gegeben«<sup>820</sup> hätten. »Die Kommunistische Partei wird die sozialdemokratische Regierung am 11. September vor die Entscheidung stellen, offen von der Katastrophenpolitik der Reichsregierung abzurücken, den Kampf gegen Unternehmersabotage und faschistische Erhebung aufzunehmen, die Lebensmittelversorgung der hungernden Massen sicherzustellen, kurzum, eine rücksichtslose proletarische Klassenpolitik zu treiben.« Voraussetzung einer hierfür gebildeten politischen Zusammenarbeit seien indes die gemeinsamen

<sup>817</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 49.

<sup>818</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 49.

<sup>819</sup> Neue Zeitung, 07.09.1923.

<sup>820</sup> Neue Zeitung, 07.09.1923.

proletarischen Hundertschaften und die Anerkennung der Kontrollausschüsse. Nicht die sozialdemokratische Partei, »die sich im Stadium der Zersetzung befindet«, bringe die schöpferische Kraft zur Durchsetzung der proletarischen Interessen auf, sondern nur die Vertreter der Arbeiterschaft aus den Betrieben. Diese Kraft werde sich auch in der vspd selbst durchsetzen. »Es ist eine Pflicht der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, ihre Forderung nach dem Reichsparteitag auch im Thüringer Rahmen zu verwirklichen, damit sie zur Thüringer politischen Situation entscheidend Stellung nehmen« könne. Wenn die vspd-Führung sich nicht auf die außerparlamentarischen Kräfte stützen wolle, dann müssten eben die Wählerinnen und Wähler entscheiden.<sup>821</sup>

Am 11. September 1923 veröffentlichte die kpd-Bezirksleitung ihr Programm für eine Arbeiter- und Bauernregierung, mit dem sie in Abkehr ihres bisherigen Konfrontationskurses seit dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen im Frühjahr 1923 zunächst ihre Rückkehr zur Einheitsfrontpolitik signalisierte. »Trotz des dauernden Versagens der sozialdemokratischen Führer im Klassenkampf des Proletariats und trotz des größten Misstrauens wegen ihrer arbeiterfeindlichen Politik, ihrer dauernden Koalitionsneigung zur Bourgeoisie, ist die kpd noch [! M. H.] bereit, mit Vertretern der vspd eine Regierung der Arbeiter- und Kleinbauern zu bilden, wenn diese Regierung, obwohl parlamentarisch konstituiert, sich im Bewusstsein ihrer Kampfesstellung gegen die kapitalistischen Ausbeuter und Großagrarier auf proletarische Organe stützt.«<sup>822</sup> Zudem verlangte die kpd die Aufhebung »aller Ausnahmeverordnungen, die die proletarische Bewegung behindern«<sup>823</sup>.

In einem umfassenden Forderungskatalog, der sowohl dringende soziale Probleme wie die Lebensmittelversorgung und die Schaffung von ausreichendem Wohnraum ansprach als auch zur Lösung der wirtschaftlichen Folgen der akuten Gesellschaftskrise »Zwangmaßnahmen« gegen jene Unternehmer vorschlug, die ihre Betriebe stillgelegt oder die Produktion eingeschränkt hatten, den Großgrundbesitz zur Sicherung der Ernährung zugunsten der Kleinbauern und Pächter aufteilen wollte und erneut die Entwaffnung und das Verbot aller gegenrevolutionären und faschistischen Organisationen forderte, schlug die Thüringer kpd konkrete Maßnahmen

<sup>821</sup> Neue Zeitung, 07.09.1923.

<sup>822</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 415 (S. 414–418. Dok. 369).

<sup>823</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 416.

der zu bildenden Arbeiterregierung vor. Mit ihrer Forderung zur »Bildung eines roten Blocks aller Länder mit Arbeitermehrheiten« zur Abwehr der Großen Koalition und im Kampf gegen den Faschismus machte sie zugleich die weitergehenden kommunistischen Vorstellungen kenntlich, die letztlich auf die Bildung einer »Arbeiter- und Bauernregierung auch im Reichsmaßstab«<sup>824</sup> hinausliefen. Doch nur für den Fall, dass der Betriebsrätekongress den außerparlamentarischen Sicherungsmaßnahmen zustimmen werde, wäre die KPD zum Eintritt in eine gemeinsame Regierung mit der VSPD bereit.<sup>825</sup> Dieses Programm unterbreitete KPD-Fraktionsvorsitzender Tenner in der Landtagssitzung am 11. September 1923 und betonte dabei erneut die Bereitschaft seiner Partei zur Regierungsbildung mit der Sozialdemokratie.<sup>826</sup>

Nachdem der Landtag mit den Stimmen der bürgerlichen und der kommunistischen Abgeordneten der Landesregierung jedoch das Misstrauen ausgesprochen hatte, war von August Frölich deren Rücktritt erklärt und von der bürgerlich-agrarischen Opposition ein Antrag auf Auflösung des Landesparlaments gestellt worden.<sup>827</sup> Obwohl sich die Thüringer Sozialdemokratie nach außen hin kämpferisch zeigte und verkündete, sie habe Neuwahlen nicht zu fürchten,<sup>828</sup> war sie auf das Verhandlungsangebot der KPD eingegangen. Zunächst erreichten ihre Unterhändler, dass die Landtagssitzung, die über den bürgerlichen Auflösungsantrag zu entscheiden hatte, vorerst vertagt wurde.<sup>829</sup> Nach interner kommunistischer Darstellung hätten die sozialdemokratischen Abgesandten als Gegenleistung für die Bereitschaft ihrer Partei, auf Grundlage der von Tenner in der Landtagssitzung eingebrachten Vorschläge und Bedingungen zu verhandeln, gefordert, die KPD solle den Antrag auf Landtagsauflösung in der nächsten Landtagssitzung gemeinsam mit der VSPD ablehnen. Die KPD-Fraktion will hierauf nicht eingegangen sein. »Wir benutzen diesen Landtagsauflösungsantrag als scharfes Druckmittel auf die VSPD. Nach ihrem ganzen Verhalten hat sie einen heiligen Respekt vor einer evtl. Landtagsauflösung.«<sup>830</sup>

<sup>824</sup> Wörfel: Arbeiterregierung. S. 83.

<sup>825</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 416.

<sup>826</sup> II. ThLT. S. 5430–5433.

<sup>827</sup> II. ThLT. S. 5468.

<sup>828</sup> »Die politische Arbeit, die die sozialdemokratische Thüringer Arbeiterregierung geleistet hat, wird die beste Wahlparole für einen Landtagswahlkampf sein.« Das Volk, 12.09.1923.

<sup>829</sup> Das Volk, 13.09.1923.

<sup>830</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 53.

Die KPD-Bezirksleitung zeigte sich in dieser Situation zu einer realistischen Einschätzung des Erreichbaren in der Lage. Obwohl aus ihrer Sicht die Thüringer Sozialdemokratie Landtagsneuwahlen fürchtete, würde sie für eine Arbeiterregierung nach kommunistischen Vorstellungen einschließlich der Akzeptanz der proletarischen Klassenkampforgane nicht zu haben sein. Umso wichtiger schien es ihr nun, die Regierungskrise gesichtswahrend zu beenden. »Als taktisch erreichbares Ziel stellen wir uns eine linksorientierte sozialdemokratische Regierung. Es ist selbstverständlich, dass wir das der SPD nicht mitteilen. Aus politischen, aber auch aus Prestige-Gründen werden wir auf der Einberufung des Betriebsrätekongresses bestehen.«<sup>831</sup>

Nach außen hin blieb die KPD-Bezirksleitung zudem bei ihrer Linie, die vSPD-Mitgliedschaft gegen die vermeintlichen Koalitionsabsichten ihrer Führung in Stellung zu bringen. In einer Notiz im Jenaer kommunistischen Parteiblatt hieß es, dessen Redaktion sei im Besitz von Informationen, nach denen der Landtag zeitnah einberufen und bis dahin die Große Koalition in Thüringen stehen sollte. »Arbeiter Thüringens! Wenn ihr die Große Koalition verhindern wollt, so müsst ihr sofort in den Betrieben und Gewerkschaften Stellung nehmen. Lasst es nicht zu, dass, bevor euer Wille auf dem Betriebsrätekongress zum Ausdruck gekommen ist, der Kuhhandel der vSPD mit den bürgerlichen Parteien die Große Koalition in Thüringen bringt.«<sup>832</sup>

Diese Meldung offenbar zum Anlass nehmend, bestätigte die vSPD noch einmal, dass sie bereits mit der KPD konkrete Gespräche führte. »Gegenüber anderslautenden Mitteilungen der kommunistischen Presse erfahren wir von der vSPD-Fraktion des Thür.[inger] Landtages, dass die vSPD durch drei Genossen bereits am Mittwoch früh, also 10 Stunden nach dem Rück-

<sup>831</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 53. Dementsprechend erklärte Hans Tittel während der laufenden Verhandlungen mit der vSPD Mitte September 1923: »Garantien und Sicherungen für eine Arbeiterpolitik liegen außerhalb des Parlaments, liegen in dem Machtwillen und der Entschlossenheit der Arbeiter, Angestellten, Beamten, der verproletarisierten Mittelschichten und der Kleinbauern. Dieser Wille und diese Entschlossenheit muss organisiert zum Ausdruck kommen, er muss sich proletarische Organe schaffen. Proletarische Klassenorgane sind aber nicht das bürgerliche Parlament, sondern der Betriebsrätekongress, die gemeinsamen proletarischen Hundertschaften, die Kontrollausschüsse usw. Diese Organe sind die stärksten Stützen einer proletarischen Regierung. Aber diese außerparlamentarische[n] Sicherungen lehnt die vSPD ab. Sie will nicht an den Massenwillen und an die Tatkraft der Arbeiter appellieren. Sie gibt den Arbeitern nur Versprechungen, die nicht realisierbar sind. Eine Regierung, die unter Nichtachtung des Kampfeswillen der Arbeiterschaft zustande kommt, muss elendiglich Schiffbruch erleiden. In eine solche Regierung kann die KPD auf keinen Fall eintreten.« Neue Zeitung, 19.09.1923.

<sup>832</sup> Neue Zeitung, 13.09.1923.

tritt der Regierung mit der KPD-Fraktion [...], über gemeinsame Verhandlungen zwischen beiden Fraktionen Rücksprache genommen« hat. Dabei hätten die VSPD-Vertreter auf die Verhandlungen im Juni verwiesen und ihre Gesprächsbereitschaft erneuert.<sup>833</sup>

Für die erneuten Koalitionsverhandlungen mit der KPD unterbreitete die VSPD ein Programm, das unter Hinweis auf die zweijährige sozialdemokratische Ausgestaltung Thüringens mit kommunistischer Unterstützung zunächst hervorhob, die neu zu bildende Landesregierung werde für den Erhalt der deutschen Republik eintreten und im Rahmen des verfassungsrechtlich Möglichen eine Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung betreiben. »Grundlage dieser proletarischen Politik muss die Sicherstellung der Existenz der werktätigen Bevölkerung sein.«<sup>834</sup> Um diese beiden Aufgaben zu lösen, müssten aus Sicht der Thüringer Sozialdemokratie der Ruhrkampf beendet, die Reichswehr von allen monarchistischen Kräften gesäubert und ihre Verbindungen zu den rechtsextremen Geheimorganisationen gekappt, eine »unablösbare Beteiligung des Reiches an dem Gesamtvermögen der deutschen Wirtschaft« durch die hierzu erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen hergestellt, ein Außenhandelsmonopol nach sowjetischem Vorbild geschaffen, Syndikate einer öffentlichen Kontrolle unterzogen, die Besitzsteuern erhöht und die Währung stabilisiert werden. Für einen wirksamen Schutz der Republik schlug die Thüringer Sozialdemokratie die Schaffung republikanischer Notwehren durch die beiden Arbeiterparteien vor. Im Gefahrenfall sollten sie der Landesregierung zu Verfügung stehen, wobei die Grundsätze hierfür von KPD und VSPD vereinbart werden müssten. Das gesamte Polizeiwesen wollte die VSPD verstaatlichen und deren Leitung durch verlässliche republikanische Beamte sicherstellen. Mit einem neuen Republikenschutzgesetz sollte der Kampf gegen die nationalistischen Geheimbünde verstärkt werden.

Die VSPD war bereit, den von der KPD vorgeschlagenen Kontrollausschüssen »im Rahmen der Reichsbestimmungen weitgehende Rechte« einzuräumen. Die Greil'sche Schulreform sollte fortgesetzt, die Ernährung und die Existenz der sozial Schwächsten sowie der Erwerbslosen gewährleistet, ihre Situation verbessert und hierfür die sozialistische Wirtschaftspolitik fortgesetzt werden. Für die Koordinierung der gemeinsamen parlamentarischen Arbeit schlug sie einen Arbeitsausschuss vor. Dem von der Thüringer

<sup>833</sup> Das Volk, 15.09.1923.

<sup>834</sup> Das Volk, 18.09.1923.

KPD geforderten Betriebsrätekongress verschloss sich die vSPD indes weiterhin, nachdem »unsere Parteikonferenz am 13. September 1923 die Möglichkeit eines Betriebsrätekongresses verneint und eine Fühlungnahme mit dem ADGB zu demselben Ergebnis geführt hat«. Sie fühle sich als Mitträger der Gewerkschaften außerstande, »die Einberufung eines Betriebsrätekongresses zu fordern oder von beiden Parteien vorzunehmen. Unbeschadet dessen halten wir den Eintritt der KPD in die Regierung für notwendig und sind bereit, unseren Parteigenossen vorzuschlagen, eine parlamentarische und außerparlamentarische Gemeinschaftsarbeit herbeizuführen«<sup>835</sup>.

Vor dem Hintergrund der von beiden Seiten öffentlich markierten Halte-  
linien, hinter die die Sozialdemokratie aus prinzipiellen und die KPD aus  
gesichtswahrenden Gründen nicht zurückgehen konnten bzw. wollten, wur-  
den die am 17. September aus sozialdemokratischer Sicht zunächst »erfolg-  
versprechend« begonnenen Verhandlungen drei Tage später zunächst ergeb-  
nislos abgebrochen.<sup>836</sup> Daraufhin setzte die Thüringer Sozialdemokratie  
der KPD im Ergebnis einer Beratung ihrer Landtagsfraktion mit Vertretern  
des vSPD-Partei- und Bezirksvorstandes eine letzte Frist und baute ihr zu-  
gleich eine Brücke. Sie sollte bis zum 25. September 1923 definitiv erklären,  
ob sie auf Grundlage des von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen Pro-  
gramms bereit sei, in die Landesregierung einzutreten »oder eine Minder-  
heitsregierung, die von der vSPD zu stellen wäre, zu stützen«<sup>837</sup>.

Das Jenaer sozialdemokratische Parteiblatt zeigte sich in einem Kommen-  
tar von dieser Stellungnahme der Landtagsfraktion »überrascht«. Die KPD  
habe durch ihr bisheriges Agieren gezeigt, dass sie keine Verständigung  
mit der vSPD wolle. Es sei deshalb »überflüssig, sich die Ablehnung der  
gemeinsamen Bildung einer Arbeiterregierung durch die Kommunisten  
bestätigen zu lassen«. Eine Fortsetzung der Diskussion erscheine nicht nur  
zweck- und aussichtslos, sondern werde der KPD die Gelegenheit geben,  
die Situation zu ihren Gunsten zu verwischen. Das Blatt zeigte sich über-  
zeugt, dass die Thüringer vSPD mehrheitlich auf weitere Diskussionen mit  
der KPD verzichten und sich auf die durch den Abbruch der Verhandlungen  
seitens der Kommunisten neu geschaffene Situation, also eine Neuwahl  
des Landtages, einstellen müsse.<sup>838</sup>

<sup>835</sup> Das Volk, 18.09.1923.

<sup>836</sup> Das Volk, 21.09.1923.

<sup>837</sup> Das Volk, 22.09.1923.

<sup>838</sup> Das Volk, 22.09.1923.

Nachdem die am 26. September 1923, soweit aus den zeitgenössischen Darstellungen nachvollziehbar, dramatisch verlaufenen Verhandlungen erneut ohne Ergebnis beendet worden waren,<sup>839</sup> erklärte die KPD-Verhandlungskommission die Gespräche zur Regierungsbildung für »gescheitert, weil die Verhandlungskommission der vSPD weder in der Frage des Betriebsrätekongresses noch in der Frage der gemeinsamen proletarischen Hundertschaften auch nicht die geringste Konzession im Sinne einer schnellen Mobilisierung der Massen machte«<sup>840</sup>. Damit sei es der KPD unmöglich, »die Verantwortung für die Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung zu übernehmen. Wir sind deshalb genötigt, ebenso wie es die Verhandlungskommission der vSPD eingangs der Verhandlungen für ihre Partei erklärte, die letzte Entscheidung einem schleunigst stattfindenden Landesparteitag zu überlassen«<sup>841</sup>.

Wenngleich die kommunistische Bezirksleitung hinsichtlich der Erreichbarkeit der eigenen Zielstellungen und den tatsächlichen Koalitionsabsichten der Thüringer vSPD-Führung zu einer durchaus realen Einschätzung gekommen war, täuschte sie sich über die innerparteilichen Verhältnisse im thüringischen sozialdemokratischen Bezirksverband. Die von ihr mehrmals vorausgesagte Aufspaltung in linke und rechte Sozialdemokratie, auf die sie offenkundig ihre Hoffnungen gesetzt hatte, trat nicht ein. Aus den eingesehenen Quellen geht nicht hervor, wer mit den »linken SPD-Leuten« gemeint war, mit denen die KPD-Bezirksleitung nach eigenen Angaben parallel zu den offiziellen Koalitionsverhandlungen Gespräche führte und von denen sie Anfang Oktober 1923 hoffte, »zu einem endgültigen Abschluss zu kommen«<sup>842</sup>. Ein Indiz dafür, dass auch der vSPD-Bezirksvorstand zumindest eine Ahnung von diesen Gesprächen gehabt haben könnte, bildet die Aussage des vSPD-Bezirkssekretärs Georg Dietrich am 2. Oktober 1923 in der Mitgliederversammlung der Weimarer Sozialdemokratie. Hinsichtlich des Abbruchs der Koalitionsgespräche bemerkte er: »Trotz der Schwierigkeiten werden wir aber weiterhin versuchen«,<sup>843</sup> zu einer Einigung mit der KPD zu kommen. »Dazu gehört aber eine strenge Disziplin in unseren eigenen Reihen. Überall, wo die Genossen stehen, darf nichts auf eigene Gefahr unternommen werden, denn es gilt mehr denn je, kühlen Kopf zu bewahren.«<sup>844</sup>

<sup>839</sup> Das Volk, 27.09.1923. Gothaer Volksblatt, 27.09.1923. Die Verhandlungen aus der Perspektive der DDR-Geschichtsschreibung. Würfel: Arbeiterregierung. S. 96–99.

<sup>840</sup> Neue Zeitung, 27.09.1923.

<sup>841</sup> Gothaer Volksblatt, 27.09.1923.

<sup>842</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 55 RS.

<sup>843</sup> Das Volk, 04.10.1923.

<sup>844</sup> Das Volk, 04.10.1923.

Ebenso offen ist, wie die sozialdemokratische Minderheitsregierung aussehen sollte, auf die der nun für den 7. Oktober 1923 geplante Betriebsrätekongress den ebenfalls für diesen Tag einberufenen außerordentlichen kommunistischen Bezirksparteitag nach außen hin hätte festlegen sollen. Der Betriebsrätekongress sei, hieß es in einem internen Bericht der KPD-Bezirksleitung an die Zentrale, »vor allen Dingen aus dem Grunde nötig, um uns unter Umständen den Rückzug auf eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zu ermöglichen«<sup>845</sup>.

Innerhalb der thüringischen vSPD hatte sich zwar eine politisch und organisatorisch starke Opposition mit Schwerpunkt Ostthüringen gegen die Koalitionspolitik des vSPD-Parteivorstands und der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gebildet. Auf die Landesebene übertrug sich diese Konstellation jedoch schon deshalb nicht, weil es »in der Thüringer Sozialdemokratie verschwindend wenige Genossen gibt, die den Lockungen der Koalitionspolitiker Gefolgschaft leisten – in der Masse der Parteimitglieder so gut wie gar nicht«, erklärte der Geraer vSPD-Funktionär Franz Petrich<sup>846</sup> im Publikationsorgan der vSPD-Linken Ende September 1923. Differenzen im Umgang mit der von der KPD heraufbeschworenen Regierungskrise waren im Thüringer vSPD-Bezirksverband taktischer, nicht grundsätzlicher Natur. Anstatt auf die KPD-Forderung nach einem Betriebsrätekongress<sup>847</sup> »mit einem stereotypen Nein« zu antworten, sollten nach Auffassung Petrichs die Thüringer vSPD und der ADGB prüfen, »ob es nicht möglich ist, die kommunistischen Betriebsrätestrategen auf ihrem ureigensten Terrain mit ihren eigenen Waffen zu schlagen«. Aus der Tatsache, dass die KPD nur dann zum Eintritt in die Landesregierung bereit war, wenn der Betriebsrätekongress »sämtliche kommunistische Forderungen annimmt«, zeige sich deren ganze Unsicherheit und mangelnde

<sup>845</sup> BAArch RY 1/2375. Bl. 55 RS. Offiziell sollte sich der Betriebsrätekongress mit der Regierungsfrage gar nicht beschäftigen, weil die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien zum Zeitpunkt seiner Einberufung noch nicht abgeschlossen waren. Wörfel: Arbeiterregierung. S. 105.

<sup>846</sup> Kachel: Ein rot-roter Sonderweg? S. 562.

<sup>847</sup> Im Anschluss an die Rathenau-Kampagne und deren für große Teile der Arbeiterschaft enttäuschenden Ergebnissen hatte die KPD vor dem Hintergrund der sich zudem verschlechternden wirtschaftlichen und sozialen Situation erneut eine reichsweite Betriebsrätekampagne initiiert, auf deren Höhepunkt ein kommunistischer Reichsbetriebsrätekongress vom 23. bis 25. November in Berlin stattfand. Reisberg: Einheitsfrontpolitik. S. 552–598. Aus linkssozialistischer Sicht hatte die Inaktivität der sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführungen der KPD damit erneut wichtigen Boden bei der sozialen Interessenvertretung der Arbeiterschaft überlassen. »Ich frage Euch, warum lassen wir immer die KPD voranmarschieren, warum marschieren wir nicht selbst voran?«, fragte Robert Dißmann auf dem Geraer USPD-Parteitag Ende September 1922. »Wenn wir nichts tun, dann wundert Euch nicht, wenn andere es verfehlt machen. Macht Ihr es und macht es richtig, nur dann werden wir die proletarischen Massen hinter uns kriegen.« Protokoll der Sozialdemokratischen Parteitage in Augsburg, Gera und Nürnberg 1922. S. 159. in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Bd. 4 1922–1923. Glashütten im Taunus 1976.

Aufrichtigkeit. »Für die Vorbereitung eines solchen Betriebsrätekongresses hätten [die sozialdemokratische] Partei und Gewerkschaft erstens ihren ganzen organisatorischen Apparat in die Waagschale zu werfen und sie müssten zweitens mit politischen und wirtschaftlichen Tagesforderungen auf den Plan treten, die in den Grenzen des Realisierbaren an die tatsächlichen materiellen Existenzbedürfnisse des Proletariats anzuknüpfen haben. Hätten die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiterklasse diesen Weg schon früher beschritten, viel Unheil wäre zweifellos vermieden worden, die kommunistische Betriebsrätespielerei hätte nicht so üppig ins Kraut schießen können.«<sup>848</sup>

Wenngleich die KPD-Bezirksleitung letztlich ein linkssozialistisches Kabinett wie in Sachsen als Ergebnis ihrer Kampagne gegen die Frölich-Regierung anstrebte, war eine solche Lösung der hierdurch ausgelösten Regierungskrise in Thüringen ausgeschlossen. Dafür stand der sozialdemokratische Bezirksverband trotz vorhandener Differenzen zu geschlossen hinter seiner Regierungsmannschaft und den von den Gremien beschlossenen politischen Leitlinien. Dies hatten die kommunistischen Delegierten auf der Konferenz der ADGB-Ortskartelle am 29. September 1923 in Weimar erneut schmerzlich erfahren müssen. Diese Konferenz war, von kommunistischer Seite als Manöver gegen den von ihr geforderten Betriebsrätekongress heftig kritisiert,<sup>849</sup> vordergründig vom ADGB-Bezirksvorstand einberufen worden, um wirtschaftspolitische Fragen zu behandeln. Tatsächlich kamen auf dieser Tagung auch die bislang gescheiterten Koalitionsverhandlungen zwischen den beiden Arbeiterparteien zur Sprache. Die linke vSPD, »die verabredungsgemäß im Sinne der Geraer Vereinbarungen sprechen wollte, schwieg sich vollkommen aus«,<sup>850</sup> musste die KPD-Bezirksleitung enttäuscht konstatieren. Damit bestätigte sich auch auf dieser Konferenz, was die sozialdemokratische Presse vor dem Sturz des Frölich-Kabinetts verkündet hatte: »Es wird den Kommunisten in Thüringen nicht gelingen, durch ihre Parolen Zwietracht in die Reihen der Sozialdemokratie zu tragen, und es wird ihnen erst recht nicht gelingen, das Vertrauen unserer Genossen in die Genossen zu erschüttern, die die gegenwärtige Regierung bilden. Sie scheinen auch bereits eingesehen zu haben, dass ein

<sup>848</sup> Sozialistische Politik und Wirtschaft 1923. Heft 59.

<sup>849</sup> »Trotzdem fordern wir euch sozialdemokratische und parteilose Arbeiter auf, zu erzwingen, dass Proletarier zu dieser Konferenz delegiert werden! Ihr müsst, wenn ihr die proletarische Einheitsfront erstrebt – und das ihr das tut, wissen wir Kommunisten! – mit uns zusammen auf dieser Konferenz eure Stimme erheben für eine klare, gradlinige, proletarische Klassenpolitik!« Neue Zeitung, 28.09.1923.

<sup>850</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 55.

›Garniturwechsel‹ in Thüringen nicht zu erzwingen ist. Derartige Konzessionen werden den Kommunisten in Thüringen nicht gemacht [...].«<sup>851</sup>

### **Der Eintritt der KPD in die Thüringer Landesregierung als Vorbereitung für den bewaffneten Aufstand**

Am 5. Oktober 1923 veröffentlichte die Thüringer KPD-Bezirksleitung einen Aufruf, mit dem sie die vSPD erneut zur Bildung einer Arbeiterregierung im Land aufforderte. Angesichts des am 26. September 1923 von Reichspräsident Friedrich Ebert verhängten Ausnahmezustands und der drohenden Militärdiktatur vor dem Hintergrund des Scheiterns des ersten Kabinetts Stresemann, der faschistischen Bedrohung insbesondere aus Bayern sowie der Unternehmeroffensive gegen den Acht-Stunden-Tag müsse gehandelt werden. Gegen Sachsen und Thüringen, an deren Grenzen die Faschisten aufmarschiert seien, drohe der erste Schlag der Reaktion. Deshalb forderte die KPD als Gebot der Stunde: »Breiteste Einheitsfront. Entschlossenster Abwehrkampf!«<sup>852</sup> Dem stehe jedoch die weiterhin ungelöste Regierungsfrage entgegen, doch angesichts der verschärften Gefahren für die Arbeiterschaft müsse nun sofort eine Arbeiterregierung gegen die Militärdiktatur gebildet werden. Die Kommunistische Partei habe »wahrlich alles getan, damit eine gemeinsame Regierung zwischen vSPD und KPD zustande kommt«. Bisher sei eine Verständigung an der Haltung der vSPD-Führung gescheitert, doch die KPD habe sich erneut an die Thüringer Sozialdemokratie gewandt und sie aufgefordert, »unverzüglich eine gemeinsame Regierung« zu bilden. Abschließend unterstrich die kommunistische Bezirksleitung, jetzt gebe es nur noch eins, den »Kampf gegen die Militärdiktatur«. Der Feind müsse gemeinsam geschlagen, die »bewaffnete Macht der Konterrevolution muss durch die Einheitsfront des Kampfes gebrochen werden«<sup>853</sup>.

Zwei Tage nach diesem Aufruf beschloss der außerordentliche Bezirksparteitag der Thüringer KPD, »in Anbetracht der ernstesten politischen Lage, mit der vSPD eine gemeinsame Regierung zu bilden«<sup>854</sup>. In der Frage des proletarischen Selbstschutzes machte er zugleich eine entscheidende Konzession.

<sup>851</sup> Das Volk, 01.09.1923.

<sup>852</sup> Thüringer Volksblatt, 05.10.1923.

<sup>853</sup> Thüringer Volksblatt, 05.10.1923.

<sup>854</sup> Thüringer Volksblatt, 08.10.1923.

sion an die Sozialdemokratie. »Sollte die vSPD nicht willens sein, sofort die gemeinsamen Hundertschaften zu bilden, so müssen als Übergang zu den gemeinsamen Hundertschaften unter allen Umständen sofort gemeinsame Leitungen der Parteihundertschaften im Bezirk, Unterbezirk und Ort gebildet werden.«<sup>855</sup>

Grundlage der gemeinsamen Regierung mit der vSPD sollte nach Beschluss des außerordentlichen KPD-Bezirksparteitags das von der Bezirksleitung und der Landtagsfraktion am 2. Oktober vorgeschlagene Notprogramm<sup>856</sup> sein. Dieses Programm war Bestandteil eines erneuten kommunistischen Einheitsfrontangebots an die Thüringer Sozialdemokratie. Angesichts der zugespitzten innenpolitischen Lage infolge des Abbruchs des »passiven Widerstandes« durch die Stresemann-Regierung am 26. September 1923<sup>857</sup> hatte sie erneut gemeinsame Maßnahmen zur Abwehr des drohenden Aufmarsches der Reaktion vorgeschlagen. Dieses Einheitsfrontangebot beinhaltete zwar erneut den Appell »an die sozialdemokratischen Arbeiter, angesichts des furchtbaren Ernstes [der Situation] ihre Führer zu zwingen, sich mit uns zu verständigen und die proletarische Plattform für eine Arbeiterregierung in Thüringen zu schaffen«<sup>858</sup>. Es enthielt weiterhin die von der Thüringer vSPD bisher abgelehnten Vorbedingungen für eine Arbeiterregierung, zu denen die gemeinsamen Hundertschaften und Kontrollausschüsse mit weitgehenden Befugnissen gehörten. Allerdings war die bislang vehement vertretene Forderung nach einem Betriebsrätekongress in diesem Notprogramm nicht enthalten.<sup>859</sup>

Wie die KPD-Bezirksleitung hatte die KPD-Zentrale ebenfalls am 5. Oktober 1923, alle Bedenken zurückstellend, die Bereitschaft der kommunistischen Partei zum Eintritt in die sozialdemokratischen Landesregierungen in Sachsen und Thüringen erklärt. Auch sie begründete ihre Entscheidung mit der drohenden faschistischen Gefahr und der hieraus resultierenden Notwendigkeit des gemeinsamen Abwehrkampfes der Arbeiterschaft.<sup>860</sup>

<sup>855</sup> Thüringer Volksblatt, 08.10.1923.

<sup>856</sup> Wörfel: Arbeiterregierung. S. 108/109.

<sup>857</sup> Winkler: Weimar 1918–1933. S. 209.

<sup>858</sup> Gothaer Volksblatt, 02.10.1923.

<sup>859</sup> Stattdessen schlug die KPD nun einen gemeinsam mit den Betriebsräten und den Gewerkschaften zu organisierenden Arbeiterkongress vor, der sich mit dem Regierungsprogramm, den nächsten organisatorischen Maßnahmen und den gemeinsamen Hundertschaften befassen sollte. Allerdings sollte ein von diesem Kongress zu wählender Landesarbeiterrat die Gesetzesvorlagen der Regierung kontrollieren und selbst das Recht haben, eigene Vorlagen in den Landtag einzubringen. Gothaer Volksblatt, 02.10.1923.

<sup>860</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 445. Dok. 381.

Die Thüringer Sozialdemokratie zögerte zunächst. »Unter welchen Bedingungen der auf den ersten Blick überraschende Frontwechsel der Kommunisten vollzogen werden soll«, darüber sage der Zentrale-Beschluss zunächst nichts, stellte das Jenaer vspD-Blatt fest. Es erklärte sich das Agieren der KPD-Führung zunächst damit, ihr ginge es lediglich darum, aus einer für sie »gefährlichen Situation wieder herauszukommen«<sup>861</sup>. Infolge ihres »arbeiterschädigenden Verhalten[s]« versuche die KPD mit ihrem Frontwechsel die an ihrer Politik zweifelnde eigene Anhängerschaft zu überzeugen. Ihre bisher verkündeten Bedingungen für einen Regierungseintritt würden auf eine Unterwerfung der vspD hinauslaufen.

Vor dem Hintergrund der in Dresden bereits angelaufenen Verständigungen zwischen den beiden Arbeiterparteien zur Bildung einer gemeinsamen Regierung<sup>862</sup> schien aus sozialdemokratischer Sicht jedoch eine Möglichkeit zur Verständigung mit der KPD zu bestehen. Das von der vspD in Sachsen »aufgestellte parlamentarische Regierungsprogramm sieht nicht danach aus, dass unsere sächsischen Parteigenossen« die bisher von der KPD formulierten Bedingungen »schlucken werden«<sup>863</sup>. Dennoch blieb die Führung der Thüringer Sozialdemokratie zunächst bei ihrer abwartenden Haltung und wollte Klarheit über die tatsächliche Position der KPD haben. Deshalb wartete sie den für den 7. Oktober 1923 geplanten kommunistischen Bezirksparteitag ab.<sup>864</sup> »Offenbar auf Befehl ihrer Moskauer Zentrale«, <sup>865</sup> kommentierte das sozialdemokratische Zentralorgan die Entscheidung der KPD-Zentrale vom 5. Oktober 1923, »haben die deutschen Kommunisten nun ihre Taktik geändert.« Es wäre jedoch ein großer Irrtum zu glauben, die damit übernommene Verpflichtung, »die deutsche bürgerliche Republik und ihre Verfassung zu verteidigen«, bedeute eine widerspruchsfreie Hinwendung der kommunistischen Führungen in Moskau und Berlin zu dieser realistischen Politik. »Nicht nur in den Reihen des linken Flügels der KPD, sondern auch unter einflußreichen Führern der russischen Kommunistischen Partei sind genügend Elemente vorhanden, die sich mit dieser neuen Taktik nicht aussöhnen können. Und selbst unter denen, die diese Taktik jetzt notgedrungen anwenden, gibt es sicherlich nicht wenige, die sie als vorübergehendes schlaues Manöver betrachten, um die deutsche Sozialdemokratie zu betrügen und sie zeitweilig in Sicherheit zu wiegen.«

<sup>861</sup> Das Volk, 06.10.1923.

<sup>862</sup> Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie. S. 385/386.

<sup>863</sup> Das Volk, 06.10.1923.

<sup>864</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 57.

<sup>865</sup> Vorwärts, 18.10.1923.

Angesichts der sich widersprechenden Meinungsäußerungen im Zentralorgan der sowjetischen kommunistischen Partei, von der deutschen Sozialdemokratie offenkundig aufmerksam registriert, unterläge es keinem Zweifel, »dass es nicht an Versuchen fehlen wird, den eingeschlagenen realpolitischen Kurs wieder in sein Gegenteil zu verkehren«. Jede Veränderung der internationalen Situation könne die sowjetische Führung dazu veranlassen, »revolutionäre Experimente in Deutschland vorzunehmen«. Dennoch gab sich der Kommentar im führenden Blatt der deutschen Sozialdemokratie verhalten optimistisch. Die Umwandlung der Bolschewiki in eine Staatspartei und die Einführung der Neuen Ökonomischen Politik Lenins seien zu weit fortgeschritten, »als dass ein Rückfall in die revolutionäre Romantik wahrscheinlich wäre«<sup>866</sup>.

Was für die Sozialdemokratie bei all deren Skepsis und Vorsicht zunächst wie ein Einlenken der KPD auf eine der angespannten Situation angemessene Position und Hinwendung zu einer realistischen Politik aussah, sollte sich jedoch als dramatischer Strategiewechsel erweisen. Nicht Einheitsfrontpolitik und Arbeiterregierung, sondern bewaffneter Aufstand und proletarische Revolution hatten seit Mitte August 1923 die Planungen und Überlegungen der Führungen von KOMINTERN und im Nachgang auch der KPD bestimmt. Die mit ihnen verbundenen innerparteilichen Meinungs- und Richtungskämpfe sowohl in der russischen als auch deutschen kommunistischen Partei, die beim Umsetzungsversuch der Revolutionspläne auftretenden Differenzen und Konflikte zwischen den weltrevolutionären Ambitionen der KOMINTERN und den staatlichen Interessen der im Dezember 1922 gegründeten Sowjetunion und letztlich die sich aus dem Scheitern des Deutschen Oktobers 1923 ergebenden weitreichenden Konsequenzen für die weitere Entwicklung im sowjetischen/russischen, deutschen und internationalen Kommunismus sind inzwischen umfassend dargestellt worden und müssen hier nicht im Einzelnen wiedergegeben werden.<sup>867</sup>

Wichtig für die Einschätzung der Einheitsfrontpolitik der Thüringer KPD und die Bildung der Arbeiterregierung ist zunächst der Zeitpunkt, von dem ab die KOMINTERN und die KPD-Zentrale auf die Offensivtaktik zurückschwenkten. Obwohl mit der Ruhrbesetzung im Januar 1923 ein Ereignis

<sup>866</sup> Vorwärts, 18.10.1923.

<sup>867</sup> Bayerlein, Bernhard H.; Babicenko, Leonid G.; Firsov, Fridrich F., Vatlin, Alexander J.: (Hrsg.): Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern. Berlin 2003. Wenzel: 1923. Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution.

eingetreten war, von dem der IV. KOMINTERN-Weltkongress im Dezember 1922 erwartet hatte, dass es aufgrund des unsicheren Gleichgewichts der bürgerlichen Gesellschaften in Westeuropa eine neue Krise auslösen könnte,<sup>868</sup> hatte offenbar erst der Aufruf der KPD-Zentrale vom 11. Juli 1923 zum Antifaschistentag die KOMINTERN-Führung auf die scheinbar revolutionären Möglichkeiten der Krise in Deutschland aufmerksam gemacht. »Als im Juli der berühmte Aufruf der deutschen Zentrale erschienen ist«, hätte nach seiner eigenen Darstellung vom 19. Januar 1924 der KOMINTERN-Vorsitzende Sinowjew erkannt, dass dies »für uns der letzte Beweis [sei], dass in Deutschland wirklich etwas Neues kommt: die Partei stellt sich neu ein«<sup>869</sup>. Erst von diesem Zeitpunkt ab »steuerte die dominierende Gruppierung in der Führung der Komintern und der ККР(В) auf den revolutionären Umsturz in Deutschland als praktisch zu realisierende Aufgabe« zu, wobei sie jedoch bis Ende September 1923 brauchte, um die deutsche Parteiführung und das ЕКК1 auf ihren Aufstandsplan festzulegen. Während der diesbezüglichen Beratungen in Moskau war es indes nicht um eine prinzipielle Auseinandersetzung des Für oder Wider eines bewaffneten Aufstands gegangen, sondern um taktische Differenzen hinsichtlich des Zeitpunkts seiner Auslösung.<sup>870</sup> Die KPD-Führung um Heinrich Brandler hatte nach dem Cuno-Streik zunächst an ihrer taktischen Linie – Reichstagsauflösung, Arbeiter- und Bauernregierung, Sachwerterfassung, Gewinnung der Mittelschichten – festgehalten.<sup>871</sup>

Trotz der Zuspitzung der innenpolitischen Situation im Sommer 1923 war von ihr ebenso darauf verzichtet worden, die im März gebildete militärische Leitung zu aktivieren, die Hundertschaften zu bewaffnen und die Führungskader militärisch auszubilden. Dieser Kurs erfuhr Mitte August eine jähe Änderung, nachdem sich die Führung der Bolschewiki für eine Revolution nach russischem Vorbild in Deutschland entschieden und die KPD-Zentrale vermutlich über die sowjetische Botschaft in Berlin frühzeitig vom Moskauer Sinneswandel erfahren hatte.<sup>872</sup> Damit war jedoch Brandlers Einheitsfrontkonzeption durchkreuzt. Ab August 1923 bediente er sich zunehmend einer Bürgerkriegsrhetorik und begann, den bewaffneten Aufstand vorzubereiten, um bei den fortgesetzten Flügelnkämpfen in

<sup>868</sup> Firsov, Fridrich F.: Ein Oktober, der nicht stattfand. Die revolutionären Pläne der KPR(R) und die KOMINTERN. In: Bayerlein, Babicenko; Firsov, Vatlin: Deutscher Oktober 1923. S. 38 (S. 35–58).

<sup>869</sup> zitiert nach Kinner: Kommunismus. S. 57.

<sup>870</sup> Ebenda.

<sup>871</sup> Becker: Brandler. S. 220.

<sup>872</sup> Kaufmann, Bernd: Der Nachrichtendienst der KPD. 1919–1939. Berlin 1993. S. 75.

den Führungen von KPD, KPR und KOMINTERN nicht ins Abseits zu geraten. Dementsprechend äußerte er sich gegenüber dem EKKI nun in einem offensiv-revolutionären Sinn. Der Cuno-Streik habe in der Partei und der Arbeiterschaft einen neuen Revolutionsoptimismus ausgelöst, der ihre Einstellung zum Bürgerkrieg verändert hätte. Allerdings könne der viel zu kleine KPD-Apparat die Herausforderungen zur Vorbereitung und Durchführung der Revolution nicht bewältigen.

Ende August 1923 konstituierte die KPD-Führung als Koordinierungsinstanz einen »Revolutionären Kriegsrat«. Zu diesem Zeitpunkt erwartete Brandler den entscheidenden Augenblick für die kommunistische Machtübernahme in sechs bis acht Monaten; gegenüber dem EKKI bremste er im September 1923 die Erwartungen, die Umsturzaktion dürfe aufgrund der militärischen Schwäche der KPD gegenüber der Reichswehr nicht forciert werden. Die Partei würde im Verlauf der weiteren Entwicklung jedoch an Stärke gewinnen.<sup>873</sup> Am 21. August 1923 hatte das Pol-Büro der KPD einen Bericht über den Entwicklungsstand der Proletarischen Hundertschaften beraten und Brandler bevollmächtigt, bis zu zehn Instrukteure für die Bewältigung militärischer Aufgaben einzustellen.<sup>874</sup> Drei Tage später fand in Berlin eine Sitzung der Zentrale mit den Bezirkssekretären und Redakteuren der Parteizeitungen statt, auf der der KPD-Vorsitzende unmissverständlich erklärte, die Partei müsse auf die Frage des Bürgerkriegs praktisch eingestellt werden.<sup>875</sup> Weitere vier Tage danach setzte das Pol-Büro »einen mit nahezu diktatorischen Vollmachten ausgestatteten zentralen Ausschuss ein, um die straffe Führung der Aufstandsvorbereitungen zu sichern. An seiner Spitze stand ein »Revolutionärer Kriegsrat«<sup>876</sup>, dessen Mitglieder für verschiedene Bereiche wie Bewaffnung, Verpflegung und weitere Aufgaben zuständig waren. Das Reichsgebiet wurde unter militärischen Gesichtspunkten in verschiedene Ober- bzw. Sonderbezirke aufgeteilt, an deren Spitze ebenfalls Kommissionen standen, die, ähnlich wie der zentrale Ausschuss strukturiert, die Verantwortung für die Formierung der Revolutionstruppen trugen.

Nachdem sich die innenpolitische Situation in Deutschland infolge des Abbruchs des »passiven Widerstands« und der Verhängung des Ausnahme-

<sup>873</sup> Becker: Brandler. S. 220.

<sup>874</sup> Kaufmann: Nachrichtendienst der KPD. S. 76.

<sup>875</sup> Ebenda.

<sup>876</sup> Ebenda. S. 77.

zustandes weiter zugespitzt hatte, schien aus Moskauer Perspektive der Moment zur unmittelbaren Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes gekommen zu sein. »Da wir die Lage so einschätzen, dass der entscheidende Moment nicht später als in vier – fünf – sechs – Wochen kommt, so halten wir es für notwendig, jede Position, die unmittelbar nutzen kann, sofort zu besetzen. Auf Grund der Lage muss man die Frage unseres Eintretens in die sächsische Regierung praktisch stellen. Unter der Bedingung, dass die Zeigner-Leute bereit sind, Sachsen wirklich gegen Bayern zu verteidigen, müssen wir eintreten. Sofort Bewaffnung von 50–60 000 Arbeitern wirklich durchführen, den General Müller ignorieren. Dasselbe in Thüringen.«<sup>877</sup>

Dieses Telegramm des ЕККИ-Vorsitzenden Sinowjew an die КPD-Zentrale von Anfang Oktober 1923 löste letztlich den offiziellen kommunistischen Kurswechsel in der Frage der Arbeiterregierung vom 5. Oktober 1923 aus und klärt zugleich das ausschlaggebende Motiv für den Eintritt der КPD in die thüringische Landesregierung. »Wir gingen von der Voraussetzung aus«, schrieb Karl Radek am 26. Oktober 1923, »dass wir in den Regierungen Sachsens und Thüringens einen realen Machtfaktor besaßen, der sich auf eine gewisse bewaffnete Masse stützte [...]. Als zweite Voraussetzung erachteten wir das Zusammentragen einer [...] großen Anzahl von Waffen in die Hände der Partei [...]«<sup>878</sup>

Den Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen kam insofern bei der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes eine entscheidende Funktion zu, aus der die КPD unmittelbar nach dem Scheitern ihres »Deutschen Oktobers« kein Geheimnis machte. »Der Beschluss über den Eintritt in die Regierung ist überstürzt zustande gekommen. Der Zweck des Eintritts war nicht ein parlamentarisches Manöver, der Zweck war die Beschaffung von Waffen«,<sup>879</sup> erklärte Heinrich Brandler rückblickend, wobei er nun darauf beharrte, gegen diesen Beschluss gewesen zu sein. Sehr wahrscheinlich am 4. Oktober 1923 war die Thüringer КPD-Bezirksleitung von Walter Ulbricht<sup>880</sup> angewiesen worden, in die Landesregierung einzutreten. Ihren Versuch, unmittelbar darauf erneut in diesbezügliche Verhandlungen

<sup>877</sup> Bayerlein, Babicenko, Firsov, Vatlin: Deutscher Oktober 1923. S. 187. Dok. 28.

<sup>878</sup> Ebenda. S. 255 (S. 255–257. Dok. 47).

<sup>879</sup> Die Lehren der deutschen Ereignisse. Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur deutschen Frage. Januar 1924. Hamburg 1924. S. 24.

<sup>880</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 56. »Im Auftrage der Zentrale weilte Walter Ulbricht in diesen Tagen als einer ihrer Sekretäre in Thüringen.« Wörfel: Arbeiterregierung. S. 108.

zu treten, blockte der sozialdemokratische Bezirksvorstand aus den bereits gezeigten Motiven zunächst ab. Ihrer Zentrale konnte die KPD-Bezirksleitung vorerst nur mitteilen, »wie weit es uns gelingen wird durch die linken SPD-Leute die Verhandlungen zu forcieren wissen wir augenblicklich nicht«<sup>881</sup>.

Es kann an dieser Stelle offenbleiben, ob die Thüringer KPD-Bezirksleitung von den Anweisungen der Zentrale zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes und zum Eintritt in die Landesregierung mit dem Motiv der politischen Machteroberung überrascht war. Das grundsätzliche Ziel und der im Selbstverständnis ihrer Mitgliedschaft eigentliche Sinn der Kommunistischen Partei lag im revolutionären Umsturz der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Sich hierauf vorzubereiten, gehörte auch in jenen Situationen, in denen die KPD selbst von einer Defensivposition ausging, zu den vordringlichsten Aufgaben ihres gesamten politischen Wirkens. Auf der (KPD-)Konferenz der proletarischen Selbstschutzformationen am 11. März 1923 in Erfurt hatte August Creutzburg<sup>882</sup> als Referent zum Tagesordnungspunkt »Aufbau und Aufgaben der Wehrverbände« den Schwerpunkt seiner Ausführungen auf deren Organisation und eine umfassende Beobachtung der gegnerischen Kräfte, zu denen er auch die Polizeiformationen zählte, gelegt, »solange wir in der Defensive kämpfen«<sup>883</sup>. Wenngleich aus seiner Sicht der Thüringer proletarische Selbstschutz im März 1923 selbst für die Abwehr eines faschistischen Angriffes zu schwach war, bereitete Creutzburg seine Zuhörer auf ein Szenario vor, das auf eine revolutionäre Offensivaktion setzte. Als ehemaliger Kommandant der nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches von der Gothaer Landesregierung am 20. März 1920 gebildeten Volkswehr<sup>884</sup> schien er davon auszugehen, dass ein proletarischer Aufstand in Thüringen sofort über die engeren Grenzen des Landes hinausgetragen werden müsste, wenn er nicht von überlegenen militärischen Kräften unterdrückt werden sollte.<sup>885</sup> Eine solche Offensivaktion müsste nach den Erfahrungen vom März 1920 – hier sei wertvolle Zeit mit der Formierung der Volkswehr verloren gegangen – mit Aufstandsbeginn sofort erfolgen. Deshalb sei der umfassende Aufbau lokaler Selbstschutzformationen und deren zentrale Zusammenfassung notwendig.<sup>886</sup>

<sup>881</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 56.

<sup>882</sup> Weber, Herbst: *Deutsche Kommunisten*. S. 138/139.

<sup>883</sup> BArch RY 1/2397. Bl. 1.

<sup>884</sup> Hesselbarth: *Der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch in Thüringen*. S. 123/124.

<sup>885</sup> Ebenda. S. 151–154.

<sup>886</sup> BArch RY 1/2397. Bl. 2.

In welchen Zeiträumen Creutzburg dachte, ist nicht bekannt. Durch die Niederlage der Märzaktion 1921 offensichtlich vorsichtiger geworden, warnte er vor einem verfrühten bzw. isolierten Losschlagen. »Wir müssen deshalb bei jedem Schritt, den wir gehen, zunächst unsere Kräfte prüfen, um in bestimmten Kampagnen nicht zu weit vorzustossen.«<sup>887</sup> Ohne Zweifel dachte Creutzburg jedoch über den defensiven Charakter der proletarischen Hundertschaften zur Abwehr rechtsextremistischer/faschistischer Bedrohungen bereits im März 1923 hinaus und verband sie mit mittel- bzw. längerfristigen revolutionären Ambitionen.

Ebenso hatte Albin Tenner auf der Gothaer Unterbezirkskonferenz am 4. März 1923 in seinem Referat zur politischen Situation mit Blick auf den Ruhrkonflikt ausgeführt, die einzige Möglichkeit diese Krise zu lösen, bestünde darin, »die kapitalistische Gesellschaft zu liquidieren« und damit »die Revolution«. Daraus ergaben sich aus seiner Sicht als Aufgabe für die Partei sowohl im Kampf gegen die Faschisten als auch in Vorbereitung kommender revolutionärer Aktionen »die Bildung der Arbeiterschutzwah-  
ren«<sup>888</sup>.

Entscheidend für das Gelingen des Revolutionsversuchs war insofern die Mobilisierung der Arbeiterschaft für den bewaffneten Kampf. Dieser Aspekt bildete das zweite Motiv für den Eintritt der KPD in die sächsische und thüringische Landesregierung. »Wir hatten die Absicht, die Macht zuerst in Sachsen zu ergreifen und dann zu ihrer Verteidigung die Arbeiter anderer Gebiete heranzuziehen«, schrieb Radek Ende Oktober 1923.<sup>889</sup> In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ab wann dem Thüringer Betriebsrätekongress, der ursprünglich, wie gezeigt, als Rückzugslinie zur Auflösung der thüringischen Regierungskrise gedacht war, Teil der entsprechenden politischen Vorbereitungen des bewaffneten Aufstandes wurde. Nicht nur die Tatsache, dass »[d]er Thüringer Aufruf an die Arbeiterschaft im ganzen Reich« als Flugblatt reichsweit verbreitet wurde,<sup>890</sup> deutet auf

<sup>887</sup> BArch RY 1/2397. Bl. 2.

<sup>888</sup> Gothaer Volksblatt, 06.03.1923.

<sup>889</sup> Bayerlein, Babichenko; Firsov, Vatlin: Deutscher Oktober 1923. S. 255 (S. 252–257. Dok. 47).

<sup>890</sup> Wenzel: Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution. S. 247. »In ernster Stunde richtet sich der Betriebsrätekongress Großthüringen an die gesamte deutsche Arbeiterschaft. Große, entscheidungsvolle Kämpfe stehen bevor. Der Faschismus ist drauf und dran, wie in Italien auch in Deutschland sein schwarzes Banner zu entfalten! Bereits formiert er seine Sturmbataillone. Die Große Koalition, das verbrecherische Bündnis der rechten sozialdemokratischen Führer mit den Großkapitalisten, hat der Militärdiktatur das Heft in die Hände gedrückt. Unter dem Schutze der Geßler-Seeckt verwirklicht Stinnes sein Ausbeuterprogramm. Während die Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit ins ungemessene steigt, die Teuerung unerträglich ist, soll die Knute der kapitalistischen Ausbeutung die Arbeiterschaft zu 10- und mehrstündiger Arbeit täglich peitschen.« Die in Thüringen und Sachsen bevorstehende

seine diesbezügliche Bedeutung hin. Auf dem Kongress war eine »Mobilmachung« für den Generalstreik proklamiert worden, die ebenso die Forderungen nach Bildung von Aktionsausschüssen aus Vertretern der Arbeiterorganisationen, den Betriebsräten und »proletarische[n] Abwehrorganisationen« beinhaltete. Alle klassenbewussten revolutionären Arbeiter seien verpflichtet, sich auch im Falle körperlicher Behinderungen in die Abwehrorganisationen einzureihen. Die Betriebsrätevollversammlungen müssten im bevorstehenden Kampf die entscheidenden Körperschaften bilden. Ihnen hatten sich die Aktionsausschüsse unterzuordnen. Bis zum 18. Oktober sollten die Wahlen zum Reichsbetriebsrätekongress abgeschlossen sein.<sup>891</sup> Als Termin für den bewaffneten Aufstand war der 9. November 1923 bereits in Moskau festgelegt worden. Brandler berichtete am 14. Oktober an Sinowjew, die Zentrale habe diesen Termin zum Beschluss erhoben. »Für diesen Tag werde der Reichsbetriebsrätekongress einberufen.«<sup>892</sup> Im Fall eines Bürgerkrieges sollten der »innere Feind« durch aktive Maßnahmen vernichtet und sich gegenüber äußeren Bedrohungen verteidigt werden. Das Endziel dieses Kampfes bildete die »Herrschaft in Berlin«<sup>893</sup>.

Diese Planungen wurden durch eine Rede des am 13. Oktober 1923 ins Amt des sächsischen Finanzministers gekommenen KPD-Funktionärs Paul Böttcher faktisch zunichte gemacht. Seine zunächst kaum beachteten Ausführungen auf einem illegalen Kongress der kommunistischen Hundertschaften in Leipzig hatte der mit der Zeigner-Regierung im Dauerkonflikt stehende Militärbefehlshaber des IV. Wehrkreises General Müller zum Anlass genommen, einen weiteren Angriff auf sie zu unternehmen. Auf seine Veranlassung forderte Reichswehrminister Geßler die sächsische Landesregierung ultimativ auf, sich von der Böttcher-Rede zu distanzieren. Während der General dem KPD-Minister unterstellte, er habe zum bewaffneten Aufstand und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats aufgeru-

Bildung von Arbeiterregierungen werde vor diesem Hintergrund »von der Ausbeuterklasse gefürchtet«. Sie werde alle zur Verfügung stehenden Kräfte mobilisieren, dabei »auf Demokratie und Verfassung pfeifen«, um »den roten mitteldeutschen Block niederzuschlagen«. Deshalb müssten sich die Arbeiterregierungen in Thüringen und Sachsen »auf die Macht und die Kampfbereitschaft der gesamten deutschen Arbeiterklasse stützen«. Ihr falle die Aufgabe der Verteidigung der »thüringisch-sächsischen Arbeiterfestungen« zu. Deshalb müsse sich das deutsche Proletariat zu einer »Kampfesfront« zusammenschließen. Hierfür sollten in jedem Wohnort und in den Betrieben Aktionsausschüsse und gemeinsame proletarische Hundertschaften gebildet werden. Gothaer Volksblatt, 08.10.1923.

<sup>891</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 446/447. Dok. 382.

<sup>892</sup> Wenzel: Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution. S. 243.

<sup>893</sup> Bayerlein, Babichenko; Firsov, Vatlin: Deutscher Oktober 1923. S. 278 (S. 274–279. Dok. 51). Umfassend zu den KOMINTERN-Aufstandsplanungen. Wenzel: Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution. S. 175–225.

fen, »was genau genommen nicht stimmte«,<sup>894</sup> hatte Böttcher den Fehler gemacht »zu ignorieren, dass die übliche Bürgerkriegsrhetorik einen anderen Stellenwert besaß, wenn man sie als Staatsminister gebrauchte«<sup>895</sup>. Seine Rede dürfte auch den zunächst zögernden Reichspräsident Ebert zum Einschwenken auf den vom Militär und Reichswehrminister Geßler geforderten Konfrontationskurs gegenüber der Zeigner-Regierung bewegen haben. Es soll an dieser Stelle offenbleiben, ob Ebert die Ausführungen Böttchers tatsächlich als eine offene Gewaltandrohung der Kommunisten gegen das Reich interpretierte oder ob er vielmehr in seiner ohnehin bestehenden Abneigung einer Zusammenarbeit seiner Partei mit der KPD bestärkt wurde,<sup>896</sup> sodass er seine zunächst vorhandenen Hemmungen gegen einen Militäreinsatz in Sachsen fallen ließ.

Tatsache ist, dass der Reichspräsident noch am 15. Oktober unter dem Eindruck der Entwicklung in Bayern vor einem Vorgehen gegen Sachsen zurückgeschreckt war, nach Kenntnisnahme der Böttcher-Rede jedoch das Ultimatum des Generals Müller unterstützte.<sup>897</sup> Da die Zeigner-Regierung dem am 18. Oktober ablaufenden Ultimatum nicht nachkam, begann General Müller mit Rückendeckung des Reichskanzlers Stresemann militärisch gegen Sachsen vorzugehen.<sup>898</sup> »Die KPD-Führung sah sich dadurch gezwungen, ihren Aufstand vorzuverlegen.«<sup>899</sup>

Infolgedessen kam der für den 21. Oktober 1923 geplanten Chemnitzer Betriebsrätekonferenz in dem nun improvisierten Revolutionsplan der KPD-Führung die Funktion des Impulsgebers für den Generalstreik zu. Hierfür hatte die Zentrale bereits zwei Tage zuvor ein Kampfprogramm entworfen, in dem die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Entwaffnung der rechtsextremistischen/faschistischen Verbände, die Bewaffnung der Arbeiterschaft und deren feste Verbindung mit den von allen Reaktionären zu säubernden Landespolizeiverbänden, die Demokratisierung der Reichswehr, die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung, die sich auf die proletarischen Klassenorgane stützen sollte, das Ende des Ruhrkampfes auf Kosten der Bourgeoisie und ein Verteidigungsbündnis mit Sowjetrußland gefordert wurden. Zudem schlug es umfassende wirtschafts- und sozialpolitische

<sup>894</sup> Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie. S. 392.

<sup>895</sup> Ebenda. S. 157-159.

<sup>896</sup> Mühlhausen: Friedrich Ebert. S. 673.

<sup>897</sup> Ebenda. S. 652/653.

<sup>898</sup> Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie. S. 392-395.

<sup>899</sup> Wenzel: Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution. S. 244.

Maßnahmen zur unmittelbaren Bekämpfung der sozialen Not vor.<sup>900</sup> Zur Durchsetzung dieses Programms sollten alle »Werk­tätigen zu einer einheitlichen Kampf­front durch die Klassenorgane der Arbeiterschaft, die Aktions­ausschüsse, die proletarischen Hundertschaften, die Kontroll­ausschüsse [und] die Gewerkschaften« zusammengefasst und mobilisiert werden.<sup>901</sup>

Diesbezüglich spielte der für den 9. November 1923 vorgesehene Reichsbetriebsrätekongress eine zentrale Rolle. Den sozialdemokratisch-kommunistischen Regierungen in Sachsen und Thüringen wurde in diesem Programm die Aufgabe zugewiesen, »die Organisation der proletarischen Verteidigung zu schützen und zu fördern«<sup>902</sup>. Ursprünglich war die Chemnitzer Betriebsrätekonferenz von dem sächsischen Wirtschafts- und dem Finanzminister (beide KPD) sowie dem Arbeiterminister (VSPD) einberufen worden, um »vor den Arbeiterfunktionären Rechenschaft über ihre Tätigkeit in Arbeitsbeschaffungs- und Ernährungsfragen«<sup>903</sup> abzulegen. Heinrich Brandler hatte bereits unmittelbar in ihrem Vorfeld von sozialdemokratischer Seite entsprechende Signale erhalten, sie werde sich an einem Generalstreik nicht beteiligen. In der realistischen Einschätzung, dass ohne Sozialdemokratie und Gewerkschaften ein Generalstreik unmöglich war, dass angesichts der Schwierigkeiten, auf die die Partei zur Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes selbst in ihren Hochburgen Sachsen und Thüringen stieß und somit eine Niederlage gegen die Reichswehr von vornherein feststand, sagte der KPD-Vorsitzende den Revolutionsversuch vorerst ab.<sup>904</sup>

Nach Darstellung der DDR-Geschichtsschreibung sollen in der Nacht vom 21. zum 22. Oktober 1923 die Thüringer KPD-Bezirksleitung, die leitenden Funktionäre der proletarischen Betriebsräte- und Kontrollausschussbewegung sowie die Stäbe der kommunistischen Hundertschaften vergeblich auf das Signal der Chemnitzer Konferenz zum »bewaffneten Entscheidungskampf«<sup>905</sup> gewartet haben. Ob, wie rückblickend aus sozialdemokratischer Sicht berichtet wurde, Walter Ulbricht diesbezüglich tatsächlich von Hermann Brill und Paul Kiß ausmanövriert worden war,<sup>906</sup> ließ sich aus den eingesehenen Quellen nicht rekonstruieren.

<sup>900</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 463–466. Dok. 393.

<sup>901</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 464.

<sup>902</sup> Ebenda. S. 465.

<sup>903</sup> Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie. S. 396.

<sup>904</sup> Becker: Brandler. S. 236/237.

<sup>905</sup> Wölfel: Arbeiterregierung. S. 159.

<sup>906</sup> Overesch: Hermann Brill. S. 142.

Wenige Tage nach der Absage des »Deutschen Oktobers« teilte die Thüringer KPD-Bezirksleitung der Zentrale indes mit: »Dadurch, dass es in der letzten Woche nicht zur Ausrufung des Generalstreiks gekommen ist, ist in der Partei eine gewisse Enttäuschung eingetreten.« Sie resultiere aus dem Umstand, »dass die Partei sich zu stark militärisch eingestellt hat. Die Parteigenossen im ganzen Lande waren in den Hundertschaften tagtäglich auf den Beinen. Es sind sehr viele indifferente und sozialdemokratische Arbeiter aufgerüttelt worden. Vereinzelt wird bereits aus den Ortsgruppen berichtet, dass die Arbeiterschaft erklärt, die Kommunistische Partei will auch nicht kämpfen«<sup>907</sup>.

Offenkundig zeigte sich die Thüringer KPD zum revolutionären Entscheidungskampf bereit. Es ist davon auszugehen, dass die Ende August 1923 begonnenen Vorbereitungen der KPD-Zentrale für einen bewaffneten Aufstand von entsprechenden Aktivitäten im Thüringer Bezirksverband begleitet und unterstützt wurden. Theodor Neubauer, so die spätere Darstellung der DDR-Geschichtsschreibung, habe als Leiter der proletarischen Hundertschaften in Thüringen hierfür »ein detailliertes militärisches Programm« erarbeitet.<sup>908</sup> Der gesamte Bezirksverband schien auf die kommenden Kämpfe eingestellt. Aus Dokumenten, die die Reichswehr im Rahmen ihres Vorgehens gegen die seit dem 6. Oktober 1923 verbotenen kommunistischen Hundertschaften<sup>909</sup> beschlagnahmen konnte, geht hervor, dass die Frauenabteilung der KPD-Bezirksleitung am 19. Oktober 1923 unter Verweis auf die infolge der sich zuspitzenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und den »in allernächster Zeit« bevorstehenden bewaffneten Kämpfen ihre Gliederungen in den Unterbezirken angewiesen hatte, die Genossinnen auf ihre damit verbundenen Aufgaben durch sofortige Maßnahmen vorzubereiten.<sup>910</sup> Anfang Oktober 1923 war von der Genossenschaftsabteilung der Thüringer KPD an jene Mitglieder, die sich in den Konsumvereinen engagierten, ein Rundschreiben versandt worden, »das einen wichtigen Teil des Mobilmachungsplanes, nämlich die Sicherung der Ernährung im Augenblick des offenen Kampfes«,<sup>911</sup> enthielt. Insgesamt soll die Thüringer KPD »Mitte Oktober 1923 über rund 350 Stützpunkte der

<sup>907</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 65.

<sup>908</sup> Wörfel: Arbeiterregierung. S. 160.

<sup>909</sup> Hürten: Das Krisenjahr 1923. S. 88/89. Dok. 42.

<sup>910</sup> Meininger Tageblatt, 28.12.1923.

<sup>911</sup> Zutreffend kommentierte das Jenaer sozialdemokratische Parteiblatt: »Wenn auch [...] das Vorgehen der Faschisten als Vorwand für diese Vorbereitungen dienen muss[te], so geht doch aus dem gesamten Inhalt hervor, dass man nicht nur Abwehrmaßnahmen treffen wollte.« Das Volk, 05.02.1924.

proletarischen Selbstschutzformationen«<sup>912</sup> im Land verfügt haben. Darunter hätten sich »105 vollständige, militärisch gut organisierte und verhältnismäßig gut mit Pistolen, Karabinern und Schlagwaffen ausgerüstete Hundertschaften« befunden. »Nach verschiedenen Angaben aus Befragungsprotokollen verfügten einige Hundertschaften in Suhl, Zella-Mehlis, Jena, Gera, Gotha, Pößneck, Erfurt, Arnstadt u. a. Orten auch über leichte und mittlere Schnellfeuerwaffen.«<sup>913</sup> Demnach sollen den kommunistischen Hundertschaften in Thüringen ca. 10 500 Mann angehört haben.<sup>914</sup> Diese Zahl hatte sich indes infolge der gegen die proletarischen Hundertschaften gerichteten Maßnahmen bis Mitte November auf ca. 1 500 Personen reduziert.<sup>915</sup>

Am 23. November war die inzwischen nach Erfurt übergesiedelte KPD-Bezirksleitung vom Militär verhaftet worden. »Aus dem vorgefundenen Material geht u. a. einwandfrei hervor, dass in 15 [!, M. H.] Ortschaften in Thüringen noch nach dem Verbot vom 6. 10. Rote Hundertschaften bestanden haben und zwar noch Mitte November. Aus dem Inhalt des Materials wäre noch besonders hervorzuheben, dass die einzelnen Führer sehr ernstlich über mangelhafte Organisation und Nachrichtendienst ihrer Kampfverbände klagen.«<sup>916</sup>

Offenbar hatte bereits das Verbot der kommunistischen Hundertschaften und dessen Durchsetzung durch die Thüringer Behörden der KPD große Schwierigkeiten bei der Umsetzung ihrer Revolutionsabsichten bereitet. Hierfür spricht ein Bericht des Thüringer Innenministeriums vom 16. November 1923. In ihm waren Angaben und Informationen zu 29 Einzelfällen zusammengetragen worden, die der Militärbefehlshaber General Reinhardt am 22. Oktober 1923 an das Thüringer Staatsministerium übermittelt hatte. Die hier aufgeführten Aktivitäten der verbotenen proletarischen Hundertschaften sah der General »im Widerspruch« zu den ihm »vom Thür[inger] Staatsministerium vorgelegten beruhigenden Berichten«<sup>917</sup>. Tatsächlich betrafen einige der aufgeführten Einzelfälle preußisches Staatsgebiet und im Ergebnis der Ermittlungen der Thüringer Behörden schienen die Meldungen über die Aktivitäten der verbotenen Hundertschaften

<sup>912</sup> Wörfel: Arbeiterregierung. Endnote 21. S. 210.

<sup>913</sup> Ebenda.

<sup>914</sup> Wenzel: Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution. S. 214.

<sup>915</sup> Meininger Tageblatt, 29.12.1923.

<sup>916</sup> Eckardt: Ausnahmezustand in Thüringen. S. 103. Dok. 25.

<sup>917</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P318. Bl. 228.

»teils unzutreffend, teils stark übertrieben, aber nur zum geringen Teil der Wirklichkeit« entsprechend. Das Innenministerium kam deshalb zu dem Schluss, dass in Thüringen keine größeren Verstöße gegen die Bestimmungen des Ausnahmezustandes stattgefunden hätten und sich im Rahmen dessen bewegten, was auch in anderen Teilen des Reiches registriert worden war.<sup>918</sup> Dennoch hatte es aufgrund der Reichswehrinformationen umfassende Schritte gegen die noch bestehenden kommunistischen Formationen mit dem Ziel eingeleitet<sup>919</sup>, »die Reste der verbotenen proletarischen Hundertschaften in Thüringen zur Auflösung zu bringen und die Verantwortlichen der Staatsanwaltschaft zur Bestrafung zu[zuf]ühren«<sup>920</sup>.

Zu Beginn der Sitzung des Thüringer Landtages am 4. Dezember 1923 gab der KPD-Abgeordnete Theodor Neubauer vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung ab, mit der er die von der Reichswehr gegen ihn erhobene Beschuldigung des Hoch- und Landesverrats zurückwies. Neubauers Wohnung war am 23. November 1923 durchsucht und dabei ein Plan der Weimarer Landespolizeikaserne gefunden worden, der die Bemerkung enthielt: „Für die Einnahme der Kaserne bei Nacht. Habe Plan entworfen. Erst Abfangen der Posten. Dann Überfall der Wache und Besetzen der Tele Station. Überfall des Ministeriums in der Kaserne. Jena – Apolda – Berka usw. in Trupps außerhalb sammeln oder per Bahn mit Endmarsch bis vor Weimar, dann Überfall – Kommando ausführen. Ausführung des Planes von Hinterfront.«<sup>921</sup>

Neubauer erklärte, dass das Papier nicht von ihm stamme; auch seine Partei habe nichts damit zu tun. Der Plan hätte sich in einem Paket befunden, das ihm in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter zugespielt worden sei und Material des Jungdeutschen Ordens enthielt.<sup>922</sup> Demgegenüber vertrat die DDR-Geschichtsschreibung die Auffassung, Theodor Neubauer habe als Leiter der proletarischen Hundertschaften in Thüringen »einen speziellen Plan zur Waffenbeschaffung vorbereitet«.<sup>923</sup> Demnach waren zu Beginn des bewaffneten Aufstandes Überfälle der proletarischen Hundertschaften auf die Weimarer Polizeikaserne und den Truppenübungsplatz Ohrdruf vorgesehen, »um die dort in großen Mengen lagern-

<sup>918</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P318. Bl. 232.

<sup>919</sup> HStAW: 1. Denkschrift. Bl. 234.

<sup>920</sup> II. ThLT. S. 5690.

<sup>921</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 310.

<sup>922</sup> II. ThLT. S. 5881.

<sup>923</sup> Wölfel: Arbeiterregierung. S. 160.

den Waffen und die Munition in die Hände der revolutionären Arbeiter zu bringen«<sup>924</sup>.

Tatsächlich hatte Neubauer im ersten Punkt seiner Erklärung vom 4. Dezember 1923 die Wahrheit gesagt. Guten Gewissens konnte er vor dem Landtag erklären: »Ein Vergleich der Handschrift zeigt, dass der Plan nicht von mir stammen kann.«<sup>925</sup> Die Anweisungen hatte ein Mitglied der Thüringer KPD-Bezirksleitung geschrieben, das wegen seiner Beteiligung an der Erarbeitung des Überfallplans vom Reichsgericht am 28. Juli 1925 »wegen Beihilfe zu einem hochverräterischen Unternehmen in Tateinheit mit einem Verbrechen« gegen das Republikschutzgesetz zu einer Haft- und Geldstrafe verurteilt wurde.<sup>926</sup> Die Aussagen des Angeklagten und der als Zeugen aufgerufenen KPD-Mitglieder erhellten aus nachvollziehbaren Gründen die Hintergründe der Überfallplanung nur wenig. Es steht jedoch fest, dass der bei Neubauer aufgefundene Plan Ende September 1923 in Jena entstanden war. Hauptverantwortlich hierfür soll nach Aussage eines Jenaer Kommunisten nicht das verurteilte Bezirksleitungsmitglied, sondern ein aus Ungarn stammender Kommunist gewesen sein, der im Sommer 1923 in der Saalestadt die Funktion des Abwehrleiters, möglicherweise für den gesamten Bezirksverband, ausgeübt habe.<sup>927</sup>

Es ist aufgrund fehlender Informationen nicht nachzuvollziehen, wie und weshalb der Plan letztlich zu Neubauer gelangte.<sup>928</sup> Seine Existenz verweist jedoch auf ein grundlegendes Problem des kommunistischen Aufstandsversuchs. Ende Oktober 1923 hatte Karl Radek feststellen müssen, »die Bewaffnung unserer Partei erwies sich bislang als vollständige Fiktion«<sup>929</sup>. Das Thüringer Landeskriminalpolizeiamt war am 24. Oktober 1923 im Ergebnis seiner Ermittlungen zu gemeldeten Aktionen proletarischer Hundertschaften im Umfeld des Truppenübungsplatzes Ohrdruf zu dem Schluss gekom-

<sup>924</sup> Ebenda. S. 161.

<sup>925</sup> II. ThLT. S. 5881.

<sup>926</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P479. Bl. 26.

<sup>927</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P479. Bl. 28.

<sup>928</sup> In einem Dienststrafverfahren vor der Dienststrafkammer in Weimar am 20.11.1931 waren Neubauer neben der Beteiligung an den illegalen Aktivitäten der KPD im Herbst 1923 die Kenntnis des Überfallplanes und die Tatsache, dass er als politischer Beamter und Regierungsmitglied keine Anzeige erstattet hatte, zur Last gelegt worden. »Neubauer verteidigte sich damit«, so die Berichterstattung im Jenaer sozialdemokratischen Parteiblatt, »dass der Angriffsplan ohne sein Wissen unter sein Aktenmaterial geschmuggelt worden sei, wahrscheinlich von Kommunisten, die auf seine Immunität als Abgeordneter vertrauten.« Die Dienststrafkammer indes sah es als erwiesen an, dass Neubauer um die Brisanz des Planes gewusst und versucht habe, »die Folgen des missglückten Anschlages von sich abzuwälzen«. Das Volk, 21.11.1931.

<sup>929</sup> Bayerlein, Babicenکو, Firsov, Vatlin: Deutscher Oktober 1923. S. 255 (S. 252–257. Dok. 47).

men, dass es diese Aktivitäten zwar gegeben habe und die Hinweise über die Existenz von Waffen ernst zu nehmen seien. Es konnte jedoch nicht festgestellt werden, »dass diese Hundertschaften mit Waffen geübt haben. Dies erscheint auch unwahrscheinlich. Aufgrund längerer Beobachtungen kann von Thüringen gesagt werden, dass sowohl in rechts-radikalen wie auch links-radikalen Kreisen wenig Waffen vorhanden sind. Trotzdem muss angenommen werden, dass da oder dort Gewehre usw. geschickt verborgen werden bezw. vergraben sind«<sup>930</sup>.

Fünf Tage zuvor war der Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung in einem Schreiben an den Reichswehrminister zu dem Ergebnis gekommen: »Mag auch zugegeben werden, dass größere Mengen an Handfeuerwaffen und Nahkampfmitteln zurzeit [! M. H.] nicht im Besitz der revolutionären Arbeiterschaft sein dürften, so zeigen doch andere Vorfälle, dass die Revolutionäre auch auf diesem Gebiet nicht untätig sind.«<sup>931</sup>

Tatsächlich berichteten in den 1950er/60er-Jahren Zeitzeugen von illegalen nächtlichen Aktivitäten der proletarischen Hundertschaften, einschließlich Schießübungen und Waffenbeschaffungen. Demnach hätten allein im Raum Zella-Mehlis vier bis fünf Hundertschaften zum Losschlagen bereitgestanden. »Demonstrationen und Versammlungen lösten sich mit Übungen ab. Die Aufgabe, Waffen, die in Zella-Mehlis und Suhl erzeugt wurden, in die Hände der Hundertschaften im ganzen Land zu bringen, war für uns nicht leicht, denn sie musste streng illegal durchgeführt werden.«<sup>932</sup> Dennoch sei, trotz der Unterdrückungsmaßnahmen durch Thüringer Polizei und Reichswehr, die systematische und planmäßige Waffenbeschaffung nicht behindert worden, so die DDR-Geschichtsschreibung.<sup>933</sup>

Maßgebenden Anteil hieran soll der aus Oberfranken stammende Lehrer Nikolaus Pfaff<sup>934</sup> gehabt haben, der den Polizeibehörden bereits im Sommer 1921 im Zusammenhang mit Bestrebungen innerhalb der lokalen KPD auffiel, »sogenannte zahme Kommunisten – die hier als Leviten bezeichnet werden – durch radikalere Elemente zu ersetzen [...]. Als Redner der radikaleren Gruppe tritt jetzt bei allen Gelegenheiten der hier ansässige Lehrer

<sup>930</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P318. Bl. 272 RS.

<sup>931</sup> Erdmann, Karl-Dietrich; Vogt, Martin (Hrsg.): Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik – Die Kabinette Stresemann Bd. I/II. Bd. 2. Boppard am Rhein 1978. S. 648 (S. 640–650. Dok. 152).

<sup>932</sup> Wörfel: Arbeiterregierung. S. 161.

<sup>933</sup> Ebenda. S. 160.

<sup>934</sup> Weber, Herbst: Deutsche Kommunisten. S. 560/561.

Pfaff hervor«<sup>935</sup>. Im Frühjahr 1923 beteiligte sich Pfaff aktiv beim Aufbau der kommunistischen Hundertschaft und dem Versuch der Bildung eines Kontrollausschusses in Zella-Mehlis. Während dieses Zeitraumes registrierte der Leiter der lokalen Polizei, dass »Pfaff zweifellos von der Zentrale in Berlin [materiell] unterstützt«<sup>936</sup> wird, und schloss daraus, dass die zunehmende Radikalisierung der KPD in Zella-Mehlis damit in Zusammenhang stünde.<sup>937</sup> Ob Pfaff bereits zu diesem Zeitpunkt als »Waffenkäufer der Zentrale« unter dem Decknamen Dr. Winkler<sup>938</sup> agierte, muss hier offenbleiben. Nach dem Verbot der kommunistischen Hundertschaften und der Absage des bewaffneten Aufstandes Ende Oktober/Anfang November 1923 betrieb er sowohl aktiv<sup>939</sup> als auch konzeptionell weiterhin den Aufbau einer »Roten Armee« in Thüringen. Die in seiner Wohnung von der Kriminalpolizei aufgefundenen Dokumente<sup>940</sup> belegen diesbezügliche umfangreiche Planungen, die sowohl zeitgenössisch durch die Reichswehr als rückblickend von der Geschichtsschreibung veröffentlicht wurden. Nach Auffassung des Militärbefehlshabers für Thüringen belegten sie authentisch »das gefährliche Treiben der bewaffneten kommunistischen Hundertschaften«<sup>941</sup>.

Zu konstatieren ist zunächst, »dass durch die Beschlagnahme dieses Materials eine große Anzahl von Genossen der Polizei ausgeliefert [worden] ist«,<sup>942</sup> wie die KPD-Bezirksleitung am 21. Dezember 1923 an die Zentrale berichtete. Die bei Pfaff aufgefundenen Dokumente hatten nicht nur Details über die Struktur der Thüringer »Roten Armee« enthalten, sondern zugleich die Besetzung der Kommandeursstellen mit konkreten Personen untersetzt, die zumindest teilweise veröffentlicht wurden.<sup>943</sup> »Kein anderer als Nikolaus Pfaff war es nämlich, der die Listen seiner Genossen in seiner Wohnung so gut versteckt hatte, dass die Kriminalabteilung gleich bei der ersten Hausdurchsuchung in der Lage war, sie zu finden, worauf dann die KPDisten in Suhl und in den umliegenden Ortschaften verhaftet wurden.«<sup>944</sup>

<sup>935</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P351. Bl. 135.

<sup>936</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P261. Bl. 174 RS.

<sup>937</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P261. Bl. 173–176.

<sup>938</sup> Weber, Herbst: Deutsche Kommunisten. S. 560.

<sup>939</sup> Wahl: Das Scheitern der »Deutschen Oktoberrevolution« im Herbst 1923. S. 225–254.

<sup>940</sup> Das »Material über Regiment Pfaff ist erst bei den letzten Haussuchungen vor etwa 8 Tagen in Zella beschlagnahmt worden. Genosse W. teilt mit, dass er kurz zuvor erst in der Wohnung des betreffenden Gen[ossen] war, um alle belastenden Schriftstücke abzuholen. Es wurde ihm aber nichts ausgehändigt, außer der Restsumme, die noch von dem Fond für W[affen]Käufe vorhanden war«, berichtete die KPD-Bezirksleitung am 7. Dezember 1923. BArch RY 1/2375. Bl. 91.

<sup>941</sup> Eckardt: Ausnahmezustand in Thüringen. S. 241 FN12.

<sup>942</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 95.

<sup>943</sup> Meininger Tageblatt, 28.12.1923.

<sup>944</sup> Das Volk, 29.11.1928.

Einer der betroffenen Kommunisten, dem vorgeworfen worden war, dass er »Kompanieführer bei den Hundertschaften sei, und zwar der 11. Kompanie, was eine vorgefundene militärische Liste bei Pfaff in Zella-Mehlis beweise«, bemerkte fünf Jahre später öffentlich: »Ich erkläre hiermit, dass mir von Pfaff niemals Mitteilung gemacht worden ist über diesen Posten als Kompanieführer. Auch habe ich die fragliche Kompanie niemals gesehen.«<sup>945</sup> Demnach bliebe zu hinterfragen, was in den Dokumenten Pfaffs bereits Realität war und welche Punkte Zukunftsüberlegungen darstellten. Ihre Datierung auf den 20. Oktober 1923<sup>946</sup> spricht dafür, dass sich diese konkreten regionalen Aufstandsplanungen vor dem Hintergrund der hier skizzierten Abläufe des »Deutschen Oktobers« im Anfangsstadium befanden und deren tatsächliche Realisierungsmöglichkeiten fraglich sind. »Die von der KPD und der Rechten in der Öffentlichkeit gleichermaßen aufgebauchten proletarischen Hundertschaften stellten sich als Papiertiger heraus. Sie traten während der Militäraktion [der Reichswehr in Sachsen ab dem 20. Oktober 1923 M. H.] gar nicht erst in Erscheinung. Den durch die Reichswehr aufgerüsteten nationalistischen Organisationen standen sie an Umfang und Kampfwert stets weit nach, was [den] Regierungsstellen auch gut bekannt war [...]. Das Gespenst einer ›Roten Armee‹ im Herzen Deutschlands hielt sich lange, war jedoch alles andere als Realität.«<sup>947</sup>

Es war der Reichswehrrführung jedoch sehr willkommen, um ihr noch zu zeigendes Vorgehen gegen die beiden Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen zu legitimieren. Dies zu konstatieren bedeutet nicht, die Aufstandsambitionen von KOMINTERN und KPD zu relativieren oder zu bagatellisieren, wohl aber sie hinsichtlich ihrer wirklichen Relevanz für den Gesamtkomplex des Herbstes 1923 einzuordnen. Tatsächlich besaß die KPD weder das Potenzial, noch die erforderliche Unterstützung in der Arbeiterschaft für eine ernsthafte Bedrohung der verfassungsmäßigen Ordnung Thüringens und der Weimarer Republik durch eine bewaffnete Aktion. Die »schmähliche Niederlage« der kommunistischen Märzaktion 1921 habe gezeigt, konstatierte der Thüringer Innenminister Hermann bereits in seinem schon erwähnten Schreiben vom 19. März 1923 an den Reichsinnenminister, dass aufgrund der ablehnenden Haltung der großen Masse

<sup>945</sup> Das Volk, 06.12.1928, unter Bezugnahme auf eine Veröffentlichung im Suhler sozialdemokratischen Parteiblatt Der Volkswille.

<sup>946</sup> Wenzel: Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution. S. 341/342. Dok. 4 und S. 344/345 Dok. 6.

<sup>947</sup> Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie. S. 400.

der arbeitenden Bevölkerung gegenüber Wehrorganisationen der »Kommunismus in Deutschland gar nicht ernsthaft in der Lage ist, militärische Kampforganisationen von irgendwelchem Wert zu bilden«<sup>948</sup>.

<sup>948</sup> HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P318. Bl. 13 RS.

## **DAS SCHEITERN DER ARBEITER-REGIERUNG IM HERBST 1923 UND DER INDIREKTE STAATSTREICH DER REICHSWEHR GEGEN DIE THÜRINGER LANDESREGIERUNG**

Am 26. September 1923 gab, darauf wurde bereits hingewiesen, die Reichsregierung Stresemann den aussichtslosen »passiven Widerstand« im Ruhrgebiet gegen die französisch-belgische Besatzung auf. Während damit außenpolitisch keineswegs sicher war, dass es zu neuen Verhandlungen mit Frankreich über die Lösung des Ruhrkonflikts und der Reparationsfrage kommen würde,<sup>949</sup> vertiefte dieser Schritt die Existenzkrise der Weimarer Republik. Die parlamentarische Demokratie schien aus Sicht aller maßgebenden Beteiligten zu ihrer Überwindung ungeeignet. Sie war auch »nach Meinung der sozialdemokratischen Minister, ja des Kabinetts Stresemann insgesamt, nur durch eine teil- und zeitweise Verselbständigung der Exekutivgewalt zu retten.«<sup>950</sup> Die reale Bedrohung der Republik ging dabei hauptsächlich von den Bestrebungen großunternehmerischer Kreise um den DVP-Politiker Hugo Stinnes, der Reichswehrführung um General Seeckt, dem Münchener Triumvirat Gustav Ritter von Kahr, Regierungspräsident von Oberbayern, Reichswehrgeneral Otto von Lossow und Oberst Hans von Seißer, Chef der bayerischen Landespolizei, sowie der nationalsozialistischen Bewegung um Adolf Hitler aus, dessen Putschversuch am 9. November 1923 die rechten/rechtsextremen Umsturzplanungen infolge seines Alleingangs jedoch zum Scheitern brachte. Die erste deutsche Republik überstand ihre bis dahin tiefste Krise nicht aufgrund der Stärke der demokratischen Kräfte, sondern infolge der unterschiedlichen Vorstellungen und Bestrebungen ihrer Gegner von rechts.

Mit den vom rechten DVP-Flügel am 2. Oktober 1923 während einer Besprechung des Reichskanzlers mit den Vorsitzenden der an der Großen Koalition beteiligten Parteien vorgetragenen Forderungen nach Beseitigung des Acht-Stunden-Tages, der symbolträchtigsten sozialpolitischen Errungenschaft der Novemberrevolution 1918, dem »Bruch mit Frankreich« und der Einbeziehung der DNVP in die Regierungskoalition war kenntlich geworden:

<sup>949</sup> Winkler: Weimar 1918–1933. S. 209.

<sup>950</sup> Ebenda. S. 217.

Die vspd sollte aus der Reichsregierung hinausgedrängt werden.<sup>951</sup> Sie hatte aus Sicht der Unternehmerschaft ihre Aufgabe erfüllt und sich für die unpopuläre, aber notwendige außenpolitische Entscheidung vom 26. September 1923 ohne Gegenleistung in Mithaftung nehmen lassen. Aus Unternehmerperspektive konnten die reparations-, wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme Deutschlands nur im Kampf gegen die Sozialdemokratie und Gewerkschaften gelöst werden. Darüber hinaus verband sich für die »Architekten des Koalitionsbruchs« Anfang Oktober 1923 mit dem Ende der Großen Koalition der Weg in die »nationale Diktatur«. »Eine Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie nach Überwindung der Krise war nicht beabsichtigt. Insofern war das Unternehmen der Gruppe um Stinnes nichts Geringeres als eine Verschwörung gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Weimarer Republik.«<sup>952</sup>

Als die Große Koalition über die Reichsexekution gegen die sächsische sozialdemokratisch-kommunistische Landesregierung unter Ministerpräsident Zeigner, auf die noch einzugehen ist, einen Monat später tatsächlich zerbrach, »verlor die Regierung Stresemann ihre wichtigste Machtgrundlage, das Ermächtigungsgesetz vom 13. Oktober 1923«<sup>953</sup>. Das nun entstandene relative Machtvakuum kam nicht zuletzt General Seeckt, dem Chef der Reichswehr, entgegen. Selbst eine diktatorische Lösung der Krisensituation anstrebend, hatte er »schon am 24. Oktober Stresemann unverhohlen zum Rücktritt aufgefordert und sich [...] als Nachfolger präsentiert«<sup>954</sup>. Für den Fall seiner tatsächlichen Berufung zum Reichskanzler war von ihm eine Regierungserklärung vorbereitet worden. Außenpolitisch moderat zeigte er sich bereit, den Versailler Vertrag unter Vorbehalt zu akzeptieren und den hieraus abgeleiteten Reparationsverpflichtungen nachzukommen. Verfassungspolitisch ging es dem General um eine endgültige Zurücknahme der demokratisch-parlamentarischen und sozialpolitischen Errungenschaften der Novemberrevolution 1918. Eine Regierung Seeckt würde »die Erhaltung des Reiches auf föderalistischer Grundlage, im Sinne des großen Reichsgründers [Bismarck] als ihre vornehmste Aufgabe« ansehen »und die Weiterentwicklung dieses Gedankens anstreben«<sup>955</sup>. Wirtschafts- und sozialpolitisch müsse eine »entschlossene Abkehr von unpraktischen Theorien« erfolgen. So sei das Privateigentum, »auch das an Produktionsmit-

<sup>951</sup> Ebenda.

<sup>952</sup> Ebenda. S. 218.

<sup>953</sup> Ebenda. S. 230.

<sup>954</sup> Ebenda.

<sup>955</sup> Erdmann, Vogt: Die Kabinette Stresemann. S. 1208/1209 (S. 1206–1210. Anhang Nr. 3.

tehn«, in seinem vollen Umfang anzuerkennen und »alle utopischen Sozialisierungsbestrebungen ausgeschlossen«. Einerseits plädierte der General mit diesem Programm für die »Einschränkung von marktwirtschaftlichen Mechanismen, insofern sie mit dem »gemeinwohlorientierten« Staatsinteresse in Konflikt gerieten.<sup>956</sup> Andererseits war es absolut gegen die Tarifautonomie und die Gewerkschaften gerichtet, indem es die »Aufhebung und Verbot von Tarifverträgen« sowie die Beseitigung des »schablonenmäßigen achtstündigen Arbeitstages« ankündigte, wenngleich er »als Grundlage der Arbeitsleistung bestehen bleibt, aber nach Art der Arbeit nach oben und unten zu modifizieren ist«<sup>957</sup>.

Obwohl große Teile des rechten politischen Spektrums im Herbst 1923 auf die Errichtung einer nationalen Diktatur durch die Reichswehr unter Seeckt hofften, kam für den General eine putschistische Krisenlösung nicht in Betracht.<sup>958</sup> In einem auf den 2. November 1923 datierten Entwurf eines Briefes an Gustav Ritter von Kahr, den er als Partner für die eigenen, jedoch legal zu realisierenden Diktaturpläne zu gewinnen hoffte<sup>959</sup>, hatte Seeckt seine politische Übereinstimmung mit dessen auf den Umsturz der Verfassung gerichteten Bestrebungen signalisiert.<sup>960</sup> Da die Reichswehr jedoch »die einzige zuverlässige Stütze der Reichsautorität« darstelle, dürfe sie nicht in die Lage gebracht werden, »sich gegen Gesinnungsgenossen für eine ihr wesensfremde Regierung einzusetzen«. Zudem könne das Militär nicht dulden, »dass von unverantwortlicher und unberufener Seite mit Gewalt eine Änderung [der Verfassung, m. H.] herbeizuführen unternommen wird«<sup>961</sup>. In einem solchen Kampf würde die Reichswehr zerbrechen.

Diese Auffassung diktierte die Haltung des obersten Reichswehrgenerals im Konflikt zwischen der Reichs- und der bayerischen Landesregierung,

<sup>956</sup> Sutterer, Grischa: Ordnungsvorstellungen im deutschen Offizierskorps 1915–1923. Friedrich von Boeetische, Oskar von Niedermayer, Hans von Seeckt. Frankfurt a.M. 2017. S. 132.

<sup>957</sup> Erdmann: Akten der Reichskanzlei. S. 1209.

<sup>958</sup> Sutterer: Ordnungsvorstellungen. S. 135.

<sup>959</sup> Winkler: Weimar 1918–1933. S. 230.

<sup>960</sup> »Die Weimarer Verfassung ist für mich an sich kein *noli me tangere* [kein Rühr-mich-nicht-An], ich habe sie nicht gemacht und sie widerspricht in den grundlegenden Prinzipien meinem politischen Denken. Ich verstehe daher vollkommen, dass Sie ihr den Kampf angesagt haben, wie Sie mir Ihre Stellungnahme zu ihr schon bei unserer letzten Unterredung dargelegt hatten. Ich glaubte die Entwicklung zu einer Änderung der Verfassung herannahen zu sehen und glaubte sie auf einem Weg, der nicht unnötig durch den Bürgerkrieg führen müsste, mit herbeiführen zu helfen. Erdmann, Vogt: Die Kabinette Stresemann. S. 1213 (S. 1211–1214. Anhang Nr. 4). »Der endgültige Brief, der am 5. November abging, enthielt diese Formulierung nicht mehr. Dagegen blieb die Feststellung erhalten, dass eine Aufgabe der verfassungsmäßigen Formen große Gefahren in sich berge und daher nur in äußerstem Notfall in Frage komme.« Winkler: Weimar 1918–1933. S. 230/231.

<sup>961</sup> Erdmann, Vogt: Die Kabinette Stresemann. S. 1214.

die nach der Beendigung des »passiven Widerstands« am 26. September 1923 mit der Verhängung des Ausnahmezustandes über Bayern und der Ernennung Kahrs zum Generalstaatskommissar ihren Angriff auf den Bestand der Republik eingeleitet hatte. Die Personalie Kahr stellte aus Sicht des sozialdemokratischen Reichsinnenministers Sollmann »eine starke Herausforderung an alle republikanischen Kreise«<sup>962</sup> dar. Kahrs erste Maßnahmen bestätigten diese Einschätzung umgehend. Mit der Weigerung, das Republikenschutzgesetz aus dem Jahr 1922 zu vollziehen, »setzte sich der bayrische Generalstaatskommissar über geltendes Recht hinweg. Außerdem schaltete Kahr die politischen Gegner von links systematisch aus, angefangen von der Liquidierung der sozialistischen Selbstschutzverbände über das Verbot mehrerer SPD- und DDP-Zeitungen bis zur Einleitung von Schutzhaftmaßnahmen gegen KPD-Mitglieder«<sup>963</sup>.

Sowohl hinsichtlich der Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren im Sommer 1921<sup>964</sup> als auch der Republikenschutzgesetzgebung des Reiches 1921/22 in Reaktion auf die Ermordungen Erzbergers<sup>965</sup> und Rathenaus<sup>966</sup> war es bereits zu erheblichen Spannungen zwischen den Regierungen in Berlin und München gekommen. Infolgedessen entwickelten nicht nur die rechten/rechtsextremistischen Verbände, sondern auch bayerische Regierungskreise die Vorstellung, »die Rettung Deutschlands sei Aufgabe Bayerns. Im Herbst 1922 wurde in München [auch in diesen Kreisen] die Idee des ›Marsches nach Berlin‹ geboren«<sup>967</sup>.

In dem Maße, in dem sich im Verlauf des Jahres 1923 die Krisensituation in Deutschland zuspitzte, prägten diese Putschpläne und -absichten die politische Atmosphäre Bayerns. Mit Kahr und Hitler standen sich dabei jedoch die Repräsentanten der um die Führung in der nationalistisch/rechtsextremistischen Bewegung konkurrierenden Gruppierungen gegenüber. »Hitler ließ sich am 25. September zum Führer des ›Deutschen Kampfbundes‹, einer neuen Dachorganisation der ›Vaterländischen Verbände‹ wählen«,<sup>968</sup> die auf dem Deutschen Tag in Nürnberg am 1./2. September 1923 konstituiert worden war. Das Ende September vom Kampfbund festgelegte Aktionsprogramm sah zunächst den Sturz der bayeri-

<sup>962</sup> Winkler: Weimar 1918–1933. S. 210.

<sup>963</sup> Hille: Bayern 1914 bis 1945. S. 120.

<sup>964</sup> Winkler: Weimar 1918–1933. S. 158.

<sup>965</sup> Ebenda. S. 162.

<sup>966</sup> Ebenda. S. 176.

<sup>967</sup> Erdmann, Jürgen: Coburg Bayern und das Reich 1918–1923. Coburg 1969. S. 155.

<sup>968</sup> Winkler: Weimar 1918–1933. S. 223.

schen Landesregierung vor. Nach der Sicherung der Macht in Bayern sollte »zu den entscheidenden Schlägen gegen die Regierungen der Novemberverbrecher in Mitteldeutschland und Berlin ausgeholt werden.«<sup>969</sup>. Insofern resultierte die Verhängung des bayerischen Ausnahmezustandes vom 26. September 1923 auch aus diesem Konkurrenzverhältnis, wobei der zum Generalstaatskommissar ernannte Kahr die ihm übertragenen Vollmachten für die Umsetzung seiner eigenen Diktaturpläne zu nutzen gedachte.

Als am 20. Oktober Reichswehrminister Geßler den Münchner Wehrkreisbefehlshaber von Lossow seines Postens entthronte und damit die Konsequenz aus dessen Befehlsverweigerungen gezogen hatte,<sup>970</sup> holten Kahr und das bayerische Staatsministerium zum bisher massivsten Gegenschlag gegen die Republik aus. Noch am selben Tag wurde Lossow zum bayerischen Landeskommandanten ernannt, die in Bayern stationierte 7. Reichswehrdivision als »Treuhänderin des deutschen Volkes« in die Pflicht des Freistaats Bayern genommen und Lossow mit ihrer Führung beauftragt. An den Absichten Kahrs, Lossows und Seißer, konnte kein Zweifel bestehen. »Sie wollten nicht Bayern vom Reich trennen, sondern ein Signal setzen für den »Marsch auf Berlin«, der in der Ausrufung der »nationalen Diktatur« im Reich seinen krönenden Abschluss finden sollte.«<sup>971</sup>

Für die Nationalsozialisten und die Vaterländischen Verbände war in diesem Konzept eine Nebenrolle als Fußvolk vorgesehen. Nicht Hitler sollte die Rolle Mussolinis übernehmen, sondern Kahr wollte sie in Bayern selbst spielen. Auf Reichsebene war sie dem Chef der Heeresleitung, General Seeckt, zugedacht. Der Konflikt um Lossow erschwerte jedoch die Umsetzung dieses Vorhabens, denn infolge seiner Befehlsverweigerung stand für Seeckt das »persönliche Prestige auf dem Spiel«<sup>972</sup>.

Die für das sozialdemokratisch regierte Thüringen zunächst sichtbare Konsequenz der Entwicklung in Bayern war die Konzentration rechtsextremistischer/faschistischer Verbände an seiner Südgrenze. Allein schon diese Aktivitäten stellten eine gefährliche Bedrohung für die Thüringer Arbeiterbewegung und die sozialdemokratische Landesregierung dar, zusätzlich

<sup>969</sup> Hille: Bayern 1914 bis 1945. S. 113.

<sup>970</sup> Der General hatte sich u. a. geweigert, das vom Reichswehrminister Geßler angeordnete Verbot des nationalsozialistischen Völkischen Beobachters durchzusetzen. Anlass hierfür war ein antisemitischer Hetzartikel gegen die »Diktatur Stresemann-Seeckt«, in dem die beiden Genannten persönlich angegriffen worden waren. Winkler: Weimar 1918–1933. S. 211.

<sup>971</sup> Ebenda. S. 223.

<sup>972</sup> Ebenda.

entwickelte sich in ihrem Rücken ein mindestens ebenso großer Gefahrenherd. Wenngleich die Thüringer Landesregierung die Verhängung des Ausnahmezustandes durch Reichspräsident Ebert zunächst als eine Maßnahme zum Schutz der Republik begrüßt und unterstützt hatte,<sup>973</sup> wurde ihr infolge seiner Handhabung durch die Militärbefehlshaber sehr schnell klar, dass er sich nicht gegen die Angreifer auf die Republik, sondern ihre Verteidiger richtete. Dies sei ein Zustand, kommentierte das Jenaer sozialdemokratische Parteiblatt, »der namentlich in Ländern mit sozialistisch-kommunistischen Parlamentsmehrheiten immer unerträglicher werden muss«<sup>974</sup>. Die Praxis des Ausnahmezustands bedeute »eine Stärkung der Rechtsradikalen und eine Schwächung der verfassungstreuen Elemente, also das, was mit ihm nicht bezweckt war«<sup>975</sup>.

Ebenso kam der sozialdemokratische Parteivorstand am 17. Oktober zu dem Schluss, dass »die schleunige Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes notwendig ist, um im Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten die Rechtsgleichheit wiederherzustellen«<sup>976</sup>. Dementsprechend erklärte Ministerpräsident August Frölich am selben Tag im Namen der neu gebildeten Thüringer Arbeiterregierung, die Erfahrungen mit dem seit zwei Wochen bestehenden Ausnahmezustand zeigen, dass »die Politik der militärischen Befehlshaber sich nicht im Geringsten richtet gegen die offenen Feinde der Republik, wohl aber gegen ihre treuesten Verfechter, die klassenbewusste Arbeiterschaft. Demgegenüber erklärt die Thüringer Regierung ihren festen Willen, das Land Thüringen als einen Bestandteil der einheitlichen deutschen Republik unter allen Umständen zu erhalten und ihre Politik auf die Sicherstellung der Existenz der werktätigen Bevölkerung und auf die entschiedenste Abwehr der verfassungswidrigen Militärdiktatur in allen ihren Formen und aller arbeiterfeindlichen und antirepublikanischen Bestrebungen einzustellen«<sup>977</sup>.

Dass Sozialdemokratie und Kommunistische Partei in Thüringen jedoch völlig unterschiedliche Vorstellungen darüber besaßen, was »entschiedenste Abwehr der Militärdiktatur« bedeuten sollte, resultierte aus den bereits

<sup>973</sup> So habe Thüringen »in dieser Zeit die Aufgabe, im Interesse der Reichseinheit alles zu tun, um die Anordnungen der Reichsregierung zu unterstützen«. Deshalb stehe die Landesregierung in ständiger Verbindung mit der Reichsregierung »um für Thüringen selbst alle Maßnahmen zu treffen, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit für den Schutz der Republik erforderlich sind«. HStAW: 1. Denkschrift. Bl. 218.

<sup>974</sup> Das Volk, 17.10.1923.

<sup>975</sup> Das Volk, 17.10.1923.

<sup>976</sup> Leipziger Volkszeitung, 18.10.1923.

<sup>977</sup> II. ThLT. S. 5488.

dargestellten gegensätzlichen Motiven zur Bildung der Arbeiterregierung, die letztlich zu ihrem Scheitern führen musste.

## Das Scheitern der Thüringer Arbeiterregierung an ihren inneren Konflikten

Am 13. Oktober 1923 hatten die beiden Thüringer Arbeiterparteien das Programm für ihre gemeinsame Regierung veröffentlicht.<sup>978</sup> Einleitend hieß es vor dem Hintergrund der Entwicklung in Bayern und zunehmender separatistischer Bestrebungen im Westen Deutschlands<sup>979</sup>, Thüringen werde an der Einheit der deutschen Republik »unter allen Umständen«<sup>980</sup> festhalten. Die neue Regierung wollte »im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten« eine proletarische Politik praktizieren, »die den Interessen der arbeitenden Bevölkerung dient«. Dabei ging es vor allem um deren Existenzsicherung und den entschiedenen Kampf gegen Faschismus, Revanchepolitik, Reaktion und die als verfassungswidrig bezeichnete Militärdiktatur unter dem geltenden Ausnahmezustand. Die Hauptgefahr sahen beide Parteien im reaktionären Vorstoß in Bayern. Hier herrschte aus ihrer Sicht bereits eine monarchistische Diktatur, die sich ausschließlich gegen das werktätige Volk richtete. Deshalb sei es die Aufgabe der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung Thüringens, in enger Abstimmung mit der sächsischen Arbeiterregierung »die Maßnahmen der beiden Parteien zur Abwehr der Reaktion und der Militärdiktatur zu unterstützen«<sup>981</sup>.

Auf der Ebene der Reichspolitik sah die neue Thüringer Regierungskoalition die Notwendigkeit, den Ruhrkampf »unter Aufrechterhaltung der Existenzmöglichkeit des deutschen Volkes und der nationalen Einheit« sowie durch erträgliche Reparationen auf Kosten der besitzenden Klassen zu beenden. Entscheidend hierfür waren aus ihrer Sicht die »Erfassung der Sachwerte durch das Reich«, ein Außenhandelsmonopol nach sowjet-russischem Vorbild und die öffentliche Kontrolle der Produktion. Diesbezüglich sollte das Betriebsrätegesetz erweitert werden. Als Sofortmaßnahme

<sup>978</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 457–459. Dok. 389.

<sup>979</sup> Im Rheinland und in der Pfalz wurden im Oktober/November 1923 separatistische Gruppen aktiv, die teilweise unter stillschweigender Duldung, teils mit offener Unterstützung der Besatzungsmächte »autonome Republiken« proklamierten und deren Abtrennungen von Deutschland anstrebten. Kolb: Weimarer Republik. S. 53.

<sup>980</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 457.

<sup>981</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 457.

forderten die beiden Thüringer Arbeiterparteien eine Verschärfung der Besitz- und Aufhebung aller den Massenverbrauch und die kleinen Einkommen belastenden Steuern. Allen Versuchen, den Ruhrkonflikt auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung zu lösen, sagte das Regierungsprogramm von Thüringer vSPD und KPD ebenso den schärfsten Kampf an wie jeglichen Anschlägen auf den Acht-Stunden-Tag und die Erwerbslosenunterstützung. Gegen die reaktionären Bestrebungen eine verfassungswidrige Rechtsdiktatur auf Reichsebene zu etablieren, würde die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung Thüringens alle Kräfte unterstützen, die eine Reichs-Arbeiterregierung zu verwirklichen suchen.

Zum Schutz der Republik forderten beide Parteien weitere, gegen die nationalistischen Geheimorganisationen gerichtete Verordnungen. Sie verpflichteten sich, »republikanische Notwehren zu schaffen«, die der Landesregierung im Gefahrenfalle zur Verfügung gestellt werden sollten. Die gesamte Thüringer Polizei wollten vSPD und KPD verstaatlichen und deren Leitung ausschließlich zuverlässigen republikanischen Beamten anvertrauen. Im Rahmen der Reichsbestimmungen wollte die sozialdemokratisch-kommunistische Regierungskoalition die Kontrollausschüsse anerkennen und ihnen im Kampf gegen den Lebensmittelwucher Kontrollbefugnisse einräumen. Sowohl für die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung als auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden Sofortmaßnahmen vereinbart.<sup>982</sup> Die »Greil'sche Schulreform« sollte vorangetrieben und juristische Verfahren, die sich gegen Arbeiter richteten, um deren Aktivitäten »zum Schutz der Republik und zur Wiederherstellung verfassungsrechtlicher Zustände« strafrechtlich zu sanktionieren, niedergeschlagen werden. Für die enge Verbindung von außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit wurde ein »Außerparlamentarischer Ausschuss« gebildet, in dem neben den beiden Arbeiterparteien auch die gewerkschaftlichen Organisationen vertreten sein sollten.<sup>983</sup>

Im Kern hatten sich die beiden Parteien weitgehend auf dem Boden der sozialdemokratischen Verhandlungsgrundlage vom 18. September 1923 geeinigt, von den Mindestforderungen des kommunistischen Notprogramms war lediglich die Kompromisslinie geblieben. Die bisher von der KPD verlangten außerparlamentarischen Garantien einer Arbeiterregierung spielten vor dem Hintergrund ihres Kurswechsels von Anfang Oktober 1923

<sup>982</sup> Ebenda. S. 458.

<sup>983</sup> Ebenda. S. 459.

nun auch keine entscheidende Rolle mehr. Wichtig war jetzt aus kommunistischer Sicht, wie gezeigt, die Bildung der Arbeiterregierung als Element der Aufstandsvorbereitung.

Rückblickend erklärte der sozialdemokratische Bezirksvorstand, dass es der KPD nach Verhängung des Ausnahmezustandes nicht schnell genug mit der Bildung eines gemeinsamen Kabinetts gehen konnte, nachdem die monatelangen Bemühungen der VSPD, die kommunistische Partei zum Eintritt in die Landesregierung zu bewegen, ergebnislos geblieben waren. Sogar auf den Boden der Verfassung habe sie sich gestellt. »Doch wir ließen uns nicht täuschen. Wir lehnten [es] ab, ohne Programm mit der KPD zu arbeiten. Wie recht wir hatten, zeigten die Verhandlungen und die Wochen der gemeinsamen Regierung. Mit fortgesetzten neuen Parolen wurde überall im Lande gearbeitet [...]. Die Kommunisten sind mit dem festen Vorsatz in die Regierung eingetreten, die Republik zu zertrümmern.«<sup>984</sup>

Zunächst jedoch schienen die beiden Thüringer Arbeiterparteien über ihre grundsätzlichen Differenzen hinweg im Kampf gegen die Militärdiktatur, die faschistische Bedrohung und die akute soziale sowie wirtschaftliche Notlage der arbeitenden Bevölkerung zu einer tatsächlichen politischen Aktionsgemeinschaft, der Regierung »der proletarischen und republikanischen Verteidigung«, zu finden. Am 16. Oktober votierten sie im Thüringer Landtag gemeinsam gegen den Auflösungsantrag der Rechtsopposition. Einen Tag später beschlossen sie auf Anregung des KPD-Abgeordneten Otto Geithner, die Regierungserklärung August Frölichs im ganzen Land durch Maueranschlag zu plakatieren, damit »diese wichtige programmatische Erklärung der Regierung dem ganzen Thüringer Volke bekanntgegeben wird«<sup>985</sup>.

Weiterhin versuchte die neue Regierung, die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.<sup>986</sup> Das hierzu erlassene Ausfuhrverbot von Lebensmitteln wurde jedoch von der Reichsregierung faktisch untersagt. In einem Schreiben an den Reichspräsidenten und den Reichsernährungsminister vom 30. Oktober 1923 begründete August Frölich die Maßnahmen seiner Regierung mit der dramatischen Versorgungslage und der sich daraus notwendig ergebenden »Sicherstellung der in Thüringen vorhandenen Vorräte an

<sup>984</sup> Das Volk, 13.11.1923.

<sup>985</sup> II. ThLT. S. 5489.

<sup>986</sup> Wölfel: Arbeiterregierung. S. 178.

**Doch wir ließen uns nicht täuschen. Wir lehnten [es] ab, ohne Programm mit der KPD zu arbeiten. Wie recht wir hatten, zeigten die Verhandlungen und die Wochen der gemeinsamen Regierung. Mit fortgesetzten neuen Parolen wurde überall im Lande gearbeitet [...]. Die Kommunisten sind mit dem festen Vorsatz in die Regierung eingetreten, die Republik zu zertrümmern.**

**Bezirksvorstand der Thüringer SPD**  
am 13. November 1923

den nötigsten Lebensmitteln für die einheimische Bevölkerung«<sup>987</sup>. Dies sei nicht nur angesichts »der von Tag zu Tag steigenden Not« erforderlich, sondern auch aufgrund der bedrohlich sinkenden Lebensmittelvorräte. So lagerten nach Angaben des Ministerpräsidenten höchstens noch für eine Woche Brotmehlvorräte in Thüringen. Ebenso ernst schilderte er die Lage der Kartoffelversorgung, »weil die einheimische Ernte sehr ungünstig ausgefallen ist« und die Kommunen angesichts der »hemmungslos steigenden Erzeugerpreise« die Mittel, trotz der Kredite der Reichsbank, nicht aufbringen könnten. »Eine wesentliche Verschärfung hat die Ernährungslage in Thüringen gegenüber anderen Gebieten des Reiches durch die fast völlige Absperrung Bayerns erfahren.« Da im südlichen Nachbarland seit dem 20. September »entgegen den Reichsbestimmungen nur bayrische Erlaubnisscheine« zum Ankauf der erforderlichen Lebensmittel berechtigten, so der Ministerpräsident, sei sein Land »von einem seiner Hauptzufuhrgebiete für Vieh abgeschnitten worden. Andererseits wirft sich jetzt ein großer Teil der Bedarfsstellen, die sich bisher in Bayern eindecken konnten, auf Thüringen und bedroht es mit Ausverkauf«<sup>988</sup>.

Anfang November 1923 unterstützte das von Albin Tenner geführte Wirtschaftsministerium die streikenden Bergarbeiter in Meuselwitz mit der kostenlosen Abgabe von 300 Zentner Mehl an die Stadt.<sup>989</sup> Von einem bürgerlichen Landtagsabgeordneten diesbezüglich befragt, antwortete August Frölich nach dem Scheitern der Arbeiterregierung, er sei für diese Maßnahme nicht verantwortlich, gebe aber ohne weiteres zu, dass er angesichts der konkreten Situation der Meuselwitzer Bergarbeiter möglicherweise nicht anders gehandelt hätte.<sup>990</sup>

Am 23. Oktober verständigten sich beide Parteien auf die lange Zeit zwischen ihnen umstrittene Frage der Organisation des proletarischen Selbstschutzes. Vereinbart wurde, dass die bereits bestehenden neunzehn örtlichen Hilfs-Polizeien<sup>991</sup> durch KPD-Mitglieder ergänzt und in weiteren dreiunddreißig Orten Hilfspolizeieinheiten aus Mitgliedern beider Parteien

<sup>987</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 104.

<sup>988</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 104 RS.

<sup>989</sup> II. ThLT. S. 5878.

<sup>990</sup> II. ThLT. S. 5879.

<sup>991</sup> Die Hilfspolizei war nach dem Cuno-Streik Mitte August 1923 gebildet worden. HStAW: Präsidialabteilung, Nr. 86 Bl. 4. Ende August 1923 hatte das Thüringer Presseamt klargestellt, dass in die Hilfspolizei nur Personen aufgenommen werden, »die auf dem Boden der Verfassung stehen«. Angestrebt würde bei der Auswahl der Hilfspolizisten, »dass möglichst auf Angehörige der Gewerkschaften, der Angestellten-, Beamten- und Handwerkerbünde zurückgegriffen wird. Die Verwendung geschlossener Organisationen« sei hingegen unzulässig. Das Volk, 31.08.1923.

gebildet würden. Damit waren die republikanischen Notwehren den Polizeiorganen ausdrücklich untergeordnet. Die eintausend Mann starke Landespolizei sollte im Gefahrenfall durch sechstausend Angehörige der republikanischen Notwehren beider Parteien verstärkt werden, wobei es während der Verhandlungen am 23. Oktober noch keine Einigung über den Umfang der sofort einzustellenden Kräfte und deren Ausrüstung gab. Festgelegt wurde indes die Bildung gemeinsamer Leitungen der republikanischen Notwehren auf Landes- und Unterbezirksebene.<sup>992</sup>

Schließlich hatten die Bezirksleitungen beider Parteien mit der Konstituierung ihrer gemeinsamen Regierung ihre jeweilige Anhängerschaft landesweit zu gemeinsamen Versammlungen und Kundgebungen für den 20. und 21. Oktober aufgerufen.<sup>993</sup> Sie gestalteten sich zu beeindruckenden Vertrauenskundgebungen für die neue thüringische VSPD-KPD-Landesregierung. Aus Sicht der DDR-Geschichtsschreibung wurden »mit diesen Kundgebungen [...] hinsichtlich ihres Ausmaßes, ihrer politischen Aussagekraft und Wirksamkeit und ihrer Geschlossenheit alle bisherigen Maßstäbe weit übertroffen. Auf den gemeinsamen Großveranstaltungen in Weimar, Gotha, Arnstadt, Jena, Gera, Eisenberg, Zella-Mehlis, Greiz, Ichtershausen, Apolda, Meiningen, Sonneberg, Eisenach, Saalfeld, Bad Blankenburg, Gräfenhain, Rüdersdorf-Stübnitz und in vielen anderen Städten und Gemeinden wurde die Bildung der Landesarbeiterregierung einmütig begrüßt«<sup>994</sup>.

Doch zugleich machten die sozialdemokratischen und kommunistischen Redebeiträge noch einmal kenntlich, dass hier zwei Parteien mit höchst unterschiedlichen Motiven eine Arbeiterregierung gebildet hatten. In Jena knüpfte der sozialdemokratische Versammlungsredner in seinen Ausführungen an die Situation nach dem Rathenau-Mord an.<sup>995</sup> Stinnes Bündnis mit dem Faschismus habe keinen anderen Zweck, als letzterem die Staatsgewalt auszuliefern. Dennoch hätte die thüringische Arbeiterschaft keine Veranlassung, der Reichswehr einen Vorwand zum Eingreifen zu geben und so, wie in Sachsen, die Landespolizei den Militärbehörden zu unterstellen.<sup>996</sup> Die Situation bezeichnete er als äußerst ernst, infolge der Hyperinflation sowie der Abschaffung des Acht-Stunden-Tages durch den Reichstag sei der Druck auf die Arbeiterschaft weiter gestiegen. Dem können »wir

<sup>992</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 66. Wörfel: Arbeiterregierung. S. 167/168.

<sup>993</sup> Das Volk, 18.10.1923.

<sup>994</sup> Wörfel: Arbeiterregierung. S. 146.

<sup>995</sup> Das Volk, 22.10.1923.

<sup>996</sup> Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie. S. 391/392.

nicht mit parlamentarischen Mitteln allein begegnen, aber wir dürfen auch nicht auf parlamentarische Mittel verzichten«<sup>997</sup>. Der sozialdemokratische Staatsminister Hartmann betonte auf der gemeinsamen Kundgebung beider Parteien in Weimar »die große Gefahr der Stunde für die demokratische Republik«. Die derzeitigen Verhältnisse seien »das Resultat der kapitalistischen Entwicklung«. Er sah die Thüringer Arbeiterregierung als »Anwalt der werktätigen Bevölkerung und forderte Treue zur Klasse und das Gelöbnis, unentwegt und geschlossen hinter dieser Regierung zu stehen«<sup>998</sup>.

Karl Korsch, neugewählter kommunistischer Justizminister, hatte in mehreren der gemeinsamen Versammlungen, so auch in Jena und Weimar, für seine Partei gesprochen. Am 20. Oktober erklärte er in Gotha: »Was wir jetzt in Sachsen und Thüringen haben, sind noch keine Arbeiterregierungen in unserem kommunistischen Sinne.«<sup>999</sup> Je mehr sich diese auf parlamentarischer Grundlage gebildeten Regierungen jedoch auf die außerparlamentarischen Machtmittel der Arbeiterklasse stützen, »desto mehr werden sie zu wirklichen aktionsfähigen Arbeiterregierungen«. Der Eintritt der KPD in die Thüringer Regierung sei erfolgt, weil die Arbeiterschaft vor der Notwendigkeit stehe, »sich mit Zähnen und Nägeln gegen die Konterrevolution zu verteidigen. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, wenn hinsichtlich unseres Regierungseintritts geglaubt wird, wir hätten uns zur Demokratie bekehrt«. Vor dem Hintergrund der von den Verantwortlichen auf der Reichsebene gesuchten Auswege aus der Krise erklärte Korsch, da die Demokratie selbst von fast allen ihren bisherigen Freunden preisgegeben werde, »wäre es fürwahr mehr als töricht, sich zur Demokratie zu bekennen«. Ebenso lehnte Korsch den Parlamentarismus ab, auch wenn die KPD nun eine Regierungspartei geworden sei. »Unser Eintritt in die Regierung ist vielmehr die Krönung der Einheitsfronttaktik des revolutionären Proletariats. Über den wirtschaftlichen und militärischen Einheitsfrontorganisationen haben wir nunmehr auch das politische Einheitsfrontorgan geschaffen. So betrachtet, kann die Thüringer sozialdemokratisch-kommunistische Regierung keineswegs als Abschluss, sondern nur als Mittel zum Zweck aufgefasst werden, zu dem Anfang einer Bewegung, die in der auf starke proletarische Kampforganisationen sich stützenden Reichsarbeiterregierung einmünden muss.« Angesichts des Todeskampfes des Kapitalismus und des drohenden Reichswehreinmarsches müsse die Arbeiterschaft

<sup>997</sup> Das Volk, 22.10.1923.

<sup>998</sup> Das Volk, 24.10.1923.

<sup>999</sup> Thüringer Volksblatt, 23.10.1923.

jedoch selbst aktiv werden und könne sich nicht auf die neue Regierung verlassen, die durch den Belagerungszustand selbst geknebelt sei. »Selbstschutz, Ausbau und riesenhafte Erweiterung der proletarischen Abwehrorgane – das ist die beste Gewähr dafür, dass die Arbeiterhochburgen unangetastet bleiben.« Die neue Thüringer Regierung stehe und falle mit den proletarischen Organisationen. »Wollen wir siegen, so müssen wir uns unaufhörlich wappnen und – wenn es an der Zeit ist – den bewaffneten Aufstand unerbittlich bis zur Diktatur des Proletariats durchführen!«<sup>1000</sup>

Aufgrund dieser Ausgangssituation war bereits der Start der Thüringer vSPD-KPD-Koalition am 16. Oktober 1923 offenkundig schwierig. »Nach langen, offenbar nicht ganz reibungslos verlaufenen Verhandlungen ist es den Vertretern der Sozialisten und Kommunisten gelungen, eine neue gemeinsame Regierung für Thüringen zu bilden«,<sup>1001</sup> hieß es im Jenaer DDP-Blatt. Die ursprünglich für 16.00 Uhr angesetzte Landtags Sitzung am 16. Oktober 1923 begann erst mit dreieinhalbstündiger Verspätung. Während das sozialdemokratische Zentralorgan diese Verzögerung mit neuen Schwierigkeiten erklärte, »die die Kommunisten in bezug auf das Regierungsprogramm«<sup>1002</sup> gemacht hätten, gab das Jenaer KPD-Blatt aus den laufenden Gesprächen als Ursache die personelle Besetzung der Regierung an. Im Unterschied zu den politischen Verhandlungen, die von einer besonderen Verhandlungskommission des sozialdemokratischen Bezirksvorstandes geführt worden seien, war nun, als es um die Ministerämter ging, »eine Abordnung der [vSPD-]Fraktion, deren Sprecher der Minister Frölich ist«,<sup>1003</sup> erschienen. »Die vSPD-Fraktion kämpft um ihre Posten wie ein Löwe um sein Junges.« Sie habe der KPD das Wirtschaftsministerium und einen Staatsrat angeboten. Die Präsidialabteilung solle jedoch vom Wirtschaftsministerium abgetrennt und ein eigenständiges Ministerium werden. Dass dieses Manöver Thüringer KPD jedoch nicht mehr von der Bildung der Arbeiterregierung abbringen werde, daran ließ die Jenaer kommunistische Parteizeitung keinen Zweifel. »Wenn die Landtagsfraktion der vSPD sich einbilden sollte, dass die Thüringer Arbeiterschaft wegen der Postenstreberei von Personen die Einheitsfront scheitern lassen würde, so ist sie schwer im Irrtum. Die Besetzung der Ministerien ist eine politische und nicht eine persönliche Angelegenheit.«<sup>1004</sup>

<sup>1000</sup> Thüringer Volksblatt, 23.10.1923.

<sup>1001</sup> Jenaer Volksblatt, 17.10.1923.

<sup>1002</sup> Vorwärts, 17.10.1923.

<sup>1003</sup> Neue Zeitung, 16.10.1923.

<sup>1004</sup> Neue Zeitung, 16.10.1923.

**»Was wir jetzt in Sachsen und Thüringen haben, sind noch keine Arbeiterregierungen in unserem kommunistischen Sinne.« Je mehr sich diese auf parlamentarischer Grundlage gebildeten Regierungen jedoch auf die außerparlamentarischen Machtmittel der Arbeiterklasse stützen, »desto mehr werden sie zu wirklichen aktionsfähigen Arbeiterregierungen«. Der Eintritt**

**der KPD in die Thüringer  
Regierung sei erfolgt, weil  
die Arbeiterschaft vor der  
Notwendigkeit stehe, »sich  
mit Zähnen und Nägeln  
gegen die Konterrevolution  
zu verteidigen. Es ist ein  
verhängnisvoller Irrtum,  
wenn hinsichtlich unseres  
Regierungseintritts geglaubt  
wird, wir hätten uns zur  
Demokratie bekehrt«**

**Karl Korsch** · Landtags- sowie  
Reichstagsabgeordneter der KPD

Ohne Zweifel ging es August Frölich in der konkreten Situation Mitte Oktober 1923 wie seinem sächsischen Kollegen Zeigner darum, der KPD keine Schlüsselpositionen zu überlassen, die sie zur Umsetzung möglicher und, wie sich herausstellen sollte, tatsächlich existierender Aufstandspläne nutzen konnte.<sup>1005</sup> Einerseits war er auch nach dem Scheitern der Verhandlungen mit der KPD Ende September 1923 öffentlich für ein Regierungsbündnis mit ihr eingetreten. In der Mitgliederversammlung der Weimarer vSPD hatte Frölich erklärt, »dass der Aufbau Thüringens mit den Kommunisten besser vollendet werden könne als in Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien. Es muss daher alles getan werden, mit den Kommunisten zu einer Einigung in der Frage der Regierungsbildung zu kommen«, falls sie hierzu „ernstlich gewillt sind«<sup>1006</sup>. Andererseits zeigte er sich gegenüber den sichtbaren Entwicklungen nicht blind. Im Detail zwar unzutreffend, in der Tendenz der Gesamtentwicklung jedoch völlig richtig hatte er den Cuno-Streik Mitte August 1923 als Auftakt zum kommunistischen Revolutionsversuch gedeutet, wobei »wie 1921 beim mitteldeutschen Putsch – die Parole von Moskau zum Losschlagen“ zu kommen schien.<sup>1007</sup> Vor dem Hintergrund dieser Einschätzung war er bestrebt, den erkennbaren revolutionären Ambitionen der KPD wirkungsvoll zu begegnen und hierfür auch eine weitere Verschlechterung des Verhältnisses zu ihr zu riskieren, ohne die Brücken jedoch gänzlich abzubauen.

Am 1. Oktober 1923 war vom Militärbefehlshaber General Reinhardt das Jenaer kommunistische Parteiblatt für eine Woche verboten worden. Zwei Tage zuvor hatte auf Veranlassung des Militärs die Jenaer Polizei die Redaktionsräume der KPD-Zeitung durchsucht und umfangreiches Agitationsmaterial beschlagnahmt.<sup>1008</sup> Infolgedessen verschlechterte sich das nach dem Abbruch der Koalitionsverhandlungen ohnehin angespannte Verhältnis zwischen den beiden Arbeiterparteien offenbar derart, dass an einer Aussprache mit der KPD-Bezirksleitung am 30. September 1923 die gesamte Landesregierung teilnahm. August Frölich, der nach eigener Aussage

<sup>1005</sup> In Sachsen hatte die SPD die Forderung der KPD nach dem Innenministerium abgewehrt, »indem sie Heinrich Brandler zum Chef der Staatskanzlei machte. Dass Erich Zeigner der KPD gegenüber misstrauischer war, als es später zugab, zeigte sich, als er vor dem Regierungseintritt der Kommunisten von der Staatskanzlei erklären ließ, dass er als Vorsitzender des Gesamtministeriums trotz der Ministerverantwortlichkeit direkte Einwirkungsmöglichkeiten auf die übrigen Ressorts besaß«. Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie. S.389. Über den Inhalt der Verhandlungen zur Ressortverteilung und personelle Besetzungen machen die eingesehenen Quellen keine Aussagen.

<sup>1006</sup> Das Volk, 04.10.1923

<sup>1007</sup> Das Volk, 11.09.1923

<sup>1008</sup> Begründet worden war die Beschlagnahme der Neuen Zeitung vom 29. September 1923 mit dem darin erschienenen Aufruf der KPD-Zentrale gegen den Abbruch des passiven Widerstands und zur Vorbereitung des Massenstreiks. Gothaer Volksblatt, 01.10.1923.

erst während der Polizeiaktion gegen die kommunistische Zeitung von dieser Maßnahme erfahren hatte, deckte rückwirkend das Agieren der städtischen Polizei.<sup>1009</sup> Ebenso stellten sich er und seine sozialdemokratischen Kollegen im Kabinett am 7. November 1923 hinter das Vorgehen des Landespolizeichefs Müller-Brandenburg gegen die verbotenen kommunistischen Hundertschaften, was zum offenen Konflikt in der Arbeiterregierung führte.<sup>1010</sup>

Gleichzeitig war Frölich jedoch offenkundig davon überzeugt, dass die Abwehr eines kommunistischen Aufstandsversuches mit politischen und notfalls auch polizeilichen Mitteln erfolgen könne, der Einsatz des Militärs und diktatorische Maßnahmen allerdings nicht notwendig und für die Republik gefährlich waren. In einem Schreiben an den Reichsinnenminister vom 1. Oktober 1923 warnte er vor den unabsehbaren Konsequenzen für die weitere Entwicklung der parlamentarischen Demokratie, »wenn ein Militärbefehlshaber, der seinen Sitz in Stuttgart hat, und der durch seinen Bezirksbefehlshaber, wie wir aus persönlicher Anschauung wissen, über die politischen Verhältnisse nur unzureichend informiert wird, in einem Land, wo [die] Parteien vor der Aufgabe der Neubildung der Regierung stehen, das Hauptorgan einer Partei, die in den Verhandlungen darüber aktiv beteiligt ist, verbietet«. Die Beschlagnahme der Ausgabe des Jenaer kommunistischen Parteiblattes vom 29. September 1923 wäre völlig ausreichend gewesen, um den Absichten der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 »gerecht zu werden«<sup>1011</sup>. Einen Tag nach Bildung der Arbeiterregierung schrieb August Frölich an den Militärbefehlshaber und seit dem 27. September Inhaber der vollziehenden Gewalt in Thüringen, General Reinhardt, dieser würde den »Einfluss der Kommunistischen Partei bei Weitem« überschätzen. »Wir, die wir in jahrelanger politischer Arbeit in der Thüringer Regierung die Bevölkerung, ihre Organisationsverhältnisse, ihre Bewegungen und die sozialen Triebkräfte derselben sehr genau kennen, wissen, dass die Kommunistische Partei nur

<sup>1009</sup> Gothaer Volksblatt, 01.10.1923.

<sup>1010</sup> In der Kabinettsitzung am 7. November hatte Karl Korsch für die KPD-Regierungsmitglieder den Antrag gestellt, den Leiter der Landespolizei Müller-Brandenburg wegen seines Geheimbefehls vom 6. November 1923 aus dem thüringischen Staatsdienst zu entlassen. Frölich und Innenminister Hermann betonten zwar, dass die Landespolizei der Reichswehr unterstellt sei. Hermann erklärte, wenn Müller-Brandenburg sich im Rahmen seines ihm von der Reichswehr erteilten Befehls gehalten habe, er gegen ihn nicht vorgehen würde. HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 138. Müller-Brandenburg hatte am 6. November 1923 in einem Geheimbefehl alle Thüringer Gemeindevorsteher aufgefordert, ihm alle ihnen bekannte Angaben über die kommunistischen Hundertschaften hinsichtlich der Beteiligten und ihrer Bewaffnung zu übermitteln. BArch RY 1/2375. Bl. 71. Dieser Geheimbefehl war sehr wahrscheinlich von Theodor Neubauer öffentlich gemacht worden.

<sup>1011</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 20.

eine engbegrenzte Wirkungsmöglichkeit besitzt, und können beanspruchen, dass wir jederzeit alles getan haben, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit gegenüber Parteiinteressen aufrecht zu erhalten.«<sup>1012</sup> Unmittelbar nach dem Einmarsch der Reichswehr in Thüringen bestritt August Frölich die Notwendigkeit dieser Maßnahme, »zumal wir davon überzeugt sind, dass der größte Teil der Thüringer Arbeiterschaft nicht ziel- und planlos Parolen gefolgt [...], sondern im Fall der äußersten Gefahr auf den Ruf ihrer Führer für die Republik eingetreten wäre. Ob dies nach dem Eingriff der Reichsregierung in die innenpolitischen Angelegenheiten des Landes noch der Fall sein wird«, erschien Frölich nun »eine offene Frage«<sup>1013</sup>.

Nach dem Scheitern der Arbeiterregierung erklärte Albin Tenner für seine Partei am 22. November 1923 im Thüringer Landtag: »Wir haben die Regierung nicht anders aufgefasst als eine Regierung der Verteidigung. Unsere Anträge waren darauf eingestellt, Thüringen und Sachsen zu verteidigen, hier die Rechte des Proletariats zu wahren. In dreierlei Beziehungen sollte diese Verteidigung ausgebaut werden: erstens einmal in dem Verhältnis zu Sachsen, in einem mitteldeutschen Block, zweitens sollte die Abwehr gegen Bayern organisiert, und drittens sollte Thüringen selbst gegen Übergriffe des Reiches geschützt werden.« Hiervon sei nichts umgesetzt worden. »Die Regierung ist keine Regierung der Verteidigung gewesen, sie war eine Regierung geworden, die alles wehrlos über sich ergehen ließ.«<sup>1014</sup>

Tatsächlich hatte die KPD die Festlegung im Programm der Thüringer Arbeiterregierung, zur Abwehr der Militärdiktatur eng mit der sächsischen vSPD-KPD-Landesregierung zusammenzuwirken, vor dem Hintergrund ihrer Aufstandsplanungen als offensives Agieren einschließlich der Anwendung des Generalstreiks und der Bewaffnung der Proletarischen Hundertschaften interpretiert. Den Beschluss der Chemnitzer Betriebsräte-Konferenz vom 22. Oktober 1923, einen Ausschuss einzusetzen, »der mit den Reichsvorständen der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften sowie mit der sächsischen Regierung über die Proklamation des Generalstreiks verhandeln sollte«,<sup>1015</sup> wollte sie als Signal des sächsischen Proletariats verstanden wissen, »sofort die letzten Vorbereitungen zum Generalstreik gegen die Militärdiktatur«<sup>1016</sup> zu treffen. Aus allen Teilen Großthüringens

<sup>1012</sup> HStAW: Präsidentialabteilung Nr. 86. Bl. 32.

<sup>1013</sup> Das Volk, 13.11.1923.

<sup>1014</sup> II. ThLT. S. 5707.

<sup>1015</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 652.

<sup>1016</sup> Neue Zeitung, 22.10.1923.

würden sie »stürmische Kundgebungen der Arbeiter und ihrer Funktionäre« erreichen, erklärte die KPD-Bezirksleitung unmittelbar nach der Chemnitzer Konferenz, die »nicht länger mit der Aufnahme des Kampfes warten wollten. Die Massen erkennen, dass der Angriff des Klassenfeindes nur durch die sofortige rücksichtslose Gegenoffensive des Proletariats abgeschlagen werden kann«<sup>1017</sup>.

Im Ergebnis seiner ersten Beratung am 23. Oktober 1923 in Weimar hatte der außerparlamentarische Ausschuss von den Führungsgremien der Arbeiterparteien und Gewerkschaften sowohl auf Reichsebene als auch in Thüringen und Sachsen gefordert, »sofort den entschlossenen Kampf gegen die politische und wirtschaftliche Reaktion«<sup>1018</sup> aufzunehmen. Die drohende Zerschlagung des Reiches durch die offene Rebellion Bayerns und der rheinischen Separatisten, die beabsichtigte Reichsexekution gegen Thüringen und der militärische Aufmarsch in Sachsen, die Durchbrechung des Acht-Stunden-Tages und weitere gegen die Arbeiterschaft gerichtete Maßnahmen sowie die Sabotage der Produktion durch die Unternehmer und der Lebensmittelversorgung durch die Agrarier machten es aus Sicht der Vertreter der organisierten Arbeiterschaft Thüringens dringend erforderlich, »Maßnahmen zur sofortigen Durchführung des Generalstreiks zu treffen«<sup>1019</sup>. Diese Position des außerparlamentarischen Ausschusses vom 23. Oktober 1923 hatte zunächst eine gemeinsame Grundlage innerhalb der Thüringer Arbeiterbewegung gebildet, der sich die KPD zu diesem Zeitpunkt zwar noch nicht entziehen wollte, die sie jedoch aufzukündigen begann. Ihre Vertreter hätten diesem Vorschlag nur mit größten Bedenken zustimmen können, erklärte die Bezirksleitung. Während sie für sofortige Aktionen eingetreten seien, war von den Führungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie die Situation nach kommunistischer Darstellung dahingehend eingeschätzt worden, dass von Thüringen aus noch keine Initiative unternommen werden müsse. Vor diesem Hintergrund bestand die KPD jedoch darauf, dass der Beschluss des außerparlamentarischen Ausschusses auch die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Führungsgremien im Land verpflichtete, »die ungeheure Erregung und den Kampfeswillen der breitesten Arbeitermassen in organisatorische Bahnen zu lenken«<sup>1020</sup>.

<sup>1017</sup> Neue Zeitung, 26.10.1923.

<sup>1018</sup> Neue Zeitung, 24.10.1923.

<sup>1019</sup> Neue Zeitung, 24.10.1923.

<sup>1020</sup> Neue Zeitung, 24.10.1923.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die am 24. Oktober 1923 veröffentlichte Erklärung des Thüringer ADGB-Vorstands eine Antwort auf die kommunistischen Generalstreikaufrufe in Reaktion auf die Chemnitzer Konferenz darstellten. Dementsprechend war sie von KPD-Seite kommentiert worden. »Die Arbeiterschaft hat mit den dutzenden Versprechungen des ADGB schon soviel traurige Erfahrungen machen müssen, dass man ihr billigerweise kein unerschütterliches Vertrauen«<sup>1021</sup> in dessen Kampfbereitschaft mehr zumuten könne. Der ADGB verlange von der Arbeiterschaft, dass sie »nur den Parolen der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen folgen« solle. Doch was werde geschehen, »wenn diese Parolen ausbleiben«? Die Gewerkschaftsführung sollte »sich nicht über den Kampfwillen der hungernden Massen täuschen«. Sie würden, wenn der ADGB angesichts der bedrohlichen Situation in Stillschweigen verharre, über dessen Köpfe »hinwegstürmen«<sup>1022</sup>.

Tatsächlich hatte die Thüringer Gewerkschaftsführung zwar die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands eingefordert, ohne die aus ihrer Sicht das thüringische/sächsische Proletariat keinen erfolgreichen Abwehrkampf gegen die drohende Militärdiktatur und die faschistische Gefahr aus Bayern würde führen können. Deshalb plädierte sie für einen reichsweiten Generalstreik, warnte jedoch zugleich vor Einzelaktionen.<sup>1023</sup> Diese Position entsprach jedoch nur zum Teil der Haltung der thüringischen Gewerkschaftsbasis. Am 25. Oktober beauftragte die Betriebsrätevollversammlung Eisenachs ihren Aktionsausschuss, »mit der Thüringer Regierung, den ADGB und den Parteileitungen in Verbindung zu treten und sie auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen. Die Vorbereitung[en] für den Generalstreik im Reich sind sofort zu treffen. Sollten im gegebenen Fall alle Instanzen versagen, so ist über diese hinweg der Generalstreik aufzurufen«<sup>1024</sup>.

Die am 26. Oktober 1923 in Altenburg versammelten Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte forderten vom Zentralvorstand des ADGB, sich für die sofortige Aufhebung des Belagerungszustands mit allen gewerkschaftlichen Mitteln einschließlich des Generalstreiks einzusetzen.<sup>1025</sup> Weitere zahlreiche lokale sozialdemokratische und gewerkschaftliche Initiativen

<sup>1021</sup> Thüringer Volksblatt, 25.10.1923.

<sup>1022</sup> Thüringer Volksblatt, 25.10.1923.

<sup>1023</sup> Das Volk, 24.10.1923.

<sup>1024</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 62.

<sup>1025</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 66.

verlangten von ihren zentralen Instanzen nicht nur die Vorbereitung des Generalstreiks, sondern begannen durch die Bildung gemeinsamer Aktionsausschüsse mit der KPD vor Ort selbst unmittelbare Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen. »Die Bildung von Aktionsausschüssen entwickelt sich sehr gut«,<sup>1026</sup> berichtete die KPD-Bezirksleitung am 27. Oktober ihrer Zentrale. Einschließlich Suhl seien die lokalen Aktionsausschüsse in Südthüringen zu einem zentralen Aktionsausschuss zusammengeschlossen. »Er setzt sich aus VSPD, KPD, USPD, Syndikalisten, Betriebsrätevertretern und gewerkschaftlichen Instanzen zusammen.« Weitere Aktionsausschüsse seien in Greiz sowie einer Reihe kleinerer Orte gebildet oder im Entstehen begriffen.

Der Jenaer Aktionsausschuss bestand aus je neun sozialdemokratischen und kommunistischen Mitgliedern. Damit waren die größeren Betriebe, die Eisenbahn, das Gewerkschaftskartell und die Betriebsrätevollversammlung vertreten.<sup>1027</sup> Sie hatten am 24. Oktober die gewerkschaftlichen und politischen Spitzenverbände aufgefordert, »mit allen Mitteln den Kampf gegen die Militärdiktatur und die wirtschaftliche Verelendung aufzunehmen«,<sup>1028</sup> und beschlossen, »die Wahl eines Aktionsausschusses, der alle Vorbereitungen für den kommenden Kampf zu treffen hat«, vorzunehmen. Die Betriebsbelegschaften wurden aufgerufen, »ihrerseits alle Kampf vorbereitungen zu treffen«, die Eisenbahner sollten den Transport von Reichswehr und faschistischen Verbänden unterbinden und alle Kollegen wurden angehalten, den proletarischen Abwehrformationen beizutreten.<sup>1029</sup> Es sei bezeichnend, so die KPD-Bezirksleitung, »dass in den Orten die SPD-Genossen trotz schärfster gegenteiliger Anweisungen Aktionsausschüsse mit uns bilden«<sup>1030</sup>.

Ein wichtiges Indiz für diese Stimmung stellte die Konferenz der Aktionsausschüsse des Gothaer Bezirks am 25. Oktober 1923 dar, auf der fünfzehn lokale Ausschüsse vertreten waren. Unter den Anwesenden habe sich eine größere Anzahl »von VSPD-Delegierten«<sup>1031</sup> befunden. Nach kommunisti-

<sup>1026</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 65.

<sup>1027</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 65.

<sup>1028</sup> Das Volk, 25.10.1923.

<sup>1029</sup> Das Volk, 25.10.1923.

<sup>1030</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 65. Als der Militärbefehlshaber General Reinhardt Anfang November die Aktionsausschüsse verbot, erklärte die Führung der Thüringer VSPD, sie habe während der Verhandlungen zur Regierungsbildung mit der KPD ihre Beteiligung an diesen Ausschüssen abgelehnt und ihre Mitgliedschaft wiederholt aufgefordert, dies ebenfalls zu tun. Das Volk, 02.11.1923.

<sup>1031</sup> Thüringer Volksblatt, 26.10.1923.

scher Darstellung seien die an der Konferenz Teilnehmenden einmütig der Auffassung gewesen, »dass der Kampf mit allen Mitteln und in kürzester Frist aufgenommen werden« müsse. Auch die sozialdemokratischen Vertreter hätten eine Kampfentschlossenheit gezeigt, »wie wir sie nie gesehen haben«. Ein Vertreter des AfA-Bundes habe scharf mit der Politik der vspd- und Gewerkschaftsführung abgerechnet und deren Austritt aus der Großen Koalition gefordert. Aus seiner Sicht hätte es keinen Zweck, sich auf die Forderung an die Spitzenorganisationen zur Proklamation des Generalstreiks zu beschränken. »Kommunisten und Sozialdemokraten müssten in Zukunft Hand in Hand den entscheidenden Kampf und die Revolution vorbereiten [...]. Die Arbeiterschaft müsse verlangen, dass die Thüringer und die sächsische Regierung zur bewaffneten Volkserhebung aufriefen.« Andererseits scheinen nicht alle sozialdemokratischen Wortbeiträge im Sinne der kpd ausgefallen zu sein. Aus weiteren Ausführungen sei deutlich geworden, dass die linken vspd-Führer »teilweise unentschlossen, teilweise feige, die Revolution fürchtend« in aller kürzester Zeit gezwungen werden müssten, »Farbe zu bekennen. Entweder Reformismus – oder Revolution, so ist die Frage unzweideutig gestellt«. Eine auf der Konferenz beschlossene Resolution forderte, zur Vorbereitung dieses Kampfes die republikanischen Notwehren bedeutend zu verstärken und Aktionsausschüsse in allen Betrieben und Orten zu bilden. Damit letztere die Leitung des Kampfes übernehmen könnten, »wenn die sogenannten berufenen Spitzen wieder einmal versagen«, sei ihre organisatorische Zusammenfassung erforderlich. Die Thüringer Landesregierung als »wichtiges Einheitsfrontorgan« habe deshalb die Aufgabe, bereits für den kommenden Sonntag, [28. Oktober 1923,] einen Kongress sämtlicher Aktionsausschüsse einzuberufen.<sup>1032</sup> Zudem forderte die Gothaer Konferenz vom adgb, den beiden Arbeiterparteien und der Thüringer Regierung, vor dem Hintergrund des Reichswehreinmarsches in Sachsen und der Situation an der thüringisch-bayerischen Grenze »die Arbeiterschaft zu einer einheitlichen Aktion (Generalstreik) zusammenzufassen«, da die Aktionsausschüsse des Gothaer Gebiets keine Teilaktion befürworteten. »Sie wollen den Kampf auf der ganzen Linie.« Hierfür skizzierte die Resolution ein Programm, das die Thüringer Arbeiterregierung umzusetzen hätte. Sie sollte von der Reichsregierung die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Freilassung aller verhafteten Arbeiterfunktionäre und die Aufhebung der gegen die Arbeiterpresse erlassenen Verbote fordern. Für das Land Thüringen

<sup>1032</sup> Thüringer Volksblatt, 26.10.1923.

verlangten die Gothaer Aktionsausschüsse die Bewaffnung sämtlicher republikanischer Notwehren und deren Angliederung an die Landespolizei zur Abwehr der faschistischen Konterrevolution, die Proklamierung der bewaffneten Volkserhebung im Fall eines Angriffs aus Bayern sowie die Entlassung aller reaktionären Beamten aus der Verwaltung. Durchgesetzt werden sollten diese Forderungen mittels Einsetzung eines Generalstaatskommissars und Verabschiedung eines proletarischen Ermächtigungsgesetzes, mit dem die Enteignung aller aus Sabotagegründen stillgelegter Betriebe und deren Wiederingangsetzung vorgenommen, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sichergestellt und die Konterrevolution mit allen Mitteln – einschließlich des Verbots der reaktionären Presse – bekämpft werden würde. Abschließend verlautete die Resolution: »Handeln die Spitzenorganisationen und die Regierung nicht, so wird die Arbeiterschaft durch die Aktionsausschüsse das Heft in die Hand nehmen und selbst zur Tat schreiten. An die gesamte Arbeiterschaft tritt jetzt, nachdem von den Aktionsausschüssen die Grundlage geschaffen ist, auf der die Abwehrkämpfe des Thüringer Proletariats geführt werden können, die eiserne Pflicht heran, den Kampfwillen noch zu steigern und den schärfsten Druck hinter diese Notforderungen zu setzen.«<sup>1033</sup>

Ihren Höhepunkt erreichte die Aktionsbereitschaft von zumindest Teilen der Thüringer Arbeiterschaft zweifellos in Reaktion auf die am 29. Oktober 1923 erfolgte Reichsexekution gegen die Zeigner-Regierung. »Unter Aufspannung aller Nerven verfolgt die thüringische Arbeiterschaft die Vorgänge in Sachsen, und wenn man auch harte Worte gegen das provokatorische Vorgehen der Kommunisten hört, so geht doch ein Sturm der Entrüstung über die sächsische Reichsexekutive durch die Arbeiterreihen.«<sup>1034</sup> In einem gemeinsamen dramatischen Aufruf der Vorstände der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen im Unterbezirk Gera/Greiz wurden die Thüringer Bezirksleitungen der Arbeiterparteien und Gewerkschaften aufgefordert, »sich sofort dem Kampfe des sächsischen Proletariats anzuschließen«. Doch bis zu einer diesbezüglichen zentralen Entscheidung mussten eigenständige Aktionen strengstens abgelehnt werden und deshalb unterbleiben.<sup>1035</sup>

<sup>1033</sup> Thüringer Volksblatt, 26.10.1923. Würfel: Arbeiterregierung. S. 169.

<sup>1034</sup> Das Volk, 30.10.1923.

<sup>1035</sup> ReuBische Volkszeitung, 01.11.1923.

Dass die Thüringer Arbeiterschaft den Warnungen vor isolierten örtlichen Aktionen folgte und sich nicht zu lokalen Aufstandsaktionen verleiten ließ, kennzeichnete deren offenkundig zwischen Aktionsbereitschaft, Abwartehaltung und beginnender Resignation schwankende Stimmung. Bereits am 27. Oktober 1923 war aus kommunistischer Sicht konstatiert worden, die Betriebsbelegschaften seien zwar außerordentlich aktionsbereit, es wäre aber wichtig, dass »unsere Genossen immer und immer wieder in Betriebsversammlungen zur politischen und wirtschaftlichen Lage Stellung nehmen«, damit »die Arbeiter nicht mutlos werden, wie es zum Teil den Anschein hat«<sup>1036</sup>. Selbst im Meuselwitzer Braunkohlenrevier, in dem es Ende Oktober/Anfang November 1923 aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation der Bergleute erneut zu einem Aufstand gekommen war, gelang es der KPD nicht, diesen Streik in eine politische Aktion überzuleiten.<sup>1037</sup>

Tatsächlich verbreitete sich innerhalb der gesamten organisierten Arbeiterschaft die Einsicht, dass ein aktiver Widerstand gegen die Reichswehr aussichtslos war. Der sächsische Ministerpräsident Erich Zeigner hatte bereits am 23. Oktober im Dresdner Landtag vor Unbesonnenheiten und Provokationen gewarnt. Angesichts der kommunistischen Generalstreikforderungen erwog er bereits zu diesem Zeitpunkt die Entlassung der KPD-Minister aus seinem Kabinett, sah hiervon jedoch zunächst ab, nachdem ihm Heinrich Brandler zugesichert hatte, alle putschistischen Aktivitäten in seiner Partei zu unterbinden. Nachdem die Übergriffe der Reichswehr auf die Zivilbevölkerung in Sachsen zunahmen, war auch von der sozialdemokratischen Parteiführung an die deutsche Arbeiterschaft appelliert worden, sie möge verhindern, dass diese Hochburg der organisierten deutschen Arbeiterbewegung zum Aufmarschgebiet der Reaktion werde. Dieser »Appell fand viel Beachtung, aber wenig Resonanz«<sup>1038</sup>. Zwar reagierte die sozialistische Arbeiterschaft verbittert, aber zugleich resignierte sie angesichts der Alltagsnöte, die nach wie vor infolge der Inflation vorherrschten. Die vspd ihrerseits befürchtete weiterhin, dass Aufrufe zum aktiven Widerstand von der KPD für ihre aufständischen Ambitionen ausgenutzt werden

<sup>1036</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 64.

<sup>1037</sup> Auf eine Anfrage des Thüringer Innenministeriums, ob die wirtschaftliche Bewegung »in Kürze zu einer politischen ausschlagen könne, meint[e] der Gemeindevorsteher, dass auf Grund des bisherigen Ablaufes der Bewegung eine solch mögliche Entwicklung nicht gegeben sei. Alle Versammlungen nehmen einen durchaus geordneten und ruhigen Verlauf. Die Leute beschäftigen sich nur mit wirtschaftlichen Angelegenheiten. Nur zu den Erscheinungen an der südthüringer Grenze seien in den Versammlungen Hinweise erfolgt«. HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P263. Bl. 103.

<sup>1038</sup> Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie. S. 401.

könnten; deshalb waren die sozialdemokratischen Appelle an die Arbeiterschaft unbestimmt statt zielführend. Selbst ein landesweiter Aufruf zu einem begrenzten Proteststreik erschien der sächsischen Sozialdemokratie zu riskant. Sie befürchtete zudem, eine solche Aktion könnte von der Reichswehr zur Errichtung einer Militärdiktatur ausgenutzt werden.<sup>1039</sup>

Vor diesem Hintergrund verloren auch die Basisinitiativen für einen Generalstreik in Thüringen sehr schnell ihre Aktionsbereitschaft. Da sich die Thüringer Sozialdemokratie nicht auf die Forderungen der Gothaer Konferenz vom 25. Oktober eingelassen hatte, unternahm die KPD am 31. Oktober 1923 in Weimar eigenständig den Versuch, die Aktionsausschüsse landesweit inhaltlich und organisatorisch zusammenzufassen. Faktisch scheiterte sie damit, da die Konferenz infolge ihrer schnellen Einberufung und der hohen Unkosten für die Teilnehmenden schlecht besucht war. Zwar hätten auch einzelne Sozialdemokraten teilgenommen, nicht jedoch, trotz Einladung, die vSPD-Bezirksleitung. »Nennenswerte Beschlüsse ausser der weiteren straffen Zusammenfassung der Aktionsausschüsse wurden nicht gefasst.«<sup>1040</sup>

Vergeblich forderte das Gothaer kommunistische Parteiblatt am 31. Oktober 1923 in einem offenen Wort an die sozialdemokratische Arbeiterschaft: »[...] keine Phrasen mehr – sondern Taten!«<sup>1041</sup> In diesem, die bisherige Politik der sozialdemokratisch-kommunistischen Thüringer Landesregierung resümierenden Kommentar, der bereits zu diesem Zeitpunkt nahezu die gesamte Palette der späteren Kritik der KPD an ihren sozialdemokratischen Regierungspartnern beinhaltete, war die Thüringer vSPD vor die Frage gestellt worden, »ob sie noch im letzten Augenblick die ungeheuren in den proletarischen Massen ruhenden Kräfte auszunutzen gewillt ist, zu der gewaltigen Energie, die den Militarismus zu Boden schlagen kann«<sup>1042</sup> oder ob sie wie ihre sächsischen Kollegen vor der Militärmacht kapitulieren wolle. Am 29. und 30. Oktober bemühte sich die KPD-Bezirksleitung ergebnislos um die Einberufung des außerparlamentarischen Ausschusses, da die Vertreter der vSPD und des ADGB nach kommunistischer Darstellung schlicht nicht erschienen. »Wenn jetzt, nachdem die Uhr fünf Minuten vor 12 steht, [...] die reformistischen Spitzen das Signal zum Kampfe nicht

<sup>1039</sup> Ebenda. S. 400/401.

<sup>1040</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 70.

<sup>1041</sup> Gothaer Volksblatt, 31.10.1923.

<sup>1042</sup> Gothaer Volksblatt, 31.10.1923.

gemeinsam mit uns geben, so besteht die große Gefahr, dass das Proletariat eine ungeheure Niederlage erleidet. Das zu verhindern liegt in der Macht der vspD-Arbeiter, die ihre Führer zum entscheidenden Kampf zwingen oder mit Hilfe der Aktionsausschüsse über die Köpfe der Führer hinweg die Abwehr beginnen müssen.«<sup>1043</sup>

Demgegenüber erteilte eine am 31. Oktober 1923 in Weimar tagende sozialdemokratische Funktionärskonferenz den kommunistischen Generalstreikforderungen endgültig eine Absage. Für die Thüringer vspD ergebe sich aus der Entwicklung in Sachsen, dass die Partei absolute Klarheit in ihrer Haltung zur kPD haben müsse. »Es ist und muss für Thüringen ausgeschlossen sein, dass wir uns durch die Kommunisten zu einem Konflikt mit dem Reich und der Militärgewalt provozieren lassen.«<sup>1044</sup> Die Frage des Generalstreiks sei durch die Entwicklung im östlichen Nachbarland erledigt. Es müsse ebenso klar ausgesprochen werden, dass die Sozialdemokratie es rundweg ablehne, sich von der kommunistischen Partei in einen Putsch hineinziehen zu lassen. Zudem könne sich Thüringen angesichts der aus Bayern drohenden Gefahr »den Luxus eines Konflikts mit dem Reich nicht leisten«<sup>1045</sup>.

Am 22. Oktober 1923 hatte das Thüringer Innenministerium öffentlich bekanntgegeben, aufgrund der Zuspitzung der Auseinandersetzungen zwischen dem Freistaat Bayern und der Reichsregierung sei eine besondere polizeiliche Sicherung an Thüringens Südgrenze »zur vorbeugenden Abwehr«<sup>1046</sup> vorgenommen und hierüber die zuständigen Reichsbehörden informiert worden. Zugleich hatte das Thüringer Innenministerium die Bevölkerung aufgerufen, etwaigen Gerüchten keinen Glauben zu schenken und insbesondere nicht in Reaktion auf unbewiesene Nachrichten auf lokaler Ebene in Aktion zu treten. »Die Exekutive kann in dieser schweren Zeit nur bei den gesetzlich berufenen Organen liegen. Gegen jeden Versuch einzelner Bevölkerungskreise, durch Hundertschaften und Sturmtrupps polizeiliche Funktionen ausüben zu wollen, müßte eingeschritten werden.«<sup>1047</sup>

<sup>1043</sup> Thüringer Volksblatt, 30.10.1923.

<sup>1044</sup> Das Volk, 01.11.1923.

<sup>1045</sup> Das Volk, 01.11.1923.

<sup>1046</sup> Das Volk, 22.10.1923.

<sup>1047</sup> Das Volk, 22.10.1923.

Diese Erklärung verstand die KPD sofort und reagierte dementsprechend. Die in der Ministeriumsmitteilung enthaltene Wendung gegen den proletarischen Selbstschutz resultiere aus der Bereitschaft des Innenministers Hermann zur Zusammenarbeit mit den Militärbehörden, sie verstoße jedoch gegen die gemeinsam festgelegte Grundlage der Arbeiterregierung. »Die Thüringer sozialdemokratisch-kommunistische Regierung ist zustande gekommen auf der Grundlage des gemeinsamen Kampfes gegen die verfassungswidrige Militärdiktatur. Das müsste auch der sozialdemokratische Innenminister Hermann wissen! Die Kommunistische Partei wird unter keinen Umständen dulden, dass Herr Hermann die gemeinsame Regierung ausnützt zugunsten seiner Liebedienste für die Militärdiktatur.«<sup>1048</sup> Die Formulierung hinsichtlich der öffentlichen »Ruhe und Ordnung« im Aufruf des Innenministeriums passe nicht zum Geist der Thüringer Regierungserklärung. Dem entspräche vielmehr die kommunistische Forderung »nach sofortiger Bewaffnung und Einsetzung republikanischer Notwehren beider Parteien als Notpolizei, besonders in Südthüringen, damit die dortigen Proletariermassen sehen, dass die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung gewillt ist, in ihrem Abwehrkampf gegen die bayerische Reaktion und die Diktatur der weißen Generale sich auf die mobilisierten Arbeitermassen zu stützen«<sup>1049</sup>. Diesbezüglich hatte die kommunistische Landtagsfraktion während der Landtagssitzung am 24. Oktober 1923 angesichts des Aufmarsches der faschistischen Kampfverbände und der bayerischen Reichswehr an der thüringischen Südgrenze die Arbeiterschaft erneut zur Verteidigung der beiden sozialdemokratisch-kommunistisch regierten Länder aufgefordert. »Wir wenden uns besonders an die VSPD und die Gewerkschaften, im gegebenen Augenblick, der jede Stunde eintreten kann, mit uns die Arbeiterschaft zum Generalstreik aufzurufen.«<sup>1050</sup>

Innenminister Hermann war jedoch sichtlich bemüht, die vorbeugenden Abwehrmaßnahmen an der Grenze zu Bayern streng im Rahmen der Anordnungen des Militärbefehlshabers zu halten.<sup>1051</sup> Nach Tenners Dar-

<sup>1048</sup> Neue Zeitung, 24.10.1923.

<sup>1049</sup> Neue Zeitung, 24.10.1923.

<sup>1050</sup> II. ThLT. S. 5628.

<sup>1051</sup> Unmittelbar nach Bekanntwerden der Maßnahmen des Thüringer Innenministeriums war die offenkundige Falschmeldung verbreitet worden, die Reichswehr habe den Schutz der thüringischen Südgrenze übernommen. »Es berührt außerordentlich sympathisch, dass die thüringische Regierung, die sich bewusst ist, um was es sich hier handelt, vollständig loyal und verfassungsmäßig verfährt und den Grenzschutz durch die Reichswehr nachsucht. Sie stützt sich keineswegs auf sogenannte proletarische Hundertschaften, wie die [rechte] Tendenzpresse immer behauptet [...].« Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 23.10.1923. Die DDR-Geschichtsschreibung bezeichnete

stellung hatte er sich zunächst im Kabinett geweigert, Auskunft über die eingeleiteten Maßnahmen zu geben, da diese bereits vor Eintritt der KPD in die Landesregierung erfolgt seien.<sup>1052</sup> Öffentlich erklärten die verantwortlichen Thüringer Stellen, alle erforderlichen Vorbereitungen wären getroffen, um im Fall eines Vorrückens der faschistischen Kampfverbände »einen wirksamen bewaffneten Widerstand zu leisten«<sup>1053</sup>. Aufgrund der personellen Schwäche der Thüringer Landespolizei könne dieser jedoch nicht lange aufrechterhalten werden.<sup>1054</sup> »Es müsste also unter allen Umständen Hilfe vom Reich kommen.«<sup>1055</sup>

An diesem Punkt wurde die schwierige Situation, in der sich die Thüringer Sozialdemokratie befand, offenkundig. Eingezwängt zwischen den auf die Zuspitzung der politischen Situation angelegten kommunistischen Generalstreikforderungen mit dem Ziel der Auslösung eines bewaffneten Aufstandes, der aus Bayern drohenden akuten faschistischen Gefahr und den die Reaktion letztlich begünstigenden Handlungen ihrer führenden Repräsentanten auf Reichsebene erschien ihre auf eine aktive Verteidigung der Demokratie orientierte Position nahezu unhaltbar. Die Mitte August 1923 gebildete Regierung der Großen Koalition unter Reichskanzler Gustav Stresemann war Anfang Oktober zerbrochen. Eine parlamentarische Krisenlösung schien zunächst unwahrscheinlich, es hatte den Anschein, als bewegte sich Deutschland auf eine wie auch immer geartete Diktatur zu.<sup>1056</sup>

Tatsächlich wurde die Große Koalition unter Gustav Stresemann jedoch fortgesetzt, weil die Mehrheit in der DVP letztlich an ihrem Parteivorsitzenden festhielt und die sozialdemokratische Parteiführung ihren bürgerlichen Koalitionspartnern in der Frage des Acht-Stunden-Tages weitgehende

den Landespolizeichef Müller-Brandenburg als Autor dieser Notiz. Wörfel: Arbeiterregierung, S. 184. Auf dem Höhepunkt der Krise wurde berichtet, eine Abwehr der Gefahr aus Bayern »durch die proletarischen Hundertschaften, dürfte nach Angabe der thüringischen Landesregierung nicht erfolgen, da die thüringische Landesregierung auf dem Standpunkt steht, dass der Boden des Gesetzes von Thüringen jetzt nicht verlassen werden dürfe«. Vossische Zeitung, 06.11.1923.

<sup>1052</sup> II. ThLT. S. 5709.

<sup>1053</sup> Vossische Zeitung, 06.11.1923.

<sup>1054</sup> Tatsächlich hatte die Thüringer Polizei neben den lokalen Gendarmarie- und Ortspolizeikräften lediglich 300 Angehörige der Landespolizei für den besonderen Grenzschutz einsetzen können. Eckardt: Ausnahmezustand in Thüringen. S. 115 (S. 113–119 Dok. 28).

<sup>1055</sup> Vossische Zeitung, 06.11.1923. Vor diesem Hintergrund wies das Thüringer Presseamt Darstellungen in der Rechtspresse zurück, die Grenzschutzmaßnahmen würden sich offensiv gegen Bayern richten. »Ganz abgesehen davon, dass die geringe Anzahl der Thüringischen Landespolizei zu einem solchen Unternehmen nicht ausreichen würde, legt die Thüringer Landespolizei Wert darauf, festzustellen, dass ganz selbstverständlich die Aufgabe der Thüringer Landespolizei lediglich darin besteht, auf thüringischem Gebiet an der bayrischen Grenze Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.« Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 06.11.1923.

<sup>1056</sup> Winkler: Weimar 1918–1933. S. 220.

Konzessionen machte. Grundsätzlich sollte an ihm festgehalten werden, eine Verlängerung durch gesetzliche oder tarifliche Regelungen im Interesse der Steigerung oder Verbilligung der Produktion jedoch möglich sein. Aus Sicht der sozialdemokratischen Parteiführung bedeutete dies »die ›grundsätzliche Anerkennung‹ des Achtstundentages« und damit »einen gewissen Erfolg«, wenngleich seine teilweise Abschaffung nicht bestritten werden konnte. »Dem Ermächtigungsgesetz als solchem hatten die sozialdemokratischen Unterhändler jedoch ausdrücklich zugestimmt. Ein solches Gesetz sei gewiss ein Stück Diktatur, räumte Hermann Müller vor der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein, aber wenn nicht die legale Diktatur komme, dann eben die der Gewalt. Und die Unternehmer seien stark genug, auch ohne gesetzliche Regelung den Achtstundentag aufzuheben.«<sup>1057</sup> Damit versuchte der Parteivorsitzende, die Niederlage seiner Partei lediglich zu verdecken.

In der zweiten von Gustav Stresemann gebildeten Großen Koalition besaß die vspD dementsprechend noch weniger politischen Einfluss. Rudolf Hilferding musste auf Druck der dvp sein Amt als Finanzminister aufgeben, stattdessen trat mit Graf von Kanitz ein der dnvp nahestehender Politiker als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in das Kabinett ein.<sup>1058</sup> Wenngleich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 9. Oktober mit einer Erklärung unter Benennung der inhaltlichen Differenzen die Parteeinheit beschwor, war diese aus Sicht der Parteilinken infolge der Fortsetzung der Großen Koalition und der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz akut gefährdet.<sup>1059</sup> »Die Arbeiterschaft habe den Glauben an die Partei und ihre Kraft verloren. Es sei notwendig, die Massen wieder aktiv zu machen, aber sie müssen wissen, worum es geht«, erklärte Otto Jenssen als Referent auf der vspD-Unterbezirkskonferenz Gera/Greiz am 14. Oktober 1923.<sup>1060</sup> Im Ermächtigungsgesetz einerseits und der Bildung der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierungen in Sachsen und Thüringen andererseits sah Jenssen zwei zutiefst unterschiedliche Möglichkeiten sozialdemokratischer Politik. Massiv kritisierte er das »Sich-treiben-Lassen« der führenden vspD-Gremien. Nicht nur während der Tolerierung der Cuno-Regierung, sondern auch in der Großen Koalition lasse die Partei jede Aktivität vermissen. Wenn der Eintritt in die Stresemann-Regie-

<sup>1057</sup> Ebenda. S. 221.

<sup>1058</sup> Ebenda. S. 221/222.

<sup>1059</sup> Wolowicz: Linksopposition in der SPD. S. 169/170.

<sup>1060</sup> Reußische Volkszeitung, 17.10.1923.

rung schon notwendig gewesen sein sollte, dann hätte »dies nur unter weitgehenden Bedingungen finanziell-ökonomischer und militärischer Art« zugunsten der Arbeiterklasse erfolgen dürfen. Nur so wäre eine Neubelebung der Partei bei gleichzeitiger Erhöhung des politischen Drucks auf das Bürgertum möglich gewesen. Stattdessen hätte die Sozialdemokratie offenbar den Glauben an sich selbst verloren, »sodass der Reaktion im Laufe der Koalitionspolitik der Kamm schwellen konnte, und die Schwerindustrie zur Offensive gegriffen habe«.

Dass die Wiederauflage der Großen Koalition unter noch schlechteren Bedingungen für die Sozialdemokratie zustande gekommen sei, war für Jenssen untragbar. »Wenn man aber nicht einmal die Macht habe, Hilferding zu halten, dann hätte man dieses Experiment unter keinen Umständen machen dürfen.« Er selbst bezeichnete sich nicht als Gegner der Koalitionspolitik, »doch eine Koalition unter verschlechterten Bedingungen müsse stets verworfen werden«. Gleichzeitig kritisierte Jenssen, dass nicht die Massen zur Verteidigung der Republik mobilisiert worden waren, sondern zum Belagerungszustand gegriffen wurde. Ebenso war es für ihn unverständlich, dass die auf dem Boden der Republik stehende Politik in Thüringen und Sachsen nicht unterstützt, sondern ihr Schwierigkeiten gemacht werde.<sup>1061</sup>

Es sagt einiges über die Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes, dass er die Verantwortung für die schwere sozialdemokratische Niederlage bei der Landtagswahl am 10. Februar 1924, auf die noch einzugehen sein wird, ausschließlich bei seinen thüringischen Genossinnen und Genossen sehen wollte. Auf dem Berliner Parteitag im Juni 1924 verteidigte der Parteivorsitzende Müller die Koalitionspolitik als die einzige Möglichkeit, mit der »die Durchführung der Demokratie in Deutschland gewährleistet werden kann [...]. Als man in Weimar der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Vorwürfe machte, daß durch diese Koalition die Sozialdemokratie eine Position nach der anderen geräumt hätte, habe ich darauf hingewiesen: Ihr werdet Koalitionspolitik in Thüringen machen oder alle Positionen räumen, die ihr bisher bezogen habt. Wir haben dort einen Trümmerhaufen [...]«<sup>1062</sup>.

<sup>1061</sup> Reußische Volkszeitung, 17.10.1923.

<sup>1062</sup> Sozialdemokratischer Parteitag 1924. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz. Berlin 1924. S. 88.

Infolge der Reichsexekution gegen die Zeigner-Regierung nahmen die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der vspD weiter zu, denn die Parteilinke warf der Parteiführung vor, »mitschuldig am Sturz der vspD/KPD-Regierung in Sachsen zu sein«<sup>1063</sup>. In der Erklärung der sozialdemokratischen Reichsminister, das gewaltsame Vorgehen gegen Sachsen nicht unterstützt zu haben, sah das Greizer Parteiblatt lediglich eine »schwankende Haltung«, die wenig geeignet sei, das Verhalten der Minister zu entschuldigen. »Sie hatten die einfache Pflicht, den Gewaltstreich gegen Sachsen zu verhindern oder die Koalitionsregierung zu verlassen, die in dieser einseitigen Weise die Vergewaltigung der Regierung Zeigner betrieb. Mit dem brutalen Vorgehen gegen Sachsen, dem die Duldung des vollendeten bayrischen Hochverrats gegenübersteht, ist ein für allemal das Urteil über die große Koalition gesprochen!«<sup>1064</sup> Die Forderung der Arbeitermassen laute: »Fort mit der Koalition. Loslösung vom Direktorium Stresemann«,<sup>1065</sup> kommentierte das Jenaer vspD-Parteiblatt die Situation. Letztlich laufe die gesamte innenpolitische Entwicklung darauf hinaus, dass die bürgerliche Macht weiter gestärkt würde, während das Proletariat an Einfluss verliere. »Eine solche Politik weiter mitgemacht, muss schließlich, trotz aller Tradition und aller robusten Gesundheit der Partei«, zu ihrer Schädigung führen. »Darum heraus aus einer Koalition, die nicht wie wirkliche Koalition[en] ein[en] Ausgleich der politischen Machtverhältnisse bringt, sondern ein fortgesetztes brutales Ausschalten der sozialdemokratischen Interessen.«<sup>1066</sup> Die mit der vspD verbundene Arbeiterschaft spüre, »dass auch ihre Partei vor ihrer Schicksalsstunde steht. Ein Sozialdemokrat ist Reichspräsident und der Reichspräsident hat seine Zustimmung zu dem Vorgehen gegen Sachsen gegeben«,<sup>1067</sup> hieß es im Jenaer vspD-Parteiblatt zudem unter dem unmittelbaren Eindruck des Vorgehens des Militärs im Nachbarland. »Es hat den Anschein, als wenn alle Verantwortlichen der Reichs- und auch der Parteipolitik von allen guten Geistern verlassen seien, als wenn alles mit sehenden Augen ins Verderben hineinrennen wollte. Auf der einen Seite sehen wir die Ohnmacht der Reichsgewalt den rebellierenden Bayern gegenüber, während auf der anderen Seite dieselbe Reichsgewalt sich in rücksichtsloser Weise gegen das rote Sachsen kehrt.«<sup>1068</sup>

<sup>1063</sup> Wolowicz: Linksoption in der SPD. S. 178.

<sup>1064</sup> Reußische Volkszeitung, 01.11.1923.

<sup>1065</sup> Das Volk, 01.11.1923.

<sup>1066</sup> Das Volk, 01.11.1923.

<sup>1067</sup> Das Volk, 30.10.1923.

<sup>1068</sup> Das Volk, 30.10.1923.

Blieb der Thüringer Sozialdemokratie gegenüber der Politik der Reichsregierung und der eigenen Parteiführung insofern nur eine, wenn auch kritische, Abwartehaltung übrig, konnte und musste sie aufgrund ihrer republikanischen Überzeugung gegenüber dem Agieren der KPD im Land aktiv werden. »So war das Regierungsprogramm nicht abgefasst, dass wir die Arbeiterschaft in ein Blutbad hineinjagen sollten, das wir nicht verantworten konnten«,<sup>1069</sup> erklärte August Frölich nach dem Scheitern der Arbeiterregierung am 29. November 1923 im Thüringer Landtag. Die Mitteilungen, die die kommunistischen Kabinettsmitglieder über die politische Entwicklung außerhalb Thüringens gemacht haben, hätten den Überprüfungen vor Ort nicht standgehalten. Frölich sei mit Tenner nach Dresden und Neubauer nach Berlin gefahren, um sich dort persönlich von der Bereitschaft der organisierten Arbeiterschaft zum Generalstreik zu überzeugen. Nicht nur in Berlin wäre den kommunistischen Generalstreikambitionen eine Absage erteilt worden, auch Dresden sei für die KPD »ein Reifall sondergleichen«<sup>1070</sup> gewesen. »Ihr wollt uns vorwärtstreiben!«, habe Zeigner gefragt. »Sagt Euren Leuten, dass es nicht möglich ist mit der Waffe in der Hand!«<sup>1071</sup>

Die KPD habe auf eine Politik gedrängt, die letztlich in eine Situation wie die des gescheiterten kommunistischen Aufstands in Hamburg geführt hätte. In der Hansestadt war es im Nachgang zur Chemnitzer Betriebsrätekonferenz trotz der Absage durch die Zentrale zwischen dem 23. und 25. Oktober 1923 zu einem lokalen Aufstandsversuch der KPD gekommen, der »nicht die Ehrenrettung des revolutionären deutschen Proletariats«<sup>1072</sup> darstellte, wie es die kommunistischen Oktober- und Thälmannlegende seitdem glauben machen wollten. Vielmehr zeigte dieses marginale regionale Ereignis, wie isoliert die Aufstandspläne von KOMINTERN und KPD unter den gegebenen politischen Umständen im Oktober 1923 bleiben mussten.<sup>1073</sup> Zu einem solchen Abenteuer seien die sozialdemokratischen Minister, so August Frölich am 29. November 1923 im Thüringer Landtag weiter, jedoch nicht bereit gewesen.<sup>1074</sup> Auf der VSPD-Landeskonferenz am 2. Dezember 1923 fügte er diesbezüglich hinzu: »[W]ären wir nicht Gegner der kommunistischen Forderungen gewesen, so wären Ereignisse wie in Hamburg auch hier eingetreten.«<sup>1075</sup>

<sup>1069</sup> II. ThLT. S. 5847.

<sup>1070</sup> II. ThLT. S. 5846.

<sup>1071</sup> II. ThLT. S. 5846.

<sup>1072</sup> Kinner: Kommunismus. S. 62.

<sup>1073</sup> Ebenda. S. 62.

<sup>1074</sup> II. ThLT. S. 5847.

<sup>1075</sup> Das Volk, 03.12.1923.

Am 2. November hatten die kommunistischen Mitglieder der Thüringer Arbeiterregierung eine Erklärung veröffentlicht, in der sie der Reichsregierung aufgrund ihres Vorgehens gegen Sachsen einen offenen Verfassungsverstoß vorwarfen. »Sie hat die sozialdemokratisch-kommunistische Arbeiterregierung abgesetzt, sie hat gefordert, dass eine Regierung auf anderer Grundlage ohne Kommunisten sofort gebildet würde. Sie hat erklärt, dass eine Regierung mit Kommunisten als verfassungsmäßige überhaupt nicht anerkannt werden könne. Die Thüringer Regierung beruht auf derselben Grundlage, wie die vergangene sächsische. Die Aktion der Reichsregierung richtet sich daher auch gegen Thüringen. Von Mitgliedern der Reichsregierung ist das bereits offen ausgesprochen worden. Der Reichswehrgeneral Reinhardt sucht schon Material zusammen, um die Aktion gegen Thüringen vorzubereiten. Sachsens Schicksal soll sich in Thüringen wiederholen. Die Thüringer Regierung ist gebildet worden als republikanische und proletarische Verteidigungsregierung. Arbeiter Thüringens, seid auf der Wacht, es gilt, das freie Thüringen gegen alle Reaktionäre und Feinde zu verteidigen! Die Thüringer Minister Tenner, Neubauer, Korsch.«<sup>1076</sup>

In ihrer Rücktrittserklärung vom 12. November 1923 warfen die kommunistischen Minister ihren nun ehemaligen sozialdemokratischen Kabinettskollegen vor, sie hätten, anstatt die Arbeiterschaft gegen die bayerischen Faschisten zu mobilisieren, die Reichswehr ins Land geholt. Vor allem aber habe August Frölich am Tag des Reichswehreinmarsches in Thüringen mit Reichskanzler Stresemann und Reichswehrminister Geßler in Berlin beraten, »wie man die Kommunisten am besten aus der Regierung werfen könnte«<sup>1077</sup>. Mit Beginn der gemeinsamen Regierungstätigkeit sei deutlich geworden, so August Frölich am 29. November im Thüringer Landtag, dass sich zwei widersprechende Grundsatzpositionen gegenübergestanden hätten, demokratisch die Sozialdemokratie, putschistisch die KPD. Die sozialdemokratischen Minister sollten »das, was die kommunistischen Mitglieder des Kabinetts vorschlugen, in jedem Falle annehmen. Das kann man selbstverständlich von keiner Koalitionsregierung verlangen. Eine Koalitionsregierung wird immer auf einem Mittelweg einig werden müssen, sonst wäre es nicht notwendig, dass man eine Koalitionsregierung bildet.«<sup>1078</sup>

<sup>1076</sup> Die Redaktion der Allgemeinen Thüringischen Landeszeitung Deutschland hob in einer Bemerkung den Alleingang der KPD-Regierungsmitglieder hervor. »Es wird dabei besonders betont, dass die nicht kommunistischen [Regierungs-]Mitglieder sich geweigert hätten, diesen Aufruf zu unterzeichnen.« Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 05.11.1923.

<sup>1077</sup> Eckardt: Ausnahmezustand in Thüringen. S. 86/87 (S. 84–88 Dok. 16).

<sup>1078</sup> II. ThLT. S. 5850.

Nachdem die kommunistischen Minister ihre separate Erklärung am 2. November veröffentlicht hatten, sei er zu der Überzeugung gekommen, »dass nun eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich ist«. Eine Regierung müsse nach außen hin eine Einheit darstellen, unabhängig davon, wie groß die Differenzen innerhalb des Kabinetts sind. »In dem Augenblick, wo sie nach außen auseinanderfällt, ist sie nicht mehr die gegebene Regierung. Dann muss Schluss gemacht werden.« Nachdem Frölich diesbezüglich mit sich »ins Reine gekommen«<sup>1079</sup> war, habe er am 7. November 1923 mit dem Artikel »Sind die Kommunisten koalitionsfähig?«<sup>1080</sup> seine Haltung öffentlich gemacht. Auf seine rhetorische Frage hatte er selbst geantwortet, in Sachsen und Thüringen sei der Versuch, mit ihnen auf parlamentarischen Boden »gemeinschaftlich zu regieren[,] kläglich gescheitert«. Ehe es in Sachsen zum endgültigen Bruch mit der KPD kam, wäre ihr die Reichswehr ungewollt zu Hilfe gekommen und habe sie davor bewahrt, dass öffentlich würde, dass eine Zusammenarbeit mit ihr »unmöglich ist«<sup>1081</sup>.

Mehrfach wies Frölich, so am 12. November während seiner Unterredung mit Reichspräsident Ebert, die Darstellung durch Reichswehrminister Geßler zurück, er habe von ihm am 6. November in Berlin das gegen die KPD vorliegende Material gefordert, um entsprechende Maßnahmen zum Rücktritt der VSPD-KPD-Landesregierung einleiten zu können.<sup>1082</sup> Der Thüringer Ministerpräsident hatte von der Reichswehr kein Material gegen die KPD gebraucht, um die Zusammenarbeit mit ihr zu beenden. Für ihn stand die Entscheidung sehr wahrscheinlich bereits vor seiner Reise am 6. November 1923 nach Berlin fest. Dass er vom Reichswehrminister Belege für die gegen Mitglieder der Thüringer Landesregierung erhobenen Vorwürfe verlangte und gegenüber dem Reichskanzler auf die verfassungspolitische Situation des Landes hinwies, waren für ihn Selbstverständlichkeiten. »Wir hatten den ehrlichen Willen, zusammen mit den Kommunisten zu arbeiten. Diese hatten erklärt, dass sie auf dem Boden der republikani-

<sup>1079</sup> II. ThLT. S. 5850.

<sup>1080</sup> Das Volk, 13.11.1923. ursprünglich am 7. November 1923 in der Ostthüringer Volkszeitung erschienen.

<sup>1081</sup> Das Volk, 13.11.1923. In der Erklärung des Bezirksvorstands der VSPD hieß es zum Rücktritt der kommunistischen Minister: »In Thüringen hat die Reichswehr der KPD den Gefallen [wie in Sachsen, M. H.] nicht getan. Die Kommunisten haben selbst die Flucht ergriffen und dadurch auf die Einheitsfront des Proletariats verzichtet.« Das Volk, 13.11.1923.

<sup>1082</sup> »Der Herr Minister Frölich protestiert energisch gegen diese Darstellung und bezeichnet sie als objektiv unrichtig. Insbesondere wies er den Satz in dem Schreiben des Wehrminister Dr. Geßler an General Reinhardt, dass ihm in Abschrift vom thüringischen stellvertretenden Bevollmächtigten zum Reichsrat mitgeteilt war – es solle ihm alles Material über die KPD übermittelt werden, »damit er von sich auch das Nötigste für den Rücktritt der Gesamtregierung veranlassen könne« –, als nicht den Tatsachen entsprechend zurück. Er habe lediglich die verfassungsrechtliche Lage für einen Rücktritt der thüringischen Regierung dargestellt.« Hürtens: Das Krisenjahr 1923. S. 131 (S. 130–132. Dok. 78).

schen Verfassung stehen. Als ich sah, dass die Dinge so nicht gingen, dass die Regierung diskreditiert werden sollte, habe ich von mir aus erklärt, so etwas mache ich nicht mit, – ohne dass ich aber die Reichswehr gebraucht hätte – [...]«<sup>1083</sup>.

Dass es zunächst jedoch nicht zum Bruch des Regierungsbündnisses zwischen vSPD und KPD kam, resultierte offenkundig aus den Kräfteverhältnissen innerhalb der sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Er habe 1923 zu jenen in der Partei gehört, die »eine andere politische Linie erstrebten«<sup>1084</sup>, erklärte Karl Hermann im Januar 1924. »Die entschiedene Kampfstellung der gesamten bürgerlichen Parteien gegen unsere Politik konnte von uns auf die Dauer nur pariert werden, wenn sich die Linksparteien in ihren Handlungen einig waren. Es wurde aber auf die Dauer untragbar, dass wir gegen rechts parierten, von links aber geprügelt wurden.« Die Verleumdungen der KPD »mussten unsere Regierungstätigkeit erschweren und die Aktivität der Partei lähmen«. Deshalb habe er wiederholt in der Fraktion gefordert, »dass auf die Angriffe der Kommunisten mit aller Entschiedenheit geantwortet werden müsste, selbst auf die Gefahr hin, dass die Regierung auffliegen sollte«. Seine ursprüngliche Antwort auf die große Anfrage der kommunistischen Landtagsfraktion zur Belegung von Zella-Mehlis mit Landespolizei sei von der sozialdemokratischen Fraktion mehrheitlich mit der Begründung abgelehnt worden, dies »bedeute den Bruch mit der KPD«. In der Konsequenz dessen habe er am 6. Juni 1923 zurücktreten und bei der Bildung der Arbeiterregierung auf sein Amt verzichten wollen. Beides sei vom Bezirksvorstand abgelehnt worden. »Mein Bestreben in den beiden Fällen war, ich wollte die Möglichkeit haben, den demagogischen Angriffen der Kommunisten mit größerer Entschiedenheit entgegenzutreten, als ich das als Mitglied der Regierung konnte und durfte.« Seinem Antrag in der Sitzung der vSPD-Landtagsfraktion am 8. November 1923: »1. Die Koalition mit den Kommunisten wird gelöst. 2. Es wird ein Bezirksparteitag einberufen, der die Richtlinien für die künftige Politik beschließt. 3. Der Landtag ist aufzulösen unter der Voraussetzung, dass für die Wahlbewegung der militärische Ausnahmezustand für Thüringen aufgehoben wird.«<sup>1085</sup> sei die Mehrheit nur im zweiten Punkt gefolgt.

<sup>1083</sup> Verhandlungen des Deutschen Reichstags (nachfolgend DtRT). 1. Wahlperiode 1920. Stenographische Berichte. Berlin 1924. S. 12273.

<sup>1084</sup> Das Volk, 12.01.1924.

<sup>1085</sup> Das Volk, 12.01.1924.

**Die entschiedene Kampfstellung der gesamten bürgerlichen Parteien gegen unsere Politik konnte von uns auf die Dauer nur pariert werden, wenn sich die Linksparteien in ihren Handlungen einig waren. Es wurde aber auf die Dauer untragbar, dass wir gegen rechts parierten, von links aber geprügelt wurden.**

**Karl Hermann**  
Innenminister der SPD

Unmittelbar nach dem Rücktritt aller kommunistischen Regierungsmitglieder am 12. November 1923 hatte die sozialdemokratische Landtagsfraktion mitgeteilt, sie habe am 8. November die Entscheidung getroffen, »dass nach dem Vorgefallenen ein dauerndes Arbeiten mit den Kommunisten nicht möglich ist«<sup>1086</sup>. Aufgrund der Tatsache, dass der Reichskanzler erklärt hätte, Kommunisten könnten einer Landesregierung nicht angehören, »halte die Fraktion eine Klärung der Differenzen mit der Kommunistischen Partei zurzeit nicht für angebracht und müsse deshalb die Entscheidung bis zur Aufhebung der Besetzung von Weimar zurückstellen«. Da der Militärbefehlshaber am 9. November Veröffentlichungen jeglicher Art ohne seine Genehmigung verboten hatte, habe die vspd-Landtagsfraktion zunächst auf eine Veröffentlichung ihres Beschlusses verzichtet, da sie es mit ihrer Würde nicht vereinbaren konnte, den »Militärbefehlshaber um die Genehmigung zur Bekanntgabe ihres Aufrufes zu ersuchen«. Nachdem diese Anordnung aufgehoben worden sei, könne die Fraktion ihre Entscheidung öffentlich mitteilen. Zugleich habe die Fraktion am 8. November 1923 beschlossen, »wenn die Reichswehr die Tenner, Neubauer und Korsch aus der Regierung holen sollte, müssen unsere Genossen sofort ihre Ämter niederlegen. Das wurde am 8. November beschlossen und am 9. November Tenner mitgeteilt«<sup>1087</sup>.

Letztlich nahm die KPD-Zentrale der Thüringer Sozialdemokratie die Entscheidung über die weitere Regierungszusammenarbeit ab. Ihr Beschluss nach der Chemnitzer Konferenz, den aufgrund der Ereignisse in Sachsen überstürzt angeordneten Generalstreik und damit auch den Revolutionsversuch zunächst abzusagen, bedeutete zwar zu diesem Zeitpunkt noch nicht das Ende ihrer revolutionären Ambitionen. Die Zentrale bestätigte auf ihrer Sitzung am 24. Oktober 1923 noch einmal den 9. November als Termin für den vorgesehenen Reichsbetriebsrätekongress.<sup>1088</sup> Doch Heinrich Brandler muss spätestens mit dem ausbleibenden Widerstand gegen die Reichsexekution in Sachsen bewusst geworden sein, dass die erschöpften Massen zwar erbittert, aber nicht mehr kampfwillig waren.<sup>1089</sup> Nach außen weiterhin revolutionär auftretend, versuchte er die Niederlage mit radikalen Phrasen zu kaschieren. Das schien ihm und seinem Umfeld notwendig zu sein, »um den innerparteilichen und den russischen Erwar-

<sup>1086</sup> Das Volk, 13.11.1923.

<sup>1087</sup> Das Volk, 13.11.1923.

<sup>1088</sup> Wenzel: Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution. S. 257. Fünf Tage später vertagte sie den Reichsbetriebsrätekongress jedoch auf unbestimmte Zeit.

<sup>1089</sup> Becker: Brandler. S. 237.

tungsdruck zu kanalisieren«. Gegen die bereits laut werdende Kritik des ultralinken Parteiflügels entschied sich Brandler für eine »verbalradikale Vorwärtsverteidigung, welche die politische Niederlage der Chemnitzer Konferenz schonungslos zur Sprache brachte. Gleichzeitig wurde die Aktualität der Revolution beschworen«<sup>1090</sup>. Es habe sich herausgestellt, so Brandler in der Zentrale-Sitzung am 24. Oktober 1923, »dass unser Eintritt in die Regierungen in Sachsen und Thüringen es uns nicht möglich gemacht hat, die Organisationen, die hinter der linken SPD stehen, zu uns herüber zu ziehen. Auf der Konferenz in Chemnitz war keine Kampfstimmung. Sachsen zum Ausgangspunkt der Aktion zu machen, ist also jetzt hinfällig, nachdem noch Reichswehr nach Sachsen gelegt wurde«<sup>1091</sup>.

Der KPD-Vorsitzende forderte deshalb nun einen massiven Angriff auf die linke Sozialdemokratie. Bereits einen Tag später hieß es in einem Rundschreiben der Zentrale, das offenkundig in die Hände der Redaktion des sozialdemokratischen Zentralorgans gelangt war: »Durch den Verrat der linken SPD [...] bei der Reichsexekutive in Sachsen ist die Kampfkraft der eben erst hergestellten proletarischen Einheitsfront so geschwächt worden, dass dem Entscheidungskampf noch ausgewichen werden musste.« Es sei der Reaktion mit Hilfe der linken SPD und der Gewerkschaftsbürokratie gelungen, die Arbeiterschaft vor die Alternative zu stellen, entweder getrennt und uneinig den Kampf aufzunehmen und die Niederlage zu riskieren oder dem Entscheidungskampf auszuweichen. Es zeige sich allgemein, »dass die linken SPD-Führer dem Kampfe ausweichen wollen. In Sachsen die Gruppe Zeigner, in Thüringen die sogenannten Linken in der Bewegung«<sup>1092</sup>.

Mit der Übernahme der These Radeks, die Oktoberniederlage der KPD bedeute den Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik, versuchte Brandler offenbar, »dem Unbehagen an der Parteibasis über den kampflosen Rückzug Tribut«<sup>1093</sup> zu zollen. »Als Beleg für Brandlers These galt vielen das Ermächtigungsgesetz vom 13. Oktober und die Reichsexekution, die das letzte Vertrauen in den demokratischen Verfassungsstaat zerstört hatten.« Zwar konnten Brandler und Thalheimer mit dieser Linie zunächst noch die Fischer-Maslow-Gruppe in Schach halten, doch machten sie sich

<sup>1090</sup> Ebenda.

<sup>1091</sup> BArch RY 1/260 Bl. 273.

<sup>1092</sup> Vorwärts, 01.11.1923.

<sup>1093</sup> Becker: Brandler. S. 239.

damit »zum Vorreiter eines Politikentwurfes, der den Faschismusbegriff inflationär gebrauchte«<sup>1094</sup> und bereits zu diesem Zeitpunkt die »Sozialdemokratie als Helfershelferin des Faschismus«<sup>1095</sup> diffamierte. »Dass der Faschismus seinen Sieg über die Demokratie errungen hat, dass er ihn ohne jede Gegenwehr des Proletariats erringen konnte, die Verantwortung dafür fällt vollkommen auf die Führer der Sozialdemokratischen Partei.«<sup>1096</sup> Mit ihren durch die Koalitionspolitik diktierten Zugeständnissen an das Bürgertum und das Militär hätte sie »eine Position des Proletariats nach der anderen an den Faschismus ausgeliefert«. Damit schließe sich der Kreis »der fluchwürdigen Politik der sozialdemokratischen Führung«, die mit ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 begonnen habe. »Mit diesen Führern der Sozialdemokratie gibt es nur einen Kampf auf Leben und Tod.«<sup>1097</sup> Das bedeutete endgültig das vorläufige Ende der kommunistischen Einheitsfrontpolitik.

Vor diesem Hintergrund gab es aus Sicht der KPD-Zentrale für eine Arbeiterregierung in Thüringen keine Perspektive mehr; für die Thüringer Bezirksleitung ging es nun jedoch um die Frage, wie sie ohne Gesichtverlust aus dem Kabinett ausscheiden konnte. Offen blieb zunächst, ob sie die Legislatur des Landtags mit proletarischer Mehrheit fortsetzen oder Neuwahlen unter den sich abzeichnenden Bedingungen des militärischen Ausnahmezustands anstreben sollte. Die KPD-Zentrale hatte am 4. November 1923 festgelegt, dass in der nächsten Sitzung des Thüringer Außerparlamentarischen Arbeitsausschusses »zur Frage der Bewaffnung der Arbeiter und zur Vorbereitung des Abwehrkampfes« Stellung genommen werden müsse. Die kommunistischen Vertreter sollten einen »gemeinsamen Aufruf beantragen, in dem zur Bildung von Aktionsausschüssen, Hundertschaften und zur gemeinsamen Bewaffnung aufgerufen wird. Geht die vspd nicht auf diese Forderungen ein, so scheiden die Kommunisten [...] aus der Regierung aus«<sup>1098</sup>.

Dementsprechend war von der Thüringer Bezirksleitung eine Beratung des außerparlamentarischen Arbeitsausschusses für den 5. November 1923 beantragt worden. Hierzu kam es indes nicht, da die Vertreter der Sozial-

<sup>1094</sup> Ebenda.

<sup>1095</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 472 (S. 471–480. Dok. 397).

<sup>1096</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 472.

<sup>1097</sup> Dokumente und Materialien Bd. VII/2. S. 473.

<sup>1098</sup> BArch RY 1/260 Bl. 287/288.

demokratie und des ADGB erneut nicht erschienen.<sup>1099</sup> Der Zentrale teilte die Bezirksleitung mit, dass die kommunistischen Minister »trotz gegenteiliger Anweisung eine abwartende Haltung« zum Austritt aus der Regierung einnähmen. »Sie glauben auf Grund der Kabinettslage und der Haltung der SPD-Mitglieder [damit die] richtige Taktik einzuschlagen.«<sup>1100</sup> Obwohl Albin Tenner in der Kabinettsitzung am 8. November seinen sozialdemokratischen Kollegen schwere Vorwürfe gemacht und unterstellt hatte, das »Zusammenarbeiten sei von vornherein von einigen Mitgliedern des Kabinetts sabotiert worden«, forderte er: »Es sei notwendig, die getroffenen Abmachungen durchzuführen.«<sup>1101</sup>

Die KPD-Bezirksleitung vertrat die Auffassung: »Wir müssen die SPD zwingen, dass sie öffentlich den Bruch der Koalition herbeiführt oder dass mit ihrer Unterstützung die Reichswehr unsere Genossen aus dem Kabinett verjagt.«<sup>1102</sup> Letztlich blieb die Zentrale bei ihrer Festlegung, die KPD-Minister hätten umgehend aus der Landesregierung auszutreten.<sup>1103</sup> Wenngleich Hans Tittel noch einmal die abwartende Haltung der Thüringer KPD zum Regierungsaustritt unterstrich, berichtete er am 11. November 1923 der Zentrale: »Da nun aber Euer Beschluss vorliegt, so werden wir noch heute die Anweisung an unsere Genossen geben, aus der Regierung auszutreten. Eine entsprechend politisch gut ausgearbeitete Erklärung wird an die bürgerliche Presse geschickt [...]«<sup>1104</sup>

## Ruf nach der Reichsgewalt: Die antisozialistische Bürger- und Bauernallianz und ihr Agieren gegen die sozialdemokratische Landesregierung

»Warum greift die Reichsregierung nicht ein?«,<sup>1105</sup> fragte im Januar 1923 eine nicht gekennzeichnete Zuschrift in der rechtsgerichteten Erfurter *Mitteldeutschen Zeitung*, die sich gegen die vom Thüringer Volksbildungsministerium herausgegebene Schriftenreihe »Republik und Jugend« posi-

<sup>1099</sup> Wölfel: Arbeiterregierung. S. 188/189.

<sup>1100</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 74.

<sup>1101</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 126 RS.

<sup>1102</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 74.

<sup>1103</sup> Wölfel: Arbeiterregierung. S. 189.

<sup>1104</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 76. Demenentsprechend erschien die Erklärung der zurückgetretenen kommunistischen Minister in der bürgerlichen Presse. So u. a. in: Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 12.11.1923.

<sup>1105</sup> Mitteldeutsche Zeitung, 12.01.1923.

tionierte und exemplarisch für die Vielzahl der Rufe nach der Reichsgewalt steht. »Eine ungeheure Erbitterung über die rücksichtslos gehandhabte Diktatur einer geringen parlamentarischen Zufallsmehrheit, die unser Land regiert«, habe sich aller nationalen Kreise Thüringens bemächtigt. Vor dem Hintergrund der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen würden die »brutale Unterdrückung jeder nationalen Regung, die unerträgliche Beschränkung des verfassungsmäßigen Rechtes der freien Meinungsäußerung, die so weit geht, dass die Beamten überhaupt kaum noch politische Rechte haben«, die Bildung der dringend gebotenen antifranzösischen Einheitsfront in Thüringen »völlig unmöglich« machen. Am ungeheuerlichsten sei die Greil'sche Schulpolitik, »deren Ziel es offenbar ist, jedes vaterländische Gefühl in der Jugend zu ertöten. In diesem Sinne arbeitet vor allem eine vom Volksbildungsministerium, also auf Staatskosten herausgegebene Zeitschrift ›Republik und Jugend‹, die an Lehrer und Schüler unentgeltlich verteilt wird. Dieses Blatt ist rein sozialistisch und vor allem ausgesprochen antinational«. Wenn es der Reichsregierung mit ihren Aufrufen zur Einigkeit ernst sei, »dann muss sie unverzüglich in Thüringen eingreifen, damit solche Dinge, die den inneren Frieden aufs schwerste gefährden, ein für allemal unmöglich gemacht werden«<sup>1106</sup>.

Der Ruf nach der Reichsgewalt, die gegen die Politik der sozialdemokratischen Landesregierung aktiv werden sollte, gehörte seit deren Bildung zum Repertoire der Thüringer »antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz«. In einem Telegramm an den Reichspräsidenten hatte der *Gothaer Bürgerbund* bereits Anfang November 1921 die Aufhebung einer Anordnung der Landesregierung gefordert, die die Lehrer zwingt, »am 9. November gegen ihre Überzeugung die Revolution zu verherrlichen«<sup>1107</sup>. Hierin liege ein Bruch der Reichsverfassung, »welche den Beamten Gewissensfreiheit« garantiere. Von hier ab lässt sich eine ganze Reihe von bürgerlich-agrarischen Rufen nach der Reichsgewalt nachverfolgen. Sie richteten sich, wie bereits am Beispiel der deutschnationalen Anfrage im Reichstag aufgrund der angeblich in Thüringen herrschenden Anarchie während der Rathenau-Kampagne im Sommer 1922 gezeigt, gegen die vermeintlich verfassungswidrige Politik der Frölich-Regierung. Diesbezüglich wurde die Reichsgewalt nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch für wirtschaftliche Interessen angerufen. In einer Denkschrift des Verbandes der Mittel-

<sup>1106</sup> Mitteldeutsche Zeitung, 12.01.1923.

<sup>1107</sup> Gothaer Volksblatt, 10.11.1921.

deutschen Industrie an die Reichsregierung vom 25. Juli 1923 über die Rechtsgültigkeit einzelner Paragraphen des Thüringer Gemeinde- und Kreisabgabengesetzes vom 28. März 1923 hieß es: »Sollte die Thür[inger] Regierung auf ihrem bisher eingenommenen Standpunkt verharren und die Wünsche des Verbandes nach wie vor ablehnen, so ruft der Verband hiermit ausdrücklich den verfassungsmäßigen Schutz des Reiches an.«<sup>1108</sup>

Das wohl wichtigste Glied in dieser Reihe bildete die »Denkschrift der bürgerlichen Parteien vom 16.05.1923 über die politischen Verhältnisse in Thüringen«<sup>1109</sup>. Auch in diesem Schreiben hatten seine Initiatoren zunächst die Legitimität der Thüringer »reinsozialistische[n] Regierung« überhaupt infrage gestellt, da sie wie die sächsische nur mit Unterstützung der kommunistischen Fraktion über eine Mehrheit im Landtag verfüge, die zudem sehr knapp sei und vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Kommunalwahlen vom September 1922 nicht mehr der politischen Stimmung der thüringischen Wählerinnen und Wählern entspreche. Infolge dieser Abhängigkeit habe die KPD nicht nur einen großen Einfluss auf die Landesgesetzgebung, sie könne auch ungehindert in ihrer Presse gegen die Reichsregierung hetzen und damit einen verheerenden Einfluss auf die Arbeitermassen ausüben. Ebenso würde sie, weitgehend unbehelligt, durch ihren »proletarischen Selbstschutz« und außerparlamentarische Kontrollausschüsse das Bürgertum terrorisieren. So hätten in Zella-Mehlis kommunistische Arbeiter damit begonnen, »die Lebensmittelgeschäfte zu beaufsichtigen und die Lebensmittelpreise festzusetzen«<sup>1110</sup>; nicht selten hätten Erwerbslose in den Dörfern Lebensmittel erpresst und zunehmend wären die Versammlungen rechtsgerichteter Parteien durch Kommunisten gestört bzw. verhindert worden.<sup>1111</sup> Auf den konkreten Vorwurf bezüglich der Ereignisse in Zella-Mehlis reagierte das Thüringer Innenministerium damit, dass dort im März 1923 ein Kontrollausschuss revolutionärer Frauen gebildet worden war, »der von sich aus versuchte, die Lebensmittelpreise

<sup>1108</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 45. Das vom Verband beanstandete Gesetz »versucht die Gebühren und Beiträge der Gemeinden und das Gemeinde-Steuerwesen zu regeln«, ebenda, Bl. 46., doch die darüber hinaus gehenden Vorschriften »sollen nach der Absicht des Gesetzgebers etwas durchaus Neues schaffen [...]. Ohne auf die eigene Kompetenz allzu scharf zu achten, hat der Gesetzgeber einen Zweck besonders verfolgt: dem Unternehmer Lasten aufzubürden, die sonst von der Allgemeinheit zu tragen sind. Rücksicht auf die Tragbarkeit der Lasten spielte dabei offenbar keine Rolle. Als einziges Ziel schwebte der Thüringischen Regierung vor, gewisse Volkskreise, und zwar in Sonderheit die Arbeitnehmer, zu entlasten und deren Lasten dem Unternehmertum aufzubürden«. Ebenda, Bl. 46 RS.

<sup>1109</sup> Eckardt: Ausnahmezustand in Thüringen. S. 29–42. Dok. 3.

<sup>1110</sup> Ebenda. S. 31.

<sup>1111</sup> Tatsächlich hatten proletarische Hundertschaften Ende Februar 1923 Versammlungsversuche u. a. des deutsch-völkischen Reichstagsabgeordneten Wulle in Jena, Gera und Hildburghausen unterbunden. Wörfel: Arbeiterregierung. S. 35

zu bestimmen«<sup>1112</sup>. Dieses Gremium habe jedoch bei der nichtkommunistischen Bevölkerung keine Anerkennung gefunden, sodass »seine Tätigkeit nur eine vorübergehende gewesen ist, und der Versuch, die Lebensmittelpreise zu beeinflussen, scheiterte«. Auch in anderen Orten Thüringens habe die KPD versucht, Kontrollausschüsse zu initiieren, die jedoch »innerhalb der übrigen Arbeiterschaft nirgends Gegenliebe gefunden« hätten und deshalb »neben etwas Geschrei [eine] weitere Tätigkeit nicht ausgeübt haben«<sup>1113</sup>.

Die Landesregierung, so die bürgerliche Denkschrift weiter, übe einen großen Druck auf all jene aus, die im Verdacht stünden, rechtsradikalen Organisationen anzugehören. Sie versuche, ihre Maßnahmen mit einer von diesen Gruppierungen ausgehenden Gefahr für die Arbeiterschaft zu begründen, ohne je den Nachweis erbracht zu haben, dass diese tatsächlich existiere. Zudem hätten die bürgerlichen Parteien wiederholt erklärt, dass sie allen Putschabsichten fernstünden und diese auf das Schärfste ablehnen. »Die Nervosität der Regierung wurde bestärkt besonders dadurch, dass der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik die thüringischen Verbote des Jungdeutschen Ordens, des *Allgemeinen Verbandes* [*Alldeutscher Verband*, M. H.] und des *Hochschulrings Deutscher Art* aufgehoben hat.«<sup>1114</sup>

In der Konsequenz dieses Urteils würden die Landesregierung und die Sozialdemokratie die aus bürgerlicher Sicht ausschließlich kommunistischen Bestrebungen zum Aufbau eines proletarischen Selbstschutzes durch die entsprechenden öffentlichen Bekundungen der Minister Frölich und Hermann im Landtag unterstützen. »Es ist klar, dass durch alle diese Vorgänge eine große Beunruhigung in den weitesten Kreisen der gesamten Thüringer Bevölkerung eingetreten und eine allgemeine Rechtsunsicherheit entstanden ist, die von Monat zu Monat größer wird. Die Beunruhigung und Rechtsunsicherheit wird erhöht durch die Gesetzgebung und Verwaltung.«<sup>1115</sup>

Ganz besonders empörend seien die Maßnahmen des Volksbildungsministers Greil, der mit seinem Agieren nicht nur in das Selbstverwaltungsrecht der Universität Jena eingegriffen habe. Steigende Erbitterung rufe die von

<sup>1112</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 39 RS.

<sup>1113</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 40.

<sup>1114</sup> Eckardt: Ausnahmezustand in Thüringen. S. 32.

<sup>1115</sup> Ebenda. S. 34.

ihm ausgehende »Bekämpfung alles Vaterländischen und Religiös-Christlichen in den Schulen« hervor. »Es wird in weitesten Kreisen unserer Bevölkerung wie blutiger Hohn empfunden, dass der Revolutionstag, 9. November, als Feiertag eingeführt wird, dagegen der Bußtag und der Reformationstag abgeschafft sind, das alle Erinnerungen an unsere große deutsche Vergangenheit der Jugend aus dem Herzen gerissen werden sollen, und dass in unseren Schulen verboten ist, das Deutschlandlied zu singen.«<sup>1116</sup> Demgegenüber werde zumindest geduldet, dass »die Internationale und andere sozialdemokratische und kommunistische Klassenkampflieder in den Klassen unserer Schulen gesungen werden«<sup>1117</sup>. Das Thüringer Volksbildungsministerium wies den Vorwurf der Bekämpfung alles Vaterländischen und Religiös-Christlichen in der Schule als »mit keinen Tatsachen belegt«<sup>1118</sup> zurück. Er erkläre sich »wohl daraus, dass das Ministerium für Volksbildung Einflüsse, welche geeignet sind, die Erziehung zu staatsbürgerlicher Gesinnung und im Geist der Völkerversöhnung zu hindern, von der Schule fernzuhalten bestrebt war und dafür gesorgt hat, dass der Unterricht frei bleibt von allem, was die Empfindung Andersdenkender auch in religiöser Beziehung verletzen könnte«<sup>1119</sup>.

Die gesetzlich eingeführten Staatsfeiertage und die Art ihres Begehens an den Schulen sollten aus seiner Sicht »der Pflege des Bewusstseins der deutschen und thüringischen Volksgemeinschaft und der Völkergemeinschaft dienen«, da »gerade diese Gedanken für die Erziehung zu staatsbürgerlicher Gesinnung im Geist der Reichsverfassung von hohem Wert sind«<sup>1120</sup>. Deshalb sei es auch unzutreffend, dass an die deutsche Vergangenheit nicht erinnert würde. »Allerdings mussten, was in einem Freistaat selbstverständlich ist, die Bilder der Mitglieder der vor 1918 regierenden Häuser aus den Schulen, wo sie dem Ausdruck des monarchischen Gedankens dienten, entfernt werden.« Es seien jedoch zugunsten solcher fürstlicher Persönlichkeiten Ausnahmen gemacht worden, deren »geschichtliche und menschliche Bedeutung ihre Eigenschaft als Vertreter des monarchischen Regierungssystems entschieden überwog«. Ebenso wenig habe das Ministerium ein Verbot des Deutschlandliedes an den Schulen erlassen, und dass dort »die Internationale und andere sozialdemokratische und kommunistische Klassenkampflieder« gesungen würden, war ihm

<sup>1116</sup> Ebenda. S. 36/37.

<sup>1117</sup> Ebenda. S. 37.

<sup>1118</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 28.

<sup>1119</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 28.

<sup>1120</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 29.

nicht bekannt. »Wären Beschwerden in dieser Richtung an uns gelangt, so hätten wir sie untersucht und gegebenenfalls für Abhilfe gesorgt.«<sup>1121</sup>

Abschließend kritisierten die Autoren der Denkschrift umfassend die aus ihrer Sicht verfassungswidrige Beamtenpolitik der sozialdemokratischen Thüringer Landesregierung, die an die leitenden Verwaltungsstellen verlässliche Republikaner setzen wolle und dementsprechend Antirepublikaner und Monarchisten aus diesen Positionen verdränge. Dabei verstehe die Regierung unter Antirepublikanern »alle Gegner der jetzigen rein sozialistischen Parteiregierung«<sup>1122</sup>.

Obwohl die bürgerlich-agrarische Opposition mit ihrer Denkschrift zunächst ins Leere zu laufen schien,<sup>1123</sup> war es ihr an diesem Punkt des Ereignisverlaufs gelungen, eine Entwicklung in Gang zu setzen, die sie letztlich an das Ziel ihrer politischen Wünsche brachte. Rückblickend hat dies ihr Autor Georg Witzmann zugegeben. »Bereits im März 1923 war eine Abordnung von vier Vertretern der bürgerlichen Parteien bei der Reichsregierung vorstellig geworden und hatte um Schutz gegen die Rechtsbrüche der thüringischen Regierung gebeten. Damit war der Stein ins Rollen gebracht, der später zum Sturz der Regierung geführt hat.«<sup>1124</sup>

Knapp zwei Jahre nach den Ereignissen des Krisenjahres in Thüringen hatte August Frölich bereits den Zusammenhang zwischen den Aktivitäten der bürgerlich-agrarischen Opposition einschließlich der DDP im Frühjahr 1923 und dem Reichswehreinmarsch im November 1923 kenntlich gemacht.<sup>1125</sup> Es sei nun bekannt, erklärte er am 11. März 1925 im Thüringer Landtag, »dass im März 1923, als die Herren Gerland, Höfer, Witzmann und Kien in Berlin beim Reichsinnenministerium vorstellig geworden waren, damit das Reichsinnenministerium gegen die Landesregierung in Thüringen Stellung nehmen sollte, die Ausführungen der Herren auf den Referenten des Reichsinnenministeriums einen solchen Eindruck gemacht haben, dass er erklärte: Das sind ja haarsträubende Zustände, die Sie mir aus Thüringen geschildert haben, da werde ich die Reichswehr marschieren lassen [...]. Wir können feststellen, dass im Anschluss an diese Ver-

<sup>1121</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 30.

<sup>1122</sup> Eckardt: Ausnahmezustand in Thüringen. S. 40.

<sup>1123</sup> Häüpel: Gründung des Landes Thüringen. S. 164. Hierzu auch das Protokoll der Besprechung in der Reichskanzlei am 14. Juni 1923. Eckardt: Ausnahmezustand in Thüringen. S. 42–47. Dok. 4.

<sup>1124</sup> Witzmann: Thüringen. S. 90.

<sup>1125</sup> Leimbach: Landtag von Thüringen. S. 176. FN 78.

handlungen, die die Herren, ohne dass im Landtag davon die Rede war, in Berlin geführt haben, tatsächlich der Truppenübungsplatz Ohrdruf mit bayrischen Truppenteilen belegt worden ist [...]. Wir sehen also daraus, dass die Mär, die im Land und Reich verbreitet worden ist, dass es der Zusammenschluss der Sozialdemokraten mit den Kommunisten gewesen wäre, der letzten Endes das Unheil herbeigeführt hätte, dass in Thüringen die Reichswehr eingerückt ist und dass in Thüringen die Reichswehr so gehaust hat, falsch ist, dass tatsächlich die Oppositionsparteien gegen die sozialdemokratische Regierung in Thüringen im Jahre 1923 den Anlass zum Einrücken mit gegeben haben«<sup>1126</sup>. Doch nicht erst mit dem Wissen um die weitere Entwicklung, sondern bereits im Sommer 1923 lag der leitende Staatsminister mit seiner zu diesem Zeitpunkt geäußerten Vermutung über die Absichten der bürgerlich-agrarischen Denkschrift richtig.

Am 18. Juli 1923 hatte die Reichsregierung in Reaktion auf den Aufruf der KPD zum Antifaschistentag und den daraufhin befürchteten rechtsextremistischen Gegenaktionen öffentlich vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen gewarnt. Der in ihrer Erklärung enthaltene Schlusssatz, mit »den Landesregierungen von Sachsen und Thüringen im Interesse der ruhigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse ein Einvernehmen zu pflegen, ist bekannt« und die Reichsregierung »wird es auch in dieser Beziehung nicht an pflichtgemäßer, ernster Aufmerksamkeit fehlen lassen«<sup>1127</sup>, musste sowohl in Dresden als auch in Weimar als »unverhüllte Drohung mit der Reichsexekution«<sup>1128</sup> aufgefasst werden. Eine Ursache für diese Haltung der Reichsregierung könne darin liegen, erklärte August Frölich am 3. August 1923 im Thüringer Landtag, dass die thüringischen Oppositionsparteien am 3. März »beim Herrn Reichsinnenminister vorstellig waren, um sich über die von ihnen so sehr gehasste Thüringische Regierung und letzten Endes gegen den Landtag zu beschweren«<sup>1129</sup>. Aus der im Ergebnis dieser Beschwerde entstandenen Denkschrift<sup>1130</sup> gehe hervor, dass deren Initiatoren »die thüringische Verfassung anzuerkennen nicht gewillt

<sup>1126</sup> III. Thüringer Landtag. Stenographisches Protokoll. 11. März 1925. S. 3047. Bereits am 20. November 1923 hatte Hermann Brill in seiner Landtagsrede diesen Zusammenhang ebenfalls angedeutet. »Es ist uns sehr genau bekannt [...], dass schon damals unter der Kanzlerschaft Cuno die Vorbereitungen zu einer »nationalen Diktatur« so weit gediehen waren, um die »Ordnung« nach Ihren Wünschen (nach rechts) in Thüringen wieder herzustellen. Es ist sehr genau bekannt, dass derselbe Herr Holle, der 1920 nach den Wünschen des Herrn Witzmann die Ordnung in Gotha hergestellt hat, auch von Herrn Cuno dazu bestimmt war, die Ordnung in Thüringen wieder herzustellen.« II. ThLT. S. 5687.

<sup>1127</sup> Vossische Zeitung, 19.07.1923.

<sup>1128</sup> Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie. S. 363.

<sup>1129</sup> II. ThLT. S. 5283.

<sup>1130</sup> Sie war der Thüringer Landesregierung durch Reichsinnenminister Oeser mit Schreiben vom 4. Juli 1923 zugegangen. Eckardt: Ausnahmezustand in Thüringen. S. 48–51. Dok. 5.

sind«<sup>1131</sup>, die den Landtag als gesetzgebende Gewalt und die von ihm gewählte Landesregierung als dessen ausführendes Organ definiert habe, deren Tätigkeit das Landesparlament überwache. Im Kern beinhalte die Denkschrift den Vorwurf, »dass der Thüringer Landtag sich erlaubt, mit seiner verfassungsmäßigen Mehrheit Gesetze zu beschließen«. Dahinter verberge sich die Auffassung, nur die Gesetzgebung in Thüringen wäre richtig, wenn sie nicht von einer sozialistisch-kommunistischen Mehrheit ausginge, nur die Regierung sei gut, die »nicht von Sozialdemokraten, sondern von den Parteien der Opposition besetzt wäre«<sup>1132</sup>.

Mit der Zuspitzung der innenpolitischen und vor allem der sozialen Situation im Sommer 1923 wurden insbesondere im Zusammenhang mit dem Cuno-Streik die Verhältnisse in Thüringen durch unterschiedlichste Wortmeldungen und Veröffentlichungen als zunehmend bedrohlich für das Bürgertum, die Unternehmen und die landwirtschaftlichen Produzenten dargestellt. So sah die Jenaer klein- und mittelständische Unternehmerschaft infolge der Aktivitäten des Vollzugsausschusses der Betriebsräte bereits das Räteresystem in der Stadt eingeführt.<sup>1133</sup> In Weimar war kolportiert worden, die Streikenden hätten Lastautos verschiedener Firmen »beschlagnahmt«, um damit Raubzüge auf dem Lande vorzunehmen.<sup>1134</sup> Den vorläufigen Höhepunkt dieser nicht nur aus sozialdemokratischer Sicht zielgerichteten Kampagne gegen das Land Thüringen bildete erneut eine Anfrage der DNVP im Deutschen Reichstag, der zufolge in weiten Teilen Mitteldeutschlands »Streiks, Plünderungen und Aufruhr«<sup>1135</sup> herrschten. »Auf dem platten Lande bedrohen teilweise bewaffnete Banden die Einbringung der Ernte. Die geordnete Lebensmittelzufuhr nach den Städten ist vielfach unterbunden. Die örtlichen und staatlichen Sicherheitsbeamten sind nicht in der Lage, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Andererseits wird jeder Versuch des Selbstschutzes durch die Behörden unmöglich gemacht. Ist die Reichsregierung bereit, in Mitteldeutschland sofortige Maßnahmen zum Schutze von Leben und Eigentum zu treffen, für gesicherte Fortsetzung der Erntearbeiten zu sorgen und die geregelte Beschi-

<sup>1131</sup> II. ThLT. S. 5283.

<sup>1132</sup> II. ThLT. S. 5283. In Reaktion auf diese Erklärung August Frölichs vermerkte ein Kommentar: »Wir dürfen überzeugt davon sein; dass diese stolze und kriegerische Kundgebung weder einen großen Eindruck auf die Reichsregierung, noch auf irgendwelche Kreise außerhalb der Genossen machen wird. Bezeichnend ist jedenfalls die ganze Art, wie Thüringen und Sachsen gemeinsam versuchen, die Reichsautorität zu untergraben. Die Reichsexekutive wäre die beste Antwort auf dieses Treiben.« Mitteldeutsche Zeitung, 05.08.1923.

<sup>1133</sup> Jenaische Zeitung, 16.08.1923.

<sup>1134</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 18.08.1923.

<sup>1135</sup> Das Volk, 01.09.1923.

ckung der Großstädte und Industriegebiete mit Lebensmitteln sicherzustellen?«<sup>1136</sup>

Die Folge dieser Darstellungen waren fortgesetzte und verstärkte Rufe nach einer Reichsexekution, wobei Thüringen und Sachsen nun meist gleichzeitig genannt wurden. Seine Fraktion erwarte, erklärte der DVP-Reichstagsabgeordnete Scholz am 8. Oktober 1923 im Deutschen Reichstag, dass die Reichsregierung »insbesondere für die Aufrechterhaltung nicht nur, sondern für die Wiederherstellung der Staatsautorität in Sachsen und Thüringen ihre Machtmittel rücksichtslos zur Anwendung bringt«<sup>1137</sup>. Auf den empörten Widerspruch von der linken Seite des Hauses reagierend meinte er: »Ich habe bisher nicht vernommen, dass die öffentliche Ordnung und Ruhe in Bayern in weitem Umfang gestört worden ist, während festgestellt werden muss, dass die Ruhe und Ordnung in Thüringen und Sachsen jeder vernünftigen Ordnung absolut Hohn spricht.«<sup>1138</sup> Bereits in der Sitzung der DVP-Reichstagsfraktion am 11. September 1923, in der Reichskanzler Stresemann erstmals die Frage des Abbruchs des »passiven Widerstands« zur Sprache gebracht hatte, waren von einigen Abgeordneten Forderungen nach einem Eingreifen in Sachsen und Thüringen laut geworden, anderenfalls würde dort binnen zwei Wochen der Kommunismus herrschen. Hugo Stinnes sagte voraus, in vierzehn Tagen werde der Bürgerkrieg ausbrechen. Als Alternative hierzu bot er erneut sein Programm an: »Mehr arbeiten, Zahlungsmittel beschaffen« und nun auch »Sachsen und Thüringen exekutieren«<sup>1139</sup>.

Nicht nur das rechte politische Spektrum, auch die bürgerliche Demokratie forderte den Eingriff der Reichsgewalt gegen Thüringen. Der Vorsitzende des Parteivorstandes der DDP Anton Erkelenz<sup>1140</sup> erklärte am 14. Oktober 1923, wer gegen den Bestand des Deutschen Reichs wirke, »arbeitet für Frankreich, zerstört die Bemühungen der Friedensfreunde«<sup>1141</sup>. Deshalb kritisierte er die Partikularisten in Bayern, die die schwere Stunde Deutschlands für ihre Sonderinteressen auszunutzen versuchen. Dieselbe Schuld würden auch Thüringen und Sachsen auf sich laden, die »um ihres Par-

<sup>1136</sup> Das Volk, 01.09.1923.

<sup>1137</sup> DtRT. S. 11988.

<sup>1138</sup> DtRT S. 11988.

<sup>1139</sup> Stresemann, Gustav: Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden. Bd. 1. Berlin 1932. S. 117.

<sup>1140</sup> Kellmann, Katharina: Anton Erkelenz (1878–1945). Als Sozialliberaler zur SPD. In: Lehnert, Detlef (Hrsg.): Vom Linksliberalismus zur Sozialdemokratie. Politische Lebenswege in historischen Richtungskonflikten 1890–1945. Köln Weimar Wien 2015. S. 263–290.

<sup>1141</sup> Berliner Tageblatt, 14.10.1923.

teieigensinnes willen das Reich schwächen«. Bemerkenswert ist, dass aus der Perspektive eines führenden Repräsentanten der demokratischen Partei die Bestrebungen seines Koalitionspartners in Sachsen und Thüringen, die republikanischen Abwehrkräfte durch eine Einbindung der KPD in das parlamentarische System zu stärken, auf der gleichen zu verurteilenden Stufe standen wie die offen republikfeindliche Haltung der Rechtsextremisten und rechtsstehenden Kreise in Bayern. Während er forderte, »sie beide schnell und energisch zur Ordnung zu rufen«<sup>1142</sup>, richtete sein demokratischer Parteikollege, Reichswehrminister Geßler, seine ganze Aufmerksamkeit zunächst auf Sachsen, dann auf Thüringen. Auf die Äußerungen Erkelenz' reagierend, konstatierte das Jenaer sozialdemokratische Parteiblatt, offenkundig seien dem führenden demokratischen Politiker von seinen thüringischen Parteikollegen Scheuklappen bezüglich der tatsächlichen Verhältnisse im Land angelegt worden. »Die bürgerlichen Demokraten Thüringens sind vollkommen im Schlepptau der Rechten, der sie als freiwillige Kulisse dienen. Die Professoren Rosenthal und Krüger [...] treten der Sozialdemokratie im Thüringer Landtag energischer und fanatischer entgegen als selbst die deutschnationalen Wortführer.«<sup>1143</sup>

Dass in Thüringen vor und während des Cuno-Streiks im August 1923 vereinzelt Unternehmer einschließlich ihrer Familienangehörigen bedroht und tödlich angegriffen worden waren,<sup>1144</sup> eine soziale Protestkundgebung in Sondershausen am 8. August 1923 in Straßenkrawalle und Plünderungen umgeschlagen<sup>1145</sup> und Mitglieder der kommunistischen proletarischen Hundertschaften in Gotha am 12. August 1923 ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger bedrängten und diese das zurecht als Terror wahrnahmen,<sup>1146</sup> dass von Feldern gestohlen und Bauerngehöfte ausgeraubt wurden, war für die jeweils Betroffenen unangenehm und mit verschiedensten, teils auch schweren körperlichen oder seelischen Verletzungen verbunden. Ebenso wurden Angehörige sowohl des Bürger- und Bauerntums als auch rechtsextremer Gruppierungen Ziel von Gewaltakten.

<sup>1142</sup> Berliner Tageblatt, 14.10.1923.

<sup>1143</sup> Das Volk, 26.10.1923.

<sup>1144</sup> HStAW: Präsidentsabteilung Nr. 86. Bl. 1–5.

<sup>1145</sup> Das Volk, 13.08.1923.

<sup>1146</sup> In der Nacht zum 12. 8.1923 waren durch die proletarischen Hundertschaften sämtliche Stadtausgänge Gothas besetzt worden. »Passanten wurden angehalten, durchsucht und verschiedentlich geschlagen. Gewöhnlich aber in der gröblichsten Weise beschimpft. Die Täter zu ermitteln ist fast in keinem Fall möglich, weil sie sich gewöhnlich feige von dem Tatort entfernen, sobald die Polizei im Anmarsch war.« HStAW: Thüringisches Ministerium des Innern. P 318. Bl. 92.

Zwei besonders schwerwiegende Vorfälle ereigneten sich Mitte Oktober 1923 bei Eisenberg. Bei Klengel war eine Jungdo-Versammlung überfallen und in Preschwitz ein Landwirt von vier Erwerbslosen misshandelt worden.<sup>1147</sup> Beide Ereignisse wurden in einer stark besuchten Versammlung des lokalen Landbundes besprochen und dabei der Landesregierung schwere Vorwürfe gemacht. »Die Vorgänge in Preschwitz und Klengel sind so ungeheuerlich, dass wir die Frage aufwerfen müssen: Leben wir noch in einem Rechtsstaat?« Rhetorisch wurde die Landesregierung weiter gefragt, was sie zum Schutz der Landwirte getan habe. Die Antwort erfolgte durch den Versammlungsleiter selbst: »Wenn es möglich ist, dass ein Landwirt auf dem Felde überfallen und halbtot geschlagen wird, wenn Versammlungsteilnehmer von wilden Horden überfallen und unmenschlich behandelt werden [...], so muss geantwortet werden, dass nichts geschehen ist [...].«<sup>1148</sup>

Die vom sozialdemokratischen Kreisdirektor Berthold Faulian<sup>1149</sup> in der Versammlung gegebene Antwort steht indes exemplarisch für die Haltung der Thüringer Landesregierung, die solche Gewalttaten selbstverständlich verurteilte, jedoch gleichzeitig auf deren gesellschaftliche Ursachen hinwies. »Für Dinge, wie sie sich in Preschwitz abgespielt haben, kann keine Regierung verantwortlich gemacht werden, diese Fälle haben sich früher ereignet und werden auch wahrscheinlich in Zukunft vorkommen, sie sind als Einzelfälle zu betrachten. Die Regierung habe jedenfalls alles getan, was in ihren Kräften steht um für Ruhe und Ordnung zu sorgen, ob in Zukunft mehr geschehen kann, muss erörtert werden. Jedenfalls muss aber dem widersprochen werden, dass die Dinge in Thüringen schlimmer liegen als in den anderen Staaten. Auch in anderen Gebieten sind dieselben Vorkommnisse zu verzeichnen. Die Schuld trägt zunächst der Krieg mit all seinen Folgeerscheinungen und die ungeheure wirtschaftliche Not, in der sich weite Kreise der Bevölkerung, namentlich die Erwerbslosen befinden. Es ist gerade von der Thüringischen Regierung auf die ungeheure Gefahr hingewiesen worden, die den Erwerbslosen, namentlich jugendlichen Arbeitern droht durch die lange Erwerbslosigkeit. Die moralischen Folgen liegen auf der Hand. Die Schuld an den Vorgängen tragen die wirtschaftlichen Verhältnisse. Gelingt es diese zu bessern, dann werden auch die traurigen Erscheinungen wegfallen [...].«<sup>1150</sup>

<sup>1147</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 87. Bl. 13.

<sup>1148</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 87. Bl. 13 RS.

<sup>1149</sup> Lengemann: Handbuch. S. 240–242.

<sup>1150</sup> »Was die Vorgänge in Klengel anbetrifft, wenn die Schilderungen den Tatsachen entsprechen, so sind sie nicht zu billigen. Eine Schuld trifft den Jungdeutschen Orden mit, weil er die Versammlung nicht

Ähnlich hatte August Frölich bereits am 22. August 1923 gegenüber den Vertretern des Verbandes der Mitteldeutschen Industrie argumentiert, die ihm während einer Zusammenkunft im Thüringer Wirtschaftsministerium über die »verschiedenen ungesetzlichen Vorgänge« und »Gewalttätigkeiten usw., die in einzelnen Orten gegen Industrielle seitens der kommunistischen Ruhestörer« während des Cuno-Streiks berichtet hatten. Ihre Forderungen<sup>1151</sup> zeigten, dass die Unternehmer in den spontanen Massenaktionen ihrer Beschäftigten Mitte August 1923 nicht die Reaktion auf die wirtschaftliche und soziale Not, sondern kommunistisch inspirierte Gewalttaten zur Erpressung höherer Löhne sehen wollten. Aus dieser Perspektive war August Frölichs Hinweis, »dass diese ganzen Vorkommnisse nicht losgelöst von der Lohnfrage behandelt werden könnten«<sup>1152</sup> und unumwunden zugegeben werden müsse, dass die Löhne weit hinter der Teuerung zurückgeblieben seien, kein stichhaltiges Argument. Neben der katastrophalen Politik der Cuno-Regierung hatten nach Frölichs Auffassung auch die Unternehmer ihren Anteil an den Geschehnissen. Wenn sie zwei Wochen früher mit entsprechenden Lohnerhöhungen auf die Preisentwicklung reagiert hätten, »wäre vielleicht vieles unterblieben, was heute Tatsache ist«. Die Industrie müsse schon aus Eigeninteresse darauf achten, »eine entsprechende Lohnpolitik zu pflegen, um solchen Dingen den Nährboden zu entziehen«<sup>1153</sup>.

Weder habe es »Plünderungen und Aufruhr« gegeben noch würden »bewaffnete Banden die Einbringung der Ernte und die geordnete Lebensmittelzufuhr«<sup>1154</sup> bedrohen, erklärte das Thüringer Innenministerium in einer Stellungnahme zu den Ereignissen im Land während des Cuno-Streiks in Beantwortung der DNVP-Anfrage im Deutschen Reichstag. Bis auf den Einzelfall Zella-Mehlis<sup>1155</sup> sei »die öffentliche Ruhe und Ordnung

angemeldet hat. Es hätte dann die Möglichkeit bestanden, für Schutz zu sorgen oder die Versammlung zu untersagen.« HStAW: Präsidialabteilung Nr. 87. Bl. 14.

<sup>1151</sup> »1. Sofortige Bestrafung der kommunistischen Rädelsführer, die die Belegschaften zwangsweise aus den Betrieben geholt haben und damit den Wirtschaftsfrieden störten. 2. Sofortige Verhaftung und Bestrafung derjenigen, die sich Gewalttätigkeiten gegen Industrielle schuldig gemacht haben. 3. Verhaftung und Bestrafung derjenigen, die sich an der Bildung von Aktionsausschüssen und Kontrollausschüssen beteiligten wegen Aufruhr und Landfriedensbruches. 4. Auflösung der proletarischen Hundertschaften. 5. Ausreichender polizeilicher Schutz der Personen. 6. Sicherung der Betriebe. 7. Sicherung der zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftsfriedens notwendigen Tarifverhandlungen.« Mitteldeutsche Zeitung, 28.08.1923. In der Notiz des Staatsministeriums hieß es diesbezüglich offenbar präziser: »Das genügender militärischer Schutz zur Sicherung von Lohnverhandlungen, der Betriebe und des Wirtschaftsfriedens gestellt wird.« HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 1.

<sup>1152</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 4.

<sup>1153</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 5.

<sup>1154</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 92. Bl. 25.

<sup>1155</sup> In Zella-Mehlis hatte ein Aktionsausschuss der Arbeiterschaft erklärt, die öffentliche Sicherung im Ort zu übernehmen und zur Verhinderung von Lebensmittelunruhen die in den Geschäften vorhandenen

nicht erschüttert worden. Durch ihr taktvolles Benehmen gegenüber den aus den Nöten der Zeit herausgewachsenen Bewegungen haben die staatlichen und lokalen Sicherheitsorgane wesentlich dazu beigetragen, dass diese Erscheinungen in Thüringen verhältnismäßig sehr ruhig beigelegt wurden«<sup>1156</sup>. Bezüglich der Weimarer Geschehnisse war zuvor bereits berichtet worden, die Firmen hätten die Fahrzeuge ohne jeden Zwang zur Verfügung gestellt und mehrere Landwirte freiwillig Lebensmittel gespendet, die zwar zunächst von der Polizei beschlagnahmt, dann aber zur Verteilung freigegeben worden waren.<sup>1157</sup>

Dass die Situation im Land so dargestellt würde, »als fehle es in Thüringen an der nötigen Staatsautorität«<sup>1158</sup>, was »ein Einschreiten der Reichsregierung nötig« mache, sei grundfalsch. Diesen »durch nichts zu begründenden Ausstreuungen« müsse entgegengetreten werden, schrieb ein Gegner der sozialdemokratischen Landesregierung am 10. Oktober 1923 in Reaktion auf die Reichstagsdebatte zwei Tage zuvor. »Die politischen Verhältnisse in Thüringen passen vielen nicht.« Die »rein sozialistische« Regierung habe auch nicht so regiert, »um sich über ihre Wählerschaft hinaus Freunde zu machen, ja man kann sogar mit einiger Bestimmtheit sagen, dass eine Neuwahl zum Landtage die sozialdemokratischen Mandate stark reduzieren und eine nichtsozialistische Majorität herbeiführen würde [...]«. Dass Thüringen jedoch »als ein Gliedstaat Deutschlands hingestellt wird, in dem ein ›Schreckensregiment‹ herrscht, in dem eigentlich kein anständiger Mensch mehr leben kann, das sind gelinde gesagt grobe Entstellungen«<sup>1159</sup>.

Selbst nach dem Einmarsch der Reichswehr hieß es in einem Kommentar, der das Militär begrüßt und die KPD für ihre Aktivitäten massiv kritisiert hatte, dass Meldungen, wonach Anarchie, Raub, Mord und Plünderungen in Thüringen herrschen sollen, die Thüringerinnen und Thüringer immer ärgern mussten. Es könne nicht genug getan werden, »um solchen Lügen und Verleumdungen entgegenzutreten, die doppelt kränkend waren, wenn

Lebensmittel zu beschlagnahmen. Offenbar Angehörige der proletarischen Hundertschaft kontrollierten die öffentlichen Straßen und durchsuchten durchfahrende Fahrzeuge nach Waffen. Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 20.08.1923.

<sup>1156</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 92. Bl. 25.

<sup>1157</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 18.08.1923.

<sup>1158</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 10.10.1923.

<sup>1159</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 10.10.1923. Das Jenaer sozialdemokratische Parteiblatt hatte bereits im Zusammenhang mit der DNVF-Anfrage im Reichstag aus einigen rechtsstehenden Thüringer Zeitungen zitiert, die die deutschnationale Darstellung der Situation im Land zurückwiesen. Das Volk, 01.09.1923.

man sah, dass sie sogar zurückzuführen waren auf Gehässigkeiten der eigenen Landsleute, auf Akte parteipolitischer Gegensätzlichkeit, nur auf Tapet gebracht, um zu hetzen und zu verleumden«<sup>1160</sup>.

Während einer Unterredung am 13. November 1923 mit dem Chef des Stabes der in Thüringen eingesetzten Reichswehreinheiten konnte der Offizier nach der Darstellung der Thüringer Regierungsvertreter Hermann Brill und Roman Rittweger seine Behauptung, »wonach in Gera seit Wochen der Sicherheitsdienst durch ›Rote Hundertschaften‹ ausgeübt werde«, nicht belegen. Auf die entsprechende Rückfrage, ob er sich tatsächlich vorstellen könne, »dass eine Stadt von 80 000 Einwohnern wochenlang rote Hundertschaften als Polizei ertragen« würde, antwortete er, bürgerliche Kreise hielten die Situation in der Stadt für untragbar. »In welchen Dingen das untragbare bestehen solle oder angeblich besteht, sagte der Major nicht.«<sup>1161</sup>

Aus ihrer wesentlich anderen Perspektive kommentierte die kommunistische Landtagsabgeordnete Käte Duncker die antisozialistische Kampagne des Spätsommers 1923 gegen die thüringische Landesregierung: »Der berühmte Terror, der hier herrschen sollte, hat wahrscheinlich darin bestanden, dass die Jungdomannen hier die Arbeiterschaft nicht so ungestört terrorisieren konnten, wie in Bayern und Pommern.«<sup>1162</sup> Tatsächlich waren die Thüringer Sicherheitsbehörden, begleitet von höhnischen Kommentaren der rechtsstehenden Presse,<sup>1163</sup> im Sommer 1923 massiv gegen die zunehmend auf einen Staatsumsturz zielenden rechtsextremistischen/faschistischen Strukturen und Aktivitäten vorgegangen. Insbesondere ihr Agieren gegen den »Deutschen Tag« in Gotha am 9. September 1923 rief eine massive Kritik aus den bürgerlich-agrarischen und rechtsextremen Spektren hervor, die der Landesregierung vorwarfen, mit Unterstützung der kommunistischen Hundertschaften das Bürgertum angegriffen und unterdrückt zu haben.<sup>1164</sup>

<sup>1160</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 13.11.1923.

<sup>1161</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 88. Bl. 12.

<sup>1162</sup> II. ThLT. S. 5758.

<sup>1163</sup> »Die Faschistenangst in Thüringen scheint chronisch zu werden. Offenbar möchte man in Weimar die ›Berechtigung‹ der dort betriebenen Politik recht kräftig dokumentieren. Ob dazu von irgend jemand verdächtige junge Leute das geeignete Objekt sind, möchten wir dahingestellt sein lassen. Jedenfalls darf sich eine Regierung, welche die ›Faschistenjagd‹ als Sport betreibt, nicht darüber wundern, wenn ihr Ansehen bei allen Vernünftigen allmählich auf den Nullpunkt sinkt!« Mitteldeutsche Zeitung, 09.08.1923.

<sup>1164</sup> Matthesen: Bürgertum und Nationalsozialismus. S. 129/130.

Die konkreten Umstände und die nachfolgenden umfassenden Auseinandersetzungen sowohl in der Presse als auch im Thüringer Landtag sowie im Deutschen Reichstag im Einzelnen nachzuvollziehen, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Dass sozialdemokratische Regierungsmitglieder wiederholt geäußert hatten, »Deutsche Tage« wie in Gotha seien nachweisliche Versammlungen nationalsozialistischen Gesindels und würden deshalb nicht geduldet, rief aus bürgerlicher Sicht »in Thüringen die stärkste Empörung [hervor], umso mehr, als die Teilnehmer an den Deutschen Tagen keineswegs in der Hauptsache Nationalsozialisten waren, sondern ganz überwiegend Mitglieder der vaterländischen Verbände, insbesondere des Jungdeutschen Ordens«<sup>1165</sup>, so die rückblickende Sicht des DVP-Politikers Witzmann. Wenngleich die KPD der Landesregierung im Vorfeld des »Deutschen Tages« in Gotha »eine unklare bürgerliche Koalitionspolitik« vorwarf, weil sie die Veranstaltung nicht verboten, sondern lediglich Versammlungen unter freiem Himmel untersagt hatte, gab aus ihrer Sicht das Agieren der Landespolizei in Gotha offenbar wenig Anlass zur Kritik.<sup>1166</sup>

Auf eine entsprechende Anfrage der Deutschnationalen-Fraktion im Deutschen Reichstag antwortete das Thüringer Innenministerium, es habe zum einen keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den in den Tagen zuvor vorgenommenen Hausdurchsuchungen bei bekannten Personen aus den »nationalen Kreisen« gegeben. »Die vorgenommenen kriminellen Erhebungen sind nicht erfolgt, um Material zum Verbot des ›Deutschen Tages‹ zusammenzutragen.«<sup>1167</sup> Zum zweiten begründete es das öffentliche Versammlungsverbot unter freiem Himmel mit den angekündigten kommunistischen Gegendemonstrationen und der sich daraus ergebenden Gefahr von Zusammenstößen zwischen beiden Gruppierungen, die dann auch tatsächlich vorgekommen waren. Drittens bestritt es die Behauptungen beider Seiten, in Gotha habe ein »kommunistisches Schreckensregiment« bzw. ein »Faschistenregiment« die Stadt beherrscht. Vielmehr nahm es für die Landespolizei in Anspruch, sie habe trotz gelegentlicher Zusammenstöße kleinerer Gruppen die öffentliche Ruhe und Ordnung weitgehend aufrechterhalten können. »Dabei ist die Tatsache zu verzeichnen, dass die KPD-Organisationen sich den Anordnungen der Landespolizei schneller fügten und weniger Schwierigkeiten bereiteten, wie die rechtsradikalen Organisationen.«<sup>1168</sup>

<sup>1165</sup> Witzmann: Thüringen. S. 93.

<sup>1166</sup> Gothaer Volksblatt, 10.09.1923.

<sup>1167</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 92 Bl. 28.

<sup>1168</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 92 Bl. 29.

Mit der Verhängung des Ausnahmezustandes am 27. September 1923 eröffneten sich den bürgerlich-agrarischen Rufen nach der Reichsgewalt neue und bessere Chancen, gehört zu werden. Sie mussten sich nicht mehr nach Berlin wenden, sondern konnten den Inhaber der vollziehenden Gewalt, General Reinhardt, in Stuttgart direkt ansprechen. Obwohl Reinhardt am 29. September 1923 in einem Schreiben an August Frölich versichert hatte, dass er »nicht beabsichtige, in den laufenden Verwaltungsgang irgendwie einzugreifen, wenn nicht ein ganz besonderer mit dem Wesen des Ausnahmezustandes zusammenhängender Anlass vorliegt«,<sup>1169</sup> begann das Militär von Anfang an – nicht zuletzt auf Veranlassung bürgerlicher Kreise wie im Fall des Eisenacher Stadtdirektors Janson –, Maßnahmen der Landesregierung zu durchkreuzen. Am 8. Oktober 1923 hatte sich der 1. Vorsitzende des Verbandes der Mitteldeutschen Industrie in dieser Angelegenheit an den Militärbefehlshaber gewandt. Vor dem Hintergrund der zu diesem Zeitpunkt erwarteten Bildung der sozialdemokratisch-kommunistischen Landesregierung beschrieb er aus bürgerlicher Sicht die Bedeutung des Falles Janson. Die »Entziehung der Polizeigewalt durch eine absolut durch nichts begründete Eigenmächtigkeit und gesetzwidrige Handlung der Thüringer Staatsregierung ist nach unserer Auffassung lediglich ein Versuch, der keineswegs vereinzelt bleiben wird. Gelingt es der Thüringer Regierung entgegen Ihrer ausdrücklichen Verordnung, die angemäße Polizeigewalt in Eisenach in der Hand zu behalten, so dürften ganz unzweifelhaft ähnliche Vorkommnisse sich in anderen Thüringischen Städten wiederholen«<sup>1170</sup>. Unter dem ausdrücklichen Hinweis, dass der General hierzu die Macht habe, forderte der Verbandsvorsitzende, »im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit die Thüringer Regierung unbedingt in die ihr gesetzlich und verfassungsmäßig gezogenen Schranken zurückzuweisen«<sup>1171</sup>.

<sup>1169</sup> Hürten: Das Krisenjahr 1923. S. 83 (S. 83/84. Dok. 38).

<sup>1170</sup> Eckardt: Ausnahmezustand in Thüringen. S. 56/57 (S. 54–58. Dok. 9). Aufgrund eines gegen den Eisenacher Stadtdirektor Janson eingeleiteten förmlichen Dienststrafverfahrens hatte die Landesregierung den sozialdemokratischen Kreisdirektor Hörschelmann die Befugnisse zur Ausübung des Vereins- und Verwaltungsrechts sowie der Sicherheits- und Kriminalpolizei übertragen. Die Verfügung des Militärbefehlshabers, diese Maßnahme rückgängig zu machen, bewertete August Frölich in seinem Brief vom 17. Oktober 1923 äußerst kritisch. »Noch viel bedenklicher aber stimmt mich der Umstand, dass Sie – offenbar auf völlig einseitige Informationen bestimmter Interessenskreis hin – einen Herrn Oberheeresanwalt nach Weimar zum Ministerium des Innern entsandt haben, um weitere Einzelheiten in dieser Sache zu ermitteln. Wenn mein Kollege, der Herr Minister des Innern, Ihrem Vertreter Abschrift des Eröffnungsbeschlusses eingehändigt hat und ihm sogar die Akten und einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Verfügung stellte, so ist das ein außerordentlich weites Entgegenkommen, von dem ich mir überlegt haben würde, ob ich es hätte üben können.« HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 31.

<sup>1171</sup> Eckardt: Ausnahmezustand in Thüringen. S. 57.

Es kann davon ausgegangen werden, dass sich mit den Anzeigen gegen Karl Korsch beim Militärbefehlshaber General Reinhardt, nach denen der soeben ins Amt des Thüringer Justizministers Gekommene in einer Trauerrede am 18. Oktober 1923 in Meiningen sowohl gegen die Reichswehr gehetzt als auch das Verbot der proletarischen Hundertschaften misachtet und sich somit strafbar gemacht habe,<sup>1172</sup> mehr verband als bloße »staatsbürgerliche Pflichterfüllung« seitens der Denunzierenden. Wenngleich mit dem bereits gezeigten Ultimatum des Generals Müller in Sachsen bezüglich der Ausführungen Böttchers am 13. Oktober in Leipzig nicht vergleichbar, wandte sich Reinhardt an die Thüringer Landesregierung und ersuchte »um umgehende Mitteilung«<sup>1173</sup>, was Korsch tatsächlich in seiner Rede ausgeführt hatte. Namens der Landesregierung lehnte August Frölich unter dem Verweis, die Thüringer Minister seien nur dem Landtag gegenüber verantwortlich, eine Stellungnahme ab. Zudem hätte Korsch seine Ausführungen nicht in amtlicher Eigenschaft gemacht und überdies die ihm unterstellten Inhalte zurückgewiesen sowie bestritten, sich strafbar gemacht zu haben.<sup>1174</sup> »Wohl aber habe ich behauptet und halte die Behauptung aufrecht«, so Korsch in seiner Stellungnahme, dass die in Meiningen stationierte Reichswehreinheit »faschistisch durchsetzt sei. Man mag mich wegen Beleidigung verklagen, dann werde ich den Wahrheitsbeweis für meine Behauptung zu führen wissen.«<sup>1175</sup>

Das tragische Ereignis selbst, bei dem in der Nacht vom 13. zum 14. Oktober 1923 in Meiningen nach einer Auseinandersetzung zwischen einer größeren Gruppe Zivilisten und Reichswehrsoldaten drei Menschen infolge des Schusswaffengebrauchs durch das Militär ihr Leben verloren hatten, bildete zunächst den Anlass politischer<sup>1176</sup> und medialer Auseinandersetzungen. Dabei ging es um die Frage, ob die Reichswehr – wie vom Thüringer Presseamt gemeldet – eigenmächtig und brutal gegen die Zivilisten vorgegangen war,<sup>1177</sup> oder ob sie entsprechend ihrer eigenen Darstellung auf Anforderung der Meininger Polizei angesichts einer bedrohlichen Menge für Ruhe und Ordnung gesorgt hatte.<sup>1178</sup> Im Bericht der zuständigen Meininger Polizeiwache hieß es diesbezüglich, unmittelbar nach dem Ereignis hätten der Oberbürgermeister und die Polizisten, die vor Ort gewesen waren,

<sup>1172</sup> John: Quellen zur Geschichte Thüringens. S. 111/112. Dok. 12 c.

<sup>1173</sup> Ebenda. S. 112.

<sup>1174</sup> HStAW: 1. Denkschrift. Bl. 230 RS.

<sup>1175</sup> John: Quellen zur Geschichte Thüringens. S. 277/278. Anm. 11.

<sup>1176</sup> II. ThLT. S. 5490.

<sup>1177</sup> Das Volk, 15.10.1923.

<sup>1178</sup> Mitteldeutsche Zeitung, 17.10.1923.

übereinstimmend erklärt, »dass die Reichswehr ohne vorherige Fühlungnahme mit der Polizeibehörde in eigenmächtiger Weise vorging und dass kein Grund, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen, vorlag«<sup>1179</sup>.

Unmittelbar nach der Reichsexekution gegen die sächsische Regierung Zeigners diente der Meininger Vorfall General Reinhardt als Beleg dafür, dass das thüringische Kabinett in Person Korschs »mit verfassungsmäßigen Zuständen unvereinbar«<sup>1180</sup> sei. In die gleiche Kategorie ordnete er das Agieren des sozialdemokratischen Kreisdirektors Louis Rennert<sup>1181</sup> ein, dessen Bericht über den Meininger Vorfall an die Landesregierung vorrangig die Perspektive der Betroffenen und der zuständigen städtischen Polizei enthalten hatte,<sup>1182</sup> ohne die Aussagen der beteiligten Militärangehörigen zu berücksichtigen. Abschließend bemerkte Reinhardt, täglich würden ihn Klagen seitens bürgerlicher Kreise »über die allgemeine Unsicherheit« erreichen. »Die Thüringer Regierung ist m. E. infolge ihrer Zusammensetzung und Bildung gar nicht in der Lage, dieser Unsicherheit Herr zu werden.«<sup>1183</sup>

## **Der indirekte Staatsstreich der Reichswehr gegen die Thüringer sozialdemokratische Landesregierung im Herbst/Winter 1923/24**

Am 20. November 1923 trat der Thüringer Landtag nach dem Austritt der KPD aus der Landesregierung erstmals wieder zusammen. Nachdem Karl Hermann für die weiter amtierenden sozialdemokratischen Minister eine Erklärung abgegeben hatte, in der er die Vorwürfe seiner ehemaligen kommunistischen Kabinettskollegen zurückwies,<sup>1184</sup> ergriff Hermann Brill für die VSPD-Landtagsfraktion das Wort. Er beschäftigte sich in seiner Rede hauptsächlich mit den Aktivitäten der antisozialistischen Landtagsopposition und der Reichswehr, die nach seiner Auffassung auf einen Sturz der Landesregierung zielten. Die Art und Weise, wie General Reinhardt den Ausnahmezustand bisher praktiziert habe, wäre außerordentlich merkwürdig, bemerkte Brill. Was jedoch nach dem Einmarsch der Reichswehr

<sup>1179</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 87. Bl. 206.

<sup>1180</sup> Eckardt: Ausnahmezustand in Thüringen. S. 77 (S. 70–78. Dok. 13).

<sup>1181</sup> Lengemann: Handbuch. S. 544/545.

<sup>1182</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 87. Bl. 202–210.

<sup>1183</sup> Eckardt: Ausnahmezustand in Thüringen. S. 78.

<sup>1184</sup> II. ThLT. S. 5682–5684.

unter General Hasse seit dem 6. November 1923 zu erleben sei, ließe nur den Schluss zu, Thüringen erlebe Zustände, die »tatsächlich kein Ausnahmezustand mehr« sind, sondern »eine in vollem Gange befindliche bürgerliche Reichsexekution«<sup>1185</sup>. Das von Brill bilanzierte und, wie sich zeigen sollte, weitere Vorgehen der Reichswehr kann tatsächlich als ein indirekter Staatsstreich bezeichnet werden, der nicht den unmittelbaren Sturz der Landesregierung zum Inhalt hatte. Unter Ausnutzung des Ausnahmezustands war sie von der Reichswehr jedoch faktisch entmachtet<sup>1186</sup> und schließlich unter aktiver Mitwirkung der Rechtspresse öffentlichkeitswirksam so in die Enge getrieben worden, dass der Erfolg der Thüringer antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz bei der am 10. Februar 1924 durchgeführten vorzeitigen Landtagswahl sichergestellt und die politischen Mehrheitsverhältnisse im Land umgekehrt wurden. Reichswehr und antisozialistische Thüringer Bürger- und Bauernallianz agierten dabei gut aufeinander abgestimmt. Sowohl auf der Landesebene als auch vor Ort gaben bürgerlich-agrarische Akteure die Stichworte und Hinweise, während das Militär agierte.

Selbstlos erfolgte der Einsatz seitens der Reichswehr gegen das sozialistische Thüringen jedoch nicht, er lag vielmehr in der Logik der von ihr angestrebten Wehrhaftmachung des Reiches. »Terroristische Kommunisten«, »vaterlandslose sozialdemokratische Gesellen« und »landesverräterische Pazifisten« konnten »keine Waffenbrüder« im Kampf gegen das Diktat von Versailles sein.<sup>1187</sup> Wehrhaftmachung meinte die vom Reichspräsidenten und der Reichs- sowie der preußischen Landesregierung gedeckten Maßnahmen der Reichswehr zur Vorbereitung auf einen eventuellen militärischen Konflikt mit Frankreich und dem diesbezüglich erfolgten Rückgriff auf die rechten/rechtsextremen Kampfverbände.<sup>1188</sup>

<sup>1185</sup> II. ThLT. S. 5690.

<sup>1186</sup> Leimbach: Landtag. S. 177. »Im übrigen ruht die tatsächliche Regierungsgewalt in den Händen des Militärbefehlshabers [...]«, konstatierte die Reichswehrführung am 11. Dezember 1923 in einem zusammenfassenden Bericht über die politische Situation im Reich. Hürten: Das Krisenjahr 1923. S. 192/193 (S. 190–197. Dok. 133). Die umfassenden Eingriffe des Militärbefehlshabers in die öffentliche Verwaltung des Landes Thüringen während der Zeit des Ausnahmezustandes im Einzelnen aufzuführen, würde den Rahmen der Arbeit sprengen. Umfangreiches Material hierzu findet sich in den diesbezüglichen Reden der Landesminister im Thüringer Landtag im November/Dezember 1923 sowie der zwei weiteren Denkschriften der Thüringer Landesregierung über den Ausnahmezustand. HStAW: Präsidialabteilung Nr. 87. Thüringisches Staatsministerium. 2. Denkschrift über den militärischen Ausnahmezustand. Bl. 93–123. HStAW: Präsidialabteilung Nr. 88. Thüringisches Staatsministerium. (Hrsg.): 3. Denkschrift: Der militärische Ausnahmezustand in Thüringen. Bl. 324–342.

<sup>1187</sup> Groh, Kathrin: Operationsgemeinschaft Vaterlandsliebe. Zur Bestimmung des inneren Feindes durch Reichswehr und Reichsgericht. In: Braue, Andreas; Dreyer, Michael; Elsbach, Sebastian (Hrsg.): Vom drohenden Bürgerkrieg zum demokratischen Gewaltmonopol (1918–1924). Stuttgart 2021. S. 98 (S. 91–108).

<sup>1188</sup> aus der Perspektive des Militärs: Guske, Claus: Das politische Denken des Generals von Seeckt. Ein

Die Reichswehrführung hatte im Krisenjahr 1923 mit Erfolg bei den politisch verantwortlichen Stellen darauf gedrungen, »die Beseitigung der sozialistisch-kommunistischen Regierungen in Mitteldeutschland an Stelle der Polizei übernehmen zu dürfen«<sup>1189</sup>. Ihr lag viel an einem Ende der sozialdemokratischen Landesregierung unter August Frölich, die aus ihrer Sicht »die Umwandlung des gesamten Staatswesens im sozialistisch-kommunistischen Sinne«<sup>1190</sup> in manchen Beziehungen noch weitergetrieben habe als in Sachsen. Das zielte insbesondere auf die Greil'sche Schulreform, in deren Folge vermeintlich »kommunistische und linkssozialistische Lehrer aus ganz Deutschland zusammengeholt worden [waren], um die Jugenderziehung grundlegend auf den linksradikalen Kurs umzustellen«. Es ging der Reichswehrführung mit dem Einmarsch in Thüringen Anfang November 1923 nicht um die Verhinderung eines Vormarschs der in Nordbayern zusammengezogenen rechtsextremistischen/faschistischen Kampfverbände.<sup>1191</sup> Sie wollte vielmehr, dass »die Verhältnisse in Thüringen selbst einer gründlichen Neuordnung unterzogen wurden«<sup>1192</sup>. In dem bereits erwähnten Brief Seeckts an Kahr hatte der General auch auf die Situation an der thüringisch-bayerischen Grenze verwiesen und den Generalstaatskommissar dringend gebeten, seinen ganzen Einfluss einzusetzen, damit »Unbedachtsamkeiten, die unberechenbare Folgen haben müssen, verhin-

Beitrag zur Diskussion des Verhältnisses Seeckt – Reichswehr – Republik. Lübeck Hamburg 1971. S. 224–226.

<sup>1189</sup> Groh: Operationsgemeinschaft Vaterlandsliebe. S. 98.

<sup>1190</sup> Hürten: Das Krisenjahr 1923. S. 340 (S. 334–362. Dok. 207).

<sup>1191</sup> In dem bereits erwähnten Dienststrafverfahren gegen Theodor Neubauer gab der damalige Verbindungsoffizier General Reinhardt zur Thüringer Landesregierung auf Nachfrage Neubauers zu, dass aus Sicht des Militärs »keine Gefahr eines faschistischen Einmarschs von Bayern bestand (?) [Anmerkung der Redaktion des sozialdemokratischen Parteiblattes, M.H.] und demzufolge sich auch die Abwehr nicht nach dieser Stelle hin gerichtet habe«. Das Volk, 21.11.1931. Demgegenüber hatte Reichspräsident Ebert dem Thüringer Ministerpräsidenten August Frölich während einer Unterredung am 12. November 1923 in Berlin versichert, die Truppen hätten »den klaren Befehl, Thüringen gegen Einfälle aus Bayern zu schützen«. Wenngleich diesbezüglich »keine kommunistischen Hundertschaften im Rücken« der eingesetzten Einheiten geduldet werden könnten, sei das Vorgehen gegen diese Formationen lediglich als ein untergeordneter Nebenzweck des Schutzes vor der aus Bayern drohenden Gefahr gebilligt worden. Hürten: Das Krisenjahr 1923. S. 131 (S. 130–132. Dok. 78). Anfang November 1923 war es zwischen Ebert und der Reichswehrführung zu Spannungen bezüglich des Vorgehens gegen Bayern und des Agierens der Truppen in Thüringen gekommen. Erdmann, Vogt: Die Kabinette Stresemann. S. 1193/1194 (S. 1176–1203. Anlage Nr. 1). Während der Reichspräsident verlangt hatte, die Reichswehr solle gegen Bayern vorgehen, stellte sich General Seeckt dieser Forderung entgegen, weil die Armee dazu nicht in der Lage sei. Mühlhausen: Friedrich Ebert. S. 687. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch eine Notiz Hermann Brills über sein Gespräch mit führenden Offizieren des Wehrkreiskommandos V. am 5. Oktober 1923 in Stuttgart, das im Anschluss an eine Beratung General Reinhardts mit verantwortlichen Beamten aus den Innenministerien jener Länder stattgefunden hatte, die zu seinem Befehlsbereich gehörten. Nachdem Brill einen Offizier auf den »nationalsozialistischen Unruheherd in Südtüringen« angesprochen hatte, habe dieser erwidert, es würden diesbezüglich jeden Tag falsche Alarmmeldungen beim Wehrkreiskommando eingehen, das »diesen Dingen aber in der Hauptsache nicht nachgehen würde, sondern die Sorge für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung dem Thüringischen Ministerium des Innern und seinen Polizeibehörden überlassen müsse«. HStAW: 1. Denkschrift. Bl. 222 RS.

<sup>1192</sup> Hürten: Das Krisenjahr 1923. S. 340.

dert werden«. Als Gegenleistung kündigte der General an: »Wir werden in Thüringen militärisch Ordnung schaffen; die Befehle dafür sind gegeben. Ihre Ausführung kann durch Eingriff von unberufener Seite nur erschwert und gehindert werden.«<sup>1193</sup>

In diesem Zusammenhang wurde offensichtlich, dass das Militär nicht bereit war, die Republik vor der faschistischen Gefahr zu schützen. Während die Reichswehr bereitwillig gegen die linken Regierungen in Dresden und Weimar vorging, konnte ihr im eigenen Selbstverständnis ein militärisches Eingreifen gegen die rechtsextremistischen/faschistischen Verbände in Bayern ebenso wenig zugemutet werden wie dreieinhalb Jahre zuvor am Beginn des Kapp-Putsches in Berlin gegen die anrückende Brigade Erhardt.<sup>1194</sup>

Bis zum 5. November 1923 war die Thüringer Landesregierung über die tatsächlichen Absichten und Aktivitäten des Militärs im Unklaren gelassen worden. »In den gestrigen Abendstunden« wurden Pressemeldungen bekannt, hieß es in einem Korrespondentenbericht aus Berlin, »denen zufolge auch die Berliner Regierungsstellen sich von dem durch die rechtsradikalen Mobilisierungsmaßnahmen geschaffenen hohen Ernst der innenpolitischen Lage und insbesondere von der durch den Aufmarsch bayerischer Kampforganisationen in Nordbayern drohenden Gefahr überzeugt haben sollten. Es wurde mitgeteilt, dass die Reichsregierung sich entschlossen hätte, zum Schutz des Reiches gegen die illegalen bayerischen Verbände Reichswehr nach Südthüringen zu entsenden. Der Thüringischen Staatsregierung war allerdings bis dahin von diesem Vorhaben der Reichsregierung keinerlei amtliche Nachricht zugekommen«<sup>1195</sup>.

August Frölich hatte einen Tag zuvor notiert, dass aus Altenburg Meldungen eingehen, denen zufolge die Reichswehr aufgrund der verschärften Streiklage im Meuselwitzer Braunkohlenrevier eingerückt sei und erste Verhaftungen vorgenommen habe. Am Tag danach wurde aus Gotha, Eisenberg und Köstritz ebenfalls vom Einmarsch der Reichswehr berichtet.<sup>1196</sup> Einen weiteren Tag später erhielt das Thüringer Staatsministerium ein Schreiben General Reinhardts, das die tatsächlichen Hintergründe der Reichswehr-

<sup>1193</sup> Erdmann, Vogt: Die Kabinette Stresemann. S. 1213.

<sup>1194</sup> Hürten: Das Krisenjahr 1923. Die Reichswehr und die Krise des Reiches S. XXI (S. XI–XXIV).

<sup>1195</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 06.11.1923.

<sup>1196</sup> HStAW: 1. Denkschrift. Bl. 230 RS.

aktion offen erkennen ließ. »Die Lage in und um Thüringen ist bedrohlich und erfordert Reichswehrverstärkung«,<sup>1197</sup> hieß es darin. Täglich würden den General zahlreiche Hilferufe der Thüringer Bevölkerung erreichen, »die um Beistand gegen den Terror aller Art durch die proletarischen Hundertschaften bitten«<sup>1198</sup>. Die gegenwärtige Situation sei »für große Teile der Bevölkerung unerträglich und wird schwerwiegende Folgen haben, indem einmal eine Einschränkung der Produktion und des Warenaustausches«<sup>1199</sup> drohe und der von den proletarischen Hundertschaften bedrängte Teil der Bevölkerung bei Fortbestand dieses Zustandes »nach illegaler Unterstützung ausschauen [würde], was in mancher Hinsicht schon nahegerückt zu sein scheint«<sup>1200</sup>.

Die Offenherzigkeit des Generals brachte indes die Reichsregierung in Berlin gegenüber August Frölich in Rechtfertigungsnot. Das Schreiben Reinhardts »richte sich gegen Thüringen, nicht etwa gegen die Banden an der bayrischen Grenze«, erklärte der noch am selben Tag nach Berlin geeilte Ministerpräsident dem Reichswehrminister, um dann hinzuzufügen, »durch solches Vorgehen treffe man die Republik und ehrliche Republikaner, wie z. B. die unbewaffnete republikanische Notwehr der thüringischen Sozialdemokratie, die dem Schutz der Republik dient«<sup>1201</sup>. Geßler versicherte Frölich an jenem 6. November, General Reinhardt habe den Befehl, Thüringen gegen den Einfall von Banden zu schützen. Deshalb lege er Wert auf den ersten Satz in dessen Schreiben vom Vortag, wobei er sich

<sup>1197</sup> HStAW: 1. Denkschrift. Bl. 230 RS.

<sup>1198</sup> HStAW: 1. Denkschrift. Bl. 231. Aus sozialdemokratischer Sicht hieß es hierzu: »Die Hilferufe, von denen in diesem Schreiben die Rede ist, sind ausgegangen von Gera, Hermsdorf-Klosterlausnitz, und weiter von Jena und Gotha, sie kommen aus den Hauptlagern des thüringischen Faschismus [...].« Schon vor längerem sei von einem der faschistischen Anführer, einem ehemaligen Offizier und Bediensteten des Hauses Reuß, damit gedroht worden, »wenn nicht bald nach seinem Geschmack ›Ruhe und Ordnung‹, das heißt volle Bewegungsfreiheit für alle Stahlhelmsoldaten, Hakenkreuzler und Jungdeutschen, geschaffen werde, er sich beschwerdeführend an das Wehrkreiskommando wenden« würde. Das Vorgehen der Reichswehr habe diesen Fürstendiener gewaltig ermutigt und ihn zur Tat schreiten lassen. Die Reichswehr müsse jedoch veranlasst werden, Angaben darüber zu machen, »wo und wann nach seinen Informationen in Thüringen Teile der Bevölkerung vergewaltigt worden sind. Dass diese ›Bevölkerungsteile‹ fortwährend nach ›illegaler Unterstützung ausschauen‹ und dass das ›in mancher Hinsicht schon nahegerückt scheint‹, hätte weiter u. E. das Wehrkreiskommando veranlassen sollen, [...] sein Augenmerk auf die Vorgänge an der südhüringischen Grenze zu lenken«. Reußische Volkszeitung, 09.11.1923.

<sup>1199</sup> HStAW: 1. Denkschrift. Bl. 231. Das erste Argument des Generals für den Einmarsch seiner Truppen ist zutreffend als Befürchtung vor einem Generalstreik der Thüringer Arbeiterschaft interpretieren worden. Würfel: Arbeiterregierung. S. 186.

<sup>1200</sup> HStAW: 1. Denkschrift. Bl. 231.

<sup>1201</sup> HStAW: 1. Denkschrift. Bl. 231. Tenner warf Frölich rückblickend vor, mit dieser Bemerkung die Vereinbarung über die gemeinsamen republikanischen Notwehren bewusst außer Acht gelassen und die kommunistischen Formationen damit bei Geßler als »verfassungswidrig« denunziert zu haben. II. ThLT. S. 5711.

zu einer richtigstellenden Präzisierung des Auftrages veranlasst sah.<sup>1202</sup> Tatsächlich passte das Vorgehen des Reichswehrgenerals in Thüringen in die politische Gesamtsituation. Am ersten Novemberwochenende 1923 sei die Atmosphäre in Berlin und anderen deutschen Städten mit Alarmnachrichten aller Art über einen bevorstehenden Rechtsputsch geladen gewesen, hieß es in einem Bericht aus der Hauptstadt.<sup>1203</sup> Wenngleich sich die »törichte Meldung« des sozialdemokratischen Zentralorgans<sup>1204</sup> über einen Sturz der bayerischen Regierung durch Kahr und dessen Drohung mit einem Marsch auf Berlin für den Fall, sie würde nicht zurücktreten, als falsch erwiesen habe, lasse sich aus den vorsichtigen Andeutungen amtlicher Stellen schlussfolgern, dass die verschiedenen Kampfverbände »auf einen gewaltsamen Sturz der Regierung hinarbeiten«<sup>1205</sup>. Bei den bayerischen Formationen seien diesbezügliche Aktivitäten an der Grenze zu Thüringen schon seit Tagen erkennbar.<sup>1206</sup> »Es handelt sich dabei um Truppen der Hitlerischen Verbände, die zum Vormarsch über die bayrische Grenze hinweg vorbereitet zu sein scheinen. Ähnliche, wenn auch nicht ganz so ausgeprägte Bewegungen sind in verschiedenen preußischen Provinzen zu beobachten und es ist wohl unbestreitbar, dass zwischen allen diesen Plänen und Vorbereitungen ein innerer Zusammenhang besteht. Besondere Beunruhigung verursacht die bevorstehende Wiederkehr des Revolutionstages. Der 9. November wird in Thüringen als gesetzlicher Feiertag begangen und es ist immerhin die Frage, ob die Hitlertruppen den Revolutionsfeiern vor den bayrischen Toren ruhig zusehen werden.«<sup>1207</sup>

Vor diesem Hintergrund erließen Reichspräsident Ebert und Reichskanzler Stresemann am 6. November 1923 einen betont national gehaltenen Aufruf an das deutsche Volk, der sich zwar eindeutig gegen die immer offensichtlicher werdende Gefahr eines Rechtsputsches richtete, aber nicht zur

<sup>1202</sup> »Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Zur Erläuterung des Ihnen vom Wehrkreiskommando V – Ic 4495 pers. zugegangenen Schreibens darf ich noch Folgendes ausführen: Der Auftrag des Generals Reinhardt lautet, Thüringen auch gegen jeden Einfall von Banden von auswärts zu schützen, was im ersten Satze seines Schreibens zum Ausdruck kommt, wenn er von der bedrohlichen Lage um Thüringen spricht. Ich bin der Überzeugung, dass Schutzpolizei und Reichswehr zu dieser Aufgabe völlig genügen, dass daneben aber bewaffnete Organisationen unmöglich sind, weil sie eine Gefahr für die Bevölkerung und die Truppe bilden [...]«. HStAW: 1. Denkschrift, Bl. 231 RS.

<sup>1203</sup> Jenaische Zeitung, 06.11.1923.

<sup>1204</sup> Vorwärts, 03.11.1923.

<sup>1205</sup> Jenaische Zeitung, 06.11.1923.

<sup>1206</sup> Dennoch hat das Presseamt Thüringen Gerüchte zurückgewiesen, denen zufolge »die bayerischen nationalistischen Hundertschaften bereits bis nach Weimar, und einer anderen Lesart bis Katzhütte vorgedrungen sein«. Ebenso wenig habe es blutige Kämpfe in Südhüringen gegeben. »Die Lage an der bayerisch-thüringischen Grenze ist zweifellos nach wie vor ernst, aber zur Zeit noch völlig unverändert.« Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 06.11.1923.

<sup>1207</sup> Jenaische Zeitung, 06.11.1923.

Verteidigung der Republik, sondern der Verfassung des Deutschen Reiches aufrief.<sup>1208</sup> Hier zeigte sich die ganze Schwäche einer Politik, die auf einen wirksamen Republikschutz gegen rechts verzichtet und dessen Verfechter, statt zu stärken, auf jede nur erdenkliche Weise behindert und damit Republik und Demokratie entscheidend geschwächt hatte. Im Angesicht der akuten Gefahr blieb der Reichsregierung lediglich die Hoffnung auf die Loyalität der Reichswehrführung.

Während des Hitlerputsches in München am 8./9. November 1923 übertrug Reichspräsident Ebert dem Chef der Heeresleitung General Seeckt die Ausübung der vollziehenden Gewalt. Damit lag im bisher kritischsten Moment für die Weimarer Demokratie die entscheidende Macht »in den Händen eines Gegners der Republik«<sup>1209</sup>. Wenngleich dem General damit die von ihm angestrebte politische Führung des Reiches versagt blieb, besaß er nun eine umfassende diktatorische Machtfülle. Ebert, Stresemann und Geßler gingen offenkundig davon aus, dass dies der einzige Weg sei, um Seeckt und die bayerische Reichswehr in eine geschlossene Frontstellung gegen die Putschisten zu bringen. Sicher konnten sie sich dessen indes nicht sein. Selbst wenn Ebert angenommen haben sollte, »dass Seeckt in seiner bisherigen, politisch kaum kontrollierbaren Position der Republik gefährlicher werden konnte als jetzt, wo er dem Staatsoberhaupt direkt unterstellt war«, konnte nun gegen den General »in Deutschland Politik fürs erste nicht mehr gemacht werden«<sup>1210</sup>. Dies hatte weitreichende Konsequenzen, nicht nur, aber auch für die weitere politische Entwicklung in Thüringen.

Der von General Hasse, Befehlshaber der in Thüringen eingesetzten Reichswehrverbände, am Tag ihres Einmarschs in Weimar erlassene Aufruf an die Bevölkerung unterstrich, indem er die Argumente seines vorgesetzten Generals Reinhardt wiederholte, das tatsächliche Motiv der Militäraktion. Trotz des ausdrücklichen Verbots würden die proletarischen Hundertschaften weiterbestehen und sich in einer Weise betätigen, »die für die Autorität des Reiches und der vollziehenden Gewalt unerträglich ist«<sup>1211</sup>. Er sei beauftragt, die Ruhe und Ordnung im Land wiederherzustellen und habe sich deshalb die gesamte Polizei in Thüringen unterstellt. »Die zu

<sup>1208</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 06.11.1923.

<sup>1209</sup> Winkler: Weimar 1918–1933. S. 235.

<sup>1210</sup> Ebenda.

<sup>1211</sup> Hürten: Das Krisenjahr 1923. S. 118 (S. 118/119. Dok. 69).

treffenden Maßnahmen richten sich nicht gegen die ordnungsliebende Bevölkerung. Ich vertraue vielmehr auf deren Mitwirkung.«<sup>1212</sup>

Dieser Aufruf wurde in den antisozialistisch/antirepublikanisch eingestellten Bevölkerungskreisen wohlverstanden. Wenngleich Kommunistinnen und Kommunisten das vorrangige Ziel der Reichswehr bildeten, die »folternd und blutig«<sup>1213</sup> durchs Land zog, stellten sie unter der Gesamtzahl der von den Repressionen Betroffenen eine Minderheit dar. Denunziert wurden vor allem Menschen, die sich in den bisherigen Auseinandersetzungen aus bürgerlich-agrarischer Sicht zu stark für Demokratie und Republik engagiert hatten, wie es im Fall des sozialdemokratischen Bürgermeisters Eisenbergs eingetreten ist.<sup>1214</sup> Besonders im Visier waren neben offenkundig republikanisch eingestellten Kommunalbeamten vor allem Lehrerinnen und Lehrer, wenn sie aufgrund ihrer sozialistischen oder schulreformerischen Ansichten von den bürgerlich-agrarischen Kreisen als störend empfunden wurden.

Aus Wasungen berichtete der dortige Gemeindevorsteher, das Vorgehen der Reichswehr am 17. November 1923 in seinem Ort habe »völlig unter dem Einfluss rechtsgerichteter Personen gestanden«<sup>1215</sup>. Ein ortsansässiger Brauereibesitzer hätte dem verantwortlichen Reichswehroffizier faktisch diktiert, wer zu inhaftieren sei und wer nicht. Er habe ungestraft auf offener Straße einen verhafteten Kommunisten misshandeln können. Gegen den Protest des Gemeindevorstehers waren auf Veranlassung des Brauereibesitzers zwei Personen vom Reichswehrkommandeur zu Hilfspolizisten ernannt worden, zudem habe der Offizier dem Mann einen Waffenschein ausgehändigt. »Das Gefühl, dass die Reichswehr bei allen seinen Handlungen hinter ihm stand, gab ihm die Sicherheit seines Auftretens.« Er habe dem Gemeindevorsteher Vorschriften machen wollen, »ohrfeigte auf der Straße harmlose Passanten, die nicht zu seinen politischen Freunden gehören«, und plädierte in der *Wasunger Zeitung* dafür, »dass jetzt ganze Arbeit geleistet werden müsse«. Bitter bemerkte der Gemeindevorsteher:

<sup>1212</sup> Ebenda. S. 119.

<sup>1213</sup> Groh: *Operationsgemeinschaft Vaterlandsliebe*. S. 97.

<sup>1214</sup> August Frölich unterstützte mit einem Schreiben das Gesuch des Eisenberger Gemeinderats vom 11. November 1923 an den Militärbefehlshaber, den festgenommenen Gemeindevorsteher freizulassen. Er wisse aus seiner Vertrautheit »mit den Eisenberger Verhältnissen, dass in rechtsradikalen Kreisen der Gemeinde Eisenberg gegen« ihn »eine starke aber unberechtigte Mißstimmung besteht«. Es sei deshalb zu befürchten, dass der Gemeindevorsteher »das Opfer einer unbegründeten Denunziation und einer absichtlichen Irreführung des Militärbefehlshaber geworden ist«. HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 180 RS.

<sup>1215</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 377 RS.

»Wir sind fest davon überzeugt, dass – wenn die Reichswehr diesen einen Mann mitgenommen hätte – wir dieselbe Ruhe in Wasungen gehabt hätten, wie sie immer war.« Unter den auf Veranlassung des Brauereibesitzers Verhafteten befand sich ein Lehrer, Kommunist und Gemeinderatsmitglied. Im Wasunger Gemeinderat standen nach Darstellung des Gemeindevorstehers acht Sozialisten sieben Bürgerliche gegenüber, wobei letztere die Mitarbeit seit zwei Monaten eingestellt hätten. Durch die Inhaftierung des KPD-Mitglieds »ist das verkleinerte Parlament beschlussunfähig«. Ihm gegenüber habe der Brauereibesitzer erklärt, der Verhaftete sei »fort und kommt unter keinen Umständen wieder«. Die verbliebenen Gemeinderäte hätten die Vermutung, die Verhaftung sei »aufgrund haltloser Denunziationen« erfolgt, da gegen den Mann nichts vorliegen könne. Ziel sei es, »dem Gemeinderat die Arbeit zu erschweren«<sup>1216</sup>. Schließlich sorgte der Brauereibesitzer nach Angaben des Thüringer Innenministeriums dafür, dass auch der Gemeindevorsteher von der Reichswehr verhaftet wurde.<sup>1217</sup> Der betroffene Lehrer wurde am 1. Dezember 1923 von General Hasse mit sofortiger Wirkung vorläufig seines Amtes enthoben, weil ein Gericht seinen »unmoralischen Lebenswandel« ausdrücklich bestätigt habe und er deshalb keinesfalls in einem geordneten Staatswesen Erzieher der Jugend sein könne. Der General meinte, dem Thüringer Staatsministerium sein Befremden aussprechen zu müssen, weil der betreffende Lehrer nicht entlassen worden war.<sup>1218</sup>

Nach Einschätzung des Thüringer Innenministers Hermann verhaftete die Reichswehr zudem Menschen, die sich bisher politisch in keiner Weise betätigt hatten. Besonders drastisch war aus seiner Sicht der Fall eines Musikers, der infolge von Misshandlungen durch Soldaten schwere Verlet-

<sup>1216</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 377 RS.

<sup>1217</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 379. Die Vorgänge in Wasungen waren am 29. November 1923 auch Gegenstand einer kleinen Anfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten Lärtz im Thüringer Landtag. Abschließend bemerkte Lärtz: »Persönlich möchte ich hinzufügen, dass am vorigen Freitag früh ohne jeglichen Grund auf eine gemeine Denunziation hin in Salzungen mein Bruder, der Gendarmerie-Wachtmeister Lärtz verhaftet worden ist. Ich habe sofort dort Ermittlungen angestellt. Von der Polizeibehörde wie auch vom zweiten Bürgermeister wurde mir erklärt, dass nicht der geringste Anlass zu der Verhaftung vorläge. Ich habe den Heeresanwalt diese Dinge unterbreitet, und es wurde mir gesagt, dass es leicht möglich sei, dass er einer Denunziation zum Opfer gefallen sei. Er befindet sich heute noch in Schutzhaft.« II. ThLT. S. 5836/5837.

<sup>1218</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 392. Dem hielt das Volksbildungsministerium entgegen, dass dieser Fall noch nicht abgeschlossen sei. »Wir haben auf die eingegangenen Beschwerden der Wirtschaftlichen Wählervereinigung Wasungen eine eingehende Untersuchung angestellt und die Gerichtsakten beigezogen.« Die rechtliche Prüfung habe indes ergeben, dass die Einleitung eines Dienststrafverfahrens aufgrund einer außerdienstlichen Angelegenheit, die nicht unter den Tatbestand eines Dienstvergehens falle, aussichtslos sei, zumal »über sein dienstliches Verhalten keinerlei Beschwerde erhoben worden ist«. HStAW: Präsidialabteilung Nr. 87. Bl. 131.

zungen davontrug.<sup>1219</sup> Ein weiteres Beispiel war die Durchsuchung der Wohnung einer Gemeindeschwester in deren Abwesenheit, wobei der Hauseingang aufgebrochen wurde. Sie gehörte »keiner politischen Partei an und hat sich auch nirgends betätigt, so dass auch nicht angenommen werden kann, sie habe den kommunistischen Ideen irgendwie Unterstützung geleistet. Offenbar liegt hier eine Denunziation vor, denn die Gemeindeschwester hatte sich dem proletarischen Frauenbund, der keine kommunistische Einrichtung ist, mit zur Verfügung gestellt«<sup>1220</sup>.

Ein prominentes Opfer der Reichswehr war der Direktor des Weimarer Bauhauses, Walter Gropius. Mit der Bitte um Unterstützung wies der Syndikus dieser Einrichtung das Thüringische Staatsministerium am 26. November 1923 darauf hin, »dass Herr Direktor Gropius seines persönlichen Verhaltens wegen nicht den geringsten Anlass zu einer Haussuchung gegeben hat und dass schon seit Jahren nur von einer ganz bestimmten Stelle aus dauernd schwere Angriffe gegen ihn und das Staatliche Bauhaus geführt werden«<sup>1221</sup>. Er habe den Eindruck, so der Syndikus weiter, dass dieser Kreis die Gelegenheit der militärischen Besatzung nutze, um die Angriffe gegen Gropius und das Bauhaus mit dem Ziel ihrer weiteren Beschädigung fortzusetzen. »Dieser Fall drängt auch zu einer zweifelsfreien Annahme, dass in Thüringen tatsächlich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen die militärische Gewalt zum Zwecke einzelner privater oder politischer Gruppen mißbraucht«<sup>1222</sup> werde.

August Frölich teilte offenkundig diese Einschätzung. Er wies den Thüringer stellvertretenden Bevollmächtigten beim Reichsrat am 1. Dezember 1923 an, »energische Vorstellungen gegen das durch nichts gerechtfertigte Vorgehen des Militärbefehlshabers bei allen zuständigen Reichsstellen, dem Reichspräsidenten, Reichskanzler, Reichsinnen- und Reichswehrminister zu erheben. Sie wollen dabei darauf hinweisen, dass es sich anscheinend um ein weiteres Stadium des Kampfes gegen das Staatliche Bauhaus und Herrn Gropius handelt, der seit geraumer Zeit von rechtsradikaler Seite in skrupelloser Weise innerhalb und außerhalb des Landtages geführt wird«<sup>1223</sup>.

<sup>1219</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 379 RS.

<sup>1220</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 380 RS.

<sup>1221</sup> HStAW: 2. Denkschrift. Bl. 117.

<sup>1222</sup> HStAW: 2. Denkschrift. Bl. 118.

<sup>1223</sup> August Frölich hatte auch einen Verdacht, wer konkret den Bauhausdirektor beim Militär denunziert hatte. Letztlich behielt er dies aber für sich, denn das Nachfolgende ist im Original durchgestrichen. Die von ihm erwähnten rechtsradikalen Kreise würden »unter Führung des der deutschvölkischen Bewegung nahestehenden Mitgliedes der deutschnationalen Fraktion des Thüringer Landtages Herrn

Diese wenigen Beispiele zeigen, zumindest teilweise wurde auf der lokalen Ebene vom antirepublikanischen Bevölkerungsteil mit Unterstützung der Reichswehr »ganze Arbeit geleistet«<sup>1224</sup>.

Hatten die proletarischen Hundertschaften zunächst als Vorwand für das Eingreifen der Reichswehr in Thüringen gedient, ohne dass ihr konkrete Kenntnisse über Aufstandsvorbereitungen der KPD vorlagen,<sup>1225</sup> so lieferten deren Aufdeckung – insbesondere die bei Neubauer und Pfaff aufgefundenen Pläne – die willkommene Rechtfertigung nicht nur für das repressive Vorgehen gegen tatsächliche, sondern auch vielfach gegen vermeintliche Angehörige kommunistischer Selbstschutzformationen. Die aufgedeckten Aufstandspläne wurden nun genutzt, um die sozialdemokratische Landesregierung für die proletarischen Hundertschaften in Mithaftung zu nehmen, nachdem die Rechtspresse bereits vor dem Reichswehreinmarsch unterstellt hatte, sie würde die kommunistischen Verbände bewaffnen.<sup>1226</sup>

Dr. Herfurth handeln«. HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 299. Hierzu auch: Wahl, Volker: Das Staatliche Bauhaus in Weimar. Dokumente zur Geschichte des Instituts. Köln Weimar Wien 2009. S. 45. Mit seiner Antwort auf die Beschwerden des Bauhauses bezüglich der Durchsuchungen gab General Hasse freimütig zu, dass diese nach verschiedenen Anzeigen erfolgt waren. Ihnen zufolge hätten sich Bauhausschüler [auch Schülerinnen? M.H.] an kommunistischen Aktivitäten beteiligt und Gropius selbst sollte geäußert haben, seine Pläne könnten nur unter einer kommunistischen Regierung umgesetzt werden. »Da der betr. Truppenkommandeur keine Veranlassung hatte, die Wahrheit der Aussagen in Zweifel zu ziehen, war er nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, durch eine Durchsuchung Ihrer Wohnung feststellen zu lassen, ob dort irgendwelches kommunistisches Material vorhanden war.« Hürten: Das Krisenjahr 1923. S. 188. Dok. 130.

<sup>1224</sup> Die Kette der Beispiele ließe sich beliebig fortsetzen. Das Material hierfür liefern die drei Denkschriften der sozialdemokratischen Landesregierung über den militärischen Ausnahmezustand, die noch vorhandenen Akten in den Archiven, zeitgenössische Zeitungsberichte und nicht zuletzt die Anfragen der sozialdemokratischen und kommunistischen Abgeordneten im Thüringer Landtag im November/Dezember 1923.

<sup>1225</sup> Obwohl es infolge verschiedener Wortmeldungen in Moskau im Spätsommer 1923 durchaus Indizien für einen Revolutionsversuch der KOMINTERN in Deutschland gab, war es »jedoch den deutschen Abwehrorganen nicht gelungen, Informationen über die Entscheidungen zu erlangen, die im August, September und Oktober im Politbüro der KPR getroffen worden sind«. Wenzel: Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution. S. 200.

<sup>1226</sup> Sollen die von der Thüringer Landesregierung vom Deutschen Werk in Erfurt »bezogenen Pistolen zur Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften dienen, die von den Kommunisten u. a. ausdrücklich zur Bedingung für ihren Eintritt in die Thüringer Regierung gemacht worden ist?«. Mitteldeutsche Zeitung, 14.10.1923. Hierauf reagierte die Thüringer Landesregierung mit der Richtigstellung, mit den bezogenen Pistolen sollte die kommunale Polizei ausgerüstet werden. Sie wies damit die »Phantasienachrichten über [die] angebliche Kommunistenbewaffnung in der rechtsstehenden Presse« zurück. »Offenbar will man mit systematischen Verleumdungen erreichen, dass das Reich sich dazu entschließt, gegen Thüringen eine ähnliche Aktion einzuleiten, wie sie gegen Sachsen im Gange ist. Nachdrücklich muss deshalb gegen eine politische Brunnenvergiftung protestiert werden, die sich nicht scheut, über das Land Thüringen und seine politischen Verhältnisse ohne Rücksicht auf die dadurch der gesamten Thüringer Bevölkerung verursachten wirtschaftlichen Schädigungen immer wieder Schwindelnachrichten zu verbreiten und an solchen auch dann noch festzuhalten, wenn bereits im Landtage eine regierungsseitige Richtigstellung erfolgt ist.« Reußische Volkszeitung, 30.10.1923.

Drei Tage nach seiner Entdeckung hatte der Militärbefehlshaber für Thüringen den »Neubauer-Plan« in mehr als 100 Exemplaren nicht nur an die Thüringer Landesregierung und den Landtag, die Landespolizei, das Landeskriminalamt und weitere lokale/regionale Polizeieinrichtungen weitergeleitet, sondern auch an die Presse.<sup>1227</sup> Unter der Überschrift »Generalissimus Neubauer oder die Erstürmung der Landespolizeikaserne in Weimar« wurde dieser Plan in der rechten *Weimarischen Zeitung* zielgerichtet veröffentlicht. Werde die Bürgerschaft Weimars und Thüringens nun erkennen, fragte das Blatt, in welcher Gefahr sie geschwebt habe »und welches Unrecht sie tat, wenn sie getreuen Warnern womöglich noch Chauvinismus oder reaktionäre Gesinnung vorwarf?«<sup>1228</sup>.

Am 2. Dezember 1923 sandte der Militärbefehlshaber für Thüringen das für die Öffentlichkeit bestimmte Material für den Fortbestand der militärisch organisierten proletarischen Hundertschaften in Thüringen mit der Bemerkung an seinen Vorgesetzten, General Seeckt, es ergebe sich hieraus »ein gutes Bild der Zustände in dem angeblich ruhigsten Lande Deutschlands«<sup>1229</sup>. Seeckt leitete dieses Material am 24. Dezember 1923 an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler sowie die Innenminister des Reiches und Preußens und einen Bericht des Militärbefehlshabers für Thüringen<sup>1230</sup> nicht nur weiter, um die Gefährlichkeit der kommunistischen Hundertschaften authentisch zu belegen,<sup>1231</sup> sondern er warf auch der Thüringer Landesregierung unter August Frölich vor, sie treffe »in vollem Maße die Schuld«, Kommunismus und gewaltsamen Umsturz »in Thüringen begünstigt und großgezüchtet zu haben«<sup>1232</sup>.

Offenkundig hatte die antisozialistische Bürger- und Bauernallianz mit dem Einzug des Militärs in die Landeshauptstadt weitergehende Hoffnungen bzw. Absichten verbunden. Mit der Erklärung des Reichskanzler Stresemann in seinem Ultimatum an Ministerpräsident Zeigner vom 27. Oktober 1923, »den Rücktritt der Sächsischen Landesregierung zu vollziehen, weil die Teilnahme kommunistischer Mitglieder an dieser Landesregierung angesichts des Gesamtprogramms der kommunistischen Partei, das sich in dieser Aufreizung und Verhetzung aufs neue bestätigt, mit verfassungs-

<sup>1227</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 86. Bl. 310.

<sup>1228</sup> *Weimarische Zeitung*, 02.12.1923.

<sup>1229</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 87. Bl. 82 RS.

<sup>1230</sup> Eckardt: Ausnahmezustand in Thüringen. S. 122/123. Dok. 30.

<sup>1231</sup> Eckardt: Ausnahmezustand in Thüringen. S. 241. Anm. 12.

<sup>1232</sup> Eckardt: Ausnahmezustand in Thüringen. S. 123.

mäßigen Zuständen unvereinbar ist«<sup>1233</sup>, war das entscheidende Stichwort gegeben worden. Dem Ruf nach der Reichsgewalt sollten nun endlich Taten folgen. »Der Ausnahmestand und der mit ihm zusammenfallende Einmarsch der Reichswehr in Sachsen, die Erklärung der Reichsregierung, dass sie eine Regierung, in der sich auch die Kommunisten befinden, nicht als verfassungsmäßig anerkennen könne, und endlich die Auflösung der kommunistisch-sozialdemokratischen Regierung in Sachsen, alle diese Dinge haben ohne Zweifel eine starke Rückwirkung auf die Thüringer Regierung gehabt und sie in ihren radikalen Auswirkungen sehr gehindert«,<sup>1234</sup> kommentierte das Jenaer DVP-Organ am Tag des Reichswehreinmarsches in Weimar. Dennoch würden trotz des ausdrücklichen Verbots die proletarischen Hundertschaften, »die man mittlerweile in »republikanische Notwehren« umgewandelt hatte ihr, Unwesen« fortsetzen, sodass »nunmehr auch die Reichswehr in Thüringen eingerückt ist, um diese nur der öffentlichen Unsicherheit dienenden Organisationen aufzulösen«. Zwar seien durch den Einsatz der Reichswehr die radikalen Ambitionen der Thüringer Landesregierung einigermaßen blockiert worden, doch müsse nun abgewartet werden, »inwieweit die Reichsregierung ihre in Sachsen zur Durchführung gebrachte Anschauung gegenüber der verfassungswidrigen Regierung auch in Thüringen zur Geltung bringen wird, da hier derselbe Zustand besteht« und die Thüringer Regierung nicht daran denke, dies zu verändern. »Jedenfalls zweifeln wir nicht daran, dass auch hier die Entscheidung in demselben Sinne wie in Sachsen fallen wird.«<sup>1235</sup>

Einen Tag später schrieb die Mitteldeutsche Zeitung: »Ohne Zweifel steht man in Thüringen vor ernstesten und wichtigsten Entscheidungen und das Einrücken der Reichswehr in Weimar bzw. die Besetzung der öffentlichen Gebäude durch die Truppen deutet darauf hin, daß in Kürze ein bedeutender Vorgang zu erwarten ist. Wir nehmen an, daß die Reichswehr nicht nur eingerückt ist, um die verbotenen roten Hundertschaften zu entwaffnen und den Anordnungen des Reichspräsidenten Achtung und Geltung zu verschaffen, sondern dass wie in Sachsen mit einem Zustand aufgeräumt werden soll, der der Reichsverfassung in das Gesicht schlägt. Nämlich mit einer Regierung, die zum Teil aus Leuten besteht, deren parteipolitische Einstellung eine Bekämpfung aller verfassungsmäßigen Verhältnisse verlangt. Dass man in Weimar selbst schon seit einiger Zeit kommende Ereignis-

<sup>1233</sup> Erdmann, Vogt: Die Kabinette Stresemann. S. 861 (S. 860–862. Dok. 188).

<sup>1234</sup> Jenaische Zeitung, 08.11.1923.

<sup>1235</sup> Jenaische Zeitung, 08.11.1923.

nisse voraussieht oder ahnt, dafür gibt es mancherlei Anzeichen.«<sup>1236</sup> Schon töne es in allen Gassen: »Die Thüringer Sozialisten haben ausgespielt! General Reinhardt beseitigt jetzt die Sozialistenherrschaft, die zur Unerträglichkeit geworden ist, seit sich die Sozialisten den Moskowitern mit Haut und Haaren verschrieben haben, seitdem der Kommunismus in Thüringen gesiegt und die Sozialdemokraten, mit denen sich schließlich noch auskommen ließ, die Herrschaft an ihn abgetreten haben.«<sup>1237</sup>

Tatsächlich konnte zu diesem Zeitpunkt eine Lösung, wie sie in Sachsen angestrebt und letztlich praktiziert worden war, in Thüringen politisch nicht mehr durchgesetzt werden. Es muss hier im Einzelnen nicht dargestellt werden, wer letztlich mit welchen Motiven an der Beseitigung der verfassungsgemäßen sächsischen Landesregierung unter Ministerpräsident Erich Zeigner mitgewirkt hat. Maßgebend für die weitere Entwicklung in Thüringen war zunächst, dass die Reichsexekution gegen das Zeigner-Kabinett nicht nach den Wunschvorstellungen ihrer Initiatoren aus den bürgerlichen Parteien und dem Militär verlaufen war, wenngleich sie erstens »eine Strafaktion gegen eine Landesregierung«<sup>1238</sup> darstellte, »die sich der Remilitarisierung des Reiches entgegengestemmt hatte«. Zweitens war Sachsen ein Bauernopfer in der Auseinandersetzung der Reichsregierung mit dem Rechtsextremismus. Indem die Zeigner-Regierung in Dresden beseitigt wurde, sollte die Reichswehr davon abgehalten werden, an die Seite der bayerischen Putschisten zu treten. Drittens ging es um die definitive Ausgrenzung der KPD aus dem parlamentarischen System und viertens »sollte demonstrativ die Vereinbarkeit linksrepublikanischer Politik mit der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung dementiert werden«<sup>1239</sup>.

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. Oktober 1923, die anstelle des Reichswehrministers den Reichskanzler ermächtigte, »einen Reichskommissar für Sachsen zu ernennen, bedeutete einen Rückschlag für die Bestrebungen der Reichswehr, zum entscheidenden innenpolitischen Machtfaktor aufzusteigen«<sup>1240</sup>. Der Versuch des von Stresemann ernannten Reichskommissars Rudolf Heinze,<sup>1241</sup> eine bürgerliche Regierung am

<sup>1236</sup> Mitteldeutsche Zeitung, 09.11.1923.

<sup>1237</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 12.11.1923.

<sup>1238</sup> Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie. S. 402.

<sup>1239</sup> Ebenda.

<sup>1240</sup> Winkler: Weimar 1918–1933. S. 227.

<sup>1241</sup> »Die Entscheidung [Stresemanns], den letzten königlich-sächsischen Regierungschef, der sich anschließend als zentrale Figur der bürgerlichen Opposition gegen die Revolutionsregierung profiliert

Landtag vorbei zu bilden, wurde vom Reichskanzler blockiert<sup>1242</sup> und von der sozialdemokratisch-demokratischen Mehrheit des sächsischen Landtages letztlich unterlaufen. Infolge massiver Einflussnahme der sozialdemokratischen Parteiführung war es in der Nacht zum 30. Oktober und im Verlauf des darauffolgenden Tages in Dresden nach dem Rücktritt Zeigners zur Bildung einer neuen Landesregierung unter dem Sozialdemokraten Alfred Fellisch<sup>1243</sup> gekommen.<sup>1244</sup>

Dass damit ein umfassender Staatsstreich in Sachsen verhindert wurde, zeigte sich in der Sitzung der DVP-Reichstagsfraktion am 5. November 1923. Heinze erklärte hier zu den Vorgängen in Dresden nach seiner Ernennung zum Reichskommissar, er habe Zeigner sofort abgesetzt und versucht, eine Regierung zu bilden, der Reichskanzler sei ihm jedoch in den Arm gefallen. Die Anweisungen, die er aus der Reichskanzlei erhalten habe, lauteten, nicht er, sondern der Landtag müsste die neue Regierung bilden. Vergeblich habe er in Berlin versucht, seine diesbezüglichen Vollmachten erweitern zu lassen, doch da sei das neue Kabinett in Dresden bereits gebildet worden. »Geßler gibt mir vollkommen recht und ist ebenso enttäuscht wie ich.«<sup>1245</sup> Daraufhin erklärte ein Fraktionskollege Heinzes: »Als wir am 27. Oktober in der Reichskanzlei waren, haben wir alle geglaubt, dass Sachsen ein Koalitionskabinett bekommen würde, stattdessen haben wir eine Neuauflage des Kabinetts Zeigner unter anderer Firma. Die Aufgabe ist also formal gelöst und politisch verdorben.«<sup>1246</sup> Besonders aufschlussreich ist die knapp wiedergegebene Wortmeldung des DVP-Landesvorsitzenden Richard Leutheußer<sup>1247</sup>: »Aktion in Sachsen ist verpfuscht. Und Thüringen?«<sup>1248</sup>

Die bürgerlich-agrarischen Parteien zeigten sich nach dem Rücktritt der kommunistischen Minister fest entschlossen, »gegen die Parteiwirtschaft

und als DVP-Fraktionsvorsitzender in der Nationalversammlung die Ablehnung seiner Partei zur Reichsverfassung an vorderster Stelle zu verantworten hatte, zum Reichskommissar zu bestellen«, sei »denkbar ungeschickt« gewesen. Damit habe die Reichsexekution »unweigerlich den Beigeschmack« erhalten, »den 9. November in Sachsen revidieren zu wollen«. Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie. S. 405.

<sup>1242</sup> Richter, Ludwig: Die Deutsche Volkspartei 1918–1933. Düsseldorf 2002. S. 290.

<sup>1243</sup> Schmeitzner, Mike: Alfred Fellisch 1884–1973. Eine politische Biographie. Köln Weimar Wien 2000.

<sup>1244</sup> Schmeitzner, Mike: Revolution und Republik. Die Bildung des Freistaates Sachsen 1918/19 bis 1923. In: Hermann Konstantin; Schmeitzner, Mike; Steinberg, Sven (Hrsg.): Der gespaltene Freistaat. Neue Perspektiven auf die sächsische Geschichte 1918–1933. S. 180 (S. 61–110).

<sup>1245</sup> Richter: Die Deutsche Volkspartei. S. 290. FN 68.

<sup>1246</sup> Erdmann, Vogt: Die Kabinette Stresemann. S. 911/912. Dok. 206. FN 3.

<sup>1247</sup> Post, Wahl, Marek (Hrsg.): Thüringen-Handbuch. S. 603/604.

<sup>1248</sup> Erdmann, Vogt: Die Kabinette Stresemann. S. 911/912. Dok. 206. FN 3.

in Thüringen mit aller Entschiedenheit vorzugehen«. Und weiter: »Die Stunde scheint nicht mehr fern zu sein, in der die uneingeschränkte rote Ministerherrlichkeit in Thüringen zu Grabe getragen werden kann.«<sup>1249</sup> Trotz alledem musste die Reichswehr als ausführendes Organ vor dem Hintergrund der Entwicklung in Sachsen ihre Maßnahmen zur Ausschaltung der sozialdemokratischen Landesregierung der Situation anpassen, Spielräume ausloten und partiell auch vorübergehende Rückzüge antreten, um ihren indirekten Staatsstreich durchführen zu können. Dies war sowohl aus Sicht der Reichswehrrführung als auch der antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz notwendig. Sie sahen weiterhin die Gefahr, dass sich die proletarische Landtagsmehrheit auf eine Fortführung der Legislatur und die Wahl einer neuen Landesregierung entsprechend der Landesverfassung verständigte. Damit, so General Seeckt am 12. Dezember in einem Schreiben an den Reichskanzler und den Reichsinnenminister, sei »der Zustand wieder hergestellt, der den Einsatz der Reichswehr in Thüringen notwendig machte«. Eine solche sozialdemokratische Landesregierung, drohte der General, »würde sich auf eine Partei stützen, deren nächstes Ziel der gewaltsame Umsturz der Verfassung ist, deren Betätigung ich im Reich habe unterbinden müssen, deren Thüringer Bezirk besonders radikal ist; in diesem Fall würde das Lebensinteresse des Reichs den sofortigen Rücktritt der Regierung, Auflösung des Landtags und Einsetzung eines Reichskommissars erfordern«<sup>1250</sup>.

Tatsächlich gab es in beiden Thüringer Arbeiterparteien weiterhin Bestrebungen, den Landtag bis zum Ende der Legislaturperiode weiterzuführen, zumindest jedoch seine Neuwahl unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes zu verhindern. Am 24. November 1923 verbreitete die bereits erwähnte PP-Korrespondenz, die sozialdemokratisch-kommunistische Landtagsmehrheit werde den bisherigen Staatsrat Bruno Bieligk<sup>1251</sup> zum Wirtschaftsminister und Roman Rittweger erneut in das Amt des Justizministers wählen.<sup>1252</sup> Hierbei handelte es sich keineswegs um eine Spekulation. Die KPD-Landtagsfraktion war mehrheitlich zur erneuten Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung bereit.<sup>1253</sup> Tenners diesbezügliche Ausführungen am 29. November 1923 im Thüringer Land-

<sup>1249</sup> Mitteldeutsche Zeitung, 13.11.1923.

<sup>1250</sup> Abramowski, Günter; Erdmann, Karl Dietrich (Hrsg.): Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Marx I und II. Bd. 1. Boppard am Rhein 1973. S. 89 (S. 89–97. Dok. 19).

<sup>1251</sup> Schilling, Willy: Mitbegründer des Landes Thüringen. Bruno Bieligk (1889–1969). In: Hesselbarth, Schulz, Weißbecker (Hrsg.): Gelebte Ideen. S. 44–52.

<sup>1252</sup> Jenaische Zeitung, 24.11.1923.

<sup>1253</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 81 und Bl. 83/84.

tag machten indes kenntlich, dass es der KPD wie schon im Frühjahr 1923 um eine Ersetzung der bisherigen Frölich-Regierung ging,<sup>1254</sup> wodurch sich ihr Angebot faktisch erledigt hatte. Dennoch plädierte eine knappe Mehrheit der Delegierten der Thüringer sozialdemokratischen Landeskonferenz am 1. Dezember 1923 dafür, noch einmal den Versuch einer Regierungsbildung mit kommunistischer Unterstützung zu unternehmen.<sup>1255</sup> Die bange Frage der PP-Korrespondenz, »dürfen die Kommunisten, wenn auch zunächst in verschleierte Form, Thüringen weiter mit regieren«<sup>1256</sup>, hatte damit einen, wenn auch äußerst schmalen, realen Hintergrund. Die Thüringer KPD-Bezirksleitung befürchtete offenbar, infolge des am 23. November 1923 erlassenen KPD-Verbots<sup>1257</sup> von einer Landtagsneuwahl ausgeschlossen zu werden. Deshalb erwog sie, eine vorzeitige Auflösung des Thüringer Landtages bis zur Beendigung des Ausnahmezustandes zu verhindern. Unter der Voraussetzung des Einverständnisses der Parteizentrale sollte die kommunistische Landtagsfraktion nach Auffassung der Bezirksleitung die Abstimmung über ihren Antrag zur Auflösung des Landtages zunächst aussetzen.<sup>1258</sup> Damit hatte sie ihre ursprüngliche Haltung korrigiert.<sup>1259</sup> Dass es jedoch zur Abstimmung über den KPD-Antrag zur Landtagsauflösung 14. Dezember 1923 kam,<sup>1260</sup> gibt einen Hinweis auf die Haltung der Partei-Zentrale und den nun einsetzenden ultralinken Wirrungen kommunistischer Politik unter Ruth Fischer.<sup>1261</sup>

<sup>1254</sup> »Die Erfahrungen, die wir in der Vergangenheit gemacht haben, geben für uns natürlich eine klare Sachlage, eine ganz andere Situation. Ich erkläre im Namen meiner Fraktion und im Namen meiner Partei: Wir werden auch jetzt und werden auch in Zukunft unter Umständen eine sozialdemokratische Regierung, auch eine sozialdemokratische Minderheitsregierung, unterstützen, aber niemals wieder auf die Art und Weise, wie es in der Vergangenheit gewesen ist, niemals wieder ohne klare Bindungen und ohne reale Garantien. Zu diesen realen Garantien gehören auch personelle Sicherheiten. Wir wären auch heute bereit, eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zu unterstützen, aber gegen die Personen, die heute in der Regierung sind, haben wir heute zum größten Teile das schärfste Misstrauen. Wir können keine Regierung unterstützen, in der ein Minister Hermann sitzt, wir können keine Regierung unterstützen, in der ein Minister Frölich sitzt [...]. Wir werden auch ablehnen, eine solche Regierung durch Zuwahl zu ergänzen. Im Gegenteil, wir hegen gegen diese Regierung das aller-schärfste Misstrauen [...].« II. ThLT. S. 5844. Am 1. Dezember 1923 teilte die illegale KPD-Bezirksleitung der Zentrale mit: »Wir werden das [bürgerliche, M. H.] Mißtrauensvotum gegen die nichtkompromittierten Leute, gegen Greil und Bieligk ablehnen, mit Rücksicht auf die SPD-Arbeiter.« BArch RY 1/2375. Bl. 88.

<sup>1255</sup> Das Volk, 03.12.1923 Reußische Volkszeitung, 04.12.1923.

<sup>1256</sup> Jenaische Zeitung, 24.11.1923.

<sup>1257</sup> General Seeckt hatte als Inhaber der vollziehenden Gewalt an diesem Tag zugleich die NSDAP und die DVFP verboten. Winkler: Weimar 1918–1933. S. 236.

<sup>1258</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 81 und Bl. 88.

<sup>1259</sup> Am 26. November 1923 hatte sie an die Zentrale berichtet: »In der Fraktion bestehen Differenzen über die Stellung zur Regierungsbildung. Die Fraktionsmehrheit tritt für Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung ein. Die provisorische B. L. hat sich bereits mit diesen Differenzen beschäftigt und beschlossen, dass die Fraktion ihren Antrag zur Auflösung des Landtages aufrecht-erhält.« BArch RY 1/2375. Bl. 83/84.

<sup>1260</sup> Häupel: Gründung des Landes Thüringen. S. 169.

<sup>1261</sup> Kinner: Kommunismus. S. 67–78.

Während die Thüringer vSPD ebenfalls zu verhindern suchte, die Neuwahl des Landtages unter dem Ausnahmezustand durchzuführen, strebten Reichswehr und antisozialistische Bürger- und Bauernallianz genau dies an. Das Agieren des Militärbefehlshabers in Thüringen, so General Seeckt Anfang Dezember 1923 an den Reichskanzler, müsse »Stückwerk bleiben und nach Abzug der Reichswehr sich in das Gegenteil verkehren, wenn nicht das ganze derzeitige Regierungssystem grundlegend geändert wird. Diese grundlegende Änderung kann ich nur darin erblicken, dass durch Neuwahlen, die von der Reichswehr in Vorbereitung und Durchführung gesichert werden, die bürgerliche Mehrheit der Bevölkerung die ihr zustehende Regierung erhält«<sup>1262</sup>. Deshalb lehnte der Inhaber der vollziehenden Gewalt im Reich die Aufhebung des Ausnahmezustandes vor dem Stattfinden einer vorzeitigen Neuwahl des Thüringer Landtages ausdrücklich ab,<sup>1263</sup> forderte General Hasse stattdessen den »Eingriff der Reichsregierung, Auflösung des Landtages, Einsetzen eines Reichskommissars, der die Regierungsgeschäfte bis zur Beendigung der Neuwahlen und bis zum Einsetzen der von dem neuen Landtage zu wählenden Staatsregierung führt«<sup>1264</sup>.

Diese Forderungen gingen auf die Rechtsopposition im Thüringer Landtag zurück. Die bürgerlichen Parteien hatten Hasse am 5. Dezember 1923 erklärt, »dass sie die Ernennung eines Reichskommissars wünschen, dass sie um diese Ernennung jedoch in Berlin nicht ausdrücklich bitten wollen. Der Grund hierfür ist folgender: Sie wollen der Linken nicht die Möglichkeit geben, eine Forderung der Rechten auf Einsetzung eines Reichskommissars im Wahlkampf agitatorisch auszunützen. Doch glauben die Vertreter der bürgerlichen Parteien, durch die ›Darstellung des Verfassungskonfliktes in Thüringen‹ der Reichsregierung die Unterlagen verschafft zu haben, die das Reich zu einem Eingreifen und zu einer Entscheidung in dieser Angelegenheit befähigt und nötigt«<sup>1265</sup>. Als die Regierung Frölich am 7. Dezember 1923 tatsächlich zurückgetreten war, bekräftigte Hasse seine Forderungen: »Einsetzung eines Reichskommissars unbedingte Notwendigkeit, ebenso wenn Verschleppungstaktik weiter Erfolg haben sollte. Ohne

<sup>1262</sup> Abramowski, Erdmann: Die Kabinette Marx I und II. Bd. 1. S. 96 (S. 92–96. Dok. 19. Anlage 3).

<sup>1263</sup> Der Zeitpunkt zur Aufhebung des Ausnahmezustands werde dann gekommen sein, wenn die Staatsautorität in Deutschland so gefestigt ist, dass Neuwahlen zum Reichstag erfolgen könnten. »Dieser Zeitpunkt lasse sich noch nicht genau feststellen; namentlich seien die Wahlen in Thüringen als ein wichtiges Zeichen für den Grad der Festigung der politischen Verhältnisse abzuwarten.« Hürten: Das Krisenjahr 1923. S. 352.

<sup>1264</sup> Abramowski, Erdmann: Die Kabinette Marx I und II. Bd. 1. S. 96 (S. 92–96. Dok. 19. Anlage 3).

<sup>1265</sup> Abramowski, Erdmann: Die Kabinette Marx I und II. Bd. 1. S. 90. Dok. 19. Anlage 1.

Reichskommissar ist in Thüringen ein Wandel ausgeschlossen. [Die] Regierung arbeitet z. Zt. an weiterer Durchsetzung des Landes mit kommunistischen oder linkssozialistischen Beamten, Lehrern usw., damit das Land bis zu den Neuwahlen für Wahlausgang in linksradikalem Sinne reif gemacht wird. Misserfolg der bürgerlichen Partei bei den Neuwahlen bei ungehinderter Fortsetzung dieser Taktik vorauszusehen, damit alle Arbeit umsonst.«<sup>1266</sup>

Am 21. Dezember 1923 verfasste August Frölich eine Notiz über ein von ihm am selben Tag geführtes Telefonat mit einer Person, deren Namen er für sich behielt. Der Betreffende hatte ihn gefragt, »wer Dr. Sattler<sup>1267</sup> sei«<sup>1268</sup>, und gleichzeitig darüber informiert, das Reichskabinett habe beschlossen, diesen zum Reichskommissar für Thüringen zu ernennen. Frölich entschied nach Rücksprache mit Hermann Brill und Innenminister Karl Hermann, entgegen der Bitte der ungenannten Person niemanden nach Berlin zu weiteren Aussprachen zu entsenden. Stattdessen beauftragte er den stellvertretenden Bevollmächtigten beim Reichsrat mit der Klärung. Dieser brachte in der Reichskanzlei in Erfahrung, es »seien nur aus einigen Reichsministerien Beauftragte nach Thüringen geschickt worden«<sup>1269</sup>. Ursache hierfür wären die »in Fülle« von den bürgerlichen Thüringer Parteien bei den Reichsministerien persönlich vorgetragenen Beschwerden über die Landesregierung. Konkret beträfen dies ihre Finanz-, Personal- und Kulturpolitik. Ihm sei in der Reichskanzlei erklärt worden, die Ernennung eines Reichskommissars müsste über Artikel 48 erfolgen. Die »Militärbefehlshaber, auch der höchste Inhaber der militärischen Gewalt, könnten eine Landesregierung nicht absetzen«<sup>1270</sup>. Eine solche Maßnahme würde aufgrund der gewissen Beruhigung, die im ganzen Reich zu verzeichnen sei, jedoch nicht ergriffen werden.<sup>1271</sup> Stattdessen werde die Reichsregierung zunächst den Beschuldigungen, die »vorläufig als Behauptungen vorgetragen« wurden, nachgehen.<sup>1272</sup>

Tatsächlich war von Reichspräsident Ebert Mitte Dezember 1923 das Vorhaben der Reichsregierung abgeblockt worden, einen Regierungskommissar für Thüringen zu ernennen.<sup>1273</sup> Damit schien das Ansinnen der bürgerlich-

<sup>1266</sup> Abramowski, Erdmann: Die Kabinette Marx I und II. Bd. 1. S. 97 (S. 96/97. Dok. 19. Anlage 4).

<sup>1267</sup> Post, Wahl, Marek (Hrsg.): Thüringen-Handbuch. S. 623/624.

<sup>1268</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 62.

<sup>1269</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 62 RS.

<sup>1270</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 62 RS.

<sup>1271</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 62 RS.

<sup>1272</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 63.

<sup>1273</sup> Mühlhausen: Friedrich Ebert. S. 695.

agrарischen Opposition zunächst gescheitert. Ebert hatte die Reichsregierung jedoch auf Artikel 15 der Verfassung verwiesen. Dieser verpflichtete die Landesregierungen zur Umsetzung von Reichsgesetzen und ermächtigte das Reichskabinett zur Überwachung der diesbezüglichen Ausführung.<sup>1274</sup> Damit gab er den Gegnern der sozialdemokratischen Thüringer Landesregierung – ob unbewusst oder bewusst – eine Möglichkeit, sie unterhalb der Maßnahme einer Reichsexekution in einem noch stärkeren Maße zu bedrängen, denn die Einsetzung eines Reichskommissars stand weiterhin im Raum.

Unabhängig davon, wie belastbar die Ergebnisse der Untersuchungskommission letztlich waren, musste allein die Tatsache ihrer Einsetzung das von der Rechtsopposition einschließlich der ihr nahestehenden Presse verbreitete Argument der Verfassungswidrigkeit der Frölich-Regierung weiter untermauern. Tatsächlich entsprach die amtierende sozialdemokratische Landesregierung nach dem Rücktritt der kommunistischen Minister nicht mehr den Bestimmungen der Landesverfassung, denen zufolge die ehemaligen Kleinstaaten durch ein Regierungsmitglied vertreten sein mussten. Wenngleich August Frölich diesen Aspekt des Konfliktes keineswegs bestritt, hatte er am 30. November 1923, unmittelbar nach dem gescheiterten Versuch, sein Kabinett durch eine entsprechende Nachwahl im Landtag zu ergänzen, die aus seiner Sicht politische Zielrichtung des verfassungspolitischen Arguments kenntlich gemacht. »Die Vertreter der bürgerlichen Parteien versuchen jetzt, der Öffentlichkeit plausibel zu machen, dass Thüringen eine verfassungsmäßige Regierung nicht besitze. Es handelt sich um etwas ähnliches wie darum, dass man seit zwei Jahren der Öffentlichkeit plausibel zu machen versucht hat, dass Thüringen ein Land der Anarchie sei [...].«<sup>1275</sup> Ziel dieser Argumentation sei es, eine ähnliche Situation wie in Sachsen herbeizuführen und »einen Reichskommissar herzubekommen«<sup>1276</sup>.

Zunächst waren den Thüringer Ministern nach Darstellung August Frölichs erst auf Nachdruck und dann in sehr allgemeiner Form die Vorwürfe mitgeteilt worden, die ihnen zur Last gelegt wurden. Nachdem die Beauftragten der Reichsregierung im Weimarer Staatsministerium eingetroffen waren – jedoch nicht, um die Vorwürfe zu besprechen, wie zuvor von

<sup>1274</sup> Ebenda.

<sup>1275</sup> II. ThLT. S. 5861.

<sup>1276</sup> II. ThLT. S. 5861.

Reichswehrminister Geßler mitgeteilt,<sup>1277</sup> sondern um eine Untersuchung durchzuführen<sup>1278</sup> machte der Leiter der Kommission, Reichskommissar Hermann Kuenzer, gegenüber August Frölich erste allgemeine Andeutungen: »Unterstützung der Kommunisten, Unterstützung der Hundertschaften, Duldung kommunistischer Beamter und Angestellter, Gehaltszahlung an Tenner und Korsch [...], Unterstützung von Hinterbliebenen der durch die Reichswehr in Meiningen Erschossenen.«<sup>1279</sup> Neben weiteren Punkten monierte der Reichskommissar die Zahlung erheblicher Zuschüsse an die Volkshochschule Tinz<sup>1280</sup>, die Bevorzugung von Mitgliedern des *Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes* bei der Zulassung zur Prüfung und bei Beamtenanstellung. »Besonders beauftragt sei er zu fragen, ob ein Programm für den Beamtenabbau bereits aufgestellt sei. Ein Ministerialdirektor [Wilhelm] Bärwinkel<sup>1281</sup> sei nicht genügend vorgebildet (Handschuhmacher). Es sei die Befürchtung ausgesprochen worden, dass Akten vernichtet worden sein könnten [...].«<sup>1282</sup>

Im Ergebnis der Untersuchungen der Kommission der Reichsregierung blieb von der Fülle dieser bürgerlich-agrarischen Beschuldigungen der Vorwurf, die Thüringer Landesregierung habe eine »Beamtenpolitik betrieben, durch die Art. 130 Abs. 1 der Reichsverfassung verletzt ist, indem in einseitiger Weise Angehörige einer bestimmten Richtung« – das meinte sowohl die Sozialdemokratie als auch Kommunistinnen und Kommunisten –, die »wegen ihrer Parteizugehörigkeit und nicht nach sachlichen Grundsätzen angestellt wurden«. Dabei würde das Volksbildungsministerium infolge der Besetzung der Lehrerstellen einen besonderen Gefahrenherd darstellen.<sup>1283</sup> Dem widersprachen Frölich und Greil während der Beratung der Ergebnisse der Untersuchungskommission mit dem infolge des Rücktritts der Regierung Stresemann seit dem 29. November 1923 amtierenden Reichskanzler Wilhelm Marx<sup>1284</sup> und Reichsinnenminister Karl Jarres vehement. So wies Frölich den Vorwurf der einseitigen Beamtenpolitik mit Verweis auf die in Thüringen soeben stattgefundenen Wah-

<sup>1277</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 61.

<sup>1278</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 63 RS.

<sup>1279</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 64.

<sup>1280</sup> Noak, Ronny: Die Heimvolkshochschule Tinz. Ein Experimentierlabor sozialistischer Bildung. Jena 2021.

<sup>1281</sup> Lengemann: Handbuch. S. 145–147. »Als Kuenzer hörte, dass Herr Bärwinkel bereits unter der Regierung Paulssen auf das Land Thüringen übernommen worden ist, erklärte er die Beschwerde für erledigt [...].« HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 64 RS.

<sup>1282</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 64 RS.

<sup>1283</sup> Eckardt: Ausnahmezustand in Thüringen. S. 168 (S. 167/168. Dok. 37). Hier sind auf S. 124–166, Dok. 32–36, die Berichte der Untersuchungskommission zu den einzelnen Ministerien dokumentiert.

<sup>1284</sup> Winkler: Weimar 1918–1933. S. 240/241.

len zu den Beamtenräten zurück. Sie hätten gezeigt, dass die große Mehrheit der Beamten nicht sozialistisch sei.<sup>1285</sup> »Eine Partei von der Stärke der Sozialdemokratie in Thüringen habe ein Anrecht darauf, auch Sozialdemokraten als Beamte zu haben.«<sup>1286</sup> Greil erklärte, er hätte bei einigen der neu eingestellten Personen erst durch die Untersuchung der Kommission erfahren, dass es sich bei ihnen um Sozialdemokraten handle. Ihm sei es darauf angekommen, »die tüchtigsten schulreformerischen Kräfte heranzuziehen, einerlei welcher Parteistellung [...]. Schulreformerisch werde eben in Thüringen vielfach gleich sozialistisch gesetzt«<sup>1287</sup>. Dass das Verhältnis zur Jenaer Universität schlecht sei, gab der Minister ohne Weiteres zu. Allerdings seien bei 35 Berufungen nur fünf oder sechs gegen den Wunsch der Fakultät erfolgt.<sup>1288</sup>

Finanzminister Emil Hartmann sah indes die Masse der zuvor erhobenen Vorwürfe gegen die Thüringer Landesregierung als entkräftet. Am Beginn einer zweiten Beratung mit Reichskanzler Marx und Reichsinnenminister Jarres am 8. Januar 1924 erklärte er: »Gegen das Innenministerium seien eine Reihe schwerer Vorwürfe erhoben worden.« Da der Innenminister jedoch in Haft sei – worauf noch einzugehen sein wird – blieb die Klärung dieser Vorwürfe aus seiner Sicht offen. Die anwesenden Minister könnten für etwaige Verfehlungen Hermanns nicht verantwortlich gemacht werden. Gegen das Wirtschaftsministerium läge nichts vor, ebenso wenig sei gegen das Justizministerium Belastendes erbracht. »Staatsminister Greil würde heute alle die gegen ihn erhobenen Vorwürfe total widerlegen können. Gegen das Finanzministerium bleibe nur: dass kein Gold-Etat aufgestellt sei.«<sup>1289</sup>

Was rückblickend als »Kompromiss«<sup>1290</sup> dargestellt wurde, war aus Sicht des Thüringer Ministerpräsidenten »ein Vorschreiben à la Versailles – Vogel friss oder stirb!«<sup>1291</sup>, also faktisch eine Erpressung der Thüringer Landesregierung durch die Reichsregierung. Wenn die thüringischen Minister das vorgeschlagene weitere Vorgehen ablehnen würden, erklärte Reichs-

<sup>1285</sup> HStAW: Präsidualabteilung Nr. 89. Bl. 88 RS. »Die Ergebnisse der Wahlen der Thüringer Beamtenvertretungen stehen noch nicht endgültig fest. Wie wir hören, hat sich ein überwältigender Sieg des parteipolitisch neutralen Thüringer Beamtenbundes, der aber im bewussten Gegensatz zur Thüringer Parteiregierung steht, ergeben.« Thüringer Allgemeine Zeitung, 01.01.1924.

<sup>1286</sup> HStAW: Präsidualabteilung Nr. 89. Bl. 92 RS.

<sup>1287</sup> HStAW: Präsidualabteilung Nr. 89. Bl. 94 RS.

<sup>1288</sup> Zum Thüringer Hochschulkonflikt: Faludi: Der »neue« gegen den »alten Geist«. S. 285–306.

<sup>1289</sup> HStAW: Präsidualabteilung Nr. 89. Bl. 98.

<sup>1290</sup> Overesch: Hermann Brill. S. 158.

<sup>1291</sup> HStAW: Präsidualabteilung Nr. 89. Bl. 98 RS.

innenminister Jarres während der zweiten Zusammenkunft, »dann könne das Kabinett nur dem Reichspräsidenten entsprechende Auflagen nach Art. 48 empfehlen«<sup>1292</sup>.

Ob die thüringischen Staatsminister zu diesem Zeitpunkt des Gesprächs noch mit der Gefahr einer Reichsexekution rechneten und deshalb auf den Vorschlag Jarres eingingen, sie könnten »einen Vorbehalt hinsichtlich der Anerkennung der ›Feststellungen‹ der Untersuchungskommission machen und von sich aus die gleichen Vorschläge tätigen, wie sie von der Reichsregierung vorgelegt worden sind, bliebe weiter zu klären. Tatsächlich stellten sich ihre Erwartung, dass mit der »Vereinbarung zwischen der Reichsregierung und der thüringischen Landesregierung«<sup>1293</sup> vom 14./15. Januar 1924 die Militärwillkür in Thüringen ausgeschaltet sei,<sup>1294</sup> als Irrtum heraus. Zwar hatte General Seeckt am 19. Januar 1924 in einem Schreiben an seinen Untergebenen, General Hasse, von der Einigung zwischen Weimar und Berlin hinsichtlich des weiteren Verfahrens bei Personalveränderungen in Kenntnis gesetzt und erklärt, dass damit seine diesbezüglichen Verfügungen überflüssig geworden seien. Mit der Formulierung »Das Recht und die Pflicht des Befehlshabers, sich auch über dieses Gebiet dauernd unterrichten zu lassen, wird hierdurch nicht berührt«<sup>1295</sup> eröffnete der Inhaber der vollziehenden Gewalt dem Thüringer Militärbefehlshaber jedoch die Möglichkeit zu fortgesetzten Eingriffen in die Landesverwaltung, von der General Hasse weiterhin Gebrauch machen wollte.<sup>1296</sup>

Das war der Punkt, an dem Reichspräsident Ebert eingriff und Seeckt, wengleich zu spät und mit wenig Wirkung, befahl, »den Militärbefehlshaber in Thüringen in der Ihnen geeignet erscheinenden Form zu einer Einschränkung seiner Verfügung und Publikation zu verlassen«<sup>1297</sup>. An Reichswehrminister Geßler schrieb Ebert am 28. Januar 1924, er habe zur Kenntnis genommen, dass der Militärbefehlshaber in Thüringen »verschiedentlich eine Auffassung seiner Rechte und Vollmachten« vertrete, »die

<sup>1292</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 98 RS.

<sup>1293</sup> Im Kern verpflichtete sich die noch amtierende sozialdemokratische Landesregierung, bis zur Neubildung einer Landesregierung alle Personalentscheidungen nur mit Zustimmung eines Ausschusses vorzunehmen, dessen Mitglieder jeweils von der Reichs- und der Landesregierung ernannt und der vom Präsidenten des Oberlandesgerichts Jena geleitet werden sollte. John: Quellen zur Geschichte Thüringens. S. 118 (S. 117–119. Dok. 12 g).

<sup>1294</sup> Das Volk, 21.01.1924.

<sup>1295</sup> HStAW: 3. Denkschrift. Bl. 329.

<sup>1296</sup> Eckardt: Ausnahmezustand in Thüringen. S. 174–176. Dok. 40. S. 178/ 179. Dok. 42.

<sup>1297</sup> Ebenda. S. 179/180. Dok. 43.

rechtlich irrig und tatsächlich geeignet ist, unnötige Schwierigkeiten und Reibereien mit der Thüringischen Regierung herbeizuführen«. Er könne es nicht billigen, dass der Militärbefehlshaber seinen amtlichen schriftlichen Verkehr mit der Landesregierung wie »mit untergeordneten Dienststellen« führe und dabei sowohl in die Justiz- als auch Polizeihochheit des Landes eingreife. Die »Auffassung des Militärbefehlshabers, er sei befugt zu prüfen, ob das allgemeine polizeiliche Interesse die Begnadigung einer bestimmten Person zulasse«, müsse Ebert als »irrig bezeichnen«. Ebenso wenig lägen die Anordnungen des Militärbefehlshabers in der Frage der Eingemeindungen in seiner Zuständigkeit. In seinem Verlangen »nach Mitteilung der persönlichen und politischen Verhältnisse der seit dem 7. Oktober 1921 neuernannten oder beförderten Schulleiter, Staatsanwälte, Polizeibeamten usw. muss ich einen außerhalb der Rechte des Inhabers der vollziehenden Gewalt liegenden Eingriff in die Regierungsrechte des Landes erblicken«. Die vom Militärbefehlshaber vertretene Auffassung, er sei als Inhaber der vollziehenden Gewalt zu solchen Maßnahmen berechtigt, ist ebenso irrig, da er trotz seiner umfassenden polizeilichen Befugnisse auf dieses Gebiet beschränkt und er zu »Eingriffen auf die Gesetzgebungs- und Regierungsrechte des Landes nicht befugt« sei.<sup>1298</sup>

Es soll an dieser Stelle bewusst offengelassen werden, inwieweit die Mitglieder der Untersuchungskommission der Reichsregierung unvoreingenommen den gegen die Thüringer Landesregierung gerichteten Beschwerden nachgingen oder ob sie zielgerichtet den Nachweis für deren Richtigkeit erbringen wollten bzw. sollten. Besonders kritikwürdig an ihrem Vorgehen war jedoch aus Sicht der Thüringer Landesregierung, dass die Untersuchungskommissare ihre Befragungen bzw. Vernehmungen in den einzelnen Ministerien nicht dokumentiert hatten, so August Frölich während der Besprechung mit Reichskanzler Marx am 5. Januar 1924 in Berlin.<sup>1299</sup> Ebenso verwahrte sich Volksbildungsminister Greil »gegen die inquisitorische Art«<sup>1300</sup>, in der der Reichsbeamte in seinem Haus vorgegangen sei. Der Personalreferent im Innenministerium, offenkundig ein bürgerlicher Beamter, der von Karl Hermann und seinem Mitarbeiter Kunze nicht in

<sup>1298</sup> Ebenda. S. 180–182. Dok. 44.

<sup>1299</sup> HStAW: Präsidialabteilung, Nr. 89 Bl. 89. Die Vertreter der Reichsregierung rechtfertigen dieses Vorgehen damit, dass »den Beamten die vertrauliche Behandlung ihrer Aussagen habe« zugesagt werden müssen. »Hierzu wurde von mehreren der Herrn Beauftragten angegeben, die Beamten seien verschüchtert und befangen gewesen und hätten erklärt, sie stünden unter einem solchen Terror, dass sie nur aussagen könnten, wenn ihre Namen nicht genannt würden.« Bl. 89 RS.

<sup>1300</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 94.

alle Personalentscheidungen einbezogen worden war,<sup>1301</sup> hielt die Art und Weise seiner Vernehmung durch Reichskommissar Kuenzer schriftlich fest.

Dabei sei ihm der Fall eines Beamten vorgelegt worden, bei dem das Ministerium in den Verdacht der »Urkundenfälschung« geriet. »Ich war sehr aufgeregt und entsann mich im Augenblick nicht mehr genau auf den Namen. Meine Haltung schien die Vermutung aufkommen zu lassen, als ob ich von der Sache wüsste, und ev. beteiligt war, denn Herr Kuenzer sagte zu mir, »es ist doch sehr merkwürdig, dass Sie eine so wichtige Sache nicht mehr wissen wollen bzw. sich nicht mehr darauf besinnen können«. Meiner Erinnerung nach, ich glaube es war in diesem Zusammenhang, gebrauchte er die Worte: »Wenn Sie nicht sofort mit der Sprache herauskommen, so lasse ich Sie unter Anklage stellen wegen Urkundenfälschung und Urkundenvernichtung, Sie wissen, dass darauf Zuchthaus steht.«<sup>1302</sup>

Sehr wahrscheinlich meinte der von diesem Beamten angesprochene Vorgang den Ausgangspunkt des »Fall Hermann«, der Anfang 1924 über Thüringen hinaus Schlagzeilen gemacht und nicht unwesentlich zur Mobilisierung der bürgerlich-agrarischen Wählerschaft für die Landtagswahl am 10. Februar 1924 beigetragen hat.<sup>1303</sup> Der ebenfalls in diesem Zusammenhang von seinem Amt als Meininger Kreisdirektor vom Militärbefehlshaber suspendierte Sozialdemokrat Louis Rennert<sup>1304</sup> gab hinsichtlich des tatsächlichen Vorgangs zu Protokoll, Anlass für die große Zahl der Einstellungen von Beamten im Herbst 1923 sei eine Differenz zwischen dem Innenministerium und den Landkreisen in Umsetzung der neuen Kreis- und Gemeindeordnung gewesen. Während das Innenministerium der Auffassung war, zukünftig mit Ausnahme der Kreisdirektoren auf die Einstellung von Beamten verzichten zu können, hatte sich Rennert letztlich mit seiner gegenteiligen Position im Herbst 1923 durchgesetzt. Der infolge dieses Dissens entstandene Einstellungsstau sei dann zügig abgebaut worden.<sup>1305</sup>

<sup>1301</sup> Dies war ohne Zweifel ein Missstand, den Frölich nach seiner kommissarischen Übernahme des Innenministeriums abgestellt hatte. HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 90.

<sup>1302</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 156.

<sup>1303</sup> Der Fall Hermann schien aus sozialdemokratischer Sicht zu beweisen, »wie armselig es mit dem ›Ordnungsblock‹ in Thüringen bestellt sein muss«. Er bestätigt vor allem aber auch, »dass die Verhaftungen des thüringischen Innenministers tatsächlich nur in Ermangelung einer zugkräftigen Wahlparole gegen die Sozialdemokratie erfolgte«. Das Volk, 25.01.1924.

<sup>1304</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 134.

<sup>1305</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 137–142. »Betreffs Herrn Pfeiffer bemerke ich noch, dass der Antrag auf Anstellung von mir seit Februar 1923 vorliegt. Ich habe nie danach gefragt, ob ein Beamter oder Angestellter der Sozialdemokratischen Partei angehört oder nicht, auch Herrn Pfeiffer nicht, habe aber nun festgestellt, dass er der Sozialdemokratischen Partei weder angehört, noch angehört

Karl Hermann, der letztlich von allen Vorwürfen freigesprochen wurde,<sup>1306</sup> erklärte: »Seit dem Bestehen der deutschen Republik dürfte es das erste Verfahren dieser Art sein. Ein im Amt befindlicher Minister wird von der Staatsanwaltschaft in Haft genommen; ihm zur Last gelegt wird ein Verstoß gegen einen Paragraphen des Strafgesetzbuches, begangen in der Ausübung ihm verfassungsgemäß zustehender Befugnisse. Dadurch, dass ich einen gefassten Beschluss erst später, aber mit dem Datum von dem Tage, an dem der Beschluss gefasst worden ist, unterzeichnet habe, soll ich eine unzulässige Rückdatierung vorgenommen haben und mich dadurch der Urkundenfälschung schuldig gemacht haben. Die als Verfehlung solcher Art mir nachgesagte Rückdatierung gefasster Beschlüsse kann als prinzipiell unzulässig durch kein Verfassungs- oder Gesetzesparagraphen belegt werden.«<sup>1307</sup>

Über die Arbeit der Untersuchungskommission der Reichsregierung in den Thüringer Ministerien, insbesondere jedoch über den »Fall Hermann«, war zu Beginn des Jahres 1924 von der bürgerlichen Presse nicht nur umfassend berichtet worden, sie überschlug sich geradezu über die vermeintlich »schwere[n] Amtsvergehen«<sup>1308</sup>, mit denen die sozialdemokratische Landesregierung »ungesetzliche Beamtenanstellungen« habe verdecken wollen. Diesbezüglich seien natürlich »nur Parteibuchtüchtige« infrage gekommen, »deren feste Anstellung noch vor dem Abtritt des alten sozialdemokratischen Regiments vollzogen wurde«. Bei diesen Verfahren seien Urkunden gefälscht, Aktenstücke beseitigt und mit dem Delikt der Drohung und Nötigung so gearbeitet worden, »dass den Dunkelmännern fast ihr Werk gelungen wäre. Nun wird man bald in der Öffentlichkeit weiteres über diese kaum noch zu verteidigende Regierungsführung hören«<sup>1309</sup>. Reichswehroffiziere standen dabei der Rechtspresse nicht nur als verlässliche Quellen zur Verfügung. Der Heeresanwalt im Stab General Hasses war maßgebend an der Verhaftung Hermanns beteiligt und inszenierte eine massive Pressekampagne gegen das thüringische Justizministerium und die Landesregierung, nachdem der Innenminister aus der Untersuchungshaft wieder entlassen worden war.<sup>1310</sup>

hat. Ich habe den Antrag gestellt, weil Herr Pfeiffer durch seine Tätigkeit als Angestellter in der Kreisdirektion und im früheren Landratsamt bewiesen hat, dass er ein sehr fleißiger, gewissenhafter und tüchtiger Arbeiter ist, was mir auch bei meinem Antritt von meinem Vorgänger [...] gesagt wurde.« Bl. 141.

<sup>1306</sup> Facius: Geschichte Thüringens. S. 475.

<sup>1307</sup> HStAW: Präsidialabteilung Nr. 89. Bl. 159.

<sup>1308</sup> Weimarische Zeitung, 01.01.1924.

<sup>1309</sup> Weimarische Zeitung, 01.01.1924.

<sup>1310</sup> HStAW: 3. Denkschrift. Bl. 331a.

Rückblickend kann der »Fall Hermann« als eine jener Aktivitäten gelten, mit denen das Militär die Beseitigung der sozialdemokratischen Landesregierung sicherzustellen suchte. Zwar wies die Reichswehrführung den aus dem linken Lager erhobenen Vorwurf der massiven Wahlbeeinflussung zugunsten der bürgerlichen und Rechtsparteien zurück und nahm für sich vielmehr in Anspruch, mit ihren Maßnahmen zu einer gegenüber 1921 erhöhten Wahlbeteiligung beigetragen zu haben.<sup>1311</sup> Der Geist jedoch, der im Hauptquartier General Hasses herrschte, kennzeichnete nach Darstellung des sozialdemokratischen Zentralorgans, das sich auf die *Berliner Morgenpost* berief, »ein riesiges Werbeplakat, das im Zimmer des Pressechefs des Stabes hängt und das zwischen möglichst großen Hakenkreuzen an den erstaunten Betrachter die Frage richtet: Kennt ihr den zersetzenden Einfluß der jüdischen Presse?«<sup>1312</sup>.

Während die sozialistische Regierung die vom Reichswehrminister aufgelösten Vereinigungen *Stahlhelm* und *Werwolf* verboten hatte, könnten sie sich nun, seit »General Hasse die Gewalt im Land innehat«, frei betätigen. »Die Post wird von Reichswehr bewacht. Telefongespräche der Regierungsbehörden werden mitgehört. Die seit dem 1. Januar [1924] in Weimar erscheinende *Weimarische Zeitung*, die ausgesprochen völkische Tendenzen vertritt, wird von den Offizieren des Reichswehrstabes öffentlich begünstigt.« Es seien politische Gründe »wie jetzt durch Geßler endlich zugegeben wurde, [die] diese Militärrherrschaft in Thüringen« etabliert hätten. Es gelte, »bis zu den Wahlen«, das heißt bis zur Schaffung eines parlamentarischen Bürgerblocks, das hauptsächlich durch Sozialdemokraten geschaffene Land Thüringen unter militärischen Druck zu setzen«<sup>1313</sup>. Dabei setzte die Reichswehr nicht nur auf Repressionen<sup>1314</sup>, mit denen allein ein Wahlerfolg der Rechtsopposition nicht sicher schien. Vielmehr versuchte sich das Militär als fürsorgende soziale Institution in Szene zu setzen, wie die KPD-Bezirksleitung bereits Ende Dezember 1923 konstatierte. »Während die Reichswehr fortfährt, Sammelaktionen für die notleidende Bevölkerung durchzuführen, führt General Hasse einen erbitterten Kampf gegen die Unterstützungsaktion der I. A. H.«,<sup>1315</sup> der *Internationalen Arbeiterhilfe*.<sup>1316</sup>

<sup>1311</sup> Hürten: Das Krisenjahr 1923. S. 346.

<sup>1312</sup> Vorwärts, 09.02.1924.

<sup>1313</sup> Vorwärts, 09.02.1924.

<sup>1314</sup> So war zumindest ein Teil der sozialistischen Presse in Thüringen nach der militärischen Besetzung des Landes von massiven Eingriffen des Militärs bis hin zum Verbot betroffen. HStAW: 3. Denkschrift. Bl. 339–342.

<sup>1315</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 97.

<sup>1316</sup> Die der kommunistischen Bewegung nahestehende I. A. H. hatte Anfang Oktober 1923 eine Hilfsaktion

In einem Rundschreiben an die Stadtdirektoren habe der General gefordert, ihm Informationen über die politische Einstellung der lokalen Komitees der I. A. H. zukommen zu lassen, da er vermute, dass die von diesen eingerichteten Küchen für die Notleidenden »kommunistischen Propagandazwecken zu Nutze gemacht werden«<sup>1317</sup> sollen. Sei dies der Fall, würde er diese Einrichtungen sofort schließen. Die КРД-Bezirksleitung vermutete hinter der »Wohltätigkeitsaktion« des Militärs »eine raffinierte Mache zur Unterstützung der Bürgerlichen im bevorstehenden Wahlkampf mit dem Zweck, die Erwerbslosen für die bürgerlichen Parteien zu ködern«. Zudem hätte die Reichswehr ihr repressives Agieren »stark abgedämpft«, auch dies war aus kommunistischer Sicht wahlkampfbedingte »Berechnung«<sup>1318</sup>.

Unmittelbar nach dem Beschluss zur Auflösung des II. Thüringer Landtages am 16. Dezember 1923 hatten die vier Oppositionsparteien – Thüringer Landbund, Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen und die Demokratische Partei – in einer gemeinsamen Erklärung zur Geschlossenheit des bürgerlich-agrarischen Lagers aufgerufen und dazu aufgefordert, »alle Zersplitterungen und Sonderbestrebungen zu vermeiden und alle Kräfte auf das eine Ziel – Überwindung der sozialdemokratischen Alleinherrschaft – zu vereinigen«<sup>1319</sup>. Während die *Vereinigten Vaterländischen Verbände Weimars* daran erinnerten, dass die zweijährige sozialdemokratische Herrschaft in Thüringen die Folge eigener Nachlässigkeit und Stimmenzersplitterung gewesen sei und es deshalb jetzt auf die Geschlossenheit der nichtsozialistischen Gruppierungen ankomme, um jegliche kleinliche Zwistigkeiten und Absonderungsgelüste zu bekämpfen,<sup>1320</sup> rief der *Handwerkerbund* die bürgerlichen Parteien zur Bildung einer Einheitsliste auf,

für die deutsche werktätige Bevölkerung beschlossen und umgehend einleitet. Bereits Mitte Oktober waren größere Mengen russisches Brotgetreide zunächst in Sachsen und später auch in Thüringen eingetroffen. Das hieraus hergestellte Brot war kostenlos verteilt worden. Wörfel: Arbeiterregierung. S. 175/176.

<sup>1317</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 97.

<sup>1318</sup> BArch RY 1/2375. Bl. 97. In einem Dankschreiben des Gemeindevorstehers in Zella-Mehlis an die Reichswehr hieß es: »Nicht nur, dass das Bataillon bei der Ausführung der ihm erteilten Aufträge in bester Disziplin und bei möglichster Rücksichtnahme auf die Interessen der Bevölkerung durch sein Hiersein äußerlich zum Ausdruck gebracht hat, dass unsere Reichswehr, wenn es die Staatsautorität und Verfassung zu schützen gilt, auf dem Platze ist.« Über ihre eigentliche Aufgabe hinaus habe sich die in Zella-Mehlis eingesetzte Truppe »in Erkennung der bitteren Not in den ärmeren Schichten der Bevölkerung« durchaus das Verdienst erworben, bei Industrie, Handel und Gewerbe die notwendigen Mittel zu Linderung der Not zu besorgen. Ebenso seien für die städtische Nothilfe durch die Kapelle der Truppe mit zwei »vaterländische[n] Konzerte[n]« entsprechende Mittel eingespielt worden. Nicht zuletzt sei das »Verhältnis der Quartiergeber zu den Angehörigen der Truppe« sehr herzlich gewesen. »Man freute sich, wieder einmal deutsches Militär beherbergen zu können, und so mancher hat seine Soldaten ungern scheiden sehen.« Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 12.01.1924.

<sup>1319</sup> Jenaische Zeitung, 21.12.1923.

<sup>1320</sup> Jenaische Zeitung, 21.12.1923.

die unter Einschluss der maßgebenden Gruppierungen des Mittelstandes und Zurückstellung aller Bedenken und Hindernisse unter allen Umständen zustande kommen müsse.<sup>1321</sup>

Tatsächlich gelang es der antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz am 31. Dezember 1923 zunächst, sich auf die Bildung einer gemeinsamen Thüringer Ordnungsliste zu verständigen.<sup>1322</sup> Ihr schloss sich auch die Thüringer DDP im Ergebnis ihres außerordentlichen Parteitages am 31. Dezember 1923 nach einer offenbar äußerst kontroversen Debatte und entgegen den Warnungen ihres Vorsitzenden Erkelenz, die von mehreren Delegierten geteilt wurden, an. Wenngleich in der Beschlussfassung<sup>1323</sup> mit Rücksicht auf diese Minderheit nicht ausdrücklich formuliert, bildete nach den Worten des stellvertretenden DDP-Parteivorsitzenden Prof. Gerland aus Jena »der thüringische Staatsgedanke« das eigentliche Motiv für den Beitritt zum Ordnungsbund. Diese Argumente unterstrich die Landtagsabgeordnete Frau Dr. Marie Schulz<sup>1324</sup>, die der Sozialdemokratie ihren Versuch der Bildung einer gemeinsamen Regierung mit der KPD offenbar besonders übelnahm und ihr vorwarf, damit das Land in Richtung Räterepublik geführt zu haben, an deren Vorabend man unmittelbar vor dem Reichswehr-einmarsch gestanden hätte. Wie sich die Thüringer DDP die von ihr betonte Politik der mittleren Linie und des sozialen Ausgleichs im Verbund mit dem antirepublikanischen bürgerlich-agrarischen Lager vorstellte, ließ sie auf ihrem Parteitag offen. Vielmehr trieb sie die Sorge um, die extreme Rechte, deren Teilnahme am Ordnungsbund Ende 1923 noch möglich schien, könnte durch ihre antisemitische und monarchistische Agitation den Bestand der soeben gebildeten bürgerlichen Einheitsfront gefährden.<sup>1325</sup>

Die gravierenden Differenzen zwischen jenen bürgerlich-agrarischen Interessengruppen in Thüringen, die vor dem Hintergrund der Stabilisierung der politischen Verhältnisse infolge des Scheiterns der Diktaturpläne von rechts zunächst an der parlamentarischen Demokratie festhielten und eine geschlossene antisozialistische Front unter Einschluss der Demokratischen Partei im Thüringer Ordnungsbund anstrebten, und jener nationalsozia-

<sup>1321</sup> Jenaische Zeitung, 21.12.1923.

<sup>1322</sup> Weimarerische Zeitung, 01.01.1924.

<sup>1323</sup> »Der Parteitag der Deutschen demokratischen Partei Thüringens stimmt grundsätzlich der Aufstellung einer Einheitsliste sämtlicher nichtsozialistischer Parteien und Wirtschaftsverbände für die Landtagswahl in Thüringen am 10. Februar 1924 zu [...].« Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 02.01.1924.

<sup>1324</sup> Lengemann: Handbuch. S. 606/607.

<sup>1325</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 02.01.1924.

listisch-völkischen Gruppierung, die ihren Antisemitismus, ihre betont antibürgerliche Haltung und grundsätzliche Systemopposition in den Vordergrund stellte, erwiesen sich jedoch als unüberbrückbar.<sup>1326</sup>

Das Ziel des Thüringer Ordnungsbundes, hieß es in einer Erklärung der beteiligten bürgerlich-agrarischen Parteien und Verbände, sei es, »die sozialistisch-kommunistische Mehrheit im Landtag gründlich zu brechen, die Wiederkehr einer einseitigen Klassen-Regierung zu verhindern und gemeinsam nach der Wahl danach zu streben, die in den letzten zwei Jahren dem Thüringer Staatswesen durch die sozialistisch-kommunistische Regierung zugefügten Schäden zu heilen«<sup>1327</sup>. Das meinte nichts anderes als die Beseitigung der Ergebnisse der republikanischen Reformpolitik. Insofern besaß das antisozialistische Lager wie schon 1920/21 kein positiv-aufbauendes Programm für das Land. Im Vordergrund stand die Auseinandersetzung mit den »zwei Jahre[n] roter Parteidiktatur in Thüringen«<sup>1328</sup>, wie der Titel einer von der DNVP-Landtagsfraktion für die Landtagswahl 1924 zusammengestellten Materialsammlung zeigt. Ihr gegen die proletarische Mehrheit im II. Thüringer Landtag gerichteter Inhalt stand exemplarisch für den Wahlkampf der bürgerlich-agrarischen Parteien einschließlich ihrer Presse. »Das ganze Land kam auf den Hund, uns rettet nur der Ordnungsbund«, habe es überall in Thüringen geklungen, resümierte rückblickend der DVP-Politiker Witzmann. Auch fünfunddreißig Jahre nach den damaligen Ereignissen freute er sich, dass der Sündenbaum der Thüringer sozialdemokratischen Landesregierung, der den Inhalt und die Ergebnisse ihrer Regierungstätigkeit karikierte und im bürgerlich-agrarischen Spektrum massenhaft verbreitet worden war, nicht nur angesägt, sondern durch die Wahlergebnisse bis auf die Wurzeln aus dem Boden gerissen wurde.<sup>1329</sup>

<sup>1326</sup> Sie habe kein Interesse, hieß es in einer Erklärung der Völkischen Wahlliste, »einen starken Ordnungsbund vorzufinden, sehen wir doch in den Parteien des Ordnungsbundes auch jene versammelt, die in erster Linie das Unglück Deutschlands und die Not der breiten Massen verschuldeten, und wir wissen ganz genau, dass eine Bekämpfung der roten Internationale nur von Erfolg sein kann, wenn gleichzeitig der Hauptfeind der breiten Masse, die goldene Internationale, den Dolchstoß erhält«. Völkische und Nationalsozialisten seien weder eine Arbeiter- noch eine bürgerliche Partei, sondern angetreten, »national und sozial zu vereinen und damit die Grundlage eines neuen Staates zu schaffen«. Sie würden, anstatt für Sonderinteressen dafür antreten, die »Interessen der Allgemeinheit nach deutschem Sinne wahrzunehmen«. Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 15.01.1924.

<sup>1327</sup> Weimarerische Zeitung, 01.01.1924.

<sup>1328</sup> Deutschnationale Landtagsfraktion: Zwei Jahre roter Parteidiktatur in Thüringen. Materialien zur Landtagswahl. o. O. 1924.

<sup>1329</sup> Witzmann: Thüringen. S. 109.

Die im Thüringer Ordnungsbund vertretenen industriellen, landwirtschaftlichen, klein- und mittelständischen Interessen auf einer gemeinsamen Liste zu berücksichtigen, hatte sich indes alles andere als einfach gestaltet. Der Abgeordnete des Thüringer Landbundes Erich Wernick<sup>1330</sup> erklärte hierzu Mitte Januar 1924, der »Gedanke eines Zusammenschlusses der gesamten nichtsozialistisch-kommunistischen Bevölkerung zum Zweck der Bekämpfung der bisherigen Regierungsparteien bei den Landtagswahlen«<sup>1331</sup> sei zwar »im ganzen Land mit großer Begeisterung aufgenommen worden. Erfahrene Politiker mussten sich aber alsbald sagen, dass der Beschluss eine Einheitsliste aufzustellen, leicht und schnell gefasst ist, dass aber ihr endgültiges Zustandekommen eine außerordentlich schwierige Aufgabe ist und erst nach langwierigen Verhandlungen zu erwarten war. Die Richtigkeit solcher Ansichten ist im vollen Umfang bestätigt worden«<sup>1332</sup>. Die Verhandlungen zur Aufstellung der Kandidaten und sehr wenigen Kandidatinnen seien erwartungsgemäß sehr schwierig verlaufen, da neben den etablierten Spitzenpolitikern und einer Spitzenpolitikerin die Wirtschaftsgruppierungen personelle Sonderwünsche anmeldeten, die entsprechend berücksichtigt werden mussten.<sup>1333</sup> Die Situation habe sich zeitweise so zugespitzt gestaltet, dass die Beratungen wiederholt unterbrochen werden mussten. Ein offenbar Beteiligter berichtete unmittelbar, nachdem sich das antisozialistische Wahlbündnis letztlich doch auf eine gemeinsame Liste hatte einigen können. »Wer selbst mit durchgemacht hat, wie aus dem Chaos unendlicher Verhandlungen, unter dem Drucke der Stunde ein endgültiger Beschluss geboren werden musste, wer es erlebt hat, wie der Mann, für den er wie ein Löwe gekämpft hatte, plötzlich vom 4. auf den 8. Platz versetzt wurde und ein Widerspruch als Gefährdung des ganzen Einigungsplanes erschien, wer weiß, dass nach dem ersten und zweiten nur noch ein drittes und vielleicht verhängnisvolles Ultimatum oder der Verzicht übrig blieb, der begreift, dass eine auf engen Rahmen beschränkte Liste unmöglich ein allen Wünschen gerechtes Idealwerk werden kann.«<sup>1334</sup> Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hatte General Hasse offenkundig Einfluss auf das Zustandekommen der Ordnungsbundliste genommen, wenngleich das Maß seines Einwirkens noch näher zu bestimmen wäre. »In Weimar erzählt man sich«, berichtete das Jenaer sozialdemokratische Parteiblatt, »dass General Hasse an den Verhandlungen

<sup>1330</sup> Lengemann: Handbuch. S. 676/677.

<sup>1331</sup> Weimarisches Zeitung, 09.01.1924.

<sup>1332</sup> Weimarisches Zeitung, 09.01.1924.

<sup>1333</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 06.01.1924.

<sup>1334</sup> Jenaische Zeitung, 10.01.1924.

zwischen den bürgerlichen Parteien teilgenommen haben soll, was uns aber unglaublich erscheint, denn wir können uns nicht vorstellen, dass sich General Hasse in die Parteikämpfe einmischt«<sup>1335</sup>. Hintergrund dieser Meldung war die Nichtnominierung des DVP-Abgeordneten Neumann, der nach Ansicht der Ordnungsbundstrategen – wenn die sozialdemokratischen Informationen an diesem Punkt zutrafen – als Vorsitzender der DVP-Landtagsfraktion im II. Thüringer Landtag »zu schlapp« agiert habe.<sup>1336</sup> Die illegale KPD-Bezirksleitung berichtete Mitte Dezember 1923, Militärbefehlshaber Hasse hat sich »mit den Parteivorständen und Fraktionen der bürgerlichen Parteien in Verbindung gesetzt, um die Möglichkeit der Vermeidung von Ungleichheiten bei der Wahlbeteiligung zu schaffen. In Besprechung des Wehrkreiskommandeurs mit Vertretern der Industrie, hat der Wehrkreiskommandeur erklärt, dass die bürgerlichen Parteien seiner Unterstützung im Wahlkampf sicher sein könnten, und sich für die Aufstellung einer Einheitsliste ausgesprochen haben«<sup>1337</sup>.

Ganz offen hingegen unterstützte das Militär die antisozialistische Thüringer Bürger- und Bauernallianz bei der Mobilisierung der bürgerlich-agrarischen Wählerschaft. Wer sich in seiner Wahrnehmung der politischen Verhältnisse im Land ausschließlich auf die Berichte der bürgerlichen Presse, die Reden der oppositionellen Landtagsabgeordneten einschließlich ihrer Denkschriften und Eingaben an die Reichsregierung, die Stimmung in den vielen Versammlungen der bürgerlichen und ländlichen Parteien, Vereinigungen und Interessenverbände stützte, musste davon ausgehen, dass nach dem Rücktritt der Frölich-Regierung »ganz Thüringen hätte eigentlich aufatmen, ein Ruf der Erleichterung, ein gemeinsamer Ruf zur Tat hätte durch Thüringen gehen sollen, ein Rüttschwur hätte alle führenden Männer vereinen müssen«<sup>1338</sup>.

Jedoch sei der bürgerliche Alltag in den Konditoreien, Weinstuben, Bierbänken und Tanzlokalen einfach weitergegangen. Die Landtagsauflösung habe keine Begeisterung hervorgerufen, stattdessen hätten Gleichgültigkeit und Dumpfheit vorgeherrscht, so eine im Jenaer DVP-Blatt geschilderte Beobachtung. »Ist solch ein tatenloses Hindämmern eines deutschen Mannes würdig? Ist das nicht eine elende Lebensauffassung und ein Verbrechen

<sup>1335</sup> Das Volk, 17.01.1924.

<sup>1336</sup> Das Volk, 17.01.1924.

<sup>1337</sup> BArch RY 1/2375 Bl. 94.

<sup>1338</sup> Jenaische Zeitung, 21.12.1923.

gegen uns selbst? Wahrlich, eine harte Lehrzeit ist für uns die Zeit der sozialistischen Regierung gewesen, sie brachte uns Knechtung des Staatsbürgers, Diktatur der Masse und ihrer Funktionäre. Jetzt ist diese Diktatur gebrochen, nicht durch die eigene Energie des Bürgertums, sondern durch die Reichsexekutive mit Hilfe der Reichswehr. Dauernd aber kann dieser Umschwung nur gesichert werden, wenn jeder Einzelne sich aufrafft und den Willen hat, das Joch abzuschütteln durch zusammengeballte Tätigkeit bei der Wahl.«<sup>1339</sup>

Insofern war die Mobilisierung der bürgerlich-agrarischen Wählerschaft von entscheidender Bedeutung für die Herbeiführung eines antisozialistischen Wahlerfolgs. Während der *Verband der Mitteldeutschen Industrie* die erforderlichen Mittel bereitstellte,<sup>1340</sup> sorgte die Reichswehr mit ihrem Agieren für eine entsprechende nationalistische Begeisterung im antisozialistischen Lager. Da die politische Erregung im Vorfeld der bevorstehenden Landtagswahlen ansteigen werde, führe dies auch zu einem stärkeren Hervortreten der Gegensätze in den Anschauungen, hieß es aus bürgerlicher Perspektive. »So ist es natürlich, dass für alle nicht international eingestellten Bevölkerungskreise der 18. Januar in diesem Jahre eine ganz besondere Bedeutung gewann. Wiederherstellung eines allgemein geachteten Deutschen Reiches, das eine seiner Vergangenheit und Bedeutung würdige Stellung in der Welt einnimmt – Ruhe, Ordnung und eine gefestigte, nur dem vaterländischen Gedanken dienende Staatsgewalt im Innern, Lösung von den unerträglichen Fesseln eines nichtswürdigen Vertrags und von den Gewaltmaßnahmen eines hasserfüllten Feindes im Äußeren – allen diesen Wünschen wurde der Tag der Reichsgründung ein Symbol, an das sie sich anklammerten, und so gestaltete sich dieser 18. Januar zu einer Gesamtfeier aller Deutschgesinnten von einer Wucht und Geschlossenheit, wie Weimar sie nicht oft erlebt hat.«<sup>1341</sup> Sei auch das äußere Umfeld angesichts der Zeitumstände nicht allzu üppig ausgefallen, »im innerlichen Erleben stand dieser Gedenktag weit über vielen seiner Vorgänger in

<sup>1339</sup> Jenaische Zeitung, 21.12.1923.

<sup>1340</sup> »Die Bahn zum Wiederaufbau ist frei, wenn eine bürgerliche Mehrheit in den Thüringer Landtag einzieht, die der Thüringischen Industrie die Bewegungsfreiheit wiedergibt, deren sie zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte zum Wohle der Gesamtheit bedarf. Zur Erreichung dieses Ziels, um die Befreiung vom roten Terror, muss mit allen Mitteln des Wahlkampfes gerungen werden. Es muss unbedingt der Wiedereinzug einer roten Mehrheit in den Thüringer Landtag verhindert werden. Sonst würde das den Zusammenbruch des gesamten thüringischen Bürgertums und damit auch der thüringischen Industrie bedeuten. Wir rufen daher die gesamte thüringische Industrie auf, zur Führung des Wahlkampfes auch ihrerseits alles zu opfern, was in ihren Kräften steht, um dem Bürgertum zu Sieg zu verhelfen.« John: Quellen zur Geschichte Thüringens. S. 116/117. Dok. 12 f.

<sup>1341</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 19.01.1924.

reicheren besseren Zeiten. Ein besonderes Gepräge erhielt dieser 18. Januar für Weimar durch die Anwesenheit der Reichswehr [...]«<sup>1342</sup>.

Seit Monaten werde sie von der Linkspresse mit Schmutzkübeln überschüttet, ist der »Kampf gegen diesen Hort der Ordnung« zur Wahlparole der gesamten Linken geworden. »Wer aber sehen wollte, wie unser Volk in Wirklichkeit zur Reichswehr steht, der musste der Parade beiwohnen, die in Weimar der General Hasse über die dortige Truppe zur Feier der Reichsgründung abhielt. Die Menschen strömten nach dem Marktplatze, der solche Massen nie gesehen hat [...].« Dicht gedrängt hätten die Massen um den Platz gestanden, aus allen Fenstern bis in die Dachböden hinauf sollen die Zuschauer der aufmarschierten Reichswehreinheit bei ihrem Agieren zugesehen haben. »Stolz wallte die alte Farbe schwarz-weiß-rot mit dem Eisernen Kreuz und der Gosch in den neuen Reichsfarben vom Hauptquartier hernieder und erinnerte die Weimarer daran, dass die bisher in Thüringen als »aufreizend« und »reaktionär« verschrienen und verpönten Farben nicht der Vergangenheit angehören [...].« Die von General Hasse gehaltene Ansprache sei ein Treuegelöbnis zum Reich gewesen, »in das die Zuschauer begeistert einstimmten, dann folgte das deutsche Lied, das entblößten Hauptes von der Menge aufgenommen wurde. Nach dem Parade-marsch des Bataillons, der in Gruppenkolonne stattfand, erfolgte der Vorbeimarsch der Kriegervereine. Es dauerte Stunden, bis sich die Menge verlaufen hatte«<sup>1343</sup>.

Nicht erst mit dem Wissen um den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte kündigte sich in den Worten des Generals das Kommende an. Für jeden wahren Deutschen, so Hasse, müsse der 18. Januar der höchste nationale Feiertag sein. An jenem Tag sei im Schloss Versailles die Zerrissenheit der deutschen Einzelstaaten überwunden worden. Hatten die Väter dort das Deutsche Reich geschmiedet, seien »Männer unserer Zeit« nach Versailles gegangen, um dort ihre Unterschrift zu dem Schandfrieden zu geben. »Wenn das Schicksal das deutsche Volk noch einmal nach Versailles führen sollte, dann darf es dort nicht so stehen, wie das letztmal, sondern nur so, wie unsere Väter und Vorväter dort standen.«<sup>1344</sup> Abgesehen davon, antwortete ihm das sozialdemokratische Jenaer Parteiblatt, dass auch im Jahr 1924 die Einheit des deutschen Volkes noch unvollendet war, weil am

<sup>1342</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 19.01.1924.

<sup>1343</sup> Thüringer Allgemeine Zeitung, 20.01.1924.

<sup>1344</sup> Thüringer Allgemeine Zeitung, 20.01.1924.

18. Januar 1871 keine deutsche Republik, sondern ein Fürstenbund ausgerufen wurde, und ebenso abgesehen davon, dass der Versailler Vertrag von 1919 nicht auf den Verrat einzelner Männer zurückzuführen sei, sondern das Ergebnis demokratischer Mehrheitsentscheidungen in der Nationalversammlung als Folge des verlorenen Ersten Weltkrieges war, müsse gefragt werden, wie sich Hasse den erneuten Weg nach Versailles vorstelle: Als Resultat einer friedlichen Revision des Friedensvertrages oder in Form einer Revanche für 1918? »Wir wollen nicht, dass politisierende Generäle den Revanchekrieg predigen, wie sie vor 1914 den europäischen Krieg gepredigt haben. Wir haben nicht das Vertrauen zu ihnen, dass sie den Gefahren, die sie damit über das deutsche Volk heraufbeschwören, gewachsen sind, wir fürchten vielmehr, dass der Erfolg der gleiche sein wird wie der des ›besten Heeres der Welt‹ unter der glorreichen Führung dieser Generale: die Wiederholung der katastrophalen militärischen Niederlage von 1918.«<sup>1345</sup>

<sup>1345</sup> Das Volk, 22.01.1924.

## SCHLUSSBETRACHTUNGEN

»Wenn in Thüringen Aufruhr und Anarchie herrschen«, erklärte August Frölich am 12. Februar 1923 im Deutschen Reichstag, »so nur in dem Sinne, dass heute diejenigen Kreise die Regierungsgewalt haben, die früher Knecht waren. Das Wort: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben – ist in Thüringen nicht mehr an der Tagesordnung. Heute sind die Kreise, die unter dem Vierklassensystem an vierter Stelle wählten, in der Regierung, und Sie [zu den Rechtsparteien im Deutschen Reichstag gewandt, M. H.] nennen das Aufruhr und Anarchie.«<sup>1346</sup>

Mit dem Einmarsch der Reichswehr Anfang November 1923 in Thüringen waren diese aus bürgerlich-agrarischer Sicht zu bekämpfenden Zustände beendet. Mit Unterstützung des Militärs war es der antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz gelungen, was ihr in den drei Jahren zuvor versagt blieb. Am 10. Februar 1924 gewann der Thüringer Ordnungsbund unter den Bedingungen des Ausnahmezustands die Landtagswahl, wenngleich er keine absolute Mehrheit erreichte. In der bürgerlichen Wahrnehmung herrschte nun bis Ende 1929 in Thüringen wieder Ruhe und Ordnung, seien die innenpolitischen Gegensätze gemildert worden und jene Zustände, wie sie zwischen 1921 bis 1923 geherrscht hätten, nun undenkbar gewesen.<sup>1347</sup>

Aus sozialistischer Perspektive stellte sich die weitere politisch-gesellschaftliche Entwicklung des Landes hingegen völlig anders dar, von einer »Stabilisierung nach innen«<sup>1348</sup> konnte keineswegs gesprochen werden. Die Politik der nachfolgenden Ordnungsbundregierung bestand nach Einschätzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion vom 1. Oktober 1926 »in einer rücksichtslosen Durchsetzung der Interessen der besitzenden Klassen auf dem Gebiet der Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik gegen die Bedürfnisse der arbeitenden, schwer notleidenden, besitzlosen Volkskreise. Die wirtschaftliche Ausbeutung, die der Ordnungsbund mit Hilfe der Gesetzgebung betrieb, wurde durch eine an Skandalen reiche Kulturreaktion im Bildungs- und Rechtsleben ergänzt, der ganze Staatsapparat unter Vernichtung aller demokratischen Entwicklungen zu einem Machtinstrument der

<sup>1346</sup> DIRT. S. 9643.

<sup>1347</sup> Witzmann: Thüringen. S. 107.

<sup>1348</sup> Eckardt: Ausnahmezustand in Thüringen. S. 18.

**[...] Die wirtschaftliche Ausbeutung, die der Ordnungsbund mit Hilfe der Gesetzgebung betrieb, wurde durch eine an Skandalen reiche Kulturreaktion im Bildungs- und Rechtsleben ergänzt, der ganze Staatsapparat unter Vernichtung aller demokratischen Entwicklungen zu einem Machtinstrument der Bürokratie und Polizei gegen das Volk und vor allem zur Unterdrückung der Arbeiter umgestaltet.**

**Aus dem Bericht** der sozialdemokratischen Landtagsfraktion 1924–1926

Bürokratie und Polizei gegen das Volk und vor allem zur Unterdrückung der Arbeiter umgestaltet«<sup>1349</sup>.

In der Legislaturperiode von 1924 bis 1927 revidierte die Ordnungsbundregierung unter Richard Leutheußer (DVP) »die innere, linksrepublikanische Konsolidierung des Landes« Thüringen. Aus ihrer Sicht verdächtige Beamte wurden entlassen.<sup>1350</sup> Unmittelbar nach ihrer Bildung begann sie mit der Aufhebung der Greil'schen Schulreform,<sup>1351</sup> die zwischen Volksbildungsminister Greil und der Jenaer Universität heftig umstrittene Erziehungswissenschaftliche Abteilung der Philosophischen Fakultät wurde am 1. März 1924 aufgelöst. Der 1. Mai und der 9. November waren nun in Thüringen keine gesetzlichen Feiertage mehr. Das Bodensperrgesetz wurde aufgehoben und der freie Grundstücksverkehr wiederhergestellt. Die Selbstverwaltung der Kreise und Gemeinden wurde zugunsten der Bürokratie und der Exekutive umgebaut, Amtsträger erhielten ihre alten Titel zurück.<sup>1352</sup> Insbesondere der Thüringer Landbund setzte seine wirtschaftlichen Interessen im Rahmen der Ordnungsbundregierung durch. »Da er sich die Vertreibung des Weimarer Bauhauses nach Dessau am 1. April 1924 ebenfalls auf die eigenen Fahnen schreiben konnte, glich die Politik des Ordnungsbundes eher Erfolgen des Landbundes und einem Sieg des Landes über die Städte.«<sup>1353</sup>

Die gemeinsame Erfahrung »der Herrschaft und des Terrors der bisherigen sozialdemokratischen Machthaber«<sup>1354</sup> hätte »alle Parteien, Berufsstände, Weltanschauungsgemeinschaften, ob es nun die verschiedenen Wirtschaftskreise waren oder die Hausbesitzer, der gewerbliche Mittelstand, die Beamten und Angestellten, die Vertreter von Kirche und Schule, die vaterländischen Verbände usw.« zu der Überzeugung gebracht, »dass nur eine Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte den Sieg gewährleisten könne«.

Dass die Völkischen und Nationalsozialisten aus dieser Einheitsfront wieder ausgetreten waren und unter Artur Dinter eine eigene Liste für die Landtagswahl aufgestellt hatten, habe der Einigkeit gegenüber dem Marxis-

<sup>1349</sup> Sozialdemokratische Landtagsfraktion (Hrsg.): *Der politische Kampf um die Gestaltung des Landes Thüringen. Bericht der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion 1924–1926*. Gera 1926. S. III.

<sup>1350</sup> Rudolph: *Thüringer Arbeiterbewegung*. S. 114.

<sup>1351</sup> Overesch: *Hermann Brill*. S. 168.

<sup>1352</sup> Facius: *Geschichte Thüringens*. S. 478/479.

<sup>1353</sup> Rudolph: *Thüringer Arbeiterbewegung*. S. 115.

<sup>1354</sup> Witzmann: *Thüringen*. S. 108.

mus jedoch nicht geschadet.<sup>1355</sup> Unbeabsichtigt, aber mit dem Wissen um die weitere Entwicklung deutlich erkennbar, beschrieb hier der ehemalige DVP-Landtagsabgeordnete Witzmann rückblickend die Folgen des Agierens der Thüringer antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz, die sich zu einer »unheiligen Allianz« völkischer Gruppen, der extremen Rechten und den »nationalkonservativ eingestellten politischen, gesellschaftlichen und bildungsbürgerlichen Eliten«<sup>1356</sup> weiterentwickelte.

Die ganze Fragilität des Bündnisses zwischen dem Thüringer Ordnungsbund und den sieben völkisch-nationalsozialistischen Abgeordneten, die im Ergebnis der Landtagswahl am 11. Februar 1924 erstmals in ein deutsches Landesparlament eingezogen waren, sollte sich bereits nach wenigen Wochen mit dem Rücktritt des DVP-Finanzministers Paul Stolze<sup>1357</sup> zeigen. Anlass war die Forderung Dinters, den unter der Regierung Frölich zum Staatsbankpräsidenten ernannten Walter Loeb (VSPD) zu entlassen, weil er Jude war. Da Loeb die Thüringer Staatsbank »erfolgreich durch die Inflationszeit gelenkt«<sup>1358</sup> und sich damit offenkundig auch die Anerkennung der TOB-Regierung erworben hatte, lehnte sie zunächst Dinters Ansinnen ab. Der daraufhin ausbrechende erste Konflikt zwischen der Rechtsregierung und den Völkischen/Nationalsozialisten endete mit dem Austritt der DDP aus dem Ordnungsbund. Sie hatte bereits zuvor den ersten Preis »für diesen bis dato einzigartigen Sündenfall einer Zusammenarbeit der liberalen Parteien mit den Völkischen«<sup>1359</sup> gezahlt, da sie bei der Konstituierung der TOB-Regierung auf die Nominierung Arnold Paulssens verzichten musste. Nicht zuletzt zeigte sich der Rechtsruck in Thüringen mit der Aufhebung des Verbots der NSDAP.

Der landespolitische Konstellationswechsel »von einem linksrepublikanischen Reformzentrum zu einer rechtskonservativ regierten, völkisch-nationalsozialistisch tolerierten »neuen Ordnungszelle« machte Thüringen, wie zuvor Bayern, zu einem »Eldorado rechtsextremistischer Kreise«. Ausdruck hierfür waren das großinszenierte »Deutsche Kulturbekanntnis« am Rande der Weimarer Reichstagung der *Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung* 1924, der NSDAP-Reichsparteitag 1926 in Weimar und »die Formierung des

<sup>1355</sup> Ebenda.

<sup>1356</sup> Ehrlich, Lothar; John, Jürgen (Hrsg.): Weimar 1930. Politik und Kultur im Vorfeld der NS-Diktatur. Köln Weimar Wien 1998. S. XXII.

<sup>1357</sup> Post, Wahl, Marek (Hrsg.): Thüringen-Handbuch. S. 631/632.

<sup>1358</sup> Leimbach: Landtag von Thüringen. S. 179.

<sup>1359</sup> Rudolph: Thüringer Arbeiterbewegung. S. 114.

**Der landespolitische  
Konstellationswechsel  
»von einem linksrepublika-  
nischen Reformzentrum  
zu einer rechtskonservativ  
regierten, völkisch-natio-  
nalsozialistisch tolerierten  
»neuen Ordnungszelle««  
machte Thüringen, wie  
zuvor Bayern, zu einem  
»Eldorado rechtsextre-  
mistischer Kreise«.**

zumindest anfangs eng mit dem völkischen Netzwerk Weimars verbundenen NSDAP-Gaus Thüringen«<sup>1360</sup>. Infolge der damit verbundenen ungehinderten Verbreitung radikal-nationalistischer und antisemitischer Vorstellungen nahm die politische Kultur des Landes nachhaltigen Schaden.

<sup>1360</sup> Ehrlich, John: Weimar 1930. S. XXIV.



## **Impressum**

Mario Hesselbarth: »Arbeiterregierung  
in Thüringen 1923«

Erfurt, September 2023  
V.i.S.d.P.: Volker Hinck

Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Thüringen e.V., Futterstraße 20,  
99084 Erfurt, Telefon: 0361 5504115,  
thueringen@rosalux.org, www.th.rosalux.de

Lektorat: Lekto.Rat Katja Völkel, Dresden  
Layout: Uwe Adler, Weimar

Abbildung Titel: Städtische Museen Jena, G6P\_340

## **Mario Hesselbarth**

ist Historiker, Mitglied des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) und er arbeitet ehrenamtlich für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen. Zuletzt erschien von ihm »Das Scheitern der Thüringer Arbeiterregierung. Der Abbruch der demokratischen Entwicklung in Thüringen im Winter 1923/24« in der *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Heft 135.

Er ist Autor zahlreicher Publikationen der RLS Thüringen zur Geschichte der Thüringer Arbeiterbewegung. Unter anderen erschien von ihm »Der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch in Thüringen vom 13. bis 23. März 1920« (2022), »Geeignet, eine öffentliche Beunruhigung hervorzurufen. Der Strafprozess gegen Rosa Luxemburg am 12. Dezember 1906 in Weimar und seine lokalen wie politischen Hintergründe« (2021) und »Zur Geschichte der USPD in Thüringen« (2017). Diese wie auch weitere Publikationen Hesselbarths sind auf der Website der RLS Thüringen digital zu lesen oder gegen Porto bestellbar.

**[WWW.TH.ROSALUX.DE](http://WWW.TH.ROSALUX.DE)**